Ümit Yazıcıoğlu

Von der SED zur „Die Linke“ – Die Geschichte der PDS als gesamtdeutscher Partei

Europäisches Institut für Menschenrechte
https://www.institut-fuer-menschenrechte.eu/

Thema

Von der SED zur „Die Linke“ –

Die Geschichte der PDS als gesamtdeutscher Partei

Hochschulschriften der Europäischen Union
Publications Universitaires Européennes
European University Studies

Reihe I Politikwissenschaft Série I

Series I Politikwissenschaft Politicalscience

Europäische Hochschulschriften
Verlag: Europäisches Institut für Menschenrechte
https://www.institut-fuer-menschenrechte.eu/
Gesslerstrasse 13
10829 Berlin ISBN "978-3-96603-007-6"

Edition Europa
Frankfurt am Main . Berlin . Bern . Bruxeelles . Lüxsemburg .
New York . Oxford . Tekman. Wien

Prof. Dr. Dr. Ümit Yazıcıoğlu, Mag., geboren 1958 in Erzurum, Türkei, seit 2004 als Hochschullehrer tätig. Er ist Verwaltungs- und Politikwissenschaftler und lehrte seit 2002 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und seit 2007 ist er Der Direktor Des Europäischen Institut für Menschenrechte. Von 1996 bis 1997 war er Mitglied des Senats des DHfV-Speyers. Der Autor ist Parteienforscher und hat sich ferner intensiv mit Fragen über „künftige Rolle der Türkei in der Europäischen Union; Erwartungen, Konflikte, Asylrecht und Terrorismus“ befasst. Auf diesen Gebieten ist er ein hervorragender Experte. Seine Forschungsschwerpunkte sind, Asyl-, Europa-, Parlament-, Völker-, Menschenrechte sowie Internationale Beziehungen, Migration, Terrorismus und Parteienforschung.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
1.1 Fragestellung
1.2 Aktueller Forschungsstand
1.3 Methodische Vorgehensweise

2. Das deutsche Parteiensystem bis 1989
2.1 Zur Theorie der Entwicklung des Parteiensystems
2.2 Das Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland
2.2.1 Die Entwicklung bis 1949
2.2.2 Die Entwicklung von 1949 bis 1989
2.3 Das Parteiensystem in der DDR
2.3.1 Die Entwicklung bis 1949
2.3.2 Die Entwicklung von 1949 - 1989
2.3.3 Die „Sonderstellung" der SED

3. Von der SED zur SED/PDS in der Zeit der Wende
3.1 Die Bedeutung und der Einfluss der Montagsmärsche
3.2 Die Bedeutung und der Einfluss der Bürgerbewegungen

4. Die „Gründung" der PDS
4.1 Die Organisationsstruktur
4.1.1 Organisationstheorie
4.1.2 Der Bundesparteitag
4.1.3 Der Parteirat
4.2 Die Landesverbände
4.2.1 In Westdeutschland
4.2.2 In Ostdeutschland
4.3 Gruppierungen innerhalb der PDS
4.3.1 Zur Faktionalismusforschung
4.3.2 Die kommunistische Plattform
4.3.3 Die sozialistische Frauenbewegung
4.3.4 Die antikapitalistische Linke
4.4 Die Führungspersonen
4.4.1 Gregor Gysi
4.4.2 Lothar Bisky
4.4.3 Dietmar Bartsch
4.4.4 Hans Modrow
4.4.5 Gabi Zimmer

5. Von der SED zur PDS – die wichtigsten Parteitage - ihre Inhalte und Auswirkungen
5.1 Der außerordentliche Parteitag v. 08. - 17. 12 1989
5.2 Der 1. Parteitag der PDS 1990
5.3 Der 2. Parteitag der PDS 1991
5.4 1992 - Kein Parteitag, aber viel Veränderung
5.5 Der 3. Parteitag 1993/1994
5.6 Der 4. Parteitag, 1. Tagung 1995
5.7 Der Magdeburger (4.) Parteitag, 2. Tagung 1996
5.8 Der Schweriner (5.) Parteitag, 1. Tagung 1997
5.9 Wahlkampfparteitag, 1998
5.10 Parteitag in Berlin 16./17. Januar 1999

6. Die Programmatik der PDS - unbewältigte Vergangenheit oder vollzogener Wandel?
6.1 Policyforschung
6.2 Innenpolitische Programmatik
6.2.1 Menschenrechte
6.2.2 Sozialismus und soziale Sicherungssysteme
6.2.3 Arbeitsmarktpolitik
6.2.4 Frauenpolitik/Gleichstellungspolitik
6.2.5 Familienpolitik
6.2.6 Bildungspolitik
6.2.7 Umweltpolitik
6.2.8 Finanzpolitik
6.2.9 Sicherheitspolitik
6.3 Außenpolitische Programmatik
6.3.1 Europapolitik
6.3.2 Weltpolitik
6.4. Friedenspolitik
6.4.1 Verhältnis zur NATO/UNO
6.4.2 Einstellung zu Friedenseinsätzen
6.5 Die politische Strategie
6.5.1 Die Regierungsstrategie
6.5.2 Die parlamentarische Strategie
6.5.3 Die Außerparlamentarische Strategie

7. Das „neue“ deutsche Parteiensystem nach 1990
7.1 Die Entwicklung zum 5 Parteien-System
7.2 Die PDS im deutschen Parteiensystem
7.2.1 Das Verhältnis zur CDU/CSU und zur F.D.P.
7.2..2 Das Verhältnis zur SPD und zu Bündnis 90/ Die Grünen
7.3 Mögliche Koalitionskonstellationen unter Beteiligung der PDS
7.3.1 Rot-rote-Koalition

7.3.2 Rot-Rot-Grüne-Koalition 8. Innenpolitische Relevanz der PDS
8.1 Milieurelevanz
8.2 Auf Länderebene
8.2.1 In Ostdeutschland
8.2.2 In Westdeutschland
8.3 Auf Bundesebene
8.3.1 Einfluss auf die Innenpolitik
8.3.2 Einfluss auf die Außenpolitik

9. Abschließende Bewertung der PDS vor dem Zusammenschluss mit der WASG zur Partei „Die LINKE“
9.1 Fragestellungen und untersuchte Teilbereiche
9.2 War die PDS eine Regional- bzw. Milieupartei ?
9.3 Gab es ein bundesdeutsches Wählerklientel für die PDS ?
9.4 Wurde die PDS in Ost- und Westdeutschland verschieden wahrgenommen ?
9.5 Entsprach die Organisationsstruktur der PDS den Ansprüchen an ihre Funktionalität ?
9.6 War die PDS eine linksextreme Partei mit linkspopulistischer Taktik?
9.7 Gab es eine gesamtdeutsche politische Zukunft für die PDS ?
9.8 Wie wichtig war Gysi für die PDS ?

10. Von der PDS zur Partei „Die Linke“
10.1 Die WASG als Fraktionspartner im Deutschen Bundestag
10.1.1 Entstehung und Geschichte der WASG als westdeutsche Linkspartei
10.1.2 Die Organisationsstruktur
10.1.3 Die innenpolitische Programmatik
10.1.4 Die außenpolitische Programmatik
10.1.5 Die politische Strategie
10.2 Milieurelevanz
10.2.1 Auf Länderebene
10.2.2 In Ostdeutschland
10.2.3 In Westdeutschland
10.2.4 Auf Bundesebene
10.3 Die Verhandlungen über den Zusammenschluss
10.3.1 Chronologischer Ablauf
10.3.2 Der „Vereinigungsparteitag in Dortmund“
10.3.3 Die neue Partei

11. Abschließende Bewertung
11.1 Zusammenfassende Bewertung
11.2 Ausblick

12. Literaturverzeichnis

13. Anlage
13.1 Verzeichnis der Abbildungen
13.2 Satzungen
13.3 Bundes- und Landesparteivorstände der Partei Die LINKE

VORWORT

Nach Aussage Erich Honecker wurde „der Sonderparteitag der SED/PDS Anfang Dezember 1989 maßgeblich vom Mitglied des Ausschusses, Markus Wolf, vorbereitet. Auf diesem Parteitag ließ man Mitglieder des Politbüros und des ZK der SED nicht zu Wort kommen. […] Also ging man in der BRD „zur Rachejustiz über, indem gegen Mitglieder des Politbüros und des ZK der SED mehrere Prozesse eröffnet wurden“ Präsident Egon Krenz, einst Staatsoberhaupt der DDR wurde 1997 in Berlin zu sechseinhalb Jahre Haft verurteilt. Er sagte in seinem Schlussrede vor dem Berliner Landgericht folgendes: „Ich bitte nicht um Milde oder Gnade […] Meine Ehre ist mir soviel wert, dass ich sie lieber mit ins Gefängnis nehme, als dass ich sie durch einen Kniefall opportunistisch verhökere. Anpassungsleistungen an die neue Herrschaft zu erbringen, bin ich nicht bereit.“

Die 1990 - 1993 verbundenen Analysen aller Parteienforscher, dass die PDS keine politische Überlebensfähigkeit hätte, hat sich nicht bestätigt. Es ist der PDS in einem langwierigen Prozess mit viel innerparteilicher Anstrengung, z.T. einhergehend mit persönlichen Zerwürfnissen, Austritten, Anfeindungen etc. gelungen, innerhalb der ersten 10 Jahre ihres Parteibestehens, sich vom Anspruch einer typischen Milieupartei hin zu einer sozialistischen Partei zu entwickeln, die in allen Bereichen der Gesellschaft ihr Klientel vertreten sieht.

Die Gründung des Vereins Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit am 03. Juli 2004 läutete den Weg der Etablierung einer linkspolitischen Partei in den alten Bundesländern ein. Die Mitglieder kamen aus den verschiedensten, wenn auch meist linken, Bereichen, wie Parteien, Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen. Den prominentesten Parteibeitritt konnte die WASG am 18. Juni 2005 durch Oskar Lafontaine verzeichnen, der anbot bei den vorgezogenen

Bundestagswahlen am 22. September 2005 mit dem damaligen PDSVorsitzenden Gregor Gysi eine Wahlplattform aus PDS und WASG anzuführen.

DIE LINKE strebt einen demokratischen Sozialismus an, den sie anders als die SPD definiert. Nach Aussage ihres ehemaliger Vorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Lothar Bisky stellt sie die sozialistisch begründete, „kapitalistische Modelle der BRD“ ablehnende „Systemfrage“ und spricht sich gegen den in ihren Reihen umstrittenen Begriff der „neoliberalen“ Politik aus. Sie stellt sich zurzeit als „einzige linke Kraft“ im Bundestag dar.

Prof Dr. Dr. Ümit Yazıcıoğlu

1. Prolog

1.1 Fragestellung

Die Wiedervereinigung brachte u.a. für das deutsche Parteiensystem eine Veränderung mit sich, in dem sich eine Partei links von der SPD zu etablieren versuchte und somit die Entwicklung vom Vier-Parteien- zum Fünf-Parteien-System forcierte. Dass sich durch die Beschlüsse der PDS und der WASG vom 25. März 2007 sich zu einer Linkspartei „DIE LINKE“ zu vereinigen dieser Prozess nach 18 Jahren abgeschlossen wurde, ist bemerkenswert. Nicht zuletzt unter dem Aspekt, dass damit auch im Parteiensystem die „Wiedervereinigung“ endgültig vollzogen ist und diese Linkspartei zur Normalität des politischen Alltages zählt, was die Umfragen belegen, ist es der Mühe wert, sich der „Geschichte der PDS“ zu widmen und diese darzustellen. Wurde die PDS von Moreau, Olzog/Liese und Chapra immer als Milieupartei mit geringer Überlebenschance eingeschätzt und aufgrund der Dominanz der Person Gysi häufig als „Ein-Mann-Partei“ bezeichnet, wie dies Falter, Stöss, Hof/Wendler und Gerner in Anspielung auf die Vorreiterrolle Gysis „wissenschaftlich“ belegten, so ist die Geschichte der PDS facettenreicher und interessanter als sie sich in den ersten Jahren ihres Bestehen angedeutet hatte. Gleichzeitig hat die PDS die Politik der Bundesrepublik Deutschland stärker beeinflusst als es viele erhofft, befürchtet oder eingeschätzt hatten.

Die Diskussion um die „Nachfolgepartei der SED“ wurde genauso abgearbeitet wie auch der Finanzskandal Anfang der 90-er Jahre überstanden wurde. „Totgesagte leben länger“. Wenn dieses Sprichwort wirklich zutrifft, dann auf dies Partei. Jahrelange, bis in die Mitte der 90-er Jahre hineingehende Abgesänge auf die Partei, vor allem von Wissenschaftlern, weniger von Politikern, zeigten bei vielen Wirkung, nicht bei dieser Partei. Natürlich ist die Geschichte der Partei auch eine Geschichte von Personen, die in ihr und für sie gewirkt haben. Auch dies wird herauszustellen sein, kritisch aber fair bewertend. Letztendlich ist es eine sehr interessante Aufgabe nach „Auflösung der PDS“ ihre 18 jährige Parteiengeschichte kritisch zu betrachten und zu analysieren, auch als ein Teil deutscher Geschichte.

1.2 Aktueller Forschungsstand

Die PDS wurde zumindest bis 1995 „als Gewissen des Ostens“, „als verbliebener Stachel des Sozialismus“, „als Auffangbecken alter STASI-Schergen“[1] als „reine Ostpartei“ bekämpft. Man könnte die Titulierungen, die sich andere Parteien, aber zumindest ihre Generalsekretäre oder Wahlkampfmanager ausgedacht haben, nahezu beliebig fortsetzen.

Die etablierten Parteien reagierten zu Beginn sehr hektisch und unüberlegt. Sie versuchten die PDS durch das Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen und hofften so die Befindlichkeit im Osten stabilisieren zu können. Dieses Unterfangen scheiterte. Durch die Entscheidung des Bundesver-fassungsgerichtes bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990, eine getrennte Auswertung der Wählerstimmen in den alten und neuen Bundesländer gesetzlich festzulegen, sowie durch die Erringung von drei Direktmandaten 1994, die es ermöglichten, ohne die 5%-Hürde übersprungen zu haben, in den Bundestag einzuziehen, ist die PDS nun seit 1990 Jahren im Parlament vertreten, zumeist mit Fraktionsstatus. Während auf Länderebene in den Neuen Bundesländern, sowie in Berlin die PDS zeitweise in der Regierungskoalition mit der SPD mitwirkt(e), wird dies von der SPD auf Bundesebene kategorisch abgelehnt oder sollte man sagen noch abgelehnt, da neben vermeintlichen Ampel- und Jamaikakoalitionen, genauso eine ROT-ROT-GRÜNE Koalition zumindest halblaut durchgedacht worden ist, ohne sie bisher im wissenschaftlichen Bereich außer in einem kleinen Aufsatz von Bogisch zu untersuchen.

Die PDS hat sich immer als Nachfolgepartei der SED gesehen und dies auch so verlautbart[2]. Genauso ist die Frage nach „der Milieupartei PDS“ längst wissenschaftlich geklärt; hier sei beispielhaft auf Stöß, Falter, Moreau, Gerner, Laubsch und Görtemaker/Adolphi für viele andere verwiesen und zum geeigneten Zeitpunkt näher darauf eingegangen. Die PDS wurde bisher nicht als Faktor im

[1] Vgl. diverse Wahlkampfaussagen der CDU/CSU und F.D.P. in den Landtags- und Bundestagswahlkämpfen bis 1995. Vor allem der damalige CDU Generalsekretär Hintze tat sich mit solchen Wortschöpfungen, bis hin zur „Roten-Socken-Kampagne“ hervor.

[2] Die PDS hat nie abgestritten Nachfolgepartei der SED zu sein, was aber weniger in ideologischen, denn anderen Gründen wie z.B. finanziellen begründet liegt. Zur näheren Analyse dieser Thematik sei auf die vielfältige Literatur der Parteien, Parteienforscher, Gerichtsentscheidungen und PDS-Veröffentlichungen pauschal hingewiesen.

ganzheitlichen Parteiensystem betrachtet. So mahnte Bouvier als erste 1997 und bisher einzige an, dass diese Entwicklung nicht zu unterschätzen sei. Gabriel, Neugebauer, sowie Stöss/Spittmann/Raschke haben diese Entwicklung noch 2000 negiert. Eine Analyse des Stellenwertes einer linken Partei im Licht der Organisationstheorie, sowie es Mintzel, Oberreuther u.a. für die anderen Parteien des deutschen Parteiensystems bereits geleistet haben erscheint deshalb dringend vonnöten.

Die Entstehung einer Partei, d.h. die Komponenten des Parteiensystems, die dies fördern, ist nicht zufällig. Die Gründung einer Partei muss sich logischerweise auf Interessen, Bedürfnisse und/oder Befindlichkeiten von Teilen der Bevölkerung beziehen bzw. darauf basieren. Lipset/Rokkan bezeichnen dies als die von Parteien geleistete Übersetzung gesellschaftlicher Konflikte in Politik. „A competitive party system protects the nation against the discontents of its citizens and attacks are deflected from the overall system and directed towards the current set of power-holders“ (Lipset/Rokkan 1990: 91). Die Frage muss gestellt werden, welche Konfliktlinien die PDS nutzen konnte und welche ihre Entstehung bzw. Transformation gefördert haben. Dieser theoretische Erklärungsansatz, auch als Cleavage - Ansatz bezeichnet, benennt die „typischerweise bei Prozessen der Nationalbildung und Industrialisierung“ (Rohe 1997: 39) auftretenden Hauptspannungslinien und ist somit außerordentlich hilfreich, um Grundmöglichkeiten der Parteienbildung wie im Falle dieser Arbeit der PDS zu erfassen.

Auf den Untersuchungsgegenstand der Arbeit bezogen, wird also die Frage zu untersuchen sein, welche Konflikte, vorab uninteressant ob Hauptkonflikt- oder Nebenkonfliktlinien durch die PDS repräsentiert werden. Dabei wird die immer geäußerte Vermutung des Ost-West-Gegensatzes genauso zu analysieren sein, wie die vermeintliche Konfliktlinie Sozialismus - Kapitalismus. Beide Möglichkeiten werden von Brie als klare Thesen formuliert (vgl. Brie 1995: 13). Die Untersuchung wird zeigen müssen, ob dies Allgemeingültigkeit hat oder ob noch andere wichtigere oder vielleicht auch nur subtil wirkende Konfliktlinien vielmehr die Existenz der PDS politisch notwendig machen. Inwieweit hier der Begriff der „regionalen Milieupartei mit einer überwiegend dauerhaften und emotional-normativen Parteibindung ihrer Anhängerschaft“ (vgl. Niedermayer 1997: 126), als Untersuchungsgegenstand geeignet ist, wird zu analysieren sein. Wie Neugebauer/Stöss anmerken, übt jede Partei neben ihren Hauptfunktionen zusätzliche, besondere (Neben-) Funktionen aus. Diese basieren bzw. resultieren

aus der jeweils spezifisch definierten Stellung innerhalb des Parteiensystems. Neugebauer/Stöss betonen diesen Punkt vor allem deshalb, und damit zu Recht, weil „gerade kleinere oder nicht etablierte Parteien in der Bundesrepublik zumeist als störend und unerwünscht empfunden werden, jedenfalls dann, wenn sie grundsätzliche Alternativen zu den etablierten Parteien darstellen“ (Neugebauer/Stöss 1996: 23). Roemhold bezeichnet dies als „Politik der Minorisierung“ (Roemhold 1983) aller Kleinparteien in Deutschland[3]. Dargestellt an den GRÜNEN zeigt sie deutlich auf, dass diese Politik auch immer mit einer neu entfachten Extremismusdiskussion einhergeht (Stöss 1983/1984: 46f.). So kann insgesamt konstatiert werden, dass die PDS wissenschaftlich von nahezu allen Seiten bereits betrachtet worden ist. Was bisher noch nicht stattgefunden hat, ist der ganzheitliche Ansatz einer Parteigeschichts-schreibung wie er in dieser Arbeit versucht werden soll.

1.3 Methodische Vorgehensweise

Die Arbeit umfasst neun Hauptkapitel und ein Kapitel, in dem auf Basis der vorher gewonnen Ergebnisse eine zusammenfassende Bewertung vorgenommen werden wird. Um der Chronologie der Parteigeschichte gerecht zu werden und eine Stringenz in der gesamten Arbeit sicher zu stellen, erfolgt der Aufbau der Kapitel entlang einer fiktiven Zeittafel. So wird im ersten Kapitel auf das deutsche Parteiensystem von 1945 bis 1989 eingegangen, wobei eine zweigliedrige Betrachtung hie Bundesrepublik Deutschland, da Deutsche Demokratische Republik dafür Sorge tragen soll, bereits hier eine Basis für die nachfolgende Analyse der Geschichte der PDS zu schaffen. Im dritten Kapitel wird mit Hilfe der Darstellung und Analyse der Montagsmärsche und der Bürgerbewegungen versucht die „Wendezeit“ plastisch zu vermitteln, um so die Vorgeschichte und Entstehung der PDS beweiskräftig analysieren zu können. Im vierten Kapitel wird die PDS dargestellt, d.h. sowohl die Organisationsstruktur, als auch Gruppierungen innerhalb der PDS und Führungspersonen der Partei näher betrachtet. Den jeweiligen Unterkapiteln ist eine theoretische Verortung zur Organisationstheorie bzw. zur Faktionalismusforschung vorangestellt.

Einen Einblick in die „Seele der Partei“ soll das fünfte Kapitel mit der Vorstellung und Analyse der Parteitage von 1989 bis 1999 geben. Der Zeitraum ist bewusst

[3] auch hier sei ein Hinweis auf Basisliteratur ohne weitere Ausführungen erlaubt: Müller-Rommel, Small parties in comparative perspective, in: Müller-Rommel/Pridham, Small parties in Western Europe, London, 1991.

so gewählt, da hier die Veränderungen, die Spannungen, die Probleme und die „Grabenkämpfe“ nachgewiesen werden können. Spätere Parteitage waren mit Ausnahme des „Auflösungsparteitages“, der an späterer Stell in der Arbeit Beachtung finden wird, nicht dazu geeignet.

Was will die PDS? Wie sieht ihr politisches Programm aus? Wen will/wollte sie damit ansprechen?. Antworten auf diese Fragen soll das 6. Kapitel geben, in dem auf die Programmatik der PDS eingegangen wird. Auch in diesem Kapitel wird ein Theorieteil zur Policyforschung zur Einordnung der späteren Inhalte vorangestellt werden. Das siebte Kapitel setzt sich mit der Entwicklung des deutschen Parteiensystems nach der Wende zum Fünf-Parteien-System auseinander. Hierbei wird unter dem Fokus „Sichtweise PDS“ das Verhältnis der PDS zu den anderen, im Bundestag vertretenen Parteien genauso beleuchtet wie evtl. mögliche bzw. bereits praktisch angewendete Koalitionsmöglichkeiten in den Ländern bzw. auf Bundesebene unter Einbezug der PDS betrachtet werden. Dies ist deshalb notwendig, da ein Teil dieser Ergebnisse, die auch für die PDS ableitbar waren, mit dazu beigetragen hat, dass sich die Frage einer Vereinigung mit der WASG überhaupt erst ergeben hat.

Die Milieurelevanz war eine entscheidende Frage für die PDS, deshalb wird ihr auch ein eigenes, wenn auch kleineres Kapitel gewidmet werden. Hierin soll auf die Milieurelevanz auf Länder- und Bundesebene und ihren Einfluss auf Innen- und/oder Außenpolitik kritisch eingegangen werden.

Im neunten Kapitel wird mit Hilfe von Fragestellungen versucht werden eine abschließende Bewertung der PDS vor dem Zusammenschluss mit der WASG zur Partei „Die LINKE“ vorzunehmen. So soll den Fragestellungen nach der Regional- bzw. Milieupartei, der Existenz eines bundesdeutschen Wählerklientels, der Funktionalität der Organisationsstruktur, der vermeintlich linksextremen Partei mit linkspopulistischer Taktik, einer evtl. vorhanden gewesenen gesamtdeutschen politischen Zukunft und der Wichtigkeit der Person Gysi für die PDS nachgegangen werden. Das zehnte Kapitel steht im Zeichen des Wandels der PDS hin zuerst zur Fraktion mit der WASG und im Endergebnis zur Vereinigung zur neuen Partei DIE LINKE. Dabei wird zuerst die WASG unter den Gesichtspunkten der Organisationsstruktur, der Programmatik und der Milieurelevanz betrachtet. Den Abschluss dieses Kapitels bildet die Darstellung des Zusammenschlusses und des damit offiziellen Endes der Partei PDS. Gleichzeitig wird die neue Partei kurz dargestellt, um interessierten Lesern die

Möglichkeit der Vergleichbarkeit zu geben und selbst weitergehende Analysen anstellen zu können.

Eine abschließende Bewertung mit einer Zusammenfassung und dem Versuch eines Ausblicks runden die Arbeit ab. In der Anlage wird beispielhaft eine Satzung eines PDS-Landesverbandes, das Verzeichnis der Abbildungen und die neuen Landesverbände der Partei DIE LINKE dargestellt werden.

2. Das deutsche Parteiensystem bis 1989

2.1 Zur Theorie der Entwicklung des Parteiensystems

Der Begriff Parteiensystem wird oft gebraucht, aber selten bis gar nicht präzise definiert. Gemeint ist im Allgemeinen die Interaktion von miteinander konkurrierenden Parteien. Der Begriff Partei leitet sich aus dem lateinischen pars ba – eine Partei repräsentiert daher immer nur einen Teil der Bevölkerung, weshalb ein Einparteiensystem ein Widerspruch in sich selbst ist. Parteiensysteme lassen sich nach vielen Kriterien untersuchen. Wer von der Zahl der (Parlaments)Parteien ausgeht, unterscheidet zumeist nach Zwei-, Mehr- oder Vielparteiensysteme. Die Begriffsbildung sagt aber noch nichts Wesentliches über die Art des Parteiensystems aus. Bei einem eher konkurrenzdemokratischen Parteiensystem ist die größere Partei(engruppierung) in der Regierung, die andere in der Opposition. Bei einem mehr konkordanzdemokratischen System sind alle bedeutenden Parteien an der Regierung beteiligt. In Anlehnung an Satori hat von Beyme eine Unterscheidung in vier Formen des Parteiensystems herausgearbeitet:

- Zweiparteiensystem mit alternierender Regierung
- Gemäßigter Pluralismus, der in drei Varianten unterteilt ist (alternierende Flügelparteien ohne Koalition, alternierende Flügelparteien mit festem Koalitionspartner, große Koalition bzw. Koalition der Mitte)
- Polarisierter Pluralismus, der in zwei Varianten zerfällt (mit Fundamentalopposition von links und rechts, regierungsfähigen Mitteparteien)
- Parteisystem mit einer hegemonialen Partei, der die Regierungsrolle zufällt.

Natürlich ist auch dieses Modell, wie nahezu jedes, modifizierbar und ergänzbar, für den kurzen Einschub zur Erklärung aber völlig ausreichend.
Die Entstehung einer Partei, d.h. die Komponenten des Parteiensystems, die dies fördern, ist nicht zufällig. Die Gründung einer Partei muss sich logischerweise auf Interessen, Bedürfnisse und/oder Befindlichkeiten von Teilen der Bevölkerung beziehen bzw. darauf basieren. Lipset/Rokkan bezeichnen dies als die von Parteien geleistete Übersetzung gesellschaftlicher Konflikte in Politik. „A competitive party system protects the nation against the discontents of its citizens and attacks are deflected from the overall system and directed towards the current set of power-holders“ (Lipset/Rokkan 1990: 91). Sind die bisher verwendeten Konfliktlinien, die in Parteiensystemen angewendet wurden noch passend?
Nach Lipset/Rokkan unterscheidet man vier Konfliktlinien, aus denen heraus sich deutsche Parteien etabliert haben bzw. aus denen sie entstanden sind.

- Zentrum – Peripherie – Konflikt
- Staat – Kirche – Konflikt
- Stadt – Land – Konflikt
- Arbeit – Kapital - Konflikt (=Klassenkonflikt)

Dieser theoretische Erklärungsansatz, auch als Cleavage - Ansatz bezeichnet, benennt die „typischerweise bei Prozessen der Nationalbildung und Industrialisierung“ (Rohe 1997: 39) auftretenden Hauptspannungslinien und ist somit außerordentlich hilfreich, um Grundmöglichkeiten der Parteienbildung zu erfassen. Überträgt man die allgemeingültigen Schemata auf das westdeutsche Parteiensystem, so kann der allgemeinen Lehre folgend von folgenden Entwicklungen ausgegangen werden. Diese noch kurz darzustellenden Konfliktlinien, die nach Lipset/Rokkan als soziale Hauptkonfliktlinien (vgl. Mair 1990: 130) bezeichnet werden, haben zur Verfestigung des westlichen Parteiensystems in den zwanziger Jahren beigetragen. Man spricht in einem anderen Zusammenhang auch von der freezing theory, abgeleitet von Lipset/Rokkan, die feststellten, dass es zu einem „freezing of the major party alternatives“ (Lipset/Rokkan 1967: 34) geführt habe. Inwieweit dies heute noch generell zutrifft und inwieweit die PDS in dieses ‘freezing system’ passte, wird zu untersuchen sein.

Unabhängig von der europäischen Entwicklung gestaltete sich die „deutsche Konstellation“ wie folgt: „Der Konflikt Arbeit - Kapital äußert sich in der Konkurrenz von (sozialistischen) Arbeiterparteien und (liberalen) bürgerlichen Parteien. Dieser Konflikt wird ergänzt um den zwischen Stadt und Land, der sich im Parteiensystem als Gegensatz von (liberalen) industriellen und (konservativen)

agrarischen Interessen niederschlägt. Die Konfliktlinie Staat - Kirche entfaltete sich auf dem Boden des Schismas (Protestantismus versus Katholikentum), das Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen Reformation und Gegenreformation (Zentrum - Peripherie) war. Sie brachte den politischen Katholizismus (in Gestalt der Zentrumspartei oder der Bayerischen Volkspartei) hervor. Zu Beginn der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, existierten sozialistische, liberale und konservative Parteien, die den protestantischen Bevölkerungsanteil repräsentierten, sowie das Zentrum (einschl. BVP), das den katholischen Bevölkerungsteil vertrat“ (Neugebauer/Stöss 1997: 20)[4].

Die in der Weimarer Republik noch dominante Konfliktlinie Staat - Kirche hat sich relativiert, da nicht mehr von einer Interessenspolarisierung der einzelnen Konfessionen ausgegangen werden kann. Die Interessensgegensätze zwischen Katholiken und Protestanten oder wie Stöss es formuliert zwischen politischem Katholizismus und Konservatismus relativierten sich ebenso wie das Spannungsfeld Stadt - Land. Dies hatte somit in den sechziger Jahren zur Folge, dass sich das bundesdeutsche Parteiensystem auf drei Parteien reduzierte. Zusätzlich zu diesen Hauptkonfliktlinien entwickeln sich weitere Nebenkonfliktlinien, die sich aus verschiedensten Gründen zeitweise etablieren können. Innerparteiliche, z.B. in der F.D.P. zwischen sozial und demokratisch und/oder national und besitzbürgerlich eingestellten Gruppen sind hier nur beispielhaft genauso zu nennen, wie die Auseinandersetzung Vertriebene - Einheimische oder Kommunisten - Sozialdemokraten. Es ist unmöglich, aber meines Erachtens auch unnötig, auf all diese Konfliktlinien einzugehen.

2.2 Das Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland

2.2.1 Die Entwicklung bis 1949

Ähnlich wie das Jahr 1933 bedeutete das Jahr 1945 für die Parteien eine tiefe Zäsur. Deshalb werden die Jahre 1945 bis 1949 auch als Formierungsperiode des bundesdeutschen Parteiensystems bezeichnet. Die NSDAP verschwand nach 1945 logischerweise völlig von der politischen Bildfläche. Die bürgerlichen Parteien, die 1933 nach der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, was ihnen

[4] Zur ausführlichen Beschreibung und Darstellung anhand von Statistiken und Tabellen sei an dieser Stelle an Gabriel/Niedermayer/Stöss 1997: 9 - 58 verwiesen. Die zahlenmäßige Untermauerung der allgemein theoretisch geführten Darstellung in dieser Arbeit würde durch die Aufbereitung des Datenmaterials überfrachtet werden, vor allem auch deshalb, da dies nicht Hauptuntersuchungsgegenstand der Arbeit ist.

auch als Fehler vorgehalten und als Makel bis heute anhaftet, radikal ausgeschaltet worden waren, konnten sich bei der Überprüfung auf Demokratiefähigkeit genau darauf berufen. So charakterisiert Hennis[5] die Situation wie folgt: „Es ist für die Entwicklung des Bonner Staates und seines parlamentarischen Systems von gar nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung, dass einzig die politischen Parteien von diesem Korruptionsprozesse ausgenommen blieben ... Ob zu Recht oder nicht – die Parteien konnten nach 1945 den Eindruck erwecken, sie seinen von Anfang an verfolgt gewesen“ (Hennis 1974: 206). Die Zulassung demokratischer Parteien in Deutschland wurde auf der Potsdamer Konferenz beschlossen, praktisch im Nachklapp als Reaktion darauf, dass in der sowjetischen Besatzungszone bereits ein Zulassungsprozess für vier Parteien erfolgt war.

Nachvollziehbar argwöhnisch betrachteten die Besatzungsmächte die unter Lizenzzwang stehenden, „neuen“ demokratischen Parteien in ihrem Wachstumsprozess, nicht zuletzt deshalb, da viele Millionen ehemaliger NSDAP Mitglieder nun in andere Parteien drängten. Gerade auch diese Vorsicht und die zum Teil noch von starken Ressentiments getragene Einschätzung der Alliierten, vor allem der Franzosen, verzögerte „Überzonale Zusammenschlüsse“[6]. Verständlicherweise knüpften die Parteien zumeist an frühere Traditionen, zum Teil gab es aber auch Neugründungen, worauf später noch eingegangen wird. Die alte Fehde zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten brach sofort wieder auf. Die Liberalen versuchten aus ihrem Fehler der Zersplitterung zu lernen und vereinigten sich in einer Partei, wenn auch zunächst unter verschiedenen Namen[7]. Im Dezember 1948 erfolgte der Zusammenschluss der liberalen Landesverbände in Heppenheim zur FDP, womit „aber die traditionellen Konflikte zwischen der national-liberalen und der links-liberalen Richtung keineswegs aufgehoben waren“ (Hein 1985:23).

Formale Neugründungen stellten die CDU und die CSU dar, wenn sie auch wie Becker nachwies, ältere Traditionen fortführten[8]. Vornehmliches Ziel war es die

[5] Vgl. hierzu ausführlich Hennis, Wilhelm: „Die Rolle des Parlaments und die Parteiendemokratie“, in: Löwenthal, Richard; Schwarz, Hans-Peter (Hg): „Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz“. Stuttgart, 1974.

[6] Vgl. ausführlich: Mintzel, Alf: „Besatzungspolitik und Entwicklung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen (1945 – 1949), in: Staritz, Dietrich (Hg): „Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Eine Einführung“. Opladen 1980.

[7] Deutsche Volkspartei/DVP, Liberal-Demokratische Partei/LDP, Freie Demokratische Partei/FDP.

[8] Becker, Winfried: „CDU und CSU 1945 bis 1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei“, Mainz, 1987.

frühere Zentrierung auf den katholischen Bevölkerungsanteil zu überwinden, d.h. nicht die Tradition des Zentrums fortzuführen und diese Konfliktlinie „zu bedienen“. Spät, erst 1950 kam es in Goslar auf dem ersten Bundesparteitag der CDU zum formalen Zusammenschluss der Landesverbände. Die mehr föderalistisch ausgerichtete CSU hatte sich hingegen bereits Ende 1945 konstituiert. Sie geriet in einen Richtungsstreit zwischen dem reformerisch eingestellten Flügel um Josef Müller und den von Alois Hundhammer angeführten konservativ-klerikalen Flügel[9].

Die Parteien erreichten in den westlichen Besatzungszonen schon relativ frühzeitig beträchtlichen Einfluss, dabei spielte sicherlich auch die Möglichkeit eine Rolle, dass sich hier, im Gegensatz zur Sowjetischen Besatzungszone, miteinander konkurrierende Parteien entwickeln konnten. Die ersten Landtagswahlen 1946/1947 erbrachten zu große Unterschiede, um bereits einen Trend zur Einschätzung der sich entwickelten Größe der Parteien abgeben zu können. Obwohl die Union ein wenig stärker, für viele überraschend, als die SPD abschnitt, kam es entsprechend dem Konkordanzgedanken in den Ländern zumeist zu Allparteienregierungen, in der zeitweise sogar die Kommunisten, zumindest bis zur Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes 1948, vertreten waren.

2.2.2 Die Entwicklung von 1949 bis 1989

Im nachfolgenden Teilkapitel soll kurz die Entwicklung bis 1989 im Bund beschrieben werden. In der Entwicklung dieses „Systems“ ist eine klare Zweiteilung zu erkennen. Bis zu Beginn der achtziger Jahre, vor der Entstehung der Partei „Die GRÜNEN“, war das bundesdeutsche Parteiensystem von einem Dreiparteiensystem[10] geprägt., wenn gleich auch in den ersten Jahren die KPD noch einflußnehmend existent war. Mit Verbotsantragsstellung der Bundesregierung 1951 beim Bundesverfas-sungsgericht verlor die KPD, auch geprägt durch die negative Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone, hohe Stimmenanteile und war letztendlich auf „der Stufe einer Splitterpartei“ angekommen. Im Jahre 1956 wurde die KPD nach mehrjährigen Verhandlungen verboten, nicht zuletzt deshalb weil sie in ihrem „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ 1952 den Sturz des „Adenauer Regimes“ gefordert hatte. Dies trug ausschlaggebend dazu bei, dass der KPD „ein

[9] Vgl. Mintzel, Alf: „Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945 – 1972“, Opladen 1978 und „Geschichte der CSU. Ein Überblick“, Opladen, 1977.

[10] Hierbei werden wie grundsätzlich akzeptiert die CDU und die CSU als eine „Parteiausprägung“ angesehen, was nicht zuletzt durch den gemeinsamen Fraktionsstatus im Bundestag auch zum Ausdruck gebracht wird..

antidemokratischer politischer Gesamtstil“ (Klocksin, 1994: 30) nachgewiesen werden konnte.

Die SPD blieb unter Schumacher ihrem strikt antikommunistisch ausgerichteten Kurs treu. Nachdem sie zuerst sowohl die Wirtschaftspolitik Erhards und die Außenpolitik Adenauers bekämpft hatte, plädierte sie nach der Annahme des Godesberger Programms 1959, in dem sie sich auch programmatisch vom Klassenkampfprinzip verabschiedet hatte, ebenso für die soziale Marktwirtschaft und unterstütze ab 1960 Adenauers Politik der Westintegration. Mit der Umsetzung des Godesberger Programms wurde die SPD für nahezu alle Wählerschichten akzeptabel und wählbar. Von 1966 bis 1969 als Juniorpartner in der Großen Koalition, löste sie die CDU/CSU 1969 als Regierungspartei ab und stellte bis 1982 die Bundeskanzler Brandt und Schmidt.

Die Christlich Demokratische Union bestimmte in den ersten zwei Jahrzehnten der Nachkriegszeit zusammen mit ihrer Schwesterpartei der CSU, die nur in Bayern kandidiert, fast ausschließlich die westdeutsche Politik. Adenauer stand wie erwähnt für die Westintegration, Erhard verkörperte das Wirtschaftwunder. Trotz dieser hervorragenden Ausgangssituation hatte die CDU lange einen großen Makel. Sie hatte, als Kanzlerwahlverein tituliert, bis in die Mitte der 70-er Jahre versäumt ihren organisatorischen Aufbau und die Programmatik voranzutreiben. Erst 1978 veröffentlichte die CDU das erste Grundsatzprogramm. Von 1982 bis über die Wiedervereinigung hinaus war sie wieder Hauptregierungspartei. Typisch für die CDU ist die Personalunion von Parteivorsitzenden und Kanzler; dieses Ritual hat sich bis in die heutige Zeit „gerettet“.

Die CSU wie bereits angesprochen ist eine auf das Bundesland Bayern „beschränkte Partei“, die seit 1957 ohne Unterbrechung den dortigen Ministerpräsidenten stellt. Die zumeist harmonische Zusammenarbeit mit der CDU, die in Bayern auf einen eigenen Landesverband verzichtet hat, wurde vor allem während des Vorsitzes von Franz Josef Strauss von 1961 bis 1988 immer wieder durch teilweise persönliche Fehden zwischen den Parteigranden belastet. So drohte Strauss, in dem bis heute bekannten Kreuther Beschluss der CDU die CSU bundesweit auszuweiten. Lange Verhandlungen konnten damals die Wogen glätten. Die CSU setzt mehr als die CDU auf föderalistische Politik und ist federführend, wenn es um die härtere Gangart im Umgang mit dem politischen Gegner geht.

Die Freie Demokratische Partei ist diejenige Partei in Deutschland, die am längsten an der Regierungsbildung im Bund beteiligt gewesen ist. „Die Entwicklung der FDP vollzog sich spannungsreicher und diskontinuierlicher als die von CDU/CSU und SPD. Sie verkörpert den politischen Liberalismus und hat eine Reihe von Wandlungen durchlaufen“ (Jesse 1997: 67). Charakteristisch sind die bereits angesprochenen innerparteilichen Kämpfe zwischen den linksliberalen und den nationalliberalen Gruppierungen. Alle grundsätzlichen, die Bundesrepublik Deutschland betreffenden politischen Entscheidungen, wurden von ihr mitgestaltet und nachvollziehbar beeinflusst.[11] Vor allem Hans-Dietrich Genscher hat 32 Jahre, zuerst als Innen- dann als Außenminister, das politische Leben in Deutschland und das politische Ansehen Deutschlands im Ausland nachhaltig mitgestaltet.

Die Partei die „GRÜNEN entstand im Jahr 1980. Zuerst als verspätetes Produkt der 68-er Protestbewegung von den etablierten Parteien belächelt, setzte die Partei unbeirrt auf ihre vier im Grundsatzprogramm von 1980 verankerten Grundwerte ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Trotz aller Heterogenität deutlich links im Parteienspektrum angesiedelt, ist die Partei bis heute, wenn damals aber existenziell bedeutender, durch das Vorhandensein zweier Strömungen geprägt. Einerseits die fundamentaloppositionellen (Fundis) Kräfte[12], die lange Zeit sogar eine Regierung mit der SPD ausschlossen und andererseits die realpolitisch ausgerichteten (Realos) Kräfte, die sich unter Führung von Joschka Fischer Ende der achtziger Jahre durchsetzten .

2.3 Das Parteiensystem in der DDR

2.3.1 Entwicklung des Parteiensystems bis 1949

Die Geschichte der Parteien in der DDR ist eindeutig die Geschichte der SED. Auf diesen Nenner bringt Eckhard Jesse die Entwicklung angesichts des faktischen Monopols dieser Partei bei der politischen Willensbildung. Und doch bedarf es einer Differenzierung, das es zum einen neben der SED noch andere Parteien gab, zum anderen die Vorgeschichte der Einparteienherrschaft ebenso berücksichtigt werden muss. Was den allgemeinen Forschungsstand zu diesem Themenbereich betrifft, ist es durch den Mauerfall und die Wiedervereinigung zur Öffnung der Archive der ehemaligen DDR gekommen; so konnten neue

[11] Exemplarisch seien nur die Westbindung und Aussöhnung mit dem Osten, die Soziale Marktwirtschaft, die „inneren Reformen“, und die Wiedervereinigung genannt

[12] Typisch hierfür auch die Forderung nach dem Rotationsprinzip, der Ämtertrennung und dem imperativen Mandat.

Einsichten gewonnen werden, wenngleich andererseits vieles Bekannte auch „nur“ durch neue Quellen und Einsichten bestätigt oder verhärtet wurde. Die „befreundeten Parteien“ der SED sind lange von der Forschung deutlich vernachlässigt worden, sie schienen ein uninteressantes, nicht viel „Lob versprechendes Forschungsgebiet“. Nach der Wiedervereinigung wurde die Forschung darauf z.T. stark fokussiert, einerseits unter der Absicht nachzuweisen, dass im Kern der Parteien kein Unterschied zur SED bestand bzw. andererseits eine teil-oppositionelle Haltung in weiten Teilen der Parteien zu belegen.

Bereits mit ihrem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 gestattete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, kurz SMAD genannt, die Bildung von Parteien. Kurz darauf entstanden die KPD, die SPD, die CDU und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, LDP. Schließlich sollte dieses durch den befehl „erzeugte Parteienspektrum“ Modellcharakter für die westlichen Besatzungszonen, sprich die spätere BRD, nicht aber für die Sowjetische Besatzungszone, die spätere DDR, haben.

Die kommunistische Führung in der UdSSR war fest entschlossen, die Macht in ihrer Beatzungszone um jeden Preis zu behalten, wenn möglich auszubauen. Dem sollte auch die Transformation[13] des Parteiensystems dienen, zu dessen Umsetzung die „Gruppe Ulbricht“ aus der UdSSR eingeflogen wurde, um das mit der KPdSU abgestimmte Konzept umzusetzen[14]. So resümiert Müller, dass „der Gründungsaufruf der KPD vom 11. Juni 1945. dieses zeitlich abgestimmte Vorgehen auf eine enge Kooperation der Parteiführung mit der SMAD als oberster Macht- und Kontroll-Instanz in der Sowjetischen Besatzungszone hinweist“ (Müller 1993: 2368). Dieser war bewusst moderat gehalten, entsprechend der 1935 eingeleiteten Abkehr von der Sozialfaschismus Theorie, die in der SPD den Hauptfeind sah. „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dies entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit

[13] Vgl. zusammenfassend Müller, Werner: „Entstehung und Transformation des Parteiensystems der SBZ/DDR 1945 – 1950 und Richter, Michael: „Entstehung und Transformation des Parteiensystems in der SBZ und Berlin 1945 – 1940“, in: Materialien der Enquete-Kommission Bd.II/4.
[14] Vgl. hierzu ausführlich Keiderling, Gerhard (HG): „Gruppe Ulbricht in Berlin. April bis Juni 1945“, Berlin 1993.

allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ (Weber 1986: 34). Dreizehn der sechzehn unterzeichneten Personen kamen wie z.B. Ulbricht und Pieck aus der sowjetischen Emigration. Der Gründungsaufruf der SPD vom 15. Juni 1945 ging mit seinen Vorstellungen der wirtschaftlichen Neuordnung weit über die der KPD hinaus. Die CDU, angeführt durch Andreas Hermes, veröffentlichte ihren Gründungsaufruf am 26. Juni 1945, dessen Schwerpunkte der Antifaschismus, der Schutz des Privateigentums und die straffe Planung des Wiederaufbaus waren. Die LDP mit Wilhelm Külz an der Spitze setzte den Schwerpunkt in ihrem am 5. Juli 1945 vorgestellten Gründungsaufruf auf die Erhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Am 14. Juli 1945 wurde die „Bildung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ beschlossen. SPD und KPD hatten bereits einen Arbeitsausschuss gegründet. Dies alles war nicht verwunderlich, denn bereits im Gründungsaufruf der KPD stand, dass „ein in ihm formuliertes Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien ... dienen kann“ (Weber 1986: 36). Begründet wurde dies wie folgt: „Wir sind der Auffassung, dass ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann“ (Weber 1986: 36). D.h., dass die KPD die Liquidierung des Hitlerregmies mit der Liquidierung des gerade aufkeimenden demokratischen Lebens gleichsetzte.

Diese Einheitsfront konnte ihre Beschlüsse nur einstimmig fassen, d.h. die bürgerlichen Parteien waren in diese Blockpolitik eingebunden und somit den machtpolitischen Bestrebungen der KPD, später der SED hilflos ausgesetzt und unterlegen. Die beiden anderen Parteien, die CDU und LDP, widersetzten sich diesen Versuchen, konnten aber letztendlich nicht verhindern, ebenfalls ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Trotz all dieser Vorkommnisse kann nach derzeitiger wissenschaftlicher Einschätzung bis 1949 noch nicht von einer völligen Gleichschaltung gesprochen werden. Um den Einfluss aber weiter auszubauen und das bürgerliche Lager zu zerteilen wurden wie Lapp es formuliert zwei Retortenprodukte der Kommunisten, nämlich die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) gegründet, um, ohne jemals eigenständigen Parteicharakter zu entwickeln, jedoch die Bauern und ehemalige nationale, sogar nationalsozialistische Kräfte zu binden.

Trotz all dieser Winkelzüge gelang es der SED nicht bei den Landtagswahlen 1946 in auch nur einem Bundesland die absolute Mehrheit zu erreichen, ganz im Gegenteil rein rechnerisch hatten die anderen Parteien eine Stimmenmehrheit, so z.B. die LDP und die CDU in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Die Folgerung, die die SED daraus zog, war etwa nicht verstärkt um Wähler zu werben, sondern sie ging den anderen Weg, sie ließ keine demokratischen Wahlen mehr zu.

2.3.2 Die Entwicklung des Parteiensystems von 1949 – 1989

Aufgrund der Tatsache, dass die SED bis 1989 die absolute Macht im Staat zur Wahrnehmung ihrer Rolle beanspruchte, waren die Grundlinien der Entwicklung durch ein hohes Maß an Kontinuität, wenn auch anders als im demokratischen Verständnis, charakterisiert. Im Sinne Lenins verstand man sich als Avantgarde des Proletariats, somit kannte man selbstredend die gesetzmäßige Entwicklung in Natur und Gesellschaft und war somit legitimiert die weiteren Schritte auf den Weg in den Kommunismus zu bestimmen. Wie weit dieses Selbstverständnis ging und wie deutlich es verankert wurde zeigt alleine bereits Art. 1 der DDR-Verfassung von 1968:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ (Mampel 1982: 112). Daraus leitete sich logischerweise „die Gewaltenvereinigung, die Prinzipien des demokrati-schen Zentralismus, der unitarische Staatsaufbau, das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln, das unwiderrufliche Bündnis mit der Sowjetunion, der proletarische Internationalismus sowie die sozialistische Gesetzlichkeit“ (Jesse 1997: 90) ab. Die Massenorganisationen erkannten spätestens Mitte der fünfziger Jahre den Führungsanspruch der SED an und fungierten in ihrem Selbstverständnis als Transmissionsriemen[15].

Nach außen wurde weiterhin durch abhalten von „freien Wahlen“ so getan, als ob die SED vom Wähler legitimiert worden sei. Es handelte sich aber wie bekannt, nicht um Wahlen im demokratischen Sinne, da der Sieg der SED bereits vorher feststand, sondern es ging um eine wenn möglich 100% Stimmabgabe durch das

[15] Dadurch dass die Mitglieder verpflichtet wurden, die Ziele der SED zu proklamieren und am Aufbau des Sozialismus teilzuhaben, bestand für die Massenorganisationen andererseits eine so genannte Rückkoppelungsfunktion, da die SED über sie erfuhr, womit die „Genossen“ nicht zufrieden waren. So konnte man wo möglich und nötig nachsteuern, ansonsten durch „geeignete“ Maßnahmen „Abhilfe“ schaffen.

Volk, um daraus die Legitimation abzuleiten. D.h. der eigentliche Wahlakt besaß nur noch rein formelle Bedeutung. Unger beschreibt dies so: „Man ging Zettel falten, häufig geschlossen, in Hausgemeinschaften oder Arbeitskollektiven: Eine Entscheidungs-möglichkeit entfiel, da Streichungen auf den Stimmzetteln (Ja- und Nein-Kreuze gab es nicht) allenfalls bei Anwendung durch mehr als 50 % der Wähler zu Konsequenzen geführt hätte. Üblich war eine offene Wahl als Zeichen des Vertrauensbeweises für die Kandidaten, tatsächlich aber, um nicht Misstrauen zu erwecken“ Unger 1988: 37).

Die SED prägte somit natürlich das politische Geschehen, wenngleich aufgrund eines festgelegten fixen Verteilungsschlüssels der Mandate, sich dies nicht in der Sitzverteilung wiederspiegelte. Bei der letzten „DDR-Wahl“ erhielt deshalb die SED 25,4% (= 127), die vier Blockparteien erhielten jeweils 10,4 % (= 52) der 500 Mandate. Der Rest verteilte sich auch die fünf Massenorganisationen FDGB (12,2%=61 Mandate), FDJ (7,4 % =37 Mandate), DFD (6,4%=32 Mandate), KB (4,2%=21 Mandate) und VdgB (2,8%=14 Mandate. Da die Repräsentanten der Massenorganisationen natürlich auch SED-Mitglieder waren, bestand somit trotz dieser Aufteilung eine absolute Mehrheit. Aber auch dies ist dahingehend irrelevant, da die Beschlüsse der Volkskammer bis auf eine Ausnahme[16] immer einstimmig erfolgten.

2.3.3 Die „Sonderstellung“ der SED

Die SED verstand sich „der bewusste und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der Deutschen Demokratischen Republik“ (Institut für Marxismus-Leninismus 1978: 5). Sie sah keinen Widerspruch zwischen den beiden von ihr ausgefüllten Funktionen, hie Kaderpartei, da Massenpartei. Durch die „Vereinigung von KPD und SPD“ wuchs der Mitgliederbestand schlagartig nach oben, da aus den Reihen der SPD 53 % der Mitglieder stammten. Ein Punkt auf den im Rahmen der Wiedervereinigung und der Betrachtung der Entstehung der PDS noch einmal eingegangen werden wird. Das gewünschte Ziel immer mindestens 50 % Arbeiter als Mitglieder in den Reihen der SED zu haben, wurde z.T. vor allem in den siebziger und achtziger Jahren dadurch erreicht, dass nicht der ausgeübte, sondern der erlernte Beruf zur Zuordnung des Berufsstandes herangezogen wurde.

[16] Die genehmigte 1972 bei der Abstimmung über das Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung mit Rücksicht auf das C im Namen der CDU eine abweichende Abstimmung. So stimmten 14 Vertreter der CDU gegen das Gesetz und 8 enthielten sich der Stimme.

Um den Monopolanspruch zur Durchsetzung innerhalb der politischen Willensbildung sicherzustellen, bedurfte die SED eines geschlossenen, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisierten Parteiapparates. Der Aufbau des Staatsapparates der DDR entsprach dem gleichen Schema. „Die Verzahnung aller von SED-Kadern besetzten Ämter und Behörden mit dem Apparat der marxistisch-leninistischen Partei sowie die Ausschaltung jeglicher gesellschaftlicher Konkurrenz durch die Schaffung bzw. Duldung SED-abhängiger bzw. höriger gesellschaftlicher Organisationen und Parteien kennzeichneten das Machtmonopol der SED in der sozialistischen Demokratie. Sie sollte die Identität von Regierenden und Regierten symbolisieren“ (Politisches Wörterbuch 1988: 879).

Die SED war hierarchisch gegliedert. Die Grundorganisationen bildeten die unterste Organisationseinheit, danach kamen die Kreisparteien, des Weiteren die Bezirksparteiorganisationen, gegliedert jeweils nach dem Territorialprinzip und dem Produktionsprinzip. Der Parteiapparat bestand aus ca. 44 000 Personen. Die eigentliche Macht lag beim Politbüro des ZK der SED, obwohl die aus dem SED-Statut so weder hervorging noch ableitbar war. Auf all diesen Teilbereichen beruhte die Sonderstellung der SED, die ihr de facto eine Alleinherrschaft ermöglichte.

3. Von der SED zur SED/PDS in der Zeit der Wende

3.1 Die Bedeutung und der Einfluss der Montagsmärsche

Die dramatischen Ereignisse und Veränderungen, die seit Herbst 1989 in der DDR das Ausmaß einer "friedlichen Revolution"[17] angenommen hatten, führten zur Selbstaufgabe eines Staates, von der die Öffentlichkeit in Ost und West gleichermaßen unvorbereitet getroffen wurde.

[17] Revolution: "Ist die Umwälzung von Bestehendem, z.B. der totale Bruch mit übereinkommenden Wissensbeständen, i. e. S. der Bruch mit der politisch-sozialen Ordnung. Der Begriff R. schwankt dabei inhaltlich zw. unaufhaltsamer Veränderung und gewaltsamer Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Die R. im politischen Sinn ist charakterisiert durch die Hauptträgergruppe des revolutionären Handelns, durch ihren sachlichen Schwerpunkt oder ihren allgemeinen Bezugsrahmen. R. vollziehen sich meist in mehreren Wellen und werden durch eine Vielzahl von ursächlich miteinander verbundenen Umständen ausgelöst und vorangetrieben: permanente Provokation größerer Bevölkerungsteile durch tatsächliche oder vermeintliche gesellschaftliche Umstände; Solidarisierung dieser Gruppen und deren Erwartungen, durch eine gewaltsame Änderung der Verhältnisse grundlegende Forderungen durchsetzen zu können; starke Vertrauenskrise gegenüber der bestehenden staatlichen Ordnung; Führerpersönlichkeiten, deren Entscheidungen vom allgemeinen Vertrauen der Revolutionäre getragen werden"., vgl. Brockhaus-Enzyklopädie, a.a.O., S. 339.

Besonders überrascht war man von dem ‘Tempo’ der Ereignisse. Die Politiker im In- und Ausland, sahen sich gezwungen, aufgrund der schnellen Entwicklung, aber besonders wegen des erkennbaren politischen Willens zur Umgestaltung, mehrfach, zum Teil auch kurzfristig, ihre Deutschlandpolitik zu ändern.

Mit der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU begann 1985 eine politische Wende, die zum Zusammenbruch des Kommunismus führte. Gorbatschows Politik der Umgestaltung, russisch: Perestrojka, zielte darauf ab, ein erstarrtes System durch die Mobilisierung der Menschen zu reformieren, dieses aber nicht zu beseitigen. Er forderte Freiheit von Rede und Meinungen, Freiheit für wirtschaftliches Denken ohne den Staat. Im demokratischen Ausland wurde diese Politik mit Begeisterung aufgenommen. Unter dem Schutzschild dieses neuen Denkens, befreiten sich die Länder Osteuropas von den alten Machthabern. Überall dort, wo Gorbatschow im westlichen Ausland auftauchte, wurde er von der Bevölkerung begeistert mit "Gorbi, Gorbi - Rufen" empfangen; begrüßt als ein Mann, der alte Feindbilder einriss und Ängste bannte. In seinem 1987 erschienen Buch "Perestrojka" befasste sich Gorbatschow zum ersten Mal öffentlich mit der Deutschen Frage in einiger Ausführlichkeit[18].

Gerade die Politik der Erneuerung und die Äußerungen von Gorbatschow aber wurden von der SED besonders bekämpft, auch oder gerade weil der Unmut und die Unruhe im Volk seit August 1989 stetig wuchsen ((Wolle in : Jesse 1995 : 78f.)). Als Gorbatschow in Berlin am 07. Oktober 1989 zur Feier des 40-jährigen DDR-Jubiläums vor Journalisten den bedeutungsvollen Satz "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" aussprach, wirkte dies wohl wie ein befreiendes Signal auf die Bevölkerung der DDR. Die geistige Opposition[19] formierte sich in der DDR im Herbst 1989 auch nach außen hin sichtbar durch öffentliche Friedensgebete in den Kirchen und den so genannten Montagsmärschen. Es entwickelte sich eine Fundamentalkritik am SED-Regime, vor allem an der nicht länger akzeptierten Entmündigung der Bürger. Die Frage, warum es dann so plötzlich und so schnell zu der insgesamt friedlichen Revolution kam, ist bis heute in der Literatur unterschiedlich bewertet worden. Die Unzufriedenheit der Bürger war ein wichtiger Faktor, kann aber nicht allein ausschlaggebend gewesen sein,

---

18 Gorbachov 1987: 259 ff.

19 "Opposition (vom lateinischen opponere - entgegenstellen) bringt die Anti-Haltung auf den Begriff. Der Terminus ist der am weitesten gefasste. Sein Bedeutungsfeld reicht von der Ablehnung einzelner politischer Sachlösungen bis zum kämpferischen Einsatz gegen ein bestimmtes politisches Regime“. (Bundeszentrale für Politische Bildung 1990: 22 - 26)

denn als die staatlichen Repressionen zurückgingen, wuchsen die Proteste und Demonstrationen trotzdem weiter an.

Jahrelang führte die Opposition einen scheinbar aussichtslosen Kampf gegen die übermächtige Staatsgewalt. Noch im Januar 1989 erklärte Honecker, dass die Mauer noch 50 oder 100 Jahre überdauern werde (Spittmann 1995: 151, Honeckers Rede am 19. Januar 1989 vor dem Müntzer-Kommitee im Originalwortlaut). Doch plötzlich, im Herbst desselben Jahres, erstarkte die Opposition zu einer kraftvollen und mutigen Volksbewegung, die das kommunistische System erschütterte und demokratisch beseitigte.

Im weiteren Verlauf dieses Kapitels wird zunächst die Entstehung und Intention der Montagsmärsche aufgezeigt. Daran anschließend wird den Demonstrationen in Leipzig besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der Bereich der Auswirkungen der Montagsdemonstrationen beschränkt sich auf die folgenden drei Bereiche: die Politiker und ihre Politik, die sich ändernde Denkweise der Menschen in Ost- und Westdeutschland und die veränderte Denkweise der vier Siegermächte in Bezug auf ihre Deutschlandpolitik.

Um die Entstehung der "Montagsmärsche" verstehen zu können, muss man zunächst wissen, wie dieser Begriff entstanden ist. Der Begriff "Montagsmärsche" entstand im Zusammenhang mit den Friedensgebeten[20], die in den Kirchen ab 1981 jeweils montags in der DDR abgehalten wurden. Bei den Friedensgebeten und den Diskussionsabenden der kirchlichen Basisgruppen ging es vorrangig um Gespräche über Alltagsprobleme der Teilnehmer wie z.B., Versorgungssituation, Angst vor der Staatsmacht und Umweltprobleme (Vgl. Wolle in: Jesse 1995: 91ff). Aber auch Gruppen einer sich entwickelten Friedensbewegung sowie Oppositionelle und Ausreisewillige trafen sich unter dem Schutz der Kirche der DDR. Im November 1987 versammelte sich nach dem Gebet eine Gruppe von Mitarbeitern der Umweltbibliothek vor der evangelischen Zionskirche, entzündete Kerzen und hielt Mahnwachen für inhaftierte Regimegegner. Ab 04. September 1989 zogen die Bürger erstmals durch die Straßen von Leipzig, mit Sprechchören, die gesellschaftliche Veränderungen forderten oder einfach als Schlagwort formuliert waren. Es besteht kein Zweifel, dass unter dem Dach der Kirche die Oppositionsgruppen für die Entstehung der

[20] Die Friedensgebete wurden 1982 vielmehr als ein Diskussionsforum ins Leben gerufen. Die Bedeutung, die sie für die Revolution erhielten, war weder geplant noch erwartet. vgl., Feydt Sebastian, Die Leipziger Friedensgebete, in Grabner a.a.O., S. 123 f.

Proteste von Bedeutung waren, aber die Montagsmärsche, an denen sich letztlich bis zu 450000 Menschen beteiligten, wurden weder von der Kirche noch von den Protestgruppen organisiert (Vgl. Joas 1992: 197). Die evangelische Kirche und insbesondere ihre Repräsentanten haben zu keiner Zeit aktiv auf den Sturz des SED-Regimes hingearbeitet. Im Gegenteil, man fügte sich als Untertan und stabilisierte somit ungewollt das System. Der Kirche ist es aber zu verdanken, dass es insgesamt zu einer gewaltlosen Revolution kam, da während der Friedensgebete immer wieder an die Gewaltlosigkeit appelliert wurde und dieser Aufruf während der Montagsmärsche auch tatsächlich praktiziert wurde.

Welche Entwicklungen waren den Montagsmärschen vorangegangen? Der erste im In- und Ausland mit Aufmerksamkeit verfolgte Protest im Februar 1982, bezog Stellung gegen die Rüstungspolitik der DDR und des Warschauer Paktes. „Macht Schwerter zu Pflugscharen“, war eine Losung, die von den pazifistischen Protestgruppen der evangelischen Kirche ausgegeben wurde und die schnell zum Inbegriff von Protest in der DDR wurde. Im Juni 1987 kam es während eines Rockkonzertes in West-Berlin auf Ostberliner Seite zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei, in dessen Verlauf der Ruf "Die Mauer muss weg" ertönte. Am 15. Januar 1988 wurde während der staatlich gelenkten traditionellen Demonstration zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, offen gegen das SED-Regime protestiert. Dabei forderten die Teilnehmer immer wieder das Recht auf freie Meinungsäußerung und verliehen ihrer Forderung mit der Losung Rosa Luxemburgs "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" (Jesse 1995: 434) Nachdruck. Unter dem Dach und dem Schutz der Kirche bildete sich fortan, von der STASI beobachtet und ausspioniert, eine stetig wachsende und immer mutiger werdende Opposition und Protestbewegung.

Die bei der Kommunalwahl am 07. Mai 1989 offensichtlich stattgefundenen Wahlfälschungen, erregten die Bevölkerung zunehmend[21]. Die Ohnmacht der Bürger politische Willensbildung zu beeinflussen und Entscheidungsprozesse zu kontrollieren, führte im Sommer 1989 zu einer verstärkten Flucht- und Auswanderungsbewegung. Bis Ende 1989 waren es ca. 344000 Menschen, die über die bundesdeutschen Botschaften von z.B. Prag, Warschau und Budapest und über die Grenzen von Ungarn und Österreich geflohen waren bzw. legal ausreisen durften. Diese große Zahl an Flüchtlingen und Aus- und Übersiedlern führte in

[21] Hierzu sei auf die ausführliche Darstellung in Fricke, Karl Wilhelm, Die Geschichte der DDR: Ein Staat ohne Legitimität, in: Jesse 1995: 64 verwiesen.

der DDR faktisch zu enormen Problemen in der Wirtschaft, vor allem im Bereich der Dienstleistungen, wie auch in der medizinischen Versorgung und in der Energieversorgung. Die Menschen hofften nun auf schnelle politische Entscheidungen und demokratische Reformen, wie z.B. einer Reiseerleichterung und Devisenfreizügigkeit. Das Politbüro der SED verkannte die Lage und steuerte bewusst dagegen, mit Diffamierungen der eigenen Landsleute und der Bundesrepublik. So wuchs der Unmut weiter an (vgl. hierzu: Archiv der Gegenwart Nr. 33859). Neben der Verärgerung über die eindeutig nachweisbaren Wahlfälschungen und die verwehrte Reisefreiheit, sind noch weitere Faktoren für die Frustration der Bürger und für die Entstehung der Montagsmärsche, als Zeichen des entstandenen politischen Willens, bekannt geworden.

Zunächst wurde die schlechte Versorgungslage mit Gütern des täglichen Bedarfs beklagt. Als weitere Gründe sind die enorme Umweltproblematik, wie Luftverschmutzung und Wasserverunreinigung als auch die extensive Braunkohlenutzung hervorzuheben. Ferner empörten sich die Bürger der Großstädte, dass dem zunehmenden Verfall der Altbausubstanz seitens des Staates kein Einhalt geboten wurde.

Als am 04. Juni 1989 die chinesische Staatsführung die Demonstration in Peking äußerst brutal und blutig auflöste, ergriff Honecker deutlich und ostentativ Partei für die chinesische Staatsführung. Die friedlichen chinesischen Demonstranten wurden als Konterrevolutionäre diffamiert. Die Bürger der DDR sahen sich durch diese einseitige Parteinahme der SED und durch die realistische Darstellung im Westfernsehen in ihrer Befürchtung bestätigt, dass die eigene Staatsgewalt gleiche Ziele verfolgte (Wolle in: Jesse 1995: 85). Anzeichen für eine unnachgiebige Haltung des Staates gab es genug. Die Kontrolle des MfS über die Bürger der DDR war lückenlos und effizient. Verfolgung und Gefängnis, aber auch berufliche Degradierung waren die Antwort auf Protest und politisches Engagement, das sich gegen den Staatsapparat unter der Führung der SED richtete. Und trotzdem gab es genug Menschen, die den Mut hatten auf die Straße zu gehen. Die zunehmende Zahl an Protestteilnehmern führte zu einer wachsenden Solidarität. Die staatlichen Sanktionen erschienen je unwahrscheinlicher, desto größer die Gruppe der Demonstranten wurde. Seit dem 04. September 1989 stieg die Anzahl der Demonstranten und Marschierer sprunghaft an. Erstmals nahmen bis zu 1000 Personen an einer Montagsdemonstration teil. Ausgangspunkt war die Nicolaikirche in Leipzig. Bereits am 25. September 1989 wurden ca. 6000 Demonstranten geschätzt. Die

Zahl wuchs am 06. November 1989 bis auf 450000 Teilnehmer an. Nach diesem Datum nahm die Anzahl der Teilnehmer sukzessive ab. Wie man aus den veröffentlichten Zahlen erkennen kann, wird der Monat Oktober zu Recht der "Heiße Herbst" ge-nannt, der entscheidende Monat für die Montagsdemonstrationen. Am 02. Oktober 1989 kamen bereits 20000 Menschen zu der Montagsdemonstration nach Leipzig. Auch wenn die derzeit veröffentlichte Literatur von zuweilen unterschiedlichen Teilnehmerzahlen ausgeht, kann die Übereinstimmung bezüglich zweier Merkmale der Montagsdemonstrationen festgestellt werden. Erstens das gewalttätige Vorgehen der Polizei und Sondertruppen bis zum 08. Oktober 1989 und zweitens die Sprechchöre, die sich in ihren Inhalten in den darauf folgenden vier Wochen ändern sollten. Auch die Intentionen der Montagsmarschierer wurden aus diesen Sprechchören und den später verstärkt mitgeführten Transparenten deutlich. Anfangs standen noch Reformen und die Reisefreiheit "Wir wollen raus", dann der politischen Wechsel "Wir sind das Volk" im Vordergrund. Später ging es fast nur noch um die Wiedervereinigung "Wir sind ein Volk". Nun stellt sich die Frage, ist dies ein Widerspruch zur Ausgangsintention der Montagsmärsche? Nein, es ist vielmehr Ausdruck des Wandels der Stimmung und Meinung der Bürger, insbesondere der Montagsmarschierer.

Die Menschen des Leipziger Montags rekrutierten sich nicht nur aus Kirchenmitgliedern oder den sich gerade gebildeten Oppositionsgruppen wie das "Neue Forum", sondern auch aus anderen Mitgliedern der Gesellschaft. Aus welchen Bereichen der Gesellschaft kamen diese Menschen zu den Montagsdemonstrationen in Leipzig, in Dresden, in Berlin und in den anderen Großstädten zusammen und welche Beweggründe der Teilnahme an den Demonstrationen lagen zugrunde. Gleichzeitig ist zu überprüfen, ob die Montagsmärsche Einfluss sowohl auf die Entstehung der PDS als auch auf den Prozess der Wiedervereinigung hatten. Wie bereits ausgeführt, hatten die evangelische Kirche und die Oppositionsgruppen wie z.B. das "Neue Forum" mit bis zu 200000 eingetragenen Mitgliedern (vgl. FIZ-Dokument 113 HH 5909), einen großen Einfluss auf die Entstehung der Montagsmärsche. Vergleicht man die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen, stellt man fest, dass diese Zahlen ständig stiegen.

Dafür lassen sich verschiedene Ursachen anführen. Zunächst liegt die Möglichkeit nahe, dass es einzelne Personen oder kleine Protestgruppen waren, die dazu aufriefen und die Demonstrationen organisierten. Diese Möglichkeit ist

jedoch auszuschließen, da weder die materiellen noch die logistischen Voraussetzungen zur Vorbereitung gegeben waren, und das MfS dies auch nicht zugelassen hätte (vgl. Löw 1992: 141ff.). Eine weitere Möglichkeit wäre, dass eine Mund-zu-Mund Propaganda stattgefunden hätte. Das heißt, dass die Zeiten und Orte mündlich weitergegeben wurden. Dies ist sicher ein denkbares Modell und hat auch für einen Teil der Demonstranten zugetroffen, es kann aber ebenfalls nicht für die Gesamtheit gelten, da es unwahrscheinlich klingt, dass auf diese Weise innerhalb weniger Tage 20000 Menschen zusammen gekommen wären. Als nächstes Modell wäre das "Schwellenmodell" (Joas 1992: 209) als eine Ursache denkbar, um eine solch große Anzahl an Demonstranten zu begründen. Das Schwellenmodell geht von der Überwindung der Angst als Hemmschwelle aus. Das heißt, je öfter eine Demonstration stattfindet und je mehr Menschen daran teilnehmen, desto unwahrscheinlicher erscheinen Repressionen seitens der Staatsmacht. Aber auch dieses Modell erklärt nicht befriedigend die explosionsartig steigende Zahl von über 1000% innerhalb von 14 Tagen, denn bis 08. Oktober 1989 ist die staatliche Repression bei jeder Montagsdemonstration festzustellen[22]. Das Schwellenmodell erscheint also ebenfalls ungeeignet, bzw. nur für einen kleinen Anteil der Teilnehmer der Montagsdemonstranten zutreffend. Zuletzt bleibt noch die Möglichkeit dass die Teilnahme an einer oder mehreren, für den Einzelnen zumindest an der ersten Montagsdemonstration, eine spontane Handlung, eine kurzfristige Entscheidung war. Daher kann dieses Modell auch als das "Spontanmodell" bezeichnet werden. Dieses Modell kommt der Wahrscheinlichkeit am nächsten, da die Beweggründe für die Masse der Bevölkerung die Gleichen waren. Dies erklärt aber noch nicht, warum die Menschen sich trotz offensichtlich fehlender Informations- und

[22] Zeugen geben später Details zu Protokoll: "Als ich gegen Mitternacht zum Bahnhof Schönhauser Allee kam, traf ich auf eine größere Menschengruppe, die diskutierend zwischen Polizeikordons stand. Die ganze Straße war abgeriegelt. Auf Befehl rückte die Sperrkette vor, um uns abzudrängen obwohl wir bisher allen Aufforderungen, wie etwa zur Räumung der Fahrbahn, nachgekommen waren. Plötzlich und völlig unmotiviert sprangen dahinter Spezialeinheiten mit Gummiknüppeln hervor, die wahllos auf alle einschlugen. Mir galt offensichtlich ein besonderer Einsatz, da ich bis zu diesem Zeitpunkt versucht hatte, mit einem befehlskräftigen Offizier zu diskutieren. Wenigsten drei Polizisten stürzten gleichzeitig auf mich los. Sie schlugen auch noch auf mich ein, als ich bereits am Boden lag. Mehrere Schläge waren auf meinen Kopf gerichtet, die anderen trafen meine Rippen und meine rechte Hand, mit der ich versuchte, mich an einem Fußgängergeländer festzuhalten .... Als ich der Zuführung (Festnahme) zu entkommen suchte und von einem Bereitschaftswagen sprang, wurde ich von einem anderen Polizei-Lkw angefahren, der nach kurzem Stopp weiterbrauste. Insgesamt habe ich drei Wochen mit einem schweren Schädelhirntrauma, zwei Platzwunden am Hinterkopf und perforiertem Trommelfell in den Krankenhäusern zugebracht.", aus Bahrmann, Hannes 1992: 9-11.

Kommunikationsinstrumente im eigenen Land, an den richtigen Plätzen zur rechten Zeit trafen.

Zur Erklärung dient das Verhalten der westlichen Medien welche eine wichtige Rolle und eine logische Erklärung für die zuletzt genannte These spielten. Die Westdeutschen Druck-, Hör - und besonders die Bildmedien hatten ihren Anteil an der Entwicklung der Montagsmärsche und am Verhalten der Bürger. Täglich in den 19.00 und 20.00 Uhr Nachrichten erhielten die Bürger der DDR aus dem Westfernsehen von ZDF und ARD die neuesten Informationen über die Vorgänge in der Welt, über die Veränderungen in den Ostblockstaaten (z.B. der Grenzöffnung in Ungarn), über die Vorgänge des Tages oder der vergangenen Nacht und über die Erwartungen eines neuen Montags in Leipzig, Dresden oder Berlin. Die Bilder hatten, auch weil den eigenen Medien schon lange nicht mehr geglaubt wurde, ihre Wirkung nicht verfehlt. Das folgende Zitat des Historikers Jacob Burckhardt unterstreicht die letztgenannte Möglichkeit noch einmal. „Allein, wenn die Stunde da ist und der wahre Stoff, so geht die Ansteckung mit elektrischer Schnelle über Hunderte von Meilen und über Bevölkerungen der verschiedensten Art, die einander sonst kaum kennen. Die Botschaft geht durch die Luft, und in dem Einen, worauf es ankommt verstehen sie sich plötzlich alle, und wäre es auch nur ein dumpfes - Es muss anders werden“ (Löw 1992: 17). Zunächst waren es die Jüngeren im Altersbereich von 20 bis 30 Jahren, die sich angesprochen fühlten. Alle Bevölkerungsschichten waren motiviert. Besonders die Künstler und unter ihnen wiederum die Musiker, haben durch ihre gesungenen Resolutionen die Demonstranten unterstützt und weitere Menschen zum Mitmachen angeregt. Ab dem 09. Oktober 1989 wurde in Leipzig jeweils zum Ende einer Montagsdemonstration gemeinsam gerufen "Nächsten Montag wieder hier" (DER SPIEGEL, Nr. 48/89, 24). Die Demonstrationen waren also zu einem Selbstläufer geworden, einmal angestoßen war der Zug nicht mehr zu stoppen.

In der ersten Phase der Montagsdemonstrationen sorgten die Protestgruppen, die Bürgerbewegungen und die Flüchtlinge für den Zerfall der Machtposition der SED. Die zweite Phase ist durch das Volk mit seiner gewandelten Losung zum "Wir sind ein Volk' charakterisiert. Die Montagsdemonstrationen setzten sich noch bis 12. März 1990 fort, änderten aber dabei zunehmend ihr Gesicht. Kennzeichnend dafür ist die ab 09. November 1989 zurückgehende Teilnehmerzahl bei den Montagsdemonstrationen, die auf die Öffnung der Mauer zurückzuführen ist. Ab Januar 1990 änderten sich die Sprechchöre. Nun hieß es bei den Demonstrationen und den Kundgebungen "Nieder mit der SED" und

"Deutschland - einig Vaterland" (Altenhof 1995: 437). Da diese Entwicklung besonders in Leipzig auffällig wurde und Leipzig als der Entstehungsort der Montagsdemonstrationen gilt, befasst sich der nun folgende Teil mit den Montagsdemonstrationen dieser Stadt in Sachsen. Wie kam es zu den Montagsdemonstrationen in Leipzig, warum wird gerade Leipzig als Entstehungsort der Montagsdemonstrationen genannt?

Leipzig der Brennpunkt Sachsens, war das geschäftige Zentrum, der Industrie- und Messestandort. Leipzig war die Stadt der selbstbewussten und mutigen Bürger. Dies verdeutlicht die Geschichte dieser Stadt und ihrer Bürger. Leipzig hat sich schon oft in der Historie als Triebfeder deutscher Geschichte gezeigt. Ulrich von Hutten, Martin Luther, Goethe, sowie Robert Blum, Ferdinand Lassalle, Richard Wagner und Karl Liebknecht haben als Menschen ihrer Epoche oder Zeit in dieser Stadt ihre weltlichen und politischen Ziele formuliert.

In der Zeit der Montagsdemonstrationen nahmen Organisationen, wie die Bürgerbewegungen, aber insbesondere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Einfluss auf die Stadt und ihre Menschen. Der Gewandhaus-Chef Kurt Masur[23], der zur Gewaltlosigkeit und zur politischen Diskussion in dieser Zeit aufrief oder der Leipziger Pfarrer Johann Richter, der am 03. Dezember 1989 von der Kanzel der Nicolaikirche zu einer Menschenkette durch die DDR ermutigte, gehören dazu. Diese beiden Männer und viele andere, nicht genannte Bürger, haben die Leipziger Montagsmärsche geprägt. Ganz besonders hervorzuheben ist das besonnene Verhalten von Kurt Masur, der am 9. Oktober 1989, an welchem das Schicksal der Demonstranten und der ganzen DDR am seidenen Faden hing, beruhigend auf einen größeren Teil der Menschen einwirkte.

Die Leipziger Montagsmärsche stehen für den Beginn der friedlichen Revolution. Hier begann alles mit den Friedensgebeten ab 1981 jeden Montag in der Nicolaikirche. Von den Friedensgebeten zu den Mahnwachen für Inhaftierte und von den Schweigemärschen mit Kerzenlicht, zu den gewaltigen Demonstrationszügen mit Kundgebungen ab November 1989. Als zur Frühjahrsmesse im März 1989, vor laufenden Kameras der westlichen Fernsehanstalten, in zivil gekleidete Sicherheitsbeamte des MfS, gegen Träger eines Transparentes mit der Aufschrift "Für ein offenes Land mit freien Menschen" und "Wir wollen raus", mit Gewalt vorgingen und ihnen das

[23] Zur Einschätzung der Rolle Masurs durch jetzige PDS-Mitglieder und den Einfluss der SED oder anderer Gruppen auf Masur vgl. Fußnote 15/16.

Transparent entrissen, wurde man in Ost und West wieder aufmerksam auf Leipzig.

In Leipzig war die Unzufriedenheit der Bürger besonders hoch. Neben den Ereignissen aus den 60er Jahren (Sprengung der Universitätskirche), waren es besonders Vorgänge des Jahres 1989. Zunächst hat das gefälschte Ergebnis der Kommunalwahl am 07. Mai 1989, nach deren Auszählung behauptet wurde, dass die Wahlbeteiligung bei 98.15% gelegen hätte, die Leipziger Bürger zornig werden lassen. Im Juni 1989 erfolgte ein Polizeieinsatz mit Verhaftungen, weil ein Straßen-Musikfestival stattfand, das von den Behörden verboten worden war. Einen weiteren Grund stellten die Umweltbelastungen dar. Leipzig hatte unter allen Großstädten die größte Umweltbelastung zu ertragen. Durch die schwefeldioxidhaltige Luft, die von den Chemiewerken bei Halle / Leuna und aus Bitterfeld nach Leipzig herüber strömte, war die Luft besonders im Sommer unerträglich. Aber auch die schlechte Versorgungslage, sowie der schlechte Zustand der Wohnungen in den Altbauten, steigerten die Unzufriedenheit erheblich. Letztlich führten aber auch die Kontakte, die man zu Westdeutschen Bürgern hatte, die die Messestadt besuchten und die wegen geringer Hotelkapazitäten auf Privatquartiere ausweichen mussten, zu einer wirtschaftlichen Unzufriedenheit. Leipzig war aufgrund seiner städtebaulichen Lage, geradezu prädestiniert, eine Demonstration gewaltigen Ausmaßes aufzunehmen. Der innerstädtische Ring mit den Kirchen und dem großen Karl-Marx Platz am Opernhaus erlaubten einen Rundmarsch mit Anschlußmöglichkeit aus den Nebenstraßen.

Zunächst blieben die Teilnehmer nach dem Friedensgebet auf dem Kirchhof der Nicolaikirche wartend stehen. Mit Rufen wie "Wir bleiben hier" und einem rhythmischen Klatschen zu dem Lied "We shall overcome", machten sich die Teilnehmer Mut. Dann wurde plötzlich gerufen "Losgehen, Losgehen" und die Menschenmenge fasste sich an den Händen und ging los. Vom Kirchhof über den Karl-Marx Platz, am Hauptbahnhof vorbei, der am 25. November 1989 auch besetzt wurde, zur Reformierten Kirche, weiter zur "Runden Ecke" (Stasi-Gebäude), an der Thomas-Kirche und am neuen Rathaus vorbei, wieder zum Karl-Marx Platz. Dies war der Weg der Montagsdemonstrationen von Leipzig, der vielen Menschen die Möglichkeit bot sich dem Demonstrationszug anzuschließen. Es zeigte sich auch, dass der innerstädtische Ring eine hohe Teilnehmerzahl aufnehmen konnte. Am 23. Oktober 1989 waren es ca. 300000 Menschen; sie umgaben den Ring vollständig. Die Montagsmärsche von Leipzig

hatten auch im Vergleich zu anderen Städten etwas Besonderes. Es gab einen eigenen "Charakter", in der Art und Weise wie die Demonstrationen stattfanden. Dieser Charakter entstand durch die Medienverbannung, denn nach dem geschilderten Frühjahrsereignis während der Messe, war Leipzig für westliche Medien tabu. Als am 9. November 1989 die Mauer fiel änderte sich dies schlagartig. Bis dahin waren die Leipziger Montagsmärsche eine eigenständige Demonstration, die aus der Spontaneität und dem "Schneeballeffekt" entstanden. Das aktuelle Reagieren auf Tagesereignisse, die auf Transparenten oder durch Sprechchöre zum Ausdruck kamen, zeigte die politische Kultur der Straße. Die ab 09. November 1989 einsetzende mediengerechte Inszenierung der Montagskundgebungen vor dem Opernhaus von Leipzig, führte auch dazu, dass politische Randgruppen wie Links- und Rechtsradikale, die die Veranstaltungen nutzten, um sich mit ihren politischen Zielen in Szene zu setzen, sich vor laufenden Kameras artikulieren konnten. Derartige Auftritte wurden durch die sonstigen Demonstrationsteilnehmer nicht verhindert. Als aber eine Gruppe von "Republikanern", sich an die Spitze des Demonstrationszuges setzte und die Hand zum Hitlergruß erhob, blieb der Demonstrationszug stehen und trennte sich somit von den Radikalen (vgl. FIZ - Dokument Nr. 5909: 26).

Als im Januar 1990 die SED/PDS mit dem Hinweis auf eine rechte Gefahr durch Neonazis ein neues Feindbild und einen neuen Verfassungsschutz schaffen wollte, gingen die Menschen am 8. Januar 1990 wieder auf die Straße. Schrittmacher waren erneut die Leipziger Demonstranten. Dies lässt sich daran erkennen, dass der Protest in anderen Städten erst nach der Leipziger Demonstration wieder erstarkte. Neben den Protesten gegen den Verfassungsschutz, hieß es nun auch "Nieder mit der SED". In den folgenden Wochen ließ die Bereitschaft zur Demonstration langsam nach. Die meisten Forderungen waren erfüllt und man erkannte nun die Auswirkungen, die der politische Wille der Demonstranten durch die Montagsmärsche verursacht hatte.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Montagsmärsche von Leipzig unterschiedliche Phasen durchliefen. Während bis Dezember 1989 die Teilnehmer ihre Forderungen nur regional, also stadtintern bekannt machen konnten, unterstützten danach die nun wieder zugelassenen Medien die Inszenierung so, dass sie über die Stadtgrenzen hinaus bekannt wurden. Nach dem Jahreswechsel, an dem die Aufmerksamkeit auf die Öffnung des Brandenburger Tores gelenkt wurde, erstarkte die Marschtätigkeit in Leipzig und anderswo wieder. Von da an bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 waren

die Montagsmärsche ein Forum der Meinungsvielfalt, der Reaktionen auf politische Ereignisse und des Wahlkampfes.

Die Auswirkungen der Montagsmärsche, die zum revolutionären Umbruch in der DDR geführt haben und an dessen vorläufigem Ende die Wahlen vom 18. März 1990 standen, vollzogen sich in einem nur kurzen Zeitraum. Sie waren gekennzeichnet von Machtenthebungen und Rücktritten der führenden politischen Funktionsträger innerhalb der SED und ihrer Unterorganisationen, sowie von ersten wichtigen politischen Entscheidungen. Bei allem was die SED tat oder was durch sie ange-ordnet wurde, war seit Beginn der Montagsdemonstrationen im Oktober 1989 keine Strategie vorhanden. Die politischen Auswirkungen, die nun von Woche zu Woche festzustellen waren, sind zum Teil auf die Auswirkungen der Montagsde-monstrationen zurückzuführen. Zunächst verlor E. Honecker am 18. Oktober 1989 seinen Posten als Staatschef der DDR und als Generalsekretär des ZK der SED. Am 27. Oktober 1989 reagierte die neue DDR Führung mit der Amnestie für inhaftierte Flüchtlinge und Demonstranten auf die massive Kritik der Bevölkerung. Bärbel Bohley vom Neuen Forum sagte dazu: "Das ist das erste Signal auf das wir so lange gewartet haben“ (vgl. Archiv der Gegenwart v. 9.11.1989, Nr. 33939). Die ersten Eingeständnisse von Ostpolitikern über Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, sowie die Bekanntgabe des neuen Reisegesetzes am 03. November 1989 waren Auswirkungen auf den Gesamtprozeß. Aber erst die Öffnung der Mauer und die Initiierung des "Runden Tisches"[24] hatten eine weichenstellende Funktion für den Prozess der Wiedervereinigung.

Die weiteren politischen Veränderungen können nur noch bedingt als Auswirkungen der Montagsmärsche auf den Prozess der Wiedervereinigung gewertet werden, da bereits einzelne Politiker, politische Gremien und die Diplomatie allgemein, den Prozess der Wiedervereinigung mit beeinflussten. Die westdeutschen Politiker waren gleichfalls überrascht von den Ereignissen und der dynamischen Entwicklung des Veränderungsprozesses in der DDR.

Die Wiedervereinigung, die in der Präambel des Grundgesetzes stand, war noch 1989 für viele Politiker aller Parteien in absehbarer Zeit nicht erreichbar.

[24] Die zunehmend anomischen Zustände in der DDR führten am 7. Dez. 1989 zur Konstituierung des ersten Zentralen Runden Tisches. Am Zentralen Runden Tisch saßen die sieben Oppositionsgruppierungen DA, DJ, GP, IFM, NF, SDP und VL den Parteien der nationalen Front SED, CDU, LDPD, DBD und NDPD mit 15 zu 15 Stimmen gegenüber. Vgl. Thaysen, Uwe, 1990: 98ff.

Insbesondere in der SPD und bei den Grünen, glaubten viele nicht mehr an die Wiedervereinigung (vgl. Wolle in: Jesse 1995: 75). Erst die Montagsdemonstrationen ab Oktober 1989 ließen mögliche Veränderungen in weiter Sicht vermuten. Entscheidenden Einfluss auf die Regierungspolitik, hatte der Besuch Helmut Kohls in Dresden als die 50000 Teilnehmer der Kundgebung dem Bundeskanzler und dem Ministerpräsidenten der DDR zuriefen: "Helmut und Hans, macht Deutschland ganz". Das Medienecho des nächsten Tages lautete, der Kanzler habe den Grundstein zur deutschen Einheit gelegt (Teltschik 1991: 87 - 92). Am 11. November 1989 sagte der Bundespräsident[25], unter dem Eindruck der Bilder der Montagsdemonstrationen: "Was wir in diesen Tagen erleben, ist etwas ganz Fundamentales. Nicht angemaßte Richtlinienkompetenzen der Machtzentren bestimmen das Schicksal der Menschen, sondern die Menschen selbst, das Volk weist der Politik den Weg“ (Berliner Illustrierte 12/89: 1). Mit der Schaffung des Runden Tisches verloren die Montagsdemonstrationen entscheidend ihren Einfluss auf die Entwicklung der Wiedervereinigung. Der Prozess der Wiedervereinigung wurde nunmehr von den Politikern des Auslandes und den innenpolitischen Auswirkungen des Aus- und Übersiedlerstroms wesentlich beeinflusst.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die Montagsmärsche, vor allem in Leipzig, im Prozess der Wiedervereinigung ein interessantes, aber auch widersprüchliches Phänomen waren. Begonnen als Protest gegen die politischen und wirtschaftlichen Zustände, hatten sie dann für die Wiedervereinigung eine einflussreiche und atmosphärische bzw. medienwirksame Bedeutung. Für die DDR Bevölkerung bedeuteten die Montagsmärsche, losgelöst von der hohen Politik, ein Ventil, um sich all den Ärger, die Verzweiflung, die Enttäuschung über ihren Staat von der Seele zu demonstrieren. Als die ersten Montagsgebete 1981 zum Frieden in Leipzig abgehalten wurden, ahnte noch niemand, dass hier ein riesiges, gewaltfreies und mutiges Menschenpotential eine friedliche Umwälzung in Gang setzen würde. Der Begriff Revolution erscheint abschließend etwas hochgegriffen. Es gab nicht die Demonstration oder nicht das Thema, welches den Umsturz geprägt hat. Aber im Anschluss an den 40. Jahrestag der DDR, demonstrierten in Leipzig ca. 80000 Menschen in einer spannungsgeladenen Atmosphäre, an dem das Schicksal der DDR an einem seidenen Faden hing. Die schweigenden Menschen haben an diesem Tag eine demokratische Reife bewiesen, wie sie in der Bundesrepublik selten gezeigt wurde. Die Montagsdemonstrationen haben sich bis zu diesem Zeitpunkt stetig

[25] R. v. Weizsäcker (Anm. D. Autors).

an politische brisante Themen herangewagt. Durch das Medientabu für westliche Berichterstattung in Leipzig, führten die Montagsmärsche ein eigenes, von den Medien nicht beeinflusstes Leben. Dies führte dazu, dass man von den Leipziger Montagsmärschen keine, oder nur wenige Informationen hatte. Die DDR Bürger, also auch die Leipziger Bürger, waren aber in der Lage, Informationen über den Ablauf der Montagsdemonstrationen anderer Städte durch die Westmedien zu empfangen. Die ab November 1989 bei Kundgebungen verwendeten Schlagwörter und Spruchbänder, wurden durch die Medien erst richtig inszeniert und der Öffentlichkeit somit näher gebracht. Auch in anderen Städten wurde über lokale und DDR-spezifische Themen demonstriert, aber bis auf Berlin am 04. November 1989 und Dresden, hatte nur Leipzig eine Bedeutung und einen sehr hohen Stellenwert erworben. Wenn auch die Montagsmärsche ein wichtiges Indiz für die Umsturzphase waren, sozusagen ein Gradmesser der Sensibilität, so hatten sie auf den endgültigen Prozess der Wiedervereinigung nur eine untergeordnete Auswirkung; sie können vor allem am 09. Oktober 1989 als eine Befreiung vom eigenen DDR-Trauma gewertet werden.

Wie groß war der Einfluss der SED auf die Organisation, Durchführung und Weiterführung der Montagsmärsche oder hatten diese umgekehrt Einfluss auf die Entstehung der PDS? Ziemlich unklar ist derzeit noch der Forschungsstand. Zum einen gibt es Vertreter der jetzigen PDS[26], die behaupten, dass die zuständigen Bezirkssekretäre die Montagsmärsche erst durch ihr Handeln ermöglicht hätten und dass sie es, gemeinsam mit dem Kabarettisten Lutz Lange und einem Geistlichen gewesen seien, die Masur[27] dazu überredet hätten, als Hauptredner zum Abschluss des Montagsmarsches tätig zu sein. Dies zeigt, dass die PDS in

[26] Der letzte Kultusminister der DDR, Herr Dr. Keller blieb auch nach nochmaligem Nachfragen bei seinen Aussagen, dass ein Großteil der Schilder der Montagsmarschierer im DDR-Kultusminister gefertigt worden sei. Eines der Verifikationsargumente war, dass die einzelnen Protestierer gar nicht in der Lage gewesen wären innerhalb kürzester Zeit neue Transparente zu erstellen und dass man glaubte, dadurch zumindest einen kleinen Teil an Einfluss konservieren zu können

[27] Dieses besonnene Verhalten von Kurt Masur, der am 9. Oktober 1989, an welchem das Schicksal der Demonstranten und der ganzen DDR am seidenen Faden hing, beruhigend auf einen größeren Teil der Menschen einwirkte, soll angeblich wie folgt erreicht worden sein: Masur wurde von den 3 Parteisekretären, dem Kabarettisten Lutz Lange und dem Geistlichen morgens gefragt, ob er sich an die Montagsmarschierer wenden würde. Masur war sich noch unschlüssig und bat sich Bedenkzeit aus. Nachmittags kamen die fünf Personen wieder und teilten Masur mit, dass er entweder reden könne oder seine, ihm noch nicht bekannte, aber bereits fertig gestellte Rede, vervielfältigt und den Marschierern ausgehändigt werden würde. Daraufhin habe Masur zugestimmt zu den Montagsmarschierern zu sprechen.

gewisser Weise „gerne“ als Mitgestalter der Märsche dastehen möchte. Nachfragen bei den jeweils Genannten haben ergeben, dass sie sich an eine solche angeblich stattgefundene Unterhaltung bzw. „Unterstützung“ nicht erinnern konnten. Falls es einen eineindeutigen Zusammenhang zwischen Montagsmärsche und Entstehung PDS überhaupt gibt, so ist es die Tatsache, dass ohne die Montagsmärsche und einigen daraus resultierenden Ergebnissen die PDS nie entstanden wäre. Zum Teil sind die heftigen Demonstrationen gegen die SED ein möglicher Anknüpfungspunkt für die „schnelle Weiterentwicklung“ der SED zur PDS.

Falls es in diesem Bereich eine gegenseitig wirklich nachzuvollziehende Abhängigkeit geben sollte, ist sie nach den bisher angestellten Untersuchungen nicht eindeutig zu belegen, da es noch zu viele gegensätzliche Aussagen und Ungereimtheiten gibt, die trotz geführter Interviews nicht ausgeräumt werden konnten. Trotzdem ist die Darstellung dieses Teilkapitels in dieser Arbeit wichtig, da sie zur Beschreibung und Analyse der „Ausgangssituation“ für die PDS notwendig und geeignet erscheint. Für die Beantwortung der gestellten Fragen erscheint es nahezu zwingend, diesen Bereich näher zu beleuchten. Vor allem auch unter dem Hintergrund, dass die PDS noch 1997 gerade in den Punkten Montagsdemonstration und Runder Tisch auf die Gleichheit der Ziele, ja sogar der teilweisen Personengleichheit zurückgreift, um hier eine Verbindung herstellen zu können. „Nach 1989 wurde gründlich vergessen gemacht, dass Mitglieder der Bürgerbewegungen und kritische Mitglieder der SED vieles gemeinsam hatten. Nicht wenige Initiatoren der Opposition kamen aus der SED, für nicht wenige SED-Mitglieder war das Beispiel der Opposition eine Schule der Zivilcourage“ (Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung, 1997: 14). Im Herbst 1989, als die Montagsdemonstrationen ihre politische Schärfe dadurch erhielten, dass diejenigen, die in der DDR bleiben wollten, sich kritisch mit den Gegebenheiten auseinandersetzten, war Teilen der Vertreter, der Organisationen der Montagsmärsche, hier ist vor allem das Neue Forum zu nennen, klar, dass ohne oder gar gegen die 2,3 Millionen Mitglieder der SED und der Partei selbst keine Veränderungen in der DDR möglich seien. „So hatte sich das Neue Forum, das im Herbst 1989 entscheidende Sammelbecken der Opposition und der Reformwilligen im Lande, am 08. Oktober in einem Aufruf[28] ausdrücklich an die

[28] „Wir wenden uns ausdrücklich an die zwei Millionen Mitglieder der SED: Ihr bildet die größte und wichtigste politische Körperschaft in diesem Lande. Zu Euch gehört ein enormes Potential von Fachwissen und Leistungserfahrung, das für die Erneuerung unserer Gesellschaft dringend gebraucht wird... Führt die Diskussion in Euren Reihen: führt das Politbüro in die wirklichen Probleme der DDR ein, führt die Gesamtpartei zu einem konstruktiven,

Mitglieder der SED gewandt und diese als größte und wichtigste Körperschaft in diesem Landes auch mit Blick auf die drängenden Reformen anerkannt“ (Falkner/Huber 1994: 74). Vor allem die politischen Fehler der „neuen“ Partei SED-PDS und bzw. ihrer Repräsentanten führten dazu, dass sich trotz dieser Einschätzung die Bewegung desöfteren gegen die Partei richtete.

Dass dies keine Propaganda der Altkader ist, zeigen Untersuchungen, die Falkner/Huber[29] veröffentlichen, in denen nachgewiesen wird, dass Modrow sowohl im Dezember 1989 als auch im März 1990, d.h. nach dem Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“, das große Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung und der Montagsmarschierer[30] hatte. Und trotzdem oder gerade deswegen muss eindeutig festgestellt werden, dass der Einfluss der SED auf die Montagsmärsche, trotz teilweiser Bekundungen, nicht vorhanden oder als äußerst gering eingestuft werden kann, wogegen der Einfluss der Montagsmärsche auf die SED und damit auch auf das Entstehen der PDS wahrscheinlich größer, wenn auch indirekter, als angenommen gewesen ist.

Einig ist sich die Forschung darin, dass durch die Leipziger Montagsmärsche und der Veranstaltung vom 4. November auf dem Alexanderplatz der Weg für den Protest der SED-Mitglieder gegenüber der eigenen Partei bzw. der Parteiführung freigekämpft wurde[31]. Vier Wochen dauerte der eigentliche Zerfall der SED; vom Rücktritt Honeckers am 09.11.1989 bis zum 03. Dezember 1989, an dem das ZK der SED Honecker, Mielke, Sindermann, Stoph, Tisch sowie neben sechs anderen Funktionären auch Schalck-Golodkowski aus der SED ausschloss. Gleichzeitig entschied die Volkskammer am 01.12.1989 den Art. 1 der DDR-Verfassung zu streichen, somit war der SED die verbriefte führende Rolle von Staats wegen entzogen worden. Auf dem aufgrund massiver Proteste auf den 08.12.1989 vorgezogenen Parteitag der SED, wurde zwar die Auflösung der Partei de jure verhindert[32], durch die Umbenennung der Partei in SED-PDS sollte einerseits Kontinuität, aber andrerseits vor allem der Wandel symbolisiert werden. So wurde

lebenswahren Kurs... Die Diskussion, die die SED selbst führen muss, ist ein wichtiger Teil der gesamtgesellschaftlichen Diskussion, die unser Land braucht“ Neues Forum, Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR.

[29] Vgl. hierzu Falkner/Huber 1994: 74f.

[30] Die Werte waren bei den Demonstranten im Dezember 58% und im März 57%, bei der Gesamtbevölkerung 84% bzw. 75%.

[31] Vgl. hierzu sowohl Falkner/Huber 1994: 100f. als auch Neugebauer/Stöss 1996: 35f.

[32] Dies hatte aber weniger mit der Identifikation mit der SED zu tun, als vielmehr mit so einfachen Fragen wie die der Vermögensaufteilung bei Auflösung der Partei und Gründung mehrerer Nachfolgeparteien o.ä.

gerade mit dieser Maßnahme dem Druck der Straße und der eigenen Basis Rechnung getragen. Insofern ist der bereits attestierte Einfluss der Montagsmärsche auf die Entstehung der PDS sowohl indirekter als auch direkter Natur.

3.2 Die Bedeutung und der Einfluss der Bürgerbewegungen

Als Bundespräsident Roman Herzog am 8. Oktober 1995 im Alten Rathaus in Leipzig einige Bürgerrechtler mit dem Bundesverdienstkreuz auszeichnete, rückte er damit wieder die politischen Akteure des Vereinigungsprozesses in das Zentrum der Öffentlichkeit, welche sonst häufig „als Verlierer der Wende dargestellt (werden), die sich angesichts des dramatischen Niedergangs ihrer Bewegungen resigniert in die Schmollecke zurückgezogen haben und bis heute ihren illusionären Vorstellungen von einem dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus anhängen“ (Pollack 1995: 34). Dieser vermeintliche Widerspruch zwischen öffentlicher Wahrnehmung und Anerkennung durch die Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland wirft die Frage auf, welche Zielvorstellungen die Bürgerbewegungen hinsichtlich der, nicht von ihnen allein initiierten, doch aber mitbestimmten Entwicklung in den Jahren 1989 bis 1990 hatten und wie groß ihr Einfluss auf die Vereinigung beider deutschen Staaten tatsächlich war. Um diesen Einfluss werten zu können, wird zunächst eine Definition des Untersuchungsobjektes Bürgerbewegungen mit einem kurzen Abriss ihrer Geschichte und Herkunft bis 1989 dargestellt. Danach werden die für den gewählten Ansatz wesentlichen endogenen Faktoren der Jahre 1989/90 des Vereinigungsprozesses mit einer von Walter Süß entlehnten Phaseneinteilung (vgl. Süß 1990: 912) betrachtet[33]. Weitgehend ausgeklammert werden die für den Ablauf der Vereinigung sicherlich ebenfalls bedeutenden exogenen Faktoren, wie zum Beispiel die Haltung der Sowjetunion oder die Entwicklung in anderen sozialistischen Ländern. Bei der Auswahl und Darstellung der für die Fragestellung dieses Teilkapitels bedeutsamen endogenen Faktoren stellte sich das Problem, dass die meisten innenpolitischen Phänomene und Ereignisse nur in ihrer gegenseitigen Wechselwirkung gewürdigt werden können. Die Darstellung ist daher weder eine chronologische Aneinanderreihung von Fakten, noch eine schlichte Aufzählung von Phänomenen, sondern sie versucht einen Mittelweg.
Die Geschichte, Herkunft und das ursprüngliche Selbstverständnis der politischen Opposition[34] in der DDR, sowie deren Wandel im Betrachtungszeitraum

[33] Eine andere auf die objektiven Veränderungen der Bürgerbewegungen bezogene Phaseneinteilung unterteilt den Prozess in eine erste Phase der Informalität bis September 1989, die zweite Phase der Formierung reicht bis zum Fall der Berliner Mauer November 1989, wird fortgesetzt durch die Phase der Differenzierung und Marginalisierung und nach der Volkskammerwahl abgelöst durch die Phase der Institutionalisierung, Spezialisierung und Demobilisierung. Vgl. Pollack 1995: 35 ff.

[34] Auch hier sei kurz eine interessante Sichtweise von Mitgliedern der PDS bezogen auf die Verdienste der SED in diesem Bereich genannt: Es hat nur deshalb in der DDR Raum für Opposition gegeben, da die DDR atheistisch war. Somit habe die SED direkt und indirekt, auch

erschwert eine Begriffsfindung, mit der alle relevanten Gruppierungen erfasst werden können. Da aber die politischen Oppositions-gruppen erst ab Herbst 1989 als Bürgerbewegungen bezeichnet und durch ihre Aktivisten z.T. auch so genannt wurden (vgl. Haufe/Bruckmeier 1993: 34), wird der Begriff Bürgerbewegungen als überregional politisch agierende Oppositionsgruppen in der DDR definiert, die sich im Herbst 1989 bildeten, bzw. an die Öffentlichkeit traten und eine den neuen sozialen Bewegungen im Westen vergleichbare Organisation, Ziele und Wertekultur besaßen (Brand in: Weidenfeld/Korte 1992: 509 - 512).

Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Ländern gab es in der DDR vor 1989 keine große bedeutende Bürgerrechtsbewegung, zumindest keine, deren Wirken im Ausland erkannt worden wäre. Es existierte jedoch seit Ende der siebziger und verstärkt seit Mitte der achtziger Jahre unter dem Schutz der evangelischen Landeskirchen eine Oppositionsbewegung, die sich, meist in Form von kirchlicher Basisgruppenarbeit, thematisch im Bereich der Friedens- und Menschenrechtsbewegung und der Umweltschutzinitiativen orientierte[35] . Allerdings definierte sie sich nicht als politische Opposition, um ihr kritisch gesellschaftliches und politisches Engagement nicht der Gefahr einer Ausgrenzung aus dem Spektrum legaler Artikulationsmöglichkeiten auszusetzen. Die Kirche genoss, spätestens seit dem zwischen dem Vorstand des evangelischen Kirchenbundes und dem Staatsratsvorsitzenden und Ministerpräsidenten Erich Honecker geschlossenen Abkommen über die gegenseitige Akzeptanz vom 6. März 1978, eine gewisse Autonomie, in dem ansonsten alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche kontrollierenden Staatssystem der DDR (vgl. Schmidt in: Müller-Edberg/Schulz/Wieglohs 1992: 344). Sie gab diesen Gruppen neben einem gewissen rechtlichen Schutz die Gelegenheit, die Räume der Gemeinden und Kirchen für die Versammlungen und die kircheneigenen Kopierer für die Herstellung eigener Publikationen zu nutzen. Zu der vielfachen personellen Verflechtung zwischen den Oppositionsgruppen und der evangelischen Kirche kam eine starke Prägung durch religiöse Werte und Verhaltensweisen hinzu. Die Forderung nach Gewaltfreiheit der Aktionen und die Leipziger Friedensgebete sind zwei Beispiele dafür (vgl. Oldenburg 1990: 3). Es entstand neben den gleichgeschalteten Medien eine "zweite Öffentlichkeit", die kritisch und unverfälscht gesellschaftliche, politische oder ökologische Probleme aufgreifen und artikulieren konnte (Knabe 1996: 22). Allerdings war der Verbreitungsgrad

bewußt die Entstehung und das Agieren der Opposition zumindest unterstützt, wenn nicht sogar gefördert oder erst ermöglicht.

[35] Zur weiteren genauen Beschreibung siehe Ausführungen in 3.1

dieser Öffentlichkeit äußerst gering, da in der kontrollierten und angepassten Gesellschaft der DDR ein Kontakt mit dieser Öffentlichkeit vermutlich mit negativen gesellschaftlichen Folgen sanktioniert wurde[36].

In einem Lagebericht des MfS über die "inneren feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Kräfte" vom 1. Juni 1989 wird die Zahl der Bürgerrechtsorganisationen mit 160 angegeben, in denen 2.500 aktive Teilnehmer tätig sind, der harte Kern wurde mit 60 Personen bestimmt (vgl. Süß 1990: 912). Der Staat unterwanderte diese Gruppen mit Spitzeln und informellen Mitarbeitern, so dass er nicht nur über ihre Größe, Tätigkeit und ihre Akteure umfassend informiert war, sondern vermutlich auch unbeabsichtigt wesentlich zu deren Potential und Effizienz beitrug (Wolle in: Jesse 1995: 103).
Insgesamt resümiert Görtemaker jedoch, dass durch Verhaftungen[37], Ausweisungen und Ausreisen der Bildung einer größeren Oppositionsbewegung der Boden entzogen wurde (vgl. Görtemaker 1996: 11).

Der Niedergang des politischen Systems, d.h. Ablösung der bisherigen Machthaber und das Ende der Unterdrückung der politischen Opposition, „der zentralen Planung sowie Massenmobilisierung, Agitation und Propaganda“ (Jesse 1995: 117), lässt sich im Wesentlichen anhand von vier interdependenten, innenpolitischen Phänomenen charakterisieren[38]:

- Beginn der Massenflucht von Bürgern der DDR über Polen, CSSR und vor allem über die österreichisch-ungarische Grenze,
- Institutionalisierung der bisher vor allem im kleinen Kreis und mit begrenzter politischer Zielsetzung agierenden politischen Opposition,
- Beginn der Massendemonstrationen[39] als Reaktion auf die Repression des politischen Protestes und die Fluchtbewegungen in den Westen und
- Reaktionen des Systems, zunächst auf die Reformbemühungen in anderen sozialistischen Ländern und dann auf den Protest im eigenen Land.

[36] In der Literatur schwankt die Schätzung der Zahl der dadurch erfassten Bürger zwischen 10.000 und 100.000. Vgl. hierzu: Probst 1991: 32 oder auch Wielgohs/Schulz 1990: 17.
[37] Zum Teil mit anschließendem Freikauf durch die Bundesrepublik Deutschland.
[38] Zur ausführlichen Beschreibung siehe sowohl Jesse 1995 118f. und Kap. 3.1
[39] Bruckmeier Fasst den Begriff weiter und nennt „Massenbewegungen“ alle spontanen und kaum von bestimmten politischen Organisationen getragenen Massendemonstrationen und -aktivitäten der Bevölkerung in der DDR im Herbst 1989 (vgl. Haufe/Bruckmeier !993: 34).

Am 2. Mai 1989 begann Ungarn, wie es schon im März angekündigt hatte, mit dem Abbau der Grenzsicherungsanlagen nahe der Ortschaft Köszeg an der Grenze zu Österreich - der "Eiserne Vorhang" wurde durchlässiger. Fünf Tage später fand die Kommunalwahl in der DDR statt. Die kirchliche Arbeitsgruppe "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" sowie mehrere Mitglieder anderer Gruppen, darunter "Initiative für Frieden und Menschenrechte" und "Kirche von unten", hatten eine Kontrolle der Stimmenauszählungen organisiert und konnten einen Wahlbetrug nachweisen. Dies war die erste landesweit organisierte Aktion einer sich formierenden und mehr und mehr untereinander in Verbindung tretenden, politischen Opposition. Auf den öffentlich vorgetragenen Protest reagierte die Führung der DDR ignorant und ließ verbreiten, es lägen keinerlei Anzeichen für einen Wahlbetrug vor. In der Folgezeit organisierte die politische Opposition in Erinnerung an den Wahlbetrug an jedem 7. eines Monats Demonstrationen, die trotz staatlicher Repression von Mal zu Mal größer wurden[40].

Als Folge der im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit innenpolitischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Reformen immer hoffnungsloser werdenden Lage in der DDR wurden allein im Sommer 1989 120.000 Ausreiseanträge gestellt. Gleichzeitig begannen Hunderte von DDR-Bürgern im Juli und August diplomatische Vertretungen und Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Warschau und Prag zu besetzen. Von ihnen blieb nur ein geringer Teil nach Zusage der Strafverfolgungsfreiheit in der DDR. Die Mehrzahl konnte nach Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten Ende September 1989 ausreisen. Durch die dabei von der DDR-Führung geforderte Durchreise für die Botschaftsbesetzer in Prag über das Staatsgebiet der DDR, kam es entlang der Streckenführung der Eisenbahn zu großen, z.T. von gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei begleiteten Demonstrationen[41]. Über die österreichisch ungarische Grenze setzte ein Flüchtlingsstrom von täglich 100 - 200 Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland ein, der durch die Öffnung der Grenze zu Österreich durch Ungarn am 11.09.89 immer mehr anstieg[42], in den westlichen Medien thematisiert und in die DDR-Gesellschaft hineingetragen wurde.

---

[40] vgl. ausführlich hierzu 3.1

[41] Vor allem in Dresden und Leipzig kam es am 3. und 4. Oktober 1989 zu Auseinandersetzungen, die die Bürger sensibilisierten und polarisierten zwischen denen, die ausreisen wollten, bzw. durften und denen, die bleiben mussten, bzw. wollten.

[42] Bis Ende September 1989 hatten 25.000 Bürger die DDR verlassen und bis Ende der ersten Novemberwoche betrug die Zahl schon 225.000. (Zitiert nach Görtemaker 1996: 22 und "Die

Vor diesem Hintergrund rief bereits Mitte August 1989 der Synodale Dr. Hans Jürgen Fischbek vom Arbeitskreis "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" zur Gründung einer alle Oppositionsgruppen übergreifenden Sammlungsbewegung auf, um der Bevölkerung eine "identifizierbare Alternative" aufzuzeigen. Die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen kritisierte in einem Schreiben vom 2. September 1989 an Honecker das Ausbleiben der von allen Bürgern erwarteten und längst überfälligen gesellschaftlichen Veränderung. Die Reaktion des Systems war jedoch enttäuschend[43]. Die Staatsführung diffamierte die Ausreisewilligen als Verräter und diskutierte weder die Ursachen noch realisierte sie die Dynamik dieses Protestes.

Am 4. September 1989 fand die erste Demonstration in Leipzig mit zunächst nur 1.200 Teilnehmern nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche statt[44]. Am 9. September 1989 wurde mit einem Gründungsaufruf, der allgemein formulierte, reformsozialistische Forderungen für fast alle Politikfelder enthielt, das "Neue Forum" gegründet. Ziel der Initiatoren war die Kommunikation zwischen den Regierenden und Regierten durch eine politische Plattform für alle Bürger der DDR[45] wiederherzustellen, um die brennenden gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Probleme gemeinsam und reformatorisch zu lösen. Dieser im Herbst 1989 hinsichtlich ihres Mobilisierungsvermögens bedeutsamsten Bürgerbewegung schlossen sich innerhalb weniger Tage 25000 Menschen an (vgl. Süß 1990: 913) und bis zur offiziellen Zulassung wuchs diese Zahl auf 200000. Am 12. September konstituierte sich der schon seit 1986 bestehende

---

wichtigsten politischen Ereignisse des Jahres 1989" Anonym In: Das Parlament Die Woche im Bundeshaus 40, 3 (1990). 10).

[43] Einem Kommentar von ADN in "Neues Deutschland" v. 01. 10.89 zum Problem der Ausreisewilligen hatte Erich Honecker noch eigenhändig ergänzt: „man soll ihnen keine Träne nachweinen“ und damit die fatale Ignoranz der Regierenden offenbart (Zitiert nach Süß 1990: 913).

[44] Die Leipziger Montagsdemonstrationen sollten bis zum 12. März 1990 eine hohe Bedeutung als nicht organisierte Plattform öffentlicher Willensäußerung und als Diskussionsforum gewinnen. Den Höhepunkt stellte die Montagsdemonstration vom 23. Oktober dar, als der Ring um die Innenstadt mit 300.000 Menschen vollständig geschlossen war. Bei diesen Demonstrationen, die mit vergleichbarer Zielsetzung, Organisationsform und Ablauf auch in anderen Großstädten der DDR, vor allem in Ostberlin stattfanden, wurden die individuellen Forderungen der Bürger, wie auch die Reaktion auf die Beschlüsse und Maßnahmen der Regierung auf Spruchbändern und Schildern artikuliert. Anfang September begannen die Bürgerbewegungen sich zu formieren. Zur ausführlichen Bewertung siehe 3.1.

[45] Hier sei nochmals an die in 3.1 aufgezeigte Einschätzung der Bedeutung der SED und ihrer Mitglieder durch das „Neue Forum“ erinnert.

Arbeitskreis "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" mit einem Aufruf und Vorschlägen zur demokratischen Umgestaltung als Initiativgruppe "Demokratie Jetzt". Am 2. Oktober 1989 trat die Initiative "Demokratischer Aufbruch", die sich schon im Juni formiert hatte, ebenfalls mit einem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit und wurde offiziell am 30. Oktober 1989 gegründet. Nicht unerwähnt bleiben darf die "Initiative für Frieden und Menschenrechte", die schon 1985 als außerkirchliche, politische Oppositionsgruppe auftrat und in der viele Bürgerrechtler tätig waren, die sich später am Gründungsprozeß anderer Bürgerbewegungen beteiligten (Wielgohs/Schulz 1992: 18).

In einer am 4. Oktober in der Ostberliner Erlöserkirche vor 2.500 Menschen vorgetragenen "Gemeinsamen Erklärung" formulierten Vertreter vieler Bürgerbewegungen ihre Forderungen nach demokratischer Umgestaltung und Erneuerung der Gesellschaft und des sozialistischen Systems auf der Grundlage der Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen und der KSZE-Dokumente. Außerdem forderten sie die Durchführung von demokratischen Wahlen unter UNO-Kontrolle. Die politische Veränderung des Landes sollte unter Beteiligung und Kritik aller Bürger geschehen. Während die Staats- und Parteiführung bis dahin die demokratische Entwicklung in anderen sozialistischen und kommunistischen Ländern ignoriert hatte und sich sogar demonstrativ an die Seite der Länder stellte, in denen diese Entwicklung und Protestbewegungen[46] unterdrückt wurden, sah sie sich nach den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR durch den zunehmenden Massenprotest veranlasst, personelle Veränderungen vorzunehmen und eine demokratische Umgestaltung unter Führung der Partei anzukündigen. Doch die von dem neuen Generalsekretär Egon Krenz am 18. Oktober verkündete Wende in der DDR-Politik verfehlte ihre beruhigende und stabilisierende Wirkung (vgl. Döhnert/Rummel 1990: 154). Das Volk assoziierte auch mit der neuen Führung eine Fortsetzung der bisherigen Unterdrückungspolitik, zumal Egon Krenz mit den Solidaritätsbezeugungen an das chinesische Regime, dem Wahlbetrug vom 7. Mai und mit den gewalttätigen Polizeiaktionen gegen die Protestbewegungen, zuletzt bei den Feiern zum 40. Jahrestag, in Verbindung gebracht wurde. Die alte Staats- und Parteiführung vergab somit ihre letzte und vielleicht einzige Chance, steuernd auf den Umgestaltungsprozeß einzuwirken. Die Massendemonstrationen mit der

[46] Auch hier sei auf das bereits genannte „China-Beispiel“ aus 3.1 verwiesen.

Artikulation der Kritik an der Politik der SED nahmen in den Großstädten zu[47] und die Ausreisewelle setzte sich fort - die DDR „drohte auszubluten“ (Jesse 1995: 121).

Die Massenproteste nach der Vorstellung eines Entwurfes zur Novellierung des Reisegesetzes führten am 7. und 8. November zum Rücktritt des Ministerrates und des Politbüros. Am Donnerstag, den 9. November, führte die missverständliche Darstellung des zweiten Entwurfes durch das Politbüromitglied Günter Schabowski anlässlich einer Pressekonferenz zum Fall der Mauer[48]. Diese Phase der Wende in der Wende war gekennzeichnet durch

- einen thematischen Wandel der Forderungen des Volkes, die bei den Massendemonstrationen artikuliert wurden,
- eine Differenzierung und Marginalisierung der Bürgerbewegungen,
- die Transformation politischer Entscheidungen auf die neugegründeten Runden Tisch, insbesondere auf den Zentralen Runden Tisch in Ost-Berlin,
- eine Diskreditierung der politischen Führungsschicht, verbunden mit einer weiteren Erosion des politischen Systems und
- den Wahlkampf für die Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Drei Tage nach dem Fall der Mauer waren schon zwei Millionen DDR-Bürger nach West-Berlin und eine weitere Million Bürger über neugeöffnete Grenzübergänge an der innerdeutschen Grenze in den Westen gefahren. Bis Ende November hatten sich schon 13 bis 14 Millionen Bürger durch einen Besuch von der wirklichen Lage und den Lebensbedingungen im Westen ein Bild gemacht. Es kam zu einer Wende in den bei den Massendemonstrationen erhobenen Forderungen. Ging es noch vorher um die Reform des eigenen, sozialistischen Staatssystems, wurde jetzt der Wunsch laut, sich dem westdeutschen Standard anzugleichen und später, im Verlaufe des Wahlkampfes zur Volkskammerwahl, der Ruf nach der Nationalen Einheit[49]. Damit entfernte sich der Volkswille von

[47] Im Zeitraum zwischen 23. 10. Und 4.11. fanden laut Statistik des MfS 355 Demonstrationen mit 1.890.000 Teilnehmern statt. Vgl. Süß 1990: 915.

[48] Der Entwurf befand sich noch im Genehmigungsprozeß, wurde aber als sofort geltendes Recht dargestellt. Die westlichen Medien veröffentlichten diese verkündete Reisefreiheit ohne Hinweis auf die von Schabowski angesprochenen erforderlichen bürokratischen Bestimmungen. Tausende strömten noch in der gleichen Nacht an die Grenzen, um diese neue Freiheit auszunutzen und wurden durch die Grenzbeamten, nachdem diese sich rückversichert hatten, durchgelassen. Vgl. Jesse 1995: 121 f. und Görtemaker 1996: 25.

[49] Vgl. Süß 1990: 917 ff. Er spricht hier von einer "Identitätskrise" der ostdeutschen Bevölkerung in den Wintermonaten 1989, in der diese die vielfältigen Eindrücke und den Verfall des eigenen Staatssystem und der Wertekultur aufarbeiteten.

der auf Reformierung des DDR-Sozialismus zielenden und durch die Maueröffnung obsolet geworden Programmatik der Bürgerbewegungen (vgl. Pollack 1995: 37). Hierin sieht die PDS bis heute die Gleichheit der damaligen Ziele der SED und der Bürgerbewegungen, solange sie auf die wirtschaftliche und politische Reform bezogen war: „Die Auseinandersetzung innerhalb der SED war für uns ein Kampf für einen anderen, für einen demokratischen und modernen Sozialismus. Wir wollten die Partei reformieren, um mit ihrer Hilfe eine demokratische Reform der Gesellschaft und den Aufbruch in einen modernen Sozialismus zu beginnen. Einige von uns warben innerhalb der SED für wirtschaftliche und politische Reformen und für ein neues Sicherheitskonzept. Unsere Forderungen waren teilweise nicht weniger radikal als die der Opposition und haben viele Ansätze späterer politischer Forderungen der PDS vorbereitet“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung, Hrsg. 1997: 14).

Die Bürgerbewegungen begannen ab November 1989 sich programmatisch und auch organisatorisch zu differenzieren. Während einige den Parteistatus anstrebten, um im Rahmen eines zu implementierenden parlamentarischen Demokratiemodells am politischen Geschehen aktiv teilnehmen zu können, lehnten andere das Streben nach politischer Macht ab und befürworteten statt dessen eine basisdemokratische Politikgestaltung mit direkter Bürgerbe-teiligung. Es kam zu zahlreichen Neugründungen und personellen Fluktuationen. Die alten Bürgerbewegungen präferierten anfänglich noch eine zweistaatliche Lösung der Nationalen Frage Deutschlands, um nicht vorschnell das bundesrepublikanische Demokratie-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell mit seinen Fehlern zu übernehmen. Ab Mitte Januar 1990 realisierten sie jedoch, dass dieses Modell einer eigenständigen, wenn auch reformierten sozialistischen Demokratie auf deutschem Boden nicht durchsetzbar wäre. Durch den Mitgliederschwund und den Sympathieverlust in der Öffentlichkeit wurden die Bürgerbewegungen in ihrer politischen Rolle reduziert, wenngleich es ihnen noch bis in das Frühjahr 1990 gelang, die Bürger zu mobilisieren und kommunalpolitische Forderungen durchzusetzen (vgl. Haufe/Bruckmeier 1993: 99ff.).

Auf zentraler staatlicher Ebene erhielten die Bürgerbewegungen in dieser Phase jedoch eine große Bedeutung. Schon am 10. November 1989 hatte eine durch mehrere Bürgerrechtler am 4. Oktober 1989 gebildete Kontaktgruppe[50] die

[50] Dazu gehörten Vertreter von "Initiative für Frieden und Menschenrechte", "Neues Forum", "Demokratie Jetzt", "Demokratischer Aufbruch", "Sozialdemokratische Partei", "Vereinigte Linke" und "Grüne"(Vgl. Thaysen 1990: 25 ff.).

Einrichtung eines "Runden Tisches" gefordert, um am Reformprozeß von Staat und Gesellschaft beteiligt zu werden. Der Zentrale Runde Tisch auf staatspolitischer Ebene wurde unter Vermittlung der beiden Kirchen nach dem Vorbild Ungarns und Polens am 7. Dezember 1989 konstituiert[51]. Er setzte sich aus Vertretern von Bürgerbewegungen und neu gegründeten Parteien, sowie Vertretern der alten politischen Parteien und Massenorganisationen zusammen. Sein Selbstverständnis und seine Funktion wandelte sich mit der Erosion des politischen Systems. „Ursprünglich verstand sich der Runde Tisch - wie auf der konstituierenden Sitzung festgelegt wurde - als 'Bestandteil der öffentlichen Kontrolle', der 'keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben' könne und 'seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortsetzen' wolle. 'Er fordert(e) von der Volkskammer und der Regierung, rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen zu werden'"(Weidenfeld/Brand/ Korte 1992: 100). Auch in diesem Bereich versucht die PDS heute noch die Gemeinsamkeiten zwischen der Opposition und der SED am Runden Tisch hervorzuheben, als sei am Runden Tisch bereits nur noch ein gemeinsames Ziel verfolgt worden. „Der Verfassungsentwurf des zentralen Tisches der DDR ging aus gemeinsamen Vorstellungen hervor" (Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung, Hrsg. 1997: 14). Nach dem Ende der totalitären SED-Macht „wurde der runde Tisch zur zentralen Steuerungsinstanz für die Politik der DDR". Er stellte dann das „oberste Organ der politischen Willensbildung und Entscheidung" dar, behauptete sich „gegen die verfassungsmäßigen Instanzen der DDR" und setzte sich an die Stelle der Volkskammer, deren Legitimität zuletzt mit der gefälschten Wahl vom Mai 1989 in Frage gestellt war. Ab Ende Januar 1990 wurden Bürgerbewegungen in der "Regierung der nationalen Verantwortung" durch Modrow[52] beteiligt (Thaysen 1990: 31f./71f.). Die wesentlichen Verdienste des Runden Tisches in 16 Sitzungen bis zum 13. März 1990 waren:

* Ihr Beitrag auf der zentralen, staatlichen Politikebene zur Reduzierung der Macht der SED und des Staatssicherheitsdienstes. Letzteres manifestierte sich

[51] Runde Tische entstanden auf allen politischen Ebenen und Regionen und Beschäftigten sich mit einer Vielzahl von lokalen, kommunalen Problemen auf allen Politikfeldern. Hier wird aufgrund seiner Bedeutung für die staatspolitischen Vorgänge jedoch nur der Zentrale Runde Tisch betrachtet vgl. Süß 1990: 918. Zur Geschichte und Arbeit des Zentralen Runden Tisches vgl. Thaysen 1990.

[52] Durch den zu diesem Zeitpunkt noch immer vorhandenen, wenn auch schon abgeschwächten Anspruch der Partei auf die Regierung führte zu nervenaufreibenden Auseinandersetzungen mit dem Runden Tisch bzw. mit den Vertretern der anderen Gruppierungen am Runden Tisch. Letztendlich verschlissen sich dabei beide Seiten.

in der Stürmung der Zentrale der Staatssicherheit in Berlin durch die Bevölkerung am 15. Januar 1990.

* Schaffen der gesetzlichen Voraussetzungen, die die politische Pluralität in der DDR rechtlich absicherten.
* Herstellen von Öffentlichkeit über die Missstände des DDR-Staatssystems und Regierungsapparates durch die Einbeziehung der Medien.
* Erstellung und Vorlage eines Verfassungsentwurfes für die DDR an die Volkskammer.

Die bisherige Führungsschicht wurde im Transformationsprozeß der politischen Macht von Honecker über Krenz, Modrow bis hin zu Gysi durch die Aufdeckung von Korruptionen, Privilegien, Machtmissbrauch und politischer Unfähigkeit diskreditiert und stellte die SED und später die SED-PDS[53] mit dem von ihr verfolgten Modell des demokratischen Sozialismus ins Abseits. So traten bis Mitte Januar schon mehr als 1.200.000 Parteimitglieder aus der Partei aus[54]. Die Vorschläge der Regierung zur Stabilisierung der DDR zu einer sozialistischen Demokratie mit einer sozialistischen Marktwirtschaft bei Bildung einer Konföderation mit den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, ließ sich vor dem Hintergrund der desolaten Wirtschaftslage der DDR, des mangelnden Vertrauens der Bevölkerung, der fehlenden Identität der DDR-Gesellschaft und des anhaltenden Flüchtlingsstromes nicht durchsetzen (vgl. Görtemaker 1996: 27).

Am 18. März fand die auf Antrag des Ost-SPD Geschäftsführers Böhme vorverlegte Wahl zur Volkskammer statt. Sie war gekennzeichnet durch „die Transformation der parteipolitischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland“ (Görtemaker 1996: 32f.) und stand unter dem Einfluss westdeutscher Parteien und Politiker (vgl. Haufe/Bruckmeier 1993: 79). Das beherrschende Wahlkampfthema war die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, d.h. die faktische Übernahme der westdeutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik, deren Notwendigkeit bereits im Februar 1990 von der West- und Ostdeutschen Regierung festgestellt wurde. Im "Bündnis 90", das am 16. Februar gegen eine schnelle Währungsunion Bedenken äußerte, schlossen sich

[53] Angeblich hätte es zu dieser Bildung der SED-PDS gar nicht kommen sollen, da die neue Parteiführung andere politische Pläne gehabt hatte, die durch die SPD (West) zerstört worden sei. Zur ausführlichen Beschreibung dieser Problematik siehe 4.2.
[54] Vgl. zur genaueren Analyse Oldenburg 1990: TEIL I 5f. u. TEIL II 6f.

drei große Bürgerbewegungen zusammen[55]. Im Wahlkampf hatte es gegenüber den anderen Parteien zwei große Nachteile. Durch die Vorverlegung des Wahltermins waren sie im Aufbau einer Wahlkampforganisation behindert und verfügten auch nicht über die entsprechende logistische und finanzielle Basis. Die "alten" Parteien konnten hingegen auf eine „DDR-weite Parteibasis“ zurückgreifen und wurden auch von den bundesdeutschen "Schwesterparteien" unterstützt. Das vergleichsweise schwache Abschneiden mit nur 2,9% war neben der dargestellten schlechteren Wahlkampfsituation Ausdruck dafür, dass das Volk den Bürgerbewegungen nicht die Kompetenz zur Herstellung der Nationalen Einheit und zur Lösung der damit verbundenen Probleme zutraute (vgl. Süß 1990: 917f.).
Die folgende Phase, in der die politischen und vertraglichen Voraussetzungen für die rechtliche Vereinigung beider deutscher Staaten geschaffen und diese vollzogen wurde, lässt sich unter zwei Aspekten untersuchen: Übernahme der politischen Macht durch demokratisch gewählte Vertreter und Institutionalisierung der Bürgerbewegungen und rechtliche Grundlagen für die Vereinigung.

Durch die Volkskammerwahl am l8. März 1990 wurden auf staatlicher Ebene und nach der Wahl vom 6. Mai 1990 auf kommunaler Ebene auf dem Gebiet der DDR wieder demokratisch gewählte Instanzen mit der Wahrnehmung der politischen Macht betraut. Dadurch waren die Bürgerbewegungen in ihrer Kontrollfunktion gegenüber nicht oder zumindest zweifelhaft demokratisch gewählten Machthabern ihrer Bedeutung enthoben. „Das Modell der direkten Politikgestaltung durch Runde Tische und Demonstrationen lief aus“ (Pollack 1995: 38). Die Bürgerbewegungen verloren somit die Möglichkeit einer direkten Einflussnahme auf die politische Willensbildung und auf die Verhandlungen, die zum Vollzug der Einheit führten. Davon ausgenommen war "Bündnis 90", das Vertreter in die Volkskammer und später, aufgrund eines Ausnahmegesetzes[56], auch in den Bundestag senden konnte. Die Massenbasis der Bürgerbewegungen zerfiel.

[55] Dies waren: „Neues Forum“, „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ und „Demokratie Jetzt“.
[56] Das Wahlgesetz für die erste gesamtdeutsche Wahl sah eine getrennte Stimmauszählung in West- und Ostdeutschland vor, so dass Bündnis 90 in den Neuen Bundesländern die notwendigen Stimmen erhielt, um trotz des Verfehlens der 5% im Westen durch die GRÜNEN, in den Bundestag einziehen zu können.

Die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Vereinigung wurde zum einen dadurch wesentlich erleichtert, dass in beiden deutschen Parlamenten die gleichen, parteipolitischen Mehrheiten dominierten, sich aber zum anderen über die jeweiligen Regierungskoalitionen hinweg ein Konsens bilden konnte. In welchen rechtlichen Schritten vollzog sich die Vereinigung? „Die vertraglichen Grundlagen der Wiedervereinigung umfassten (...) neben dem in Moskau unterzeichneten 'Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland' (...), den 'Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik' vom 18. Mai 1990, sowie den 'Vertrag[57] über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag' vom 31. August 1990. Erst die Verbindung der drei Vertragswerke ermöglichte die Wiedervereinigung Deutschlands“ (Görtemaker 1996: 46). Kernstück der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Juli 1990 war die Einführung der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, sowie die Umstellung der DDR-Währung auf die DM. Beides bedeutete faktisch die Übertragung der Souveränität in der Finanzpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland. Die Verhandlungen zu diesem Vertrag führten die Regierungen durch und es kam zum ersten Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Er entsprach dem vorrangigen Wunsch der ostdeutschen Bevölkerung durch Einleitung der ersten Schritte zur Anhebung ihrer Lebensverhältnisse auf den bundesdeutschen Standard und stellte einen wesentlichen Zwischenschritt zur Herstellung der Einheit dar.

Schwieriger gestalteten sich auf beiden Seiten die Verhandlungen über den Einigungsvertrag. Es gab prinzipiell zwei Möglichkeiten, die Einheit herzustellen. Der eine Weg führte über den Art. 23 Satz 2 GG, durch Beitritt zum Verfassungsstaat des GG, der andere über die Ablösung des GG nach Art. 146 GG mit einer neuen, durch das ganze deutsche Volk in freier Entscheidung zu beschließenden Verfassung. Der Runde Tisch und besonders die Bürgerbewegungen favorisierten mehrheitlich den Weg über Art. 146 GG. Sie hofften, dadurch Elemente des durch seine Arbeitsgruppe "Neue Verfassung in der DDR" erarbeiteten Verfassungsentwurfes in die Verfassung eines vereinten Deutschland einbringen zu können. Er enthielt, neben den vom GG abweichenden Elementen der direkten Demokratie, wie Volksbegehren und

[57] Der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland wird an dieser Stelle nicht weitergehend betrachtet, da die Bürgerbewegungen darauf keinen Einfluss nahmen.

Volksentscheid auf zentralstaatlicher Ebene, „die verfassungsrechtliche Verankerung des Rechtes auf Arbeit, des Rechtes auf Wohnung, des Verbotes der Aussperrung sowie weitere einklagbare, soziale Ansprüche des Bürgers, gleichermaßen soll(te) die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Umweltschutz als einklagbare Aufgabe des Staates in die zukünftige Verfassung aufgenommen werden“ (Thaysen 1990: 31). Am 26. April lehnte jedoch die Mehrheit in der Volkskammer diesen Verfassungsentwurf ab und beantragte am 23. August nach Art. 23 Satz 2 GG den Beitritt zum Geltungsbereich des GG mit Wirkung vorn 3. Oktober. Dieses Vorgehen entsprach nach einer Umfrage des Wickert-Institutes, die am 26. Februar 1990 veröffentlicht wurde, der von der deutlichen Mehrheit der west- wie ostdeutschen Bürger bevorzugten Alternative. Damit wurde die letzte vereinigungsrechtliche Zielvorstellung der Bürgerbewegungen nicht erfüllt[58].

Diese Betrachtung wirft die Frage auf, ob der Prozess ein Beitritt, eine Vereinigung, eine Wiedervereinigung oder sogar ein Anschluss[59] war. Nach der dazu erforderlichen Festlegung erfolgt der Versuch einer Bewertung. Hinter der Wahl des Begriffes zur Beschreibung des Prozesses, der zur heutigen Struktur der Bundesrepublik Deutschland führte, verbirgt sich mehr als nur eine semantische Differenzierung. Den Begriff der Wiedervereinigung auf den Prozess um den 3. Oktober 1990 anzuwenden, der zur Vereinigung von zwei Teilen des ehemaligen Deutschen Reiches führte, von dem sich einer auch als dessen Rechtsnachfolger verstand, ist nicht unumstritten, da dass das neue Staatsgebilde mit der alten Bundesrepublik Deutschland, bis auf Staatsgebiet und Einwohnerzahl fast identisch ist und dessen Namen auch nach wie vor führt. Von dem war es aber nie getrennt, folglich konnte es auch keine Wiedervereinigung geben (vgl. Görtemaker 1996: 51). Auf der anderen Seite ist der Beschluss von über 2/3 der Volkskammer am 23. August 1990 den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des GG nach Art. 23 GG zu beantragen, aufgrund der Bedeutung und Größe des hinzugetretenen Gebietes, nicht lediglich auf einen Beitritt oder Anschluss zu reduzieren. Schließlich sind nun die größten Teile des ehemaligen Deutschen Reiches wiedervereint.

[58] Im späteren Verlauf wird dieser Punkt wieder aktuell werden, da ein Teil der Wahlerfolge in den Neuen Bundesländern auf den Verlust der „DDR-Identität“ zurückgeführt wird.
[59] Obwohl dies kein Hauptuntersuchungspunkt der gesamten Arbeit sein wird, ist es notwendig kurz darauf einzugehen, da es z.T. wichtig für das Verständnis der Argumentationsmuster der PDS in diesem Bereich ist.

Es ist auch unstrittig, dass mit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands am 03.10.1990 sehr viele Aspekte einer tatsächlichen Einheit noch unerfüllt sind (siehe hierzu: Jesse 1992: 188). Es sind lediglich die Voraussetzungen zum Zusammenwachsen beider Gesellschaften geschaffen worden. Eine vordergründige Bewertung ist anhand der Programmatik der Bürgerbewegungen, ihrer Reaktion auf die Maueröffnung und insbesondere durch ihre Haltung zur nationalen Einheit Deutschlands schnell zu treffen. Ihr ursprünglich erklärtes Ziel war die Reformierung des Staats- und Gesellschaftssystem der DDR. Das „Neue Forum“[60] sah zunächst in der Maueröffnung die Gefahr, in ihren Forderungen nach Veränderung des Sozialismus ruhiggestellt zu werden und einer Überformung der DDR Gesellschaft mit den negativen Aspekten einer auf Konsum gerichteten, sich entsolidarisierenden und individualisierenden Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland (Jesse 1992: 132). In der Phase nach der Maueröffnung bis zur Volkskammerwahl übernahmen die Bürgerbewegungen von großem inneren Diskurs begleitet, einen Teil der politischen Verantwortung in der "Regierung der nationalen Verantwortung" Modrows und an den Runden Tischen. Es gelang ihnen nicht, ihre Visionen eines reformierten Sozialismus als politische Handlungsalternative im Volk zu implementieren. Im Gegenteil: sie verloren den Anschluss an den Prozess der politischen Willensbildung des Volkes. „Sie hatten keine Konzeption anzubieten, die es vermocht hätte, die drei zentralen Themen - Demokratie, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit - überzeugend miteinander zu verbinden und damit die öffentliche Debatte zu prägen“ (Süß 1990: 917). Durch ihre Abkopplung von der politischen Macht und dem Willensbildungsprozeß nach der Volkskammerwahl hatten die Bürgerbewegungen „auf den Vollzug der deutschen Einheit, wie sie sich in Vertragswerken niederschlug, (...) so gut wie keinen Einfluss mehr“ (Jesse 1992: 132). „Insgesamt war ihr Einfluss auf den deutsch-deutschen Einigungsprozeß so gering, dass sie nicht einmal verlangsamend wirken konnten“ (Haufe/Bruckmeier 1993: 121).

Ihr Beitrag zum Zustandekommen der deutschen Vereinigung war jedoch bedeutend höher. Sie stellten im Herbst 1989 den Kristallisationskern der politisch oppositionellen Willensäußerung des Volkes dar, da sie unter den politischen Akteuren der DDR-Gesellschaft als unbelastet galten. Es gelang ihnen, zusammen mit Vertretern der evangelischen Kirche überwiegend die Gewaltfreiheit der Massendemonstrationen sicherzustellen. Neben anderen

[60] Auch hier, wenn auch vom Ziel her anders motiviert, deckt sich die Intention mit der der SED.

Faktoren wie z.B. Massenbewegungen, Flüchtlingsstrom und ökonomischer Krise leisteten sie einen hohen Beitrag an der Niederringung der totalitären SED-Macht und der Staatssicherheit. Sie übernahmen die Kontrolle der politischen Instanzen bis zur Durchführung der Volkskammer- und Kommunalwahlen, stellten die Öffentlichkeit der politischen Ent-scheidungsprozesse her und schufen so die Voraussetzungen für die Entwicklung einer pluralistischen Gesellschaft und der Transformation des parlamentarischen Demokratiemodells in die DDR. Es war jedoch unvermeidlich und systemimmanent, dass danach die Formen der direkten Politikgestaltung in den Hintergrund traten.

Wie stellt sich die Situation der Bürgerbewegungen heute dar, und wie nehmen sie am politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland teil? Vertreter von "Bündnis 90" wurden in die Volkskammer, später auch in den Bundestag und, wie auch Vertreter anderer Bürgerbewegungen in die Landtage gewählt. Auf kommunaler Ebene wurden sie in die Stadtparlamente gewählt und in Stadtverwaltungen berufen. Auf der anderen Seite stehen „eine Vielzahl von lokalen Projektgruppen, Initiativen und Vereinen. Daneben gibt es noch Reste des Neuen Forums, der Initiative für Frieden und Menschenrechte, der Vereinigten Linken, die politisch den Anschluss verloren haben und gesellschaftlich kaum ins Gewicht fallen. Von ihnen zu unterscheiden sind als vierte Organisationsform einige überregionale Gruppierungen, wie die Grüne Liga oder der unabhängige Frauenverband, die als Verbände deutschlandweit anerkannt und professionell arbeiten. Schließlich existieren auch noch einige kirchliche Basisgruppen. Die meisten Alternativgruppen der Vorwendezeit haben sich inzwischen (...) aufgelöst“ (Pollack 1995: 39). Ihr Beitrag zur "Inneren Einheit" Deutschlands, dem Zusammenwachsen beider Teile der Bundesrepublik Deutschland, wäre ebenso eine weitere Betrachtung wert wie die Überlegung, ob und inwieweit die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland von den Bürgerbewegungen beeinflusst wurde und werden kann. Auch hier muss angemerkt werden, dass die PDS mit den Bürgerbewegungen zuerst nur das Ziel eines reformierten DDR-Staates gemeinsam hatte, wobei dies natürlich theoretischer Natur ist, denn bis zu diesem Zeitpunkt gab es die PDS noch nicht als Nachfolgerin der SED. Die Bürgerbewegungen aber trugen durch ihr engagiertes Vorgehen eindeutig zum Entstehen der PDS bei. Wichtig anzumerken ist hier, dass keiner der wichtigen „Köpfe der Bürgerbewegung“ anschließend in der PDS vertreten war. So ist wie bereits im vorherigen Unterkapitel eindeutig zu resümieren, dass es sehr wohl Einflüsse gab, die meisten aber indirekter Natur waren. Die PDS würde sich schwer tun, falls sie argumentieren sollte, dass die

Montagsmärsche und die Bürgerbewegungen die personelle Basis für die PDS gebildet hätten. Die PDS kann aber sehr wohl nachweisen, dass es durch den Erfolg der Montagsmarschierer und der Bürgerbewegungen einen direkten Einfluss auf die Entstehung der PDS gibt, da durch die erzwungenen Ereignisse die SED von der politischen Bildfläche verschwand und die PDS-SED, später die PDS dafür die politische Bühne als Ergebnis dieser Ereignisse betrat, was sich neben dem neuen Parteinamen, vor allem in dem Versuch der schnellen personellen Veränderung[61] niederschlug.

4. Die „Gründung“ der PDS

4.1 Die Organisationsstruktur

4.1.1 Organisationstheorie

Im Bereich der Organisationstheorie und ihrer Auswirkung auf die Verbandsforschung/ Parteienforschung sind die Bereiche
- Organisations- und Politikforschung
- Organisation, Umwelt und Entscheidung sowie
- die Entscheidungstheorie zu nennen.

Die Annäherung von Politik- und Organisationswissenschaften sind vor allem im Bereich der Verwaltungsforschung zu erkennen. Hier haben z.T. bereits die neueren Ansätze der Organisationstheorie, die den jeweiligen Untersuchungsgegenstand als offenes System betrachten, ihn damit auch von politischen Faktoren geprägt ansehen, Einzug gehalten. Eine eindeutige Übernahme in den Bereich der Parteienforschung ist bis auf wenige Ausnahmen nicht erfolgt. „Die gruppen- und pluralismustheoretischen Modelle sind noch nicht überwunden“ (vgl. Lehmbruch 1986: 70 f.). Inwieweit der Vorzug der Organisationsforschung zu Analysen auf Individualebenen, z.B. einzelne Personen in der PDS oder Entscheidungen bereits umgesetzt werden kann, muss die Analyse in den Einzelkapiteln zeigen.

Die Organisationstheorie bietet derzeit zumindest drei Grundkonzepte an, die auf die Parteienforschung übertragen werden können. Als erste Modellmöglichkeit wird die Organisation als relativ geschlossene, zielgerichtete, rationale Veranstaltung definiert. Sie werden von ihren Führungen gesteuert. „Entscheidungen sind Wahlakte von Zielen und dazugehörenden optimalen

[61] Dieser wurde an anderer Stelle bereits expressis verbis benannt.

Mitteln“ (Schmidt 1990: 27). Das zweite Modellangebot definiert Organisationen in Abhängigkeit zu ihrer Umwelt, d.h. Entscheidungen sind extern mitbestimmt und zielen darauf ab, eine positive Korrelation zwischen Organisation und Umwelt zu erreichen. Luhmann bezeichnet dies als „zwanghaften Opportunismus“, um das Überleben zu sichern. Verschiedene andere Autoren haben diesen „kontingenztheoretischen Kurzschluss“[62] zurückgewiesen, in dem sie Hinweise auf die diversen Möglichkeiten zum Abfedern dieses Effektes einbrachten.
Als Schlagworte seien hier genannt:
- gefilterte Wahrnehmung
- Pufferbildung gegen störende Umwelteinflüße
- Abkoppelung
- Verknüpfungstheorie
- Kooperation
- Verflechtung usw.

Das dritte Modell bezeichnet Organisationen und Entscheidungsprozesse als „carbage cans“ (Pinfield 1986: 30ff.). Diese Organisationen sind gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Einzeleigenschaften mit vielfältigen Zielen, unabhängigen Strömen im Bereich Probleme, Personen, Lösungen, nicht oder schwer durchschaubaren Verfahren und Entscheidungsmehrdeutigkeit. Einer der wichtigsten Teilaspekte ist, dass nicht Rationalität und Effizienz, sondern zumeist die Konstruktion von Wirklichkeit wichtiger ist. Für den Bereich der reinen Klassifizierung nach Ideologie erscheint das zweite Modell auch für die PDS geeignet, auch wenn es bisher nur für Volksparteien genutzt wurde. Doch auch die anderen beiden Modelle, vor allem hier der carbage cans - Ansatz, zeigen die Möglichkeiten der zumindest punktuellen Analysemöglichkeit auf, da es bei der PDS-Untersuchung sicherlich auch um den Bereich Konstruktion von Wirklichkeit gehen wird (muss).

Im Bereich der Entscheidungstheorie werden für den weiteren Untersuchungsgang der Arbeit folgende Teilbereiche oder Einflußgrößen entscheidend zu betrachten sein:
1. Sind die getroffenen Entscheidungen als typisches Muster oder als Einzelfälle zu definieren?

[62] vgl. hierzu Child 1972/1977, Scott 1986: 280, Pfeffer 1982: 200ff. Meyer 1975 et al.

2. Wurde die jeweilige Entscheidungssituation durch dominante Verfahrensregeln und/oder Einstellungen der an der Entscheidungsfindung beteiligten Personen beeinflusst?
3. Ist die Entscheidung bezüglich der Problemlösung gefällt worden?
4. Wurde Entscheidungskompetenz an Dritte weitergegeben oder durch Dritte an sich gezogen?
5. Wurden die Entscheidungen durch die Organisation oder nur durch Gruppen vielleicht sogar nur durch Individuen getroffen?
6. Wurde ideologische Überhöhung und Nichtzurkenntnisnahme anderer Möglichkeiten zur Entscheidungsprämisse befördert?

Unter Zuhilfenahme dieser Einzelbereiche der Entscheidungstheorie verknüpft mit der Kenntnis der Einflussnahme von Zeitdruck, Größe der Organisation, Regionalität der Organisation, etwaig vorhandener zentraler oder dezentraler Kompetenz, soll organisations-/entscheidungs- theoretisch die PDS beleuchtet wurden. So ist die Möglichkeit gegeben durch eine Teilung der Untersuchungsgegenstände auf die einzelnen Theorieansätze ein hoffentlich sehr realitätsnahes Bild der Partei und somit ein objektives Gesamtergebnis zu erarbeiten. Gleichzeitig muss für einige Teile dieser Betrachtung und Analyse auf das nächste Kapitel verwiesen werden. Aufgrund der Tatsache, dass die PDS expressis verbis in ihrem Statut einige Besonderheiten hat, die so bei anderen Parteien nicht vorhanden ist, soll dies hier kurz angemerkt werden, um nicht den Anschein zu erwecken, man habe dies geflissentlich übergangen oder noch schlimmer gar nicht erkannt[63]. „Nichtmitglieder, die sich für politische Ziele und Projekte der Partei engagieren (SympathisantInnen), können in Gliederungen und Zusammenschlüssen der Partei mitwirken und ihnen übertragene Mitgliederrechte wahrnehmen...

Die folgenden Mitgliederrechte können ... übertragen werden:
- Mitwirkung an der Meinungs- und Willensbildung der Partei durch Mitberatung,
  Antragstellung und Abstimmung.
- aktives Wahlrecht bei Wahlen von Gremien und Organen und Delegierten,
- sowie aktives und passives Wahlrecht bei Delegiertenwahlen mit Ausnahme der Wahlen zu Vertreterversammlungen für die Nominierung von

[63] Vgl. hierzu Partei des Demokratischen Sozialismus, Statut in der gültig veränderten Fassung durch die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS vom 17. - 19.01.1997 S. 1 - 8.

KandidatInnen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften“ (PDS-Statut 1997: 6).

Das bedeutet massive Einflussmöglichkeiten in eine Partei hinein, ohne selbst als Mitglied eingetragen zu sein. Auch hierin ist oft das Missverständnis der Gleichsetzung Kommunistische Plattform und PDS zu sehen, worauf aber später eingegangen wird[64]. Mehr noch als die Diskussion um die Nichtmitglieder, ihre Einflussmöglichkeiten, sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten, waren zu Beginn der PDS-Geschichte zwei Bereiche wichtiger, wobei einer davon auf die Organisationsform, die Strukturierung im allgemeinen und die Umsetzung im Parteirahmen im besonderen bedeutenden Einfluss hatte. Es war die Diskussion um die Form der Partei. Wollten die einen Parteimitglieder die Partei in eine Bewegung umformen, um so der angestrebten Öffnung der PDS Vorschub zu leisten, zumindest aber sie zu unterstützen, beharrten die anderen strikt auf dem Parteistatus. Die Vertreter dieser Fraktion war vor allem das politische Establishment der Partei[65], das „den Status Quo“ (Gerner 1994: 95) wollte. Die Initiativgruppe „Neues Statut“ glaubt in dieser Frage eine Konfliktlinie zu erkennen, die die extrem widersprüchlichen Lager charakterisiert, die „teilweise weiter auseinander als SPD und CDU“ (Parteivorstand der PDS 2. Parteitag 1. Tagung 1991: 190) seien. Somit war die gesamte Diskussion bzgl. der neuen Organisation und Struktur von der Frage überschattet, ob in der PDS Partei oder Bewegung dominiert[66].

[64] Die Diskussion um die Mitgliedschaft in der PDS bzw. um die Rechte der sog. Sympathisanten belastete die PDS zu Beginn der Organisationsdiskussion 1990/1991 sehr stark. Die beiden bestehenden Lager waren deutlich zu erkennen und durch eine eigentlich andere Frage bereits gekennzeichnet. Der Frage nämlich, ob die PDS als eine Bewegung oder eine Partei fortbestehen sollte. Diejenigen, die „nur“ eine Bewegung wollten, waren für die totale Gleichstellung; diejenigen, die mehr die Organisationsform Partei präferierten, wollten, dass die Nichtmitglieder nur Beratungsrechte erhielten. Die Begründung für die Ablehner lag darin, dass sie der Meinung waren, dass die Sympathisanten Trittbrettfahrer seien, „die mitmachen, mitreden und mitentscheiden wollen, aber nicht bereit sind, die volle politische, moralische und letztendlich finanzielle Verantwortung aufzubringen“ (vgl. schriftlicher Bericht der Statutenkommission an den Zweiten Parteitag der PDS, in: Parteivorstand der PDS, 2. Parteitag, 1. Tagung, 1991: 145).

[65] Vgl. zu dieser Diskussion ausführlich: Gerner 1994: 95.

[66] Zur weiteren Diskussion über diese Problematik, aber auch über die Fragen der doppelten Mitgliedschaft, des Parteiausschlusses und der Parteidisziplin sei auf spätere Detaildiskussionen verwiesen. Die verschiedenen Fassungen des Statuts bis zu seiner endgültigen Fassung wird nicht weiter dargestellt, da dies für die Gesamtthematik nicht relevant ist.

Dem ungeachtet auch die PDS beschneidet die Übertragungsrechte auf Nichtmitglieder, ohne dabei ihren Anspruch aufgeben zu müssen, „alle Möglichkeiten demokratischer Selbstbestimmung mittels außerparlamentarischer Bewegung wie parlamentarischer Aktion“ (PDS-Statut 1997: 1) nutzen zu können. Für das Stimmrecht bei Urabstimmungen, bei Satzungsänderungsanträgen, bei Finanzordnungsbeschlüssen und bei der allgemeinen Verwendung von Finanzen und Vermögen, verbunden mit den dazugehörigen Haftungsfragen wird die Nichtübertragung ebenso eingehalten wie bei der Verweigerung des passiven Wahlrechts „zu Vorständen, Schieds- und Finanzrevisionskommissionen und bei Delegiertenwahlen zu Vertreterversammlungen für die Nominierung von KandidatInnen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften“ (PDS-Statut 1997: 6), sowie dem aktiven Wahlrecht bei der Nominierung von KandidatInnen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften[67]. Als letzter theoretischer Hinweis sei auf die absolute Gleichstellung der Frauen[68], abgesichert durch Punkt 4. des Statutes, hingewiesen[69], der sowohl von der Innen[70]- als auch von Außenwirkung nicht zu unterschätzen ist und deshalb in nachfolgenden Kapiteln immer wieder teilweise miteinfließen wird.

[67] Zur weiteren ausführlichen Beschreibung siehe PDS-Statut in der gültigen Fassung von 1997.

[68] „Mandate in Parteigremien und Delegiertengruppen sind laut Statut mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Bei der Wahl von Vorständen sind die in der Einzelwahl gewählten Ämter dabei in Rechnung zu stellen. Zur Realisierung der Geschlechterquotierung ist zunächst ein erster Wahlgang für ausschließlich weibliche Kandidaten zur Sicherung der 50% igen Mindestquotierung durchzuführen. In einem zweiten allgemeinen Wahlgang mit männlichen und weiblichen Kandidaten werden dann die restlichen Mandate vergeben...“(§ 4 Rahmenwahlordnung der PDS 1991: 1).

[69] Auf inhaltliche Konsequenzen bzgl. Formulierungen und Forderungen innerhalb des Parteiprogramms, sowie sich daraus ergebende personelle und organisatorische Konsequenzen wird an anderer Stelle eingegangen.

[70] So ist bereits desöfteren nachgewiesen worden, dass es für eine politisch engagierte Frau innerhalb der PDS kein Problem darstellt, ein Amt zu erhalten, falls sie dieses anstrebt.. Praktisch heißt dies, dass statistisch gesehen auf 1,3 Frauen in der PDS ein durch eine Frau zu besetzender Posten kommt. Von Alemann (Das politische System in der Bundesrepublik Deutschland 1997) kommt in seiner Analyse zu einem entgegengesetzten Ergebnis, das im Widerspruch zu allen anderen Fakten und der derzeitigen Realität steht.

4.1.2 Der Bundesparteitag

Auch bei der PDS stellt der Bundesparteitag, der für die Dauer von zwei Jahren gewählt wird, das höchste Organ der Partei[71] dar. Die Wahlperiode wird dabei von der Konstituierung des folgenden Parteitages bestimmt. Bei nicht näher definierten „besonderen Umständen“ (PDS-STATUT 1997: 10) kann vom Parteivorstand und Parteirat gemeinsam eine maximale Verlängerung von 8 Wochen beschlossen werden[72]. Der Parteitag der PDS ist aus mehreren Gründen von den Parteitagen anderer Parteien zu unterscheiden. Er wird für seine gesamte Wahlperiode als ständiges Organ der Partei angesehen, das zu mehreren Tagungen zusammentreten kann. „Seine Arbeitskreise und Kommissionen können während der Wahlperiode auch außerhalb von Tagungen des Plenums tätig werden“ (PDS-STATUT 1997: 10). Es gibt also formal gesehen nur jedes zweite Jahr einen neuen Bundesparteitag, de facto jedoch 1 bis 2 Bundesparteitage pro Jahr, die aber dann als 1. bis... Tagung tituliert werden[73].

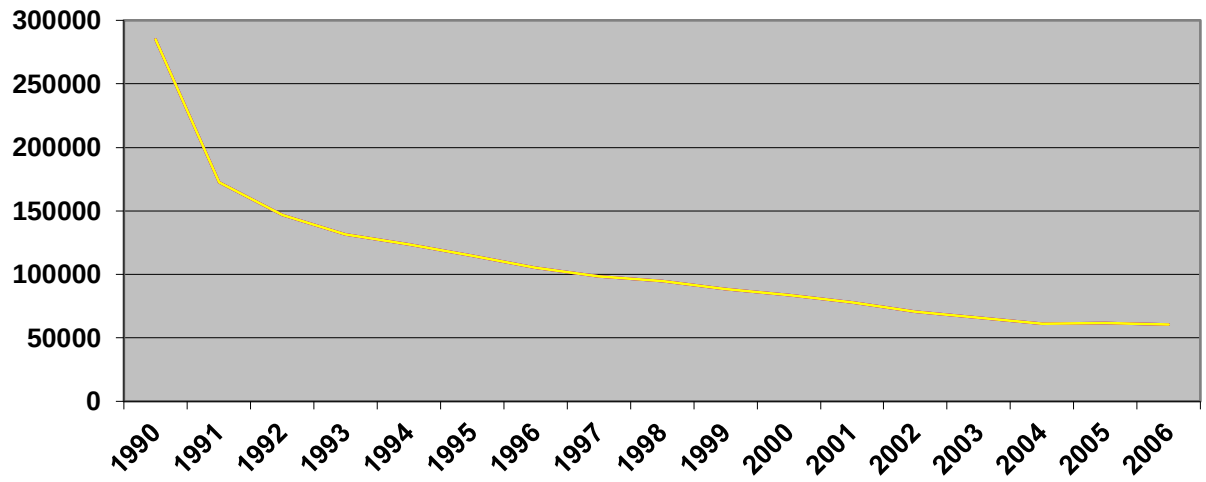
Dies bedeutet aber auch, und das kann an dieser Stelle bereits konstatiert werden, dass der Einfluss der Delegierten, damit verbunden auch der einzelnen Landesverbände, die diesen Bundesparteitag konstituieren und in ihm tätig sind, weitaus größer[74] ist als in anderen Parteien[75], was der Intention der PDS exakt entspricht[76]. Die formalen Gesichtspunkte wie die Einberufungsfristen, die notwendige Anwesenheitszahl von Delegierten zur Beschlussfähigkeit etc. werden nicht weiter betrachtet, da sie den Vorschriften des Parteiengesetzes entnommen und so nahezu deckungsgleich mit allen anderen Parteien sind[77].
Erwähnenswerte Punkte in der Betrachtung des Bundesparteitages sind sicherlich die Absätze 7 - 13 des Punktes 8 des PDS-STATUTS[78]. Hierin liegen nämlich die

[71] Vgl. hierzu PDS-Statut 1997: 10.
[72] Ebenda 10.
[73] Ebenda 10.
[74] Olzog/Liese zeigen in ihrem Buch „Die politischen Parteien in Deutschland“ deutlich, bezogen auf die jeweiligen Parteien auf, inwieweit es hier Unterschiede gibt. Obwohl die PDS im Verhältnis zu den anderen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, sehr kurz abgehandelt wird, ist diese Unterscheidung hervorgehoben.
[75] dies. 1996: 202ff.
[76] Hierzu sei auf die bereits herausgearbeitete und an anderen Stellen auch aufgezeigte bzw. noch aufzuzeigende inner- und außerparlamentarische Politikarbeit der PDS hingewiesen. Die PDS propagiert genau diesen Mix immer wieder und weicht auch nach der ersten Beteiligung an einer Landesregierung von diesem Postulat nicht ab.
[77] Vgl. Olzog/Liese 1996: 23ff.
[78] Hierin wird festgelegt welche Aufgaben dem Bundesparteitag zufallen, welche Beschlüsse er zu fassen hat bzw. kann, der Schlüssel für die Wahl der Delegierten und die Benennung von Delegierten der Arbeits- und Interessengemeinschaften.

Kernpunkte des Gesamtverständnisses der PDS-Organisationsstruktur und ihrer Nutzung zur politischen Arbeit. Da der Bundesparteitag Stellung zu internationalen und nationalen Fragen nimmt[79], die politische Strategie und die Grundlinien der aktuellen Politik der Partei bestimmt, die Berichte des Parteivorstandes, der Bundesschiedskommission und der Bundesfinanzrevisionskommission entgegen-nimmt und die parlamentarische Arbeit der Partei bewertet[80], ist er die omnipotente gestalterische Macht, auf alle Fälle de jure gesehen[81], innerhalb der PDS.

Der Bundesparteitag ist außerdem verantwortlich für das Programm und Statut, das mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden muss; die Beschlussfassung bzgl. der Finanzordnung, der Schiedsordnung, der Rahmenwahlordnung zu den Parteiwahlen, des Wahlprogramms für Bundestags- und Europawahlen[82], sowie der Durchführung von Urabstimmungen runden die Kompetenzen ab.

Abb 1: Mitgliederentwicklung der PDS 1990-2006



Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Linkspartei.

[79] Vgl. PDS-STATUT 1997: 8.(7), 11.
[80] Vgl. PDS-STATUT 1997: 11.
[81] Inwieweit der Bundesparteitag und seine Delegierten wirklich eine so entscheidende Rolle wie gewünscht spielen können oder ob die Entscheidungsfindung durch andere Gremien oder sogar Einzelpersonen direkt oder indirekt übersteuert wird, ist im Laufe der Arbeit noch aufzuzeigen. Dies ändert aber nichts an der formal juristischen Gegebenheit.
[82] Interessant hier: Es kann formal kein Einfluss des Bundesparteitages auf die einzelnen Landesverbände bzgl. der Wahlkampfführung geben, da die Landtagswahlen expressis verbis nicht in der Verantwortung des Bundesparteitages stehen.

Im Punkt 8 (9 + 10) wird die Kompetenz für die entscheidende Machtfrage an den Partei-vorstand[83] abgetreten, nämlich die Erstellung des Schlüssels für die Wahl der Delegierten und ihrer Anzahl pro Landesverband bzw. Arbeits- und/oder Interessengemeinschaften. „Er berücksichtigt in erster Linie die Mitgliederstärke der delegierenden Verbände“ (PDS-STATUT 1997: 11). Dies ist keine Besonderheit, denn danach arbeiten die Delegiertenversammlungen aller Parteien. Bei insgesamt 98.624 Mitgliedern, von denen 2.074 in den Alten Bundesländern auf 10 Landesverbände verteilt sind[84], ergibt sich verständlicherweise, bei einer Gewichtung von 1 Delegierten pro angefangene 300 Mitglieder, ein „Ostinteressensschwerpunkt“.

Ganze 11 Delegierte aufgrund der reinen Mitgliederzahl stünden den zehn West-Landesverbänden zu. Da es aber die Regelung gibt, dass es pro Landesverband mindestens vier Mandate gibt, erhöht sich die Anzahl der Delegierten auf insgesamt 40[85]. Allein der kleinste Ost-Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern hat schon 35 Delegierte. Das signifikante Unterscheidungsmerkmal zu anderen Parteien ist bei der Wahl der Delegierten die bereits angesprochene mögliche Beteiligung von Arbeits- und Interessengemeinschaften und/oder ähnlicher innerparteilicher thematischer Zusammenschlüsse am Bundesparteitag, die volles Stimmrecht genießen, ohne Parteimitglied zu sein. „Arbeits- und Interessengemeinschaften und ähnliche innerparteiliche thematische Zusammenschlüsse, die von besonderer politischer Bedeutung für den Meinungs- und Willensbildungsprozess der Gesamtpartei sind, können im Delegiertenschlüssel Mandate für die Entsendung ordentlicher Delegierter zuerkannt werden. Ihre Bedeutung für die Partei misst sich an der Bedeutsamkeit der bearbeiteten Themenfelder für die Politikentwicklung, an der Festigkeit ihrer Struktur und deren Ausdehnung im Bundesverband sowie an der Anzahl der in ihnen engagierten Mitglieder und SympahtisantInnen. Sie wählen ihre ordentlichen Delegierten auf Bundesdelegiertenkonferenzen bzw.

[83] Auch wenn es offiziell heißt im Einvernehmen mit dem Parteirat bedeutet dies de facto die Machtausübung durch den Parteivorstand.

[84] Stand per 31.12.1997, der auf Anfrage beim Parteipresse- und -informationsdienst der PDS in Berlin am 09.02.1999 seitdem noch nicht überarbeitet wurde.

[85] So sind die Westlandesverbände plötzlich überrepräsentiert, da sie bei 3% der Gesamtmitglieder 15,5% der Delegierten stellen können, was aber trotzdem nicht ins Gewicht fällt, wie die weitere Beschreibung zeigt. Bezeichnend war auch auf dem letzten Parteitag, dass von den eingereichten Änderungswünschen im Bereich des Ablaufes, der Satzung u.a. Bereichen fast 85% von Landesverbänden aus den Alten Bundesländern waren. Bei den beschlossenen Änderungen aber war kein einziger dieser Vorschläge/Anträge darunter.

Hauptversammlungen. Die Anzahl dieser Mandate darf höchstens 20% der stimmberechtigten Parteitagsdelegierten betragen“ (PDS-STATUT 1997: 11f.). Dies ist eine große Möglichkeit für die Arbeitsgemeinschaften und Interessensgemeinschaften, die in und an der PDS tätig sind, sich mit eigenen Vorstellungen einbringen zu können, ohne sich als Mitglied an die Partei binden zu müssen.

Am Rande sei vermerkt, dass man parallel zu dieser Beschlussfassung im Statut verankern wollte, dass es Parteiausschlussverfahren nicht geben dürfe. Dieser Vorschlag wurde nicht umgesetzt; dabei berief sich die stimmführende Gruppe um Gysi auf das Parteiengesetz, dass genau dieses Parteiausschlussverfahren, entschieden durch ein zuständiges Schiedsgericht extra vorsieht[86]. Soweit in gebotener Kürze die wichtigsten Punkte zum Bundesparteitag[87]. Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass der Bundesparteitag von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, einen Ehrenvorsitzenden der Partei zu wählen. Es ist der Ex-DDR Ministerpräsident Hans Modrow, der sich bei den verbliebenen alten Kadern innerhalb der PDS größter Beliebtheit erfreut. Diese Beliebtheit nutzend, ist Modrow deshalb im Juni 1999 im Europawahlkampf mit Erfolg angetreten. Ein politisch sehr brisantes Thema, da der politische Gegenspieler A. Brie war, der erst auf dem Parteitag in Berlin nicht mehr in den Parteivorstand gewählt wurde, da er zu vehement die versprochenen Reformen eingefordert hatte. Dieser Punkt und andere Detailbereiche den Bundesparteitag resp. andere Gremien betreffend werden noch zu analysieren sein, wenn es um die Inhalte geht und nicht wie hier um die Darstellung und Analyse von formalen Gegebenheiten.

4.1.3 Der Parteirat

Der Parteirat ist expressis verbis nicht im Parteiengesetz genannt, soll aber, da bei der PDS existent, kurz betrachtet werden. Darauf hinzuweisen ist ferner, dass der Parteirat keinen formalen Einfluss besitzt, da er zwar mit seinen Forderungen bei Nichtakzeptanz durch den Parteivorstand die Einberufung eines Parteitages erzwingen kann[88], zumeist aber auf organisatorische und/oder repräsentative Bereiche[89] beschränkt ist. So wird der Parteirat durch „geheim gewählte

[86] Zur weiteren und ausführlichen Diskussion sei an dieser Stelle auf Oberreuter/Mintzel 1990 verwiesen, die dies dort in aller Ausführlichkeit behandelt haben.
[87] Welche Wahlen für welche Gremien in welcher Anzahl durch den jeweiligen Bundesparteitag durchgeführt werden müssen resp. können ist an dieser Stelle von nachrangiger Bedeutung und sei deshalb mit einem Verweis auf das PDS-STATUT Punkt 8 (11, 12 13) abgehandelt.
[88] Siehe PDS-STATUT 1997: 15.
[89] Vgl. PDS-STATUT 1997: 15.

VertreterInnen der Landesverbände, von bundesweit tätigen Zusammenschlüssen, des Rates der Alten sowie der Bundestagsfraktion“ (PDS-STATUT 1997: 14) gebildet. Der Parteirat übt drei Funktionen[90] gegenüber dem Parteivorstand aus, wobei der Schwerpunkt deutlich erkennbar auf Konsultativ- und Initiativfunktionen liegt.

Somit fällt dem Parteirat vor allem die Aufgabe zu, die wesentlichen politischen Konfliktfelder innerhalb der Partei zu benennen, die unterschiedlichen Positionen zu diskutieren und Vorschläge für den praktischen Umgang mit diesen Konflikten zu entwickeln; so soll er die „Politikfähigkeit der Partei befördern“ (PDS-STATUT 1997: 15). Im organisatorischen Bereich bestätigt der Parteirat auf Vorschlag des Parteivorstandes den Delegiertenschlüssel für die Wahlen zum Parteitag. Gleichzeitig soll er, die in der Partei am wirksamsten vorhandenen Positionen widerspiegeln. Die Mitglieder des Parteirates werden auf Landesebene nach einem auf die Mitgliederzahl bezogenen und die Mindestquotierung für Frauen berücksichtigenden Delegiertenschlüssel gewählt, wobei ähnlich wie beim Bundesparteitag bereits vorgestellt, Mindest- und Höchstzahlen vorgegeben sind, so dass auch hier die westlichen Landesverbände überproportional vertreten sind.

Die „delegierenden Gremien können ihre VertreterInnen im Parteirat jederzeit abwählen und in geheimer Wahl neue bestimmen, müssen aber gegebenenfalls spätestens nach vier Jahren ihr Mandat bestätigen. Über die Zusammensetzung des Parteirates (Vertreterschlüssel) beschließt der Bundesparteitag spätestens nach zwei Wahlperioden“ (PDS-STATUT 1997: 15). D.h. der Parteirat ist eindeutig stärker durch die Landesverbände bzw. die entsendenden Gremien zu beeinflussen, da aufgrund des Druckes auf die jeweiligen Delegierten, immer mit der Drohung der Abwahl im Hintergrund, vielmehr landespolitische bzw. gremienpolitische Interessen betrieben werden können. Somit ist er zwar formal ein Bundesorgan, aber vielmehr wie der Bundesparteitag oder der Parteivorstand landespolitisch bzw. gremienpolitisch kurzfristig beeinflussbar. Ein wie vorher angesprochener Antrag auf Einberufung eines Bundesparteitages nach Nichteinigung mit dem Parteivorstand ist bisher noch nicht vorgekommen, nicht zuletzt deshalb, da bindend vorgeschrieben ist, die Mitglieder des Parteivorstandes zu allen Sitzungen, die mindestens alle drei Monate stattfinden müssen, einzuladen. So ist auch hier wieder mehr der konsultative Aspekt des Parteirates hervorgehoben.

[90] Als Organ der Gesamtpartei übt er Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion aus.

Nach dem in diesem Teilkapitel die Bundesorgane kurz bezüglich ihrer Aufgaben, ihrer Zusammensetzung, ihrer Innen- resp. Außenwirkung und ihrer Wahrnehmung durch andere dargestellt und analysiert wurden, soll im nachfolgenden Bereich auf die Landesverbände eingegangen werden, wobei in Landesverbände der Neuen und der Alten Bundesländer unterschieden wird. Grundlage dieser Darstellung und Analyse werden die mir durch die Landesverbände übersandten Satzungen und Mitgliederunterlagen sein.

4.2 Die Landesverbände

Im nachfolgenden soll kurz auf die Landesverbände[91] eingegangen werden, wobei die Unterscheidung in Landesverbände der „alten" und „neuen" Bundesländer nicht zufällig erfolgt ist. Es zeigten sich bei der Untersuchung der Organisationsstruktur der PDS deutliche Unterschiede in den Landesverbänden „alt" und „neu", wobei dies weniger in der formalen Gliederung, denn in den realen Auswirkungen erkennbar wurde. So erhielt ich innerhalb einer Woche von 4 der 6[92] Ost-Landesverbände alle angeforderten Informationen bzgl. der Satzung, der Mitgliederstärke, der Mitgliederentwicklung, der Alters-strukturierung etc. Von den West-Landesverbänden erhielt ich trotz mehrmaligen Rückfragen, sowie sanften „Druckes aus Bonn und Berlin" keine Informationen. Die Begründungen der „West-Verbände" zeigten den deutlichen Unterschied zu den neuen Bundesländern auf: Es fehlte schlicht das Personal, um die Nachfrage beantworten zu können. So wird zur Darstellung der formalen Kriterien eine Satzung eines Landesverbandes Ost verwendet werden. Soweit aber Zahlen und Fakten über Mitgliederentwicklungen in den einzelnen Landesverbänden für die Gesamtarbeit interessant sein sollten, werden diese separat dargestellt[93].

4.2.1 In Westdeutschland

Wie in den einleitenden Worten dieses Kapitels bereits angesprochen, haben sich die West-Landesverbände über den gesamten Zeitraum der Erstellung der Arbeit geweigert, mir jedwede Information zukommen zu lassen. So wurde mir zwar telefonisch oder auch per Fax mitgeteilt, dass man mir Informations-material

[91] Die Darstellung der Landesverbände erfolgt aber nur anhand von Ost-Landesverbänden, da die West-Landesverbände nicht bereit waren, irgendwelche Unterlagen bzgl. der Satzung und/oder Mitgliederstruktur zur Verfügung zu stellen.

[92] Wobei hier zu vermerken ist, dass dem Autor natürlich bekannt ist, dass es im allgemeinen Sprachgebrauch nur 5 Neue Bundesländer gibt, die PDS den Gesamtberliner-Landesverband aber zu den Landesverbänden der Neuen Bundesländer zählt Vor diesem Hintergrund ist die Aussage vier von sechs Landesverbänden zu verstehen. Thüringen und Brandenburg sahen sich nicht im Stande irgendwelche Unterlagen zuzusenden.

[93] Die zugesandten Informationen werden in 13 zusammengefasst ausgewiesen.

zusenden wolle, leider ist dieses nie bei mir eingetroffen. Auch alle Versuche durch Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der PDS mir diese Informationen zu beschaffen, scheiterten. Von einem Mitarbeiter bei der Bundestagsfraktion der PDS wurde mir erklärt, dass bei den Landesverbänden der alten Bundesländer noch sozialistische Rituale[94] vorherrschen würden. So würde niemand für sich entscheiden, ob es sinnvoll sei, angeforderte Unterlagen zu versenden, sondern dafür benötige man einen Beschluss. So professionell die Landesverbände im Osten strukturiert seien, so amateurhaft und mit völlig falscher Angst gegenüber der Öffentlichkeit seien die Landesverbände im Westen „aktiv". Das mir bei meinem Interview mit dem Bundesgeschäftsführer der PDS am 18.Mai 1999 übergebene Statut der PDS-NRW zeigte wiederum das Dilemma deutlich auf. Dieses Statut ist nur deshalb noch gültig, da das neue Programm nicht wie beabsichtigt im April 1999 verabschiedet werden konnte, da man keine Mehrheit innerhalb des Landesverbandes[95] fand. Gleichzeitig wird das noch existierende offiziell als nicht mehr tragfähig charakterisiert. Da derzeit bei allen Westverbänden eine solche „Umstrukturierungsmaßnahme" bezogen auf die Programmstatute bereits angelaufen bzw. im Rahmen der Bundes-PDS-Programm-Diskussion integriert ist, habe ich die Gesamt-darstellung der Landesverbände mit der Darstellung der Landesverbände Ost abgeschlossen. Neben den Mitarbeitern der Fraktion der PDS hat mir auch der Bundesgeschäftsführer versichert, dass sich für diese Themenstellung keine gravierende Unterschiede in den Untersuchungsergebnissen ergeben würden So habe ich den Versuch aussagekräftige Unterlagen von West-Landesverbänden zu erhalten, nach insgesamt 2 Jahren aufgegeben. Der einzige Unterschied, den Dr. Bartsch herausstellte, war die Tatsache, dass die West-Landesverbände sich in

[94] Auch das Verstehen der „Drei-Nagel-Theorie" wie der Mitarbeiter die frühere Arbeitsweise in den Behörden der DDR beschrieb und diese mit dem Verhalten der West-Landesverbände gleichsetzte, reichte nicht aus, um an die Informationen zu kommen. Diese Theorie sagt aus, dass die Mitarbeiter in den Behörden eingehende Post an dem ersten Nagel befestigt hätten, da man in der DDR kein Anrecht auf automatische Antwort gehabt hätte. Bei mindestens zwei Erinnerungsschreiben, wären dann das Original und die zwei Schreiben an den zweiten Nagel gehängt worden, ohne aktiv zu werden. Erst bei massiven Mahnschreiben und dem Nachfragen eines Parteisekretärs „wie es um das Schreiben des ... bestellt sei, hätten die Schreiben den dritten Nagel erreicht, was zur Bearbeitung geführt hätte.
Obwohl ich, was die Anzahl der Schreiben und das Erbitten von Amtshilfe innerhalb der Partei betrifft, den dritten Nagel erreicht haben muss, wurde mir eine Bearbeitung bei den West-Landesverbänden nicht zu Teil. Bei den Ost-Landesverbänden war dies wie bereits erwähnt überhaupt kein Thema.

[95] Gleichzeitig verwies Dr. Bartsch bei dem Interview darauf, dass auch die Bundespartei auf eine Überarbeitung des neuen Parteiprogramms gedrängt hätte, da es in einigen Passagen nicht den Vorstellungen der Bundes-PDS entsprochen hätte.

ihren ersten Satzungsentwürfen mehr an den Statuten der Landesverbände von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Ost-Landesverbände sich mehr an den Statuten der Landesverbände der SPD orientiert hätten. All dies wird bei der Programmdiskussion auch Auswirkungen auf die Konzeption einheitlicher Statuten haben.

4.2.2 In Ostdeutschland

In diesem Bereich werden zwei Satzungen angesprochen werden, da die Berliner Satzung als die des mitgliederstärksten Landesverbandes der PDS in der gesamten Bundesrepublik mit ganzen fünf Seiten die kürzeste Satzung eines Landesverbandes einer politischen Partei ist, die derzeit existiert. Demgegenüber erscheint die Satzung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt mit 12 Seiten als durchschnittlich lang. Allen gemeinsam aber ist, dass sie nahezu deckungsgleich in den Formulierung, vor allem aber im Inhalt sind. Dies ist nur deshalb hervorzuheben, da gerade die Bundespartei-Satzung einen immensen Spielraum zur Gestaltung der Satzungen der Landesverbände lassen würde. Beide Satzungen zeigen zu Beginn auf[96], dass die Landesverbände die jeweilige Landesorganisation der Partei des Demokratischen Sozialismus darstellen, und auf dem Bundes-Statut basieren, wobei sich Landesverbände die darüber hinausgehenden Regelungen anhand der jeweils bestehenden konkreten regionalen Bedingungen vorbehalten[97]. Das jeweilige Tätigkeitsgebiet des Landesverbandes wird nochmals expressis verbis auf das jeweilige Bundesland festgeschrieben.

Die Landesorgane[98] des Berliner Landesverbandes bestehen gem. Satzung nur aus dem Landesparteitag, dem Landesvorstand und dem Landesrat[99]. Im Landesverband Sachsen-Anhalt[100] dagegen werden der Landesparteitag, der Landesvorstand, der Landesparteirat, die Landesschiedskommission und die

[96] Vgl. Satzung Landesverband Berlin Einleitung „Satzung des Landesverbandes Berlin“ und Satzung Landesverband Sachsen-Anhalt Einleitung Satzung plus §1.
[97] Vgl. Anmerkung 135.
[98] Vgl. Satzung des Landesverbandes Berlin der PDS II.
[99] Wobei durch einen Kunstgriff sowohl eine Schiedskommission (Satzung II. 1. (7)) als auch eine Finanzrevisionskommission (Satzung III. (4)) miteingeführt werden, die in ihren Rechten und Pflichten den in den anderen Landesverbänden als auch in der „Bundespartei-Satzung“ direkt den Organen zugeordneten Kommissionen in nichts nachstehen.
[100] Beim Landesverband Sachsen der PDS kommen sogar noch der Landesjugendtag und der geschäftsführende Landesvorstand hinzu. Siehe Satzung des Landesverbandes Sachsen der PDS Nr. 5. Organe des Landesverbandes.

Finanzrevisionskommission genannt[101]. Sowohl im Bereich der Urabstimmungen[102], als auch in den Bereichen der notwendigen Mehrheiten[103] und Quotierungen[104] stimmen sowohl die Landesverbandsatzungen untereinander als auch mit der Bundespartei-Satzung überein. Wie in der Bundespartei-Satzung festgelegt, ist es bei den Landesverbänden[105], im Gegensatz zu allen anderen Parteien, möglich, dass bis zu 20% der Delegierten der jew. Parteitage nicht Mitglieder der PDS sein können, wenn sie in der PDS nahe stehenden Arbeitsgemeinschaften oder Plattformen zusammengeschlossen sind bzw. diese repräsentieren. Durch die Sicherung der zumindest gewährleisteten Teilnahme von VertreterInnen dieser Arbeitsgemeinschaften oder Plattformen an Vorstandssitzungen auf den jeweiligen Ebenen ist indirekt somit deren Einflussmöglichkeit gesichert. Damit stellt die PDS im Bereich der neuen Bundesländer die einzige Partei dar, die Nichtmitgliedern quotierte Delgegiertenplätze anbietet und somit Basisdemokratie im wahrsten Sinne des Wortes dahingehend praktiziert, dass Interessensverbände aktiven Einfluss auf Politikgestaltung gewinnen. Vielleicht klafft gerade deshalb bei der PDS eine immense Differenz zwischen der Altersstruktur ihrer Mitglieder, den Wählern der Partei und den Mandatsträgern[106].

4.3 Gruppierungen innerhalb der PDS

Oft erscheint im Spiegelbild der Presse die PDS als eine Partei, die aus wenigen Personen und zwei Richtungen besteht. Hervorgehoben wird zu jedem passenden oder nicht passenden Zeitpunkt die kommunistische Plattform[107] als Beweis für die kommunistische Unterwanderung der gesamten PDS. Als Leitfigur dient dafür

---

[101] Vgl. Satzung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der PDS §6.

[102] Satzung Berliner Landesverband IV (1) - (3) und Satzung Landesverband Sachsen-Anhalt §9 (3).

[103] Satzung Berliner Landesverband II.1.(3) und Satzung Landesverband Sachsen-Anhalt §8 (1).

[104] Satzung Berliner Landesverband VIII.2. und Satzung Landesverband Sachsen-Anhalt §7 (3) und § 9 (4).

[105] Satzung Berliner Landesverband I.1.(6) und II.1.(5)/(6) und Satzung Landesverband Sachsen-Anhalt §2 (2), §4 (1)/(2) und §5 (1)/(2).

[106] Zu den weiteren Differenzierungen wird in verschiedenen Teilkapiteln auf die Phänomene jeweils einzeln eingegangen.

[107] Die Angaben über die Mitgliederzahl der Kommunistischen Plattform schwanken zwischen 1.000 (Angabe des Bundesvorsitzenden Lothar Bisky) und 4.500 (Angabe der Kommunistischen Plattform). Der Verfassungsschutz gab die Anzahl der Kommunistischen Plattform-Anhänger mit 40.000 an, was bar jeglicher Realität ist. Die Grundsatzkommission der PDS kommt nach einer 1996/1997 bei den Landesgeschäftsführern durchgeführten Befragung zu dem Schluss, dass „zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch die Zahl 1000 stark überhöht“ (Grundsatzkommission der PDS 1997: 8) sei.

Sahra Wagenknecht, die zwar nicht mehr so häufig wie in den Jahren 1993 - 1995, aber noch immer auffällig oft in den Medien[108] präsent ist. Auf der anderen Seite erscheint der jetzige Fraktionsvorsitzende der PDS im Deutschen Bundestag als Symbolfigur für die „neue" PDS, die Partei, die ihre Vergangenheit zwar nicht abstreitet, aber sie verarbeitet und hinter sich gelassen hat. Immer wieder tritt Gregor Gysi auch innerparteilich als Integrator auf, um die Partei aufs Neue nach vorne zu treiben und ihr Richtungen und Ziele vorzugeben. So auch zum letzten Mal auf dem Parteitag in Berlin als er die schon fast in Agonie erstarrten Delegierten mit seiner Rede, die ungeschminkt, die Defizite des letzten Jahres[109] aufzeigte, wieder aufputschte und die eigentlich wichtigen Aufgaben[110] der Programmneugestaltung wieder auf den Weg brachte.

Trotz all dem ist diese vorher angedeutete Polarisierung aus mehreren Gründen formal unverständlich:

1. Weder Sahra Wagenknecht noch Gregor Gysi sind gewählte Mitglieder des Bundesvorstandes.
2. Die kommunistische Plattform, deren Mitgliederzahl auf ca. 1.500 geschätzt wird, hat seit Jahren keinen direkten Einfluss mehr auf die Parteiführung gehabt.
3. Auch innerhalb der kommunistischen Plattform sind andere Wortführer und Arbeitsgemeinschafts-Vorsitzende als Wagenknecht bestimmt.
4. Mit Lothar Bisky steht der PDS ein Vorsitzender seit Jahren vor, der sehr viel für die Funktions- und Überlebensfähigkeit der Partei getan hat und nicht zuletzt bei den Landtagswahlen in Brandenburg als Spitzenkandidat der PDS sehr erfolgreich war[111].

[108] Vgl. hierzu die Anmerkungen bei Moreau, Neugebauer/Stöss u.a. die gerade auch auf dieses Phänomen hinweisen, ohne im aber näher nachzugehen.

[109] „Laßt mich zum Schluss noch eines sagen: Die PDS hat seit 1990 wie jede Partei den Anspruch auf ein bestimmtes Maß an Peinlichkeiten und Fehlleistungen im Jahr. Ich finde, wir haben das 1998 klug gemacht. Wir haben den Wahlkampf dadurch nicht belastet, wir haben das auf das Ende des Jahres verlegt. Das war schon einmal sinnvoll. Und ich finde, auch 1999 haben wir das gut gemacht, wir haben das gleich am Anfang des Jahres alles abgearbeitet. Aber ich finde auch, das Maß ist erfüllt und übererfüllt" (Gysi, Rede auf der 1. Tagung des 6. Parteitages in: DISPUT/Pressedienst 1/99: 41).

[110] „...ab morgen sind wir wieder eine politische Partei, die im Interesse von Millionen Menschen in dieser Bundesrepublik Deutschland agiert" (Gysi, a.a.O.: 40).

[111] Siehe Graphik LTW-Ergebnisse.

5. Es kann innerhalb der PDS nicht von zwei Strömungen ausgegangen werden, sondern es muss der vorhandene Pluralismus in seiner Entstehung aufgezeigt werden.

Die angeführten Punkte beweisen vor allem, dass es scheinbar bei der PDS notwendiger als bei anderen Parteien ist, die verschiedenen Gruppierungen oder Strömungen näher darzustellen, was im nachfolgenden Teilkapitel in gebotener Kürze und chronologisch seit Gründung der Partei geschehen soll. Will man auf die verschiedenen Strömungen innerhalb der PDS eingehen, muss kurz die Entstehung der PDS beschrieben werden, ohne die Parteitagsdarstellung und -analyse vorwegzunehmen. Wie bereits erwähnt, setzten reformwillige Mitglieder innerhalb der SED den Rücktritt des gesamten Zentralkomitees und Politbüros durch. Gleichzeitig erfolgte der Ausschluss vieler führender Köpfe. Ein nicht gewählter, sondern gebildeter Arbeitsausschuss[112] übernahm die Führung und die Aufgabe zur Vorbereitung eines Sonderparteitages. So wurde gewährleistet, dass die alten Kader keinen Einfluss auf die Gestaltung von Programm und Vorschlägen hatten.

Dieser Parteitag war gekennzeichnet von der Diskussion „Auflösung der Partei Ja oder Nein?“, „Neugründung oder Spaltung in viele kleinere Parteien bzw. Strömungen?“[113] „Oder Erhaltung der SED“. Hans Modrow erreichte mit seiner Rede, dass die Delegierten nicht wie weiland befürchtet, die Auflösung, sondern die Erhaltung der SED befürworteten. Vorsitzender der Partei wurde Gregor Gysi, die Partei erhielt den Namen SED-PDS. Doch der Druck wurde stärker. Die Vertreter der Plattformen[114] und anderen Organisationen, die sich gebildet hatten, trafen sich im Januar im Vorfeld zur Sitzung des Parteivorstandes und forderten

[112] Diesem Ausschuss gehörten u.a. Gregor Gysi, Marcus Wolf, Dieter Klein, Brigitte Zimmermann, Lothar Bisky, Wolfgang Berghofer u. a. an (Vgl. Land/Possekel, „Orthodoxie und Modernität“, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, Jg. 42, 1995, H. 5 416).

[113] So wurde ernsthaft durchdiskutiert, inwieweit eine Aufteilung der verschiedenen Strömungen in selbständige Parteien sinnvoll sei. Zur Diskussion standen 5 neue Richtungen resp. Parteien, die jeweils der sozialdemokratischen, der kommunistischen und der trotzkistischen Plattform, sowie der Plattform des Demokratischen Sozialismus und der Plattform Dritter Weg zugeordnet werden sollten.

[114] Als erstes hatte sich die Kommunistische Plattform zu Wort gemeldet. Sie wollte, anknüpfend an die Gedanken Lenins und Bucharins all jene Mitglieder der SED-PDS halten, die sich noch weiter als Kommunisten begriffen und somit gegen die „Sozialdemokratisierung der Partei durch den Programmansatz des Dritten Weges“ waren. Die weiteren Plattformen, die bereits genannt wurden, waren zumeist auf Universitäts- und Akademikerkreise in Berlin und Leipzig konzentriert. Die Plattform WF (Werk für Fernsehelektronik), die sich aus Mitarbeitern der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität um Segert gebildet hatte und als Ziel eine moderne sozialistische Partei hatte, sah ihre Aufgabe vor dem Sonderparteitag als erfüllt an und trat nicht mehr mit eigenen Veranstaltungen auf.

ihn mehrheitlich auf, die SED-PDS aufzulösen. So war innerhalb kürzester Zeit ein Meinungsumschwung, aufgrund der sich rapide ändernden Verhältnisse sichtbar geworden, dass es im Januar 1990 schon nicht mehr um eine Veränderung innerhalb der SED-PDS in der DDR ging, sondern um die Entscheidung für eine sozialistische Partei in einem vereinten Deutschland. Bei der Entscheidung für die PDS und damit gegen die SED-PDS setzen sich die Befürworter der Gysi-Linie durch.

Alle Autoren[115], die sich bisher mit der Thematik PDS beschäftigt haben, kommen bei der Betrachtung der parteiinternen Strömungen zu dem Schluss, dass drei ideologische Positionen auszumachen sind. Nur Michael Brie spricht bei seiner Analyse von vier Positionen, wobei er gleichzeitig einschränkt, dass dies „eher idealtypisch" sei und so auch nicht strikt „mit realen Gruppen innerhalb der PDS identifiziert" werden könne (Brie 1995: 28):

1. Die modernen Sozialisten, die durch die intellektuellen SED-Reformer vertreten werden. Diese haben vor allem in den politischen Gremien wie Landesverbände, Bundesvorstand, Landtagsfraktionen und Bundestags-fraktion den größten Einfluss aller Gruppen. Die von diesen Reformern verfolgte Strategie zielt nicht auf antidemokratische bzw. kommunistische Zielsetzungen, sondern bezieht sich auf Reformdiskussionen in der Sozialdemokratie und bei den GRÜNEN, ohne bisher erkennbare konzeptionelle Spezifik.
2. Die Vertreter des sozialen und linksliberalen Pragmatismus, der darauf abzielt, die PDS im parlamentarischen Parteiensystem zu etablieren, um sie so zu einem Instrument immanenten Systemwandels zu machen.
3. Diese Position wird von der Kommunistischen Plattform wahrgenommen und von Brie als ideologisch restaurativ bezeichnet. Die Vertreter halten grundsätzlich an den Grundstrukturen des früheren Staatssozialismus fest.
4. Die Position wird vor allem von den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen propagiert und stellt von einem antiautoritären Standpunkt aus formulierte Positionen dar, die radikalalternativ, antimarktwirtschaftlich und antiparlamentarisch sind (vgl. Brie 1995: 28).

[115] Sowohl Neugebauer/Stöss, die aus Land/Possekel zitieren, wie auch zweitgenannte, die sich z. T. auf Briè berufen, als auch die Grundsatzkommission der PDS, die bei ihrer Analyse der Inneren Verfasstheit der PDS, sowohl durch Eigenbefragung der Landesverbände als auch durch Zitierung von Land/Possekel und Neugebauer/Stöss, sowie Bortfeld und Ostrowski analysieren den Sachverhalt gleichlautend. Auch die Befragungsergebnisse meines Fragebogens, sowie die Interviews während des Parteitages in Berlin haben die Kategorisierung bestätigt

Die bereits erwähnte Klassifizierung von Land/Possekel sieht drei Richtungen vor, die eine programmatische Neuorientierung vornehmen könnten:

1. Sie weist auf ein staatsinterventionistisches Konzept hin. Es sollen also soziale Gerechtigkeit, ökologischer Umbau und andere nicht näher bestimmte mehr oder weniger sozialistische Ziele durch staatliche Regulierung, Umverteilung und Ausbau sozialstaatlicher Institutionen und Instrumente erreicht werden.
2. Sie kann als Antikapitalismus definiert werden, das auf einem orthodoxen Sozialismusverständnis und hat die Beseitigung des Privateigentums als Ziel.
3. Der moderne Sozialismus, der nicht näher definiert wird (vgl. Land/Possekel 1995: 414ff.).

Neugebauer/Stöss kommen nach Analyse der bisher vorgestellten Positionen, zu folgender Einteilung:

1. Die modernen Reformer, die Brie als Reformsozialisten und Reformpragmatiker bezeichnet.
2. Die traditionellen Sozialisten, die den Sozialismus mit Staatseigentum und zentraler Staatsmacht, nicht aber mit dem Leninismus-Stalinismus verbinden.
3. Die basisdemokratischen Fundamentalisten, die die radikalalternativen, antimarktwirtschaftlichen und antiparlamentarischen Positionen vertreten (Neugebauer/Stöss 1996: 137f.).

Fasst man all diese Einteilungen, Positionen o.ä. zusammen und transferiert sie auf die tägliche Politik und Umsetzung der politischen Arbeit innerhalb der PDS, so kommt man zum Schluss, dass bis 1994 eine Vertreterin der Kommunistischen Plattform bei 18 Parteivorstand-Mitgliedern einer großen Mehrheit von „modernen Sozialisten“ gegenüberstand. Im Zeitraum von 1994 bis 1998 keines der 18 Mitglieder des Parteivorstandes der Kommunistischen Plattform angehörte und nur zwei den fundamentalistischen Kräften zugerechnet werden konnten. Seit dem Berliner Parteitag ist die Kommunistische Plattform wieder mit einer Stimme vertreten, ansonsten hat sich an der Verteilung nichts geändert. Genauso sieht die Verteilung der Stellen innerhalb der Landesvorstände und/oder der Landtags- bzw. Bundestagsfraktion(en) aus. Auch wenn ein Vorhandensein von drei verschiedenen Positionen, Strömungen, o.ä. attestiert werden kann, so muss festgestellt werden, dass es seit Jahren zu keiner großen Veränderung in den Entscheidungsgremien der PDS gekommen ist, so dass die Reformer, also die

modernen Sozialisten um Bisky und Gysi noch immer auf eine breite Basis vertrauen können. So ist es, bis auf wenige Ausnahmen auch immer gelungen, die wichtigen Entscheidungen vorzubereiten und umzusetzen. Inwieweit dabei die parteiinternen Gesetzmäßigkeiten von Basisdemokratie etc. gegolten haben, wurde an anderer Stelle bereits ausführlich beleuchtet.

Welzel attestiert der PDS jedoch, dass sie „ein solches Maß an innerparteilicher Demokratie praktiziert, wie es für politische Parteien im Konkurrenzsystem üblich ist“ (Welzel 1992: 101). Neugebauer/Stöss stimmen dieser Analyse für das 2. Statut der PDS zu und sehen darin keinerlei formale Kriterien für eine Erinnerung bzw. Vergleichbarkeit an/mit der SED (vgl. Neugebauer/Stöss 1996: 137). „Die Rechte der Basiseinheiten sind erheblich weiter gefasst als es nach dem Parteiengesetz erforderlich wäre: Sympathisanten können in der PDS aktiv mitarbeiten und abweichende Meinungen dürfen sich im Rahmen des Programms und Statuts der PDS als Plattformen oder Fraktionen organisieren“ (Neugebauer/Stöss 1996: 137). Dies ist bereits eine deutliche Abkehr vom zentralen Prinzip einer kommunistischen Partei.

Die Herrschaft einer Oligarchie, wie sie von vielen versucht wird herbeigeredet zu werden, ist innerhalb der PDS aufgrund ihrer Verfassung nahezu unmöglich. Die geschaffene Struktur ermöglicht auf allen Ebenen offene Entscheidungsprozesse. Daran können nicht nur Parteimitglieder, sondern auch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften oder der Plattformen aktiv mitarbeiten. „Die basisdemokratischen Strukturen des PDS-Statut stehen deshalb - theoretisch - oligarchischen Strukturen prinzipiell entgegen“ (Neugebauer/Stöss 1996: 137).
Die drei wichtigsten Strömungen sollen im Folgenden kurz dargestellt werden.

4.3.1 Zur Faktionalismusforschung

Im Bereich der innerparteilichen Gruppierungen haben vor allem Müller-Rommel im Bereich der SPD bzw. z.T. Schmid bei der CDU, Mintzel bei der CSU und mit Einschränkung Neugebauer/Stöss bei der PDS Ergebnisse vorgelegt. Hierbei ist vor allem die Arbeit von Müller-Rommel auf diese Thematik präzisiert. Bei Neugebauer findet keine theoretische Auseinandersetzung statt, sondern mehr eine rein praktische Auflistung, was unter der gewählten Fragestellung legitim ist. Noch immer ist die bereits 1982 beklagte seltene politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Fragestellung der Bedeutung von innerparteilichen Gruppierungen nicht in Breite oder Tiefe in Angriff genommen worden. Die Bedeutung dieser Strömungen wurde zwar bereits im alten bundesdeutschen

System immer wieder herausgestellt, doch zumeist mehr unter journalistischer, maximal publizistischer Sichtweise.

Die von Müller-Rommel vorgelegte Dissertation (1981) über diese Thematik, bezogen auf die SPD, blieb lange Zeit mit dieser Fokussierung alleine. Ob dies nicht für andere Parteien genauso wichtig gewesen wäre, soll hier nicht diskutiert werden; unerlässlich erscheint eine solche Untersuchung aber bezüglich der PDS. Nicht nur, um der Frage der Einflussnahme oder besser der verschieden starken Einflussnahmen nachzugehen. Im Falle einiger Faktionen, bei der PDS als Arbeitsgemeinschaft bezeichnet, wobei diese sowohl in und bei der PDS agieren können, ist diese Frage immer wieder auch von politischen Gegnern verwendet, manchmal aufgegriffen worden. Zumeist wurde die Existenz der Kommunistischen Plattform als Beweis dafür verwendet, dass die PDS kommunistisch sei. Faktionalismus, also die Forschung über parteiintern organisierte Gruppierungen hat ihren Forschungsschwerpunkt im anglo-amerikanischen, nicht im deutschsprachigen Bereich der Politikwissenschaft. Der Beginn der Faktionalismusforschung kann auf die späten fünfziger, die Veröffentlichung erster Ergebnisse auf Anfang der sechziger Jahre terminiert werden (vgl. Zariski 1960: 27 - 51). Aufbauend auf Zariskis aufgestellten Hypothesen, sind seit 1960 einige Konzepte entwickelt worden, die grundsätzlich immer darauf abzielten, einen allgemeingültigen theoretischen Rahmen zu entwickeln.

Trotz all dieser Ansätze ist es bisher aber noch nicht gelungen, die angestrebten übergreifenden, generalisierenden Aussagen zu erreichen. So zeigt Müller-Rommel auf, dass es vor allem Belloni und Beller sind, die im Rahmen ihrer Forschungsergebnisse bewiesen haben, dass Kritik an bis dahin versuchten theoretischen und empirischen Ansätzen deshalb berechtigt war, da sie sich auf verschiedensten Analyseebenen bewegten[116].

Trotz all dieser Eingrenzungen bzw. Einschränkungen sei sowohl auf den Begriff als auch auf die Faktionalismusforschung im Weiteren eingegangen. Versucht man die Ursprünge des Be-griffes zu erforschen, muss man bis ins 18. Jhdt. zurückgehen, wo nach Lasswell in der englisch-sprachigen Literatur die Begriffe party und factions austauschbar waren (vgl. Lasswell 1931: 49-51). Hume und Burke postulierten in ihrer Funktion als Staatstheoretiker im 19. Jhdt. die Parteien als Endprodukt ehemaliger Faktionen. Dies begründeten sie mit der Erstarkung

[116] zur weiteren dezidierten Kritik vgl. Müller-Rommel 1982: 9 und Satori 1976: 288 - 307.

des Bürgertums und der Ausweitung des Wahlrechts, das zu ersterem beigetragen hatte.

Es besteht heutzutage weitgehender Konsens, sowohl bei Historikern als auch bei Politikwissenschaftlern, darüber, dass die Begriffe Partei und Faktion, also party und faction nicht mehr austauschbar, oder gar identisch sind. Vor allem Historiker favorisieren die bereits 1963 von Chambers entwickelte allgemeine Wachstumstheorie der politischen Parteien (vgl. Chambers 1963: 91 - 120). Über einen evolutionären Prozess entwickeln sich aus Faktionen (nach Chambers political embryo) die jeweiligen Parteien als Endprodukt, in dem sich die einzelnen Interessen und/oder Einstellungen zu diesem Gesamtprodukt entwickeln.

Samuel Huntington als einer der bekanntesten neueren Forscher bedient sich auch der vorherigen Existenz von Faktion zur Begründung von Parteien. Einschränkend muss aber hinzugefügt werden, dass all diese Untersuchungen in unterentwickelten Ländern durchgeführt wurden. Mit Hilfe der modernisierungstheoretischen Studien greifen sie[117] zur Legitimation ihrer Thesen den historisch evolutionären Erklärungsansatz auf[118]. Huntington postuliert sein Ergebnis: „...von Faktionalismus zu Polarisierung und Expansion bis hin zur Institutionalisierung“ (Huntigton 1968: 412).

Die größten Probleme bereiteten lange Zeit in der politikwissenschaftlichen Betrachtung der uneinheitliche Wortgebrauch bzw. die verwendeten Oberbegriffe. Der Versuch den Begriff von faction in fraction als Oberbegriff umzudefinieren und damit insgesamt die Diskussion zu vereinfachen, trifft vor allem im deutschsprachigen Raum nicht das eigentliche Problemfeld. Diese Definition lässt sich auch auf westeuropäische Industriestaaten und somit auf die Bundesrepublik übertragen. In Bezug auf diese Arbeit ist die Feststellung viel wichtiger und entscheidender, dass in der Politikwissenschaft Übereinstimmung im definitorischen Bereich besteht, dass Faktionen als Untereinheiten von bestehenden Parteien anzusehen sind, als viel weniger dass Faktionen Vorstufen von Parteibildungen sind. Gleichzeitig wird abgelehnt, dass sich Faktionen notwendigerweise zu neuen Parteien entwickeln.

[117] Die vorher genannten Autoren (Anm. Des Verfassers).
[118] zur ausführlichen Beschreibung siehe Ranney, Kendall 1956: 83 ff., sowie Huntington 1968: 412.

Gerade der erstgenannte Aspekt, dass diese sub-units, also Faktionen, Untereinheiten von bestehenden Parteien sind, ist auf die PDS bezogen ein, wenn auch nicht der wichtigste Untersuchungsaspekt in diesem Bereich. Auf die Kommunistische Plattform bezogen könnte dies indirekt heißen: Die PDS als Nachfolgepartei der SED basiert auf der Kommunistischen Plattform, die die Vorgängerpartei repräsentiert, wenngleich die Kommunistische Plattform jetzt nur noch als Faktion auftritt; oder hat die PDS als bestehende Partei eine sub unit mit der Kommunistischen Plattform, die wie alle anderen sub units behandelt wird; oder spielt die Kommunistische Plattform als Faktion innerhalb und außerhalb der PDS im Gegensatz zu den anderen Faktionen eine hervorgehobene Rolle.
Geht man nochmals zurück in die Theorie, so ist zu konstatieren, dass es zumeist sehr unterschiedliche und allgemein formulierte Definitionen gibt, die hier ausschnittsweise anhand von Lasswell, Zariski und Nicholson nochmals dargestellt werden. In seinem Buch „Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien", ist es J. Raschke gelungen, eine Definition für die Faktionalismusforschung in Westeuropa zu kreieren, die von anderen Forschern, als die erklärungsfähigste und analytisch-differenzierteste bezeichnet wird. Raschke definiert Faktionen als „eine über eine gewisse Zeit bestehende Gruppierung innerhalb einer Partei, die durch Gruppenbewußtsein, ein Minimum an Organisation und von der Mehrheit wenigstens teilweise abweichende sachlich-politische Ziele zusammengehalten ist und die versucht, die Mehrheit abzulösen bzw. ihre Politik zumindest teilweise zu verändern" (Raschke 1977: 21). Diese Definition wird unterstützend zu den vorher dargestellten Aussagen verwendet, um die Fragestellung innerhalb der PDS bearbeiten zu können. Dabei werden nicht nur die Faktionen und ihre Auswirkungen in der Partei darzustellen und zu analysieren sein, sondern auch darauf eingegangen werden müssen, ob sich das Parteiensystem zu anderen unterscheidet und damit andere sub-units fördert. Sind spezifische „ostdeutsche sub-units" nur in der PDS entstehens- und überlebensfähig?

Zuallererst soll auch die Frage beantwortet werden, ob die Eingruppierung der Bundesrepublik in Typ II[119] des westdeutschen Parteiensystems aus den Jahren 1982 aufrechterhalten werden kann. Hier ging man davon aus, dass in der Bundesrepublik ein ideologisch gemäßigtes Vielparteiensystem herrscht, in dem mehr als zwei relevante Parteien um die Wähler in der politischen Mitte werben.

[119] zur Definition und ausführlichen Beschreibung der drei verschiedenen Typen westeuropäischer Parteiensysteme siehe Raschke 1978: 22ff.

Spätestens mit der Vereinigung und dem Einzug der PDS in den Bundestag muss andiskutiert werden, auch wenn der derzeitige Bundeskanzler Schröder im Wahlkampf immer wieder die neue Mitte anstrebte, ob es nicht eine teilweise Verschiebung in Typ III, zumindest eine Vermischung gegeben hat, in dem man ein ideologisch polarisiertes Vielparteiensystem feststellt, wobei zumeist ein sozialistischer und ein nicht-sozialistischer Block um die Mehrheit kämpf? Inwieweit die Kommunistische Plattform innerhalb der PDS dazu beiträgt, erscheint nachrangig.

Die PDS eignet sich als Untersuchungsgegenstand zu den vorher beschriebenen Fragen sehr gut, da gerade in Parteien mit ideologisch extremen Positionen die Faktionalismusentstehung gefördert wird[120]. Problematisch dürfte sich die Untersuchung im Hinblick auf den Einfluss in verschiedenen Regionen durch andere Parteien darstellen, da hierzu die flächendeckende Existenz als noch nicht ausgereift eingestuft werden muss. Ob die PDS in Bezug auf die bisher vorhandene Typendreiteilung bei Organisationsformen eindeutig zu definieren ist, oder ob über die, - klientelistische, -informelle und/oder -formal-institutionelle Gruppierung/Gruppeneinteilung hinaus Unterscheidungen oder Verkürzungen getroffen werden müssen, wird der Verlauf der Untersuchung zeigen. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die faktionale Funktionsanalyse nicht weiter betrachtet und verfolgt wird, da sie sich im Gegensatz zu den anderen dargestellten Teilbereichen weitgehend im spekulativen Raum befindet und die theoretische Verortung als nicht eindeutig genug bezeichnet werden muss, um wissenschaftliche Untersuchungen darauf basieren zu lassen.

4.3.2 Die kommunistische Plattform

Wesentliches Anliegen der Kommunistischen Plattform[121] ist die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischer Idee innerhalb der PDS resp. nach dem Zusammenschluss innerhalb „Die Linke“. Die Mitglieder der KPF legen Wert darauf, dass sie als Kommunisten bezeichnet werden, genauso wie sie es auch selbst handhaben. Ihrer Meinung nach ist der Sozialismus weiterhin das Ziel gesellschaftlicher Veränderungen. Die wichtigsten Punkte politischen Handelns sieht die KPF in der Verbesserung der Interessen von „Nichtbesitzenden oder Menschen mit nur wenig Besitz“ (Bericht des Sprecherrates der 13. Bundeskonferenz: 2). Weitere zentralen Themen für die KPF sind der Antifaschismus und Antirassisumus. Gleichzeitig wehren sich die Mitglieder der

[120] z.B. Wahlbündnisse, Regierungsbündnisse, ideologisch klar positionierte Gruppierungen.
[121] Im weiteren Text mit KPF abgekürzt.

KPF deutlich gegen jede Form von Antikommunismus. Die KPF wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft, so dass die KPF resp. ihre Mitglieder in allen Bundesländern, mit Ausnahme von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern[122] beobachtet werden. Aufgrund einiger Aktivitäten der KPF sind einige Landesbehörden des Verfassungsschutzes der Meinung, Die Linke als Gesamtpartei überwachen zu lassen.

Die KPF war eine Arbeits- und Interessengemeinschaft, die auf der Grundlage des Parteiprogramms der PDS, jetzt weiterführend der Die Linke aktiv an der Basis und in den Parteistrukturen wirkt. Die KPF ist deutlicher als andere Arbeits- und Interessengemeinschaften in ihrer Handlung nach innen gerichtet, d.h. sie wirkt vor allem innerhalb der Partei. Während der Zugehörigkeit zur PDS standen der KPF 3,5% der Gesamtdelegiertenplätze zu. Innerhalb Die Linke ist ihr Anteil gem. Statutenänderungen geringer geworden. Das dürfte bedeuten, dass die KPF weiter an Bedeutung verlieren wird, wobei ihr von außerhalb schon immer mehr Bedeutung und Einfluss zugemessen wurde als sie innerhalb der PDS hatte. Vielleicht wird sie versuchen diesen „Verlust an Einfluss“ durch Intensivierung der bisher bereits gepflegten Zusammenarbeit mit der DKP und der KPD wieder wett zu machen.

Die „Sichtbarkeit der KPF“ in der öffentlichen Wahrnehmung ist vielmehr von Einzelpersonen geprägt, die in Gremien der Partei oder als Mandatsträger große Aussenwirkung haben. Es sind aber eben mehr die Personen als die KPF. Das schillernste Beispiel ist Sahra Wagenknecht[123], die derzeit die PDS im europäischen Parlament vertritt und Mitglied des Parteivorstandes der PDS bis zur Parteineugründung war. Alleine ihr hat die KPF die deutschlandweite Bekanntheit zu verdanken, da sie zur „jungen Vorzeigepolitikerin“ hochstilisiert worden ist. Bekannt geworden ist unter anderem ihr Interview mit dem Märkischen Boten im Sommer 2004, als sie nicht nur gegen die Gesundheitsreform von Ulla Schmidt wetterte[124] und „ein Stopzeichen für die

[122] Also genau in den beiden Bundesländern, in denen die PDS mit in der Regierungsverantwortung steht, wird die KPF durch die Landesbehörden für Verfassungsschutz seit 2000 in Mecklenburg-Vorpommern und seit 2004 in Berlin nicht mehr überwacht.

[123] Eigentlich heißt Frau Wagenknecht nach ihrer Ehe Müller. Da sie aber unter Wagenknecht ein hohen „Wiedererkennungswert“ hat sie ihren Mädchennamen wieder angenommen, vor allem als Oskar Lafontaine, damals noch in der SPD einmal abfällig von „dieser Frau Müller von der PDS“ sprach.

[124] „Wenn 500000 Leute vor dem Reichstag protestiert hätten, wäre die Reform so nicht beschlossen worden“.

neoliberale Politik der Regierung Schröder“[125] forderte, sondern auch deutlich nochmals ihre „Eigenbefindlichkeit OST“ definierte: „Am Tage der Maueröffnung saß ich deprimiert zu Hause. Mir war klar, dass es die DDR nicht mehr geben würde. Ich habe es mir immer anders gewünscht“ (Der Märkische Bote August 2004: Es ist wieder Zeit für ein großes Aufbegehr).

Den Kapitalismus hält die KPF für kaum reformierbar. Zugeständnisse könne man dem Kapitalismus abzwingen, aber im Endergebnis führe der Kapitalismus in den Abgrund, so ein Dauerstatement der KPF. Doch auch mit der eigenen Partei geht die KPF kritisch ins Gericht. Vor allem die Regierungsbeteiligungen auf Länderebene werden sehr kritisch gesehen, da die PDS dort „auf die SPD hereingefallen sei“, die die PDS nur an der Regierung beteiligt habe, um eine große starke Opposition zu verhindern.

Wichtigstes Mitteilungsorgan der KPF sind die „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“, eine eigene Mitgliederzeitschrift, die monatlich erscheint und kostenlos für Mitglieder ist. Ansonsten kann sie gegen eine Spende entweder gedruckt oder digital bezogen werden. In diesen Mitteilungen werden kontinuierlich Kommentare von „linken Größen“, die nicht der KPF angehören wie z.B. Krenz oder Goldstein veröffentlicht. Insgesamt war die KPF innerhalb der PDS eine sehr kleine, nicht einflussreiche Gruppe, die über Einzelpersonen weit über ihren Stellenwert hinaus in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Für die anderen Parteien natürlich ein politisches Geschenk, um immer wieder auf die kommunistische Basis der PDS hinzuweisen zu können.

4.3.3 Die sozialistische Frauenbewegung

Die Feministische Frauenarbeitsgemeinschaft LISA[126] entstand in den Novembertagen 1989 und wurde in der Wendezeit am 26. Mai 1990 gegründet. Sie war bis zur Auflösung des Unabhängigen Frauenverbandes Mitglied in diesem Verbund. LISA sieht sich selber in der internationalen linken Frauenbewegung verankert und ist Mitlied des Frauennetzwerks El-fem der Europäischen Linken.

In LISA engagieren sich nach eigenem Selbstverständnis Frauen, die ihre selbstbestimmten Lebensentwürfe in einer zu schaffenden emanzipatorischen Gesellschaft umsetzen und weiterentwickeln wollen.

[125] „Der Hammer liegt doch darin, dass in Deutschland 300 Milliarden Euro in Privatvermögen angehäuft liegen, aber nur 20 Milliarden Euro pro Jahr für Sozialausgaben verwendet werden“.
[126] LISA = **Li**nke **S**ozialistische **A**rbeitsgemeinschaft der Frauen.

Ihre Hauptforderungen sind:

- „einen Beitrag zur Entwicklung sozialistischer Alternativen in und zur hetero patriarchalen Gesellschaft zu leisten
- eigene Strategien zur Beseitigung Frauen diskriminierender gesellschaftlicher Situationen und Mechanismen zu entwickeln
- die Beseitigung aller frauen-feindlichen Gesetzte und Regelungen, z.B. die Streichung der §§ 218/219, gerechtes Rentenrecht, eigenständiges Asyl- und Aufenthaltsrecht von Frauen
- das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihre Lebensweise, ihren Körper und ihre Sexualität
- die gesetzlich gesicherte gleich-berechtigte Teilhabe in allen Bereichen
- ein Recht auf sinnerfüllte und Existenz sichernde Arbeit
- Einmischung in alle Politikbereiche der Partei Die Linke, mit alternativer und damit emanzipatorischer Politik als Querschnittsaufgabe der Linkspartei“ (vgl.
  Bundesstatut LISA: 2).

Einen großen Erfolg erzielte die Arbeitsgemeinschaft LISA bei der Neugründung der Die Linke, da sie sich mit ihrem Vorschlag für eine mindestens 50% Frauenquote aller Mandate, sowie einer quotierten Rednerliste und einer quotierten Wahl durchsetzen konnte. Die 50%-Quote für alle Ämter innerhalb der Partei ist zurzeit noch theoretische Forderung, wird aber vehement betrieben. Gleichzeitig hat LISA die Einrichtung einer Bundesfrauenkonferenz der Linkspartei und eines Frauenplenums auf Parteitagen durchgesetzt. Ein größerer Erfolg als die Bemühungen von LISA zu PDS Zeiten, wo nur Teilbereiche gesichert werden konnten. Bedeutend für die „Frauenpolitik“ dürfte die Einrichtung einer Frauenreferentin innerhalb der Die Linke sein, eine Einrichtung, die es bei keiner anderen Partei in dieser Konstellation gibt. Im Gegensatz zur KPF hat LISA durch die Neugründung der Linkspartei erheblich an Einfluss direkter und indirekter Art gewonnen.

4.3.4 Die antikapitalistische Linke

Die antikapitalistische Linke ist wie die Sozialistische Linke, die Reformlinken und die Emanzipatorische Linke kein Flügel der Partei, sondern eine Strömung, d.h. sie hatte keinen Gruppenstatus innerhalb der PDS. Die wichtigsten Vertreter nach außen hin waren und sind Cornelia Hirsch und natürlich selbstredend Sarah

Wagenknecht. Die antikapitalistische Linke knüpfte programmatische Mindestbedingungen an die Zusammenarbeit mit der WASG innerhalb der neuen Linkspartei, wobei ihre Hauptforderung weiterhin ist, dass die neue Linkspartei eine strikte antikapitalistische Partei bleiben resp. werden müsse.

Aufgrund der Tatsache, dass die Antikapitalistische Linke eine Strömung darstellt und keine Gruppierung, so fühlen sich z.B. große Teile der KPF ihr zugehörig, fällt es der Antikapitalistischen Linken schwer, eigene Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Ein Beispiel der teilweise chaotischen Verhältnisse spiegelt das bundesweite Treffen im März 2007 in Erfurt wieder. Hierzu hatten eine Reihe linker Funktions- und Mandatsträger der PDS und der WASG aufgerufen, um eine gemeinsame Richtung für die neue Partei zu erarbeiten. 160 Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet waren gekommen, um einen Tag über die zukünftige Linkspartei und die die Inhalte zu diskutieren. Liest man die zusammenfassende Bewertung von Edith Bartelmus-Scholich in der trend-onlinezeitung 03/07 so zeigt sich das gesamte Dilemma der antikapitalistischen Linken bzw. ihrer Anhänger. Teile dieses Berichtes werden unkommentiert zitiert, um so objektiv die Situation innerhalb dieser Strömung darzustellen. „Von sechs Stunden Konferenzzeit blieben nach Abzug der Pausen 4,5 Stunden übrig...darin hatten die OrganisatorInnen insgesamt 15 Impulsreferate untergebracht. Die ReferentInnen überzogen bis auf drei Redner maßlos. Tobias Pflügler und Sarah Wagenknecht redeten statt 7 Minuten jeweils knapp 30 Minuten. Die Teilnehmenden kamen mit insgesamt 15 Redebeiträgen à 3 Minuten zu Wort....Die Diskussion war nicht wirklich kontrovers. Alle ReferentInnen vertraten die vorher kommunizierte Meinung der OrganisatorInnen. So diente die Veranstaltung zwei Zielen: der Darstellung der der Positionen der AusrichterInnen und der Selbstverständigung der Anwesenden...Bei Beginn der Tagung hatten die Organisatoren den Entwurf einer Abschlußerklärung verteilt. Bearbeitet oder diskutiert wurde er nicht. In den letzten fünf Minuten forderte Nele Hirsch, MdB die Anwesenden auf, dieser Erklärung per Handzeichen zuzustimmen, was dann prompt die überwältigende Mehrheit tat... In letzter Minute bat sie die Anwesenden doch eben die sechs Leute, die seit dem „Aufruf für eine Antikapitalistische Linke“ für die UnterzeichnerInnen gesprochen und die Tagung organisiert hatten, per Akklamation zu bestätigen. Auch das machte die große Mehrheit ohne Murren. Dabei stellten sich diese nicht einmal vor... So sehen also die demokratischen Standards und die Möglichkeiten der Partizipation bei der „Antikapitalistischen Linken“ aus...Zudem hat sie durch eine nicht emanzipatorische und undemokratische Praxis ihr Ansehen geschädigt. Da es sich bei den Organisatoren

der Konferenz um hocherfahrene Funktions- und MandatsträgerInnen handelt, kann davon ausgegangen werden, dass die Mängel nicht Zufall, sondern Methode sind“ (Bartelmus-Scholich 2007: 1-2). Die Antikapitalistische Linke wird in der neuen Linkspartei außer über einige wenige Mandatsträger keine Rolle mehr spielen, da sie es in den letzten 18 Jahren nicht geschafft hat über den Status einer Strömung hinauszukommen und sich keine organisatorischen Grundmauern gegeben hat.

4.4 Die Führungspersonen

4.4.1 Gregor Gysi

Gregor Gysi wurde am 16. Januar 1948 in Berlin geboren. Nach absolviertem Jurastudium war er über Jahre hinweg einer der wenigen freien Rechtsanwälte in der DDR. In dieser Funktion verteidigte er auch Systemkritiker und Ausreisewillige, darunter so bekannte DDR-Bürger wie Robert Havemann, Rudolf Bahro, Bärbel Bohley und Ulrich Poppe. Gysi trat 1967 in die SED ein. 1989 wurde er zum ersten Mal einem „breiteren Publikum“ gewahr als er auf der Massenkundgebung am 4. November 1989 vor 500.000 Menschen auf dem Alexanderplatz sprach und ein neues Wahlrecht, sowie ein Verfassungsgericht forderte. Basierend auf seiner Rhetorik und Eloquenz wurde er schnell zum Medienstar in diesem Winter. Er wurde am 9. Dezember 1989 zum Vorsitzenden der SED gewählt. Am 16. Dezember forderte er auf einem Sonderparteitag der SED-PDS die Zusammenarbeit beider deutscher Staaten bei Beibehaltung der vollen Souveränität beider Staaten. Ab März 1990 war er Abgeordneter, zuerst in der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, dann ab 03. Oktober 1990 als MdB im deutschen Bundestag aus dem er 2002 ausschied und 2005 als Spitzenkandidat der Linkspartei ein Direktmandat für den Wahlkreis Treptow-Köpenick gewann, wieder zurückkehrte. Seither ist er zusammen mit Oskar Lafontaine Fraktionsvorsitzender der Linkspartei, jetzt „Die Linke“ im deutschen Bundestag. Die Entwicklung der PDS bis hin zum „Vereinigungsparteitag“ mit der WASG wurde entscheidend von ihm beeinflusst.

Der Bundesgeschäftsführer der PDS Dietmar Bartsch räumte in einem Interview 1999 ein, dass „im Westen PDS oft mit Gysi gleichgesetzt wird und ansonsten niemand bekannt ist“. Gleichzeitig wird diese These auch durch die monatlichen Politikerratings im SPIEGEL unterstützt, in dem die 20 Politiker aufgelistet werden, die in der Befragung als diejenigen eingestuft werden, denen man mehr politische Verantwortung zumessen möchte. Hier ist Gregor Gysi bisher der

einzige Politiker der PDS, der dort jemals genannt wurde und auch regelmäßig aufgeführt wird. Gleichzeitig ist in diesem Zusammenhang noch interessant, dass die Angabe „dieser Politiker ist mir nicht bekannt“, bei Gysi im Laufe der Zeit eine deutliche prozentuale Verringerung erfahren hat, die niedriger als bei manchen westdeutschen Politiker und Minister ist.

Die Rolle der Person Gysi innerhalb der PDS ist nach Ansicht „der Partei“ einem Wandel im Laufe der Zeit und in Bezug auf die Entwicklung der PDS seit ihrer Gründung unterlegen. So ist die Einschätzung des Bundesgeschäftsführer der PDS auf die Anfänge der PDS und der Rolle Gysis für diese Partei einfach auf den Nenner zu bringen: „Ohne Gysi keine PDS“. Diese Schlussfolgerung ist nachvollziehbar, wenn man sich die ersten Parteitage der SED-PDS vor Augen führt, wo sowohl der Übergang von der SED zur SED-PDS und zur endgültigen Namensgebung PDS, verbunden mit Parteiausschlüssen, massenweisen Austritten und dem Versuch ein neues Programm, das aber einen Bezug zur Vergangenheit zulässt, zu konzipieren, die Partei jedes Mal an den Rand des Exitus führte. Hier war es vor allem Gysi, der durch seine Mitarbeit im Arbeitsausschuss die Führung der Partei bis zum Parteitag am 8. Dezember 1989 die Partei vor der von vielen geforderten Auflösung rettete und die Vorbereitungen für die entscheidende Fortsetzung des Parteitages am 16./17. Dezember 1989 ermöglichte, auf dem es dann zur Umbenennung der Partei in SED-PDS kam. Gysi galt den Delegierten als Garant für einen Neuanfang, da er im Sinne der Altkader nicht mit SED-Machenschaften gleichgesetzt wurde. So trug er in dieser Phase als Vorsitzender entscheidend dazu bei, nicht nur die Auflösung zu verhindern, sondern die Weiterentwicklung der Partei anzukurbeln. Es gelang ihm, den DDR-Bürgern damals, den gelungenen Spagat der PDS zu vermitteln. Dies tat er, indem er einerseits die positiven Aspekte des Sozialismus hervorhob, andererseits die negativen Seiten nicht verschwieg, diese aber indirekt nicht als Fehler der Parteimitglieder oder des theoretischen Ansatzes geißelte, sondern das Scheitern des Sozialismus an der falschen praktischen Umsetzung festmachte. Sowohl bei den Volkskammerwahlen als auch bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen schaffte es die PDS in beeindruckender Art, sich als Interessenvertreterin der Bürger der DDR darzustellen und ihren Wahlkampfslogans „PDS - die neue - produktiv, progressiv, pro DDR“ und „Kein Anschluss unter dieser Nummer“[127] gerecht zu werden. Auch die zweite Einlassung Bartschs, dass es auch auf die rhetorische Begabung Gysis

[127] Mit diesem Slogan wurde gegen die geplante Vereinigung nach Art 23 des Grundgesetzes demonstriert.

zurückzuführen sei, dass der Übergang von der SED zur PDS und die damit verbundene Akzeptanz innerhalb der DDR-Bürger resp. der Bürger der Neuen Bundesländer so erreicht werden konnte, trifft sicherlich die Gesamteinschätzung sehr deutlich. So kann bei der Bewertung der Rolle und Funktion Gysis in dieser Zeit eine deutliche Übereinstimmung mit der reflektierten Außenwahrnehmung konstatiert werden: Ohne Gysi keine PDS.

Die weitere Rolle und Funktion Gysis wird innerhalb der Partei so eingeschätzt, dass in der Wahrnehmung der Partei im Westen nahezu noch immer die Formel gilt PDS=Gysi, vielleicht müsste man es sogar umdrehen und postulieren Gysi=PDS. Innerparteilich wird seine Rolle zwar nach wie vor als wichtig eingeschätzt, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass „er emotionale Schranken brechen könne“. Seine Funktion wird aber nicht als überlebensnotwendig für die Partei angesehen, da man glaubt, bereits mehrere, nun auch politikerfahrene Frauen und Männer in der Fraktion und im Parteivorstand zu haben.

Das Verständnis von Gysi bezogen auf die Partei wird von den Parteimitgliedern folgendermaßen eingeschätzt: Gysi ist ein überzeugter Parteisoldat, innerhalb der Partei sehr anerkannt und hat es der Partei ermöglicht erstens die „Wende“ zu überstehen und zweitens die Wandlung konsequent fortzusetzen. Inwieweit stimmen diese Einschätzungen noch mit der Außenwahrnehmung überein? Es ist richtig, dass die PDS mit Lothar Bisky einen Parteivorsitzenden hat, der seine Aufgabe im Sinne der gesteckten Ziele durchaus erfolgreich bestreitet. Doch die Frage muss erlaubt sein, wer kannte lange Zeit außer in den Neuen Bundesländern Lothar Bisky?

Der Bundesgeschäftsführer der PDS Dietmar Bartsch hat sich in den letzten Jahren auch auf der Bonner Bühne in zahlreichen Runden nach Wahlen in Szene gesetzt, doch war dies nur temporär. Ohne eine empirische Untersuchung durchgeführt zu haben, komme ich nur bei Sichtung der zur Verfügung stehenden Analysen der Umfrageinstitute auch hier zu der Frage: Wer kennt Dietmar Bartsch in den Alten Bundesländern?

Mit dem Namen Sarah Wagenknecht verbinden bundesweit einige die Assoziation mit „Kommunistischer Plattform“, „Rosa Luxemburg“ etc., nur sie ist innerhalb der PDS in keinem wichtigen Gremium vertreten. Außerdem wäre ein höherer Bekanntheitsgrad höchstens kontraproduktiv für die Interessen der PDS im Westen. So ist sehr wohl zu konstatieren, dass einige PDS-

Funktionsträger in den Neuen Bundesländern einen hohen Bekanntheitsgrad erlangt haben, der die Singularität von Gysi weder erfordert noch sinnvoll erscheinen lässt[128]. Im Westen hingegen ist Gysi bis zur Parteineugründung nach wie vor der einzige Vertreter der PDS gewesen, der im Wahlkampf Assoziationen mit PDS erzeugte und der vor allem aufgrund seiner Medienpräsenz PDS auch im Meinungsbild widerspiegelte. Gysi ist und bleibt, auch wenn es die Partei bis zu einem gewissen Grad gern anders beurteilen möchte, bei den weiterverfolgten Zielen: die bundesdeutsche Präsenz, die Erhöhung des Stammwählerpotentials im Westen und die Weiterfortschreibung der Akzeptanz der Partei im Westen zu erreichen, der Stimmenfischer der PDS in dem Sinne, dass nur über die Identifikation seiner Person Wahlerfolge im Westen mittelfristig möglich sein werden.

4.4.2 Lothar Bisky

Wie bereits kurz angedeutet war Lothar Bisky von 1993 bis 2000 und von 2003 bis zum 15. Juni 2007 Bundesvorsitzender der PDS. Bisky hat eine völlig anders geartete Vita als Gregor Gysi. Bisky wurde am 17. August 1941 in Zollbrück Pommern geboren und in Brekendorf, Schleswig-Holstein aufgewachsen. 1959 siedelte er alleine als 18-jähriger mit der Begründung in die DDR um, dass die finanziellen Verhältnisse seiner Eltern ein Abitur in Westdeutschland nicht ermögliche. So absolvierte er 1962 in Ostberlin das Abitur und beendete sein Studium der Philosophie und Kulturwissenschaften an der Uni Leipzig 1966 als Diplom Kulturwissenschaftler. Nach Durchlaufen einer „akademischen Hochschulkarriere“ folgte er letztendlich 1986 dem Ruf als ordentlicher Professor für Film- und Fernsehwissenschaften an die Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam, wo er gleichzeitig von 1986 – 1990 als Rektor fungierte. Bisky ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne.

Seinesgleichen Bisky trat auf der bereits erwähnten Massendemonstration 1989 am Alexanderplatz auf. Seine Rede war ein Plädoyer für den Fortbestand der DDR. Die Basis dafür sollte ein demokratisch reformierter Sozialismus sein. Auf dem außerordentlichen Parteitag der SED-PDS im Dezember 1989 wurde er als Vertreter der Reformer in den Parteivorstand gewählt. Die Wahl erfolgte nicht zuletzt deshalb, weil Bisky bei den Kommunalwahlen 1989 Wahlkabinen an der Hochschule aufstellen ließ, um „das in der Verfassung der DDR beschriebene

[128] Bei den im Jahr 1999 stattgefundenen LTW in den Neuen Bundesländern hatte Gysi aber trotzdem wieder die Hauptlast der Wahlkampfveranstaltungen zu tragen.

Recht auf geheime Wahlen mittels Wahlkabinen umzusetzen“ (Bisky 1989: 1). Das Ergebnis wich deutlich vom Wahlergebnis der „übrigen DDR“ ab. Obwohl er bereits 1963 in die SED eingetreten war, wurde er erst 1989 politisch aktiv und gehörte von 1989 bis 1991 dem Präsidium der PDS an. Von 1991 bis 1993 war er PDS Landesvorsitzender in Brandenburg. Von 1993 bis 2000 und von 2003 bis zum 15. Juni 2007 war er Bundesvorsitzender der PDS. Seit der Neugründung der Die Linke ist er Vorsitzender dieser Partei. Obwohl also Bisky an vorderster Front der Partei eingesetzt war, ist er nie so in den Fokus der Öffentlichkeit geraten wie Gysi das getan hat. Dies liegt unter anderem auch an den „eingeschränkten“ rhetorischen Fähigkeiten Biskys, der mehr Sachverwalter der Partei ist als „Massenmotivator“.

Ein kleiner Aspekt sei noch erwähnt, da er bisher einmalig in der Geschichte des deutschen Bundestages ist. Lothar Bisky erreichte bei den Wahlen der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages in drei Wahlgängen bei der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 18.10.2005 nicht erforderliche Mehrheit. Dies stellte einen deutlichen Affront gegenüber der Partei, aber vor allem auch gegenüber Lothar Bisky. Ein einmaliger Vorgang, da bis dato ein „ungeschriebenes Gesetz“ zwischen den Parteien geregelt hatte, dass die Vorschläge einer Partei durch die anderen Parteien ohne Widerspruch oder Vorbehalt akzeptiert wurden und jede Fraktion durch mindestens einen Vizepräsidenten im Präsidium vertreten war. Nach dem dritten Wahlgang wurden die Wahlen abgebrochen und am 8.November erfolgte nach langen Gesprächen ein vierter Wahlgang, in dem Bisky wiederum die notwendige Mehrheit nicht erhielt. Daraufhin legte die Fraktion der PDS fest, dass sie den ihr zustehenden Posten unbesetzt lassen wolle. Erst am 7. April 2006 wurde Petra Pau mit der notwendigen Mehrheit als Vizepräsidentin des deutschen Bundestages gewählt.

4.4.3 Dietmar Bartsch

Dietmar Bartsch wurde am 31. März 1958 in Stralsund geboren. Nach dem Abitur leistete er den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee ab. 1983 schloss er sein Wirtschaftsstudium an der Hochschule für Ökonomie in Berlin Karlshorst erfolgreich ab. Von 1986 bis 1990 war er an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau, wo 1990 seine Promotion zum Dr.rer.oec erfolgte. Ab März 1990 war Bartsch als Geschäftsführer der „Jungen Welt“ tätig. Politisch war Bartsch seit seinem Eintritt in die SED 1977 aktiv. Entgegen der Entscheidung vieler SED-Mitglieder der Partei in der Wendezeit den Rücken zu kehren verblieb Bartsch in der Partei und zeichnete als

Mitbegründer der AG Junge GenossInnen auf dem bereits mehrfach erwähnten außerordentlichen Parteitag der SED/PDS verantwortlich. Von 1991 bis 1997 bekleidete er das Amt des Bundesschatzmeisters der PDS, ein schwieriger Posten, den Bartsch Vorgänger hatte Millionen DM des Parteivermögens ins Ausland verbracht und war dafür verurteilt worden. Auch Bartsch wurde verdächtigt an diesen Transaktionen aktiv oder zumindest wissend beteiligt gewesen zu sein, doch mehrere Hausdurchsuchungen sowohl der Privaträume als der Bundesgeschäftsstelle der PDS brachten keine Beweise zu Tage, die eine Anklage gerechtfertigt hätten. Mit Beharrlichkeit und gegen teilweise großen Widerstand innerhalb der Partei stellte er die Partei auf „finanziell gesunde Beine".

1997 wurde er zum Bundesgeschäftsführer der PDS berufen. Dieses Amt hatte er bis 2002, als er auf dem Geraer Parteitag mit seiner erneuten Kandidatur zum Bundesgeschäftsführer scheiterte, inne. Vorausgegangen waren heftige parteiinterne Diskussionen um Bartsch und seine Rolle als Wahlkampfleiter des Bundestagswahlkampfes 2002 der PDS, der aufgrund von nur zwei errungenen Direktmandaten destrasiös geendet hatte. Da er gleichzeitig neben Gaby Zimmer, Roland Claus und Petra Pau als vierter Spitzenkandidat in den Wahlkampf gegangen war, zeigte die Basis auf diesem Parteitag die „rote Karte. Zwar wurde Gaby Zimmer als Parteivorsitzende bestätigt, doch musste Bartsch im Verlauf des Parteitages feststellen, dass er keine Chance mit seiner Kandidatur haben sollte; konsequenterweise zog er diese zurück. Seit 2005 ist er wieder Bundesgeschäftsführer der PDS, seit 15. Juni 2007 Bundesge-schäftsführer der Die Linke. Mitglied des Bundestages war Bartsch von 1998 – 2002 und seit 2005.

Bartsch ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sein Hauptverdienst innerhalb der PDS ist die „Ordnung der Finanzen der PDS", nach dem bereits angesprochenen Finanzskandals seines Vorgängers. Nach außen hat Bartsch immer wieder in allen Diskussionen erfolgreich versucht, die PDS als neue alte Partei darzustellen, also einerseits die Geschichte der Herkunft aus der SED nicht zu negieren, gleichzeitig aber auch die Eigenständigkeit der PDS herauszuheben.

4.4.4 Hans Modrow

Im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Personen innerhalb der PDS hat Hans Modrow eine lupenreine Funktionärskarriere in der SED hinter sich. Der am 27. Januar 1928 in Jasenitz geborene Ehrenvorsitzende der PDS wurde 1949 nach Besuch einer Antifaschule aus russischer Kriegsgefangenschaft in die DDR

entlassen. Nach Durchlaufen zweier Fernstudien, die er als Diplom Gsellschaftswissenschaftler und Diplom-Wirtschaftler 1957 resp. 1961 abschloss, folgte seine Promotion zum Dr.rer.oec. an der Humboldt Universität in Ostberlin. Sofort nach seiner Rückkehr trat Modrow 1949 in die SED, den FDJ und den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund ein, wobei er im Zentralrat der FDJ als Funktionär mitwirkte. 1954 wurde Mitglied der Bezirksleitung Berlin der SED. Von 1958 – 1990 war er Mitglied der Volkskammer der DDR. Nach weiteren Verwendungen auf verschiedenen Ebenen, darunter als Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin zuständig für Agitation, wurde er 1967 Mitglied des Zentralkomitees der SED. Von 1973 – 1989 war Modrow Erster Sekretär der Bezirksleitung der SED in Dresden. Gerade in letzter Verwendung wurde er mitverantwortlich für die Übergriffe der Sicherheitskräfte gegenüber den Demonstranten am Dresdner Hauptbahnhof gemacht, als es am 4. Oktober 1989 beim Transit der Botschaftsflüchtlinge der Deutschen Botschaft in Prag zu schweren Auseinandersetzungen kam Modrow hat seinem Bekundem nach versucht, „die meiner Meinung nach unsinnige Entscheidung, die Züge durch die DDR zu führen, rückgängig zu machen...Die Befehle kamen direkt von den Berliner Stäben“ (Modrow 1991: 34). Die willkürlich vorgenommenen Festnahmen von Demonstranten schildert er im gleichen Buch an anderer Stelle wie folgt: „Was ich in diesen Tagen zunächst nicht überblickte und erfasste, war die große zahl der willkürlichen Festnahmen durch die Polizei. Erst in einer Versammlung im Staatsschauspiel wurde ich damit durch einen Erlebnisbericht konfrontiert. Daraufhin habe ich die sofortige Herstellung der Rechtslage von den dafür Verantwortlichen gefordert“ (Modrow 1991: 37).

Modrow galt innerhalb der SED als Reformer, d.h. er sympathisierte im Gegensatz zu Honecker und dessen Gefolgsleuten mit den Ideen von Michail Gorbatschow. Reformierung des sozialistischen Systems mit Hilfe von Perestroika und Glasnost war sein angestrebtes Ziel. Zusammen mit dem Dresdner Oberbürgermeister Berghofer war er um den Dialog mit den oppositionellen Gruppen bemüht. Am 13. November 1989 wurde er nachdem er bereits vorher Mitglied des Politbüros der SED geworden war, zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Er sollte der letzte Ministerpräsident dieses Staates sein. Modrow war in dieser Zeit sichtbar bemüht den drohenden Untergang der DDR zu verhindern, so trat er in einen offenen Dialog mit DDR-Bürgerrechtlern. Am 5. Februar 1990 nahm er Vertreter der neuen oppositionellen Gruppen des zentralen Runden Tisches als Minister ohne Geschäftsbereiche in

die Regierung auf, damit schuf er für kurze Zeit die Regierung der nationalen Verantwortung.

Durch Verabschiedung der Modrow-Gesetze im März 1990 ermöglichte er DDR-Bürgern die Grundstücke, auf denen sich ihre Häuser befanden, günstig zu erwerben. Als Abgeordneter der PDS zog Modrow 1990 in den Deutschen Bundestag ein. Von 1999 bis 2004 war er als Europaabgeordneter unter anderem an den Beitrittsgesprächen der EU mit Tschechien beteiligt. Hans Modrow wird von vielen nach wie vor als ewig Gestriger gesehen und er gibt seinen politischen Gegnern auch immer wieder neue „Munition". So gab er im April 2006 dem Magazin Cicero ein Interview, indem er die Frage, ob die DDR Führung die Mauertoten nicht billigend in Kauf genommen hätte wie folgt beantwortete: „Die Verantwortung für die Toten tragen die Verantwortlichen auf beiden Seiten...Die DDR ist für mich ein Versuch einer sozialistischen Entwicklung gewesen, in der auch Demokratie mit Einschränkungen wirksam war" (Cicero 04/2006).

4.4.5 Gabi Zimmer

Gabriele Zimmer wurde am 07.Mai 1955 in Berlin geboren. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach ihrem Studium zur Diplom-Sprachmittlerin für Französisch und Russisch an der Karl-Marx-Universität in Leipzig arbeitet sie vorab als Sachbearbeiterin beim VEB[129] Jagd- und Sportwaffenwerk Ernst Thälmann in Suhl. Von 1981 – 1987 war sie als Redakteurin der betriebseigenen Zeitung tätig. Sie trat 1981 in die SED ein und wurde 1989 zur SED-Parteisekretärin ihres Betriebes gewählt. Im Februar 1990 wurde sie PDS-Bezirksvorsitzende in Suhl. Von Juli 1990 bis Dezember 1998 war sie PDS-Landesvorsitzende von Thüringen.

Von 1990 bis 2004 war Gabi Zimmer Landtagsabgeordnete im Thüringer Landtag, von 1999 bis 2000 sogar als Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion. 1997 wurde sie zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Für knapp drei Jahre von 2000 – 2003 war sie Bundesvorsitzende der PDS. Wie bereits bei Dietmar Bartsch ausführlich beschrieben, war Frau Zimmer als Spitzenkandidatin der PDS hauptverantwortlich für den Wahlkampf 2002, der für die PDS mit einem desaströsen Ergebnis von unter 5% und nur zwei Direktmandaten endete. Während Bartsch bereits 2002 den Druck der Basis und die Abneigung für seine

[129] VEB = Volkseigener Betrieb

Wiederwahl deutlich spürte und die Sinnlosigkeit einer Kandidatur einsah, ließ sich Gabi Zimmer 2002 nochmals zur Vorsitzenden wählen. Ihre eigene Lobby war aber zu schwach, sie selbst kein politisches Schwergewicht in der PDS, so dass sie durch die manifest tobenden Flügelkämpfe der Parteilinken und ewig gestrigen und den Reformern aufgerieben wurde und 2003nicht mehr antrat. Ein altbekanntes politisches Urgestein übernahm wieder das Steuer, Lothar Bisky.

5. Von der SED zur PDS - die wichtigsten Parteitage - ihre Inhalte und Auswirkungen

5.1 Der außerordentliche Parteitag v. 08. - 17. 12 1989

Wie bereits erwähnt, war die Ereignisabfolge im Herbst und Winter 1989 von einer ungeheuren Dynamik bestimmt, die sofortiges Handeln erforderlich machte. Dies kann auch auf die schnelle, um nicht zu sagen, überstürzte Einberufung des Außerordentlichen Parteitages der SED bezogen werden. Für den 16./17. Dezember wurde der Parteitag geplant, auf dem die Rettung und die Möglichkeiten der Rettung der SED beschlossen werden sollte. Aber es kam, wie so vieles in dieser Zeit in der DDR, anders. Ein markantes Beispiel soll ausreichen, um darzustellen wie stark der Druck von der Parteibasis auf die alte SED-Führung war und wie dieser den weiteren Zeitablauf mit bestimmte. Prof. Dr. Segert von der Humboldt-Universität, der zusammen mit anderen Wissenschaftlern[130] ein eigenes Politberatungszentrum eingerichtet hatte, lud Delegierte, die wie die Gruppe an der Universität Reformen anstrebten, zu einer vorbereitenden Beratung auf die bevorstehende Tagung ein. Zeitgleich begannen der DDR-Rundfunk und das Berliner Werk für Fernsehelektronik[131] zu kooperieren. Die sich aus alten Schultagen[132] kennenden SED-Mitglieder der genannten Institutionen nutzten nun ihre gemeinsam einsetzbare Einflussnahme und platzierten im DDR-Rundfunk in den Frühnachrichten die SED als Thema. So wurde erreicht, obwohl durch die noch z.T. aktive alte Führungsgarde alles versucht wurde diese Nachrichten zu unterbinden[133], dass die Diskussion um die

[130] Die Wissenschaftler rekrutierten sich alle aus dem Sozialismus Projekt an der Humboldt Universität.

[131] Dies ist deshalb erwähnenswert, da zum einen das Elektronikwerk ein politisch traditionsreicher Betrieb war, der zu dem noch im High-Tech-Bereich der DDR angesiedelt war. Zum anderen da die Verknüpfung eine Basis für weiterfolgende Aktionen bildete.

[132] Zur ausführlichen Beschreibung dieser Beziehungen und der weiteren detaillierten Vorgehensweise vgl. Falkner/Huber a.a.O., 1994: 111f.

[133] Als Medienverantwortlicher hatte Schabowski versucht, Druck auf den Sender auszuüben, diese Nachrichten bzw. die Berichterstattung über die Aktivitäten der vorab genannten Gruppen

möglichen grundsätzlichen Veränderungen in der DDR und in der SED täglich ins Bewusstsein der DDR-Bürger gerufen wurde. So wurde die Basis der SED zum Umdenken herausgefordert. Aus verschiedenen Kreisen wurden Vertreter entsandt, die im KIZ[134] der SED zusammen an einem alternativen Parteistatut arbeiteten. Die beschriebene Gruppe um Prof. Segert, die Vertreter des Werkes für Fernsehelektronik, des DDR-Rundfunks und der SED-Akademie für Gesellschafts-wissenschaften schlossen sich zusammen und gründeten, obwohl dies nach SED-Parteistatut verboten war, die Plattform WF[135] am 30. November 1989[136]. „Übereinstimmung bestand darin, eine Plattform im eigentlichen Wortsinn zu schaffen, auf der der Dialog in der Partei stattfinden konnte“ (Falkner/Huber 1994: 112.). Dabei sollte die Verständigung der Parteimitglieder untereinander über ein neues Programm und ein neues Statut im Vordergrund stehen. Gleichzeitig hoffte man sich dadurch näher kennen zu lernen[137]. Es soll aber nicht verschwiegen werden, dass es innerhalb dieser Plattform zu Schwierigkeiten, d.h. zu Differenzen kam. Es bestand vor allem erhöhter Diskussionsbedarf im Bereich der Demokratisierung der Partei, der Unterstützung der Regierung Modrow und der Frage sich als eigenes Zentrum des „praktisch-orientierten Handelns“ (Falkner/Huber 1994: 112) zu etablieren[138].
Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, wurden am 3. Dezember 1989 auf einer außerordentlichen Sitzung des ZK der SED die führenden SED-Funktionäre[139] aus der SED ausgeschlossen. Danach traten sowohl das Politbüro als auch das ZK geschlossen zurück[140]. Da nun von allen Seiten die Forderungen nach Auflösung der Partei immer drängender und lauter wurden, gleichzeitig aber aufgrund der Rücktritte die Partei nur durch den Arbeitsausschuss[141] provisorisch geführt

---

einzustellen. Dies gelang ihm nicht (vgl. hierzu Falkner/Huber, a.a.O., 1994:113 und Sperber 1991: 35ff.).

[134] Im Zusammenhang mit der Parteizentrale der PDS bereits einmal erwähnt aber als Abkürzung nochmals erklärt KIZ = Kommunikations- und Informationszentrum.

[135] Der Name wurde abgeleitet aus der Bezeichnung des am Zusammenschluss und Zusammenarbeit beteiligten Werks für Fernsehelektronik.

[136] „Nach einer Vorberatung am 28. November 1989 kam es zwei Tage später im Kulturhaus des Werkes für Fernsehelektronik in Berlin-Oberschönweide zur Gründungsveranstaltung der Plattform, zu der Vertreter der Parteiorganisation im Rundfunk, SED-Mitglieder aus Berliner betrieben und Einrichtungen sowie aus anderen Landesteilen eingeladen worden waren“ (Falkner/Huber 1994: 112). Vgl. zusätzlich: Neugebauer/Stöss 1996: 40.

[137] Vgl. Sperber 1991: 39f., Falkner/Huber 1994: 112 und Neugebauer/Stöss 1996: 40f.

[138] Autorenkollektiv 1994: 9.

[139] Darunter waren auch Honecker, Mielke, Sindermann, Stoph, Tisch und Schalck-Golodkowski.

[140] Vgl. Neugebauer/Stöss 1996:36, Falkner/Huber 1994: 112, Autorenkollektiv 1994: 10.

[141] Auch dieser ist bereits in dieser Arbeit an anderer Stelle erwähnt worden. Es sei aber jetzt hinzugefügt, dass dieser Ausschuss aus gewählten Parteidelegierten unter dem Vorsitz des

wurde, entschloss man sich den Beginn des Parteitages um eine Woche auf den 08. Dezember 1989 vorzuverlegen. Dabei wurde geschickt versucht, den Parteitag so zu lenken, dass zwar den grundsätzlich postulierten Zielen[142] Rechnung getragen wurde, dass aber die Regie nie aus den Händen gegeben wurde, um so die von Teilen der Parteibasis geforderte Auflösung der Partei zu verhindern. Hierin zeigt sich das Dilemma, in dem einerseits die Partei, aber andererseits auch ihre Mitglieder steckten. Zum einen wollten sie die Partei erneuern, ja eine neue Partei schaffen, zum anderen sollte nicht die gesamte alte Partei verteufelt werden, da man sonst auch zum Teil sich selbst angegriffen hätte. Die „größte Gefahr" für die Mitglieder des Arbeitsausschusses, die für den Erhalt der Partei vorgearbeitet hatten, bestand in der ersten öffentlichen Erklärung der Plattform WF. Darin gehen die Autoren schonungslos mit der alten SED und der ehemaligen Führungsspitze um. In dieser Art war dies wohl zum ersten Mal in einem noch, wenn auch schon in Auflösung begriffenen sozialistischen Staat. „Die SED ist in ihrer gegenwärtigen Verfassung zu einer Gefahr für unser sozialistisches Heimatland geworden. Selbstherrlichkeit, Bereicherung und blinde Ignoranz, sowie kompromissloses Beharren auf der Macht haben vieles von dem geschmälert, teils vernichtet, was das Volk der DDR in mehr als vierzig Jahren aufgebaut hat. Wir als Parteibasis haben angesichts dessen stillgehalten und nicht die Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen beherzigt" (Falkner/Huber 1994: 113)[143]. Krenz versuchte, noch immer die Realität nicht realisierend, nach altem Muster[144] diese Gefahr für die Partei zu bannen. Er schrieb an die SED-

ersten Bezirkssekretärs in Erfurt Herbert Kröker gebildet wurde. Dem Ausschuss gehörten aber auch bekannte SED-Mitglieder wie der Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, Markus Wolf und auch der spätere SED-PDS Vorsitzende Gregor Gysi an (vgl. Schneider 1990: 26).

[142] Erneuerung der Partei durch
- Wahl neuer Führungsorgane
- Verabschiedung eines neuen Parteistatuts,
- Annahme eines neuen Parteiprogramms
- Auflösungen der ZK-Abteilungen und Einsetzung von sechs Kommissionen für die verschiedenen Politikfelder (Internationale Politik, Jugend- und Frauenpolitik, Kultur- und Wissenschaftspolitik, Medien und Presse, Umweltpolitik und Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik) vgl. Schneider 1991: 55.

[143] Die Plattform kündigte jede Form von Disziplin auf, deckte weiter die Schwächen der SED auf und forderte vehement die Auflösung der Partei.

[144] Falkner/Huber behaupten sogar, dass Krenz gegen die führenden Köpfe der SED-Basisorganisation bereits Haftbefehle unterzeichnet haben soll. In keiner anderen Literatur wird auf diese Situation nochmals eingegangen. Auch in den mir zugänglichen Archivunterlagen der PDS konnte ich trotz zielgenauer Suche nichts darüber finden. Trotzdem erscheint die Schilderung aufgrund des Gesamtzusammenhanges, der Biographie Krenz und der Automatismen, nach denen eine solche Partei früher funktioniert hatte, gut vorstellbar.

Kreisdelegiertenkonferenz und teilte ihr seine Ablehnung gegenüber den Aussagen der Plattform WF mit, gleichzeitig forderte er nach altem Ritual die Partei zur Geschlossenheit und Einheit auf. Der Versuch misslang völlig. Die einzelnen Delegiertenversammlungen wiesen das Ansinnen von Krenz zurück und stellten sich eindeutig hinter die Plattform und ihre Resolution. Somit hatte die SED-Basis der SED-Führung den 'Krieg' angesagt, soll heißen: „die SED-Basis hatte die Zerschlagung der alten Partei auf die Tagesordnung gesetzt" (Falkner/Huber 1994: 114). In diesem Moment war die Entwicklung innerhalb der SED gleichgeschaltet mit der Entwicklung innerhalb des Landes und die SED-Basis hätte wahrscheinlich nochmals die Chance gehabt, sogar in eine Art Vorreiterrolle zu schlüpfen. Auf dem Parteitag zeigte sich die Kluft zwischen dem Arbeitsausschuss, an der Spitze Modrow, und den Anhängern der reformerischen Basis, angeführt durch die Wortführer der Plattform WF. Der Arbeitsausschuss hatte drei Hauptargumente[145] für das Weiterbestehen der Partei veröffentlicht:

1. Die Auflösung der SED würde bedeuten, dass die Parteimitglieder ihre politische Heimat[146] verloren hätten. Die Partei hätte nicht das Recht sich aus der Verantwortung zu stehlen.
2. Die Regierung wäre nach der Auflösung der SED nicht mehr haltbar; dadurch würde ein politisches Vakuum entstehen, dass niemand in dem Moment ausfüllen könnte und somit zu einer Krise mit unabsehbaren Folgen führen würde. Gleichzeitig wäre keine Einflussnahme der SED auf staatliche Entscheidungen mehr gegeben.
3. Das Eigentum der Partei wäre aufs Spiel gesetzt, da die Rechtsnachfolge nicht geklärt wäre. Dies wurde noch mit dem Argument verstärkt, dass die Partei eine Verantwortung für die soziale Existenz der Mitarbeiter hätte[147].

Im Gegensatz dazu standen die beiden Anträge[148] die die Plattform WF ausgearbeitet hatte und dem Parteitag vorlegte. Hierin wurde der klare Bruch mit

[145] Neugebauer/Stöss führen im Gegensatz zu Falkner/Huber und Sperber noch das Gorbatschow Argument mit an. Gorbatschow hatte sich mit der Bitte der Nichtauflösung an die Partei gewandt. Vgl. Neugebauer/Stöss 1996: 36.

[146] Dieses Argument verwendete Gysi später auf seiner Rede auf dem Parteitag als er sich gegen die Auflösung der Partei wandte.

[147] Vgl. Sperber 1991: 43.

[148] Des Weiteren sah der Antrag vor:

- die neue Partei von der Basis her zu reformieren
- dem Sturz von Politbüro und ZK die Entmachtung auf allen weiteren unteren Parteiebenen folgen zu lassen
- den alten Parteiapparat als eigenständige Kraft zu zerschlagen und der Kontrolle und dem Urteil der Parteibasis zu unterwerfen

stalinistischen Idealen gefordert und die Transformation zu einer modernen sozialistischen Partei gefordert. Nur durch diesen Bruch mit der alten Tradition könne man wieder einen Führungsanspruch für die Partei in der modernisierten Gesellschaft einfordern. D.h. ein genau entgegengesetztes Argument zu dem des Arbeitsausschusses. Je weiter sich die Diskussion entwickelte, desto näher rückte die Forderung der Delegierten an die Forderung des Antrages der Plattform WF[149] heran. Sie gipfelte in der Forderung eines Delegierten, dass man sich jetzt entscheiden solle zwischen einer Neuauflage des Alten, unter Inkaufnahme des politischen Endes; oder einem kompromisslosen Bruch mit den alten Strukturen. An dieser Stelle wurde die Regieführung durch den Arbeitsausschuss deutlich. Dem Parteitag wurde eine Pause verordnet und man versuchte in Form von vielen Einzelgesprächen das Ungemach noch aufzuhalten. Nach der Pause erinnerte das Verhalten des Parteitagpräsidiums doch sehr an die Regieführung der alten kommunistischen Parteien[150]. Der Erfolg gab der Führungsspitze unter Gysi, Modrow und Berghofer Recht. Vor allem Modrow versuchte einen schwierigen Balanceakt, indem er zwar von Amtsmissbrauch oder Korruption sprach, mögliche Fehler eingestand, gleichzeitig aber auch forderte einen Schlussstrich zu ziehen, um das nicht alles auf ewig mit sich herum zu schleppen[151]. So schaffte die Parteiführung es letztendlich, dass die Delegierten nicht, wie zu Beginn des Parteitages zu erwarten bzw. zu befürchten gewesen war die Auflösung der SED beschlossen, sondern sich auf der Fortsetzung des außerordentlichen Parteitages der SED am 16./17. Dezember 1989 auf eine Umbenennung der Partei in SED-PDS einigten. Diese Umbenennung sollte den Weg zu einer modernen sozialistischen Partei deutlich machen. Immerhin schaffte es die Partei mit der Wahl Gregor Gysis zum neuen Vorsitzenden eine deutliche Zäsur zur alten Führungsriege zu schaffen. Gysi konnte nicht zur alten SED-Elite gezählt werden, wenn er auch unbestritten beste Beziehungen zu den Spitzen in der DDR gepflegt

---

■ den sofortigen Bruch mit den für die stalinistische Gestaltung des Realsozialismus Verantwortlichen zu vollziehen

vgl. Antrag der Plattform WF auf dem Parteitag der SED am 8. Dezember 1989.

[149] Die Plattform sah nach dem Sonderparteitag im Dezember ihre Funktion und Tätigkeit als erfüllt an und trat selbst nicht mehr in Erscheinung. Mit Gründung der Plattform der „3. Weg“, deren Hauptinitiator Michael Brie von der Humboldt-Universität war, der zu diesem Zeitpunkt auch als „Chefideologe der SED-PDS“ angesehen wurde, fand die Plattform „WF“ bzw. ihre Mitglieder eine neue Heimat in der Plattform der „3. Weg“. Vgl. Gerner 1994: 82f.

[150] Die Anträge der Plattform wurden nicht zur Abstimmung gestellt. Die vorher öffentliche Sitzung wurde nun zu einer geschlossenen Sitzung umfunktioniert. Die Autoren der Anträge wurden nicht zu den Verhandlungen im Parteitagspräsidium zugelassen. Nach Wiederaufnahme der Tagung im Plenum gab es keine offen geschalteten Mikrofone mehr, so dass auch hier keine Chance der Erklärung bestand.

[151] Vgl. Protokoll des Parteitages Rede von Hans Modrow

hatte[152]. Gleichwohl hatte er aber auch einen wohlklingenden Namen bei der früheren DDR-Opposition. Er, der von Vornherein nie einen Zweifel daran ließ, dass er eine konsequente Erneuerung anstrebte, da sie für ihn die einzig wirkliche politische Alternative und Überlebensfähigkeit darstellte, musste sich nun um Ausgleich zwischen den Traditionalisten und den Reformern in der neuen SED-PDS bemühen.

Der Parteivorstand sah in der neuen Namensgebung eine politische Überlebenschance, andere bezeichneten die Lösung als halbherzig[153]. In seiner Stellungnahme erläuterte der Parteivorstand nochmals, dass es auf keinen Fall zur Spaltung der Partei wegen des Namens kommen dürfe. Aber genau hierin lässt sich das Dilemma zur damaligen Zeit festmachen: ein Teil der Delegierten wollte/konnte nicht auf den Namen SED verzichten, weil sie in der Verarbeitung ihrer eigenen Vergangenheit noch nicht soweit waren, um mit dieser zu brechen, so dass die Leistungen der letzten 40 Jahre weiterhin über die Versäumnisse gestellt wurden. Auf der anderen Seite waren die Mitglieder, die den Neuanfang postulierten, den sie durch einen neuen Namen kenntlich machen wollten. Hierin wird deutlich wie künstlich der neue alte oder der alte neue Name der SED-PDS Zustande gekommen war. Zum Abschluss des Parteitages führte der Parteivorsitzende die Ziele der neuen Partei allen Parteimitgliedern vor Augen. „Es ist unsere politische Pflicht, in den kommenden Monaten als sich erneuernde Partei einen wesentlichen Beitrag in der aktuellen Auseinandersetzung um die Zukunft der DDR zu leisten. Wir wollen in vielstimmiger Weise unsere Positionen in die öffentliche Debatte einbringen, dass die zwei deutschen Staaten in eine Vertragsgemeinschaft hineinwachsen könnten, ohne durch voreilige und unüberlegte Handlungen die europäische Stabilität zu gefährden und Anlass für Ängste unter den Völkern des Kontinents zu geben“ (Autorenkollektiv 1994: 12).

Doch trotzdem muss konstatiert werden, dass keine Eindeutigkeit hergestellt werden konnte. Aufgrund der zu diesem Zeitpunkt noch für Mai in Aussicht gestellten Wahlen zur Volkskammer hatte die SED-PDS massiven Handlungsdruck. Gleichzeitig zeigte sich die Vielschichtigkeit innerhalb der Partei, die durch die nicht getroffene deutliche Entscheidung zur Neugründung offen an den Tag trat. „Der...beschlossene Name SED-PDS demonstrierte sowohl

[152] Sowohl für Neugebauer/Stöss als auch für Falkner/Huber als auch für Sperber lässt sich das leicht mit dem Beruf Gysis als Verteidiger vieler Dissidenten erklären.

[153] Glaeßner sah darin den Versuch einen fragwürdigen Kompromiss zu konstruieren, indem man versuche zwei gegensätzliche, zumindest aber unvereinbare Ziele, miteinander zu verbinden (Vgl. Glaeßner 1990: 15).

Kontinuität als auch Wandel, signalisierte aber vor allem Unentschlossenheit“ (Neugebauer/Stöss 1996: 38). Man benötigte ein klares politisches Profil für die Wahlen. Gleichzeitig konstituierten sich immer mehr Plattformen[154], die zum Ausdruck der Heterogenität der späteren PDS[155] werden sollten, zu Beginn aber eher die Unsicherheit der Mitglieder[156] und die Vielzahl der Meinungen und Vorstellungen symbolisierten. Sie forderten eine radikale Vergangenheitsaufklärung, die Einschränkung der Einflussmöglichkeiten des alten Apparates, die sofortige Umsetzung der Statutenbeschlüsse, die Umsetzung der Demokratisierung innerhalb der Partei und eine von vielen noch immer favorisierte Neugründung. Die Initiativgruppe PDS formierte sich zum Gegenpol. Sie wollte den Erhalt der Partei, aber ohne den Zusatz SED.

Im Januar verdichtete sich die Erkenntnis, dass die Deutsche Einheit[157] schneller als erwartet kommen werde und dass die Wahlen zur Volkskammer auf den März vorverlegt werden würde. Aufgrund der Entwicklung im Januar zeichnete sich die Notwendigkeit des Handelns für die SED-PDS-Parteispitze immer mehr ab. Der 4. Februar 1990 wurde zu einem entscheidenden Tag für den weiteren politischen Werdegang der Partei. Der Parteivorstand beschloss die Umbenennung der Partei in PDS[158] (Partei des Demokratischen Sozialismus), berief den 1. Parteitag der PDS als Wahlparteitag für den 24./25. Februar ein und entschied, 3.041 Milliarden Mark von der SED an den Staatshaushalt abzuführen, die Übergabe des Hauses des ZK an die Volkskammer und den Umzug des Parteivorstandes in das Karl-Liebknecht-Haus.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Parteiführung der SED durch die Ereignisse im Herbst ‘überrollt’ wurde und dass sie fast „von alleine“ von der Bildfläche verschwand. Der eingesetzte Arbeitsausschuss erkannte sehr bald die Notwendigkeit einer Erneuerung, wollte aber aus verschiedenen Gründen die SED nicht auflösen, sondern sie nur transformieren. Mit der Umbenennung in SED-PDS schaffte die Partei den Spagat zwischen Tradition und Erneuerung, so dass es vielen ehemaligen Mitgliedern möglich war,

[154] Die Kommunistische Plattform konstituierte sich am 30.12.1989, dazu kamen im Januar die Sozialdemokratische Plattform, die Plattform Demokratischer Sozialismus und die Plattform Dritter Weg, die von Michael Brie gesteuert wurde.
[155] Vgl. Gerner 1994: 82.
[156] Ders. 1994: 83.
[157] Vgl. hierzu 3.1 und 3.2.
[158] Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Partei bereits über die Hälfte ihrer ehemaligen Mitglieder verloren.

sich weiterhin mit der Partei zu identifizieren. Trotzdem mehrten sich die Forderungen nach einer völligen Neugestaltung und der Auflösung der alten Partei. Die Gründung verschiedenster Plattformen zeigte deutlich die Heterogenität der Partei. Die Verfechter der Umbenennung setzten sich durch. Am 4. Februar erfolgte die Namensänderung in PDS, wobei gleichzeitig festgestellt wurde, dass die PDS die Nachfolgepartei der SED sei. Den demokratischen Sozialismus versuchte man als dritten Weg zwischen Kapitalismus und dem real existierenden Sozialismus zu erklären. Neben der Abwendung von der SED, im Sinne der Namensgebung, konnten auch eine Annäherung an Teilziele der Sozialdemokratie erkannt werden, die die PDS in ihrem Programm definierte. Die Symbolik der SED wurde dahingehend abgestreift[159], dass man sich von den zwei ineinander greifenden Händen[160] verabschiedete und an deren Stelle „nur" den Schriftzug PDS anbrachte, wobei die Farben des Symbols mit rot, weiß, blau erhalten blieben.

Die internen Versuche der Neuorientierung waren vor allem durch viele Parteiausschlüße gekennzeichnet, z.B. gegen den ehemaligen SED-Generalsekretär Egon Krenz oder 13 weitere Kandidaten des ehemaligen Politbüros. Dies war der richtige Weg, doch für eine Erneuerung waren diese Maßnahmen nicht ausreichend. Viele Parteimitglieder, aber auch die Parteiführung setzten große Hoffnungen in den 1. Parteitag der neuen Partei PDS, der zugleich Wahlparteitag sein sollte. Somit war das Programm vorgegeben, in dem einerseits für die Konstituierung der PDS als „normale Partei" gesorgt werden sollte und andererseits die Kandidaten für die Volkskammerwahl aufzustellen und ein Wahlprogramm zu verabschieden waren. Dieser Parteitag wird im Weiteren näher betrachtet.

5.2 Der 1. Parteitag der PDS 1990

„PDS - die neue - produktiv, progressiv, pro DDR" (Bortfeldt 1992: 177), unter diesem Slogan firmierte der 1. Parteitag der PDS. Damit wollte die Parteiführung zum einen bewiesen, dass es keinen Auflösungszustand wie „zu Zeiten" der SED-PDS mehr gab[161]. Zum anderen sollte die PDS als eine reformierte, neue sozialistische Alternative dargestellt werden, die als linke Oppositionspartei

[159] Vgl. Gerner 1994: 84.
[160] Dies symbolisierte die Vereinigung von KPD und SPD im Jahre 1956 zur SED. Da es aber als Relikt aus alten Tagen der SED angesehen wurde, verzichtete man darauf.
[161] Vgl. hierzu: Neugebauer/Stöss 1996: 161 und Sperber 1991: 53f.

agieren wollte. Gleichzeitig wurde mit diesem Motto, die DDR-Vergangenheit der Partei, im Sinne eines SED-Erbes nicht ganz verschwiegen. Hier scheint der Opportunismus bezüglich des möglichen Wählerklientels gegenüber der absoluten Neuorientierung überwogen zu haben.

Rein formal vollzog die PDS einen Prozess der Erneuerung. Sie konstituierte sich auf diesem Parteitag als demokratische Partei, die „in der zentralbürokratischen Struktur der ehemaligen SED die Hauptursache für deren Scheitern" (Sperber 1991: 53) sah und deshalb basisdemokratische[162] Strukturen bevorzugte. So wurde der Parteiaufbau, der im von der Delegiertenversammlung genehmigten Statut enthalten war, real von unten nach oben strukturiert[163]. Formal wurde zuerst zwischen den Basisorganisationen, der Gebietsdelegierten- und Landesdelegiertenkonferenz unterschieden. Jeweils aus der unter der anderen etablierten Konferenz bzw. Versammlung wurden die Delegierten für die jeweils nächsthöhere Konferenz durch geheime Wahl bestimmt. Auf jeder Ebene oberhalb der Mitgliederversammlungen der Basisorganisationen wurden sowohl eine Schiedskommission, eine Parteikommission und ein Vorstand bestimmt. Die Delegierten für den Parteitag rekrutierten sich aus gewählten Vertretern aus den Länderdelegiertenkonferenzen. Eindeutig hervorgehoben wurde nochmals, dass die Basisorganisationen[164] die wichtigste Organisationseinheit der Partei darstellten. Zu den Aufgaben des Parteitages soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, da sich im Vergleich mit dem neuen Statut, das bereits in Kapitel 5 vorgestellt wurde, keine gravierenden Änderungen ergeben haben. Anzumerken seien die von der PDS expressis verbis in ihrem Statut aufgeführten Charakteristika einer demokratischen Partei, die in angestrebten Grundsätzen der Parteiarbeit in sieben Schlagwörtern zusammengefasst werden: „Offenheit und Meinungsvielfalt, demokratische Willensbildung, Abstimmung und Kontrolle, gemeinschaftliches Handeln und Solidarität" (PDS-Statut 1990: 7 - 9) bilden die definierten Grundpfeiler. Wenn auch rein formal diese organisationstechnischen Fragen vorab im Vordergrund standen, um die Partei juristisch „gründen" zu können, so überlagerte die anstehende Volkskammerwahl und die Suche nach

[162] Gerner sieht in diesem Zusammenhang aufgrund der geringen Vorlaufzeit in der Vorbereitung einen großen Fortschritt in Richtung weiterer Liberalisierung innerhalb der Partei, da das demokratische Element deutlich gestärkt wurde, wenn wie Gerner es auch nennt „weiter Reste alter Vorstellungen existierten" (Gerner 1994: 87). Zur weiteren Ausführung vgl. Gerner 1994: 84ff.

[163] vgl. hierzu: Statut der PDS 1990: 8ff.

[164] „Nur aus dem Wechselspiel von wissenschaftlicher Erkenntnis und Diskussion von der Parteibasis erwachsen realistische, für unsere Mitbürger faßbare und motivierende Ideale und Visionen..." (Gysi 1990:13).

geeigneten Themen alle anderen Diskussionspunkte. So verwundert es nicht, dass das erste PDS-Programm sich inhaltlich nahezu nur auf den Wahlkampf bezog. Die Frage war nicht, wer wird oder bleibt Parteivorsitzender[165], sondern mit wem als Spitzenkandidat und mit welchen Themen geht die Partei in den Wahlkampf. Ohne auf den Bundestagswahlkampf[166] 1990 näher einzugehen, muss konstatiert werden, dass aufgrund der für die PDS erfolgreich verlaufenen Volkskammerwahl viele Themen übernommen wurden. So setzte die PDS, die sich in ihrem Programm eindeutig zur Marktwirtschaft[167] bekannt hatte, mehr auf die „DDR-Karte". Sie versuchte an vielen Beispielen aufzuzeigen, dass es viel Bewahrenswertes aus DDR-Zeiten gäbe und stellte sich so als Retterin sozialer Rechte in der DDR dar[168]. „Gemeineigentum soll nicht verschwinden, sondern so umgestaltet werden, dass es wirklich gemeinsames Eigentum des Volkes wird. Bildungsreform ist notwendig, vom Kindergarten bis zur Hochschule, aber so, dass Bildung und Kultur für alle zugänglich bleiben. Inhalte und Formen der Kinderbetreuung bedürfen der Erneuerungen aber so, dass auch künftig alle Eltern, die es wünschen, unabhängig von der Höhe ihres Verdienstes, ihre Kinder der Obhut von Kinderkrippen, Kindergärten oder Schulhorten anvertrauen können. Die Wirtschaftsreform ist dringlich, aber so, dass Effektivität einhergeht mit Arbeit für alle und nicht Arbeitslosigkeit. Das soziale Netz darf nicht reißen...(es muss) vielmehr enger geknüpft werden. Der Angst vor politischem Druck... darf nicht die Angst um Wohnung und Arbeitsplatz und soziale Existenz und vor allem neuer Ausgrenzung folgen. Freiheit ... ist für jeden Menschen nicht zuletzt Freiheit von Angst, namentlich Existenzangst" (Gysi 1990: 12). Mit ihrem Slogan „Kein Anschluss unter dieser Nummer" (Gysi 1990: 15f.) demonstrierte die PDS ihre Ablehnung der geplanten Vereinigung nach Art. 23 des Grundgesetzes. Dialektisch geschickt wird vor allem von Gysi der Schulterschluss mit den Zielen der Montagsmarschierer und Bürgerbewegungen propagiert, in dem er auf die schwierige und teilweise verwirrende Situation im Februar 1990 hinweist. „Mehr und mehr Bürger, die im Oktober/November

[165] Wobei sich diese Frage auch ohne Wahlkampf wahrscheinlich nicht gestellt hätte, da es zu diesem Zeitpunkt keine wirkliche Alternative zu Gysi gab. Er war der anerkannte Medienstar der PDS, der aufgrund seines Auftretens ein absolutes Gegenstück zu früheren SED-Vorsitzenden darstellte.

[166] Dieser wird separat im Punkt 9.3.1 dargestellt und analysiert.

[167] Vgl. hierzu die Rede Gysis auf dem Parteitag 1990. Vor allem auf den Seiten 13 bis 15 finden sich immer wieder die Hinweise auf die Marktwirtschaft, auch wenn immer gleich eine Relativierung in dem Sinne erfolgt, dass mit Marktwirtschaft nicht die damals in der Bundesrepublik vorzufindende Marktwirtschaft gemeint war, sondern „im Wortsinn sozial" (Gysi 1990: 13) sein müsse.

[168] Vgl. Veen 1990: 46.

vergangenen Jahres für die demokratische Umgestaltung, für eine bessere DDR, für mehr Freiheit und Menschlichkeit auf die Straße gingen, sind von Ungewissheit, Zweifeln und Sorge befallen, ob ihre Ideale und Ziele noch zu verwirklichen sind. Dabei bewegt sie immer mehr die Frage, was aus der DDR werden soll oder werden wird“ (Gysi 1990: 13). Er versucht damit ein Wir-Gefühl der DDR-Bürger zu erzeugen, das in die Entwicklung eines Grundtenors mündet, der die Auflösung der DDR, jetzt und in der Zukunft als Ziel negiert. „Das haben wir so nicht gewollt“ (Gysi 1990: 13). All die wahlkampfbezogenen Aussagen, die genannt wurden bzw. die in der Rede Gysis auf dem Parteitag nachzulesen sind, finden sich in den verschiedenen Kapiteln des Programms der PDS wieder. Sowohl die sieben aufgeführten Werte[169] für die die PDS einstand, als auch die 9 Ziele[170] der PDS bestätigen die vorher aufgestellte These, dass der Spagat zwischen „altem und neuem, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen DDR und BRD“ (Neugebauer/Stöss 1996: 162) mit diesem Programm, bezogen auf das anvisierte Klientel, gelungen war. Mit überwältigender Mehrheit wurde das Programm der PDS, die Wahlkampfslogans, Hans Modrow als Spitzenkandidat der PDS für die Volkskammerwahl und Gregor Gysi als Parteivorsitzender gewählt bzw. bestätigt. Gleichzeitig gelang der Parteiführung in Zusammenhang mit diesem Parteitag das Kunststück einerseits die positiven Aspekte des Sozialismus hervorzuheben, andererseits die negativen Seiten nicht zu verschweigen, diese aber indirekt nicht als Fehler der Parteimitglieder oder des theoretischen Ansatzes zu geißeln, sondern das Scheitern des Sozialismus an der falschen praktischen Umsetzung festzumachen.

Die Parteiführung erreichte auf diesem Parteitag alle gesteckten Ziele:

1. Die „Gründung“ der PDS mit Statut und Programm zu vollziehen.
2. Die Brücke zur SED[171] nicht abzubrechen, ohne darauf direkt einzugehen.
3. Eine Verbindung zwischen Bürgerbewegung, Montagsmarschierern und PDS bezogen auf die Ziele der Erneuerung in der DDR herzustellen.
4. Ein Wahlprogramm zu verabschieden, dass versucht Altes mit Neuem zu verbinden.
5. Die Personalentscheidungen im Sinne der Parteiführung zu erhalten, ohne Druck auszuüben.
6. Die Partei erfolgreich auf den Wahlkampf eingeschworen zu haben.

[169] Individualität, Solidarität, Gerechtigkeit, sinnerfüllte Arbeit und Freizeit, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, innerer und äußerer Frieden.
[170] Siehe Programm der PDS vom 25.02.1990: 92.
[171] Vgl. hierzu Programm der PDS 1990: 11.

Die PDS wurde in ihren Zielen, die sie auf dem Parteitag propagiert hatte bei den Volkskammerwahlen, aber auch bei den Bundestagswahlen 1990 bestätigt. „Das war mehr, als die Partei erwartet hatte und muss als erstaunlich gut bewertet werden“ (Gysi 1990: 2) analysierte der Parteivorsitzende den Wahlausgang der Volkskammerwahl treffend, immerhin hatte jeder 6. Wähler die PDS gewählt. Der erste Parteitag hatte somit über seine Dauer hinweg positive Auswirkungen für die PDS gezeigt. Ob diese Entwicklung beibehalten werden konnte, wird die Analyse der anderen Parteitage zeigen.

5.3 Der 2. Parteitag der PDS 1991

Der zweite Parteitag der PDS bestand aus drei Teiltagungen[172], die zum Großteil von den, vor allem die PDS betreffenden, Umwälzungen nach der vollzogenen Vereinigung geprägt waren. Der Beschluss des Parteivorstandes vom 10. November 1990 zur Einberufung des 2. Parteitages zeigt deutlich die Verunsicherung und gleichzeitig die damit einhergehende Belastung für die Partei. Exemplarisch hierfür sind auch die Einladungen: „ Die durch die aktuelle Entwicklung hervorgerufene Krisensituation in der Partei ist nur durch einen radikalen Bruch mit bisherigem Parteiverständnis und der darauf fußenden Arbeitsweise zu überwinden. Die PDS muss als Partei neu formiert werden. Die 1. Tagung des 2. Parteitages soll mit der Aussprache zur bisherigen Entwicklung und zum Selbstverständnis der Partei Grundlagen für eine entsprechende Arbeitsweise schaffen und mit der Neuwahl leitender Gremien die politische Handlungsfähigkeit der PDS als neue Partei wiederherstellen. Das Ziel einer weiteren Tagung des 2. Parteitages, die bis spätestens Frühsommer 1991 durchzuführen ist, besteht in der Verabschiedung eines neuen Programms und Statuts. Diese Tagung ist inhaltlich durch eine breite Diskussion von Entwürfen und durch zwei thematische Konferenzen vorzubereiten“ (Pressedienst, Nr. 45 1990: 237f.).

Hierin drückt sich das Gesamtdilemma[173] der Partei aus. Bei der Volkskammerwahl hatte die PDS für viele überraschend mit über 16% der

[172] 1. Tagung am 26./27. Januar 1991, 2. Tagung am 08./09.06.1991, 3. Tagung 14./15.12. 1991.
[173] Wie beim Parteitag 1998 noch aufzuzeigen sein wird, wurde Andrè Brie, damals einer der ‘7 Überlebenden’ im Parteivorstand nach dem 2. Parteitag von den 101 auf dem 1. Parteitag gewählten Mitgliedern, für eine viel harmlosere Äußerung, die in der Formulierung gipfelte, dass die PDS ein neues modernes Programm benötige, von großen Teilen der Partei mit Missachtung gestraft, nicht mehr in den Parteivorstand gewählt und von den „Linken“ in der Partei, angeführt von der Kommunistischen Plattform und den Gefolgsleuten von Hans Modrow bei der Diskussion um die Listenplatzvergabe bei der Europawahl als ungeeigneter

Gesamtstimmen den dritten Platz hinter der CDU und der SPD erreicht. Das Wahlziel war erreicht worden, wenn gleich die Partei damit zum ersten Mal in ihrer Geschichte[174] in der Opposition war. Die sich immer schneller verändernde Situation in der DDR, die von den Bestrebungen der schnellen Vereinigung[175] gekennzeichnet war, machte die politisch inhaltliche Darstellung der PDS nicht einfacher. Außerdem wurde immer transparenter, wie die SED und die Führungselite ihre Machtstellung in der DDR zu privaten Vorteilen genutzt hatte(n). Dies führte zu einem schwindenden Rückhalt in der Bevölkerung[176], der sich in den rückläufigen Ergebnissen bei den Kommunalwahlen[177] und den Landtagswahlen[178] ausdrückte. Parallel hierzu vollzog sich bei der PDS ein schmerzlicher Erkenntnisprozeß. Sie musste erkennen, dass „Links nicht gleich Links“ (Gysi in: Pressedienst 45 1991: 258) ist, d.h. der Versuch im Hinblick auf die Bundestagswahl frühzeitig Listenverbindungen mit linken Gruppierungen in der Bundes-Republik Deutschland[179] und in der DDR[180] zu bilden , wurde wieder abgebrochen[181]. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil zur Bundestagswahl[182] festgelegt, dass zwei Wahlgebiete mit jeweils separater Sperrklausel einzurichten seien und dass Listenverbindungen nicht zugelassen seien. Vordergründig brachte dieses Urteil der PDS bei der ersten

Kandidat für die Partei abgestempelt. Insofern wiederholen sich bei der PDS alle paar Jahre die gleichen Prozesse, wenn auch jeweils andere Personen betroffen sind.

[174] Hier ist natürlich die SED- und PDS-Geschichte gemeint.

[175] Wie bereits an anderer Stelle erläutert, überwog der Wunsch der schnellen Veränderung der realen Situation bei den Bürgern der DDR gegenüber irgendwelchen Vorbehalten einer Benachteiligung durch die Vereinigung.

[176] Vgl. hierzu Neugebauer/Stöss 1996: 44f).

[177] 14%.

[178] 11,6%.

[179] Die Zusammenarbeit mit der DKP gestaltete sich deshalb schwierig, da es innerparteilich drei Gruppierungen gab. Die 1. Gruppierung wollte die PDS ohne Einwände oder Vorleistungen unterstützen. Die 2. Gruppierung wollte das Scheitern der PDS als politischer Gegner. Die 3. Gruppierung wollte die DKP auf die DDR übertragen und die PDS politisch „gesamtdeutsch“ bekämpfen.

[180] Hier zeigte sich, dass die im Januar 1990 noch so gepriesene und herbeigeredete Nähe zu den Bürgerbewegungen nicht vorhanden war. Dies bedeutete für die PDS, dass sie an einer Zusammenarbeit, genauso wie dies auch Bündnis 90 deutlich artikulierte, nicht interessiert waren. So hatte die PDS im Osten nur die Möglichkeit mit ihr nahestehenden Organisationen Listenverbindungen einzugehen.

[181] Die verschiedene Definition von wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Fragestellung und Grundsatzpositionen durch „West- und Ostlinke“ war schon beim Wahlkongreß 1990 derart auffällig gewesen, dass die zusätzlich aufgetretenen Interessensvorstellungen der einzelnen Vertreter fast schon zu vernachlässigen waren.

[182] Vgl. hierzu ausführlich 9.

gesamtdeutschen Wahl[183] nur Vorteile, sowohl innerparteiliche[184] als auch außerparteiliche[185]. Durch diese Entscheidung geprägt und auf den Osten als „Stimmvieh“ fixiert, scheiterte die PDS bei der Bundestagswahl im Westen mit ihrem Anspruch einer gesamtdeutschen Partei[186], sicherte sich aber im Osten[187] mit einem für sie zwar schlechten Ergebnis[188] den Einzug in den Bundestag. Trotzdem, und hier zeigt sich die Fehleinschätzung, auch der Parteispitze in diesem Moment, war die PDS nicht gesichert, sondern in einem unaufhörlichen Abwärtstrend[189] begriffen.

Zu viele Probleme[190], die zeitgleich auf die Partei einströmten, bzw. von ihr selbst verursacht wurden, wurden publik und mussten gelöst werden. D.h., statt die eigentlich notwendige Diskussion innerhalb der Partei bezüglich einer neuen Programmatik[191] zu führen, musste man sich mit den Negativschlagzeilen auseinandersetzen, die vor allem mit Finanzen[192], STASI[193], der Sonderrolle der

[183] Vgl. hierzu ausführlich 9.3.1

[184] Es musste keine politische Standortdiskussion vor der Bundestagswahl geführt werden. Das alte Klischee konnte gepflegt werden, da auf keinen Partner Rücksicht genommen werden musste.

[185] Der Einzug der Partei in den Deutschen Bundestag war somit gesichert, man konnte argumentativ verstärkt als Vertreter der Interessen der Bürger der ehemaligen DDR auftreten und sich nur auf die Neuen Bundesländer konzentrieren.

[186] Sie erreichte gerade einmal 0,3 % der abgegebenen Stimmen, d.h. eigentlich war sie nicht mal mehr in der Kategorie der Splitterparteien zu finden.

[187] Sie schaffte es sogar die viertstärkste Partei zu werden, was vor allem auf das Scheitern der GRÜNEN im Westen zurückzuführen war.

[188] Mit 11, 1 % blieb sie, nicht zuletzt aufgrund ihrer bestehenden flächendeckenden Organisationsstruktur, ein politischer Faktor.

[189] Sowohl Neugebauer/Stöss, als auch Falkner/Huber, sowie Bortfeld und Moreau stimmen in ihren Analyseergebnisse, dass bei einer später terminierten Bundestagswahl das Ergebnis für die PDS noch schlechter ausgefallen wäre. Falkner bezeichnet den Einzug der PDS situationsbezogen richtig als einen „Einzug auf Bewährung“ (Falkner/Huber 1994: 47).

[190] Diesen vorher bezeichneten Einzug auf Bewährung realisierte die PDS z.B. nicht in ihrem völlig fehl organisierten Versuch des Aufbaus westdeutscher Basisstrukturen. Es musste erst eine vernichtende Niederlage bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg erlitten werden, um zu realisieren, dass zu diesem Zeitpunkt und mit dem zur Verfügung stehenden Ansprechpartner eine solche Arbeit nicht zu leisten war. Gleichzeitig zeigte sich hier das erste, wenn auch nicht das letzte Mal, dass Gysi zwar nahezu alles für die Partei zu bewerkstelligen in der Lage zu sein schien, doch alleine im Westen auch nicht ausreichend war, um die notwendigen Erfolge zu erzielen.

[191] Hier ist das damals in aller Munde seiende Schlagwort von der „Pro-DDR-Partei“ zu nennen.

[192] Der Finanzskandal, in den die PDS zu dieser Zeit verstrickt war, wurde bereits an anderer Stelle ausgeführt.

[193] Nahezu täglich wurden neue Verbindungen ehemaliger SED- und nun PDS-Mitglieder zur STASI offen gelegt bzw. deren IM-Akten genüsslich in der WEST-Presse zitiert.

Partei im gesamtdeutschen Parteiensystem[194] und dem nicht enden wollenden Mitgliederaustritt[195] umschrieben werden können. Es rächte sich zudem die OST-Konzentration der Partei, da die PDS eindeutig keine gesamtdeutsche Präsenz nachweisen konnte. Dies hatte zum Teil seine Begründung darin, dass durch den durch das Bundesverfassungsgericht verwehrten Fraktionsstatus für die PDS, die dann „nur“ als PDS-Gruppe im Bundestag agierenden Abgeordneten keinerlei Öffentlichkeitswirksamkeit erzeugten[196].

Nachdem, wie es in der Begründung der Notwendigkeit der Tagung bereits festgelegt worden war, die Aufgabe der ersten Tagung vor allem in der Durchführung von Wahlen[197], der Vorbereitung einer inhaltlichen und organisatorischen Diskussion und der Erklärung der „Schrumpfungs-maßnahmen“ im Bereich der hauptamtlichen Mitarbeiter bestand, sollte bei der zweiten Tagung vor allem die theoretische Diskussion im Vordergrund stehen.
Diese Überlegung musste schon deshalb angestellt werden, da vor allem durch die Kommunistische Plattform[198], aber auch andere Gruppierungen wie z.B. die Arbeitsgemeinschaft „Junge GenossInnen“[199] harsche Kritik an der in der ersten Tagung begonnenen Diskussion geübt wurde. Die 3. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform, die im Vorfeld der 2. Tagung des 2. Parteitages stattgefunden hatte, belegte sowohl in ihren Stellungnahmen zum Verhältnis der Kommunistischen Plattform zur DKP[200] als auch in ihren Anträgen an die 2.

---

[194] Vgl. hierzu 4.2.

[195] Allein im zweiten Halbjahr 1990 waren nach neuen PDS-Angaben nahezu 75.000 Mitglieder ausgetreten.

[196] „Das Bild der PDS war düster. Im politischen Leben war sie isoliert. Versuche, die Isolation durch außerparlamentarische Aktionen in Verbindung mit der parlamentarischen Arbeit zu durchbrechen, scheiterten an den fehlenden Bündnispartnern. Der Einfluss der PDS-nahen Presse war zu gering...“ (Neugebauer/Stöss 1996: 47f.).

[197] Gysi wurde neben seinem Vertreter Briè bestätigt. Ansonsten wurden auf diesem Parteitag wie bereits an anderer Stelle beschrieben nur noch sieben der vor einem Jahr noch 101 Mitglieder der Führungsgremien bestätigt, auch wenn berücksichtigt werden muss, dass die Anzahl der Mitglieder des Parteivorstandes, aber auch der anderen Gremien merklich reduziert worden war.

[198] Vgl. hierzu Beschlüsse der 3. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDS in: PID 2 1991 o.S.

[199] Die Arbeitsgemeinschaft hatte zuerst Kritik daran geübt, dass die Partei wieder nur durch neue Organisationsformen versuchte Probleme zu lösen. Gleichzeitig wurde bemängelt, dass beabsichtigt wurde die Partei vor allem als Bewegung zu definieren. Die Arbeitsgemeinschaft forderte deshalb ihre Mitglieder auf, aus der politischen Verantwortung zurückzutreten, um somit gegen die undemokratischen Verfahren innerhalb der Partei zu protestieren (vgl. hierzu Bortfeld 1991: 936 - 940, Neugebauer/Stöss 1996: 48f. oder Falkner/Huber 1994: 152 ff.).

[200] „Wir nehmen die organisatorische Selbständigkeit von DKP und PDS als Ergebnis unterschiedlicher historischer Entwicklungen ... hin. Die Kommunistische Plattform der PDS

Tagung[201], dass die Kommunistische Plattform nicht gewillt war, die PDS kampflos sozialistisch werden zu lassen. In ihrem Thesenpapier für ein Aktionsprogramm[202] der Kommunistischen Plattform führt sie dies sehr plastisch und eindringlich vor. Um der gesamten Intention aber noch das „Sahnehäubchen" aufzusetzen, wandte sich der SprecherInnenrat der Kommunistischen Plattform „am Vorabend der 2. Tagung des 2. Parteitages an alle Genossinnen und Genossen der PDS, an alle Christen, Sozialisten und Kommunisten in dieser Partei" (Offener Brief an alle Mitglieder der PDS, ohne Orts- und Datumsangabe). Darin beschreibt die Kommunistische Plattform in inem recht kämpferischen Aufruf was sie will[203], wie sie es realisieren will[204] und wer wie dazu beitragen kann[205].

---

erklärt, 1. dass die Kommunisten der PDS in den neuen Bundesländern ihre politische Arbeit in der PDS fortsetzen werden, 2. Wir uns mit den Kommunisten in den alten Bundesländern solidarisch verbunden fühlen, 3. ..., 4. ..." (Erklärung der 3. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform a.a.O.).

[201] I. Antrag: 1. „Der Punkt VII./. des Statutenentwurfes ...sollte ersatzlos gestrichen werden, weil sich damit die Möglichkeit eröffnet, politische Minderheiten mundtot zu machen. 2. Das alleinige Recht der Basisorganisationen über die Aufnahme neuer Mitglieder zu entscheiden...sollte der Gesamtpartei zu Urabstimmung vorgelegt werden. 3. Wir drücken gegenüber dem Parteivorstand unser Mißfallen darüber aus, dass es keine Gelegenheit gab, den vorliegenden Statutenentwurf in der Basis zu diskutieren. II. Antrag: ...Leider sind in dem vom Parteivorstand herausgegebenen Material mit dem Titel „Wer ist die PDS?" Auffassungen als gesicherter Grundkonsens in der PDS dargestellt, zu denen es in Wirklichkeit keine Übereinstimmung in der Partei gibt, deren Anerkennung unserer Meinung nach sogar ihr Profil in Frage stellt..." (Erklärung der 3. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform a.a.O., o.S.).

[202] Thesen für ein Aktionsprogramm der Kommunistischen Plattform, verabschiedet auf der 3. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDS.

[203] „Wir die Kommunisten der Plattform in der PDS wollen eine konsequente sozialistische Partei, in der wir mit allen linken, sozialistischen und humanitären Menschen zusammenwirken können. Wir brauchen diese Partei im Kampf um soziale Gerechtigkeit, ... Verteidigung demokratischer Rechte, ... um den Menschen Mut zu geben..., für eine menschenwürdige Alternative..." (Offener Brief an alle Mitglieder der PDS, a.a.O.). Nicht verschwiegen wurde, dass die Kommunistische Plattform das marxistische Gedankengut stärker in der PDS verankern will.

[204] „Der Zusammenbruch des von Stalin geprägten Sozialismus-Modells bedeutet nicht, dass der Sozialismus gescheitert ist. Wir geben unser Ziel nicht auf, eine sozial gerechte und humanistische Gesellschaft zu erkämpfen, die fähig ist, auch die ökologischen Probleme zu lösen, ... Resignation hilft nur unseren Widersachern" (Offener Brief an alle Mitlieder der PDS a.a.O.).

[205] „Am Vorabend unseres Parteitages wenden wir uns an Euch mit der Bitte, aktiver in die Position dieser Partei einzugreifen..., wir fordern den Ausbau der Basisorganisation, verlangen eine Grundsatzdiskussion über die Konzeption, fordern eine Urabstimmung über die Rechte der Basisorganisation. Wir brauchen eine starke Partei und ein breites Bündnis aller Linken und Demokraten, die sich konsequent für soziale und politische Rechte aller Werktätigen einsetzen" (Offener Brief an alle Mitglieder der PDS).

Hinzu kamen im Vorfeld die Forderung durch das Neue Forum und der „Ökologischen Linken“ die PDS aufzulösen[206], das Eingeständnis der Arbeitsgemeinschaft „Junge GenossInnen“ mit ihrer eigenem Erneuerungsanspruch gescheitert zu sein, sowie nach endlosen Querelen während des Parteitages in den verschiedensten Gremien die Rücktrittsdrohung von Parteichef Gysi. So stand die zweite Tagung unter einem erhöhten Erfolgsdruck. Gysi hatte zuvor in seinem Referat wiederholt einen Spagat vollbracht, indem er einerseits alle politischen Parteien mit Ausnahme der PDS für die fatalen Folgen des Einigungsprozesses verantwortlich machte, aufzeigte dass die PDS, obwohl nie ernst genommen, immer schon auf die wahren Probleme hingewiesen hätte[207] und sich gleichzeitig gegen die „Glorifizierung“ (Bortfeld 1991: 937) der ehemaligen DDR und all ihrer Erscheinungsbilder wandte. Somit griff er, wenn auch verklausuliert, die Nostalgiker unter Führung von Hans Modrow an, die diesem Traum noch immer nachhingen[208], an. Er warf ihnen vor, durch diese Haltung die eigene Politikfähigkeit einzuschränken[209]. Während Gysi den ehemaligen MfS-Mitarbeitern teilweise Verständnis entgegen brachte, vertrat er andererseits den klaren Standpunkt, dass die Partei weder ein „Therapieverein“ noch eine „Gewerkschaft“[210] für sie sein könne. Bei einer weiteren Mitarbeit in der PDS sollten sie sich sofort zu ihren früheren Tätigkeiten bekennen und „ihr Mandat niederlegen“ (Bortfeld 1991: 937). Die PDS selbst sah Gysi im Aufwind[211], wenn er auch den Ausbau bzw. Aufbau WEST als schwierig, wenn nicht sogar in einer Sackgasse befindlich interpretierte. Deshalb sei ein neuer linker Anfang notwendig, wobei er aber offen lies, wie dieser auszusehen habe.

---

[206] Wobei angemerkt werden muss, dass die Auflösung wiederholt durch diese beiden Vereinigungen gefordert wurde. Dabei ist viel weniger die Forderung interessant, denn vielmehr die daraus resultierende Erkenntnis, dass die PDS nicht auf Zustrom von Mitgliedern ehemaliger Bürgerbewegungen der DDR hoffen durfte.

[207] Sein Referat war gespickt mit Begriffen, die bei den zumeist ostdeutschen Delegierten nahezu automatisch den Pawlowschen Reflex auslösen mussten. Er sprach von Abwicklung, Warteschleifen, Preisexplosion, sozialem Notstand, westlicher Überheblichkeit etc. (zum genauen Wortlaut siehe Bortfeld 1991: 937).

[208] Eine der wenigen Leistungen, die Gysi nie erreicht hat, falls er sie jemals in Realita vorgehabt haben sollte, ist, dass er diese Nostalgikergruppe in den Griff bekommen hätte. Auf dem Parteitag in Berlin im Januar 1999 und auf dem Europaparteitag im März 1999 in Suhl zeigte sich erneut, dass Hans Modrow und der Glaube an die gute alte DDR nicht ganz zu vertreiben sind. Nicht umsonst setzte ihn die Partei mit an die Spitze der Kandidaten für das Europaparlament.

[209] Vgl. Gysi 1991: 4.

[210] Vgl. Gysi 1991: 7.

[211] Er sprach von einem Anzeichen der Stabilisierung und des Aufbruchs der PDS (vgl. Bortfeld 1991: 937).

Nach diesem Referat begann die eigentliche Parteitagsarbeit für die Delegierten, wobei die Anhäufung von Anträgen und Programmen, die bei der PDS die Arbeitsweise auf einem Parteitag bestimmt durch den Vorstand gelenkt wurde. Bei schwierigen Fragestellung oder der aufziehenden Gefahr von kritischem Diskussionsbedarf, griff man auf die alt bewährte Tradition zurück, unterband die Diskussion und ließ eine Abstimmung der anderen folgen[212]. „Aus Angst vor einem Zerbrechen der PDS und angesichts des Erfolgsdrucks wurden entscheidende Fragen, die unmittelbar das Selbstverständnis der Partei betrafen, nicht ausdiskutiert, Widersprüche verdeckt, Zuspitzungen vermieden“ (Bortfeld 1991: 938). Eines der Ergebnisse stellte ein neues Statut[213] dar, das vom Parteitag verabschiedet wurde, aber aufgrund des basisdemokratischen Verständnisses der Partei im Lauf des Sommers der Urabstimmung der Parteimitglieder gestellt werden sollte. Diese Urabstimmung verlief erfolgreich[214].

Das Arbeitsergebnis der 3. Tagung des 2. Parteitages ist mit dem Entschluss zur politischen Arbeit der PDS zusammengefasst dargestellt. Wieder wird die politische Aufgabe der PDS durch das Fehlverhalten der anderen Parteien legitimiert: „Mit zerstörerischer und fast kolonialistischer Arroganz wird der Osten Deutschlands einverleibt, wird versucht, die Geschichte, Würde und Identität seiner Menschen auszulöschen. Soziale Unsicherheit, Dauer- und Massenarbeitslosigkeit, unverschämte Mietsteigerungen und Angriffe auf jahrzehntealte Eigentums- und Nutzungsrechte zehntausender DDR-Bürgerinnen und Bürger sowie die Vernichtung der Industriestandorte,..., sozialer, wissenschaftlicher, kultureller und Bildungseinrichtungen, der Denkmale, sind nicht nur Ergebnisse, sondern auch der wesentliche Inhalt der Anschlußpolitik“ (Beschluss der 3. Tagung des 2. Parteitages 1991: 147f.). In diesen Bereichen sieht die PDS ihre politische Arbeit angesiedelt. Hört sich der Beginn der Beschlussfassung nach Einigelung im Osten an, so ist zu bemerken, dass das Credo des Gesamtbeschlusses für manche, vor allem westliche Betrachter, die zu verfolgende Öffnung in den Westen unter Einbeziehung des Erhaltes bzw. der Wiederschaffung von positiven Ergebnissen des Sozialsystems

[212] Dies bemängeln sowohl Bortfeld als auch Gerner als großes Manko gerade dieses Parteitages, der aufgrund der Statutenentscheidung ein sehr wichtiger für die Partei war.
[213] Einige Kernpunkte waren: Herabsetzung des Mindesteintrittsalters auf 16 Jahre, Frauenquote (50%), SympathisantInnen erhalten weitgehend Mitgliederrechte, Beschränkung von Amtszeiten, Doppelmitgliedschaft in verschiedenen Parteien nicht ausgeschlossen.
[214] 96% der Mitglieder stimmten dem Statut zu.

der DDR[215] darstellt. Mit den acht politischen Forderungen, die in ihrer Allgemeinheit nicht zu überbieten sind, und die von Menschenrechten, über Wirtschaftspolitik, Kindergartentagesplätze bis zur multikulturellen deutschen Gesellschaft reichten, hoffte die Partei ein, wenn auch noch nicht definiertes, doch hoffentlich vorhandenes linkes 5%-Klientel zu erreichen. Nochmals wird am Ende des Beschlusses der gesamtdeutsche Anspruch der Partei fast 'gebetsmühlenähnlich' wiederholt. „Die PDS hat den Anspruch, eine bundesweite Partei zu werden und zur Erneuerung und Vernetzung einer sozialistischen Bewegung in der BRD beizutragen...In der PDS wollen wir umfassend die innerparteiliche Kommunikation und die politische Bildung entwickeln und so die Diskussionen und Entscheidungen der Partei transparent machen und demokratisch von unten gestalten" (Beschluss der 3. Tagung des 2. Parteitages 1991, in PID 1/1992: 151). Mit diesem Aufruf entließ die Parteiführung die Delegierten und berief den nächsten Parteitag erst für den Januar 1993 ein, da die Parteibasis genügend Zeit zur Verfügung haben sollte, um alle Beschlüsse zu diskutieren, die Klärung der innerparteilichen Widersprüche voranzutreiben und die sich ankündigenden Probleme mit der zu Beginn 1992 geplanten Öffnung der STASI-Akten erst verarbeitet sein sollten. So war das Jahr 1992 ein Jahr ohne Parteitag, aber ein Jahr mit heftigen Diskussionen.

5.4 1992 - Kein Parteitag, aber viel Veränderung

Waren zum Ende des Jahres 1991, wenn auch noch verhalten, bereits erste Misstöne, die über den Osten hinausgingen, zu vernehmen, so deutete sich zu Beginn des Jahres 1992 eine zunehmende pessimistische Einstellung der Bundesbürger an. Dem bis zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden Wirtschaftsoptimismus, dem Glauben, dass die starke Mark und die westdeutsche Wirtschaft wirklich wie versprochen innerhalb kürzester Zeit die wirtschaftliche Gleichheit produzieren könnte, blies nun der kalte Wind, vor allem aus dem Osten, der Vereinigungseuphorie ins Gesicht[216]. Zusätzlich zu dieser

[215] Vgl. Beschluß der 3. Tagung des 2. Parteitages 1991 148 f. sowie Neugebauer/Stöss 1996: 52.

[216] Zur ausführlichen Darstellung vgl. Neugebauer/Stöss, Falkner/Huber oder Brié/Herzig/Koch, die ausführlichst auf dieses Phänomen der „Wende" in der Einstellung zur Vereinigung, zur Geschwindigkeit und zur wirtschaftlichen Stabilität eingehen. Sie zeigen auch die Einzelphänomene auf, die diese Entwicklung unterstützt haben. Auf die ausführliche Darstellung soll in diesem Teilkapitel verzichtet werden, da es nur indirekt mit der parteiinternen Diskussion in Verbindung steht.

wirtschaftlichen „Fehlentwicklung“[217], die natürlich vor allem im Osten ihre Spuren hinterließ, da sich die „blühenden Felder“[218] nicht wie versprochen einstellten, wurde durch die offizielle Öffnung der Gauck-Behörde am 02. Januar 1992 weiterer Sprengstoff im Osten angebracht. Prominente Opfer des MfS und solche die glaubten es zu sein, studierten vor Kameras und Mikrofonen öffentlichkeitswirksam ihre Akten. Bereits am ersten Tag der Gültigkeit des STASI-Unterlagengesetzes beantragten 3000 Personen Akteneinsicht. Der Leiter der Behörde Gauck, rechnete zu diesem Zeitpunkt damit, dass ca. 70.000 Anträge pro Monat eingehen werden würden. Für die PDS wurde damit ein Tribunal[219] in Gang gesetzt, das nicht mehr aufzuhalten war. „Dies ist der Versuch zur restlosen moralischen Diskreditierung der DDR und ihrer Bevölkerung“ (Autorenkollektiv 1994: 92), so resümierten Heuer und Schumann zwei MdB der PDS, da der öffentliche Umgang mit den Unterlagen sich nur auf den ersten Blick gegen die wirklichen Täter richten würde. „Es wird in Wahrheit ein beispielloser Medienfeldzug vom Zaun gebrochen, um Missliebige zur Strecke zu bringen“ (Autorenkollektiv 1994: 92). Sie verweisen darauf, dass es ihrer Meinung nach ein Systemfehler sei, wenn die noch aktiven Geheimdienste von dem Gesetz nicht betroffen seien, obwohl auch dort in großem Umfange Personaldossiers erstellt worden seien. „Die Stunde des Staatsbürgers und der Demokratie hat erst dann geschlagen, wenn auch die aktiven Dienste gezwungen werden, offen zu legen, dass und in welchem Umfang sie Bürgerinnen und Bürger ausgespäht haben“ (Neues Deutschland, 16.01.1992: 3). Nicht von ungefähr kam diese am 16. Januar lancierte Aktion im Neuen Deutschland. Nachdem Bürgerrechtler STASI-Berichte eines „IM Notar“ entdeckt hatten und in diesem Zusammenhang Gregor Gysi verdächtigten dieser gewesen zu sein, der über Jahre hinweg für den MfS gearbeitet habe, hatten sich bereits die Führungsgremien der

[217] Im Januar 1992 waren in den Neuen Bundesländern, incl. Ost-Berlin 1,3 Mio. Arbeitslose registriert (siehe: Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit, in: Deutschland-Archiv, 26. Jg. (1993): 379).

[218] Eine der oft zitierten Äußerungen des Bundeskanzlers während des Wahlkampfs zum ersten gesamtdeutschen Bundestag. Neben den „blühenden Landschaften“, den „High-Tech-Parks“ und den „es soll keinem schlechter gehen“-Aussagen, die natürlich als Metapher gemeint, aber als politisches Gegenargument immer treffender wurden, je länger die Erfolge auf sich warten ließen, hatten neben dem Bundeskanzler auch andere führende Politiker, die ostdeutschen Wähler in einer Sicherheit gewogen, aus der sie im Sinne einer Radikalkur gerissen wurden. Die Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR-Betriebe bzw. die wahren Kosten der Abwicklung der gesamten DDR-Industrie trugen immer mehr zu dem Meinungsumschwung bei, der Anfang 1992 einsetzte.

[219] „Das Tribunal nimmt seinen Lauf“, so kommentieren die Bundestagsabgeordneten der PDS Heuer und Schumann am 16. Januar im Neuen Deutschland, die für den 02. Januar verfügte Öffnung der STASI-Akten (Autorenkollektiv 1994: 92).

PDS am 13. 01. 1992 vor Gregor Gysi gestellt[220]. Zwei Tage später hatte sich Gysi medienwirksam in der Gauck-Behörde persönlich informiert und vom Bundesbeauftragten für die STASI-Unterlagen einen Quasi-Freispruch gegenüber der Presse erhalten, da dieser offiziell bestätigte, dass „meiner Behörde keine Verdachtsmomente einer Spitzeltätigkeit vorliegen“ (Autorenkollektiv 1994: 92). Gysi wusste die Situation jedoch zu nutzen. „Es gibt nach wie vor nicht mehr als Gerüchte“ (PID 15.01.1992). Am 24. Januar erhält Gysi Einsicht in seine STASI-Akten[221] und erklärt nach einem dreistündigen Aktenstudium der wartenden Presse: „Im Jahre 1980 wurde ich beim MfS als eine Person erfasst, bei der abzuklären war, ob sie als Inoffizieller Mitarbeiter gewonnen werden soll und kann. Dazu gibt es einen Beschluss... 1986 gibt es einen Abschlußbericht, in dem begründet wird, warum ich als „Inoffizieller Mitarbeiter“ nicht geeignet bin, und warum ich keinen Nutzen versprach. Unter anderem wird festgestellt, dass ich sowieso nicht bereit wäre, meine anwaltliche Schweigepflicht zu verletzen“ (Pressekonferenz 24.01.1992). Gysi nutzte die Gelegenheit, um auf die Beschuldigungen gegen sich und Modrow einzugehen, wobei er die unstatthafte Vorgehensweise anprangerte, die von den politischen Gegnern gesteuert würde[222]. Die Presseerklärung sowie der Freitod des PDS-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Riege am 15.02.1992, der in seinem Abschiedsbrief den Freitod mit der Angst vor der, durch die Medien geschaffenen Öffentlichkeit und dem ihm, nach Bekannt werden seiner 32 Jahre zurückliegenden STASI-Mitarbeit, im Bundestag entgegengebrachten Hass begründete, war Wasser auf die Mühlen der Argumentation Gysis bzgl. des Umgangs mit den STASI-Akten. Unterstützung erhielt er vom letzten DDR-Innenminister Peter - Michael Diestel, der im Zusammenhang mit dem Freitod Rieges, die Beendigung der STASI-Hysterie forderte.

[220] „Die Anschuldigungen werden als haltlos zurückgewiesen. Für beide Gremien steht die Integrität Gysis außerhalb jeden Verdachtes“ (PID 13.01.1992).

[221] Darunter wurden die Vorlauf IM-Akte und die Unterlagen zu einem Operativen Personenkontroll-Vorgang (OPK), der den Decknamen „Sputnik“ trug, verstanden.

[222] „Viele Verdächtigungen werden ausgesprochen, bevor eine Klärung erfolgt. Das kann im Einzelfall dazu beitragen, einen Menschen zu zerstören. In meinem Fall ist diese Umgangsart sicherlich politisch motiviert und richtet sich gegen die PDS. Es ist schwierig, wenn einem nicht die Schuld bewiesen wird, sondern Betroffene in die unrechtmäßige Pflicht gezerrt werden, die eigene Unschuld zu beweisen... In dem Zusammenhang habe ich das Gefühl, dass 1992 offenbar zum Jahr der endgültigen moralischen Vernichtung der DDR werden soll“ (Gysi 1992).

Sowohl diese durch die Öffnung des Archivs[223] entstandene Situation als auch die im Osten spürbare wirtschaftliche Verschlechterung zeigten ihre Wirkung in der Einstellung der „neuen" Bundesbürger. So stellen sowohl Andretta/Baethge[224] als auch Westle[225] folgende Stimmungslage fest: „Die hohe Zahl von Arbeitslosen, Umschülern und in Kurzarbeit oder Arbeits-beschaffungsmaßnahmen befindlichen Personen demonstrierte soziale Härten, die für viele Anlass waren, von den Leistungen des alten Systems zu schwärmen. Umfragen zeigten, dass soziale Sicherheit, ausreichendes Einkommen und eine stabile wirtschaftliche und politische Situation dem Zugewinn an persönlichen Freiheiten vorgezogen wurden. Veränderungen machten sich auch im Lebensgefühl und den sog. Befindlichkeiten der Ostdeutschen bemerkbar. Skepsis gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik und der Marktwirtschaft breiteten sich aus, und die Erinnerungen an die schlechte Realität des ehemaligen real existierenden Sozialismus verblassten" (Neugebauer/Stöss 1996: 54). So entstand nach und nach ein Klima, dass die PDS seit 1990 versucht hatte herbei zu reden, in dem sie den „Aufbau Ost" als den Hauptteil ihres politischen Wirkens bezeichnet und gleichzeitig die Missstände versucht hatte aufzuzeigen. Sie war aber bis 1992 mit diesem Unterfangen gescheitert[226], obwohl Gysi bereits 1990 zur Bundestagswahl die These offiziell vertreten hatte, dass die spezifischen Interessen der ehemaligen DDR-Bürger im Bundestag durch die PDS vertreten werden müssten, da alle anderen Parteien als sog. fusionierte Nach-Wende-Parteien, dies nicht zu leisten im Stande seien[227]. Nur so glaubte er die

[223] Ohne auf die Tatsache weiter eingehen zu wollen, muss hier angemerkt werden, dass der Leiter der Behörde Joachim Gauck an der Gesamtsituation nicht ganz unschuldig war. Bei einem Vortrag am 22.01.1992 in Berlin bezeichnete er den PDS-Bundestagsabgeordneten Hans Modrow, der im Jahr 1999 immer noch als „Ikone seines Flügels" gilt, als Täter. Es könne nicht angehen, so Gauck weiter, „dass dieser (gemeint ist Modrow) weiter in seinem Sessel sitzt, obwohl er in seinen verantwortungsvollen Funktionen viel zum Unrechtssystem beigetragen habe" (Autorenkollektiv 1994: 94).

[224] Andretta, Michaela/Baehtge, Martin; „Der nicht enden wollende Übergang", in: Frankfurter Rundschau, 14.10.1994: 14.

[225] Westle, Bettina; „Demokratie und Sozialismus", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46. Jg (1994), H. 4, 571 - 596.

[226] Alle Veröffentlichungen bzgl. der PDS heben die Unfähigkeit der Partei in den Jahren 1990 und 1991 in den neuen Bundesländern hervor, ihre diesbezüglichen Ziele im Klima des „allgemeinen Optimismus und des Systemvertrauens massenwirksam zu vertreten" (Neugebauer/Stöss 1996: 54).

[227] „Der Partei wuchs eine völlig neue Funktion zu. Es wurde dringlich erforderlich, dass im künftigen einheitlichen Deutschland und in seinem Parlament die spezifischen Interessen der BürgerInnen der dann ehemaligen DDR politisch vertreten werden. Da aber ... alle anderen Parteien mit westdeutschen Parteien fusionierten und dort dann schon eine wesentlich geringere Rolle spielten, werden sie diese spezifischen Interessen kaum noch in das Parlament einbringen können. Hinzu kommt, dass wir ein komplizierte Vergangenheit, eine schwer auf uns lastende

Möglichkeit zu erhalten über die DDR die deutsche Einheit zu gestalten (vgl. Gysi/Falkner 1990: 143). Lange Zeit schien es, dass der PDS nicht zugebilligt wurde für die gesamte DDR bzw. die Bürger der ehemaligen DDR zu sprechen, sondern sie wurde nur als Klientelvertreter der ehemaligen politischen Klasse der DDR und der Einheitsverlierer angesehen[228]. Die sog. Idee einer „Gystel-Partei“[229], die sehr wahrscheinlich das Ende der selbständigen PDS bedeutet hätte, erledigte sich von alleine. Die PDS bis zum Juni 1992 noch in Agonie versunken, in der Suche nach Inhalten, Personen, Programmatik für 1993 mit sich selbst beschäftigt, wurde durch ihren imposanten, von niemandem für möglich gehaltenen „Wahlsieg“ wieder zur politischen Aktivität erweckt. Zum ersten Mal seit der Vereinigung hatte die PDS den Negativtrend gestoppt und vom Stimmungsumschwung in den Neuen Bundesländern und Ost-Berlin bei den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen profitiert. Mit insgesamt 11,3% und 29,7% in Ost-Berlin hatte sie das Ergebnis von 1990 bei der Abgeordnetenhauswahl übertroffen. Die CDU musste zum ersten Mal gravierende Verluste hinnehmen: Verlor sie insgesamt in Berlin 13% Prozentpunkte[230], so sackte sie in Ostberlin sogar auf 14% ab[231]. Das Erstarken der PDS, das von Innen heraus nicht erreicht wurde, wurde durch die anderen Parteien forciert. Vor allem der Wahlkampf der CDU begann deutlich zu zeigen, dass sie eine West-Partei war. Keines der Wahlkampfthemen traf die

Geschichte haben. Aber gerade das verpflichtet uns im besonderen Maße die Interessen der Menschen wahrzunehmen, die in der DDR gelebt haben. Wir sind ihnen eben mehr schuldig als die anderen“ (Gysi/Falkner 1990: 143).

[228] Dies ist sowohl die Selbsteinschätzung der PDS im Jahre 1992, als Gysi im Juni 1992 noch einmal, wenn auch wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt nur taktisch geschickten Ansatz der Gründung einer reinen Ostpartei ins Gespräch brachte. Gleichzeitig kommen Neugebauer/Stöss, Falkner/Huber und Brie/Herzig/Koch unabhängig voneinander zur gleichen Einschätzung der PDS zu diesem Zeitpunkt.

[229] Dies Wortschöpfung entsprang vor allem den politischen Gegnern, die aus den Namen Gysi und Diestel, beides Vertreter der Idee einer OSTPARTEI, das Kunstwort Gystel etablierten. Diese Ostpartei sollte eine Art Überpartei darstellen, d.h. man konnte durch Doppelmitgliedschaft sowohl in ihr als auch z.B. in der PDS Parteimitglied bleiben bzw. werden. Alle Problembereiche, bei denen es keine Annäherung zwischen DSU und PDS zu geben schien, sollten ausgeklammert werden. Für Gysi ergab sich daraus die Chance Einfluss auf die Bauernschaft zu gewinnen. Es kam nicht zur Gründung der Partei, aber mediengerecht inszeniert gab es eine Gründung des „Komitees für Gerechtigkeit“, für dessen Namensgebung der Schriftsteller Stefan Heym stand. Die Reaktion auf dieses Komitee war so wie es Gysi erwartet hatte. Die etablierten Parteien waren geschockt und ergingen sich in Haßtiraden. Die weiteren Auswirkungen werden im Verlaufe der Arbeit z.T. noch Erwähnung finden.

[230] Ein Stimmenrückgang von 40% auf 27%.

[231] 1990 hatte sie dort immerhin 25% der Stimmen erhalten.

Befindlichkeiten der Bürger in Ost-Berlin[232]. Sehr schnell erkannten die Strategen um Gysi die sich bietende Chance der PDS im Osten. Man musste nur, nach dem die OST-Partei doch nicht konzipiert worden war, einen kleinen Schritt der Veränderung unternehmen. Bis dato hatte die PDS als Sammelbecken für Vereinigungsgegner gegolten. Ab diesem Zeitpunkt entwickelte sie sich Stück für Stück, auch in ihrer parteiinternen Argumentation, zu einer Vertretungspartei spezifischer Ost-Interessen. Durch diese Entwicklung konnte der Makel der Anti-Partei gegen das Flair der Pro-Partei[233] ausgewechselt werden. Verstärkt und vor allem bewusst wurde ein Ostgefühl, d.h. eine Ostidentität mit spezifischen Ostinteressen, herausgebildet. Somit sollte und wurde ein Selbstbewusstsein der OSSIS[234] wiederhergestellt, das dem BESSER-WESSI[235] und seiner vermeintlich empfundenen oder vielleicht wirklich vorhandenen Ignoranz und Arroganz entgegenwirken sollte. Obwohl diese Idee nicht neu war, funktionierte sie 1992 erstmals aufgrund der sich geänderten Rahmenbedingungen bzw. der zumindest empfundenen geänderten Situation. Durch diese Rückbesinnung auf Ostdeutschland erreichte die Partei die kurz vorher noch als utopisch angesehenen Ziele:

1. Die Partei organisierte sich mit Erfolg auf kommunalpolitischer Ebene in den Neuen Bundesländern.
2. Die Übernahme ehrenamtlicher außerparlamentarischer Projektleitung wurde wieder forciert.
3. Zukünftige Mandatsträger wurden durch Schulungen qualifiziert und verfügten somit über größere Chancen im politischen Wettbewerb.
4. Die Partei konnte sich von unten nach oben rekonsilidieren.
5. Der Mitgliederschwund konnte gestoppt werden.
6. Innerparteiliche Dissense und Konflikte, die ein Jahr zuvor die Partei beherrschten und fast das Auseinanderbrechen der Partei verursacht hatten, verebbten.
7. Die gesamtdeutschen Zielsetzungen wurden kurzfristig zur Stabilisierung der Partei zurückgenommen, mittelfristig aber nicht aufgegeben.

[232] So waren die Themen Olympia, anwachsender Verkehr und lange Wartezeiten auf Handwerker die Wahlkampfthemen. Themen wie Arbeitsplatzabbau, soziale oder psychologische Fragen im Zusammenhang mit der Einheit oder die Rentensituation fanden im gesamten Wahlkampf der CDU keinen Niederschlag.
[233] Vgl. hierzu auch die Analyse in 9.3.1 und 9.3.2.
[234] vgl. hierzu ausführlich Neugebauer/Stöss 1996: 57f.
[235] vgl. hierzu ausführlich Neugebauer/Stöss 1996: 57f.

Gerade der letzte Punkt wurde von einigen Beobachtern, wie z.B. von Moreau[236] falsch eingeschätzt. Es fand allerdings nie eine Revidierung dieser Fehleinschätzung, sondern lediglich eine partielle Veränderung in der nächsten Veröffentlichung statt. Es bleibt festzustellen, dass ein 1991 noch als hoffnungslos empfundenes Jahr 1992, die politische Wiedergeburt der PDS bedeutete. Gleichzeitig zeigte dieses neue Selbstverständnis Auswirkungen auf die gewonnene innerparteiliche Stabilität. Die Mitteilung Gregor Gysis am 30. November 1992, dass er nicht mehr für den Parteivorstand kandidieren werde[237], führte weder zur Auflösung der Partei noch zu großer Unruhe, was im Jahr zuvor sicherlich der Fall gewesen wäre. Fast still vollzog sich die Etablierung des neuen Parteivorsitzenden Lothar Bisky, auf den sich der Parteivorstand einigte und der frühzeitig seine Kandidatur bekannt gab. Auch die gleichzeitig von Sarah Wagenknecht mit der Veröffentlichung ihres Textes „Marxismus und Opportunismus“ in den Weißenseer Blättern provozierte parteiinterne Diskussion, führte nur zu einem „gründlichen Meinungsstreit über die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus...“ (Mellenthin Disput 2/93: 7), nicht aber zur erwarteten Ausschlußdiskussion. Die Diskussion wurde sehr bewusst in eine, für die Provokateure unbefriedigende kurze Aussprache dirigiert und endete in einem zurückhaltenden Parteivorstandsbeschluß, der erst wieder bei der Programmatikdiskussion 1993 hervorgeholt wurde. Inwieweit die PDS es verstanden hat, diese positive Entwicklung in die Parteitage 1993/1994 hinein mit zu übernehmen und inwieweit sich die „Ostorientierung“ endgültig im ersten Programm der PDS niederschlug, soll im nächsten Kapitel aufgezeigt werden.

5.5 Der 3. Parteitag 1993/1994

Entgegen dem bisherigen Vorgehen, die Tagungen der Parteitage einzeln darzustellen, sei dies beim 3. Parteitag anders gehandhabt, da sich die Themen der 2. und 3. Tagung überschneiden. Bestimmend für die drei Parteitagstreffen waren

---

[236] Es soll an dieser Stelle nicht weiter auf die einzelnen Veröffentlichungen von Moreau eingegangen werden, wobei der Hinweis auf diese Unstimmigkeiten hier erlaubt sei. Gleichzeitig sei auch auf die in der Literaturliste und in anderen Kapiteln genannten Veröffentlichungen von Moreau verwiesen.

[237] Gysi nannte verschiedene Punkte, die zu seinem Rücktritt bzw. seiner nicht erneuten Kandidatur geführt hatten:

1. Die Führung der Partei sollte auf mehrere Schultern verteilt werden.
2. Gysi wollte verhindern, dass der erlittene Substanzverlust als Persönlichkeit auch auf den Politiker Gysi durchschlägt und somit auch die Partei trifft.
3. Er wollte die Dominanz der Person Gysi in der Partei zurückführen (was er sicher nicht wirklich wollte und was bis heute auch nicht geschehen ist, unabhängig davon, wer Parteivorsitzender ist).

Vgl. hierzu Autorenkollektiv 1994: 128.

der „Bundestagswahlkampf 1994“ und die „Diskussion und Annahme des Parteiprogramms“. Da auf die Programmatik in einem eigenen Kapitel nochmals eingegangen wird, sei die Darstellung einzelner Inhalte vernachlässigt. Wie bereits im letzten Teilkapitel angesprochen, hatte die Kommunistische Plattform eine kritische Stellungnahme[238] zu den verschiedenen Bereichen innerhalb der PDS herausgegeben, gleichzeitig hatten sich einzelne Mitglieder[239] der Kommunistischen Plattform in offenen Briefen, Stellungnahmen oder ergänzenden Erläuterungen an die Partei und/oder die Öffentlichkeit gewandt. Für die 1. Tagung des 3. Parteitages[240] wurde befürchtet, dass es zu nicht gewollten Grundsatzdiskussionen[241] über das Parteiverständnis der PDS kommen könnte. Diese Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht, da der Selbsterhaltungstrieb der Partei bzw. seiner einzelnen Strömungen und Arbeitsgemeinschaften alle Diskussionen überlagerte. Die Erkenntnis, dass das Festhalten an dem aufgezeigten „Diskussionsbedarf“ zu einer Bedrohung für die Partei werden könnte, veranlasste die Kommunistische Plattform ihr Papier zurückzuziehen und schaffte somit die wichtigste Voraussetzung[242] für die Verabschiedung eines Parteiprogramms auf dem 3. Parteitag. Aufgrund dieser Tatsache gelang es der eingesetzten Grundsatzkommission, die anderen vorliegenden Programmentwürfe so zusammenzufassen, dass die Annahme als sicher gelten konnte. Als Beweis sei angeführt, dass sich bei der Diskussion um den Programmentwurf nahezu alle Fragen um die praktische Politik drehten. Es gab nur sehr wenige Versuche in eine theoretische Diskussion einzusteigen. „Der Verzicht auf eine Theoriediskussion ermöglichte vermutlich überhaupt erst einen breiten innerparteilichen Konsens“ (Neugebauer/Stöss 1996: 59). A. Brie[243] versäumte es zu keiner Zeit, auf den politischen Charakter des Programms

[238] Vgl. hierzu: Thesen zum Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, vorgelegt von der Kommunistischen Plattform (Dez. 1992).
[239] Hier sind vor allem Sarah Wagenknecht (vgl. hierzu Ausführungen in 7.4) und Michael Benjamin („Begründung der Thesen der Kommunistischen Plattform“, Berlin 1992) zu nennen.
[240] Diese fand vom 29. - 31. Januar in Berlin statt.
[241] Bezogen auf die vorher angemerkten Kommunistische Plattform-Papiere war diese Befürchtung nicht von der Hand zu weisen. Bei strikter Umsetzung und Verfolgung der darin vertretenen Thesen und Forderungen wäre zumindest der Parteitag gesprengt worden. Ob es zu einer Teilung der Partei gekommen wäre, kann nicht abschließend beantwortet werden. Wahrscheinlich hätte bei Nichtzurückziehung der Kommunistischen Plattform-Papiere der reformerische Flügel den Traditionalisten eindeutig die Grenzen des Machbaren aufgezeigt, so wie sie dieses immer vorher und immer nachher getan haben, wenn es um das Überleben der Partei ging.
[242] Neugebauer/Stöss beschreiben diese Vorgänge ausführlicher, wobei sie diese Problematik in einem anderen Kontext abhandeln. Vgl. hierzu Neugebauer/Stöss 1996: 58ff.
[243] Dieser war von der Parteispitze als Koordinator für die Programmarbeit eingesetzt worden.

hinzuweisen und gleichzeitig dessen integrativen Auftrag[244] hervorzuheben. Trotz der erstmaligen Etablierung eines gesamtdeutschen Programms sind durch das Programm und seine Entstehung manifestierte, innerparteiliche Schwächen[245] festzustellen. Brié sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, dass das Programm zugleich ein „Verrat an Marx", „Scharlatanerie" und ein „glatter Kinderpopo"[246] sei. Brié argumentierte in seiner Antwort, dass innerparteilicher Pluralismus deshalb notwendig sei, um sozialistischen Idealen politische Wirksamkeit[247] zu verleihen.

Eine Differenz zu früheren Zeiten, die für die weitere Entwicklung und Akzeptanz der PDS eine Rolle spielen wird, war in der abgelaufenen Programmatikdiskussion nachzuvollziehen. Zum ersten Mal wurde versucht, eine Basis zu finden, die die PDS befähigen sollte als gesamtdeutsche Partei agieren zu können. Mit dieser Zielsetzung war, so antagonistisch es sich auch anhört, verbunden, dass verschiedene Positionen weiter im Programm verblieben, ohne „sie auf ihre Kompatibilität zu prüfen, nachzugeben, wenn Widerstand gegen radikale Erneuerungstendenzen artikuliert wurde, und schließlich die Diskussion dem Außendruck anzupassen, also tendenziell immer stärker zu verengen und sich mehr der Abwehr von Kritik an der SED und der DDR zu widmen, anstatt sich selbstkritisch mit derartigen Fragen zu befassen" (Neugebauer/Stöss 1996: 60). Um diese Aussage zu unterlegen, sei der Artikel „Marxismus und Opportunismus"[248] von Wagenknecht genannt, in dem sie, entgegen der Beschlußlage der Partei, die Politik Stalins als die Fortführung der von Lenin bewertet[249] und damit das gerade stabilisierte Bild der Partei in der Öffentlichkeit, insbesondere den propagierten Erneuerungswillen, schwer beschädigte. Trotz

[244] „Ziel dieses Programmes ist es, der PDS ein klares sozialistisches Profil zu geben, ohne dabei aber wichtige Strömungen innerhalb der Partei auszugrenzen" (Brie, A. „Zum Programm der PDS" 1993: 32).

[245] Als Beispiel sei die Beibehaltung des Anerkennens und die Fortführung des gleichberechtigten Nebeneinanders unterschiedlichster ideologischer Grundpositionen genannt, die nicht immer reibungsfrei ablief bzw. abläuft.

[246] Brié „Zum Programm der PDS" 1993: 32.

[247] „Die Kultur und das Selbstbewußtsein eines andauernden Wirkens für antikapitalistische Veränderungen und sozialistische Ziele werden darüber entscheiden, ob wir eine sozialistische Partei sind und zur realen Überwindung der Profitherrschaft beitragen oder ob wir in einem der vielen Sümpfe von Machtgelüsten, Opportunismus, Systemanpassung, Sektierertum, Selbstisolierung ... versacken werden" (Brié: Zum Programm der PDS 1993: 34f.)

[248] Es handelt sich hierbei um die Veröffentlichung, die als Weißenseer Erklärung, veröffentlicht in den Weißenseer Blättern 4/92, Eingang in die Diskussion gefunden hat. Bei der Programmatik-Diskussion wird nochmals explizit auf diese „Erklärung" eingegangen.

[249] „Diese Politik war nicht Niedergang und Verwüstung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine Großmacht" (Wagenknecht 1992: 13).

dieser „Vergehen“ verblieb sie im Parteivorstand. Gleichzeitig[250] beschloss der Parteitag[251] die Wiederaufnahme resp. Fortsetzung der bereits abgeschlossenen Stalinismus-Diskussion. All diese aufgezeigten Diskrepanzen akzeptierte die Parteiführung, um die Chance auf Erhaltung der Organisation der Partei, die Stellung der Reformer innerhalb der Partei und die Annahme „ihres“ Parteiprogramms[252] zu optimieren.

Für diese Akzeptanz wurde die Parteiführung auf der 1. Tagung, auf der alle Inhalte ihrer Vorstellung entsprechend durchgesetzt wurden, belohnt. Gysi charakterisierte zum Ende der 1. Tagung die PDS als Partei, der es jetzt möglich sei, sich globalen Problemen zuzuwenden, weiterhin „konsequent linke Positionen vertrete, ostdeutsche Interessen artikuliere und gesamtdeutsche Alternativen entwickle“ (Bortfeld 1993: 280).

Zusätzlich zu den bisher genannten Beschlüssen verabschiedete der Parteitag auf dieser Tagung eine Resolution zur Ablehnung von Änderungen des Grundgesetzes, die Blauhelmeinsätze der Bundeswehr ermöglichen könnten[253]. Darin kritisierte die PDS den vermeintlichen Versuch der CDU/CSU und F.D.P., aktiv die Militarisierung der deutschen Außenpolitik zu betreiben und diese hinter „wohlklingenden Schlagworten wie humanitäre Maßnahmen, Wahrnehmung gewachsener Verantwortung und Nothilfemaßnahmen“ (Disput ¾ 1993: 231) zu verstecken. Nochmals betont die PDS ihren Standpunkt der generellen Ablehnung von Bundeswehr-Einsätzen außerhalb von NATO-Gebiet[254]. Diese Einsätze dienten als Vorwand für die Regierung, um unabänderliche Fakten bereits vor einer Grundgesetzänderung zu schaffen und „der Vorbereitung der Bevölkerung auf kommende Haupteinsätze[255]“ (Disput ¾ 1993: 231).

[250] Und dies belegt eindeutig die eigentliche innere Zerrissenheit der Partei zur damaligen Zeit.
[251] 1. Tagung des 3. Parteitages, Anm. d. Verfassers.
[252] Zur Gesamtprogrammatik vgl. Kapitel 8.
[253] Zum genauen Wortlaut siehe „Beschluß der 1. Tagung des 3. Parteitages“ in: Disput ¾ 1993: 231f.
[254] Diese Ablehnung sog. out-of-area-Einsätze hat die PDS bis heute durchgehalten. Sie hat auch als einzige Fraktion gegen den Einsatz der Bundeswehr im Jugoslawien-Konflikt 1999 gestimmt. Dies ist scheinbar keine linke Symbolik, sondern die stringente Umsetzung eines seit 1993 bestehenden Beschlusses.
[255] Ob dies damals Intention der Regierung war, lässt sich nicht nachweisen. Allerdings hat die Gewöhnung der Bevölkerung funktioniert, wenn man die Zustimmungsprozentzahlen zu Beginn des kriegerischen Konflikts zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien in der deutschen Bevölkerung analysiert. Das zahlenmäßige Ergebnis bestärkt die Aussage der PDS-These, unabhängig von der Gültigkeit der These selbst.

Die weiteren Einzelforderungen[256] dieses Beschlusses werden an dieser Stelle nicht weiter analysiert, da sie Bestandteil der Programmatik sind und somit im Kapitel 8 nochmals zur Sprache kommen. Aus den auf dem Parteitag beschlossenen sechs Thesen „für eine Wiederanerkennung der Politik durch die Partei“ (Disput ¾ 1993: 232f.) wurde ein linkes Minimalprogramm entwickelt, das bis zur Bundestagswahl gestaltet und umgesetzt werden sollte. Zehn Elemente[257] sollte dieses Minimalprogramm umfassen, wobei die meisten der Forderungen später Eingang in das Wahlprogramm wie auch in das erste Parteiprogramm gefunden hatten.

Themenkomplexe bildeten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Forderung eines Marshallplans für den Osten, der Erhalt des Sozialstaats, sowie Erneuerung des Bildungs-, Kultur- und Berufs-/Erwerbssektors. Die Hauptaufgabe bis zur Bundestagswahl war damit definiert. „Für die PDS steht damit die Aufgabe, eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative zu entwickeln, das Zusammengehen mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, den Komitees für Gerechtigkeit und anderen zu verstärken und dabei ihre Aktionsfähigkeit zu erhöhen“ (Disput ¾ 1993: 232f). Nicht zuletzt durch die Veröffentlichung dieser Thesen und des Minimalprogramms sah sich die PDS für die anstehenden Wahlkämpfe gut vorbereitet. Der sich abzeichnende Aufwärtstrend nach den „schlechten Jahren 1990/1991“ hielt aufgrund des bundesweit erkennbaren und sich deutlich abzeichnenden Stimmungsum-schwunges an. Aber auch die, durch das Verhalten der Reformer auf der 1. Tagung erreichten Ergebnisse führten eindeutig zu einer organisatorischen und programmatischen Konsolidierung. Die Aussichten auf einen erfolgreichen Wahlkampf und ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl 1994 stiegen deutlich an, da das Ostparteienimage die PDS für Protestwähler attraktiv erscheinen ließ[258] und deshalb das Erreichen der 5% unter Einberechnung dieser „Wechselwähler“ möglich erschien.

Die 2. Tagung des 3. Parteitages stand ganz im Zeichen von hitzigen Debatten zu verschiedenen Themen[259], wobei die Diskussion um Grundsätze und Ziele für die

---

[256] 1. Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung des Territoriums.
2. International wird die Bundesrepublik Deutschland nicht militärisch tätig.
3. Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung (vgl. Disput ¾ 1993: 231).

[257] Vgl. hierzu Disput ¾ 1993: 234f.

[258] Vgl. Neugebauer/Stöss 1996: 63.

[259] 1. Erklärung zur politischen Strafverfolgung in Ostdeutschland.
2. Positions- und Orientierungsmaterialien zu antifaschistischer Politik heute.
3. Gleichberechtigtes Miteinander aller in Deutschland lebenden Menschen.
4. Gegen eine Militarisierung der Außenpolitik.

Wahlen 1994 im Mittelpunkt stand. So waren die verabschiedeten Erklärungen[260] und die komplettierenden Wahlgänge für den Parteivorstand lediglich Beiwerk, wenn auch zeitintensives[261]. Ergebnis der „Wahldebatte“ war ein Beschluss „Linke Opposition gegen rechte Experimente“ (Disput ¾ 1993: 243ff.), der zu dem Ergebnis kam, dass „die Bundesrepublik eine echte politische und gesellschaftliche Opposition“ (Disput ¾ 1993: 253ff.) brauche, die nur die PDS repräsentieren könne. Wichtigster Punkt dieses Beschlusses ist eine Randnotiz in Punkt 9; hier verweist die PDS zum ersten Mal direkt auf die Wichtigkeit von Weststimmen für den Gesamterfolg und „wendet sich an die Mitglieder der Partei, an Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS, sowie an all jene, die eine linke Opposition im Parlament wollen, Wählerinnen und Wählerinitiativen für die Wahl der PDS, insbesondere in den westdeutschen Bundesländern zu bilden“ (Disput ¾ 1993: 257).

Die 3. Tagung im März 1994 war ausschließlich auf die bevorstehenden Wahlen ausgerichtet, wobei sowohl Europa- als auch Bundestagswahlen zu bestreiten waren. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels soll nur noch kurz auf den Beschluss der 3. Tagung bzgl. des Parteiprogramms eingegangen werden, da sowohl die Wahl selbst[262] wie auch die wichtigsten Inhalte[263] im Verlauf der Arbeit explizit dargestellt und analysiert werden. Unter dem Schlagwort „Opposition gegen Sozialabbau und Rechtsruck - Die PDS gehört in den Bundestag - Die BRD braucht eine starke Opposition und Widerstand“ (PID 11/12 1994: 308) ging die PDS zuerst auf ihre bisher erfolgreichen politischen Arbeit[264] ein und definiert ihr politisches Ziel mit dem Erreichen eines demokratischen Sozialismus. Wiederholt wird auf die Bedeutung der WählerInnen im Westen hingewiesen, ohne deren

5. Gegen den § 218.
6. Gegen den Beschlußentwurf eines Pflegegesetzes (vgl. Autorenkollektiv 1994: 152).

[260] Vgl. Autorenkollektiv 1994: 152 und div. Parteitagsveröffentlichungen der PDS ungebunden und ohne Verlag.

[261] Fast wäre man geneigt „wie immer zu sagen“, da die PDS, sobald sie innerparteiliche Diskussionen auf Bundesparteitagen zulässt, sofort dergestalt ein Zeitproblem erhält, dass es sich bei den Beiträgen zumeist um vorbereitete Erklärungen der „Flügel“ handelt, die sehr „ausführlich“ sind, aber nicht als Input für eine Diskussion etc. gedacht sind, sondern mehr im Sinne einer Verlautbarung.

[262] Vgl. Kapitel 9.3.2.

[263] Vgl. Kapitel 9.

[264] „Im Bundestag, in sechs Landtagen, in tausend Kommunalverwaltungen sowie in außerparlamentarischen Bewegungen haben wir uns eingesetzt“ (PID 11/12 1994: 308).

Stimmen eine Umsetzung der Politik nicht möglich sei[265]. Die wichtigsten Programmpunkte für die Europa- und Bundestagswahl waren identisch[266].

„Veränderung beginnt mit Opposition“, mit diesem Slogan der PDS wurde der Wähler mit zwei verschiedenen Interpretationen konfrontiert. Im Westen reiste Gysi von einem Termin zum anderen und versuchte die PDS als linke demokratische Partei, links von der SPD zu repräsentieren, wobei sein Ingolstädter Manifest[267] dazu dienen sollte, linke Protestwähler zu aktivieren. Im Osten versuchte die PDS mit Modrow die „alte PDS-Klientel“ zu versorgen, was vor allem nach der Europawahl noch dringender erschien. Mit 4,7 % war die PDS zwar viert stärkste Partei geworden, aber trotzdem an der 5%-Hürde gescheitert. So rückten die den Verbleib im Bundestag sichernden „3 Berliner Direktmandate“[268] in den Vordergrund der Wahlkampfüberlegungen. Problematisch wurde zum Teil die „offene Listenpolitik“ der Partei, in dem sie ein Drittel ihrer Listenplätze für Nichtmitglieder offen hielt. Allein die vor allem im Osten sehr emotional geführte Diskussion um den „deutschen Altadel Heinrich v. Einsiedel“ (ND 07.06.1994), der von vielen PDS-Mitgliedern als Nationalist und deshalb als nicht tragbar eingeschätzt wurde[269], charakterisiert sehr eindringlich, die inneren Probleme. Neugebauer/Stöss kommen bei ihrer Analyse zu dem Schluss, „dass es besser sei, nicht der PDS anzugehören, wenn man durch die Partei etwas werden wolle“ (Neugebauer/Stöss 1996: 65).

Letztendlich war die PDS mit ihrem auf dem Parteitag verabschiedeten Wahlprogramm mit den richtigen und wichtigen Aussagen angetreten, um ein linkes Wählerklientel, sowohl im Westen als auch im Osten ansprechen zu können. Trotz des Scheiterns an der 5%-Hürde[270] verblieb die PDS durch vier in Berlin gewonnene Direktmandate als Gruppe im Deutschen Bundestag. Mit einer fast 50% Erhöhung der Abgeordneten gestaltete sich politische Arbeit besser strukturierbar. Inwieweit die Entwicklung der PDS auch zur innerparteilichen Stabilisierung beitragen konnte, muss im weiteren Verlauf noch untersucht

[265] Vgl. PID 11/12 1994: 308.
[266] Bei den bereits vorgestellten grundsätzlichen Forderungen kann dies nicht verwunderlich sein.
[267] Hierauf wurde bereits und wird später näher eingegangen.
[268] Allein in Berlin führte die Partei, nicht zuletzt aus dieser Einschätzung heraus, 530 Wahlkampfver-anstaltungen durch.
[269] Vgl. Protokoll Delegiertenkonferenz Landesdelegiertenparteitag Sachsen.
[270] Gesamtdeutsch erreichte die PDS 4,4%. Siehe dazu auch Übersichtsgraphiken zu den Wahlergebnissen.

werden, genauso wie die Frage nach dem gesamtdeutschen Wählerpotential für die PDS.

5.6 Der 4. Parteitag, 1. Tagung 1995

Nachdem unter dem Diktat des Superwahljahres 1994 die parteiinternen Streitigkeiten, wie bereits aufgezeigt, nicht öffentlich wurden oder wie Bortfeld es bezeichnet, „die Widersprüche gedeckelt“ (Bortfeldt 1995: 232) wurden, brachen zum Ende des Jahres altbekannte „Gräben“ wieder auf[271]. Am 29. November 1994 veröffentlichte der Parteivorstand „die zehn Thesen zum weiteren Weg der PDS“[272], die dazu gedacht gewesen waren, „einen Schritt zur Pragmatisierung und Operationalisierung“ (Neugebauer/Stöss 1996: 106) der PDS-Politik darzustellen. Ohne auf alle Thesen explizit einzugehen, sei zusammenfassend der Inhalt dargestellt. In diesem Papier wurden folgende Bereiche behandelt: - Aussagen zu bestimmten Politikbereichen und der damit verbundenen Politik der PDS
- Aussagen über andere Parteien und einer möglichen Kooperation mit diesen
- Formulierung kurz- und langfristiger Strategien für die PDS
- Programmatische Neuerungen mit den Bereichen „Fundamente einer Lebensweise
im 21. Jhdt.“ und „Umgestaltung der Arbeit“
- Ziele der Oppositionspolitik der Partei und Überlegungen zum weiteren Weg der PDS[273].

Eine Neuerung der Vergangenheitsbewältigung wurde nicht durchgeführt. Hervorzuheben ist nur die erneute Betonung der Ablehnung der Verklärung von „Fehlern, Irrtümern und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden“ (Disput 23/94: 6). Die Kritik an diesen Thesen aus der Partei heraus war für die Autoren überraschend heftig[274]. Gerade die Kommunistische Plattform und die orthodoxen Marxisten attackierten die 4. These vehement: Darin wurde der Begriff des Klassenkampfes als ungeeignet dargestellt, um eine Erfassung komplexer politischer und sozialer Situationen vorzunehmen. Dieser, von Teilen

[271] Zum großen Teil wurde dies durch, auf die noch näher einzugehenden „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“, dem Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel“ des Parteivorstandes und dem Interview Sahra Wagenknechts mit dem ND, in dem sie die Ereignisse des Herbst 1989 als Gegenrevolution bezeichnete, dramatisch verstärkt.
[272] Federführend für diesen Entwurf zeichnete der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Gehrcke.
[273] Zur ausführlichen Darstellung siehe Disput 23/1994: 4ff.
[274] Vgl. Neugebauer/Stöss 1996: 107ff.

der Partei gleichgesetzte Abschied vom Klassenkampf als politisches Mittel, wurde zu einem so hohen Streitpotential innerhalb der Partei, dass die Vorstandschaft dieses Thesenpapier zurückzog.

Der letztendlich erfolgreiche Versuch von Lothar Bisky und Gregor Gysi, Hans Modrow [275]zu einer Mitarbeit an einem neuen Thesenpapier zu überreden, charakterisiert die Bemühungen des Parteivorstandes einen breiten Konsens innerhalb der Partei wieder herzustellen. Knapp acht Wochen vor dem Parteitag in Berlin stellte die Arbeitsgruppe ihr „Fünf-Punkte-Papier" vor. Darin waren folgende wichtige Aussagen enthalten:
- Zum sozialistischen Charakter der PDS
- Zum Oppositionscharakter der PDS
- Zum Pluralismus innerhalb der Partei
- Zum Verhältnis der Partei zu ihrer eigenen Geschichte, zur Geschichte der DDR und zum untergegangenen real existierenden Sozialismus
- Zum Verhältnis zur SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN[276].

Aber auch dieses Papier war vorab nicht konsensfähig. Ganz im Gegenteil, die Partei wurde in eine Stalinismusdiskussion gestürzt, die so nicht beabsichtigt war. Die Öffentlichkeitswirksamkeit aber war hergestellt. Mehr Pressevertreter als Delegierte[277], so etwas war neu für einen PDS-Parteitag. Im Vorfeld des Parteitages hatte der SPIEGEL mit „Durchmarsch der Stalinisten" (Der SPIEGEL 4/95: 27ff.) getitelt, die Nachrichtensender sprachen von einer zu erwartenden Personality-Show „Bisky versus Wagenknecht", so dass eine besondere Sensibilisierung für diesen Parteitag festzustellen war. Parallel zu den Medienkommentaren waren innerparteilich zwei Parteiaustritte mit deutlicher Innen- und Außenwirkung zu konstatieren. Sowohl das Vorstandsmitglied Katrin Dörre, als auch Jörg Schüttrumpf begründeten ihre Maßnahme mit dem Wiederaufleben längst überholt geglaubter Entschuldigungsriten zur DDR-

[275] Die Einbeziehung Modrows ist deshalb als positiv einzuschätzen, da dieser damals für all jene Mitglieder als Integrationsfigur galt, „denen die DDR noch am Herzen liegt und die eine Interpretation der DDR als Unrechtsstaat ablehnen" (Bortfeldt 1995: 230).
[276] Vergleicht man diese fünf Punkte mit den 10 Thesen so kann eine Überlappung festgestellt werden. Nur in den vorab durch die Kommunistische Plattform und die orthodoxen Marxisten kritisierten Ausformulierung war eine Veränderung der Diktion, wenn auch nicht des Inhalts zu erkennen.
[277] 560 Medienvertreter aus 160 Redaktionen, davon 41 ausländische, im Verhältnis zu 427 Delegierten.

Geschichte[278] und des Zurückmeldens alter DDR-Eliten[279]. So endet ein Artikel Schüttrumpfs kurz vor dem Parteitag mit der den Zustand der Partei treffend charakterisierenden Frage „Gysi, Bisky, Brié - die Parteifeinde von morgen?“ (Schüttrumpf 1995: 1). Verschärfend auf die Situation wirkte das bereits angesprochene Interview Sahra Wagenknechts mit dem „Neuen Deutschland“ vor dem Parteitag.

Aufgrund all dieser Vorfälle verordnete der Parteivorsitzende Lothar Bisky der Partei eine neue Stalinismusdiskussion und forderte vor Beginn des 4. Parteitages vehement Wagenknecht aus dem Vorstand zu zwingen. Der Sturm der Entrüstung aber traf Bisky unerwartet hart. Aus den eigenen Reihen der Partei wurde ihm der Vorwurf der Erpressung gemacht, da er die Forderung nach dem Ausschluss Wagenknechts mit seiner eigenen Bereitschaft der Weiterarbeit verbunden hatte. Die Diskussion und die Situation vor der Wahl wurde nochmals verschärft als sowohl Gregor Gysi als auch André Brie ebenfalls offiziell mitteilen ließen, dass sie nicht bereit seien, mit Sahra Wagenknecht in einem Parteivorstand zusammenzuarbeiten. Die erste Wahl an diesem Parteitag zeigte sodann die Zerrissenheit der Delegierten auf. Lothar Bisky erhielt zwar 12 % weniger Stimmen bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden als zwei Jahre[280] zuvor, und der Beifall hielt sich nach seiner zweistündigen Rede sehr in Grenzen. Ihn aber nicht zu wählen, wollten oder trauten sich die Delegierten nicht. Eine schwere Niederlage mussten die Reformer einstecken, da nicht der von ihnen favorisierte André Brie zum Bundesgeschäftsführer gewählt wurde, sondern der bisherige Amtsinhaber Martin Harnack von den Delegierten bestätigt wurde. Auch der Wunschkandidat Gysis für den Posten des 3. Stellvertreters, der Hamburger Wolfgang Gehrcke, benötigte drei Wahlgänge, um sich gegen den fast unbekannten Leipziger Kandidaten Reinhard Lauter durchzusetzen. Obwohl sich Sahra Wagenknecht bei der Vorstellung der Kandidaten für den Parteivorsitz und bei der sich anschließenden Diskussion sehr diplomatisch verhielt[281], gingen die Delegierten, unter möglichem gleichzeitigen Verlust von drei Spitzenpolitikern, das Risiko ihrer Wiederwahl nicht ein. Sie erhielt auf der Frauenliste 129

[278] Katrin Dörre verwehrte sich in ihrer Begründung des Austritts gegen das „war ja doch alles nicht so schlimm“ (vgl. Bortfeldt 1995: 232) - Argument.
[279] Schüttrumpf diagnostizierte eine Restauration der SED innerhalb der PDS und schrieb von „DDR-Ungeist“ (Schüttrumpf 1995: 1), der wieder um sich greife.
[280] 1993 hatte er 95 % erhalten. Bei der Wahl 1995 waren es „nur noch“ 82,8% der abgegebenen Stimmen.
[281] Sie relativierte ihre Aussagen zum Stalinismus, zum Herbst 1989, etc., soweit es irgendwie machbar war, ohne ihre eigene Basis völlig zu verlassen (vgl. hierzu: Wagenknecht 1995: 11).

Stimmen, für eine Wiederwahl fehlten ihr somit 30 Stimmen. Damit hatten die Reformer zwar grundsätzlich ihr Ziel, soweit es die Verhinderung der Wiederwahl der Kommunistischen Plattform-Vertreterin betraf, bei den Wahlen erreicht, scheiterten aber selbst bei der Durchsetzung all ihrer Wunschkandidaten. Aber nicht nur bei der Parteivorstandswahl mussten die Reformer erleben, dass die Delegierten nicht mehr bereit waren, grundsätzlich alle Vorschläge von Gysi und Bisky abzusegnen. So hatte es zwar Bisky vorab geschafft, das Fünf-Punkte-Papier ohne Debatte über Änderungsanträge durch die Delegierten verabschieden zu lassen, gleichzeitig musste sich die Parteiführung aber dem Druck der Basis beugen, die, nachdem sie die Überrumpelungstaktik erkannt hatte, vehement und letztendlich auch erfolgreich die Debatte über Änderungsanträge zu diesem Papier auf die Tagesordnung setzte[282].

Letztendlich gipfelte die gesamte Diskussion in der Unvereinbarkeitsklausel[283] des Fünf-Punkte-Papiers. „Nachdem Gysi semantische Verrenkungsübungen und die Kommunistische Plattform mit Rücksicht auf die Bündnisfähigkeit der PDS eingelenkt hatte, kam es zum Kompromiss“ (Bortfeldt 1995: 231): Die neue Unvereinbarkeitsklausel des Fünf-Punkte-Papiers, die mit großer Mehrheit angenommen wurde, enthielt vorab die bereits aufgezeigten nicht tolerierbaren Auffassungen, mit Ausnahme der Aufzählung der stalinistischen. Stattdessen wurde nun formuliert: „Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten“ (Neues Deutschland 31. Januar 1995). Dieser Beschluss stellte einen herben Rückschlag für die Reformer dar, die dies auch zu Protokoll gaben. „Die PDS ist rückwärts gegangen, sie ist nostalgischer, politikunfähiger und auch kulturärmer als vor zwei Jahren“ (Brié 1995: 15). Beim letzten Punkt der Tagesordnung zeigte sich nochmals die völlige Hilflosigkeit, die auf diesem Parteitag vorherrschte. Das Thema Westausdehnung der PDS wurde abgespult, ohne irgendwelche Entscheidungen, Maßnahmen o.ä. zu treffen. Nicht einmal der Vorschlag Gysis, den nächsten Parteitag im Westen durchzuführen fand eine Mehrheit. „Der Westen kann nichts mit der PDS anfangen, und die PDS nichts mit dem Westen“ (Bortfeldt 1995: 231), so resümierte Bortfeldt den letzten Tagesordnungspunkt treffend und prägnant.

[282] Zur ausführlichen Beschreibung der gesamten Wahl- und Diskussionsbeiträge siehe Bortfeldt 1995: 227 ff.

[283] Darunter wurde eine Aufzählung von Auffassungen verstanden, die mit einer PDS-Mitgliedschaft unvereinbar seien. Dies waren im Entwurf, der zuerst durch die Delegierten genehmigt worden war, nationalistische, chauvinistische, rassistische, antisemitische und stalinistische Auffassungen.

So wurde es auf diesem Parteitag auf der ganzen Linie versäumt, die PDS gesamtdeutsch zu gestalten. Die Tatsache, dass ab diesem Zeitpunkt bis zum Januar 1999 kein Vertreter der Kommunistischen Plattform im Parteivorstand sitzen sollte, wurde im Westen nicht als Botschaft, geschweige denn als politisch wichtige Information wahrgenommen. Die PDS gab keinerlei inhaltlichen Anstoß für eine Westöffnung oder eine Mitgliederkampagne im Westen[284]. „Eigentlich so schien es, wollten die Delegierten den Westen auch nicht. Er ist ihnen fremd“ (Bortfeldt 1995: 232). Dieser Parteitag stellte trotz kleiner Erfolge insgesamt einen Misserfolg für die Reformer dar. Es war ihnen weder gelungen die Partei als demokratische sozialistische Partei bündnisfähig zu machen, die Ablehnung der Regierungsbeteiligung zu verhindern, noch die Partei für den Westen zu rüsten. Aufgrund dieser Erfahrungen wollten die Reformer für den Magdeburger Parteitag besser gerüstet sein und hatten schon lange im Vorfeld durch installierte Arbeitsgruppen ein besseres Klima geschaffen. Ob die Ziele, die mit diesem Parteitag verknüpft waren, erreicht werden konnten, wird im nächsten Teilkapitel dargestellt.

5.7 Der Magdeburger (4.) Parteitag, 2. Tagung 1996

„Wir sind vor einem Jahr, nach der ersten Tagung des 4. Parteitages nicht gerade frohgelaunt auseinander gegangen. Es hatte um die 10 Thesen, dann 5 Punkte - die mit großer Mehrheit beschlossen wurden - Zoff gegeben und nicht unbedingt in allen Fragen produktiven Zoff. Daran hatte sicher auch der Parteivorstand seinen Anteil. Eine unserer Schlussfolgerungen für die Fortsetzung des Parteitages: Rechtzeitig unsere Vorschläge vorzulegen, damit die Partei genügend darüber diskutieren kann und eine gemeinsame Arbeit geleistet wird“ (Gehrcke 1996: 18f.).

Mit dieser treffenden Zusammenfassung der letzten Tagung des Parteitages, dem Aufzeigen von allerlei Friktionen, des Vermeidens der einseitigen Schuldzuweisung, des Eingeständnisses von Fehlern des Vorstandes und der Betonung aus diesen gelernt zu haben, schuf Wolfgang Gehrcke in seiner Begründung des Leitantrages „Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998“ für

[284] Weiterhin akzeptierte man die chaotisch niedrige Mitgliederzahl von 1.800 für die gesamte „alte“ Bundesrepublik“.

diesen Parteitag eine andere Vertrauensbasis[285]. Bereits im September 1995[286], also knapp fünf Monate vor Beginn des Parteitages hatte der Parteivorstand dieses Dokument über die politischen Aufgaben, den einzelnen Basisgruppen, Kreis- und Landesverbänden zur Diskussion und Erarbeitung von Vorschlägen zur Verfügung gestellt. Dieses Dokument, auch ein Ergebnis der negativen Erfahrungen des letzten Parteitages, war keine Produktion des Parteivorstandes oder einzelner Personen, sondern einer eingesetzten Kommission, die mit Vertretern auch der Interessens- und Arbeitsgemeinschaften, der Plattformen und Parlamentsfraktion, sowie WissenschaftlerInnen besetzt worden war[287]. Gleichzeitig verhinderte Gehrcke den Eindruck als ob er die Delegierten überzeugen wolle, dass das vorliegende Papier das Nonplusultra für die Partei[288] darstellen würde, sondern räumte sowohl in Quantität als auch in Qualität weiteren Diskussions- und Handlungsbedarf[289] ein. Gehrcke ebnete mit seiner Begründung des Leitantrages den Weg für Gysi, der damit in seiner Rede die Schwerpunkte der zukünftigen Oppositionspolitik der PDS aufzeigen konnte und gleichzeitig, im Gegensatz zum vorherigen Parteitag, mit hoher Zustimmung rechnen konnte. So war bereits zu Beginn des Magdeburger Parteitages ein weitaus besseres „Klima" geschaffen worden. Betont werden muss, dass, da keine Wahlen anstanden, dieser Sprengstoff zwischen Kommunistischer Plattform und orthodoxen Marxisten auf der einen Seite und den Reformern auf der anderen Seite nicht gegeben war.

Gregor Gysi ging in seiner Rede nur indirekt auf die Vorkommnisse der 1. Tagung ein, indem er hervorhob, dass die PDS eine sozialistische Partei geblieben sei, die eine Gesellschaft anstrebe, „in der soziale Gerechtigkeit herrscht,

[285] Einige Male betont er bereits in den einführenden Sätzen, dass durch die Erkenntnis des letzten Parteitages die Entwicklung dieses Antrages langfristig durchgeführt worden sei und die Parteibasis, langfristig beteiligt, genügend Zeit zur Diskussion dieses Antrages zur Verfügung gestanden habe (vgl. Gehrcke 1996:18 f.).

[286] Dieses Vorgehen zeigte positive Wirkung, da über vierhundert Verbesserungsvorschläge durch die einzelnen Basisorganisationen eingesandt wurden. So konnte gleichzeitig ein Identifizierungsgrad mit diesem Papier von hohem Niveau erzeugt werden. Auch hier ist der Lernprozess des Parteivorstandes aus den Ereignissen des vorhergehenden Parteitages deutlich nachzuvollziehen.

[287] Zur genauen Zusammensetzung incl. der Namensnennung der einzelnen Mitglieder vgl. Gehrcke 1996: 18f.

[288] „Der zur Entscheidung stehende Vorschlag widerspiegelt den Stand der Diskussion in der PDS" (Gehrcke 1996: 18).

[289] „Der (gemeint ist hier der zur Entscheidung stehende Vorschlag; Anm. d. Verf.) ist noch nicht so, dass ich unbedingt behaupten würde, wir sind schon an den wichtigsten Problemen in genügender Qualität dran" (Gehrcke 1996: 18).

Chancengleichheit in Kultur und Bildung, in der das Patriarchat überwunden ist, in der man höchstens noch aus Geschichtsbüchern erfahren kann, was Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus bedeuten“ (Gysi 1996: 13). All dies, und dies ist der Bezug zur 1. Tagung, sei auch durch die Annahme des Programms der Partei in Form der Fünf Punkte deutlich bestätigt worden[290]. Bereits in der Erläuterung der Schwerpunkte der PDS-Oppositionspolitik[291] hob Gysi öffentlichkeitswirksam die Verantwortung der PDS und ihrer Mitglieder für die Geschichte der DDR[292] hervor und erntete dieses Mal, im Gegensatz zu einem Jahr vorher, Zustimmung[293]. Gleichzeitig unterstrich er durch diese Aussagen aber auch die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der PDS-Strategie, weg von der Ostpartei hin zu einer gesamtdeutschen Partei. Immer wieder hebt er diesen Aspekt hervor[294]. Die eigentlichen Schwerpunkte der zukünftigen Oppositionspolitik leitet er aus den fünf Forderungen der 1. Tagung ab. Außerdem formuliert er nach einer sehr allgemein gehaltenen Rede, die einen von Gysi bis dato angestrebten konsensbildenden Charakter trägt, sechs Forderungen der PDS an die anderen Parteien im Deutschen Bundestag. Die notwendige Zustimmung der Delegierten zu diesen Forderungen fiel sehr deutlich aus[295]. Die von der Parteispitze geforderte Solidarität der Delegierten bei der Abstimmung über die Forderungen, wurde von Gysi im Gegenzug jedem Parteimitglied bei Angriffen von außen zugesprochen. Gysi stellte die Forderungen im Schwerpunkt wie folgt vor:

[290] Gysi versteht es hier geschickt, positive Aspekte zu verbinden und den gesamten negativen Erfahrungsbereich der 1. Tagung so auszublenden, dass er nicht mehr existent erscheint.

[291] Hier werden vorab nur allgemeingültige Aussagen getroffen, die aus den verschiedenen bis dahin bekannten PDS-Programmen zusammengefasst nochmals dargestellt werden; so z.B. Massenarbeitslosigkeit, Rentensicherheit, Mieten und soziale Gerechtigkeit als gesamtdeutsche Frage mit ostdeutschem Schwerpunkt.

[292] „Und wenn wir, liebe Genossinnen und Genossen, uns kritisch mit der Geschichte der DDR auseinandersetzen, dann deshalb, weil wir sicherlich in völlig unterschiedlichem Maße dafür Verantwortung tragen, dass die damals gegebenen Möglichkeiten, uns mit deutlichen Schritten einer solchen (sozialistisch-demokratischen, Anm. d. Verf.) Gesellschaft zu nähern, unzureichend und zum Teil gar nicht genutzt wurden“ (Gysi 1996: 13).

[293] Protokoll der 2. Tagung des 4. Parteitages vermerkt an dieser Stelle der Rede Gysis starken und anhaltenden Applaus (vgl. Protokoll der 2. Tagung des 4. Parteitages 1996: 11).

[294] Sowohl bei der Frage der Rentensicherung, als auch bei der sozialen Verträglichkeit von Mieten, bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder der Frage des § 218, immer wieder betonte er den gesamtdeutschen Anspruch der PDS (vgl. in: Gysi 1996: 13 - 14).

[295] Wie bereits an anderer Stelle aufgezeigt, wurde hier deutlich, dass die frühzeitige Einbindung, der Versuch der Verarbeitung der eingegangenen Verbesserungsvorschläge ein Klima geschaffen hatte, dass es der Parteiführung ermöglichte das durchzusetzen, was ihr in der 1. Tagung nicht in Gänze gelungen war.

1. Sofortiger Abzug der Truppen der Bundeswehr aus dem ehemaligen Jugoslawien[296]. Stattdessen Beginn einer sofortigen umfassenden wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Aufbauhilfe für die Bevölkerung dieses Landes[297]. So lautet die Botschaft der PDS: „Wer Frieden will, ist nur glaubwürdig, wenn er das Geschäft mit dem Krieg beendet, d.h. Waffenexporte verbietet“ (Gysi 1886: 17).
2. Die PDS muss weiterhin dafür einstehen, dass der Sozialabbau gestoppt wird. Es darf zu keiner weiteren Aushöhlung des Sozialstaatskompromisses kommen. „Wir brauchen eine soziale Grundsicherung, die es jeder und jedem ermöglicht, in Würde zu wohnen und zu leben“ (Gysi 1996: 17).
3. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit darf nicht der Logik der Lohnkürzung und des Sozialabbaus folgen, sondern muss durch Arbeitszeitverkürzung, Abbau von Überstunden und Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors erreicht werden. „Die Abgaben von Unternehmen müssen in Abhängigkeit von der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gestaltet werden“ (Gysi 1996: 17).
4. Der ökologische Umbau darf nicht weiter eine Worthülse bleiben, sondern muss sofort, ernsthaft und ohne Kompromisse umgesetzt werden, dabei soll „das Verursacherprinzip durchgesetzt und die Steuern, Gebühren und Abgaben so geregelt werden, dass umweltverträgliches Verhalten belohnt wird“ (Gysi 1996: 17).
5. Vor allem die Sicherung bzw. Herstellung der Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Kultur und/aber auch im Gesundheitswesen stellt eine wichtige Forderung dar. „Eine soziale Ausgrenzung in diesen Bereichen verletzt Artikel 1 des Grundgesetzes, wonach die Würde des Menschen unantastbar zu sein hat“ (Gysi 1996: 17).
6. Die Umsetzung eines neuen Verständnisses von Demokratisierung der Gesellschaft und Wirtschaft ist anzustreben. Darunter versteht die PDS z.B. Volksabstimmungen auf Bundesebene, Gewährleistung der Selbstverwaltung

[296] An dieser Stelle sei auf die „Friedensmission“ Gysis im Kosovokrieg hingewiesen. Ohne den Besuch werten zu wollen, da dazu die realen Unterlagen nicht ausreichen, steht der Besuch und die propagierte Absicht den Krieg zu beenden in einer nachvollziehbaren Logik der Forderungen der Partei, die diese wie bereits desöfteren aufgezeigt, als einzige Partei im Deutschen Bundestag kontinuierlich propagiert haben. Eine politische Überraschung stellt dieser Besuch nicht dar.

[297] Hier wies Gysi in seinem Interview nach Rückkehr aus der Bundesrepublik Jugoslawien am Köln/Bonner Flughafen mit dem Tagesthemensprecher Ulrich Wickert nicht zu Unrecht daraufhin, dass diese Forderung, die jetzt von vielen Vertretern humanitärer und wirtschaftspolitischer Verbände erhoben werden, seit Jahren Bestandteil der Forderungen der PDS seien.

der Kommunen, aktives und passives Wahlrecht für ausländische MitbürgerInnen auf allen Ebenen von Kommune bis hin zum Europäischen Parlament. "Und wir wollen eine Entwicklung, in der Betriebsräte und Gewerkschaften nicht erst dann gefragt werden, wenn es um Kündigungen und den so genannten letzten sozialen Tropfen nach einer Kündigung geht, sondern wir wollen, dass sie schon bei Investitions- und Produktionsentscheidungen mit herangezogen werden" (Gysi 1996: 17).

Zusammenfassend weist Gysi ausdrücklich darauf hin, dass all diese Forderungen legitim und vor allem, was entscheidend sei, finanzierbar[298] seien.
Dann kommt für ihn der wichtigste Teil für die Partei und speziell für die Delegierten. Sie müssen erkennen, dass es nicht reicht, Hoffnung zu wecken oder nur auf die Realisierung zu hoffen, sondern dass hier viel Eigenengagement und Überzeugungskraft bei Mitbürgern zur Mitarbeit zu leisten sei. Gleichzeitig rief er die Partei zur Geschlossenheit im Sinne der Sache auf, um eine Wiederholung der Ereignisse der letzten Tagung zu verhindern. „Lasst uns über das Wie streiten, nicht über das Ob" (Gysi 1996: 17), so seine deutliche Botschaft. Gleichzeitig signalisiere diese Bereitschaft auch wieder den Versuch, ein Stück Glaubwürdigkeit der Partei zurück zu gewinnen. „Beweisen wir auf diesem Parteitag trotz allen notwendigen Streits unsere Politik- und Aktionsfähigkeit, unsere Berechenbarkeit, unsere Fähigkeit zur Solidarität" (Gysi 1996: 17). Nach all diesen Appellen, Hoffnungen, Wünschen und Forderungen gab Gysi den Delegierten die Zukunftsvision für die Partei mit auf den Abstimmungsweg, in dem er hervorhob, dass die Partei bisher schon bewiesen habe, dass sie ernsthaft für diese Anliegen eintrete, sie alle schwierigen inner- und außerparteilichen Situationen gemeistert hätte und gestärkt aus diesen Schwierigkeiten hervorgegangen sei. „Und wer nun glaubt, dass wir eine Zeit des Dialogs, vielleicht sogar einiger Umarmungen und der politischen Auseinandersetzung nicht überstehen würden, der irrt sich schon wieder. Vielleicht wird es tatsächlich schwieriger, aber spätestens seit Dezember 1989 scheuen wir keine Schwierigkeiten mehr" (Gysi 1996: 17).

[298] Gysi fordert eine Herstellung von Steuergerechtigkeit, um diese Forderungen zu finanzieren. Diese Steuergerechtigkeit sieht nach Vorstellungen der PDS vor, die „Gewinner der Einheit" zur Finanzierung der Einheit heranzuziehen, Spekulationsgewinne abzuschöpfen, große Vermögen wirksamer zu besteuern, Besserverdienende, incl. Bundestagsabgeordnete, sollten eine Abgabe leisten. „Die Forderung nach einer solchen Umverteilung gehört für uns zum Selbstverständnis linker Politik" (Gysi 1996: 17).

Wie die Abstimmungen sowohl zu dem von Gehrcke vorgestellten „Leitantrag“ wie auch zu den von Gysi vorgetragenen „Forderungen der Oppositionspolitik der PDS“ zeigten, war es der Parteiführung gelungen, die Partei wieder auf gemeinsame Themen einzuschwören. Sowohl die frühe Beteiligung der Basis an der Konzeption und die sichtbare Einflussnahme durch Einarbeitung von fast dreihundert Verbesserungsvorschlägen hatten ihre Wirkung auf alle Flügel nicht verfehlt. So erreichten alle vorgelegten Anträge hohe Zustimmungen, ohne dass es nochmals zu Unstimmigkeiten oder gar wie auf der 1. Tagung zu einer Neuansetzung der Diskussion kam.

Insgesamt kann diese 2. Tagung als Erfolg des reformerischen Flügels um Bisky und Gysi gewertet werden, da die Inhalte der Bundespolitik der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag, durch die Delegierten der Tagung per Abstimmung bestätigt, zur dominierenden politischen Forderung der gesamten PDS wurden. Dies zu erreichen, ohne den Widerstand der Kommunistischen Plattform und orthodoxen Marxisten herauf zu beschwören, ist als deutlicher Triumph zu werten.

5.8 Der Schweriner (5.) Parteitag, 1. Tagung 1997

„Die soziale Frage und die PDS“[299] und der „Kampf für die Einheit von politischen und sozialen Rechten“[300] standen im Mittelpunkt des Schweriner Parteitages, der eindeutig auf die Wahljahre 1998 und 1999 ausgerichtet war. Zugleich wurde das Bemühen aller Parteivorstandsmitglieder und auch der Vertreter der einzelnen Flügel zu mehr Geschlossenheit innerhalb der Partei sichtbar. Ein bereits bei den Parteitagen 1989/1990 und 1993/1994 aufgezeigtes Phänomen der Partei, die sich immer, wenn es um ihre politische Existenz ging, sehr stark harmonisierte und auf gemeinsame Themen einigen konnte. So seien exemplarisch für die vielen Reden, Rede- und Diskussionsbeiträge kurz die Inhalte der oben angegeben Reden von Bisky und Gysi dargestellt, um anschließend die Forderungen des sozialen Manifestes, verabschiedet auf dem Schweriner Parteitag und die festgelegten Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen 1998/1999 aufzuzeigen. Dies erscheint deshalb notwendig und legitim, da der Wahlkampfparteitag 1998 auf diesen beiden „Beschlüssen“ basierte.

Lothar Bisky erklärt in seiner Rede den Schweriner Parteitag zum „Parteitag der sozialen Frage“ (Bisky 1997: 5). Mehr denn je sei es notwendig, auf die durch die

[299] Rede des Parteivorsitzenden Bisky.
[300] Rede des Vorsitzenden der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag Gregor Gysi.

Regierung Kohl erzeugte soziale Ungerechtigkeit und ihre Folgen[301] hinzuweisen und den Menschen eine politische Alternative zu bieten. „Auch wir wollen unbequeme Veränderungen! Aber unbequem für die richtig Vermögenden, die Reichen und nicht länger für Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Kinderreiche, Menschen mit Behinderung und Kranke, also zu Lasten der sozial Schwachen“ (Bisky 1997: 5). Das Markenzeichen der PDS, so betont Bisky, muss weiterhin für alle erkennbar eine soziale und solidarische Politik sein. Nur so könnte die PDS realisieren, dass sie als einzige Partei als „Partei der sozialen Gerechtigkeit und der wirklichen Steuergerechtigkeit“ (Bisky 1997: 6) von den Bundesbürgern wahrgenommen wird. Die gesamte politische Verantwortung muss zuerst in der Lösung der sozialen Frage[302] gebündelt werden, da aus ihrer differenzierten Bearbeitung alle anderen Problemstellungen zu positiven Ergebnissen geführt werden können. Bisky betont, dass die PDS in all diesen Facetten des Bereiches der sozialen Frage keine Patentlösungen anzubieten habe. „Wir müssen uns gar nicht scheuen, auch öffentlich festzustellen, dass wir Suchende sind“ (Bisky 1997: 6). Er warnt davor, dass die Ereignisse in den „Neuen Bundesländern“, beispielgebend für die gesamte Bundesrepublik[303] werden, was zu einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Katastrophe führen würde. Gerade deshalb sei es vor allem die Aufgabe der PDS diese Entwicklung zu verhindern bzw. ihr zumindest entschieden entgegen zu treten. Das Ziel der PDS im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland sei klar: „Wir wollen eine innere Einheit, die auf einer großen Kraftanstrengung zur Lösung der sozialen Probleme beruht. In Ost wie in West gleichermaßen“ (Bisky 1997: 6).

[301] Vgl. hierzu ausführlich Bisky 1997: 5 - 6.

[302] Bisky differenziert die „soziale Frage“ im Sinne des Parteiprogramms, das in Kapitel 8. dargestellt wird. Deshalb erscheint an dieser Stelle eine fragmentarische Auflistung, verbunden mit dem Hinweis auf die einzelnen Unterkapitel statthaft. Zum Bereich der sozialen Frage zählt Bisky folgende Themenbereich:

a) Arbeit (Kapitel 8.11)
b) Erhaltung der Umwelt (8.10)
c) Ökologischer Umbau und Strukturentscheidung neuer künftiger Arbeitsfelder (Kapitel 8.5, 8.8 u. 8.10)
d) Verhinderung von Militarismus in Deutschland (Kapitel 8.12)
e) Überwindung patriarchalischer Strukturen (Kapitel 8.6)

[303] „Was großen Teilen Deutschlands blüht, wenn es so weitergeht, ist im sozialen Experimentierfeld Ost bereits zu besichtigen“ (Bisky 1997: 6).

Bisky fährt im Weiteren fort und erklärt den Delegierten, wenn auch mit eigenen Worten, die Schwerpunkte des Parteiprogramms[304] und seine damit verbundenen Änderungen zur Fassung von 1993. Neben der immer mitschwingenden latenten Kritik an der Regierung Kohl, hegt Bisky deutliche Zweifel, ob es bei einem Wahlsieg der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer wirklichen politischen Kurskorrektur kommen würde. „Es bleibt die Frage, ob SPD und Grüne bereit sind, eine solch radikale Alternative zur derzeitigen Politik mitzutragen - und ob sie bereit sind, sie mit uns zu gestalten“ (Bisky 1997: 7). Nur in Kooperation[305] mit diesen beiden potentiellen politischen „Mitstreitern“ sieht Bisky eine realistische Chance, Teile dieser hier propagierten PDS - Politik umzusetzen. Gleichzeitig prognostiziert er der SPD, dass die PDS als Partei von links Druck auf sie ausüben werde, um nach einer gemeinsamen erfolgreichen Abwahl des Kanzlers und seiner Koalition[306], eine Politik der wirklichen Alternative umzusetzen. Neben diesem politischen Ziel hat Bisky eine zumindest genau so wichtige Botschaft für die Delegierten des Parteitages, den Appell an die innere Geschlossenheit der Partei, sowohl im Wahlkampf als auch in der innerparteilichen politischen Auseinandersetzung. Die PDS dürfe nicht mehr wie im Jahre 1996 „hilflos an den Medienstrippen zappeln“ (Bisky 1997: 10). Er betont, dass er die Vielfältigkeit der Partei nicht einschränken wolle, da die Entwicklung der PDS zu einer pluralen Partei ganz in der Tradition einer sozialistischen Partei stehe[307]. Falls diese Entwicklung aber zu einem „Flügel-Ragout“ (Bisky 1997: 10) der PDS führe, sei dies schädlich für die Partei. Trotz allem Bekenntnis zur Pluralität müsse deshalb gelten: „Politisch handlungsfähig sind wir miteinander nur, wenn man erstens PDS, zweitens PDS, drittens PDS und dann meinetwegen viertens oder fünftens auch noch Flügel ist“ (Bisky 1997: 10). Er[308] unterstütze deshalb nachdrücklich die Forderung von Gregor Gysi, der als ein wichtiges Ziel der PDS die „Befreiung von der linken Rechthaberei und

[304] Dies sind die Bereiche Profitdominanz (8.8), Ökonomische Regulierungsmechanismen (8.10), Sozialsysteme und Solidarprinzip (8.5 und 8.11), Wirtschaftsstandort Deutschland (8.8, 8.10 u. 8.11) und die „neue Kultur der gesellschaftlichen Solidarität“ (8.4, 8.6, 8.7 und 8.8).

[305] „Natürlich verschließen wir uns nicht vor den Realitäten: Wir sind eine 5% Partei. Das sollte als Hinweis genügen, uns aus dem Olymp unserer Träume immer wieder auf die Erde zu holen“ (Bisky 1997: 7).

[306] „Wir sind diejenigen, die zur Mehrheit gegen Kohl die fehlende Motivation, fehlende Argumente und schließlich auch Stimmen beibringen können“ (Bisky 1997: 7). Eine aus Sicht des Jahres 1999 sehr richtige Einschätzung der Entwicklung des Wahljahres und der Bundestagswahl 1998.

[307] Zur ausführlichen Begründung siehe Bisky 1997: 10 - 11.

[308] Gleichzeitig fordert er die Transparenz der politischen Orientierung der Partei und die weiterhin zu forcierende Beteiligung der Basis, da er nur so die Umsetzung des besten Statuts der Welt (Bisky 1997: 10) als realistisch ansieht.

Besserwisserei“ (Gysi 1996: 22) propagiert habe. Für die Streitkultur in der Partei müsse die Metapher von Gysi oberste Priorität besitzen: „Kopf hoch, und nicht die Hände!“ (Gysi 1996: 20).

Im Hinblick auf die zu erwartenden „Schlammschlachten im Wahlkampf, vor allem gekennzeichnet durch die Schleimspur von Hintze“ (Bisky 1997: 10), will die PDS der erkennbaren Strategie der Regierung „Wie im Westen also auf Erden ..., und wehe, wer sich dem nicht unterwirft“ (Bisky 1997: 11) Widerstand leisten. Obwohl die PDS bereits tausendmal Stellung zu ihrer Vergangenheit[309] bezogen habe, solle dies immer wieder, um es ja nicht einmal zu wenig gesagt zu haben, klar herausgestellt werden. Das Fazit von Bisky ist so einfach wie einleuchtend: „Miteinander ist es schon schwer, gegenseitig haben wir nicht die Spur einer Chance!“ (Bisky 1997: 12).

Die Rede Gregor Gysis unterstrich in den meisten Passagen[310] bereits die Ausführungen von Bisky. Der Schwerpunkt lag verständlicherweise auf dem bundespolitischen Feld[311] und beschäftigte sich mit der zukünftigen Arbeit der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag[312], ohne an den entscheidenden Stellen zu vergessen, die Delegierten und die Partei wieder miteinzubinden[313].

---

[309] „Die PDS hat sich für die verhängnisvolle Politik der SED beim damaligen Volk der DDR entschuldigt und diese Entschuldigung mehrfach wiederholt. Sie hat erklärt an der Abtragung dieser Schuld aktiv zu arbeiten.
Die PDS hat sich eindeutig in ihrem Statut zum Grundgesetz bekannt.
Die PDS strebt künftige gesellschaftliche Entwicklungen immer nur mit demokratisch errungenen Mehrheiten und mit demokratisch legitimierten Mitteln an:
Die PDS hat sich immer wieder gegen Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ausgesprochen.
Die PDS trägt zur kritischen und differenzierten Auseinandersetzung mit der SED und der DDR aktiv und selbständig bei“ (Bisky 1997: 11).

[310] Sowohl was die Formulierung einzelner Wahlziele wie Arbeitslosigkeitsbekämpfung, Ablösung der Regierung Kohl, als auch die mögliche Zusammenarbeit mit den damaligen Oppositionsparteien anbelangt, demonstrierten Gysi und Bisky nahezu übertrieben zur Schau gestellte Einigkeit.

[311] Gysis Rede wurde als Rede des Vorsitzenden der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag und nicht als stv. Parteivorsitzender der PDS angekündigt und veröffentlicht.

[312] Zumindest zweimal pro Redeseite stellte Gysi explizit heraus, wie sich die Arbeit im Bundestag mit den damaligen Oppositionsparteien und evtl. zukünftigen Regierungsparteien gestaltet. Er sparte nicht mit Zweifel daran, dass es bei einem Regierungswechsel zu einer wirklichen Änderung in der Politik kommen werde. Folgt man den Analysten, die die Regierung nach einem Jahr beurteilten, so muss man konstatieren, dass Gysi nicht Unrecht hatte.

[313] „Ihr, der Parteitag habt gestern entschieden und es ganz konkret gemacht, dass wir zur Zusammenarbeit mit SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bereit sind“ (Gysi 1997: 31).

Rhetorisch sehr geschickt, beweist auch er den Wandel der PDS zu einer demokratischen Partei, in dem er die SPD und ihre Weigerung der Zusammenarbeit angreift. „Das Merkwürdige war nur, dass eine der Parteien, die da angesprochen ist (gemeint ist die SPD, Anm. d. Verf.), vorher ganz geringe Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit unserer Vorgängerin hatte. Aber nachdem wir angefangen haben, uns zu reformieren, wurden ihre Beklemmungen immer größer. Wir können der SPD trotzdem nicht den Gefallen tun, so zu werden, wie die Partei, mit der sie es leichter hatte vor Dezember 1989. Und das haben wir auch nicht vor. Das gilt auch für die anderen Parteien“ (Gysi 1997: 31). So gelingt es ihm den Delegierten die Notwendigkeit zu vermitteln, dass bei den Wählern nicht der Eindruck entsteht, „wir wollten etwa, dass SPD und Grüne gewählt werden. Wir wollen, dass PDS gewählt wird. Dafür sitzen wir hier zusammen und dafür entwickeln wir auch unsere konkreten politischen Alternativen“ (Gysi 1997: 31)[314]. Durch diese Rede vermittelte Gysi den Delegierten sinnhaft, ohne bis zu diesem Zeitpunkt das Thema expressis verbis genannt zu haben, warum er nicht mehr für den Parteivorstand kandidieren wolle. Seinen Aufgabenschwerpunkt sieht er im erfolgreichen Wahlkampf 1998. Dieser werde ihn aber so einnehmen[315], dass er nicht in der Lage sein werde, mit ganzer Kraft im Parteivorstand mitzuwirken. So sieht er es als sinnvoller an, vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass er als Vorsitzender der Abgeordnetengruppe der PDS ohnehin beratend an jeder Bundesvorstandssitzung teilnehmen kann, dass ein(e) andere(r) KandidatIn seinen Platz[316] im Parteivorstand einnimmt. Viel wichtiger als sein Sitz im Parteivorstand sei, dass die Ziele für die Bundestagswahl erfüllt werden und dafür werde er sich einsetzen. „Spätestens 1998 heben wir sie zusammen mit anderen da heraus. Und dann werden die anderen auch noch mal neu über uns nachdenken. Und dann kommt endlich, wenigstens beginnt er, der Wandel in der Gesellschaft. Und in diesem Sinne will ich mit Lothar und allen anderen zusammen Politik machen. Und da reicht mir meine jetzige Funktion aus und auch meine Möglichkeiten, die ich im Bundesvorstand habe. Ich glaube das werden wir dann packen. Deshalb ist meine Entscheidung nicht als politisches Signal in irgendeine Richtung zu verstehen.

[314] Gysi erhält gem. den Protokollaufzeichnungen sehr starken, lang anhaltenden Applaus. Es scheint ihm auch auf diesem Parteitag der Spagat zwischen interner Parteibefindlichkeit und externer politischer Notwendigkeit gelungen zu sein.

[315] „Es ging um nüchterne Überlegungen für die Arbeit in unserer Partei auch in der Zukunft. ... weil ich durch meine Pflichten in Bonn und außerhalb nur sehr begrenzt an der Arbeit des Bundesvorstandes teilnehmen konnte“ (Gysi 1997: 33).

[316] „Ich habe gesehen, dass sich viele geeignete Kandidatinnen und Kandidaten beworben haben. Und wir haben nur eine begrenzte Zahl von Plätzen“ (Gysi 1997: 33) .

Das Entscheidende ist, dass wir zusammen Politik machen und dass wir 1998 wieder in den Bundestag, und zwar ganz deutlich mit mehr als 5 Prozent. Wir brauchen dann keine Sonderregelungen mehr. Das ist auch zu packen! Bis dann also! Danke“ (Gysi 1997: 34). Die Delegierten feierten Gysi nach dieser Rede mit lang anhaltenden standing ovations[317]. So wurden durch die Reden von Bisky und Gysi im Gegensatz zum Parteitag 1995 die Delegierten auf die anschließend stattfindenden Struktur-, Programm- und Personaldiskussionen im Sinne des Parteivorstandes eingestimmt, was sich auch in den Abstimmungsergebnissen widerspiegelt[318]. Sowohl das „soziale Manifest“[319] als auch die „Grundsätze und Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/1999“[320] spiegelten die Inhalte und Forderungen der Reden des Parteitages wieder, so dass hier auf eine ausführliche Darstellung verzichtet wird. Durch die Verabschiedung dieser Beschlüsse und der geglückten Einstimmung der Parteibasis auf das schicksalhafte Jahr 1998, in dem die Partei zum dritten Mal den Einzug in den Bundestag anstrebte, sich aber der Gefahr bewusst war, zwischen die Malsteine der beiden großen Parteien im Ringen um die Regierungsmehrheit zu geraten, schuf die PDS positive Grundlagen und Voraussetzungen für ihren Wahlkampfparteitag 1998. Inwieweit sich diese Erfahrungen und die reale Situation im Januar 1998 auf die Verabschiedung des Wahlkampfprogrammes auswirkten, soll im nächsten Teilkapitel analysiert werden.

[317] Offizieller Vermerk des Parteitagprotokolls.

[318] Alle Abstimmungen hatten den von der Parteiführung erhofften Ausgang, so dass in aller Ruhe und mit der notwendigen breiten Basiszustimmung am Wahlkampfprogramm für den Wahlkampfparteitag 1998 gearbeitet werden konnte.

[319] Die sieben Überschriften dieses Manifestes charakterisieren deutlich die Gesamtbotschaft, so dass sie hier nur genannt werden sollen, ohne eine explizite Ausführung des Inhalts zu bieten (hierzu sei auf Disput 1/97: 28f. verwiesen):

1. Die Bundesrepublik steht vor einem Systembruch
2. Der neoliberale Weg in den Turbo-Kapitalismus muss gestoppt werden
3. Das größte Problem ist die Massenarbeitslosigkeit
4. Die Chancen neu verteilen
5. Nur eine offene Gesellschaft ist überlebensfähig
6. Für eine Politisierung der Ökonomie
7. Es ist an der Zeit, wieder über Sozialismus zu reden.

[320] „Politische und gesellschaftliche Alternative denkbar und gestaltbar machen!
Mehr als 5 Prozent für einen wirklichen gesellschaftlichen Wandel!
Die PDS führt ihre Wahlkämpfe 1998/99 mit dem Ziel, in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag, gestärkt in die ostdeutsche Landtage und Kommunalvertretungen sowie 1999 in das Europäische Parlament einzuziehen“ (Disput 1/97: 16). All diese Wahlkampfziele hat die Partei erreicht. Zu den einzelnen Wahlergebnissen vgl. Graphiken der LTW und BTW.

5.9 Der Rostocker Wahlkampfparteitag 1998

Auf den Wahlkampfparteitag 1998 in Rostock vom 03. - 05. April soll im Weiteren aus zwei Gründen nur sehr kurz eingegangen werden. Erstens sind die Ausformulierungen dieses Programms wörtlich nahezu deckungsgleich mit der in Kapitel 8 ausführlich darzustellenden Programmatik der PDS. Zweitens beschäftigt sich Kapitel 9.3.3 ausschließlich mit dem Wahlkampf 1998. So sei an dieser Stelle, um die Kontinuität der Darstellung der Parteitage zu wahren, mehr auf die politischen Aussagen, denn auf die Programminhalte eingegangen. Anzumerken sei noch, dass die Parteiführung den Parteitag nutzen wollte, um schnell und problemlos, das den Landesverbänden schon frühzeitig zugesandte und dort reichlich diskutierte und mit Änderungsvorschlägen versehene Wahlprogramm, absegnen zu lassen. Im Vorfeld des Parteitages zeigte sich immer deutlicher, dass im Osten ein Meinungsumschwung von der PDS hin zur SPD zu erkennen war. André Brie äußerte sich zu dieser Problematik mit der Befürchtung, dass die PDS davon ausgehe, dass „15 bis 20 Prozent der PDS-Wähler bereit sein könnten, ihre Zweitstimme der Schröder-SPD zu geben, um sicher zu gehen, dass die Regierung Kohl auch wirklich abgewählt wird“ (Winters, Peter J. in: Deutschland Archiv Jg. 31 (1998): 359). Aufgeschreckt durch diese Erkenntnis wurde das „alte Parteiprogramm“ durch das in Regie von Christa Luft entstandene „Rostocker Manifest“ ersetzt und den Delegierten ausgehändigt. Deutlicher als je zuvor war es auf die Mentalität der Ostdeutschen abgestimmt. „Der Osten soll nicht zur Peripherie des rheinischen Zentrums werden, sondern zu einer Zukunftsregion in Europa“ (Rostocker Manifest 1998: 1). „Für den politischen Richtungswechsel! Für eine gerechte Politik!“. Unter diesem Motto standen sowohl der Parteitag, denn auch der Entwurf des Wahlprogramms des Bundesvorstandes der PDS. „Die Zeit ist reif. In den vergangenen fünfzehn Jahren haben sich die Probleme der Bundesrepublik zunehmend verschärft“ (Programm der PDS zur BTW 1998: 1). Mit Beispielen angehäuft[321] zieht die PDS eine vernichtende Bilanz der Regierung Kohl. Wobei vor allem hervorzuheben ist, dass die PDS der Regierung Vorsatz unterstellte, in dem sie ihr vorwirft, dass sie die Chance zur gesellschaftlichen Erneuerung in Ost und West, die durch den Umbruch 1989/90 ermöglicht worden seien, wissentlich verspielt habe (vgl. Programm der PDS zur BTW 1998: 1). „Weder eine höhere Macht noch der Beitritt der DDR zur BRD haben zu dieser Misere geführt, sondern die neoliberale

[321] Hier werden neben sieben Millionen Arbeitslosen, Zehntausende von fehlenden Ausbildungsplätzen, die steigende Zahl der ungesicherten Arbeitsplätze, die nahezu nicht mehr funktionsfähigen Renten- und Krankenversicherungen, die desolate öffentliche Kasse und die tiefe Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland angeprangert (vgl. Programm der PDS zur BTW 1998: 1).

Politik von CDU/CSU und FDP“ (Programm der PDS zur BTW 1998: 1) resümiert die PDS und leitet daraus ihre Forderung ab, dass ihre (die der Regierung, d. Verf.) Regierungsmacht beendet werden muss (vgl. Programm der PDS zu BTW 1998: 1).

Durch diese Situation bedingt, sieht sich die PDS in einer zweiseitigen Rolle. Einerseits als klassische Vertreterin der Interessen der BürgerInnen Ostdeutschlands[322], wobei sie diese Aufgabe als notwendig und dauerhaft ansieht. Gleichzeitig rechtfertigt sie ihren monopolistischen Vertretungs-anspruch durch die Behauptung, dass „ohne die PDS Ostdeutschland als politischer Akteur im Bundestag nicht mehr vorkommt“ (Programm der PDS zur BTW 1998: 1). Somit müsse die PDS als Vertreter dieser Interessen unabdingbar im Bundestag vertreten sein[323].

Andererseits sieht sich die PDS in einer schwierigen politischen Rolle, da sie auf der einen Seite zwar der konservativen Regierung parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand entgegen halten müsse[324], auf der anderen Seite aber auch „Druck von links“ (PDS Programm zur BTW 1998: 1) auf die SPD und Bündnisgrünen ausüben müsse[325], um nicht nur einen Regierungswechsel[326], sondern vor allem einen Politikwechsel[327] herbeiführen zu können. Durch diese zwei kurz dargestellten differierenden Rollen sieht sich die PDS in einer Situation, in der sie es als einzige Partei ermöglichen kann, sowohl ostdeutscher Interessenvertreter zu sein, als auch gesamtdeutsch eine neue Politik zu realisieren. „Es gibt im Deutschen Bundestag keine andere Partei, die der Regierung so entschieden entgegentritt und für eine demokratische und sozial gerechte Republik streitet“ (PDS Programm zur BTW 1998: 1). Allein mit diesen kurzen einführenden Darstellungen gelang es sowohl Bisky als auch Gysi die

[322] „Die PDS ist die Partei, die seit Jahren mit Konsequenz und Kompetenz ostdeutsche Interessen vertritt und dadurch auch andere Parteien dazu drängt“ (Programm der PDS zur BTW 1998: 1).
[323] „Jede Benachteiligung Ostdeutscher, die im Bundestag thematisiert wurde, ist von der PDS zur Sprache gebracht worden“ (Programm der PDS zur BTW 1998: 1).
[324] Vgl. hierzu ausführlich PDS Programm zur BTW 1998 3 - 6).
[325] „Ohne diesen Druck werden die SPD und die Bündnisgrünen der Versuchung der Anpassung nicht widerstehen“ (PDS Programm zur BTW 1998: 1).
[326] „Die PDS will weder eine neue noch eine „verträglichere“ Variante bisheriger Bonner Politik. Sie setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der der Schwache nicht länger schwach, der Einzelne nicht länger allein, der Fremde nicht länger fremd und der Abhängige nicht länger wertlos bleibt“ (PDS Programm zur BTW 1998: 2).
[327] „Die PDS will einen grundsätzlichen Politikwechsel, nicht nur eine andere Regierung“ (PDS Programm zur BTW 1998: 1).

Delegierten sehr schnell für dieses Wahlprogramm zu begeistern[328]. In gleicher Weise leitet die PDS-Führung die Logik der Kompetenz der PDS in der Lösung dieser aufgezeigten Probleme her. „Die gesellschaftliche Krise in Deutschland ist eng verbunden mit der anhaltenden politischen, ökonomischen und sozialen Spaltung des Landes. Krise kommt aus dem Griechischen und heißt Wende. Insofern liegt die Erklärung für unsere Kompetenz auf der Hand: Die immer noch stark ostdeutsch dominierte PDS ist die einzige Partei Deutschlands mit aktuell durchlebter und gereifter Wendeerfahrung. ... Das befähigt sie, die Erfahrungen des Scheiterns produktiv zu machen und künftiges Scheitern verhindern zu helfen“ (PDS Programm zur BTW 1998: 1)[329]. Hauptaugenmerk der PDS-Politik soll eindeutig der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Raubbau an der Natur sein, wobei die PDS die Kompetenz der WählerInnen und ihre Bereitschaft zum politischen Engagement hervorhebt. Diese WählerInnen seien sich sehr wohl darüber im Klaren, dass sie es sind, die einen politischen Wandel und damit die Schaffung einer echten Alternative, herbeiführen können, wenn sie der PDS ihre Stimme geben. „Jede Stimme für die PDS ist eine Stimme für wahrhaften politischen Wandel“ (PDS Programm zur BTW 1998: 2). Ohne die einzelnen Bereiche ausformuliert darzustellen, seien an dieser Stelle die für die PDS wichtigsten alternativen Ziele aufgelistet:

„1. Wir wollen uns nicht mit dem herrschenden Marktradikalismus abfinden, wir wollen, dass

Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch gestaltet werden können.

2. Wir wollen eine neue Art der Vollbeschäftigung, existenzsichernd für alle, zukunfts-orientiert, ökologisch verantwortungsbewusst.
3. Wir wollen soziale Gerechtigkeit und die Verteidigung und Neugestaltung solidarischer Sicherungssysteme, wir wollen eine soziale Grundsicherung für alle.
4. Wir wollen Zukunftschancen und selbstbestimmte Mitsprache für die junge Generation, moderne und offene Hochschulen, ein Verfassungsrecht auf Ausbildung.
5. Wir wollen, dass die ökologische Wende endlich eingeleitet wird.
6. Wir wollen uns konsequent für die Überwindung der gesellschaftlichen Frauenfeindlichkeit einsetzen.
7. Wir wollen, dass Betroffene selbst über ihre Angelegenheiten entscheiden können und Demokratie umfassend erlebbar ist.

[328] Vgl. Protokoll des Parteitages 1998: 9.

[329] Auch an dieser Stelle vermerkt das Protokoll lang anhaltenden Applaus der Delegierten (Protokoll Parteitag 1998: 10).

8. Wir wollen eine demokratische Europäische Union und die zivile Gestaltung der internationalen Beziehungen.
9. Wir wollen diese Ziele bundesweit vertreten, in West wie in Ost. Sie bestimmen auch unsere spezielle Verantwortung in Ostdeutschland, nicht als regionale, sondern als sozialistische Partei der Bundesrepublik“ (PDS Programm zur BTW 1998: 2).

Durch eine geschickte Parteitagsregie[330] schaffte es die Parteiführung einerseits alle Gruppierungen[331] innerhalb und an der Partei auf das Programm einzustellen und für dessen Verabschiedung einzunehmen[332]. Andererseits gelang es als Außenwirkung, die für 1998 gesteckten Ziele, nämlich „gestärkt als Fraktion in den Deutschen Bundestag, in die Landtage und Kommunalvertretungen ... einzuziehen“ (PDS Programm zur BTW 1998: 2) allesamt zu erreichen. So kann der Wahlparteitag in mehrfacher Hinsicht als Erfolg gewertet werden. Die befürchteten Flügelkämpfe in der bis zur Pervertierung betriebenen Formulierungskunst der vorherigen Jahre entfielen völlig. Die Einigkeit und Einstimmigkeit in der Sichtweise der Notwendigkeit der propagierten Ziele[333] überspannte den latent sicherlich vorhandenen „Diskussionsbedarf“. Gregor Gysi führte den Beweis des Zusammenhanges zwischen Ostinteressen und gesamtdeutschen Interessen in einer für ihn typischen Formulierung: „Je weiter der Osten absinkt, desto tiefer wird er auch den Westen ziehen. Nur ein Aufschwung im Osten kann auch dem Westen noch helfen“ (Gysi in: Winters 1998: 359). Der Trierer Professor Manfred Schmidt belegte in seiner 1998 veröffentlichten Studie „Gerechtigkeit als innerdeutsches Problem“ genau diese Befindlichkeit des ostdeutschen Wählerklientels, wie es Gysi und die PDS permanent ansprechen[334]. Die Formulierung der Ziele für die Bundestagswahl war bedarfsgerecht wie die Wahlergebnisse zeigen und die Akzeptanz der Notwendigkeit einer Partei, die den Druck von links realisieren kann, scheint in

---

[330] Trotz der vielen Neuerungen waren für die Gesamtbearbeitung nur zwei Stunden zur Verfügung. So konnte eine ausgedehnte und wahrscheinlich auch kontrovers verlaufende Debatte darüber verhindert werden.

[331] „Angesichts der Schicksalswahl im Herbst - denn was würde aus der PDS, wenn sie nicht in den Bundestag käme! - ließen es die rund 500 Delegierten geschehen“ (Winters 1998: 360).

[332] Gleichzeitig aber wurde auch der Vorwurf laut, dass diese Regie sehr deutlich an frühere SED-Parteitage erinnert habe, „wo es ja auch vornehmlich darum ging, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu demonstrieren“ (Winters 1998: 360).

[333] Das Wahlprogramm wurde bei nur 12 Gegenstimmen verabschiedet.

[334] Danach fühlen sich die Ostdeutschen im Vereinigungsprozeß ungerecht behandelt und benachteiligt; sie glauben, seit der Wende habe sich die Lage im Osten deutlich verschlechtert und werde sich weiter verschlechtern. Im Gegensatz zu dieser Angst, Hoffnungslosigkeit und Empörung, die sie empfinden, erscheinen den Ostdeutschen die Westdeutschen als machtgierig, zielstrebig und selbstbewusst.

Deutschland zu wachsen. Zum Abschluss der Darstellung und Analyse der Parteitage, sei der Bundesparteitag im Januar 1999 aufbereitet.

5.10 Der 6. Parteitag in Berlin 16./17. Januar 1999

Die PDS-Parteiführung präsentierte sich mit großem Stolz auf ihrer 1. Tagung des 6. Parteitages in Berlin der Öffentlichkeit, aber auch den eigenen Mitgliedern. „Zum dritten Mal sind wir nun im Deutschen Bundestag vertreten, und alle, politische Gegner und politische Konkurrenten, die uns ein schnelles Ende oder bestenfalls ein begrenztes regionales Fortbestehen vorausgesagt haben, erlebten eine herbe Enttäuschung“ (Modrow 1999: 3). Vergessen waren die zwischenzeitlich öfters vorhandenen Tiefs der Spitzenpolitiker der PDS und das Hoffen und Bangen um die Direktmandate insbesondere in Berlin. Wie bereits an anderer Stelle aufgezeigt, war die Wiedererringung der Direktmandate in Berlin von entscheidender Bedeutung, da die Meisten, wenn auch immer so propagiert, nicht an die 5% geglaubt hatten. Im Rahmen der Darstellung des Parteitages wird nicht auf die Wahlergebnisse zum Parteivorstand eingegangen, da dies an anderer Stelle bereits getan worden ist. Auch die im Vorfeld stattgefundenen Diskussionen, z.B. von Brie initiiert, sind bereits dargestellt und analysiert worden. Schwerpunkt dieses Parteitages sollte die Einleitung einer Programmdiskussion innerhalb der PDS sein, die so ergebnis- und zeitorientiert sein sollte, dass aufbauend auf dem daraus entstehenden neuen Parteiprogramm, die PDS 2002 koalitionsfähig im Bund[335] sein sollte. Der Parteivorsitzende Lothar Bisky stellte seine Rede unter das Motto „Sozialistische Politik zur Jahrtausendwende“. Darin beschrieb er sehr klar und deutlich die Forderungen, Vorstellungen und aus Sicht der PDS auch realisierbaren politischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts. Die von ihm geforderte offene Diskussion um das Erscheinungsbild der Partei in den Wochen vor dem Parteitag konnte nicht realisiert werden. Die Ernsthaftigkeit dieser Forderung muss aber in Zweifel gezogen werden, wenn man den Zeitansatz für Diskussionsbeiträge bei diesem Parteitag betrachtet. Aufgrund der Berechnung ergab sich eine theoretische Redebeitragszeit von 1:30 min pro Redner. Ein bereits von Vorneherein zum Scheitern verurteilte Konstruktion, die vom Parteivorstand bewusst so gewählt[336]

[335] Sahra Wagenknecht als Vertreterin der Kommunistischen Plattform kritisierte diese Vorgabe in ihrem Redebeitrag auf dem Parteitag. „Ich finde es beängstigend, wenn die Forderung nach einem neuen Parteiprogramm ausdrücklich mit dem Ziel verknüpft wird, die PDS bis 2002 im Bund koalitionsfähig zu machen“ (Wagenknecht 1999: 12).

[336] Bereits bei anderen Parteitagen konnte man diese Taktik des Parteivorstandes betrachten. Immer wenn die Gefahr bis dahin erkennbar war, dass es zu größeren Schwierigkeiten kommen

wurde. Die Hauptforderungen Biskys[337] an die Delegierten war mit der Beantwortung seiner Frage „Wie sind, wie werden wir politisch handlungsfähig? Deutlich umschrieben. „Er (der Parteitag, d. Verf.) soll den Auftakt geben für eine neue Phase innerparteilicher Entwicklung, die uns zu den richtigen Antworten auf eine neue Situation führt. Stichworte dafür sind Parteireform, Programmdebatte“[338] (Bisky 1999: 8). Deshalb müsse die Partei akzeptieren, dass auf sie harte Arbeit an ihr selbst zukommen würde. „Das verlangt von uns: Selbstvergewisserung, Selbstbestimmung, auch Selbstkritik und viel Arbeit - und vor allem: viel Lernen. Und selbstverständlich weiterhin Bescheidenheit“ (Bisky 1999: 8). Das dürfe aber im Umkehrschluss, so Bisky warnend nicht dazu führen, dass die Partei sich in den nächsten Jahren nur noch mit sich selbst beschäftige und sich von „inhaltlicher, analytischer Arbeit und politischen Aktionen verabschieden“ (Bisky 1999: 8) werde. Im Weiteren stellt Bisky bereits aus dem Wahlkampf bekannte Forderungen[339] in den Mittelpunkt seines Vortrages. Für die PDS ergeben sich daraus zwei Schlussfolgerungen, die es neben der bereits erwähnten internen Parteiarbeit im Auge zu behalten gilt. „Einerseits ist klar: Natürlich wird es angesichts der beschriebenen Situation die notwendigerweise herzustellenden finanziellen Spielräume für eine wirklich neue Politik nicht geben ohne eine deutliche Umverteilung von oben nach unten. Dazu hat die PDS ihre Vorstellungen vorgelegt (...) Das heißt andererseits: So lange es im Prinzip bei der vorhandenen, zudem unsicheren Finanzmasse bleibt, setzen wir auf eine Umverteilung innerhalb dieser Menge - und zwar

- nach den Prämissen, die wir öffentlich gemacht haben,
- nach dem konkreten Zweck und
- nach der Entscheidungskompetenz“ (Bisky 1999: 10).

Im zweiten Teil seiner Rede ging Bisky auf die Frage „Was und wozu taugt die PDS?“ ein, wobei hier nur auf ein Stichwort eingegangen werden soll[340]. Die PDS, so Biskys These, befinde sich seit der letzten Bundestagswahl „in einer

könnte, wurde mit der Methode der verkürzten Zeit oder der viel zu späten Vorlage von Entwürfen gearbeitet.

[337] Auch diese Rede ist in Teilen bereits an anderer Stelle vorgestellt worden.

[338] Über die Gesamttragweite der angestoßenen Programmdiskussion und Parteireform wird noch ausführlich in Kapitel 10 zu diskutieren sein.

[339] Diese Forderungen sind in ihren Aussagen nahezu deckungsgleich mit den Ausführungen in Kapitel 8. „Zur Programmatik der PDS“, so dass es an dieser Stelle erlaubt sei, nur darauf zu verweisen.

[340] Die Masse der Forderungen spiegelt sich in dem anschließend noch aufgezeigten Beschluß des Parteitages wieder.

Phase der Gebrauchswertbestimmung[341] von PDS-Politik“ (Bisky 1999: 14). Zumindest seit der Wahl im Herbst 1998 habe man sich in Deutschland mit der Existenz einer Partei links von der SPD, der PDS, abgefunden. Dies ziehe natürlich die Fragen „Was taugt sie? Was kann sie? Was kann man mit ihr anfangen? nach sich[342]. Diese zu beantworten soll das Ergebnis der Programmarbeit und der Parteireform sein, so Bisky abschließend[343]. Die Delegierten der 1. Tagung des 6. Parteitages beschlossen mit überwältigender Mehrheit die „Organisation einer programmatischen Debatte in der PDS“. In diesem Beschluss wird gefordert, dass zumindest die folgenden Themenbereiche bearbeitet werden müssen:

1. Globalisierung
2. Erneuerung sozialer Sicherungssysteme
3. Veränderungen in der Produktions- und Lebensweise und die neuen Ansätze für linke Politik
4. Menschenrechte, selbstbestimmte Lebensführung und barrierefreie Gesellschaft
5. Grundlegende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft
6. Moderne Mediengesellschaft, Kultur- und Wertewandel
7. Entwicklung der Europäischen Union (vgl. Beschluss der 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS in: DISPUT/Pressedienst 1/99: 36).

Die Programmkommission, die diese Arbeit parteiintern leisten soll, wurde wie folgt zusammengesetzt und mit Aufträgen versehen:

1. Der Parteitag beruft eine Programmkommission mit 17 Mitgliedern[344].

---

[341] Hinter diesem Begriff subsumieren sich für Bisky verschiedene Fragen bzw. Analysefelder:
1. Aufgrund der Wahl spielt die PDS eine wichtige Rolle im Spiel um die politische Macht. Die PDS aber auch die anderen Parteien prüfen nun sorgfältig, welche Funktion die PDS in diesem Spiel um die politische Macht habe.
2. Welche Funktion hat die PDS für die Wähler, gerade deshalb, da Bisky eine Vertretungslücke im politischen Parteienspektrum sieht.

Vgl. ausführlich Bisky 1999: 15 - 18.

[342] Zur expliziten Darstellung der Konsequenzen vgl. Bisky 1999: 14 - 15.

[343] Auf die von ihm vorgestellten Bewerber für die Wahlen wird nicht eingegangen, da an anderer Stelle dieser Arbeit, die Wahlergebnisse expressis verbis dargestellt werden.

[344] Diese setzen sich wie folgt zusammen: acht VertrerInnen des Parteivorstandes, ein/e VertreterIn der Kommunistischen Plattform, ein/e VertreterIn des Marxistischen Forums, eine Vertreterin der Frauenarbeitsgemeinschaft Lisa, ein/e VertreterIn der Jugendstruktur in und an der PDS, ein/e VertreterIn der Ökologischen Plattform, zwei VertreterInnen für die Landesverbände der PDS in den westlichen Bundesverbänden, wovon mindestens eine weiblich sein muss. Für alle anderen Wahlen ist die Einhaltung der Mindestquotierungspflicht vorgeschrieben.

2. Die notwendige Mindestquotierung ist zu gewährleisten.
3. Die Programmkommission erarbeitet und beschließt bis zum 30.06.1999 einen Standpunkt zum Umfang der Programmdebatte und veröffentlicht dies im Pressespiegel. Alle Arbeitsgemeinschaft, IG und Plattformen erhalten ausreichend Gelegenheit, sich einzubringen.
4. Die Programmkommission legt bis zum 31.10. 1999 Thesen für die Diskussion in der PDS vor.
5. Die Programmkommission arbeitet im gesamten Diskussionsprozeß mit der Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS, der parteinahen Stiftung und mit anderen WissenschaftlerInnen zusammen.
6. Die Diskussionsergebnisse werden im I. Quartal dem Parteitag vorgelegt (vgl. ausführlich DISPUT/Pressedienst 1/99: 36).

Wieder einmal war es dem Parteivorstand gelungen in der Partei bestehende oder sich deutlich entwickelnde Unruhen zu verhindern, da man einerseits die Zeitspannen sehr kurz bedachte, andererseits eine neue Aufgabe definierte, in der sich alle einbringen konnten. Die durchgeführten Wahlen erbrachten keine großen Änderungen, vielleicht mit Ausnahme der Tatsache, dass nach vier Jahren zum ersten Mal wieder ein Vertreter der Kommunistischen Plattform in den Parteivorstand[345] gewählt worden ist. Inwieweit die angestoßene Programmdiskussion wirklich zu einer Erneuerung der Partei resp. ihres Parteiprogramms im 1. Halbjahr 2001 und einer damit verbundenen neuen Wertigkeit der Akzeptanz beim Wähler führen wird, sei dahingestellt.

Auf den Europawahlkampfparteitag im März in Suhl hat die PDS ihre bisher bekannten Programmforderungen zu den Themen ihres Wahlkampfes erhoben. Auch dieser Parteitag, wenn auch nur ein kleiner Wahlkampfparteitag, war deutlich geprägt vom Versuch der Harmonie innerhalb der Partei. Mit der Darstellung der Parteitage seit Gründung der PDS sollte und konnte die Entwicklung und die Befindlichkeit der Partei, ihrer Mitglieder, die Höhen und Tiefen im Meinungsbild verdeutlicht werden. Gerade an Hand dieser Parteitage, ihrer Choreographie durch den Partei-vorstand, ihrer manchmal entstandenen Eigendynamik, ihres Spiegelverhaltens bzgl. des inneren Zustandes der Partei und der manchmal nicht gewollten Ergebnisse bietet sich die Möglichkeit knapp 10 Jahre PDS als Partei zu analysieren. Im nachfolgenden Kapitel wird der Ansatzpunkt die Analyse der Programmatik der PDS sein. Hier wird versucht

[345] Auch auf diese „Sensation“ wurde bereits in einem vorherigen Kapitel näher eingegangen.

werden, mit Hilfe verschiedener Programmschwerpunkte die Entwicklung, Fortführung oder Neugestaltung der PDS-Programmatik zu untersuchen.

6. Die Programmatik der PDS - unbewältigte Vergangenheit oder vollzogener Wandel?

6.1 Policyforschung

Wie bereits in den anderen theoriebildenden Teilkapiteln erläutert, ist es notwendig, aber durch die Kürze bedingt, nicht immer einfach, die einzelnen Felder theoretisch vorbereitend darzustellen. Im Bereich der Policyforschung wird nach einem Definitionsangebot kurz auf die zwei Bereiche - materielle Politikanalyse, - Politikformulierung eingegangen. Der dritte Bereich Innovation und Diffusion wird nicht weiter behandelt, da es darüber keine Veröffentlichungen im Bereich der deutschen Politikwissenschaften gibt. Eine Anwendung auf Parteien ist bislang nicht erfolgt. Die bisher bekannten Untersuchungsgegenstände zeigen keine Ansätze für das hier zu bearbeitende Thema, obwohl damit kein allumfassender theoretischer Erklärungsansatz gewählt wurde. Es werden dadurch aber die sowohl von Olzog/Liese als auch von Neugebauer/Stöss aufgezeigten Bereiche einer Betrachtung der PDS theoretisch beleuchtet.

Ein Konsens zwischen den Politikwissenschaftlern besteht bei der Definition von Policy, die als inhaltliche Dimension von Politik auf eine Kurzform gebracht wird. An dieser Stelle sei zur Verdeutlichung die definitorische Erklärung hinzugegeben, „d.h. die Art und Weise staatlicher Aktivitäten, die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme und ihre Instrumente“ (Jann 1983: 26)[346]. Da bei dieser Betrachtung nach Politikfeldern differenziert wird (Erfassung von Politik-Inhalten), die Determinanten und Voraussetzungen für die Politiken formuliert werden und ihre Auswirkung und Umsetzung (vgl. Sturm 1986, Rose 1980, Castles 1982 und Uusitalo 1984) verfolgt wird, wie Schmid feststellt, wäre diese Definition theoretisch geeignet, um Teilaspekte der Gesamtfragestellung zu beleuchten. Das Problem ist, dass in diesem Theoriebereich die Parteien keine Rolle spielen, „da sie in zeitlicher Hinsicht erst nach der Politikformulierungsphase ansetzen“ (Schmidt 1990:22). Ein weiteres Problem

[346] Zu weiterführenden Definitionen und Erklärungen siehe auch Hartwich 1985 und Windhoff-Heritier 1987.

stellte Weeck bereits 1982 fest, umso drastischer, da sich daran nach 1990 nichts geändert hat. Die Parteien wurden und werden ausschließlich schematisch in bürgerliche und sozialdemokratische klassifiziert, da nur Regierungsparteien, d.h. CDU/CSU, F.D.P. und SPD, Untersuchungs-gegenstand dieser Forschung waren/sind. Dies ist zumindest seit 1990 fatal, da BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die PDS bei dieser Klassifizierung ausgegrenzt werden. Somit ist diese Theorie als alleinige Basis ungeeignet, da nicht nur eine Pauschalisierung aufrechterhalten wird, die zwangsläufig zu falschen Aussagen führen muss, sondern sie auch die gesamte Komplexität und Problematik der Differenzierung innerhalb der einzelnen Parteien und der Parteienlandschaft nicht mehr widerspiegelt.

Ein weiterer Bereich der Policyforschung, die Politikformulierung, die beschreibt wie die Programme von Parteien als Leitlinien formuliert, die jeweiligen Themen politisch relevant definiert, Lösungen gefunden und Mehrheiten beschafft werden, stellt für viele Politikwissenschaftler noch immer eine Grauzone dar. Warum wird an dieser Stelle von einer Grauzone gesprochen? Es wird bemängelt, dass inhaltliche Forderungen nur in Zusammenfassungen oder Kurzvergleichen dargestellt werden. D.h. die eigentliche inhaltliche Dimension wird zu wenig miteinbezogen. Folgt man Olzog, gibt es mehrere Formen programmatischer Äußerungen.

Bis auf die 4., nämlich die Form der Regierungserklärung, werde ich auf alle anderen im Analyseteil näher eingehen.

- Grundsatzprogramme:
Sie werden als die Verfassung der Parteien bezeichnet. Der politische Standpunkt wird (sollte) deutlich festgelegt werden. Da zumeist das Verhältnis Staat - Gesellschaft mit dem weltanschaulichen Parteifundament auf Probleme hin beschrieben wird, hat es oft Bekenntnischarakter. Dies wird für die PDS zu untersuchen sein. Aus diesen Grundsatzprogrammen lässt (sollte) sich das Selbstverständnis der Parteien ableiten (lassen). Dies ist wichtig, dient es doch primär der Integration der Mitglieder. Verkürzt kann gesagt werden: Die Grundwerte und die jeweils parteispezifische Auseinandersetzung mit ihnen bilden den Kern der Grundsatzprogramme. Die Thesen richten sich an diesen Grundwerten aus (vgl. Olzog 1996: 13). Bei der PDS wird nicht nur das derzeitige Grundsatzprogramm, sondern auch dessen Vorläufer zu betrachten sein, um die Entwicklungstendenzen bezüglich der Fragestellung untersuchen zu können.

- Aktionsprogramme:
Sie entstehen meist aus einer Fortschreibung des Grundsatzprogrammes und konkretisieren zumeist Ziele und Aktivitäten in einem bestimmten Handlungsfeld der Politik. Somit wird den Parteien die Möglichkeit gegeben, ihr Grundsatzprogramm durch Aktionsprogramme fließend weiterzuentwickeln. Sie bilden die fließenden, variablen Elemente, die bei der Fortschreibung Basis oder Teile eines neuen Grundsatzprogrammes werden können. Inwieweit dies in der zehnjährigen Programmgeschichte der PDS bereits Spuren hinterlassen hat, wird zu untersuchen sein. Sowohl Olzog, als auch Neugebauer/Stöss fanden 1996 keine Anhaltspunkte.

- Wahlprogramme:
Sind Grundsatzprogramme und z.T. auch Aktionsprogramme Ergebnisse langjähriger parteiinterner Diskussionen, sind Wahlprogramme wie ihr Name bereits verrät, zielgerichtet auf einen jeweiligen Zeitpunkt. So verwundert es nicht, dass sie zumeist emotional formulierte programmatische Erklärungen beinhalten, die sich restriktiv mit einigen aktuellen Themen beschäftigen, von denen geglaubt wird, den Wähler kurzfristig ansprechen zu können oder den politischen Gegner empfindlich treffen zu können. Als Beispiele seien hierfür 1994 die „Rote-Socken-Kampagne“ gegen die PDS oder für 1998 das „Handschlagplakat SPD-PDS“ genannt. Inwieweit dies auf die PDS Einfluss hatte oder hat, sowohl von ihrer Reaktion wie der Wählerreaktion ist Bestandteil der Analyse. Es sei noch darauf hingewiesen, dass die Darstellung der Programmatik vor allem auf drei Werken basiert. Hier ist als erstes „Zur Programmatik der PDS“ (1997) zu nennen, das von Gesellschaftsanalyse und politische Bildung herausgegeben wurde. Zusammen mit dem alten Programm der PDS, den neuen Vorschlägen des Parteitages vom Januar 1999 und dem **„Ingolstädter Manifest“** von Gregor Gysi stellt es die derzeit einzig zur Verfügung stehende Literatur dar, in der die Programmatik der PDS in toto dargestellt wird. So musste bei der Darstellung eine deutliche Präferierung von Literatur vorgenommen werden, die sich aber in der Analyse nicht niederschlägt.

6.2 Innenpolitische Programmatik

6.2.1 Menschenrechte

In diesem Bereich verfolgt die PDS die bereits vorher aufgezeigte Strategie, in dem zuerst die Fehler im Sinne des gescheiterten Staatssozialismus[347] aufzeigt werden, um anschließend die Vorzüge richtig organisierter sozialistischer Staatsstruktur zu entwickeln. Durch die expressis verbis geforderte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wird innerhalb der PDS eine Verarbeitungsversuch angestoßen, der aufgrund der vorhandenen „ewig Gestrigen" um Hans Modrow notwendig erscheint, wenn die ganze Partei erneuert werden soll. Gleichzeitig kann für neue, auch westliche Mitglieder, der Wandel von staatstragender kommunistischer, zu sozialistischer Partei aufgezeigt werden. Ein nicht zu unterschätzender Aspekt und Effekt. Oder wie die PDS es offiziell begründet: „Die Auseinandersetzung mit diesem Erbe ist unerlässlich für einen Neubegründung sozialistischen Denkens und sozialistische Politik" (PDS-Programm 1998: 12). Für die PDS ist eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung erst dann möglich, wenn die damit verbundenen Fragen und Probleme als Menschenrechtsfragen formuliert und ausgekämpft werden.

Die Menschenrechte bilden die wichtigste Grundlage der Rechtfertigung und Legitimation von Macht in modernen Gesellschaften[348] für die PDS. Daraus folgt, dass sich darauf aufbauend freie demokratische Wahlen anschließen, die es ermöglichen demokratisch politische Macht[349] zu erlangen. Die sich daraus ergebende Macht ist nur dann als wirklich stabil anzusehen, wenn der Legitimationsspruch von der Mehrheit der BürgerInnen geteilt wird. Dies wird

---

[347] „Die Frage der Menschenrechte wurde im Marxismus-Leninismus unter die Klassen- und Systeminteressen subsumiert und lange Zeit letztlich für irrelevant erklärt. Die Berufung auf Menschenrechte wurde im Staatssozialismus oft als bloße ideologische Diversion denunziert. Die Freiheit des Denkenden, der weil er denkt, ein Andersdenkender ist, wurde mit Berufung auf das Wahrheitsmonopol einer Klasse, Partei, des Politbüros unterdrückt. In sozialistischen Verfassungen verbürgte individuelle Rechte wurden mit Verweis auf Klasseninteressen beseitigt" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 37).

[348] Da die PDS das „Gottkönigsgnadentum" ablehnt, wie auch auf Rasse begründete Herrschaft als nicht legitim ansieht, ist die oben angeführte Aussage als Leitbild der PDS zu betrachten.

[349] „Politische Macht ist unter derartigen Verhältnissen eher dazu gezwungen, sich einerseits durch den Schutz dieser Freiheiten und andererseits an den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Bürger zu orientieren" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 36).

nicht zuletzt dadurch erreicht, dass die angewandten demokratischen Verfahren als ausreichend angesehen werden. Im Laufe der Jahrhunderte hat sich gezeigt, dass es, wenn einzelne Gruppen Ungleichheit oder Unterdrückung erfahren haben, nur eine Möglichkeit gab, in modernen Gesellschaften regulierend einzugreifen, „durch Berufung auf verletzte Menschenrechte“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 37).

Die PDS dementiert, dass Menschenrechte nur abstraktes, historisches oder ethisches Gedankengut seien. Es handele sich um konkrete, nachvollziehbar sozialökonomische und politische Widersprüche, die sich als Widersprüche von Klassen, Gruppen, Geschlechtern etc. darstellen lassen und sich auf grundlegende Verhältnisse einer Gesellschaft beziehen. Im Aufzeigen dieser Problematik sieht die PDS eine ihrer Hauptaufgaben, da Herrschende noch immer in der Lage seien, die Probleme von Klassen oder Gruppen nur als Probleme von Minderheiten hinzustellen und sie nicht als Gesamtproblem der Gesellschaft akzeptieren. Erst wenn dies gelingt, sind die Menschenrechte in realita Basis der jeweiligen Grundordnung. „Menschenrechte sind soziale Ansprüche und geltend gemachte Anrechte konkreter Klassen, Schichten und Gruppen, die als Rechte für alle und jeden formuliert werden“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 38). In modernen Gesellschaften müsse deshalb wiederholt auf die Einhaltung der Menschenrechte hingewiesen werden, denn „vieles, was heute von den herrschenden Eliten als bloße Utopie abgetan bzw. zu Luxus erklärt wird, gehört in dieser Erklärung zu den Richtlinien, an den Staaten und soziale Ordnungen sich messen lassen müssen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997:39).

a) Menschenrechte als ein Muss

Das Scheitern des Staatssozialismus, der durch die Einschränkung der politischen und wirtschaftlichen Freiheitsrechte letztendlich in Stagnation und Machtlosigkeit endete, basierte zum großen Teil für die PDS auf der Unterdrückung der Menschenrechte des einzelnen Bürgers in der Gesellschaft. Nur bei Durchsetzung und Gewährung eines bestimmten Maßes an Menschenrechten ist es möglich, eine funktionierende Herrschaftsform aufzubauen. „Deshalb ist es keine Willkür, ob sie gewährt wird oder nicht, wenn sie in Ordnungen, mit denen die jeweilige Gesellschaft in Konkurrenz steht, zumindest partiell anerkannt werden“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 42).

b) Drei Generationen der Menschenrechte

Die politischen Menschenrechte werden als die primären bezeichnet, da die Menschen erst durch sie in der Lage sind, Gesellschaft aktiv zu gestalten. Dies ist dann gewährleistet, „wenn sie das Recht haben, sich eigenständig und selbstbewusst am politischen Meinungsbildungs- und Willensbildungsprozess zu beteiligen. Ohne politische Freiheit bleiben alle anderen Rechte ein Zugeständnis der Herrschenden, dass diese auch wieder entziehen können“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 41). Soziale Menschenrechte sind all jene Rechte, die geltend gemacht werden können, „um am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Nicht zuletzt unter dem Einfluss der Sozialdemokratie und des staatssozialistischen Weltsystems wurde international ein Verständnis von Menschenrechten durchgesetzt, das alle Gesellschaften verpflichten soll, jedem einzelnen ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit (Arbeit, Wohnung, Ernährung, Gesundheit etc.) sowie an Bildung zu garantieren“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 41). Die PDS fordert dies unabhängig von der ökonomischen Lage, des staatsbürgerlichen Status und allen anderen Kriterien.

Mit den globalen Problemen sind die Menschenrechte der dritten Generation entstanden. Darunter versteht die PDS das Recht des einzelnen auf ein Leben in Frieden, auf die Erhaltung einer gesunden Umwelt, auf die Sicherung der sozialen Rechte eines jeden auch in den ärmsten Ländern dieser Erde. Um die Menschenrechte der dritten Generation optimal umzusetzen, wäre ein demokratischer Umbau der UNO notwendig und die Entwicklungshilfe stärker auf die Bedürfnisse der betroffenen Menschen auszurichten, so das Ergebnis der PDS.

c) Menschenrechte und sozialistische Politik

Vor einer kurzen Zielbeschreibung dieses Bereiches, werden nochmals Aspekte der Vergangenheitsbewältigung angeführt. Diese bezieht sich darauf, dass fälschlicherweise lange Zeit die Funktionalität und Richtigkeit kommunistischer bzw. sozialistischer Politik vor allem daran gemessen wurde, „inwieweit sie dazu beitrug, eine bestimmte Eigentumsordnung (Staatseigentum) oder einen bestimmten Typ politischer Macht (Führung durch die kommunistische Partei) durchzusetzen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 42). Dabei wurden die Mittel oft zum Selbstzweck, was zum Schaden des Volkes und zum Vorteil einer privilegierten Schicht war, so das Ergebnis der Analyse der PDS. „Diese negativen Folgen der staatssozialistischen Ordnung, die in gravierender Weise zur Verletzung von Menschenrechten führten, ..., wurden als

Übergangserscheinungen und Wirkungen des Klassenkampfes erklärt“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 42). Wobei diese Auswüchse nur Folgen einer undemokratischen Einparteienherrschaft waren; alles andere waren Verschleierungstaktiken. So stellt die PDS zu diesem Punkt abschließend folgerichtig fest, dass eine erneuerte sozialistische Politik nur dann eine Chance haben könnte, wenn sie vor allem eine konstruktive Politik der Verwirklichung von Menschenrechten wäre.

6.2.2 Sozialismus und soziale Sicherungssysteme

Die PDS geht bei der Definition des Begriffes Sozialismus bis zum Ende der Feudalherrschaft zurück. „Am Ausgangspunkt des Sozialismus standen sozial die Bewegungen jener gesellschaftlichen Gruppen, die durch die Auflösung der Feudalverhältnisse und die sich ausbreitende Marktwirtschaft in die moderne kapitalistische Gesellschaft hineingezogen und zugleich von ihrem Reichtum ausgeschlossen und ohne politische Rechte blieben - die Arbeiterbewegung“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 48). Zusätzlich zu dem Begriff „sozial“ verwendet die PDS auch den Begriff der „geistigen“ Begründung des Sozialismus. Diesen schreibt sie den „Kindern der Aufklärung“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 48) zu, da diese durch ihre stetigen Versuche die Ideen der Aufklärung auf die neuen Situationen anzuwenden und ihre nicht endenden Forderung auf Umsetzung dieser Ideale nachdrücklich dazu beigetragen haben, „dass die politische Gleichheit der Rechte mit der sozialen Gleichheit der Rechte verbunden werden muss, dass der politischen Revolution (dem Sturz des feudalen Absolutismus) die soziale Revolution (der Sturz des Privateigentums als Recht weniger auf den gesamten gesellschaftlichen Reichtum) folgen müsse“(Gesellschaftsanalyse und Bildung e.V. 1997: 48).

Deshalb, so begründet die PDS, formuliere der Sozialismus in seiner originären Form die universellen Menschenrechte als die besonderen gesellschaftlichen Ansprüche der ArbeiterInnen. Außerdem wird auf die Leistungen anderer Gruppierungen, der Frauenbewegung, der Befreiungsbewegung in den Kolonien und die Bewegung von rassisch Unterdrückten[350] hingewiesen, die versuchten die neu entstandenen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und in Frage zu stellen.

[350] Zur genaueren Ausführung vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 48f.

Nur wer die Entstehung kenne, könne auch wirklich für Menschenrechte vom sozialistischen Standpunkt aus eintreten, da er den richtigen Blickwinkel verstanden habe. Immer von unten seien die Menschenrechte zu betrachten und nur dann erhalte man das richtige Bild über Zustand und Entwicklung, denn es müsse immer wieder „von neuem hingesehen werden, wer wirklich unten ist“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 49). Der Sozialismus dürfe in seiner Wachsamkeit nicht nachlassen, denn nach der Definition des Sozialismus seien die Menschenrechte erst dann verwirklicht, wenn auch „der oder die am meisten Benachteiligte, der wichtigsten sozialen und politischen Rechte teilhaftig wird“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 49). Daraus folgt letztendlich, dass die freie Entwicklung eines jeden der Schlüssel zum Sozialismus ist. „Die Gleichheit in der Freiheit ist der wichtigste Weg sozialistischer Bewegungen. Gerechtigkeit misst sich solidarisch primär von unten; Solidarität ist vor allem Solidarität mit denen, denen die gegenwärtige Gesellschaft strukturell die Chancen am meisten verstellt hat“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 49).

Die PDS beschränkt sich aber nicht auf diese theoretischen Überlegungen. Nach der theoretischen Darlegung leitet sie daraus den politischen Anspruch[351] für sich als „neue Partei“, ab. Diese Definitionen und Zusammenhänge lassen es für die PDS eindeutig erscheinen, dass in diesem Sinne der Sozialismus als Menschenrechtsideologie moderner Gesellschaften bezeichnet werden kann[352].
Sozialismus ist für die PDS als Ziel definiert als „eine Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 49). Die PDS nützt die eben aufgezeigte theoretische Grundlage außerdem, um ihr Verständnis von sozialistischer Bewegung, gerade auch in Abgrenzung zu Spezifika des Liberalismus und Konservatismus zu erklären. Hierin werden von der PDS vier Hauptelemente[353] herausgearbeitet und hervorgehoben, die im nachfolgenden kurz dargestellt werden.

---

[351] „Der politische Anspruch des Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung der modernen Gesellschaften mit ihren Institutionen und Machtstrukturen, dass die Durchsetzung der Menschenrechte in der Einheit von politischen, sozialen und individuellen Rechten und ihrer Unteilbarkeit für jeden einzelnen und für alle garantiert wird“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 49).

[352] Zur ausführlichen Begründung sei auf: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 48 - 54 verwiesen.

[353] 1. Das Prinzip der sozialen Verantwortung
2. Das Gleichheitsprinzip

1. Das Prinzip der sozialen Verantwortung:
Dieses Prinzip der Gesellschaft für die Wahrung der Rechte jedes einzelnen und des einzelnen für das Wohlergehen aller steht für die PDS in einem eineindeutigen Gegensatz zu der liberalen Vorstellung, „dass die radikale Verfolgung des egoistischen Einzelinteresses der Königsweg zum Glück aller sei“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 50). Der Begriff Sozialist als Synonym für die wissenschaftliche Schule von Grotius im Gegensatz zu Hobbes und Lockes Glauben an das egoistische Individuum[354] verwendet, ging vom individuellen Geselligkeitstrieb aus. D.h. sie sahen den einzelnen praktisch von Natur aus auf seine Gesellschaft fixiert. „Sie nannten dies den appetitus societatis und führten auch das Substantiv socialitas ein“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 50); daraus entwickelte sich später der Begriff „socialistae“, der bis heute unverändert weiterverwendet wird, wenn auch in umgangssprachliches Deutsch umgewandelt. Die PDS schließt sich der Denkrichtung Owens an, der dies zum ersten Mal im Rahmen ideologischer Strömungen verwendete. So definiert die PDS Sozialismus als das Verständnis, dass Gesellschaft immer als ein „Verhältnis wechselseitiger Verantwortung zwischen dem soziopolitischen Gemeinwesen und den einzelnen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 50) zu betrachten ist. Wobei die PDS betont, dass jeder einzelne sehr wohl auch Pflichten[355] zu übernehmen habe, gleichwohl im Gegenzug die Pflicht aller gegenüber[356] dem einzelnen auch nicht zu kurz kommt.
Neugebauer/Stöss ziehen in diesem Bereich den Schluss, „dass die Position der PDS im gesamtdeutschen Parteiensystem primär durch die alte sozialökonomische Konfliktachse bestimmt ist: Sie ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit schlechthin. Sie repräsentiert fast monopolitisch einen fundamentalen Wert, der im Zuge des sozialen Wandels und der Veränderung der Konfliktstruktur des bundesdeutschen Parteiensystems offenbar sträflich vernachlässigt wird...“ (Neugebauer/Stöss 1996: 279).

2. Das Gleichheitsprinzip

---

3. Das Prinzip individueller Anrechte
4. Das Gestaltungsprinzip.

354 Vgl. hierzu ausführlich in: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 50f.

355 So wird vor allem der Beitrag jedes einzelnen zur Gestaltung der Lebensbedingungen aller hervorgehoben.

356 Hier wird die Pflicht aller genannt, für jeden einzelnen die Voraussetzungen zur Realisierung der grundlegenden Anrechte zu schaffen.

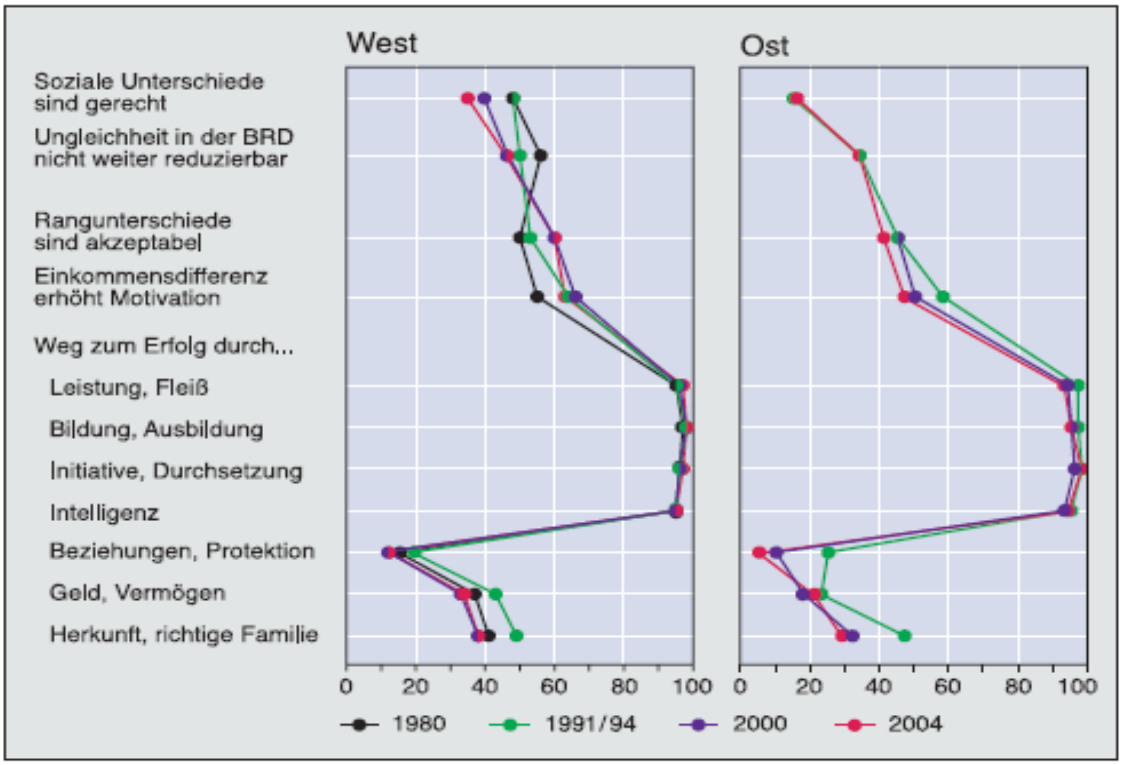
Für die PDS liegt der Kern der ideologischen Auseinandersetzung um die Gleichheit mindestens zwei Jahrhunderte zurück. Es war für sie nachweislich das am härtesten umkämpfte der zu erringenden Prinzipien, da der Anspruch auf Gleichheit einen Angriff auf alle erdenklichen Privilegien[357] darstellte. Das im vorigen Jahrhundert zumeist bestehende Problem, der Verwirklichung dieses Gleichheitsprinzip, sieht die PDS, ganz in Marxscher Tradition, in der bestehenden sozialen Ungleichheit, die zum Teil heute noch existent sei.

Für die PDS ist hier ein Widerspruch erkennbar, der beseitigt werden muss, um das Gleichheitsprinzip verwirklichen zu können. „Moderne Verhältnisse sind undenkbar, wenn sie nicht als Rechtsverhältnisse gestaltet werden können. Diesen aber liegt das Prinzip der formalen Gleichheit zugrunde. Die Subjekte eines Vertrages müssen vom Ansatz her als Partner formell die gleichen Rechte besitzen. Diese formelle Gleichheit kann mit der höchsten Ungleichheit koexistieren. So ist der Arbeitsvertrag ein Abkommen zwischen juristischen Personen, die ein völlig gegensätzliches Verhältnis zu den Produktions-bedingungen haben. Die Verfügung liegt prinzipiell auf der Seite des Kapitals“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 50). D.h. also ein Vertrag ist nur dann sinnvoll, wenn die Partner formell gleiche Rechte haben, sich aber substantiell unterscheiden[358]. Wiederholt geht die PDS auf die Bedeutung der sozialen Ungleichheit ein.

Abb. 2: Anteil von Personen mit legitimierender Haltung zur sozialen Ungleichheit, 1980-2004:

[357] Die stellt auch heute noch immer eine Konfliktachse dar, da die Gleichheit oft nur formal erreicht worden ist, von ihrer Verwirklichung ist man aber oft weiter entfernt als es den Gesellschaftsvertretern lieb ist.

[358] Zur weiteren Ausführung siehe Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 50-52.



Datenbasis: Allbus 1980, 1991, 1994, 2000, 2004.

Quelle: Datenreport 2006: 633.

Das Schlagwort der sozialen Ungleichheit und die vorgeordneten sozialen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft wurden immer wieder zum Gegenstand der politischen und sozialen Gerechtigkeitsforderung. D.h., es soll versucht werden, diese erkannten und offensichtlich vorhandenen sozialen Unterschiede abzubauen. Hierbei wurde aber nur die Beseitigung der sozialen Ungleichheit gefordert, womit das Prinzip nach Gleichheit zu kurz gefasst wurde.

Das Erreichen der sozialen Gleichheit ist der Grundwert des Sozialismus und somit auch der PDS. Es wird sich in diesem Zusammenhang auch gegen den Vorwurf der angestrebten Gleichmacherei durch die Sozialisten gewehrt. „Im sozialistischen Sinne ist die Forderung nach sozialer Gleichheit das genaue Gegenteil von Gleichmacherei. Es geht um die Schaffung von Bedingungen höchster individueller Verschiedenheit auf der Grundlage gleicher Ausgangsmöglichkeiten. Es geht nicht um Nivellierung, sondern um Vervielfältigung von Entwicklungschancen. Dies verbindet die Forderung nach einem Mindestmaß von Egalitarismus bei der Sicherung der sozialen und politischen Grundrechte für alle mit einem Höchstmaß an Chancengleichheit für jeden einzelnen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 51). Gleichzeitig erkennt die PDS genauso wie alle anderen sozialistischen, kommunistischen und im traditionellen Sinne auch sozialdemokratischen

Parteien[359], dass ihr Klientel zum Großteil den gesellschaftlichen Gruppen entstammt, „die von Unterdrückung, Ausbeutung, Ausgrenzung, verschiedensten Formen der Diskriminierung und Entrechtung betroffen sind“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 51). Wie bereits betont, wird nochmals der Blick von unten auf die Gesellschaft als der richtige und wahre hingestellt. Außerdem wird bei Brecht eine Anleihe genommen, da dieser diesen Blick als „plebejisch“[360] bezeichnete. Am Ende des Abschnitts über das Gleichheitsprinzip versucht die PDS den Bogen von der Vergangenheit zur Zukunft des Sozialismus zu schlagen, wobei eine Einschränkung in der Bewertung des „Blickes von unten“ erwähnenswert ist. Es wird kein Anspruch auf grundsätzliche Richtigkeit und Wahrheitserkenntnis durch diesen Blick erhoben[361], sondern deklariert, dass dadurch Ungerechtigkeiten entdeckt werden können, die „durch die Herrschaftsstrukturen systematisch verdeckt, individualisiert und verharmlost werden“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 51). Der Arbeiterbewegung bzw. der Verbindung mit dieser verdankte der Sozialismus seinen Aufstieg „zu einer großen sozialen Bewegung“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 51).

In der Zukunft sieht die PDS gute Entwicklungsmöglichkeiten für den Sozialismus, es müsse ihm nur gelingen, sich wieder mit den sozialen Bewegungen zu verbünden, „die die grundlegenden sozialen Probleme des ausgehenden 20. Jahrhunderts vom Standpunkt >derer da unten< als Probleme systematisch verletzter Menschenrechte zur Sprache bringen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. 1997: 51). In diesem Punkt konkurriert die PDS erneut mit einem zumindest originär auch sozialdemokratischen, z.T. auch „Grün angehauchten“ Wählerklientel, wobei die Unterschiede[362] deutlich in >West - Ost< und nicht in >Arm - Reich< zerfallen werden.

---

[359] Dies gilt wahrscheinlich nicht mehr im Sinne des Wahlkampfslogans von G. Schröder, der die „Neue Mitte“ beschwor, die zwar keiner erkannte, die ihn aber anscheinend gewählt hat.

[360] vgl. hierzu ausführlich Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 50f.

[361] „Ein solcher Blickwinkel verbürgt zwar keine richtige Erkenntnisse“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 51).

[362] Ohne Kapitel 10 und Kapitel 11 vorgreifen zu wollen, muss festgestellt werden, dass die PDS bei der ersten Wahl im 21.Jhdt. resp. im 3. Jahrtausend weiterhin ein ostpräferierende Partei sein wird, da sie noch immer massive Probleme hat, ihre politischen Ziele mit in Westdeutschland nicht vorbelasteten „Köpfen“ identifikationsfähig zu machen

3. Das Prinzip individueller Anrechte

Interessant ist, dass nicht Aspekte des Kapitalismus, sondern der Staatssozialismus als negatives Beispiel genutzt wird, um in Abgrenzung hierzu die Inhalte des Prinzips individueller Anrechte deutlich zu machen. Dies ist verständlich, da somit die Handlungen Stalins und die Verhältnisse in der DDR aufgearbeitet werden können. Dies drückt sich einerseits in der Bearbeitung der nie abgestrittenen Verantwortung der SED aus, was auch auf die PDS als ihre Nachfolgepartei reflektiert. Andererseits kann die PDS als geläuterte, moderne, sozialistische und demokratische, auf dem Boden des Grundgesetzes stehende Partei dargestellt werden. Dieses Prinzip geht nach Meinung der PDS davon aus, „dass in freien und öffentlichen Diskussionsprozessen jene Maßstäbe entwickelt werden, die zum Ausgangspunkt der Bestimmung der grundlegenden politischen, sozialen und ökonomischen Rechte jedes einzelnen und seiner Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwohl werden“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 52).

Nur wenn es sich wirklich um entwickelte Rechte freier Bürger handelt und dem einzelnen Mitbürger die Verwirklichung dieser nicht durch den Hinweis auf ein höheres Interesse verwehrt wird, kann im Sinne der PDS von Menschenrechten gesprochen werden. Die Einlösung dieser Interessen, die auch daraus resultierenden Ansprüche, können gesetzlich durchgesetzt werden[363]. Diese aufgezeigten Bedingungen wurden laut PDS aber weder im Staatssozialismus vor Stalins Tod noch nachher, obwohl hier einige Verbesserung erkannt werden, erfüllt. So gibt es im Staatssozialismus bis zu Stalins Tod eine Verweigerung der Rechte auf freie politische Diskussion und Entscheidung. Ab 1953 entwickelte sich der Staatssozialismus partiell positiv, da „wesentliche soziale Bedürfnisse, die den Menschenrechten zugrunde liegen (Arbeit, Wohnung, Bildung usw.), teilweise auf einem hohen Stand verwirklicht“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 52) wurden. Kritisch wurde von der PDS aber die Tatsache hervorgehoben, dass diese Privilegien „als Vergünstigungen eines Obrigkeitsstaates seinen braven Untertanen gewährt“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 52) wurde. Dies bedeutete nämlich, sie wurden auch jederzeit bei Zuwiderhandlung gegen das Verständnis des Obrigkeitsstaates wieder entzogen.[364]. Hieraus leitet die PDS ab, dass „ohne politische Freiheit,

[363] Auch hierzu vgl. ausführlich Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 52.
[364] Hier wird das Beispiel der Berufsverbote für Dissidenten bis 1989 als Beispiel angesprochen.

ohne Einklagbarkeit der Grundrechte, ohne Freiheit der Organisation und Interessenvertretung und ohne aktive Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse eine sozialistische Menschenrechtspolitik unmöglich“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 52) ist.

4. Das Gestaltungsprinzip

In diesem Abschnitt wird der Sozialismus als zukunftsorientierter Bewegungsbegriff dargestellt, der noch immer darauf insistiert, „dass es zumindest partiell möglich ist, gesellschaftlichen Wandel bewusst auszulösen, bestimmte Ziele erreichen zu wollen, die dafür notwendigen Mittel zu finden und die Folgen zu kontrollieren“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 52).

Dieses Prinzip zeige den deutlichen Unterschied zum Konservatismus. Während der Konservatismus primär überkommene Wirklichkeit reflektiere und die gesellschaftliche Entwicklung in liberaler Weise eher als Selbstlauf ansehe, ist der Bezugspunkt des Sozialismus „die wünschenswerte Zukunft“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 52). Deshalb hebt die PDS hervor, dass gerade in dieser Hinsicht der Sozialismus geistiger Erbe der Aufklärung ist und auf die Reform, falls nötig Revolution, der Grundstrukturen abzielt. Die nicht enden wollende Anziehungskraft des Sozialismus sieht man dadurch bestätigt, „dass er auf ein - vom Anspruch her wissenschaftlich begründetes - alternatives Zukunftsmodell orientiert (ist)“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 53). Hieraus schöpfe der Sozialismus seine große soziale Energie. Das Gestaltungsprinzip hat der Sozialismus in den letzten 2 Jhdt. dadurch erfüllt, dass er nachweislich das gesellschaftliche Leben mitgestaltet hat. So werden die Gewerkschaften, die sozialstaatlichen Reformen, das allgemeine Wahlrecht und die weitgehende Durchsetzung der politischen und vieler sozialen Menschenrechte für die Mehrheit der BürgerInnen in den entwickelten Industriestaaten als Beispiele hierfür genannt. Negative Aspekte der Gestaltung durch den Sozialismus werden ebenfalls angesprochen[365]. Der Staatssozialismus wird als eine mögliche Form des Sozialismus bezeichnet, die aber nicht

[365] „Die mit dem Bild einer idealen Gesellschaft verbundene Verführungskraft des Sozialismus hätte ein besonderes Maß an intellektueller und politischer Verantwortlichkeit verlangt. Dem ist er gerade in seiner staatssozialistischen Variante zweifelsohne nicht gerecht worden...“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 53.

erstrebenswert sei, da er, wie die Geschichte eindrucksvoll gezeigt hat, in eine Sackgasse führe.

So kommt die PDS bezogen auf den Sozialismus zu der Schlussfolgerung, dass sozialistisches Denken und sozialistische Politik nur dann neue Überzeugungskraft gewinnen können, wenn es gelingt aufzuzeigen, durch welche konkreten Maßnahmen bzw. Veränderungen der gesellschaftlichen Situation die jeweiligen Probleme gelöst werden können. „Gesellschaftliche Entwürfe sind deshalb notwendig, nicht als Volksbeglückung..., sondern als Vorschläge zur Diskussion“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 53). Nur so kann der Sozialismus ein wichtiger Bestandteil, vielleicht sogar die Basis für den Kampf gegen die konservativ gewollte Herrschaft der Alternativlosigkeit werden[366] .

6.2.3 Arbeitsmarktpolitik

„Bezahlte Arbeit ist der wichtigste gesellschaftliche Zusammenhalt. Ohne sie ist - wie Ende der zwanziger Jahre - die Möglichkeit jedes Grundkonsenses und jeder Demokratie im Kern zerstört. Öffentliche Meinungsfreiheit und freie und geheime Wahlen sind die ersten Staatsbürgerrechte. Das Recht auf bezahlte und gesellschaftlich nützliche Arbeit sowie auf bezahlbare Wohnung sind die ersten Menschenrechte. Das Ausstoßen in längere Arbeitslosigkeit ist ein Verbrechen“ (Gysi 1994: 9). Diese Problematik sieht die PDS als das Ergebnis der kapitalistischen Moderne, die in ihrem Streben nach immer höherer Arbeitsproduktivität, die Menschen, die diesem Streben als Arbeitslose zum Opfer gefallen sind, nicht mehr braucht. Sie werden somit automatisch in diesem System zu Verlierern; die soziale Polarisierung zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die Arbeit verloren haben und neue suchen, kennzeichnet diese Krise der Arbeitsgesellschaft. Diese sozialen Spannungen abzubauen, die Gefahr der Eskalation von Gewalt innerhalb der Gesellschaft zu mindern bzw. noch besser erfolgreich zu bekämpfen, müsste so die PDS die eigentliche Aufgabe sein. Dazu aber müsste zuerst die Erkenntnis akzeptiert werden, dass sich die Gesellschaft in einer tiefen strukturellen Krise[367] befindet[368]. Dies sieht die PDS als nicht durchgehend akzeptiert an. Um diese Problematik erfolgreich bekämpfen zu

[366] zur ausführlichen Darstellung vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 53.

[367] Vgl. PDS-Programm 1998: 14f.

[368] „Eine Gesellschaft, die unfähig ist, den Reichtum des verfügbaren menschlichen Arbeitspotentials für die Lösung ihrer Probleme auszuschöpfen, befindet sich in einer tiefen strukturellen Krise“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 166).

können, muss die Frage beantwortet werden, was zu tun ist, „um unter unumkehrbaren Bedingungen der Entkoppelung von Produktionswachstum und Beschäftigung allen Menschen sinnvolle und bezahlte Tätigkeit zu ermöglichen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 166). Für die Partei müssen neun Teilbereiche[369] analysiert und letztendlich umgesetzt werden, um dem Ziel, das Ende der Arbeitsgesellschaft zu verhindern, näher zu kommen bzw. es realisieren zu können. In der Tatsache, dass man in Deutschland, wenn man nach Wegen in die Vollbeschäftigung sucht, als politisch hoffnungslos veraltet und wirklichkeitsfern eingestuft wird, sieht die PDS weniger einen Grund zur Resignation, denn vielmehr einen politischen Auftrag dagegen anzukämpfen[370].

1. Vollbeschäftigung ist möglich

„Wir betrachten das Recht auf Arbeit, die soziale humane und ökologische Umgestaltung des gesellschaftlichen Arbeitssystems wie auch das Recht auf soziale Grundsicherung als Schlüsselfragen sozialistischer Politik“ (PDS-Programm 1998: 13[371]). Eine der wichtigsten Aufgaben in diesem Zusammenhang sieht die PDS in der Vermittlung, was in Zukunft Vollbeschäftigung bedeutet, denn diese unterscheidet sich deutlich von dem

---

[369] Diese sind:

- Vollbeschäftigung ist möglich
- Ausbau der Arbeitsmarktpolitik
- Verkürzung der Arbeitszeit
- Arbeit durch Innovation und ökologischen Umbau
- Öffentliche Beschäftigung und Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors
- Verbrauchernachfrage sichern
- Beschäftigungspolitisches Sonderprogramm für Ostdeutschland
- Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeit
- Finanzierung des ökologisch-sozialen Umbaus

[370] vgl. Gysi 1994: 9f.

[371] An dieser Stelle muss auf ein Manko vieler PDS-Veröffentlichungen hingewiesen werden. Zwar werden viele Bereiche innerhalb des Programms, innerhalb der Kommentare, etc. mit Textstellen belegt, die sich aber nicht immer an der angegebenen Stelle befinden müssen. Zumeist sind sie in der angegebenen Veröffentlichung, aber desöfteren einige Seiten von der angegebenen Stelle entfernt. Dies erscheint als Hinweis der Überprüfbarkeit solcher Aussagen wichtig, erschwert bei Erstarbeit aber die Nachweisfähigkeit. Eine rühmliche Ausnahme ist bei Keller festzustellen, der grundsätzlich exakte und richtige Angaben über Herkunft und Nachweisbarkeit seiner Zitate bzw. seiner Bezugsquellen bietet.

althergebrachten Muster einer Vollbeschäftigung[372]. Die neue Form der Vollzeitbeschäftigung wird von vielen Einzelfaktoren geprägt sein, die in dieser Ausprägung bisher nicht bekannt waren. So bedeutet, und diese Feststellung hebt die PDS besonders hervor, zukünftig Vollbeschäftigung nicht, dass niemand seinen Arbeitsplatz verlieren könnte. Auch das verzweifelte Festhalten der Gewerkschaften an gegebenen Arbeitsplätzen sei nicht der Weg in die Zukunft. Vielmehr sei das wirkliche Problem, das geklärt werden muss, „wie bei ständiger, zwangsläufig mit dem Verschwinden bisher verfügbarer Arbeitsplätze verbundener Entwicklung, neue, sinnvolle Felder der Erwerbstätigkeit ohne überlange Anschlußlücken eröffnet werden können, wie ein tendenziell kleiner werdendes Arbeitsvolumen gerecht verteilt und wie vermehrte Freizeit für Persönlichkeitsentwicklung und zwischenmenschliche Beziehungen genutzt werden kann“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 167). Einschränkend bzw. warnend merkt die PDS an, dass sie mit der bei den Arbeitnehmern geforderten Flexibilität nicht die Bereitschaft meine, sich in informelle oder sozial unzumutbare Beschäftigungsverhältnisse drängen zu lassen[373].

Auf der anderen Seite gesteht sie ein, dass Kostendämpfung im Allgemeinen, wenn sie nicht einseitig nur auf die Arbeitnehmer abgewälzt wird, zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ein wichtiger, nicht zu vernachlässigender Aspekt sei. Kommt die PDS den Arbeitgebern in diesem Punkt etwas entgegen, setzt sie hier noch auf Konfrontation, in dem sie nachzuweisen versucht, dass der Versuch der deutschen Wirtschaft über Lohnkosten- bzw. Lohnstückkosten-diskussion die Gesamtproblematik auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, falsch und von der

[372] Bei zukünftiger Vollbeschäftigung kann es sich nicht mehr um die bisher gewohnte, traditionell vermittelte, lebenslang kontinuierliche Vollbeschäftigung handeln, die vielleicht sogar auf dem gleichen Arbeitsplatz stattfinden kann (vgl. PDS-Programm 1993 13 f.).

[373] „Größere Elastizität...ist jedoch nicht mit einem Sich-Fügen in die rasche Ausweitung des Anteils prekärer, sozial nicht oder ungenügend geschützter Arbeitsplätze gleichzusetzen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 167).

Argumentation her sogar unwahr sei[374]. So weist die PDS nach, dass nur Japan[375] einen noch geringen Anstieg in der Entwicklung der Lohnstückkosten[376] nachweisen kann. Schon die direkt vor der Bundesrepublik[377] liegenden USA[378] haben einen fast doppelt so hohen Anstieg zu verzeichnen. Spitzenreiter ist hier Italien[379], das einen um 520% höheren Anstieg der Lohnstückkosten „erleiden" musste. Deshalb stellt die PDS fest, dass die Lohnforderungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren die deutsche Wirtschaft ganz im Gegensatz zu den Behauptungen auf Unternehmer- und Regierungsseite keineswegs überfordert haben. Gleichzeitig, als ob dieses Gegenargument erwartet werden würde, zeigt die PDS die Möglichkeit die Entwicklung der Lohnstückkosten in anderer Form[380] durchzuführen auf. Dann würde ein schlechteres Bild für die deutsche Wirtschaft entstehen, aber noch immer kein Argument[381] erwachsen, um das Heil der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in einer rein auf die Lohnstückkosten reduzierten Betrachtung zu suchen. Denn so gibt die PDS zu bedenken, egal nach welcher Methode berechnet wird, eines stehe außer Frage,

---

374 So werden hier zur Beweisführung das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und die Abteilung Wirtschaft der Industriegewerkschaft Metall herangezogen, die zweierlei festgestellt haben:

1. Die deutsche Wirtschaft wird mit den Niedriglohnländern im Süden und Osten im Bereich der Lohnkosten nie konkurrenzfähig werden.
2. Die Lohnstückkosten in Westdeutschland sind seit 1980, gemessen in nationaler Währung, sowohl im verarbeiteten Gewerbe als erst recht in der Gesamtwirtschaft langsamer gestiegen als im Durchschnitt aller entwickelten Industrieländer.

375 29%.

376 Der durchschnittliche Anstieg betrug 73%.

377 38%.

378 68%.

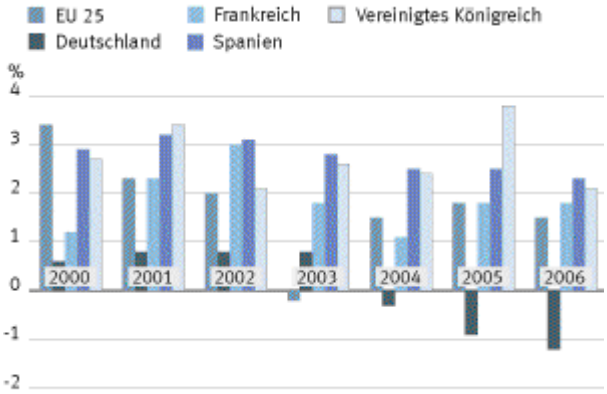
379 Italien hat einen Anstieg um 204%, die vorab nicht genannten Länder GB (100%) und Frankreich (86%) liegen deutlich vor Deutschland.

380 Bei einem Vergleich der Entwicklung der Lohnstückkosten in einheitlicher Währung ergibt sich insgesamt bei den Ländern, aufgrund des dann einfließenden Faktors der Auf- bzw. Abwertung der jew. Währung im Verhältnis zur DM, eine andere Reihenfolge. Deutschland bleibt auch hier weit unter dem Durchschnitt der Entwicklung.

381 Die durchschnittliche Entwicklung der Lohnstückkosten bei der Berechnung in einheitlicher Währung beträgt 58%, die deutsche bleibt logischerweise bei 38%. Frankreich und GB fallen hinter Deutschland mit 26% resp. 17% zurück, wogegen Japan Spitzenreiter mit 140% wird. Italien mit 50% und die USA mit 53% bleiben vor Deutschland.

dass die strukturbereinigte Lohnquote auf das Niveau der sechziger Jahre zurückgefallen sei[382].

Abb. 3: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich.
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: http://www.destatis.de

Die PDS tritt entschieden gegen den Versuch ein, die Löhne nach unten beweglich[383] zu machen, da ohne gesicherte Nachfrage keine stabile Beschäftigung zu erwarten sei. Der Versuch ein „Bündnis für Arbeit“ zu etablieren, wird von der PDS grundsätzlich begrüßt, obwohl sie anmerkt, dass es nicht effektiv sein könne, so lange die Unternehmerverbände und Teile der politischen Parteien grundsätzlich Kompromißangebote der Gewerkschaften ablehnten und nur versuchten ihre Interessen durchzusetzen. Die PDS beharrt

[382] „Die Lohnquotenhöhe der sechziger Jahre kann aber nicht die Ursache für das Beschäftigungsdefizit der neunziger Jahre sein“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 168).
[383] Hier sei auf die Vorstellungen von Keynes verwiesen, ohne ausführlich darauf einzugehen.

darauf, dass alternative Beschäftigungspolitik unumgehbar sei, wenn alle Beteiligten ernsthaft an einer Lösung interessiert seien. Zu Einzelaspekten eines beschäftigungspolitischen Ansatzes wird im nachfolgenden kurz eingegangen.

2. Ausbau der Arbeitsmarktpolitik

„Am einfachsten, überaus wichtig, aber für sich allein keine grundsätzliche Lösung des Beschäftigungsproblems ist die Konsolidierung und der Ausbau der schon bisher praktizierten Arbeitsmarktpolitik“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 170). Doch in den letzten Jahren sei hier kein Ausbau[384], sondern eine Tendenz zum beschränkteren Einsatz dieser Politik zu erkennen. Gleichzeitig warnt die PDS davor, diese eigentlich sinnvollen Maßnahmen zu torpedieren, da z.B. die Absenkung der Bezahlung der ABM-Beschäftigten unter die Tarifsätze dazu führt, dass die ABM-Beschäftigten als Billigersatz für früher voll bezahlte Stellen dienen müssen[385]. Als sehr gute Maßnahme sieht die Partei die so genannten ABS-Gesellschaften[386] an, da diese eine wichtige Brückenfunktion zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung wahrnehmen, da sie langfristig die Überführung ihrer Arbeitskräfte in reguläre Beschäftigungsziele anstrebten. Angebotene Qualifizierungsmaßnahmen, so die PDS, seien wichtig und zu begrüßen, müssten aber durch stärkere Einordnung in Struktur- und Regionalpolitik zielgerichteter zu neuer Beschäftigung als zu erneuter Arbeitslosigkeit führen. Die PDS befürwortet die von Günther Schmid entworfene Beschäftigungsbrückentheorie[387], bei der der Grundgedanke darin liegt, verschiedene Übergänge[388] von einem Status außerhalb geregelter Erwerbstätigkeit zu einer Übernahme in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis zu schaffen bzw. anzubieten. Trotz aller Schwierigkeiten befürwortet die PDS dieses

---

384 Bei Konstanthaltung des Niveaus von 1992 hätten 1995 975 000 Menschen mehr in der Bundesrepublik ein, wenn z.T. auch befristetes Arbeitsverhältnis erhalten

385 Dies prangert die PDS an einigen Stellen sowohl im Programm als auch in der Programmatik-Diskussion an.

386 Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigungs- und Strukturentwicklung.

387 Schmid arbeitet am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

388 Unter diesen Brücken versteht Schmid unterschiedlich gestaltete Zustände finanzierter Tätigkeiten „unterwegs zu regulärer Beschäftigung“
Brücken zwischen

- „Kurz- und Vollbeschäftigung
- Lernen und Arbeiten am Arbeitsplatz
- Arbeitslosigkeit und Beschäftigung
- Bildungs- und Beschäftigungssystem
- privater Hausarbeit und Erwerbstätigkeit“

vgl. Schmid 1994 Graphiken und Erläuterungen.

Modell als einen Teil der Diskussion, die zu führen ist, wenn man wirklich verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten anstrebt.

3. Verkürzung der Arbeitszeit

Eindeutig befürwortend steht die PDS der Möglichkeit gegenüber durch Arbeitszeitverkürzung beschäftigungspolitische Impulse zu setzen. Dies sei sowohl innerhalb eines absehbaren Zeitraumes als auch innerhalb des bereits bestehenden Ordnungsrahmens möglich. Verkürzung alleine ist für die PDS aber nur ein Teil. Wichtiger Bestandteil dieser Forderung ist, dass bei einer Verkürzung der Arbeitszeit gleichzeitig eine gerechte „Verteilung der Arbeitsplätze unter allen Arbeitssuchenden einschließlich der Frauen und anderer bisher benachteiligter Gruppen“ (PDS-Programm 1998: 13) stattfinden muss. Zusätzlich müssen hierzu noch zwei wichtige Tatsachen angesprochen und deren Auswirkungen abgeschafft bzw. verändert werden.

Um Arbeit gerecht verteilen zu können, muss auf alle Fälle erst einmal dafür gesorgt werden, dass die in Deutschland produzierten Überstunden abgebaut werden. Dort, wo dies nicht zu 100% möglich ist, fordert die PDS aber, dass man alternative Formen der Entlohnung dieser Überstunden findet und viel wichtiger, auch durchsetzt. Das Schlagwort von der „Zeitgutschrift vor der Überstundenzahlung“ sei hier nur am Rande erwähnt. Für die PDS böte sich dadurch die Möglichkeit einer Absprache zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, um einen Kompromiss zwischen selbstbestimmter Freizeit und Unternehmensflexibilität zu finden.

Der zweite, eigentlich wichtigere Ansatz ist die bereits erwähnte Verkürzung der Arbeitszeit. Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit um 20% und gleichzeitiger Annahme, dass die Hälfte dieser Verkürzung wieder für Neueinstellungen verwendet wird, sieht die PDS die Möglichkeit 3 Mio. neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bei der Verteilung der dabei entstehenden Kosten zeigt sich die PDS kompromissbereit[389], da sie auf keinen Fall einen Lohnausgleich für alle anstrebt. Bei den höheren Einkommen[390] könnte ein Lohnausgleich nach Vorstellung der

[389] „Teilweiser Lohnausgleich würde zwar die Unternehmen belasten. Aber steigende Arbeitsproduktivität bei kürzerer Arbeitszeit dämpft die Zunahme der Lohnstückkosten“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 173).

[390] Wobei auch hier der Begriff „höhere Einkommen“ nicht operationalisiert wird, d.h. mit Zahlen oder Verdiensthöhen belegt wird. Ein Manko, das in politischen Diskussionen und Programmen auch bei anderen Parteien festgestellt werden kann.

Partei entfallen, zumindest müsste er eindeutig gesenkt werden. Belastungen[391] für kleinere und mittlere Betriebe sollten für einen bestimmten Zeitraum durch Ausdehnung der Lohnkostenzuschußprogramme der Bundesanstalt für Arbeit aufgefangen werden.

Um beide Ziele umzusetzen sieht die PDS die Notwendigkeit, dass einerseits gewerkschaftlicher und öffentlicher Druck aufgebaut wird, andererseits aber auch die Fähigkeit zur Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten. Gerade in diesem Teil ihrer Forderungen und Vorstellung zeigt sich die PDS wirklichkeitsnaher als die SPD oder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da die PDS immer wieder versucht, beide Seiten zu beleuchten und auf die möglichen Probleme beider Seite einzugehen. Letztendlich liegt der Schwerpunkt aber bei den Interessen der Arbeitnehmer.

4. Arbeit durch Innovationen und ökologischen Umbau

Will man so wie die PDS Arbeit durch Innovationen und ökologischen Umbau erreichen, muss man zuerst dafür sorgen, dass die in Deutschland beklagte Innovationsschwäche deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich überwunden wird. Hierzu sei in der Bundesrepublik eine Erhöhung der intelligenten Wertschöpfung[392] notwendig. Um eine notwendige innovative Produktstrategie, Technologiepolitik und Wissenschaftsentwicklung zu befördern, muss gesamtpolitisch eine Neuorientierung in Hinblick auf die ökologische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen. Die PDS sieht die Problematik, dass durch die Förderung neuer Innovationen und den ökologischen Umbau vorab Arbeitsplätze bedroht sind und die Betriebe mit höheren Kosten belegt sind. Doch andererseits würde schon mittelfristig der ökologische Umbau insofern positive Wirkung zeigen, dass bei Ersetzung umweltbelastender oder/und schwer zu entsorgender Produkte durch umweltfreundliche Güter sich sowohl neue Binnen- als auch Exportmärkte ergeben würden, die es den deutschen Firmen zumindest ermöglichen würden ihre Marktpositionen zu verteidigen. Durch die Einführung neuer Umweltschutzprodukte und Dienstleistungen sieht die PDS die Chance die größten Beschäftigungswirkungen zu erzielen, so dass auch hier der

[391] Hier will die PDS zuerst den Nachweis, dass durch den Lohnausgleich wirklich Wettbewerbsgefährdung für den jeweiligen Betrieb eintritt.

[392] Hierunter versteht die PDS einen Mix aus unternehmerischen, staatlichen und wissenschaftlichen Kraftanstrengungen im innovativen Bereich, um diese Erhöhung zu erreichen.

vordergründige Verlust von Arbeitsplätzen mehr als kompensiert werden könnte[393].

Die meisten Berechnungen jedenfalls deuten auf einen beachtlichen gesamtwirtschaftlichen Zuwachs von Arbeitsmöglichkeiten[394] durch die Konstituierung einer breiten umweltorientierten Nachfrage hin. Für die PDS ist das Ziel des ökologischen Umbaus und der Innovationen auch dann weiter zu verfolgen, wenn sich die Ziele als so nicht erreichbar herausstellen sollten und man gezwungen wäre, Zugeständnisse zu machen.

5. Öffentliche Beschäftigung und Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors

Die Problematik sieht die PDS in der Akzeptanz der Tatsachen, dass es trotz des ökologisch-sozialen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft[395], langfristig einen nicht zu stoppenden Abbau von Arbeitsplätzen im materiellen Produktionsbereich geben wird. Deshalb, so die PDS, kommt es entscheidend darauf an, ob und wie es gelingen wird, diese nicht zu verhindernde Arbeitsplatzreduzierung durch eine Ausweitung[396] in den Bereichen Gesundheits-, Bildungs- und Schulwesen, Erziehung, Pflege und Betreuung[397], Umweltschutz und Kultur zu kompensieren. Damit wäre für die PDS der Schwerpunkt zur richtigen Seite hin verlagert, nämlich Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dies erscheint ihr realistisch und sinnvoll, da der Bedarf nach mehr qualitativ hochwertigen Leistungen in diesen Bereichen bereits heute eindeutig erkennbar und nachweisbar sei[398]. Die PDS geht in Verbindung mit dem propagierten Umbau noch einen Schritt weiter, indem sie behauptet, dass eine „Veränderung der Lebensweisen und -stile im Verlauf der ökologischen Umgestaltung durch eine Verlagerung eines Teils der Lebensansprüche vom individuellen stofflichen Konsum auf die angedeuteten

---

393 Vgl. hierzu ausführlich mit Berechnungen Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 173 - 175.

394 Nach DIW-Prognose kann für das Jahr 2000 mit 350.000 neuen Arbeitsplätzen im Bereich des Umweltschutzes gerechnet werden.

395 Wobei sie diesen deshalb nicht zur Disposition stellt.

396 Diese Ausweitung im Bereich der ausformulierten Quantifizierung wird von der PDS relativ ungenau belegt.

397 Hier sei zur ausführlichen Beschreibung, der sich für die PDS daraus konkret ergebenden Forderungen auf PDS-Programm 1998: 13 - 16 verwiesen.

398 Darin erkennt die PDS bereits heute eine sich abzeichnende Bedeutung für eine reformbestimmte Beschäftigungspolitik.

Dienstleistungen ihren Ausbau noch dringlicher machen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 176) werden.

Im weiteren Verlauf dieses Programmpunktes greift die PDS die ihrer Meinung nach falsche Entwicklung im öffentlichen Bereich auf, begründet durch die Haushaltsdefizite vermehrte öffentliche Beschäftigung auszuschließen. Dies ist deshalb der falsche Weg, da durch Privatisierung und Rentabilitätsdruck die Gehälter der Beschäftigten[399] weiter sinken würden. Qualitativ hoch stehende Arbeit würde dann zu einem Luxusgut werden, das nur noch von einer kleinen Elite[400] in Anspruch genommen werden könnte. Bei einem Einstieg der öffentlichen Hand im sozialen Bereich sind nach Berechnungen der PDS bis zu 550.000 neue, ordentlich bezahlte Arbeitsplätze[401] zu schaffen. Da dieser Weg aber weg von Rentabilitäts- hin zu Effizienzsteigerung, ohne Kostenbetrachtung führt, sieht die PDS derzeit nahezu keine Chance der Realisierung ihrer Forderungen[402]. Auch deshalb nicht, da richtig erkannt, die Dominanz des Profits eher zunehmend ist. Sie müsste aber im Rahmen des PDS-Modells massiv abgebaut werden[403]. Die PDS propagiert die grundsätzliche Richtigkeit des schwedischen Modells, da trotz erkennbarer Probleme, ein hohes Niveau der öffentlich getragenen Beschäftigung in medizinischen, sozialen, kulturellen und Bildungseinrichtungen in Schweden noch immer zu attestieren sei.
Daraus leiten sich für die Partei zwei entscheidende Erkenntnisse ab, die sich auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen lassen.

a) Die grundsätzlich bestehenden Freiräume für Entscheidungen über Zielhierarchie im eigenen Hoheitsgebiet, werden in Deutschland nicht ausgeschöpft[404].

---

399 Soweit sie aufgrund des Kostendruckes nicht schon wegrationalisiert worden sind.
400 „Hochwertige Leistungen werden so teuer angeboten, dass ihre Nutzung sich bei den Wohlhabenden und Reichen konzentriert“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 176).
401 50.000 Arbeitsplätze bei Schaffung von dringend notwendigen 600 000 Kita-Plätzen. Zusätzlich 500.000 Arbeitsplätze bei der Umsetzung der Realisierung bedarfsgerechter Pflege von Älteren und Kranken
402 „Der Rentabilitätsdruck führt zur Zunahme von privatwirtschaftlich geschaffenen Niedriglohnjobs und zu staatlicher Zurückhaltung“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 176).
403 Zur weiteren Ableitung der Problematik vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 176.
404 Dies geschehe immer mit dem Hinweis auf die Weltmarktkonkurrenz.

b) Eine dauerhafte wohlfahrtsstaatliche Entwicklung, mit einem hohen öffentlichen Beschäftigungsniveau in individual-orientierten Dienstleistungen, ist sehr wohl vorstellbar[405].

So resümiert die PDS, dass eine bedarfsorientierte, soziale Grundsicherung den Übergang zwischen Erwerbstätigkeit und Wahrnehmung wichtiger sozialer Aufgaben ohne existentielle Not zumindest erleichtern würde. „Sie darf aber nicht die Funktion eines niedrig angesetzten allgemeinen Bürgergeldes als Instrument der Durchsetzung von Niedriglohnstandards gewinnen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 179), sondern es sollte sich eher ein kleiner Teil des Einkommens aus der Zahlung des Grundsicherungsbetrages und eines Zuverdienstes zusammensetzen, der verständlicherweise alleine noch nicht für einen zumutbaren Lebensstandard sorgen kann.

6. Verbrauchernachfrage sichern

Augenscheinlich aufgrund fehlender weit reichender Konzepte ist dieser Punkt äußerst knapp gehalten. Er enthält nur die auch durch Ex-Finanzminister Lafontaine bereits bekannt gewordene These[406], dass eine Erhöhung der Löhne und eine gleichzeitige Steuersenkung vor allem bei niedrigen Einkommen, zu einer vermehrten Konsumnachfrage führen würden. Die PDS sieht bei der Umsetzung dieser Planvorstellung mehrere positive Nebenwirkungen erfüllt:

- Diese vorher zitierten „Gesellschaftsgruppen“ würden dadurch Zugang zu neuen Lebenschancen erhalten.
- Durch die Steigerung der Verbrauchernachfrage entsteht eine Stabilisierung der Wirtschaft.

Die positive Entwicklung, wie die PDS sie dadurch realisierbar sieht, „fügt sich nur dann in den ökologisch-sozialen Umbau ein, wenn sie die Lage der sozial Schwächeren verbessert und mit einem Umbau der Angebotsstruktur weg von

---

[405] Zwei Wege sieht die PDS:

a) Entweder das Aushandeln eines ausgeglichenen internationalen Rahmens und entsprechender internationaler Sozialstandards.
b) Oder das Konzept eines öffentlich geförderten, jedoch nicht staatlichen Beschäftigungssektors.

[406] Dies soll deshalb nicht heißen, dass sie richtig sein muss. Die meisten Wirtschaftswissenschaftler sind nicht der Meinung Lafontaines und damit in diesem Punkt auch nicht der PDS, vor allem unter dem Aspekt des immer wieder geäußerten Vorwurfs, bei diesem Versuch Keynes in Realität umzusetzen, sei er entweder vorab nur halb verstanden oder nur halb gelesen worden.

stofflich konsumistischen Prägungen in der Richtung von Ansprüchen an ein gesundes, an zwischenmenschlichen Beziehungen reiches und kulturelles Leben verbunden ist“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 180).

7. Beschäftigungspolitisches Sonderprogramm für Ostdeutschland

Die PDS hat auch in diesem Programmatikteil einen speziellen „Ostteil“ angeführt, um die eigene Klientel zielgerichtet ansprechen zu können. Um den Vorwurf der Subjektivität bzw. einer „Ostsichtweise dieser Problematik“ abzuwehren, übernimmt die PDS die Ideen und Vorschläge der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“[407]. Diese Vorschläge stellen vorab heraus, dass nur ein gezieltes Sonderprogramm für Ostdeutschland, das aus beschäftigungs- und industriepolitischen Forderungen zusammengesetzt sein muss, den unübersehbaren Wirrwarr an verschiedensten Fördermaßnahmen für die ostdeutsche Wirtschaft ablösen kann. Falls dies nicht geschehe, bliebe der „Effekt der Nutzung“ sowohl weit hinter dem Möglichen als auch dem Wünschenswerten zurück. Die wichtigsten Inhalte, die umgesetzt werden müssen, definiert die PDS wie folgt:

- Innovative und ökologische Reindustrialisierung
- Struktur- und regionalpolitische Abstimmung zwischen dem jeweiligen Land, den Arbeitgeberverbänden, der Industrie- und Handelskammer und den Gewerkschaften
- Einbindung der noch nicht privatisierten Unternehmen im Nachlass der Treuhand und Stabilisierung von nicht oder schwer überlebensfähigen privatisierten Unternehmen
- Einbeziehung von Beschäftigungsgesellschaften und Trägergesellschaften
- Wiederaufbau von Marktpositionen in osteuropäischen Nachbarländern
- Besondere Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen[408].

Die PDS verurteilt nicht die bestehende Vielzahl der Sonderprogramme, sondern kritisiert ihre Unübersichtlichkeit, die den Unternehmern, die es beabsichtigen, hilft, das System auszunützen und nicht Interessierten eine Chance bietet. Nur durch eine Bündelung all dieser Programme kann das Wünschenswerte, eine effektive Nutzung erreicht und die weitere Ausnützung des Systems verhindert werden.

---

[407] Hierbei handelt es sich um keine Vorfeldorganisation, keine Arbeitsgemeinschaft, keine Plattform oder sonstig benannte Gruppe, die in oder an der PDS arbeitet.
[408] Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. 1997: 180.

8. Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeit[409]

Noch einmal, wie schon an anderer Stelle aufgezeigt, geht die PDS, aus ihrem Traditionsverständnis heraus logisch erscheinend, auf die Probleme der Frauen im Arbeitsbereich ein:

- Sie sind die Verliererinnen der Einheit
- Sie sind besonders gefährdet bei heran stehenden Entlassungen
- Sie sehen sich größeren Zutrittsschwierigkeiten als die Männer ausgesetzt
- Sie erhalten oftmals nicht den gleichen Lohn trotz gleicher Arbeit
- Sie haben den größten Anteil an sozial unzureichend geschützten und prekären Arbeitsverhältnissen[410].

Gerade im Hinblick auf die Frauen, müsse die „35 Stundenwoche", noch besser der Einstieg in die „30 Stundenwoche" forciert werden, da nur so für die Frauen die reelle Chance gegeben sei, einer Vollerwerbstätigkeit nachzugehen[411]. Für die PDS steht fest, dass die Behebung der aufgezeigten Nachteile für Frauen, nur durch eine konsequent linkssozialistische Politik zu realisieren ist. „Wir wollen die patriarchal bestimmten Arbeitsverhältnisse überwinden, ..., Männer und Frauen sollen - soweit dies nicht durch die Geburt von Kindern modifiziert[412] wird - gleiche Chancen und Verpflichtungen in Erwerbs- und Hausarbeit haben" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 182).

9. Finanzierung des ökologisch - sozialen Umbaus

Um zu beweisen, dass entgegen der allgemein gültigen These alternative Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sehr wohl bezahlbar sei, stellt die PDS fünf Grundüberlegungen[413] zur Finanzierung von Reformalternativen vor. Gleichzeitig wird einschränkend darauf hingewiesen, dass diese Überlegungen noch kein Wirtschaftsprogramm mit den dazugehörigen Finanzierungsmodi darstellen:

---

409 Vgl. PDS-Programmatik 1998: 17f.

410 Vgl. PDS-Programmatik 1998: 17f.

411 Zur genauen Ausführung und Begründung siehe: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 180f.

412 Dies ist einer der häufig geäußerten Kritikpunkte an diesem Programmteil. Gerade das ist in der Gesellschaft der entscheidende Faktor, die Geburt eines Kindes, die Frauen oft aus der beruflichen und gleichberechtigten Lebensplanung und oft auch Ausbildung reißt. Dies als Verhältnismodifizierung zu titulieren, die die Forderungen nach Gleichberechtigung, gleichen Chancen am Arbeitsplatz etc. neu ordnet, ist fast als Schlag ins Gesicht der Frauen zu sehen. Hier muss die PDS nachbessern, um klarer in ihren Aussagen zu werden.

413 Zur ausführlichen mehrseitigen Darstellung siehe PDS-Programmatik 1998: 13ff.

- Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren ist möglich und würde den Staatshaushalt von einem erheblichen Teil der Kosten, die durch Arbeitslosigkeit entstehen, befreien.
- Die alternative Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik benötigt außerordentliche Innovationsintensität aller Beteiligten. Nur so kann die Entwicklung hin zu zumindest guten Kompromissen zwischen sozialen Anforderungen, ökologischen Zielen und ökonomischer Effizienz gelingen.
- Um Finanzierungsquellen für nachhaltige Entwicklungen zu erhalten, ist eine Umverteilung von oben nach unten anzustreben[414].
- Verbesserung des Steuereinzuges und Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität[415].
- Umstrukturierung der Staatsausgaben.

Die PDS bekräftigt nochmals, dass ein ökologisch - sozialer und beschäftigungswirksamer Umbau der Gesellschaft in der Bundesrepublik entgegen anders verlautender Meinungen finanzierbar sei. In vielen Bereichen dieses Unterkapitels fehlt es aber an der Trennschärfe, sei es durch nicht vorhandenes Datenmaterial oder durch nicht genau festgelegte Formulierungen. So sind die angesprochenen Punkte, die auch in den Programmen der derzeitigen Regierungsparteien in Teilen und Variationen wieder zu finden sind, für die grundsätzliche Forderung oder Darstellung von Zielen geeignet, für eine detaillierte, kritische Auseinandersetzung bzw. Überprüfung eignen sie sich aber nicht.

6.2.4 Frauenpolitik/Gleichstellungspolitik

Die PDS versucht zuerst eine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Formen des Feminismus, um so eine Basis für die Betrachtung des sozialistischen Feminismus und den sich daraus ergebenden Forderungen herauszuarbeiten. Hierbei zeigen sich signifikante Unterschiede in der Gewichtung und

---

414 Hier sind z.B. folgende Möglichkeiten angedeutet:
- eine auf 5 Jahre verteilte Abgabe von jeweils 1% auf großes Geldvermögen. Die Eingruppierung wird nicht quantifiziert.
- Die Arbeitsmarktabgabe für höher bezahlte Beamte, Selbständige, sowie Besserverdienende (Auch hier wird keine genaue Quantifizierung vorgenommen).
- Annäherung des Einheits- an die Verkehrswerte von Immobilien als Steuerungsgrundlage, unter Berücksichtigung von Freigrenzen für einkommensschwache Hauseigentümer.

415 Hier bezieht sich die PDS auf die Vorschläge des Bundes der Steuerzahler und übernimmt diese als Forderungen.

Einschätzung. Ein Grundkonsens zwischen den Emanzipationsforscher besteht aber darin, dass es den einen Feminismus nicht gibt. „Zwar haben alle Strömungen und Richtungen dasselbe Ziel, aber darüber, wie das Patriarchat entstanden ist und wie es zu bekämpfen sei, gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen“ (Schenk 1996: 29f). Während der bürgerliche bzw. konservative Feminismus gleiche Rechte für Männer und Frauen fordert, ohne die Strukturen der Gesellschaft und die darin herrschenden männlichen Muster in Frage stellt, geht der biologische Feminismus von der Annahme der grundsätzlichen Unterschiedlichkeit von Mann und Frau von Natur aus und rät somit der Frau eine Berufung auf ihre weiblichen Werte und Fähigkeiten, um so in die Lage versetzt zu werden weibliche Identität autonom entwickeln zu können.

Der autonome bzw. radikale Feminismus, der anfangs von Teilen der PDS-Frauen propagiert wurde, sich aber keine Mehrheiten schaffen konnte, wurde in der bewussten Absage an jegliche Form der Kooperation mit den Institutionen des Staates entwickelt. Die Grundthese ist, dass Sexismus, also die Unterdrückung der Frau, die Urform aller anderen Formen von Unterdrückung in der Gesellschaft darstellt. D.h. dies kann nur durch den radikalen Aufbau einer Frauenkultur, die frei von männlichen Dominanzeinflüßen ist, gelingen.
Der sozialistische Feminismus, der in seiner modernen Weiterentwicklung die Grundthesen und -forderungen der PDS darstellt, geht hingegen davon aus, „dass die jeweilige Form des Patriarchats in einem engen Zusammenhang mit der Produktionsweise einer Gesellschaft steht und zudem geprägt wird durch die jeweiligen kulturellen Traditionen“ (Schenk 1996: 30).

Dieser linke Ansatz[416] umfasst drei Bestandteile:

„Erstens gehört zum linken Feminismus die Analyse aller gesellschaftlichen Bereiche hinsichtlich der unterschiedlichen sozialen Stellung von Männern einerseits und Frauen andererseits - die sich unabhängig von der jeweils individuellen Situation einzelner Männer oder einzelner Frauen anhand einer Vielzahl von Indikatoren beschreiben lässt - und der sich daraus ergebenden Interessenkonstellationen aufzudecken.

[416] Schenk bezeichnet dies als linken politischen Ansatz zur Aufhebung des Geschlechterverhältnisses als Rang- und Machtverhältnis in allen gesellschaftlichen Bereichen (vgl. Schenk 1996 29 f.).

Zweitens gehören zum linken Feminismus das Benennen der Mechanismen und Strukturen, die dazu führen, dass sich die patriarchalen Verhältnisse immer wieder neu herstellen. Dazu gehört auch, die Träger und die Trägerinnen(!) dieser Strukturen zu benennen, sowie die jeweiligen gesellschaftlich gesetzten Hintergründe und die sich daraus ergebenden Interessenskonstellationen aufzudecken.

Drittens gehört zu einem linken Feminismus die Entwicklung von Strategien gegen die patriarchalen Verhältnisse, also gegen die sich immer wieder neu herstellende Herrschaft von Männern. Hierzu gehört der Versuch, auf verschiedene Weise Gegenmechanismen und subversive antipatriarchale Strukturen zu installieren" (Schenk 1996:29 - 30). D.h., dass gerade VertreterInnen der „linken" Position bei patriarchalen Strukturen nicht als Resultat eines von Natur her bestehenden Widerspruches[417] zwischen Mann und Frau ausgehen, sondern die bestehenden Herrschaftsstrukturen, die durch Männer ausgeübt werden, Ergebnis einer sozialen Entwicklung sind, „in der soziale Verhältnisse gesellschaftliche Gegensätze und Antagonismen erzeugten, die sich in Form einer völligen Verkehrung des Realzusammenhangs als biologisch gegebene Unterschiede[418] darstellten" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 69).

Die VertreterInnen des sozialistischen Feminismus kommen deshalb auch zu dem Ergebnis, dass die Verteilung der Lebens- und Aufstiegschancen in den vergangenen und derzeit bestehenden Gesellschaften nicht nur nach dem Kriterium der Geschlechtszugehörigkeit definiert wurden/werden, wenn es auch einen nicht zu vernachlässigenden Einflussfaktor[419] darstellt(e). Durch die

---

[417] Schenk bezeichnet dies „als naturgegebenen Antagonismus zwischen einem biologisch determinierten Wesen des Mannes und der Frau" (Schenk 1996: 32).

[418] Als Beispiele solcher Entwicklung werden neben den Inkas, die Sklaverei angeführt, die aufgrund der niederen Natur der Sklaven legitimiert wurde, sowie die Massenmorde der Faschisten, die dieses Vorgehen mit rassischen Kriterien begründeten.

[419] „Die patriarchalische Scheidung zwischen Reproduktions- und Hausarbeit der Frauen und Erwerbsarbeit, sowie kriegerischer Arbeit des Tötens der Männer, zwischen Fürsorge durch Frauen und Herrschaft von Männern, zwischen Orientierung auf den anderen als Menschen und die Herstellung von Gebrauchswerten durch Frauen und der Herstellung von Beziehungen zwischen Menschen unter dem reinen egoistischen Nützlichkeitskalkül durch Männer...waren Resultate des langwierigen Prozesses, in dem ein patriarchalisches Privateigentum des Familienoberhauptes an allen Familienmitgliedern, dem Grund und Boden und den

Zuteilung der Reproduktionsarbeit, also der Gesamtheit aller Tätigkeiten, die mit der Hervorbringung, der Organisation, der Pflege und dem Schutz menschlichen Lebens unmittelbar verbunden sind, an die Frauen, in dem dies als die „Domäne häuslicher Pflichten der Frauen“ (Schenk 1996: 35f.) von Männern definiert wurde, stellt die Bedeutung dieses Geschlechterfaktors[420] heraus. So stellt Haug fest, dass es gerade auch in kapitalistisch, damit auch patriarchalisch organisierten, Gesellschaftsformen noch immer der Fall ist, dass die unbezahlte Reproduktionsarbeit zu 90% von Frauen geleistet wird und somit die „kapitalförmige Vergesellschaftung einer männerdominierten Gesellschaft auch deshalb eine Art Parasit einer weiblichen Vergesellschaftung“ (Haug 1996: 12f.) darstellt.

Gerade die VertreterInnen des sozialistischen Feminismus sehen sich in der Tradition der bürgerlichen[421] und proletarischen Frauenbewegungen, die neben dem allgemeinen Wahlrecht auch weitere, heute „normal“ erscheinende Rechte für die Frauen[422] erkämpften. Die vom „linken Feminismus“ angestrebte Selbstveränderung[423] von Männern und Frauen musste sich sowohl mit Widersprüchen in der deutschen Sozialdemokratie[424] als auch später im Staatssozialismus[425] kritisch auseinandersetzen. Es dauerte nach Ansicht der PDS

Produktionsinstrumenten entstand“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 69).

420 Schani Margulis geht noch einen Schritt weiter, indem sie als gesellschaftliche Entwicklung definiert, dass „die natürliche Gebärfähigkeit der Frau als Reproduktionsinstrument in Privateigentum von Männern verwandelt wurde, Frauen aus der außerhäuslichen Gesellschaft in den Schoß der patriarchalischen Familie verbannt und die in der Gesellschaft nicht anerkannte Arbeit der Frau zur Naturbasis der bedeutungsvollen Leistungen der Männer für die Gesellschaft und ihre Familie erklärt“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 69).

421 Hier macht die PDS die Einschränkung, dass die Übereinstimmung nur in den definierten Zielen bestehe.

422 „Sozialistischer Feminismus hat das Persönliche, Individuelle, seine Unterdrückung bzw. Entfaltung zum Politischen erklärt“ (Rowbotham 1993: 105).

423 Darunter wurden die Gleichberechtigung, die Aufnahme der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht, die Propaganda der Emanzipation etc. verstanden.

424 Hier führt die PDS den ihrer Meinung nach eklatant bestehenden und nachzuweisenden Widerspruch zwischen den Forderungen der Sozialdemokratie nach Gleichheit, Wahlrecht etc., und den etablierten patriarchalen Organisationen von Gewerkschaften und der Partei an.

425 Der Staatssozialismus, der die Gleichberechtigung von Mann und Frau als wichtiges staatliches Ziel propagiert hatte, verband die Erfüllung dieser Forderung zu sehr mit der Durchsetzung der Berufstätigkeit der Frauen und Vereinbarkeit mit ihrer gleichzeitig gewollten Mutterschaft.

bis in die 80-iger Jahre hinein, bis die Sozialdemokratie und die ihr nahe stehenden Gewerkschaften eine Art selbständige Vertretung von Frauen und ihrer legitimen Interessen als normal[426] ansahen.

Im Gegensatz hierzu förderte das gesellschaftliche System des Staatssozialismus, wenn auch mit der bereits beschriebenen und von der PDS kritisierten Fokussierung auf die Berufstätigkeit der Frauen, die Gleichberechtigung als das vorrangige politische Ziel. „Die Frauen fördern heißt die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken“ (ZK des SED 1953 o.S.), womit die Frauenförderung zur Hauptaufgabe in der DDR definiert wurde. Das Ziel der ökonomischen Selbständigkeit der Frauen wurde bis Ende der 70-iger Jahre erreicht. Nahezu die Hälfte des Familieneinkommens[427] wurde in der DDR-Durchschnittsfamilie von Frauen[428] erwirtschaftet, ohne dass sie ihre originären Aufgaben vernachlässigt hätten. Die PDS sieht in dieser Entwicklung die Ursache dafür, dass die ostdeutschen Frauen nach der Wende nicht bereit waren/sind, sich in ein Leben „als Nur-Hausfrau zurückdrängen zu lassen“ (vgl. Schröter 1996: 18). Eine andere Meinung vertrat insbesondere die Ministerin für Familie und Jugend, Angela Merkel (CDU), selbst aus der DDR stammend, die zu dieser Fragestellung ausführte: „Man muss davon ausgehen, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen in den Neuen Bundesländern zurückgehen wird. Dies ist natürlich, weil es die Möglichkeit, Hausfrau zu sein, eigentlich nicht gab. Zwar fanden auch in der ehemaligen DDR Frauen eher eine Nische, doch ging das nur unter materiellen Einbußen sowie in einer Art gesellschaftlicher Isolation. Dies wird sich ändern“ (Merkel zit. in: Schröter 1996: 18). Entgegen dieser Aussage stellte Emnid bei einer Befragung ostdeutscher Frauen fest, dass nur bis zu vier Prozent dieser befragten Frauen[429], Hausfrauen ohne weitere Tätigkeit sein wollten. Die Befragten gaben an, sich nicht freiwillig in ein solches Leben abdrängen zu lassen. Für die PDS ist diese Befragung, sowie die dazu vorliegenden statistischen

[426] „Jeder Art von selbständiger Vertretung von Frauen wurde lange Zeit mit heftiger Ablehnung und vielen Vorurteilen begegnet. Frauen blieben auch in der Arbeiterbewegung Außenseiterinnen“(Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 71).

[427] Die PDS beziffert den Anteil der Frauen auf 44% des Geldeinkommens der Familie. Andere Quellen sprechen unpräziser von mehr als vierzig Prozent, so dass auf alle Fälle von einer Zahl zwischen 40% und 45% ausgegangen werden kann.

[428] Während im Osten über neunzig Prozent der Frauen berufstätig waren, waren es in den alten Bundesländern nur 55%, wobei hier noch der hohe Anteil von 31% Teilzeitbeschäftigten mit ins Kalkül gezogen werden muss.

[429] Zu weiteren Auswirkungen siehe auch 9.3.3 und 10.

Unterlagen ein Beleg dafür, dass die Erweiterung der Frauenerwerbstätigkeit in der Bundesrepublik und besonders in den Neuen Bundesländern, wichtiger Bestandteil ihrer politischen Arbeit sein muss. Diese kann an der Situation in der DDR orientiert sein, wobei die negativen Erscheinungen aufgezeigt und reflektiert werden müssen. „Es gab im Staatssozialismus eine geschlechtshierarchische und -spezifische Arbeitsteilung. Es gab Frauendomänen und segmentiertes Erwerbsleben... Trotz ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und außerordentlich hohen Belastungen lag ihr Einkommen in der Regel weit unter dem weniger geforderter männlicher Kraftfahrer mit niedrigerer Qualifikation... Die weiblichen Berufstätigen, vor allem Mütter, trugen die vorrangige Last unbezahlter Erziehungs- und Familienarbeit...Frauen galten als unzuverlässige Arbeitskräfte... dies erklärt auch die bei gleicher Qualifikation wesentlich höheren Männereinkommen... Männer dominierten in den Hierarchien“ (Schenk 1996: 32).

Für eine Beseitigung dieser Missstände muss der feministische Blick auf die Gesellschaft von einer linken Randzone in das Zentrum der Betrachtung gerückt werden. Bei allen Fragen, die sich in der bundesdeutschen oder anderen Gesellschaften ergeben, muss die Geschlechterfrage mitbedacht werden, um neue richtige Antworten zu erhalten, so können die richtigen Fragen in der „überlebensnotwendigen“ (PDS Programm 1996: 18) Schärfe gestellt werden. Für die PDS ist es offenkundig, dass eine Partei, die für die freie Entfaltung eines jeden Menschen kämpfen will, darin nur glaubwürdig ist, wenn sie ein durchgängiges Konzept einer Frauenbefreiungsstrategie hat“ (Gesellschafts-analyse und politische Bildung 1997: 77). So resümiert die PDS für den Bereich der Geschlechterfrage und der Gleichberechtigung, dass „ohne die Überwindung der patriarchalen Strukturen letztlich eine humane, soziale und ökologische Entwicklung ausgeschlossen ist. Frauen zu benachteiligen und zu unterdrücken, ist Merkmal aller auf Ausbeutung und Unterwerfung beruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Frauen dürfen nicht länger zur Anpassung an männlich geprägte Wert- und Lebensvorstellungen gezwungen sein. Deshalb müssen alle die entgegenstehenden ökonomischen und kulturellen Beschränkungen überwunden werden. Frauendiskriminierung, die Diskriminierung kultureller und anderer Minderheiten, von Lesben und Schwulen zu beseitigen, setzt nicht nur rechtliche Gleichstellung voraus, sondern verlangt ein alle Lebensbereiche erfassendes Umdenken“ (PDS-Programm 1996: 18).

Hieraus leitet die PDS für ihr Programm die folgenden konkreten Forderungen ab:

- ersatzlose Streichung der §§218 und 175(StGB);
- gleiche Chancen im beruflichen Aufstieg, bei der Teilnahme an allen gesellschaftlichen Prozessen, sowie gesetzliche Quotierungen als einen wesentlichen Schritt zur Verwirklichung dieser Ziele;
- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit;
- reale Gleichheit im Zugang von Frauen und Männern zu Politik, Wissenschaft und Kultur;
- Abschaffung ungeschützter Arbeitsverhältnisse, soziale und rechtliche Absicherung von Teilzeitarbeit;
- Förderung besonderer Qualifikationsmöglichkeiten für Frauen;
- Aufhebung aller Regelungen, die Frauen diskriminieren oder bestimmte Formen des Zusammenlebens juristisch oder finanziell privilegieren;
- erweiterten Kündigungsschutz für Mütter und Väter von Klein- und Schulkindern, sowie für Alleinerziehende (vgl. Programm der PDS 1996: 19).

Diese Forderungen weisen Analogien zu dem entsprechenden Frauenkomplex in den Parteiprogrammen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Different sind sie vor allem in der Radikalität der Forderung nach Umsetzung von Gleichberechtigung, die nicht nur Frauen befördern, sondern auch Männer nicht benachteiligen soll und die versucht, bisher als soziale Randgruppen angesehene nicht nur zu integrieren, sondern sie gleich zu stellen, sowie die kompromisslose Akzeptanz etwaig anderer Möglichkeiten. In diesem Bereich wird die ausgeprägte sozialistische Handschrift der Partei erkennbar. Im Gegensatz zu manch anderen politischen Bereichen, in der man vielleicht sozialdemokratische Handschriften zu erkennen glaubt, ist hier die volle Radikalität des Sozialismus in das Programm übernommen worden.

Die Geschlechterfrage ist für die PDS ein elementarer Diskussionspunkt ihrer politischen Arbeit. Dies ist nicht nur aus dem eigenen sozialistischen Interesse und Verständnis heraus zu erklären, sondern auch aus wahlkampftaktischen Überlegungen. Wie auf dem Parteitag im Januar 1999 in Berlin und im März 1999 in Suhl erkennbar wurde, soll durch diese Geschlechterpolitik den Frauen, insbesondere aus Ostdeutschland, die PDS als die einzig legitime und seriöse Vertretung ihrer Interessen näher gebracht werden. Gleichzeitig erhofft man sich mit der Radikalität der Forderungen „Fundis“ aus den Reihen BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN für die Partei zu gewinnen. Dieses würde sich positiv auf die PDS in ihrer gesamtdeutschen Entwicklung auswirken.

6.2.5 Familienpolitik

Bezogen auf die Familienpolitik der PDS lässt sich deutlich herausstellen, dass diese weit gefächert vom Anspruch auf KiTa-Plätze, über Gleichberechtigung von Mann und Frau in Arbeit und Bezahlung und Bewertung häuslicher Arbeit bis hin zur Altersversorgung reicht. Im Weiteren werde ich mich auf die Aussagen im Wahlprogramm der PDS von 2002 und 2005, sowohl auf das letztgültige Parteiprogramm der PDS beziehen. Die PDS fordert eine neue Politik, die gemeinsam mit den betroffenen, den Gewerkschaften und den Verbänden, Vereinen und Initiativen gestaltet wird. Die PDS setzt einen Schwerpunkt auf die „reiche Zukunft für Kinder und Jugendliche und findet sich nicht ab mit der gesellschaftlichen Spaltung zu Lasten der Frauen...“ (PDS Wahlprogramm 2002).

Niedrige Löhne pauschal zu subventionieren, ist für die PDS das falsche Signal, dagegen tritt sie für gezielte soziale Dienste, die wie z.B. Pflege- und Betreuungsdienstleistungen in der Zukunft voraussichtlich mehr gebraucht werden, öffentlich zu subventionieren, ein. In Bezug auf die Aufhebung der Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz setzt die PDS strikt auf gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft, da alle bisher freiwillig unterzeichneten Codici keine Wirkung zeigen würden. Nach wie vor seien hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, Frauen „Opfer einer gezielten Beseitigung existenzsichernder Arbeitsverhältnisse. Wir werden deshalb parlamentarische Initiativen ergreifen, um Scheinselbstständigkeit abzubauen, prekäre Beschäftigung einzudämmen und Leih- sowie Zeitarbeit besser zu stellen...“(PDS Wahlprogramm 2005).

Die Streichung des Haushaltsfreibetrages und die daraus resultierende Schlechterstellung Alleinerziehender, also vornehmlich Frauen, will die PDS nicht hinnehmen. Sie will genau im Gegenteil, dass durch steuerliche Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten vom ersten Euro an, dass ein Ausgleich geschaffen wird. Soziale Steuergerechtigkeit zeigt sich für die PDS darin, wenn folgende Forderungen erfüllt seien:
„- einen leistungsgerechten Einkommenssteuertarif, der das reale Existenzminimum von der Steuer befreit, konsequenter das tatsächlich erzielte Einkommen erfasst und die erhebliche Schieflage zu Lasten Alleinerziehender beseitigt;

- Individualbesteuerung und Abschaffung des Ehegattensplitting bei Ausgleich für untere und mittlere Einkommensgruppen...“ (PDS Wahlprogramm 2002).

Die Erneuerung des Solidarprinzips stellt für die PDS einen Kernpunkt ihrer Forderungen dar. Damit soll u.a.

- Kinderarmut beseitigt werden,
- Eine Grundsicherung für Kinder geschaffen werden,
- Das eigenständige Recht auf Bildung und Entwicklung der Persönlichkeit jedes Kindes erreicht werden.

Die derzeit bestehende Ehen- und Familienförderung will die PDS konsequent in eine Förderung umbauen, „die an das Zusammenleben mit Kindern gebunden ist“ (PDS Wahlprogramm 2005). Deshalb soll das Kindergeld deutlich angehoben werden, um damit eine altersgerechte Existenzminimumgarantie für jedes Kind gewährleisten zu können. Dies bedeutet für die PDS eine Mindestanhebung auf 210 Euro für jedes Kind.

Kinder bis zum 14. Lebensjahr sollen nach Vorstellung der PDS einen Rechtsanspruch auf ein institutionelles, öffentlich gefördertes, ganztägiges Betreuungsangebot bzw. auf öffentlich geförderte Freizeitgestaltung haben. Ansprüche, die Frauen durch Erziehungs- und/oder Pflegezeiten erwerben müssen genauso verbessert werden, wie der Wechsel von Voll- zu Teilzeitbeschäftigung und umgekehrt sozialrechtlich erleichtert werden muss. „Wir wollen ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit, das Freistellungszeiten mit Lohnersatzleistung und Grundsicherung für Mütter und Väter vorsieht, die zeitlich über die ersten 14 Lebensjahre eines Kindes Verteilt werden können...“ (PDS Wahlprogramm 2002).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Wahlprogramm der PDS viele interessante Teilaspekte enthalten sind, die von andern Parteien auch angesprochen, aber in ihrer Gesamtheit so nicht formuliert worden sind. Gleichzeitig erkennt man, gerade in den Fragen von Kinderbetreuung, Chancengleichheit im Berufsleben doch noch alte Forderungsmuster aus DDR-Zeiten, ohne dass die Forderungen deshalb negiert werden sollen.

6.2.6 Bildungspolitik

Im Bereich der Bildungspolitik werde ich mich bei der Darstellung auf drei Themen beschränken, die die Hauptforderungen der PDS widerspiegeln:

- Schaffung von Betreuungsmöglichkeiten für alle Kinder als Beitrag zur frühkindlichen Förderung und zur sozialen Integration
- Längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule, um so eine Verzahnung der Sozial- und Bildungspolitik realisieren zu können
- Gegen die elitäre Ausgrenzung im Studium

Den Einstieg in den ersten Hauptforderungspunkt nimmt die PDS über die sich immer weiter ausdehnende Kinderarmut in Deutschland, wobei sie vehement darauf hinweist, dass Kinderarmut kein Generationenproblem sei, „kein Problem der Umverteilung zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit Kindern und solchen ohne, es ist ein Problem der Gesellschaft“ (Thesenpapier PDS Vorstand 2006). Daraus ergäbe sich eine determinierte unterschiedliche Partizipationsmöglich-keit von Kindern an Kultur und Bildung, „die unterschiedlichen Milieus, in denen sie aufwachsen, der unterschiedliche Grad von Wärme und Zuwendung, die sie erfahren, wirken weit in ihre Lebenschancen hinein und drohen immer mehr, ihrerseits die soziale Segregation der Gesellschaft zu vertiefen“ (Thesenpapier PDS Vorstand 2006).

Für die PDS, aber auch ihre Nachfolgepartei Die Linkspartei stellt die umfassende Förderung im frühen Kindesalter ein wichtiges Politikfeld dar, das die PDS seit Gründung vehement verfolgt. Die Verpflichtung für die politischen Parteien in Deutschland dieses Problem anzugehen, leitet die PDS aus Artikel 3 der UN-Konvention und dem §1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ab. Daraus leitet die PDS das verpflichtende Gebot ab, „dass alle Kinder das Recht haben auf umfassende Förderung und an Bildung und Erziehung in Gemeinschaft mit anderen Kindern auf freiwilliger Grundlage teilhaben können“ (Thesenpapier PDS Vorstand 2006). Hervorzuheben ist, dass die PDS sich gegen eine Kita-Pflicht ausspricht, da Eltern sich ganz bewusst und ohne staatliche Verordnung für oder gegen eine Förderung des Kindes in einer Kindestagesstätte aussprechen können sollen. Es muss zwar so sein, dass jedes Kind einen Ganztagesplatz beanspruchen kann, es darf aber im Umkehrschluss nicht bedeuten, dass jedes Kind dies auch wahrnehmen muss. Die Aufgabe von Kindertagesstätten ist im Verständnis der PDS, Benachteiligungen früh zu erkennen und auszugleichen, die besonderen Talente eines jeden Kindes zu entdecken und ihnen Raum zur Entfaltung geben. „Zur Kindereinrichtung, in der sich Kinder wohl fühlen,

gehören auch vielfältige Möglichkeiten zur Bewegung, zu Sport und Spiel wie Räume zur Besinnung und Erholung“ (Thesenpapier PDS-Vorstand 2006).

Um dies zu gewährleisten muss nach Ansicht der PDS das pädagogische Niveau der Fachkräfte schrittweise erhöht werden. Daraus leitet sich die Forderung ab, die Inhalte der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften auf das Niveau einer Hochschulausbildung anzuheben. „Der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers soll aus einer gewissen Perspektivlosigkeit herausgeführt, Brücken zwischen Berufsausbildung und Hochschulausbildung sollen geschlagen werden“ (Thesenpapier PDS Vorstand 2006). Insgesamt kommt die PDS zum Schluss, dass all diese Forderungen nur erfüllt werden können, und damit sieht sie sich in einer Front mit den durchgeführten Studien zu Standards in OECD-Ländern, dass ein bedarfsgerechtes Netz von Kindertagesstätten in Stadt und Land, aufgeteilt in einem ausgewogenen Verhältnis von kommunaler und freier Trägerschaft, errichtet werden muss. Dabei sieht sie den Osten bevorteilt und einen größeren Nachholbedarf im Westen.

Im Hinblick auf Schul(aus)bildung definiert die PDS ihr Bildungsziel wie folgt: „Eine breite gegenwarts- und zukunftsbezogene Bildung ist für alle Menschen, vor allem für die Kinder und Jugendlichen, heute wichtiger denn je. Sie muss den Erfordernissen unserer sich dynamisch entwickelnden Welt entsprechen, die kritische, lernfähige, zur Gemeinschaftsarbeit bereite und ein ganzes Leben lang lernende Menschen braucht“ (Thesenpapier vom 22. Januar 2007). Deshalb ist ein freier und gleicher Zugang zu jedwedem Bildungsangebot eine unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, so die PDS weiter, für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit, für ihre Teilhabe am kulturellen Leben und an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Bildungserwerb stellt für die PDS ein Menschenrecht dar, so dass Bildung für alle Menschen gleich welchen Alters und ohne Diskriminierung möglich sein muss. Genau dies so moniert die PDS sei in Deutschland nicht der Fall, da die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft so groß wie in kaum einem anderen Staat in Europa sei. Das gegliederte Schulsystem unterstütze genau diese Entwicklung und ist deshalb nach Meinung der PDS ein ungeeignetes Mittel um Bildung chancengleich zu vermitteln, da viel zu früh durch Zuweisung von Bildungsmöglichkeiten und Bildungsgegenständen „nach Maßgabe vermeintlicher Leistungsfähigkeit bereits auf sehr früher Altersstufe die starke soziale Segregation reproduziert und verstärkt“ (Thesenpapier vom 22. Januar)

werde. Die PDS bemängelt weiter die ihrer Meinung nach völlig unzureichende Durchlässigkeit dieses Schulsystems, was zu Teilen auch in den Erfahrungsberichten zu den einzelnen PISA Studien von anderer Seite verlautbart worden ist. Die PDS befindet sich also hier in „guter internationaler Gesellschaft".

Aber wie kommt man dem Bildungsideal der PDS näher. Nicht über die Hauptschule, diese lehnt die PDS vehement ab, trotz aller wie sie positive bemerkt, Bemühungen von Pädagoginnen und Pädagogen. Die PDS, natürlich auch Die Linkspartei, setzt auf die Gemeinschaftsschule, die in eine Primarstufe, die Klasse 1 – 4 und die Sekundarstufe, die Klasse 5 – 10, enthalten, umfasst. Zumindest bis zum Abschluss der 8. Klasse sollen alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden. In diesem Schultyp gibt es keine abschlußorientierten Klassen oder Lerngruppen, auch keine zeitlich frühe Trennung in einen Bildungsgang Abitur. Die Gemeinschaftsschule soll alle Abschlüsse ermöglichen, wobei die Vollzeitschulpflicht 10 Jahre betragen soll. Bis dahin hört sich das Konzept spannend an, doch jetzt kommt eine Teilrückwendung zum gerade noch traditionell verhaßten Schulsystem. An diese zehnte Klasse soll sich dann ein Bildungsgang Abitur anschließen, was er jetzt in vielen Bundesländern auch schon tut. Gleichzeitig soll der Abschluss nach der zehnten Klasse die angestrebte Mindestqualifizierung sein. Dies ist auch heute in vielen Bundesländern so, wo die Hauptschule leider zu einem Auffangbecken verkommen ist, in dem leider viele Migrantenkinder sind, die aufgrund fehlender oder zu schlechter Sprachkenntnisse, die anderen Schulformen nicht nutzen können, da das Abstraktionsniveau in der ihnen fremden Sprache nicht ausreicht. Hier macht die PDS und auch die Linkspartei den gleichen Gedankenfehler, den viele Bildungspolitiker jedweder Couleur vorher auch schon gemacht haben. Ein optimales Schulsystem bietet Chancengerechtigkeit nicht Chancengleichheit, da es zweitere nie geben wird.

Zu dem letzten Punkt werde ich nur kurz die PDS Sichtweise aufzeigen, da die Partei hier sehr in das „Kleingedruckte" bei ihren Forderungen geht und zur Erklärung viele Beispiele gebracht werden müssten, die nicht Inhalt der Arbeit, sondern nur dieses Abschnittes eines Teilkapitels wären. Eine Unverhältnismäßigkeit hier z.B. das ganze BAföG exakt zu beschreiben, mit allen Ausnahme etc.

Forderungen der PDS:

- Studieren muss unabhängig vom Vermögen der Eltern möglich sein, d.h. Einführung einer elternunabhängigen Grundsicherung, die als Vollzuschuss bezahlt wird.
- Studiengebühren sind sozial ungerecht, da Bildung keine Ware, sondern ein öffentliches Gut und eine wichtige Grundlage für demokratische Teilhabe und gesellschaftlichen Fortschritt ist.
- Die Hochschulen sollen Menschen qualifizieren und nicht aussortieren. Das zweistufige Studiensystem darf nach Auffassung der PDS nicht zu einem Zwei-Klassen-System werden: Bachelor für die Masse, Master für die Elite. Förderung aller, so dass alle, die es wollen, beide Abschlüsse erreichen können.
- Die Unterfinanzierung der Hochschulen beenden, um so die Studierquote wenigstens auf einen Durchschnittswert im internationalen Vergleich anheben zu können.
- Massiver Ausbau von Studienkapazitäten, um jedem Studierwilligen, die Chance auf ein Studium, unabhängig von seinem Notendurchschnitt ermöglichen zu können.
- Hervorhebung der bundesweiten Verantwortung durch Verabschiedung eines Bundesbildungsgesetzes, das alle Bildungsbereiche umfasst und die Kompetenz der Länder in diesem Bereich einschränkt.
- Bildung und Forschung für den gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet, dass nicht Elfenbeinturm studiert oder nach kurzfristigen Lösungen geforscht werden soll. Die PDS versteht die Sinnhaftigkeit eines Studiums darin, dass es Menschen in die Lage versetzt, an ihrem späteren Arbeitsplatz soziale, ökologische und gleichstellungspolitische Veränderungen einzuleiten und gesellschaftliche Entwicklungen aktiv mitgestalten zu können.
- Geschlechtergleichstellung und Internationalisierung sind wesentliche Bestandteile des Konzeptes. Die PDS fordert eine deutliche Anhebung des Anteils weiblicher Wissenschaftlerinnen an C4-Professuren. Diese soll mit der von der PDS auch in anderen Bereichen grundsätzlich praktizierten Quotierung durchgesetzt werden. Der Ansatz ist lobenswert, die Quotierung alleine wird nicht weiterhelfen, es müsste zuerst auch dafür gesorgt werden, dass die Lebensverhältnisse auch für Wissenschaftlerinnen so gestaltet sind, dass sie Familie und Beruf in Übereinstimmung bringen können. Die Internationalisierung sieht die PDS zweigleisig, einerseits Erleichterung für ausländische Studenten, vor allem auch aus nicht EU-Staaten und für deutsche Studenten, die ins Ausland gehen, klare Anerkennungsregularien vor Antritt eines Auslandssemesters. Gleichzeitig

Verbesserung des Auslands-BAföG, damit jeder Student in die Lage versetzt wird, ein Semester im Ausland, unabhängig vom Elterneinkommen studieren zu können.

6.2.7 Umweltpolitik

Die PDS setzt im Bereich der Ökologie den allgemeinen Handlungskontext auch im internationalen Umfeld an. Mit dem Unterschied, dass die Überwindung dieser „globalen Großgefahr“[430] eine langfristige Aufgabe darstellt. Die Problemstellung Umwelt oder Umweltzerstörung, ist für die Partei auf längere Sicht entscheidend für Gesundheit und Überleben. Gleichzeitig sieht sie den tiefgreifendsten Strukturwandel der Zukunft im ökologischen Umbau der Gesellschaft. Dieser kann nur erfolgreich vorangetrieben und letztendlich abgeschlossen werden, wenn erkannt wird, dass dies zugleich einen umwälzenden sozialen Prozess bedeuten muss. Aus dieser Erkenntnis heraus, bezeichnet die PDS diesen als ökologisch-sozialen Umbau.

Dies sei Aufgabe der Linken, da die neokonservativen-marktliberalen Kräfte auf weltmarktorientierte Wachstumspolitik fixiert und somit außerstande seien, diesen notwendigen Umbau vorzunehmen bzw. sich dieser Aufgabe zu stellen. Wenn auch die theoretischen Überlegungen noch lange nicht abgeschlossen sind, so steht für die PDS bereits fest, dass es nicht mehr um die Frage „Mehr Ökologie - oder - Mehr Ökonomie“ geht, sondern dass es eine Verquickung zu einer „Neuen Ökologischen Ökonomie“ geben muss, in der „als ökonomisch effizient anerkannt wird, was auch zukünftiges Wirtschaften ermöglicht, statt unter dem Zwang kurzfristiger Kapitalrentabilität die künftigen Grundlagen von Wirtschaft und Gesellschaft zu zerstören“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 146). Das Auftreten dieser, durch die Ökonomie hervorgerufene, ökologische Krise habe die linke Politik nachhaltig verändert. Dies muss erkannt werden, um richtige Maßnahmen treffen und passende Visionen aufbauen zu können. „Bevor die ökologische Krise sichtbar wurde, war eine linke Politik nur denkbar mit einer sozialen Ökonomie. Nunmehr ist sie nur denkbar mit einer sozialökologischen Ökonomie - und dies unter den Bedingungen demokratischer Selbstkorrekturmöglichkeiten und nicht monopolisierter Wirtschaftsverhältnisse. Die Zukunft linker Parteien hängt entscheidend ab, ob sie die ökologische Frage als das erkennen, was sie ist: als die prinzipiellste aller Fragen. Angesichts der ökologischen Weltkrise ist ökologisches Handeln linkes Handeln. ... Soziale Politik allein für die jetzige Generation gemacht, wird unsozial“ (Scheer 1995:

[430] Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 145.

189). Die PDS betrachtet dabei fünf Teilprobleme[431], die im nachfolgenden kurz aufgezeigt werden.

1. Produktivkraftrevolution

Vollständig auf eine Einleitung verzichtend, stellt die PDS in diesem Bereich, den sie von Marx entliehen hat, fest, dass die Menschheit seit einigen Jahrzehnten in doppelter Weise selbstmordfähig ist[432]. Einerseits war sie seit den Hochrüstungszeiten des Kalten Krieges durch einen evtl. Kernwaffenkrieg gefährdet, wobei dieser seit 1989 eigentlich auszuschließen[433] ist. Die zweite Gefahr, die die PDS aufzeigt, ist die allmähliche Erwärmung der Erdatmosphäre, die einhergehen könnte mit katastrophalen Zerstörungen der klimatischen Existenzbedingungen[434] und vielen sich daran anschließenden weiteren Katastrophen[435].

So zieht die PDS das Zwischenresümé, dass „die Kostenlosigkeit von Naturressourcen und die Aufnahmefähigkeit der Natur für die Abfälle von menschlicher Produktion und Konsumtion“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 146f.) zu Ende gehen. Hierin ist für die PDS die Notwendigkeit der Markierung eines Wendepunktes in der Entwicklung der Produktivkräfte begründet. Die gesamte Wirtschaft kann nicht mehr nach dem bisherigen Muster[436] funktionieren, sondern die reichen Industriestaaten bzw. die

---

431 1. Produktivkraftrevolution; 2. Wandel der gesellschaftlichen Ziele; 3. Veränderte Lebensweisen; 4. Neue Regulationsweise; 5.Sozialökologischer Umbau und Reformalternative.

432 Zur ausführlichen Begründung vgl. PDS-Programm 1998: 17.

433 Bei Betrachtung der gesamten Krisenherde seit Ende des Kalten Krieges kann festgestellt werden, dass niemals die Gefahr eines Genozid durch einen Kernwaffenkrieg bestand. Auch im Jugoslawienkonflikt standen trotz der Drohungen Russlands und der Verurteilung durch China solche Maßnahmen nicht im Entferntesten zur Debatte.

434 Auf der einen Seite könnte es zur Zerstörung der Grundlage landwirtschaftlicher Produktionen führen; andererseits sie in andere Regionen verlagern, oder durch Überschwemmungen Hunderte Millionen zu Flüchtlingen machen und dadurch wiederum wieder für neue Kriegsursachen sorgen. Vgl. PDS-Programm 1998: 16f. und Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 146.

435 Entwaldung, Bodenerosion etc.

436 Die rücksichtslose und zumeist auch noch kostenlose Entnahme von Naturressourcen, ihre Umwandlung gem. dem Bedarf der reichen Staaten und die Abwälzung der Abfallprodukte und des Verbrauchermülls auf die destabilisierten Naturkreisläufe, auf die armen Länder und auf künftige Generationen (vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 147).

Unternehmen müssten ihre Maßstäbe nachhaltig ändern und ihre Handlungsweisen umstellen [437].

Gleichzeitig muss erkannt werden, dass in einer Art zweiten Revolution „in einem neuen gewaltigen Schub die Arbeit von Millionen Menschen auf die von ihnen geschaffene Maschinenwelt übertragen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 147) wird. Was dabei aber wichtig zu erkennen ist, ist die Tatsache, dass sich dieser Ersatz nicht nur im rein produktiven Bereich, sondern auch im Bereich der geistigen Arbeit abspielt[438]. Die große Problematik, die die PDS hier sieht[439] ist, dass die Gesellschaft die Frage, wie sie die Gesamtheit ihrer Arbeitsbeziehungen neu ordnen will, immer zu spät oder gar nicht stellt. Hier muss aktiver und progressiver herangegangen werden, um mit der Entwicklungsgeschwindigkeit anderer Bereiche mithalten zu können. Die PDS befürchtet, dass die Entwicklung der Produktivkräfte bei Nichtbeachtung dieser dauernden Beschleunigung des Tempos der Entwicklung und des Wandels in einen Zauberlehrlingseffekt mündet: „Die Menschen haben produktive Kräfte geschaffen, mit denen ihr Werte- und Normensystem, die von ihnen hervorgebrachten Institutionen, ihre Moral und Verantwortung nicht Schritt“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. 1997: 149) halten können. Die PDS gesteht vielen Gruppen in Deutschland zu, zumindest genauso gute Ideen, Visionen oder Pläne wie die PDS zu haben, um diesem Problem begegnen zu können. Den einzigen Vorteil, den die PDS für sich rekurriert ist, dass diese Problemlösung eine Revolution im Denken sein muss, da die PDS

[437] Es muss Widerstand gegen das Weiter so entstehen, Kritik den herkömmlichen Institutionen und Mechanismen geübt werden, Opposition und Gegenmächte als unverzichtbare Bestandteile akzeptiert werden (vgl. hierzu PDS-Programm 1998: 16ff.).

[438] „Heute werden auch geistige Funktionen, Wahrnehmung, Gedächtnis, Ausführung logischer Operationen und Kommunikation auf künstliche Apparate übertragen. Die Ambivalenz moderner Produktivkraftentwicklung erfährt damit nochmals eine radikale Steigerung“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 147).

[439] Wobei sie die einzige Partei ist, die dies expressis verbis so ausdrückt. Gleichzeitig ist die PDS mit der Sichtweise der Problematik des Verlustes von noch mehr Arbeitsplätzen, gerade in bisher noch boomenden Bereichen, nahezu deckungsgleich mit den letzten Veröffentlichungen der Deutschen Bank research group und der EU. Auch diese beschreiben die Gefährdungen von eben noch entstehenden Arbeitsplätzen in diesem Bereich und führen mehrere Gründe an, z.B. frühzeitige Auslagerung in Billiglohnländer.

aufgrund der Erfahrung mit dem Scheitern des Staatssozialismus eher in der Lage sei, solche radikalen Wandlungen zu akzeptieren und durchzuführen[440].
So stellt sie abschließend fest: „Das umweltpolitische Profil der PDS schließt als ein zentrales Moment ein, die Tiefe der gesellschaftlichen Brüche deutlich zu machen, die den ökologischen Umbau der Bundesrepublik erfordern“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 149).

2. Wandel der gesellschaftlichen Ziele

In diesem Bereich postuliert die PDS wirkliche Ziele, ohne sich eindeutig auf die Realisierbarkeit festzulegen, wobei sie ja bereits Eingangs der Gesamtthematik die ehrliche Aussage getroffen hatte, dass sie die Änderungen gerade in diesem Bereich als linke sozialistische Partei anstrebe, den Weg oder die einzig richtige Lösung aber nicht parat habe.

- Umkehr der Zielhierarchie in Wirtschaft und Gesellschaft[441]
- Umkehr von einer Ökonomie des zerstörerischen Wachstums zum Vorrang von Wohlfahrtsgewinn[442]
- Umkehr vom Primat weltmarktorientierter Expansion zu stärkerer Binnenmarktorientierung[443]
- Veränderung der Anreizstrukturen[444]
- Abkehr von einer modernisierungstheoretischen Vorstellung, dass die westliche Welt das angestrebte Endziel sei[445]

---

[440] So führt die PDS aus, dass nach dem Scheitern des Staatssozialismus auch kein „Herumdoktern“ an der Oberfläche der Gesellschaft von Nutzen war, sondern eine tief greifende Änderung durchgeführt werden musste. So sei es vielleicht für die PDS und ihre Mitglieder einfacher, sich hier auf die neue Situation einzustellen und schneller strukturelle Grundzusammenhänge nennen zu können.

[441] D.h. die PDS will, dass soziale Gerechtigkeit, ökologisches Gleichgewicht und antipatriarchalische Entwicklung endgültig Vorrang vor Kapitalrentabilität erhalten. Dabei soll aber das Gewinninteresse an ökonomischer Effizienz bewahrt werden.

[442] Dies soll durch eine Ökonomie des Vermeidens erreicht werden.

[443] Dabei soll aber der Nutzen internationaler Arbeitsteilung beibehalten werden.

[444] „Statt einseitiger Belastung von Produktivitätssteigerung der Arbeit zu Lasten von Natur, Beschäftigung, sozial Schwächeren und armen Ländern Belohnung von höherer Ressourcenproduktivität, d.h. von Schritten in Richtung einer Effizienzrevolution“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 150).

[445] Weder in der heutigen Verfasstheit noch als Fluchtpunkt weltweiter Entwicklung sei dies der Fall. Vielmehr sei der sozialökologische Wandel der OECD-Länder die entscheidende Voraussetzung für die Überwindung von Unterentwicklung und Umweltzerstörung in den (Nicht-)Entwicklungsländern.

- Abkehr von der gescheiterten Entwicklungspolitik der reichen Länder, hin zu einer Partnerschaft mit den armen Ländern[446]
- Aufbruch zu neuen Lebensweisen und Lebensstilen[447] [448]

Will man diesen totalen ökologischen Strukturwandel wirklich umsetzen, dann müssen die Energieversorgung[449], der Verkehr[450] und die Stoffwirtschaft[451] als die wichtigsten Hauptfelder des Handelns und damit der Veränderung erkannt und akzeptiert werden.

3. Veränderte Lebensweisen

„Das neue Verhältnis von Ökonomie und Ökologie - eine Ökonomie des Vermeidens - wird mit der Herausbildung neuer Lebensweisen und Lebensstile und mit dem Wandel der sie prägenden Werte und Normen verknüpft sein“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 154). Dieser Aufbruch zu neuen Lebensqualitäten ist für die PDS die einzige Chance des Überlebens für die Menschheit, obgleich sie einräumt dass das herausfinden dieser neuen notwendigen Lebensstile und -weisen ein Ausprobier- und Erprobungsprozess sei, da es wahrscheinlich viele Möglichkeiten gäbe. Auch hierzu sind Veränderungen in den Einstellungen notwendig:

---

[446] Nur dies könne zu einer internationalen Neuverteilung von Lebenschancen führen; so könnte die Verkettung von Unterentwicklung und Umweltzerstörung durchbrochen werden.

[447] Es geht nicht um die Rücknahme oder gar Zerstörung von Wohlfahrt, sondern um das Herausfinden einer anderen Wohlfahrt, „in der neue Räume der Persönlichkeitsentfaltung, mehr freie Zeit dafür und ein reicherer Sinn des Lebens wichtiger werden als die irre Jagd nach ständig steigendem materiellem Konsum“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. 1997: 150).

[448] Zur genauen Ausformulierung siehe PDS-Programm 1998: 22f.

[449] In diesem Bereich fordert die PDS drei tief greifende Änderungen:
- Senkung des Energieverbrauchs
- Vermeiden energiefressender Prozesse
- Effizienzrevolution in Erzeugung und Nutzung von Energie

[450] Der Verbrauch fossiler Energieträger muss verringert werden, da ansonsten eine dauerhafte Gefährdung für das Weltklima durch Emissionen besteht. Den Schwerpunkt bei der Nutzung erneuerbarer Energiequellen stellt die Solarenergie dar.

[451] Darunter versteht die PDS die Einheit von Energiewende und Beschäftigungspolitik. Unter Energiewende wird der Wandel von Volkswirtschaftsstrukturen verstanden. Beschäftigungsorientierte Struktur- und Regionalpolitik müssen zu einem organischen Element der Energie und jeder anderen Politik des ökologischen Umbaus werden.

- Kompensation von materiellem Konsum[452] durch Gewinn von Umweltqualität und Leistungen im Gesundheits- und Sozialwesen, sowie in Erziehung, Betreuung, Bildung, Pflege, Kultur und Freizeit.
- Mehr an sozialer Sicherheit und Befreiung von Ängsten[453]
- Mehr Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen, sowie Reduzierung ökologischer und sozialer Bedrohungen[454]
- Räumliche Zentralisierung von Arbeit, Wohnen und kulturellem Leben[455]

Durch das Erreichen dieser Arbeits- und Lebensbedingungen könnten analog die anderen postulierten Ziele miterreicht werden; so würden sowohl das Individuum, als auch vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen viele Vorteile aus dieser veränderten Lebensweise ziehen[456].

4. Eine neue Regulationsweise

Um eine neue Regulationsweise überhaupt herausbilden zu können, ist es erforderlich, einen neuen „Mix und eine neue Wirkungsrichtung von Markt, zivilgesellschaftlichen Anstrengungen, staatlicher Ordnungs- und Wirtschaftspolitik, der Aktivität internationaler Wirtschaftsorganisationen und zwischenstaatlicher Arrangements“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 156f.) zu schaffen. Dazu müssen vier Elemente der neuen Regulationsweise erfüllt werden:

- Neukonditionierung des Marktmechanismus[457]
- Umorientierung der staatlichen Wirtschaftsregulierung auf sozialökologischen Umbau
- Stärkung internationaler Regimebildung und der sozialökologischen Komponente internationaler Wirtschaftsregulierung[458]

---

[452] Hier kann nur der übertriebene materielle Konsum der Wohlhabenden gemeint sein.

[453] Dieses Ziel soll als Ausgleich für die Opfer erreicht werden, die ein solidarisches Verhalten von jedem Einzelnen verlangt.

[454] Dies alles ist als Freiheitsgewinn zu sehen.

[455] Wird durch das Ziel der Verkehrsverminderung in einer neuen Stadtentwicklungsplanung transparent.

[456] Vgl. ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Problematik PDS-Programm 1998: 22f.

[457] Dies geschieht durch sog. zivilgesellschaftliche Aktionen und den Staat

[458] Die soll durch zwischenstaatliche und transnationale Organisationen geleistet werden.

■ Institutionalisierung stärkerer zivilgesellschaftlicher Verantwortung[459]

Gerade bei den marktkonformen Steuerungsmitteln kommt ein interessanter Aspekt zum Tragen. Bereits im Programmentwurf 1993 wurde die Einführung eines Ökosteuersystems begrüßt und einer vermeintlichen rot-grünen Regierung die Unterstützung in diesem Projekt damit indirekt zugesagt. Obwohl die PDS auch in diesem Bereich zugibt, noch nicht ausreichend die Gesamtproblematik ausdiskutiert zu haben, ist man sich natürlich darin einig, dass in erster Linie für niedrige und mittlere Einkommen eine weitgehende Kompensation zusätzlicher Belastungen durch Ökosteuern gesichert werden müsste. Auch die Diskussion um die Auswirkung der oben kurz dargestellten vier Elemente der neuen Regulationsweisen ist parteiintern noch nicht endgültig abgeschlossen[460]. Einige Punkte aber stehen für die PDS fest:

■ Verwendung eines Teils des Öko-Steueraufkommens zur Finanzierung von Förderprogrammen
■ Zeitlich begrenzte Unterstützung für Umstellungsprozesse
■ Der Einsatz marktkonformer Instrumente der Umweltpolitik bedeutet nicht gleichzeitig den Rückzug des Staates aus der Verantwortung
■ Staatliche Wirtschaftsregulierung muss auf nachhaltige Entwicklung orientiert werden.
■ Die Veränderung der Zielhierarchie gesellschaftlicher Entwicklung ist nur durch erhebliche staatliche Aktivitäten zu gewährleisten[461].

5. Sozialökonomischer Umbau und Reformalternative

Die nachfolgend aufgelisteten „Gesichter einer Reformalternative“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 164) bestimmen nach Vorstellung der PDS die Überlegungen zur Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik:

■ Nachhaltige, dauerhafte Entwicklung erfordert den Bruch mit der in Deutschland praktizierten „Weiter-So-Politik“
■ Anstelle der Profitdominanz muss das unternehmerische Gewinninteresse in eine veränderte gesellschaftliche Zielhierarchie eingeordnet werden, in der ökologischen und sozialen Dimensionen die Priorität zukommt.

---

459 Zur ausführlichen Darstellung siehe Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 157f. und PDS-Programm 1998: 17f.
460 Vgl. hierzu die dargestellte Auseinandersetzung in: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 159 - 163.
461 Auch hier sei der Hinweis auf Grundsatzdarlegung gestattet; vgl. 431.

- Aufgrund der Kollidierung dieser Vorstellung mit der inneren Natur des Kapitals, muss erstens eine große gesellschaftliche Auseinandersetzung stattfinden, anschließend muss es zu einer Institutionalisierung starker Gegenmächte kommen, um den lebensnotwendigen Wandel zu ermöglichen.
- Die Suche nach neuen Arbeits- und Lebensweisen muss an oberster Stelle der Tagesordnung unserer Gesellschaft stehen[462]

So fasst die PDS ihre Erkenntnisse wie folgt zusammen: „Eine Reformalternative beginnt mit Verteidigung von Errungenem, mit kleinen Verbesserungen im Alltag und mit der Verständigung über neue Werte und Normen. Sie wird nur dann nicht in bloße Anpassung verrinnen, wenn die einzelnen Schritte nach und nach an der Veränderung der gesellschaftlichen Ziele orientiert werden und diesen Wandel in die Wirklichkeit umsetzen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 164).

6.2.8 Finanzpolitik

„Bei allen Meinungsverschiedenheiten gehen wir gemeinsam davon aus, dass die Dominanz des privatwirtschaftlichen Eigentums überwunden werden muss“ (Programm der PDS 1993: 9). Bei dieser Formulierung könnte man voreilig geneigt sein, der PDS zu unterstellen, dass sie sich der alten Marxschen Idee bedienen will, das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln und/oder Wirtschaftsvermögen einfach zu beseitigen. Dies würde aber einer Untersuchung nicht standhalten. Bei differenzierter Betrachtung wird erkannt, dass die PDS den Schwerpunkt ihrer Forderung nicht auf die „Vernichtung“ des kapitalistischen Eigentums legt, sondern auf seine Dominanz hinweist, die es abzubauen gilt[463]. Die Dominanz des Profits als Grundmaß aller Dinge zu überwinden - ist für die PDS der Kern des Übergangs zu einer besseren Gesellschaft, diese sei dann in der Lage, die Menschheitsprobleme der Gegenwart zu lösen. Um dies zu realisieren, so die PDS, hilft es aber nicht diese Forderung zu postulieren, sondern es müssen zwei Veränderungen herbeigeführt werden[464].

---

462 Zur ausführlichen Darstellung siehe Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 164.

463 „Da kapitalistisches Eigentum an den Mitteln des Wirtschaftens vor allem in Gestalt des Profits realisiert wird, haben wir unsere Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, wie dessen Dominanz als Maßstab gesellschaftlicher Entscheidungen durch andere Kriterien relativiert werden kann“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 122f.).

464 Zur differenzierten Betrachtung dieser beiden Aspekte vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 123f.

1. Die schrittweise Überwindung der Unterordnung außerwirtschaftlicher gesellschaftlicher Sphären unter die Kapitalverwertung[465].

Nur die Aufhebung dieser Unterordnung unter gleichzeitiger Einführung einer produktiven Wechselwirkung, in der einerseits die Wirkungskraft der wirtschaftlichen Gewinninteressen zu weit mehr Effizienz führt, wodurch gleichzeitig der Gesellschaft mehr Handlungsspielräume zur Verfügung gestellt werden und andrerseits die Bedürfnisse des täglichen Lebens „die pure wirtschaftliche Rationalität durch andere Rationalitäten korrigieren" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 123), kann im Endergebnis zu der angestrebten Überwindung führen.

2. Verstärkte Einbeziehung ökologischer und sozialer Maßstäbe des Handelns in die Unternehmensziele[466].

In der gegenwärtigen westlichen Gesellschaft sei der auf dem kapitalistischen Privateigentum beruhende Profitmechanismus „der archimedische Punkt für das Funktionieren der Wirtschaft" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 123) folgert die PDS. Darum hätten die Unternehmer in der Wirtschaft die Entscheidungsgewalt, diese wiederum würde sich aus der Macht des Kapitaleigentums ableiten. Daraus entsteht der immer junge Konflikt zwischen Lohnabhängigen und Eigentümern, wobei sich letztere aufgrund steigender Marktkonkurrenz veranlasst sehen, Druck auf Löhne und soziale Leistungen auszuüben, um andererseits ihren Profit zu erhöhen. Dies stellt für die PDS den Antagonismus dar, der zugunsten des Sozialen aufgelöst werden muss[467]. Die PDS verkennt hierbei die Realität, da der von ihr charakterisierte Unternehmer, nicht mehr, oder besser gesagt, nur noch vereinzelt existiert. Die Spitzen-manager unterwerfen sich dem Prinzip der shareholder value, d.h. den Interessen der Aktieninhaber und definieren nicht wie früher die Unternehmer ihre persönlichen

[465] Hier wird auf den Soziologen Habermas zurückgegriffen, der die Unterordnung des Alltagslebens unter die Imperative von Wirtschaft und Staat „als Kolonialisierung der Lebenswelt durch die Systemwelt" (Habermas in: Die ZEIT v. 17.12.1993) bezeichnet und in seinem Essay die Aufhebung dieses Zustandes fordert.

[466] Wie man die Unternehmer aber dazu veranlassen könnte, weiß die PDS nicht, was sie aber offen zugibt.

[467] „Das Kapitaleigentum erscheint also in der Dominanz des Profits als bestimmendes Maß des Wirtschaftens. Nicht Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, nicht die Bewahrung der Umwelt, nicht die Würde der Beschäftigten sind die maßgeblichen Kriterien der Wirtschaftsführung, sondern der Unternehmensgewinn" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 124).

Ziele, sondern die Unternehmensziele. Dabei ist die auch in Deutschland zunehmende Zahl an Kleinaktionären[468] nicht zu vernachlässigen, die auch durch die Unternehmensbeteiligung von Arbeitnehmern durch Lohnzahlung mittels Aktien entsteht. Ist die grundsätzliche Sorge der PDS als sozialistischer Partei durchaus zu verstehen und nachzuvollziehen, so hinkt sie in ihrer Argumentation in diesem zweiten Punkt der Realität doch ein beträchtliches Stück hinterher.

Außerdem in ihrer weiteren Argumentation zu diesem Teilgebiet zeichnet die PDS ein sehr düsteres Bild der Gesellschaft, die nur noch funktioniert, in dem jeder, der „egoistisch, rücksichtslos, patriarchalisch, karriereorientiert und ignorant gegenüber Naturzusammenhängen und künftigen Generationen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 125) ist, in der heutigen Zeit belohnt wird. Alle Menschen, die zu dem nicht bereit sind, werden durch die Grundstruktur der Institutionen bestraft[469]. Deshalb muss, so die PDS, endlich erreicht werden, dass die Institutionen so verändert[470] werden, „dass humanistische Maßstäbe menschlichen Handelns nicht ständig zum Nachteil der danach Lebenden, sondern umgekehrt zu ihrem und dem Vorteil des Gemeinwesens geraten“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 125). Obwohl die PDS viele Errungenschaften der Gewerkschaften und der sozialliberalen Regierung der siebziger Jahre durch die konservative Regierung Kohl im Bündnis mit dem wiedererstarkten Machtgefüge der Ökonomie[471] in Gefahr geraten sieht, schließt sie sich nicht den Forderungen[472] der traditionalistischen Marxisten[473] an, dass die Überwindung der Profitdominanz nicht durch eine langfristige Überzeugungsarbeit, sondern nur durch eine abrupte „Kursänderung“ zu erreichen ist.

---

468 Sowohl der Börsengang der Telekom 1997 als auch der Börsengang von debitel 1999 zeigt in seiner Werbestrategie deutlich den Versuch auf, viele Kleinanleger zu gewinnen.

469 „Die bürgerliche Gesellschaft ist in eine rein wirtschaftliche Form gegossen worden, ihre Fundamente, ihre Tragbalken und ihre Leuchttürme sind alle aus wirtschaftlichem Material hergestellt“ (Schumpeter 1987: 62). Mit diesem Zitat versucht die PDS hier ihre Position zu belegen.

470 Wobei sie hier nicht von einem plötzlichen, sondern von einem kontinuierlichen Prozess ausgeht.

471 Wer immer dies auch konkret sei.

472 „Im Angesicht von Armut, sozialer Ungerechtigkeit und krimineller Tendenzen, von Phänomenen der Brutalisierung und moralischer Degradation ist diese Auffassung erklärbar, obwohl wir sie nicht teilen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 127).

473 Ausdrücklich auch denen in der eigenen Partei nicht.

Obwohl die PDS das „Übel Kapitalismus“ mit Kapitaleigentum und Profitdominanz gleichsetzt, ist sie davon überzeugt[474], dass die Durchführung einer reinen Kapitalenteignung nicht gleichbedeutend mit tiefgreifenden Reformprozessen sein muss. Die PDS gesteht ein, bisher keine gültige Antwort auf diese Problemstellung gefunden zu haben, „ob es eine sozial gerechte, ökonomisch effiziente und ökologisch verträgliche Produktionsweise ohne Enteignung des Kapitals geben kann“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 127). Das Entscheidende ist deshalb die Verfügung über das Kapitaleigentum einschneidend zu verändernd. Nicht die Beseitigung des Kapitaleigentums, sondern seine Aufhebung[475] ist für die PDS das Ziel und einer der Lösungswege zugleich. Die Enteignung bezeichnet die PDS als falschen Weg, da dies bereits das Scheitern des Staatssozialismus impliziert[476]. Letztendlich sieht die PDS nur die Möglichkeit der Einschränkung von unternehmerischen Verfügungsrechten oder ihrer Umorientierung in der Etablierung bzw. Einführung von Instrumenten[477], wobei diese von der Intention her teilweise deckungsgleich mit den Vorstellungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war. Nach der Entscheidung zur Ökosteuer stehen sie sich nahezu gegenüber, da die eigentliche „grüne“ Partei in diesem Bereich nun die PDS ist.

---

474 Hier zeigt sich die Realitätsnähe der Programmatikentwerfer, die alle aus dem Reformerischen Flügel stammen.

475 Wobei sich an dieser Stelle zeigt, dass die traditionellen Marxisten keinen Einfluss auf die Entstehung des Programms hatten, da Hegel als nicht zu präferierende Lösung aufgezeigt wird.

476 „Wenn auf mikroökonomischer Ebene das unternehmerische Gewinninteresse beseitigt wird, ist ein so großer Effizienzverlust die Folge, dass soziale und ökologische Handlungsoptionen zerstörerisch eingeengt und der Demokratie entscheidende wirtschaftliche Grundlagen entzogen werden“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 128).

477 Hier sind vor allem zu nennen:

- Sozial- und Arbeitsgesetzgebung
- Erweiterung der Partizipationsrechte der Lohnabhängigen auf allen Ebenen
- Struktur- und Regionalpolitik
- Auflagen zum Ausstieg aus umweltzerstörenden Technologien und Güterangeboten und Zielvorgaben für ökologischen Umbau
- Gebote und Verbote im Umweltrecht
- Weiterentwicklung des Haftungsrechts (Verursacherprinzip voll zur Geltung bringen)
- Ökosteuern oder andersartige Einbeziehung bisher kostenloser öffentlicher Güter in die Unternehmenskosten
- Herausfiltern neuer zivilgesellschaftlich geprägter Institutionen aus der Vielfalt von gesellschaftlichen Erfahrungen.

Aus Sorge heraus, dass die Instrumente nur zur Stabilisierung des Systems führen könnten, müssen neben diesen Instrumenten „Zugänge zur Aufhebung des Kapitaleigentums“[478] geschaffen werden. So könnte in der Gesellschaft eine langfristige Akzeptanz dafür erreicht werden, dass das Rentabilitätsinteresse nur Mittel zur Erreichung größerer sozialer und ökologischer Ziele sein sollte. Bislang zeigt das Programm der PDS noch Unklarheiten, „wie der neue Mix von Privatwirtschaft, staatlicher Wirtschaftspolitik, zivilgesellschaftlicher Verantwortung und internationalen Regimen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 131) aussehen könnte, aber sie glaubt daran, dass diese notwendigen Gegenmächte durch einen langwierigen, zuweilen harten, außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf zu institutionalisieren seien. Schwierig erscheint dieser Weg bei der Berücksichtigung von Wählerinteressen. Die PDS muss es verstehen, den Wählern die Ziele verständlich zu machen, damit es nicht zu einem Stimmenverlust aufgrund von Missverständnissen kommt. Die PDS will zusammen mit der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für diese Verbesserungen eintreten und bei all den geäußerten und eingeforderten Ansprüchen auf Umwälzung dies immer auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland tun[479].

So stellt die PDS letztendlich heraus, dass sie für einen Pluralismus in der Frage der Eigentumsform ist, „für den Erhalt von kommunalen Eigenbetrieben, für das Festhalten an öffentlich-rechtlichen Anstalten wie den Landesbanken und im Medienbereich. Gemeineigentum als Eigentum in öffentlicher Hand ist dort sinnvoll und soll dort an Gewicht gewinnen, wo Kapitaleigentum der Natur der zu lösenden Aufgaben kategorisch entgegengesetzt ist“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 132). Und doch gibt es zwei Bereiche, die die PDS nochmals hervorhebt, nicht zuletzt hier, um ihr ostdeutsches Wählerklientel zu bedienen. Besondere Förderung sollen nach dem Willen der PDS einmal

---

[478] Hierunter werden verstanden:
- Öffentlicher Wertewandel zugunsten sozialer Gerechtigkeit, Bewahrung der Natur und Achtung der Persönlichkeit jedes einzelnen
- Stärkung von Gegenmächten als Träger des Wertewandels
- Einschränkung und/oder Umorientierung der Verfügungsrechte der Eigentümer durch veränderte Ordnungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Erweiterung rechtlicher Regelung zur Sozial- und Umweltpflichtigkeit des Eigentums
- internationale Regime

[479] Zum genauen Wortlaut vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 131.

genossenschaftliches Eigentum erfahren[480] und zum anderen neue gemischte Eigentumsformen, „in denen beispielsweise selbst verwaltete Arbeit mit staatlicher Förderung verbunden werden soll[481]. „Bei allen Meinungsverschiedenheiten gehen wir gemeinsam davon aus, dass die Dominanz des privatwirtschaftlichen Eigentums überwunden werden muss“ (Programm der PDS 1993: 9). Bei dieser Formulierung könnte man voreilig geneigt sein, der PDS zu unterstellen, dass sie sich der alten Marxschen Idee bedienen will, das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln und/oder Wirtschaftsvermögen einfach zu beseitigen. Dies würde aber einer Untersuchung nicht standhalten. Bei differenzierter Betrachtung wird erkannt, dass die PDS den Schwerpunkt ihrer Forderung nicht auf die „Vernichtung“ des kapitalistischen Eigentums legt, sondern auf seine Dominanz hinweist, die es abzubauen gilt[482].

Die Dominanz des Profits als Grundmaß aller Dinge zu überwinden - ist für die PDS der Kern des Übergangs zu einer besseren Gesellschaft, diese sei dann in der Lage, die Menschheitsprobleme der Gegenwart zu lösen. Um dies zu realisieren, so die PDS, hilft es aber nicht diese Forderung zu postulieren, sondern es müssen zwei Veränderungen herbeigeführt werden[483].

2. Die schrittweise Überwindung der Unterordnung außerwirtschaftlicher gesellschaftlicher Sphären unter die Kapitalverwertung[484].

---

480 Die Vorgehensweise in den Neuen Bundesländern wird als die falsche charakterisiert.

481 Die PDS spricht die Möglichkeit von Gesellschaften

- zur Arbeitsförderung
- zur Struktur- und Beschäftigungsentwicklung
- Sozialbetriebe
- alternative Lebensformen

an.

482 „Da kapitalistisches Eigentum an den Mitteln des Wirtschaftens vor allem in Gestalt des Profits realisiert wird, haben wir unsere Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, wie dessen Dominanz als Maßstab gesellschaftlicher Entscheidungen durch andere Kriterien relativiert werden kann“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 122f.).

483 Zur differenzierten Betrachtung dieser beiden Aspekte vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 123f.

484 Hier wird auf den Soziologen Habermas zurückgegriffen, der die Unterordnung des Alltagslebens unter die Imperative von Wirtschaft und Staat „als Kolonialisierung der Lebenswelt durch die Systemwelt“ (Habermas in: Die ZEIT v. 17.12.1993) bezeichnet und in seinem Essay die Aufhebung dieses Zustandes fordert.

Nur die Aufhebung dieser Unterordnung unter gleichzeitiger Einführung einer produktiven Wechselwirkung, in der einerseits die Wirkungskraft der wirtschaftlichen Gewinninteressen zu weit mehr Effizienz führt, wodurch gleichzeitig der Gesellschaft mehr Handlungsspielräume zur Verfügung gestellt werden und andrerseits die Bedürfnisse des täglichen Lebens „die pure wirtschaftliche Rationalität durch andere Rationalitäten korrigieren" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 123), kann im Endergebnis zu der angestrebten Überwindung führen.

3. Verstärkte Einbeziehung ökologischer und sozialer Maßstäbe des Handelns in die Unternehmensziele[485].

In der gegenwärtigen westlichen Gesellschaft sei der auf dem kapitalistischen Privateigentum beruhende Profitmechanismus „der archimedische Punkt für das Funktionieren der Wirtschaft" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 123) folgert die PDS. Darum hätten die Unternehmer in der Wirtschaft die Entscheidungsgewalt, diese wiederum würde sich aus der Macht des Kapitaleigentums ableiten. Daraus entsteht der immer junge Konflikt zwischen Lohnabhängigen und Eigentümern, wobei sich letztere aufgrund steigender Marktkonkurrenz veranlasst sehen, Druck auf Löhne und soziale Leistungen auszuüben, um andererseits ihren Profit zu erhöhen. Dies stellt für die PDS den Antagonismus dar, der zugunsten des Sozialen aufgelöst werden muss[486]. Die PDS verkennt hierbei die Realität, da der von ihr charakterisierte Unternehmer, nicht mehr, oder besser gesagt, nur noch vereinzelt existiert. Die Spitzenmanager unterwerfen sich dem Prinzip der shareholder value, d.h. den Interessen der Aktieninhaber und definieren nicht wie früher die Unternehmer ihre persönlichen Ziele, sondern die Unternehmensziele. Dabei ist die auch in Deutschland zunehmende Zahl an Kleinaktionären[487] nicht zu vernachlässigen, die auch durch die Unternehmensbeteiligung von Arbeitnehmern durch Lohnzahlung mittels Aktien entsteht. Ist die grundsätzliche Sorge der PDS als sozialistischer Partei

[485] Wie man die Unternehmer aber dazu veranlassen könnte, weiß die PDS nicht, was sie aber offen zugibt.

[486] „Das Kapitaleigentum erscheint also in der Dominanz des Profits als bestimmendes Maß des Wirtschaftens. Nicht Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, nicht die Bewahrung der Umwelt, nicht die Würde der Beschäftigten sind die maßgeblichen Kriterien der Wirtschaftsführung, sondern der Unternehmensgewinn" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 124).

[487] Sowohl der Börsengang der Telekom 1997 als auch der Börsengang von debitel 1999 zeigt in seiner Werbestrategie deutlich den Versuch auf, viele Kleinanleger zu gewinnen.

durchaus zu verstehen und nachzuvollziehen, so hinkt sie in ihrer Argumentation in diesem zweiten Punkt der Realität doch ein beträchtliches Stück hinterher.

Auch in ihrer weiteren Argumentation zu diesem Teilgebiet zeichnet die PDS ein sehr düsteres Bild der Gesellschaft, die nur noch funktioniert, in dem jeder, der „egoistisch, rücksichtslos, patriarchalisch, karriereorientiert und ignorant gegenüber Naturzusammenhängen und künftigen Generationen" (Gesellschafts-analyse und politische Bildung 1997: 125) ist, in der heutigen Zeit belohnt wird. Alle Menschen, die zu dem nicht bereit sind, werden durch die Grundstruktur der Institutionen bestraft[488]. Deshalb muss, so die PDS, endlich erreicht werden, dass die Institutionen so verändert[489] werden, „dass humanistische Maßstäbe menschlichen Handelns nicht ständig zum Nachteil der danach Lebenden, sondern umgekehrt zu ihrem und dem Vorteil des Gemeinwesens geraten" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 125). Obwohl die PDS viele Errungenschaften der Gewerkschaften und der sozialliberalen Regierung der siebziger Jahre durch die konservative Regierung Kohl im Bündnis mit dem wieder erstarkten Machtgefüge der Ökonomie[490] in Gefahr geraten sieht, schließt sie sich nicht den Forderungen[491] der traditionalistischen Marxisten[492] an, dass die Überwindung der Profitdominanz nicht durch eine langfristige Überzeugungsarbeit, sondern nur durch eine abrupte „Kursänderung" zu erreichen ist.

Obwohl die PDS das „Übel Kapitalismus" mit Kapitaleigentum und Profitdominanz gleichsetzt, ist sie davon überzeugt[493], dass die Durchführung einer reinen Kapitalenteignung nicht gleichbedeutend mit tief greifenden Reformprozessen sein muss. Die PDS gesteht ein, bisher keine gültige Antwort

---

[488] „Die bürgerliche Gesellschaft ist in eine rein wirtschaftliche Form gegossen worden, ihre Fundamente, ihre Tragbalken und ihre Leuchttürme sind alle aus wirtschaftlichem Material hergestellt" (Schumpeter 1987: 62). Mit diesem Zitat versucht die PDS hier ihre Position zu belegen.

[489] Wobei sie hier nicht von einem plötzlichen, sondern von einem kontinuierlichen Prozess ausgeht.

[490] Wer immer dies auch konkret sei.

[491] „Im Angesicht von Armut, sozialer Ungerechtigkeit und krimineller Tendenzen, von Phänomenen der Brutalisierung und moralischer Degradation ist diese Auffassung erklärbar, obwohl wir sie nicht teilen" (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 127).

[492] Ausdrücklich auch denen in der eigenen Partei nicht.

[493] Hier zeigt sich die Realitätsnähe der Programmatikentwerfer, die alle aus dem Reformerischen Flügel stammen.

auf diese Problemstellung gefunden zu haben, „ob es eine sozial gerechte, ökonomisch effiziente und ökologisch verträgliche Produktionsweise ohne Enteignung des Kapitals geben kann“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 127). Das Entscheidende ist deshalb die Verfügung über das Kapitaleigentum einschneidend zu verändernd. Nicht die Beseitigung des Kapitaleigentums, sondern seine Aufhebung[494] ist für die PDS das Ziel und einer der Lösungswege zugleich. Die Enteignung bezeichnet die PDS als falschen Weg, da dies bereits das Scheitern des Staatssozialismus impliziert[495]. Letztendlich sieht die PDS nur die Möglichkeit der Einschränkung von unternehmerischen Verfügungsrechten oder ihrer Umorientierung in der Etablierung bzw. Einführung von Instrumenten[496], wobei diese von der Intention her teilweise deckungsgleich mit den Vorstellungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war. Nach der Entscheidung zur Ökosteuer stehen sie sich nahezu gegenüber, da die eigentliche „grüne“ Partei in diesem Bereich nun die PDS ist. Aus Sorge heraus, dass die Instrumente nur zur Stabilisierung des Systems führen könnten, müssen neben diesen Instrumenten „Zugänge zur Aufhebung des Kapitaleigentums“[497] geschaffen werden. So könnte in der Gesellschaft eine

---

494 Wobei sich an dieser Stelle zeigt, dass die traditionellen Marxisten keinen Einfluss auf die Entstehung des Programms hatten, da Hegel als nicht zu präferierende Lösung aufgezeigt wird.

495 „Wenn auf mikroökonomischer Ebene das unternehmerische Gewinninteresse beseitigt wird, ist ein so großer Effizienzverlust die Folge, dass soziale und ökologische Handlungsoptionen zerstörerisch eingeengt und der Demokratie entscheidende wirtschaftliche Grundlagen entzogen werden“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 128).

496 Hier sind vor allem zu nennen:

- Sozial- und Arbeitsgesetzgebung
- Erweiterung der Partizipationsrechte der Lohnabhängigen auf allen Ebenen
- Struktur- und Regionalpolitik
- Auflagen zum Ausstieg aus umweltzerstörenden Technologien und Güterangeboten und Zielvorgaben für ökologischen Umbau
- Gebote und Verbote im Umweltrecht
- Weiterentwicklung des Haftungsrechts (Verursacherprinzip voll zur Geltung bringen)
- Ökosteuern oder andersartige Einbeziehung bisher kostenloser öffentlicher Güter in die Unternehmenskosten
- Herausfiltern neuer zivilgesellschaftlich geprägter Institutionen aus der Vielfalt von gesellschaftlichen Erfahrungen.

497 Hierunter werden verstanden:

- Öffentlicher Wertewandel zugunsten sozialer Gerechtigkeit, Bewahrung der Natur und Achtung der Persönlichkeit jedes einzelnen
- Stärkung von Gegenmächten als Träger des Wertewandels

langfristige Akzeptanz dafür erreicht werden, dass das Rentabilitätsinteresse nur Mittel zur Erreichung größerer sozialer und ökologischer Ziele sein sollte. Bislang zeigt das Programm der PDS noch Unklarheiten, „wie der neue Mix von Privatwirtschaft, staatlicher Wirtschaftspolitik, zivilgesellschaftlicher Verantwortung und internationalen Regimen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 131) aussehen könnte, aber sie glaubt daran, dass diese notwendigen Gegenmächte durch einen langwierigen, zuweilen harten, außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf zu institutionalisieren seien. Schwierig erscheint dieser Weg bei der Berücksichtigung von Wählerinteressen.

Die PDS muss es verstehen, den Wählern die Ziele verständlich zu machen, damit es nicht zu einem Stimmenverlust aufgrund von Missverständnissen kommt. Die PDS will zusammen mit der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für diese Verbesserungen eintreten und bei all den geäußerten und eingeforderten Ansprüchen auf Umwälzung dies immer auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland tun[498].

So stellt die PDS letztendlich heraus, dass sie für einen Pluralismus in der Frage der Eigentumsform ist, „für den Erhalt von kommunalen Eigenbetrieben, für das Festhalten an öffentlich-rechtlichen Anstalten wie den Landesbanken und im Medienbereich. Gemeineigentum als Eigentum in öffentlicher Hand ist dort sinnvoll und soll dort an Gewicht gewinnen, wo Kapitaleigentum der Natur der zu lösenden Aufgaben kategorisch entgegengesetzt ist“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 132). Und doch gibt es zwei Bereiche, die die PDS nochmals hervorhebt, nicht zuletzt hier, um ihr ostdeutsches Wählerklientel zu bedienen. Besondere Förderung sollen nach dem Willen der PDS einmal genossenschaftliches Eigentum erfahren[499] und zum anderen neue gemischte Eigentumsformen, „in denen beispielsweise selbst verwaltete Arbeit mit staatlicher Förderung verbunden werden soll[500].

- Einschränkung und/oder Umorientierung der Verfügungsrechte der Eigentümer durch veränderte Ordnungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Erweiterung rechtlicher Regelung zur Sozial- und Umweltpflichtigkeit des Eigentums
- internationale Regime

[498] Zum genauen Wortlaut vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 131.

[499] Die Vorgehensweise in den Neuen Bundesländern wird als die falsche charakterisiert.

[500] Die PDS spricht die Möglichkeit von Gesellschaften

6.2.9 Sicherheitspolitik

„Die PDS tritt dafür ein, Krieg und militärische Gewalt zu ächten und für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Wir lehnen Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien ab. Wir treten für die schrittweise Beseitigung aller Streitkräfte ein“ (Programm der PDS 1998: 18f.). Die PDS sieht in der angedeuteten Absicht die einzige Möglichkeit, dem seit dem Zerfall des Warschauer Paktes entstandenen Zustandes des nicht mehr existenten militärischen Gleichgewichtes[501] und den daraus resultierenden Auswüchsen entgegenzuwirken.

So zeigt sie deutlich auf, dass heute nicht mehr die große weltweite Vernichtung[502] das Angstszenario darstellt, sondern es vielmehr einen Rückschritt gibt, der die Frage aufwirft, welche Kriege[503] wieder vorstellbar[504] sind bzw. sein müssen. Die PDS kritisiert, dass es nahezu Normalität[505] in der Bewertung militärischer Mittel der Konfliktbearbeitung geworden sei, militärische Interventionen Dritter als einen tauglichen, wenn nicht sogar den einzig richtigen

---

- zur Arbeitsförderung
- zur Struktur- und Beschäftigungsentwicklung
- Sozialbetriebe
- alternative Lebensformen

an.

[501] Den Vorteil des bis 1990 herrschenden militärischen Gleichgewichtes sieht sie darin, dass es aufgrund des immer drohenden weltweiten Kernwaffenkrieges zu keinem Krieg gekommen ist. Wobei zusätzlich anzumerken ist, dass sie nicht die Drohung des Kernwaffenkrieges zurücksehnt, sondern den aus dem Gleichgewicht resultierenden Friedenszustand.

[502] „Die Gefahr eines großen Kernwaffenkrieges ist heute offensichtlich erheblich kleiner geworden“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 184).

[503] „Jetzt werden auch solche Kriege wieder führbar, die in der Vergangenheit wegen der Gefahr einer militärischen Verwicklung beider Supermächte oder deshalb nicht entstanden, weil die Interessen der Gegenseite respektiert werden mussten“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 185).

[504] Den Golfkrieg empfindet die PDS als das Paradebeispiel.

[505] „Wir stellen insbesondere eine schleichende Militarisierung des Sicherheitsbegriffes sowie der Staaten und internationaler Gemeinschaften und eine offensive Ausprägung militärischer Strategien und der Rüstungen fest“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 185).

Weg[506] anzusehen. Die PDS lehnt diese Entwicklung ab. Gleichzeitig bedauert[507] sie, dass radikaler Pazifismus als wirklichkeitsfern und politikuntauglich angesehen werde und es somit derzeit in Bundesrepublik Deutschland schwierig geworden sei, die Ablehnung des Krieges als Leitmotiv für die Lösung jedweder Konflikte zu propagieren.

Interessant ist die Einschätzung der PDS in diesem Bereich für einen Großteil der Bündnisgrünen, die zumindest in den 70-iger und 80-iger Jahren stark in der Friedensbewegung verankert waren bzw. die Wurzeln der Partei dort zu suchen sind. Die PDS sieht sich als einzig in der Bundesrepublik verbliebene radikale Antikriegspartei[508], da große Teile der Bündnisgrünen bereits zu Oppositionszeiten militärische Einsätze der Bundeswehr[509] unterstützten. Die Entwicklung zu einer Zivilmacht schätzt die PDS realistisch als einen, wenn überhaupt möglich, langfristigen Entwicklungsprozess ein. Dieser kann sicherlich erst dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, die Bereitschaft zu schrittweisen Veränderungen zu erzeugen, da zuerst „tiefverwurzelte, jahrhunderte-, ja

---

[506] Es kann als sicher angesehen werden, gerade wenn man die heftigen Reaktionen der meisten PDS-Politiker als Beweis anführt, dass die PDS das Beispiel des Krieges der NATO gegen die Volksrepublik Jugoslawien sicherlich in ihr Programm aufgenommen hätte, wenn dieser Konflikt zur Zeit der Programmentstehung bereits stattgefunden hätte. Man kann davon ausgehen, ohne hellseherische Qualitäten zu besitzen, dass dieser Konflikt/Krieg die neue, seit Berlin 1999 angestoßene Programmdiskussion massiv beeinflussen wird.

[507] „Militärische Gewalt ist in den inneren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und in den internationalen Beziehungen noch derart stark verwurzelt“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 186).

[508] Bei den Diskussionen in der aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 25.03.1999 zum Einsatz deutscher Tornados im Rahmen des Krieges zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien hob Gregor Gysi diese Sichtweise seiner Partei erneut hervor, indem er die Gräueltaten des jugoslawischen Ministerpräsidenten auf das Schärfste verurteilte, die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch die jugoslawischen Unterhändler als einen deutlichen Verstoß gegen internationales Verständnis von Umgang mit ethnischen Minderheiten brandmarkte, aber gleichzeitig den Einsatz der NATO, also auch den der Bundeswehr, verurteilte. Im weiteren Verlauf sprach er dem Vorgehen die juristische Legitimation ab, da es weder einen Angriff auf die NATO, noch einen Beschluß des Weltsicherheitsrates gäbe.

[509] Auf dem Bielefelder Sonderparteitag am 13.05.1999 konnte man diese Problematik der Bündnisgrünen wieder erkennen. Bis zur endgültigen Abstimmung über die Anträge stand nicht fest, ob sich die Radikalpazifisten unter Führung von Ströbele oder die Bundestagsfraktion, repräsentiert durch Außenminister Fischer durchsetzen würden. Der angenommene Antrag stützt mehr die Aussage der PDS über ihr eigenes Verständnis bzgl. des Alleinvertretungsanspruches als radikale Antikriegspartei.

jahrtausendealte Sicherheits-vorstellungen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 186) durch neue Erfahrungen und Vorstellungen ersetzt werden müssen.

Um eine für alle Staaten allgemeingültige Basis für einen anzustrebenden dauerhaften Frieden zu erhalten, plädiert die PDS für die Notwendigkeit einer neuen Sicherheitsarchitektur, da die alte Struktur[510] nicht mehr kompatibel mit der Realität[511] sei. Das Grundproblem sei aber nicht diese Erkenntnis, sondern die Tatsache, dass keine neue Sicherheitsstruktur an die Stelle der alten getreten ist und auch niemand den Anschein erweckt, eine neue zu entwickeln.

Für die PDS stellt die OSZE für Europa die einzige Institution dar, die in der Lage wäre, die Aufgabe der Entwicklung dieser neuen Sicherheitsstrukturen zu übernehmen. Dies müsse auch gefördert und nicht wie von einigen Ländern oder anderen Organisationen[512] torpediert werden.

Für die PDS stellen sich die Grundvoraussetzungen[513] einer positiven Entwicklungsmöglichkeit wie folgt dar:

- Der konventionelle Abrüstungsprozess muss forciert werden. Die Gesamtentwicklung der einzelnen Armeen muss hin zu einem „zwischenstaatlichen Zustand der Nichtangriffsfähigkeit“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 188) führen.
- Die OSZE-Staaten verpflichten sich rechtsverbindlich zu einem Verzicht auf Gewaltanwendung zur Lösung jeglichen Konflikts[514].
- Achtung von Minderheiten- und Menschenrechten

---

[510] Darunter versteht die PDS die „alte bipolare Sicherheitsstruktur der Abschreckung durch wechselseitig gesicherte nukleare Zweitschlagskapazität“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 186f.).

[511] Die Partei resümiert, dass die alte Sicherheitsstruktur durch den Zerfall des Warschauer Paktes verschwunden ist.

[512] Die PDS wirft den westlichen Großmächten vor, dass sie die OSZE, da die Gefahr bestand, dass sie sich zu einer Konkurrenz zur NATO oder WEU entwickeln könnte, in ihrer Entwicklung absichtlich behindert und sie somit zu einem Schattendasein verdammt hätten.

[513] Hierbei beruft sich die Partei auf Veröffentlichungen des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg.

[514] Nur über die Einhaltung solcher Verträge oder Vereinbarungen über eine neue Europäische Sicherheitsgemeinschaft ist die Weiterentwicklung der OSZE dorthin vorstellbar.

- Schrittweise Überwindung von Unterentwicklung, Hunger und Armut, extremer sozialer Ungleichheit, Menschenrechtsverletzungen, Gewaltherrschaft und nationaler und ethnischer Diskriminierung[515].
- Versuch der präventiven Lösung von Konflikten durch Diplomatie, multilaterale Friedensdienste, Fonds für wirtschaftliche, soziale und humanitäre Unterstützung friedlicher Streitbeilegung.
- Vielschichtige Vermittlung zwischen den Konfliktparteien.
- Ausbau des Konfliktverhütungszentrums der OSZE
- Sanktionen durch die OSZE, die bis zur Herbeiführung von Kriegsunfähigkeit des Verletzers internationaler Normen gehen soll.
- Nutzung eines breiten Fächers ziviler Mittel zur friedlichen Streitbeilegung.
- Krieg und Rüstung sind langfristig zu ächten und zu bannen[516].

Nur unter Berücksichtigung all dieser Punkte sieht die PDS die Möglichkeit den Missbrauch von internationaler Sicherheitspolitik als Kriegspolitik zu verhindern, um so langfristig dem propagierten Ziel „Zivilmacht Bundesrepublik" näher zu kommen. Gleichzeitig sieht sie in Deutschland die Notwendigkeit, da nunmehr auch vom Großteil der Bündnisgrünen alleine gelassen, dem prinzipiellen Nein zu Rüstung und Militärpolitik Gehör zu verschaffen und die politischen Voraussetzungen so zu etablieren, dass ein ziviler Wandel der Sicherheitspolitik wiederhergestellt werden kann.

6.3 Außenpolitische Programmatik

6.3.1 Europapolitik

„Die PDS befürwortet die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union zu einer demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilen Grundlage" (PDS Parteiprogramm II.2). Sie sieht in ihr eine Chance dazu betragen zu können, Frieden, Freiheit und Gleichheit für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu schaffen und sich weltweit dafür zu engagieren, dass das friedliche Miteinander ihrer Völker und Staaten als

[515] Diesen Abschnitt führte Gysi in der bereits angesprochenen aktuellen Stunde als Vorwurf an, dass die ethnische Diskriminierung in der Bundesrepublik Jugoslawien nur durch die Verhinderung der Weiterentwicklung der OSZE und der teilweisen Ignorierung der UNO als weltweite Organisation erst möglich geworden sind. Der Vorwurf war gepaart mit der Einschränkung, dass dies die Schuld und das Verbrechen der Regierenden in der Bundesrepublik Jugoslawien weder relativieren noch gänzlich verdrängen sollte.

[516] Eine Relativierung dieser Optimalvorstellung führt die PDS selber an, indem sie zwar von dringend, aber nur schrittweise zu erreichen spricht.

zivilisatorisches Gut erkannt wird und für dessen Bewahrung und Weiterentwicklung nachhaltig engagiert eingetreten wird. „Das Potenzial des europäischen Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion muss für die soziale und ökologische Gestaltung genutzt werden“ PDS Parteiprogramm II.1). Für die PDS erscheint das Ziel der Europäischen Integration derzeit schwierig erreichbar zu sein, da es ein unausgeglichenes Kräfteverhältnis in der EU gibt, das durch nationale ökonomische Interessen und Konzerninteressen geprägt ist, die an erster Stelle stehen. Deshalb fordert die PDS einen politischen Regulierungsrahmen für den Binnenmarkt und die Integration zu erkämpfen, um die herrschende Schieflage zugunsten der Interessen der Bevölkerungs-mehrheiten in der EU auszugleichen.

Die EU als politischer Handlungsraum ist der zweite formulierte außenpolitische europäische Punkt. Die EU muss nach dem Verständnis der PDS dazu genutzt werden, dass jedem Bürger der EU, in Europa und auf der Welt ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht werden kann. Das zur Verfügung stehende Potenzial soll zur grundlegenden Umgestaltung der Globalisierung genutzt werden, um die politischen, sozialen und ökologischen Probleme erschließen und lösen zu können.

Die PDS weiß nur was sie gerne möchte, echte Handlungsalternativen werden im Parteiprogramm II. Kapitel Außenpolitik hierzu nicht entwickelt. „Es geht also darum, die Zusammenarbeit jener zu stärken, die das neoliberale Projekt der EU, Militarisierung und Europaimperialismus nicht wollen...Ein anderes Europa ist möglich!“ (Zimmer 2006: 1).Diese andere Europa definiert Zimmer als PDS Europaabgeordnete in Anlehnung an das PDS Parteiprogramm mit drei Schlagworten:

- Die demokratische EU („Wir wollen ein Europa, das friedlich, sozial gerecht, demokratisch und umweltbewahrend ist, mit Weltoffenheit und offenen Grenzen, ein Europa ohne Nationalismus und Fremdenhass, dass sich als Teil dieser einen Welt versteht, für sie verantwortlich fühlt und sie gemeinsam mit Völkern und Staaten anderer Kontinente gestaltet“ (Wahlprogramm der PDS 2002/2005).
- Ein sozial und ökologisch nachhaltiges Europa (Überwindung von Armut, Abbau sozialer Spannungen, energisches Vorgehen zum Klimaschutz, Ersatz der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozialunion).
- Die Friedensmacht EU (vgl. hierzu ausführlich 2.4.3.3)

Die PDS steht mit diesen Positionen im Parlament der EU teilweise, aufgrund ihrer Radikalität alleine da, vom grundsätzlichen Gedanken der Weiterentwicklung der EU sympathisieren viele „linke und ökologische“ Politikerinnen und Politiker“ mit Teilansätzen.

6.3.2 Weltpolitik

Findet man im Parteiprogramm der PDS und auch in ihren Wahlkampfbroschüren noch einigermaßen aussagefähige Eckpfeiler der europäischen Politik, so wird auf „weltpolitischer Ebene“, die Position immer verschwommener und diffuser. lässt man die friedenspolitischen Aspekte, die im Nachhinein separat dargestellt werden sollen, das sie als einzige wirklich aussagekräftig sind, beiseite, so bleiben nachfolgende „Positionen“ erwähnenswert:

- Die PDS fordert nationale und internationale Anstrengungen zur Abwendung einer globalen ökologischen und sozialen Katastrophe. Diese markt- und machtbessene Deregulierungspolitik des Nordens, der internationalen Konzerne, der Weltbank und des IWF wirke vor allem im „Süden“. „Das recht der Völker in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa auf eigenständige und alternative Entwicklungsmöglichkeiten darf nicht länger missachtet werden“ (PDS Wahlprogramm 2002).

- Krieg und militärische Gewalt sind zu ächten, eine vollständige Abrüstung und eine zivile, gemeinsame Gewährleistung der Sicherheit anzustreben. Die PDS lehnt die NATO strikt ab. Wie das weitere Miteinander der Staaten dann geregelt sein soll, wird nicht weiter ausgeführt. Einer der Punkte, bei denen die PDS, jetzt auch Die Linke am Angreifbarsten ist, da hier keine realistischen Alternativen angeboten werden, sondern nur „altbekannte Floskeln“ neu verpackt werden.

- Entmilitarisierung der Außenpolitik, d.h. völlige Ablehnung der NATO, Keine Zustimmung zum Ausbau der WEU, Verurteilung der amerikanischen Hegemonialpolitik. Die PDS als antimilitaristische und konsequente Antikriegspartei sieht nur in einer Stärkung der UNO und der OSZE die Möglichkeit, wirksame internationale Sicherheitssysteme auszugestalten und demokratisch reformieren zu können. „Eine solche Politik ist sicherheitspolitisch möglich. Diese Erde braucht sie. Nach Jahrtausenden von Krieg kann die Jahrtausendwende symbolischer

Ausgangspunkt eines Übergangs zu echter Friedenspolitik sein“ (PDS Wahlprogramm 2002).

6.4. Friedenspolitik

6.4.1 Verhältnis zur NATO/UNO

Genau das, was in 6.2.9 ausgeführt worden ist, erlebte die NATO bzw. die UN mit ihren Truppen im Konflikt mit der Bundesrepublik Jugoslawien. „Ohne eine legitimierte Friedensordnung kann jedes Ja zu einer als friedenssichernd vorgesehenen militärischen Aktion in ihr Gegenteil umschlagen, weil ihr Missbrauch nicht institutionell ausgeschlossen ist. Ohne eine legitimierte neue Friedensordnung kann die Logik eines jeden Krieges der Kontrolle entgleiten“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 187). Es erfolgte von Seiten der Bundesrepublik Jugoslawien immer mehr eine Vermengung der Truppenteile der UN und der der NATO, obwohl sie weder vom Mandat noch vom Auftrag her identische Einsatzbefehle haben. Obwohl die PDS die UNO derzeit weit davon entfernt sieht, sich durch die Mitglieder unterstützt, sowohl in ökonomischen, politischen, sozialen, ökologischen und rechtlichen Dimensionen weiter zu entwickeln und den militärischen Aspekt zurückzuschrauben, bleibt sie für die Partei die einzige Institution, die als eine weltweite Staatenorganisation langfristig diese Vorstellungen verwirklichen könnte.

Die PDS kritisiert die NATO und wirft ihr vor, die eigentliche Aufgabe des Bündnisses als große Selbstverteidigungsorganisation auszudehnen, indem sie als „kollektives Sicherheitssystem mit militärischen Kompetenzen out of area“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 187) weltweit einsetzbar wird. Das Versagen der UNO und der NATO im ersten Jugoslawienkrieg diente der PDS bei Erstellung ihres Programms als das bedeutende Beispiel[517] Mitte der 90-er Jahre.

[517] Es ließ sich an diesem Beispiel belegen, dass es kein neues gemeinsames europäisches Sicherheitssystem gab. Gleichzeitig wurde die schon als erfolgreich bekämpft geglaubte Nationalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik wieder aktiviert, was mit einem deutlichen Einflusszuwachs der Staaten bei Entscheidungen einherging.

6.4.2 Einstellung zu Friedenseinsätzen

Die deutsche Geschichte als Argument einbringend, lehnt die PDS den Einsatz deutscher Truppenkontingente auch bei Peace-keeping-Aktionen ab[518], obwohl sie dieser Einsatzform unter gewissen Umständen grundsätzlich zustimmt[519]. Peace-Enforcement-Einsätze lehnt die PDS nicht nur unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland, sondern grundsätzlich ab[520], da dies für sie ein Erzwingen von Frieden durch Kampfeinsätze darstellt. Diese Ablehnung entbinde die Partei aber nicht von ihrer Verpflichtung, Lösungen für den Fall zu entwerfen, wo alle nicht-militärischen Mittel ausgeschöpft worden sind und nicht erfolgreich[521] waren. Die PDS spricht hier von einem ordnungspolitischen Leitpostulat:

Der Gebrauch von Waffengewalt darf nicht in das Ermessen einzelner Regierungen gestellt, sondern müsste als einer Art „ultima ratio einer überstaatlich verbindlichen Normierung unterworfen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 190) werden. Die Entscheidung hierfür kann nur durch ein zuständiges Organ einer reformierten UNO oder eines neu geschaffenen europäischen Sicherheitsrates getroffen werden. Voraussetzung für die Legitimität wäre vor allem die demokratische Beteiligung der größtmöglichen Zahl von Mitgliederstaaten, ohne Vetorecht eines einzelnen Staates.

Die Teile von Streitkräften, die nicht für solche europäische oder weltweite Sicherheitsaufgaben vorgesehen sind, müssten so weit reduziert werden, dass sie insgesamt auf den vorher bereits einmal angesprochenen Zustand einer zwischenstaatlichen Nichtangriffsfähigkeit eingestellt werden. Europäischer Vorreiter einer solchen Entwicklung muss nach Vorstellung der PDS die

---

[518] „So wie die Bundesrepublik sich entwickelt, würde sie ... eigene Interessen dabei verfolgen und nicht unparteiisch sein“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 189).

[519] „Wenn alle ausschließlich zivilen Mittel der Problemlösung wirklich ausgeschöpft sind, die Konfliktparteien zustimmen, ein unparteiisches Agieren der Blauhelme gewährleistet wird, Drittländer mit eigenen Interessen unbeteiligt bleiben und Aussichten auf politische Regelung bestehen“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 189).

[520] Alle Versuche, Frieden mit Waffengewalt zu erzwingen, werden unter den gegebenen Voraussetzungen durch die Partei abgelehnt.

[521] Weder beim Golfkrieg noch beim Jugoslawienkonflikt (I) sieht sie aber alle nicht militärischen Lösungsmöglichkeiten ausgeschöpft.

Bundesrepublik Deutschland[522] werden, die ihre Profilierung als Zivilmacht vorantreiben und in den Vordergrund stellen sollte. Dabei sind die Ziele einer solchen Zivilmacht Deutschland für die PDS offensichtlich:

- Öffnung der westeuropäischen Märkte für die Entwicklungsländer und ehemals staatssozialistischen Länder.
- Vorausschauende Technologie-, Struktur-, Regional- Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der EU, um die Öffnung nicht zu sozialer Degression in den Industrieländern verkommen zu lassen.
- Ersetzung bisheriger Entwicklungspolitik durch neue solidarische Kooperationsbeziehungen mit den Entwicklungsländern.
- Gewährung von intensiver Hilfe zur Selbsthilfe, für die Staaten, die selbst nicht mehr zur Rettung in der Lage sind.
- Dämpfung internationalen Spekulationskapitals.
- Internationale Umverteilung von Lebenschancen[523].

So stellt die PDS für diesen Bereich fest, dass die Bundesrepublik Deutschland, statt ihre Ankunft in der Normalität bisheriger Politik großer Industrieländer zu feiern, in dem sie in diesem Trott mitmacht und so wie die anderen die Hauptverantwortung für die globalen Gefahren dieses Zeitabschnittes trägt, demonstrativ und wirkungsvoll „nach dem Ausstieg aus solcher hässlichen Normalität“ (Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 192) suchen müsste, um sich so beispielhaft zur ersten und anerkannten europäischen Zivilmacht zu entwickeln.

[522] Durch die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland am Nato-Kontingent im Konflikt mit der Bundesrepublik Jugoslawien ist diese Entwicklung im Sinne der PDS nicht zu erkennen. Nicht zuletzt deshalb ist auch die deutliche und ziemlich scharf ausgefallene Verurteilung dieser Gesamtaktion durch die PDS zu verstehen.
[523] Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung 1997: 190ff.

6.5 Die politische Strategie

6.5.1 Die Regierungsstrategie

„Die PDS muss deshalb ihr Reformprogamm auf Bundes- und Landesebene auch als radikal-demokratisches Regierungsprogramm profilieren und dabei ihre unabdingbaren “Essentials“ deutlich machen. Beides ist nicht dasselbe. Die Suche nach Schnittstellen der Übereinstimmung mit den anderen Parteien ist wichtig bei der Auslotung von punktuellen Bündnismöglichkeiten, kann jedoch ... nicht Grundlage eines Reformbündnisses der linken Parteien sein“ (Heuer et al 1996: 7f.). Hier zeigt sich bereits das Dilemma der PDS, einerseits erkennt sie eindeutig realpolitisch einschätzend, dass es wenige Möglichkeiten der Einflussnahme außerhalb einer Regierungsbeteiligung gibt, andererseits sind die evtl. Koalitionspartner entweder programmatisch, aber noch viel schlimmer Parteidisziplindominiert, nicht willens mit der PDS eine solche Regierung einzugehen.

„Die PDS hat ihre Wahlkämpfe 1994 unter dem Motto geführt: Veränderung beginnt mit Opposition. Sie wirkt auf der Grundlage in der Parlamenten und außerparlamentarisch. Der Widerstand gegen die Politik der CDU/CSU und der F.D.P. steht im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit. Die PDS setzt sich kritisch mit dem Zurückweichen der SPD und der Bündnisgrünen vor dem bundesrepublikanischen Konservatismusauseinander. Wir haben zugleich mit der weiteren selbstkritischen Erneuerung der PDS und der Entwicklung konkreter politischer Alternativen versucht, unsererseits die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zur Überwindung der konservativen Hegemonie zu verbessern. ...Eine gestärkte PDS könnte dazu unmittelbar ihren Beitrag auf Bundesebene und in den neuen Bundesländern und in Berlin leisten. Wir sind weiterhin bereit, die politische Konkurrenz zur SPD und zu den Bündnisgrünen durch politischen Dialog zu ergänzen. Dies setzt voraus, dass diese den gesellschaftlichen Oppositionscharakter, das sozialistische, antikapitalistische Profil der PDS akzeptieren“ (Bundesvorstand der PDS 1996).

Einen ersten Rückschlag erlebte die PDS mit dieser Politik in Sachsen-Anhalt. Sie musste erleben, dass die SPD und Bündnis90/Die GRÜNEN nicht bereit waren mit der PDS zu koalieren, sondern eine Minderheitenregierung bildeten. Dieses sogenannte Magdeburger Modell band die PDS nicht in direkte Regierungsverantwortung ein, zwang aber den Ministerpräsidenten Höppner (SPD) und seine Regierung immer wieder nach Mehrheiten zu suchen. „Ich kann

bei uns jetzt seit eineinhalb Jahren nur feststellen, dass sich für die verantwortbaren und vernünftigen Vorschläge auch immer eine verantwortliche Mehrheit gefunden hat, auch wenn es manchmal ein Ringen im Detail gewesen ist. Die Demokratie in Sachsen-Anhalt ist jedenfalls lebendiger geworden, als in den Ländern mit absoluten Mehrheiten“ (Höppner 1996: 3). Die PDS wurde in zentralen Fragen der Regierung wie z.B. dem Haushalt eng miteingebunden und zeigte sich aus Sicht der Regierungsparteien als berechenbarer, zuverlässiger demokratischer Partner[524].

So stellte sich für die PDS die Frage, welche Impulse für sie vom „Magdeburger Modell“ ausgegangen waren. „Die Tolerierung hat Chancen bewahrt, Alternativen zur konservativen Hegemonie zu organisieren, aber sie bedeutete auch Teilhabe an der Verwaltung des Status quo in diesem Lande“ (Brie 1997: 318).

Gleichzeitig aber zeigten sich hier schon erste Erkenntnisse über die „Folgen einer wirklichen Regierungsbeteiligung“ wie sie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern folgen sollte, „letztlich bleiben Entscheidungen über das Verhältnis zur Regierungspolitik einer Frage der Abwägung größerer und kleinerer Übel, der Kompromissbereitschaft und möglichen Veränderungen, aber auch größter Aufmerksamkeit dafür, nicht in einem schleichenden Anpassungsprozess oder unter dem Druck so genannter Sachzwänge das eigene Profil und die prinzipiellen Ziele der eigenen Partei aufzugeben“ (Sitte 1996: 44).

Genau diese Frage zeigte sich als das große Problem der PDS in den nachfolgenden Jahren als man sich zur Übernahme direkter Regierungs-verantwortung in zwei Bundesländern entschied. **Sogar Gysi musste diesen Zwängen als Bürgermeister und Senator im Berliner Abgeordnetenhaus Tribut zollen und schied unter dem Vorwand dienstlich erflogene Bonusmeilen privat genutzt zu haben aus dem Kabinett aus. Von der großen Mehrheit der Beobachter der politischen Szene wurde die als „Notbremse der PDS“ gesehen, ihren bekanntesten Mann aus der Schusslinie zu nehmen, um ihn weiterhin bundespolitisch „verwertbar einsetzen zu können“.**

Nach dem Zusammenschluss mit der WASG zur DIE LINKE wird sich diese neue Partei noch viel vehementer mit dem Szenario von Regierungs-beteiligungen

[524] Vgl. Höppner 1996: 5.

auseinandersetzen müssen. Die Zukunft wird zeigen, ob es ausreicht mit zwei Politprofis, Lafontaine und Gysi, an vorderster Front zu agieren.

6.5.2 Die parlamentarische Strategie

„Mit einiger Vernunft kann die PDS es schaffen, die Fehler zu vermeiden, die die GÜNEN bei ihrer Debatte um Opposition, Tolerierung und/oder Koalition auf allen Flügeln weitgehend gemacht haben, nämlich diese Debatte überwiegend ideologisch zu führen, als Glaubensstreit um den einzigen richtigen Weg. Es kann der PDS nicht darum gehen, eine positive oder negative Rangfolge im Gebrauch dieser Mittel zuzulassen. Je nach politischer Konstellation, die aus einer Wahl hervorgeht, je nach gesellschaftlicher Bewegung, die Druck auf Parteien entfaltet, je nach dem Ausmaß der Übereinkünfte, die zwischen den betreffenden Parteien erzielt werden können, wird die PDS entscheiden müssen, welche Rolle mehr zur Durchsetzung der von ihr vertretenen Anliegen beiträgt. Demokratische SozialistInnen werden weiter lernen, mit den zu lösenden Problemen pragmatisch umzugehen. Das nimmt ihren grundsätzlichen Auffassungen nicht den oppositionellen Charakter in Gesellschaft und Parlamenten – dafür sorgen schon ihre politischen GegnerInnen“ (Gysi 1996: 10).

Bereits hier zeigt sich deutlich, dass die Politik der PDS in einem besonderen Maße mit realen und schwierigen Widersprüchen konfrontiert ist: Sozialistische Politik, so die Vorstellung und die Forderung der Basis muss heute die menschlichen Existenzfragen umfassen. Gleichzeitig muss realpolitische Politik wie vorher aufgezeigt auch mit Kompromissen leben, da nahezu nie in der Politik, außer bei absoluter Mehrheit einer Partei, eine Entscheidung ohne Konsens durchsetzbar ist. Das wichtigste Politische parlamentarische Ziel der PDS war die Beendigung der konservativ-neoliberalen Regierungsherrschaft, wie die Regierung Kohl ausschließlich bezeichnet wurde. Nun dies ist ihr vielleicht zu einem ganz kleinen Teil mitgelungen, aber die veränderte politische Situation innerhalb des Parlamentarismus ist nicht besser geworden, weder durch „Rot-Grün“, noch durch die derzeit regierende große Koalition. Die PDS war sich ihres eingeschränkten Spielraumes sehr bewusst. „...Natürlich muss sie – wenn die parlamentarischen Konstellationen sich entsprechend entwickeln – die Bildung und die progressiven Maßnahmen rot-grüner Regierungen befördern. Die zweckmäßigste Form, in deren Rahmen dies zunächst geschehen kann, ist augenscheinlich die Tolerierung“ (Heuer 1996: 7f).

Hier zeigt sich das bereits in 2.5.1 angesprochene Dilemma der PDS. Sie will verändern, muss aber bis auf zwei Bundesländer mit ansehen, wie sie keinerlei Einfluss auf die Politik der anderen Parteien hat. Gleichzeitig stellt sie fest, dass „Regieren und Opponieren" zwei Welten darstellt, die nicht nur für die agierenden Politiker, sondern auch für oder gerade für die Basis häufig schwer nachvollziehbar sind. Radikalforderungen sind heutzutage auf alle Fälle weder auf Landes- noch auf Bundesebene durchzusetzen.

Inwieweit sich dies durch die Gründung der neuen Linkspartei verändern wird, ist abzuwarten. Eines hat sich damit im Verständnis der PDS bzw. ihrer Mitglieder in der neuen Partei geändert. Die Chancen parlamentarisch „mitzuregieren und mitzusprechen" haben sich deutlich erhöht, da alle Umfragen zur Zeit zwischen 9% und 11% prognostizieren, mehr als die GRÜNEN oder die F.D.P. derzeit an Prozenten haben. D.h. die PDS ist in der DIE LINKE voll im Parlamentarismus angekommen, mit allen Vorteilen, aber auch mit allen Nachteilen.

6.5.3 Die Außerparlamentarische Strategie

„Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend. Die PDS ringt um parlamentarische Stärke und leistet eine an den unmittelbaren Problemen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit. Die PDS wird aktiv die Interessen in Ostdeutschland gegenüber der zerstörerischen Tendenz kolonialistischer Anschlußpolitik vertreten. Sie ist bereit, politische Verantwortung für radikale gesellschaftliche und ökologische Veränderungen zu übernehmen" (Parteiprogramm der PDS 1993: 27). Sind diese Äußerungen zum jetzigen Zeitpunkt auch schon 14 Jahre her, so hat sich an der grundlegenden Einstellung zur Notwendigkeit einer außerparlamentarischen Strategie zur Umsetzung von Politikinhalten nichts geändert. Um diese vorab zitierte Aussage entbrannten heftigste Debatten in der PDS-Diskussion um das Programm 1992/1993, betraf es doch ganz entscheidend das Verhältnis zwischen Partei und Bewegungen außerhalb der PDS, sowie die Haltung zum außerparlamentarischen Kampf im besonderen.

Für die SPD neu, für die alte Bundesrepublik eine wiederentfachte Diskussion, die schon die 68er Bewegung in Westdeutschland und Westberlin mit ihren zentralen fragen zu emanzipatorischer linker Politik und dem Verhältnis zu den

existierenden Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft artikuliert hatten. „...außerparlamentarisch, nicht umsonst aber nicht antiparlamentarisch. Das Problem von direkter und parlamentarischer Demokratie (muss) noch intensiver diskutiert werden“ (Dutschke 1980: 169).

Die Programmdiskussion zeigte bedeutende Gemeinsamkeiten auf:

- Die PDS wollte den Antiparlamentarismus in der kommunistischen Bewegung überwinden, da die parlamentarische Demokratie keine abzulehnende Institution darstellte, sondern als zivilisatorische Errungenschaft angesehen wurde, deren bestehende Krise konstruktiv gelöst werden müsse.
- Die Haltung der PDS zu sozialen Bewegungen muss emanzipatorisch geprägt sein. Die PDS lehnt die alte Leninsche Forderung ab, die Gewerkschaften, die Frauenbewegung und andere Bewegungen als Transmissionsriemen zu benutzen.
- Ohne weit reichende Änderung der Zivilgesellschaft, d.h. ohne Veränderung des geistigen und politischen Klimas in der Gesellschaft, ohne öffentlichen Druck und starke emanzipatorische Bewegungen ist für die PDS keine fortschrittliche gesellschaftliche Veränderung denkbar.

Wie bereits in anderen Unterpunkten dargestellt, entwickelten sich aufgrund dieser Prämissen verschiedene Strömungen innerhalb und außerhalb der PDS, dies war gewollt. „Die Dialektik von Partei und Bewegung wird dadurch entschieden zum Ausdruck gebracht, dass die Übertragung von Mitgliedschaften auf Nichtmitglieder möglich ist“ (Brie 1997: 321). Die Arbeits- und Interessengemeinschaften, die sich im besonderen Maße als Partner für soziale und andere Bewegungen entwickeln sollten und zumindest teilweise aktiv in ihnen mitarbeiten, wurden politisch und organisatorisch hervorgehoben. „Sie sind offene Strukturen der PDS, um entsprechend konkreter Interessen in emanzipatorischen Bewegungen mitwirken und die Politik der PDS mitgestalten zu können. Sie sind Subjekte

- konkreter Bündnispolitik, regional, bundesweit und international
- der Mobilisierung von externem Sachverstand
- der Stärkung und Vernetzung emanzipatorischer Bewegungen
- für die Entwicklung und Gestaltung alternativer Kultur
- der Verbindung zwischen außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf und zwischen analytischer und konzeptioneller Arbeit“ (PDS Programm 1996: Teil II).

Zum Abschluss dieses Teilkapitels sei aus dem öffentlich zugänglichen Teil des Verfassungsschutzberichtes des Bundesministeriums des Inneren aus dem Jahre 1995 zitiert: „Zu tragenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – Primat des gewählten Parlaments, Gewaltlosigkeit in der politischen Auseinandersetzung – verhält sich die PDS nach wie vor zweideutig. Für die Partei hat der außerparlamentarische Kampf weiterhin Vorrang gegenüber der parlamentarischen Arbeit. Gregor Gysi betonte in der Mitgliederzeitschrift Disput, die PDS begreife sich nicht als Regierung im Wartestande, sondern messe der außerparlamentarischen Opposition einen höheren gesellschaftlichen und kulturellen Stellenwert zu“ (Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Inneren für das Jahr 1995/1996: 53).

8. Innenpolitische Relevanz der PDS

8.1 Milieurelevanz

Bevor ich in diesem Teilabschnitt auf das evtl. Vorhandensein milieuabhängigen PDS-Wählerklientels eingehe, seien zuerst allgemeine Aussagen zu diesem Begriff und seiner wissenschaftlichen Verortung in der Soziologie bzw. in den Sozialwissenschaften vorgestellt. Milieu[525] ist eine Bezeichnung für die Umwelt bzw. die Lebensverhältnisse von Personen, Gruppen, Bevölkerungsteilen oder Gesellschaften[526]. Am häufigsten wird eine Unterscheidung in natürliche[527], materielle[528], kulturelle[529] und/oder soziale[530] Milieufaktoren getroffen. Nach der jeweils verwendeten Milieutheorie werden diejenigen Bedingungen besonders hervorgehoben, die den Menschen wahrscheinlich am meisten in seiner Sozialisation beeinflusst haben bzw. beeinflussen. Diese Vorgehensweise zeigt auf, dass bei Anwendung dieser Strukturierung davon ausgegangen wird, dass die Vorgaben objektiv die

[525] Erstmals durch Taine in Anlehnung an Comte in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht.
[526] Vgl. ausführlich Schäfers, B. „Grundbegriffe der Soziologie“ 1995: 208 f., Gluckowski, P. „Freizeit und Lebensstile, 1988., Hradil, S. „Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, 1987 und Lüdtke, H. Expressive Ungleichheiten, 1989.
[527] d.h. Boden, Klima, Flora, Fauna.
[528] Natürliche und von Menschen gestaltete wie Bauwerke, Siedlungen, Infrastrukturen
[529] Ideen, Symbole und deren Niederschläge in Kunst und Literatur
[530] z.B. Institutionen, Sozialklima u.ä.

Umstände des Handelns bzw. des Zusammenlebens von Menschen bestimmen, d.h. der Einfluss auf Erleben, Handeln und Denken objektiv nachvollziehbar ist. Diese früheren Ansätze werden auch als strukturtheoretische Milieu-Annahmen bezeichnet. Mit dem Verschwinden historischer Milieus, wie z.B. Arbeiter-Milieu oder typisches Dorf-Milieu etablierten sich neue Konzepte wie „sozialer Kontext", „Lebensverhältnisse" oder „Umwelt" in der Wissenschaft.

In den achtziger Jahren wird der Milieubegriff noch einmal ausdrücklich aufgegriffen. Im Bereich der sog. Lebensstil- und Ungleichheitsforschung steht eine handlungstheoretische Fundierung im Vordergrund[531]. Durch die Aufgliederung in verschiedenste Teilbereiche[532] und damit verbundene spezifizierte Untersuchungsmethoden werden „z.T. recht unterschiedliche und meist empirisch gewonnene Milieu-Typologien (z.B. konservativ gehobenes M., kleinbürgerliches M., traditionelles Arbeiter-M., traditionsloses Arbeiter-M., hedonistisches M. oder alternatives M.) als Erklärungs- (und Prognose-)hilfen für Verhaltensregelmäßigkeiten angeboten" (Schäfers 1995: 208). D.h. in der neueren Milieuforschung, die auch die soziale Ungerechtigkeit thematisiert, wird der Begriff Milieu „als eine Gruppe von Menschen verstanden, die solche äußeren Lebensbedingungen und/oder inneren Haltungen aufweisen, aus denen sich gemeinsame Lebensstile[533] herausbilden" (Hradil 1987: 165). Folgt man dieser Definition so geht das Milieukonzept davon aus, dass

„a) die soziale Welt am besten erschließbar ist, wenn dem Handeln, das der entsprechende Mensch als subjektiv sinnvoll erachtet, nachgegangen wird(...).

b) der soziologische Forscher i.d.R. über einen Verständnisüberschuss verfügt und so durchaus objektive Handlungsbedingungen, -ziele, - zusammenhänge und -effekte einbeziehen kann, die der Akteur selbst nicht verstehen kann" (Wasner 1998:3).

[531] Hier wurde vor allem in Hinblick bzw. Rückgriff auf die Ergebnisse von Geiger, Weber und Boudreu diese Strukturierung vorangetrieben.
[532] Konsumsoziologie, Marketingforschung, Wahlforschung, Freizeitforschung, allgemeine Sozialstrukturanalyse etc.
[533] Die evtl. auftauchende Frage, ob dann eine gemeinsame Betrachtung der Alten und Neuen Bundesländer überhaupt möglich, zulässig, wissenschaftlich valide und reliabel ist, oder ob dadurch bereits zumindest zwei unterschiedliche Milieus von vornherein, hie Ex-BRD, da Ex-DDR zu untersuchen sind, die keine gem. der Definition notwendigen Gemeinsamkeiten aufweisen, wird in 10.1 und 10.2 zu beantworten sein.

Die Vorteile dieses Milieukonzepts im Gegensatz zu den herkömmlichen Schichtmodellen sozialer Ungleichheit liegen darin, dass es sich nicht nur auf die objektiven Merkmale sozialer Ungerechtigkeit konzentriert, sondern auch versucht, den Wirkungsweisen ungleicher Lebensbedingungen bis hin zum Alltagsleben nachgeht und, falls möglich verallgemeinerbare Strukturen solcher Wirkungsprozesse in die Modellvorstellung mit einbezieht. So „kann das Milieukonzept einem Strukturkonzept sozialer Ungleichheit zu mehr Lebensnähen verhelfen“ (Wasner 1998: 4). Somit gibt es Auskunft darüber, welchen Stellenwert bestimmte soziale Vor- und Nachteile im Leben des Betroffenen haben werden, welche Verhaltenschancen sie eröffnen und „wie sich Betroffene mit den jeweiligen Bedingungen ihres Lebens und mit ihren Mitmenschen auseinandersetzen werden“ (Hradil 1987: 167ff.).

Das Milieukonzept erreicht diese Lebensnähe vor allem deshalb, weil es zwischen gesamtgesellschaftlichen Strukturen und individueller Betroffenheit vermittelt[534]. Soweit einerseits die theoretisch-historische Fundierung, die bei einem Vergleich West - Ost - Deutschland, Alte - Neue - Bundesländer oder wie dieser Vergleich auch immer genannt werden sollte, bereits vor Beginn der eigentlich Analyse vor dem nächsten Problem steht.

In der empirischen Sozialstrukturforschung der DDR, die den Umbau der sozialistischen Gesellschaft wissenschaftlich begleiten sollte, wurden nur zwei sog. Hauptklassen beschrieben. Auf der einen Seite waren das die Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern, auf der anderen die „soziale Schicht“ der Intelligenz. Trotz dieser Vorgaben haben die DDR-Soziologen immer wieder bewiesen, dass mit Hilfe des starren „Zwei-Klassen-eine-Schicht-Schema“ keine differenzierte Betrachtung der DDR-Gesellschaft stattfinden konnte. Aufgrund der fehlenden Differenzierung sind die erhobenen und vorliegenden DDR-Daten nicht reliabel, um einen Vergleich der Sozialstruktur beider deutschen Staaten vor 1989 und der Gesamtbundesrepublik nach 1990 vornehmen zu können. Dies wird verstärkt durch die nicht synonym verwendeten Begriffe, die eine Operationalisierung nicht immer ermöglichen. Bei westlichen Wissenschaftlern verliert der alte Milieubegriff zunehmend an Bedeutung. Man

[534] Zur weiteren dezidierten Auseinandersetzung mit der Gesamtproblematik vgl. Hradil, S., „Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft“, Opladen 1987. Ohne von den Ereignissen, die nur zwei Jahre später folgen sollten zu wissen, hat er mit dem vorliegenden Werk eine geeignete theoretische Basis für die Untersuchung des deutsch-deutschen Lebensweltbegriffes, der verschiedenen Milieus und der Problematik der sozialen Ungerechtigkeit geschaffen.

versucht, wie bereits angesprochen, andere, treffendere Charakteristika zur Beschreibung von Gesellschaft in der Wissenschaft zu installieren[535].

Lothar Bisky hat in seiner Rede auf dem 6. Parteitag der PDS davon gesprochen, dass die PDS keine Milieupartei werden dürfe, da sie eine bundesdeutsche Partei sei. Ist dies ein Widerspruch? Es ist kein Widerspruch, wenn die alten Spannungslinien zugrunde gelegt werden und die PDS es ernst meint mit der Aussage von Bisky. Dann würde z.B. die Spannungslinie „West - Ost“ bzw. „arme Ossis - reiche Wessis“, etc. wegfallen und die These der gesamtdeutschen Partei, sowie die Negierung der Milieupartei unterstützt werden. Forciert wird dies durch die Tatsache, dass die PDS in vielen gesellschaftlichen Bereichen Zuspruch sucht, sowohl bei der Intelligenz, als auch bei Arbeitern in Ost- und Westdeutschland, bei den Frauen im allgemeinen, bei Arbeitslosen, bei den Vereinigungsgewinnern und bei der ehemaligen SED-Intelligenz, die fest im Sattel sitzt, etc. D.h. die Untersuchung in diesem Bereich kann sich nicht auf die Floskel, „alle Arbeitslosen, Arbeiter und Verlierer der Einheit wählen PDS“ oder den alten Ost (arm) - West (reich) - Vergleich zurückziehen. Hier muss differenzierter untersucht werden, wobei der Begriff Milieu nur noch in Teilen beschreibt, was untersucht wird.

Anwendung auf die Wähler der PDS kann der Milieubegriff dann finden, wenn differenziert nach den Mitgliedern und den Wählern unterschieden wird und auf die neuen, vorher dargelegten Unterscheidungen[536] eingegangen wird. Nur so kann bei differenzierter Betrachtung eroiert werden, ob und wenn ja inwieweit eine Milieuorientierung der PDS vorliegt, die Partei als Milieupartei definiert werden kann.

[535] Es soll an dieser Stelle ausreichen auf diese Entwicklung hinzuweisen und durch die vorseitige Darstellung einen kurzen Überblick gegeben zu haben.
[536] Zu Charakteristika resp. Unterscheidungen der theoretischen Analyse von der Gesellschaft, die nach dem Milieubegriff kommen vgl. die weiterführende angegebene Literatur.

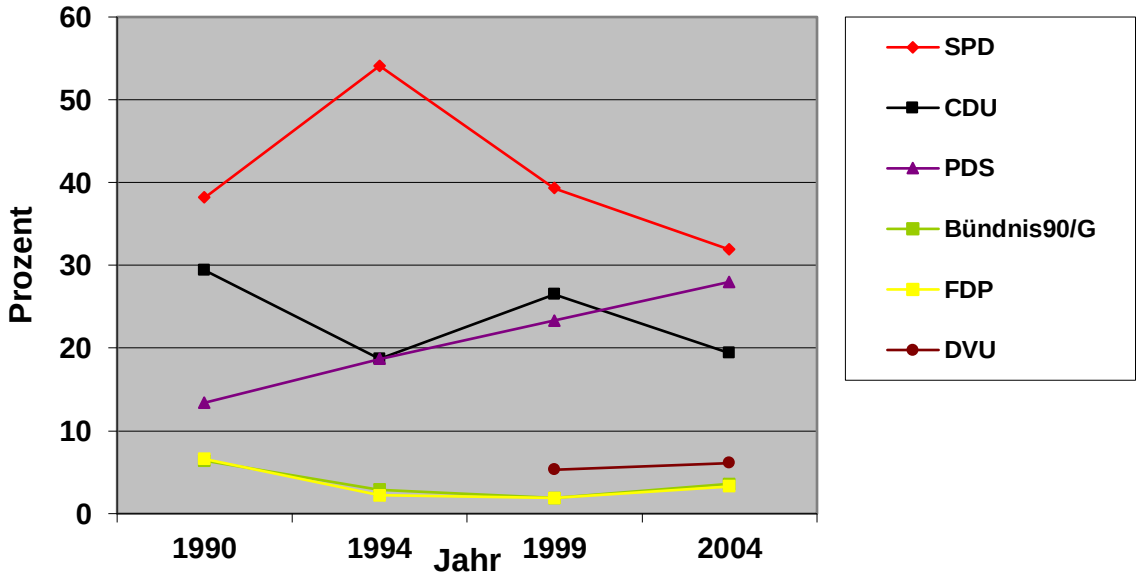
8.2 Auf Länderebene

8.2.1 In Ostdeutschland

Die zunehmende Akzeptanz und Normalisierung hat sicherlich auch damit zu tun, dass die PDS immer wieder trotz aller gesamtdeutschen Bemühungen, zumindest im Osten medienwirksam war, eine Rückbesinnung auf ostdeutsche Ideale vornimmt und die Intensität der politischen Arbeit vor Ort hervorhebt. Wobei trotz alledem nochmals hervorgehoben werden muss, dass sie nur in einer Länderregierung beteiligt ist, was nicht ihrem prozentualen Anteil an Wählerstimmen entspricht. Die PDS ist im Osten politische Normalität, genauso wie die CDU und SPD. Wohingegen sich die F.D.P. und Bündnis 90/Die GRÜNEN nach wie vor mit der Akzeptanz ihrer Politikinhalte schwer tun.

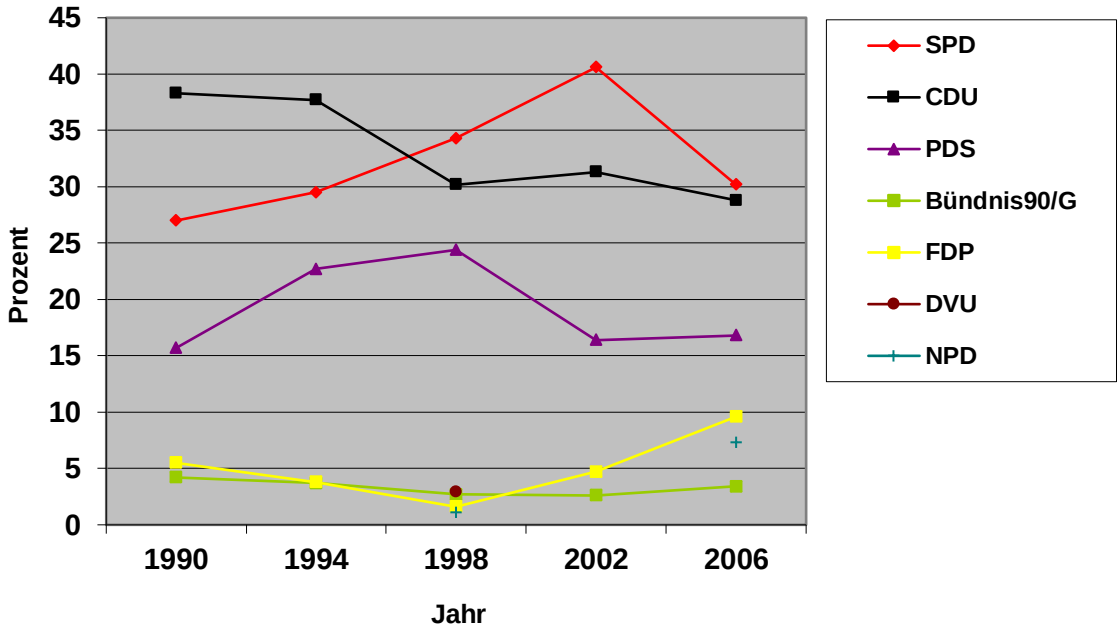
Im Nachfolgenden seien die Landtagswahlergebnisse der Parteien in den Neuen Bundesländern aufgelistet, um den Einfluss, aber vor allem die Akzeptanz der PDS beim „ostdeutschen Wählerklientel“ darzustellen. Diese wird sich auch durch die Neugründung der Die LINKE nicht entscheidend ändern.

Abb. 5: Landtagswahlen Brandenburg 1990 bis 2004



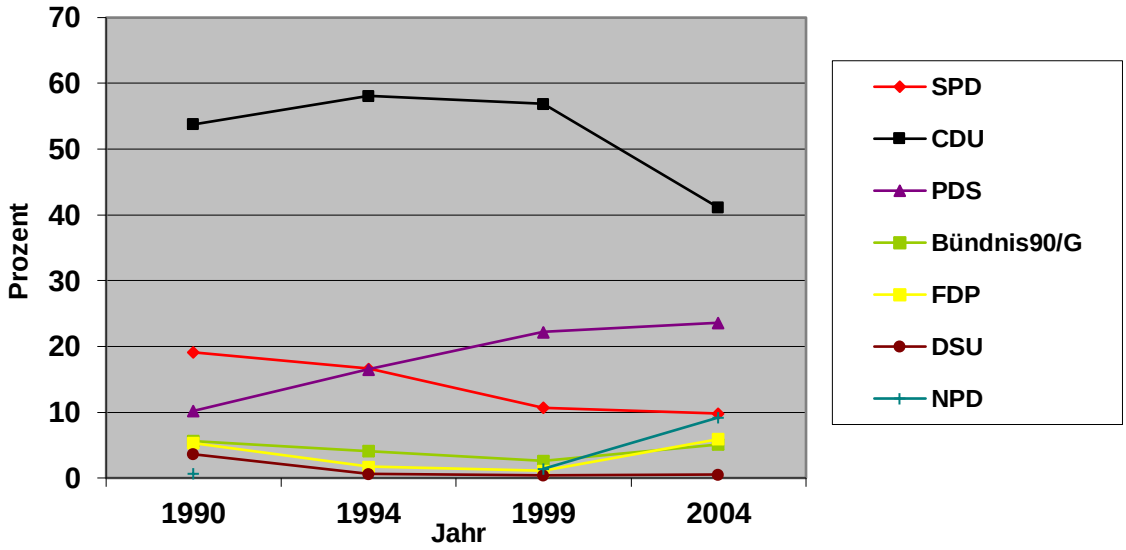
Quelle: https://www-ec.destatis.de

Abb. 6: Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern 1990 bis 2006



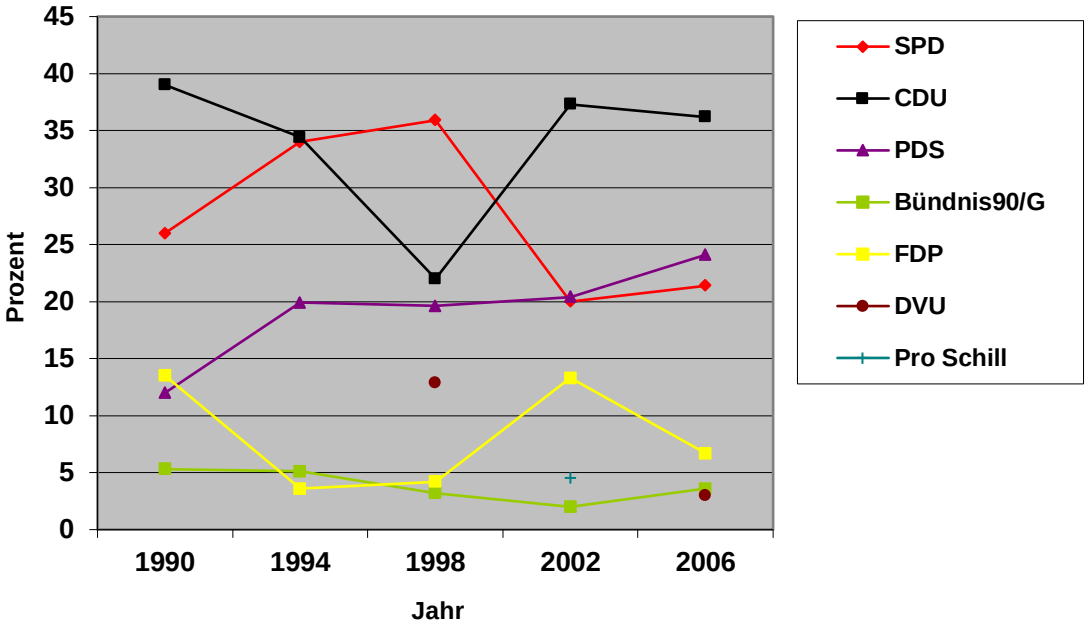
Quelle: https://www-ec.destatis.de

Abb. 7: Landtagswahlen Sachsen 1990 bis 2004



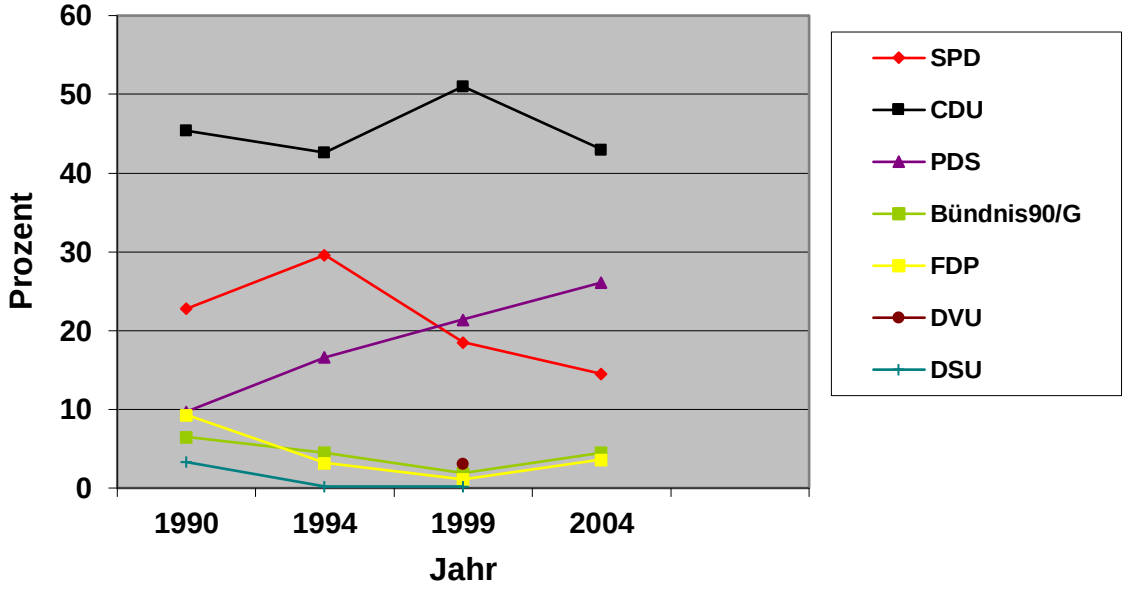
Quelle: https://www-ec.destatis.de

Abb. 8: Landtagswahlen Sachsen-Anhalt 1990 bis 2006



Quelle: https://www-ec.destatis.de

Abb. 9: Landtagswahlen Thüringen 1990 bis 2004



Quelle: https://www-ec.destatis.de

Trotz dieser „stimmenmäßig hohen Akzeptanz“ hat die PDS wenig politischen Einfluss, da sie nur wie vorher bereits dargestellt in Mecklenburg Vorpommern in einer Landesregierung eines der „Neuen Bundesländer“ sitzt, falls man Berlin zum Westen rechnet. Diese in manchen

politikwissenschaftlichen Diskursen nuancierte Betrachtung, ob Berlin zu den „Neuen Bundesländern“ zählt, oder weil mehr Westberliner als Ostberliner wahlberechtigt sind, Berlin zu den Alten Bundesländern zählt, sei hier nicht gemacht, da sich an der Betrachtung der innenpolitischen Relevanz nichts ändert. Die PDS hat aufgrund von nur zwei Regierungsbeteiligungen zu wenig Einfluss, um über den Bundesrat bestimmend, Veränderungen herbeizuführen. Die Präsenz in den Länderparlamenten ermöglicht ihr hingegen eine starke Oppositionspolitik, was der Partei sowohl von der Struktur als auch von den Inhalten her mehr liegt und für die Partei dahingehend besser ist, da sie besser auf die Bedürfnisse ihrer Wählerschaft eingehen kann, als Regierungspartei wäre sie zu vielen Kompromissen gezwungen, die das eigene Klientel vielleicht nicht nachvollziehen könnte.

8.2.2 In Westdeutschland

Die PDS hatte in Westdeutschland, außer bereits angemerkt in Berlin, aufgrund der besonderen Konstellation und der zeitweiligen, zur Zeit bestehenden Koalition mit der SPD, nie die Chance gehabt, in eines der Länderparlamente gewählt zu werden. Vor Zusammenschluss mit der WASG erreichte man in Bremen bei der Europaparlamentwahl mit 2,9% das beste Ergebnis in den westlichen Bundesländern. Der Anteil ansonsten schwankte bei Landtags- und Bundestagswahlen zwischen 0,4 % und 2,4, % (wieder in Bremen). Deshalb wird an dieser Stelle, im Gegensatz zu den neuen Bundesländern, auch auf eine grafische Darstellung verzichtet, da diese keinerlei aussagekräftig wäre. Die PDS hatte 2002 eine nahezu 100% Erhöhung der Wählerstimmen im Westen errungen, was sich in ca. 1% der abgegebenen Stimmen ausdrückte. Dies wurde in der Parteizentrale als großer Erfolg gewertet, da dies zum Überspringen der 5% Marke führte. Insgesamt aber war die PDS immer eine „Ostpartei“, zumindest was ihre Wahlergebnisse betrifft. Mit Gründung der Linkspartei ändert sich dies nun schlagartig, da man auf eine Parteistruktur und „westliche Führungspersonen“ wie z.B. Oskar Lafontaine zurückgreifen kann. Es kann für die in 2008 anstehenden Landtagswahlen davon ausgegangen werden, dass die Die LINKE den Sprung in einige Länderparlamente schaffen wird, so wie es ihr bereits 2007 in Bremen mit 8,4% eindrucksvoll gelungen ist. Dies wird schon alleine zu mehr Medienpräsenz führen. Ob dies auch zu mehr faktischem Einfluss auf die jeweilige Länderpolitik führen sei dahingestellt, da wie bereits in den möglichen Koalitionsformen angesprochenen die potentiellen Koalitionspartner noch sehr bedeckt halten.

8.3 Auf Bundesebene

8.3.1 Einfluss auf die Innenpolitik

Den Einfluss auf die Innenpolitik kann man bei der PDS für die Bundesebene am Besten über die Betrachtung der Arbeit der Bundestagsfraktion herbeiführen. Für die PDS war es immer das Bestreben den Fraktionsstatus zu erringen, sei es mit „nur drei" Direktmandaten, aufgrund der fehlenden 5% auf Gesamtwahlgebiet bezogen, da sich aus dem Fraktionsstatus viele finanzielle[537], aber inhaltliche Vorteile ergaben. Schon allein hieraus ergibt sich die Notwendigkeit Fraktionsstatus zu erringen, um an der gesamten politischen Willensbildung und Entscheidung adäquat beteiligt zu sein. „Unter Fraktion bzw. Parlamentsfraktion wird der auf Dauer angelegte organisatorische Zusammenschluss aller der gleichen politischen Partei angehörigen Abgeordneten eines Parlamentes verstanden. Als Akteure im politischen Prozess sind die Fraktionen die maßgeblichen Repräsentanten ihrer Parteien. Als solche wirken sie bei der Staatswillensbildung mit, bereiten politische Zielsetzungen vor und setzen sich für ihre Durchführung ein" (Olzog 1996: 16f.). So kann treffend als Kurzslogan gesagt werden: „Was die Partei (außerhalb des Parlaments) propagiert, versucht ihre Fraktion (im Parlament) durchzusetzen" (Jesse 1986: 91f.).

Dies erscheint bei der PDS, den zweiten Teil der Kurzformel betreffend, bislang noch ziemlich schwierig, da es der PDS-Fraktion nicht gelungen ist, im Deutschen Bundestag[538] eine Mehrheit für die propagierten Forderungen der Partei zu erreichen. Dies wird auch auf absehbare Zeit nicht möglich sein, da die PDS nicht zwischen, sondern (links) neben der Polarisierung CDU/CSU und F.D.P. auf der einen und SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der anderen Seite steht. So war sie desöfteren in einer misslichen Abstimmungslage, wenn ihr z. B. Vorschläge der SPD nicht weit genug gingen. Stimmte sie gegen die Vorschläge der SPD, so musste sie zumeist mit der CDU/CSU stimmen; ein Abstimmungsverhalten, dass dem eigenen Wählerklientel nicht klar gemacht

[537] Dieses Problem wurde deutlich als die PDS einmal „nur zwei Direktmandate" schaffte und gleichzeitig die 5% nicht erreichte. Die Auswirkungen von Kündigungen für wissenschaftliche Mitarbeitern oder der Problematik der Finanzierbarkeit der parteinahen Stiftung „Rosa Luxemburg" etc. seien hier nur angemerkt.

[538] Ganz anders stellt sich die Sachlage natürlich in Mecklenburg-Vorpommern dar, da dort die PDS an der Regierung beteiligt ist. Aber auch in den anderen Bundesländern in Ostdeutschland, ob durch Tolerierung indirekt involviert oder nicht, hat die PDS dort in den Länderparlamenten weit mehr Möglichkeiten den zweiten Teil des Satzes zu verwirklichen, nämlich durchzusetzen.

werden konnte. Stimmte man mit der SPD, so tauchten sofort die Hinweise auf, dass die Vorschläge nicht weit genug in Richtung PDS ausgedehnt worden seien[539].

Die PDS-Fraktion stellt die kleinste Fraktion innerhalb des Deutschen Bundestages dar. Sie entspricht in ihrer Organisation den Fraktionen der SPD, F.D.P. bzw. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die allesamt eher monolithisch sind. Im Gegensatz dazu hat die CDU/CSU- Fraktion einen anderen Aufbau, der von Konukiewitz/Wollmann als föderalistisch bezeichnet wird (vgl. Konukiewitz/Wollmann 1977: 207), da die Mitglieder der CDU-Fraktion innerhalb der Fraktion nochmals nach Landesgruppen unterschieden werden und die CSU-Landesgruppe jeweils einen eigenen Vorsitzenden wählt, der zugleich (automatisch) zum stv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Gesamtfraktion gewählt wird. Die Unterscheidung der großen Parteien in ostdeutsche und westdeutsche Abgeordnete, wobei der Schwerpunkt der Betonung auf die jeweiligen ostdeutschen Abgeordneten gelegt ist, stellt nochmals eine Fraktionsbildung innerhalb der Partei dar, wobei bisher festgestellt werden kann, dass die jew. Gruppe der ostdeutschen Abgeordneten ihre Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft haben. Für die PDS trifft auch diese „Sonderform der Fraktionsbildung“ nicht zu, da sie als aus dem Osten kommende Partei, wenn überhaupt eher umgekehrt auch ihre westdeutschen Abgeordneten herausheben müsste.

Neben der Kontrolle der Regierungsarbeit sind die Fraktionen zur Mitgestaltung bei der Gesetzgebung aufgerufen. Hier ist die Einflussnahme davon abhängig, inwieweit man der Regierungsmehrheit angehört oder nicht. Im Deutschen Bundestag stellte sich deshalb für die PDS diese verantwortliche Aufgabe selten. Für kleine Fraktionen ergibt sich noch ein zusätzliches Problem, die Fähigkeit die Ausschüsse zu beschicken. Hier kommt es im Gegensatz zu den großen Parteien zu massiven Mehrbelastungen der einzelnen Abgeordneten. Gleichzeitig arbeiten die Fraktionen intern ihre Aufgaben in zwei Gremien ab; einerseits in den an den Sachthemen orientierten Arbeitskreisen und andererseits in der Fraktion als Zusammenschluss aller Fraktionsmitglieder[540].
In den Arbeitskreisen werden die Beschlüsse der Fraktion vorbereitet, wobei durch die Klärung verschiedener Standpunkte die Haltung der Fraktion

[539] In dieser Art erst bei der Beratung und Abstimmung bzgl. der Erhöhung des Kindergeldes geschehen.
[540] Vgl. hierzu ausführlich Olzog 1996: 17 f.).

herausgearbeitet wird, die sich anschließend in den Ausschüssen des Parlamentes widerspiegeln. Wenn die Fraktion der verlängerte Arm der Partei im Parlament ist resp. sein soll, müssen beide nicht deckungsgleich in ihren Anschauungen, Meinungen etc. sein. Diese Meinungsverschiedenheiten sind normalerweise auf einzelne Teilbereiche zu reduzieren. Sie können aber auch, wie in den letzten Legislaturperiode, sowohl bei der CSU[541] als auch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN[542] offen zu Tage getreten, Ausdruck großer parteiinterner Differenzen sein, die großen Einfluss auch auf die erfolgreiche politische Arbeit der Fraktion haben können.

Von solchen Konflikten ist die PDS, sowohl als Gruppe im Bundestag als auch bis jetzt als Fraktion verschont geblieben. Nicht zuletzt zeigt sich hier deutlich die Verschiedenartigkeit der Fraktionsstruktur. Die politische Zielsetzung von Partei und Fraktion sind identisch, nicht zuletzt deshalb weil die programmatische Grundposition der Partei, die die Zielsetzung mitbestimmt auch die der Fraktion ist. Deutlich zeigt sich die Abbildung der Struktur der PDS in der Fraktion auch anhand zweier Tatsachen: Von den 36 Abgeordneten waren 21 Frauen und 15 Männer, d.h. die PDS ist die Partei, bei der die Mindestquotierung auch bei der Nominierung streng durchgehalten wurde und somit ein deutlicher „Überhang" an Frauen erreicht wurde[543]; gleichzeitig sind sieben Parteilose Abgeordnete, immerhin fast genau 20%, auch eine Quote von der andere Parteien, obwohl sie Seiteneinsteiger immer propagieren, nur träumen können. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl weit überrepräsentiert waren die westdeutschen Landesverbände: Mit sechs Abgeordneten[544] stellten die Landesverbände zusammen 1/6 der

[541] Hier wurde eindeutig zwischen bayerischer Politik der CSU in Bayern und „bayerisch-deutscher" EU-Politik der CSU in Bonn unterschieden. Auch die Reden sowohl des bayerischen Ministerpräsidenten als auch des Parteivorsitzenden und Finanzministers waren nicht immer von der Harmonie gekennzeichnet wie sie zwischen Partei und Fraktion eigentlich vorherrschen sollten.

[542] Die basisdemokratischen geglückten Versuche auf den Parteitagen, zuletzt auf dem Bundesparteitag 1998 in Magdeburg, sowohl die Fraktion als auch einzelne Spitzenpolitiker zu überstimmen und die parteiinternen Feindbilder Realo hie und Fundi da wieder aufleben zu lassen, hätten der Partei, aber auch vor allem der Fraktion beinahe den politischen Tod beschert. Dies in einer Situation, in der die Partei noch nie so knapp vor der Miteinbindung in die Regierungsverantwortung stand. Die Wiederbelebung der Partei gelang bezeichnenderweise nicht der Partei und denen, die den Streit vom Zaune gebrochen hatten, sondern Vertreter der Fraktion, allen voran Joschka Fischer.

[543] Nicht einmal BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können eine solche Quote vorweisen, von den anderen Parteien ganz zu schweigen.

[544] Jeweils über Landesliste wurde ein KandidatIn in Niedersachsen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg, zwei in Nordrhein-Westfalen gewählt. Darunter befand sich auch der Alterspräsident des Deutschen Bundestages Fred Gebhardt, der über die Landesliste Hessen

Abgeordneten. Bei einem Mitgliederanteil innerhalb der PDS von ca. 2,3% eine doch erstaunlich hohe Anzahl[545]. Genauso wie der Parteivorstand der PDS die klare Überlegenheit der Reformer ausdrückt und die nahezu nicht vorhandene Einflussmöglichkeiten der „kommunistischen Strömungen" charakterisiert[546], ist dies in der Fraktion der PDS nachvollziehbar. Trotz gegenteiliger Verlautbarungen der politischen Gegner hat auch in der Fraktion der PDS keine post-stalinistische Unterwanderung stattgefunden. So zeigt sich auch bei der Frage „Fraktionszwang Ja oder Nein?" oder anders ausgedrückt freies vs. imperatives Mandat, die sowohl in der politik-wissenschaftlichen Literatur als auch in der politischen Bildung als Spannungsverhältnis dargestellt wird, dass dies zu keiner Problemstellung führt. Die Fraktionsdisziplin verlangt normalerweise von dem jeweiligen Mitglied der Fraktion, dass er seinen Willen dem der Fraktion unterordnet. Dies geschieht zumeist von den Abgeordneten in der Erkenntnis, dass nur die Partei bei der nächsten Wahl wieder dafür sorgen kann, dass der Abgeordnete in seinem Wahlkreis auf der jeweiligen Liste aufgestellt wird. Dies bedeutet aber noch nicht die Aufgabe des freien Mandats, zu dem sich außer den Bündnisgrünen[547] alle Parteien bekennen. Durch das freie Mandat wird die innerparteiliche Diskussion gefördert und der Meinungsbildungsprozess vorangetrieben. Bis zu einem gewissen Maße muss die Fraktion aber mit der Loyalität des einzelnen Abgeordneten rechnen können. Die Grenzen zwischen Fraktionsdisziplin und -solidarität, sowie Fraktionszwang sind nicht immer klar zu erkennen; der „Volksvertreter bewegt sich immer auf dem schmalen Grat zwischen Verfassungsideal und Parteizwang" (Olzog 1996 21).

Die Fraktion der PDS wie auch die Fraktionen der anderen Parteien sind rein rechtlich gesehen weder mit der Partei identisch noch Parteiorgan; d.h. eigentlich wird dadurch den Parteien verwehrt den Fraktionen verbindliche Weisungen zu geben, woran sich alle Parteien, außer die bereits angesprochenen Bündnis 90/

---

gewählt wurde. Bei Gebhardt ist anzumerken, dass er bereits für die SPD im Hessischen Landtag saß, d.h. obwohl er „Neuling" im Bundestag war, sehr wohl bereits Erfahrung im parlamentarischen „Leben" hat.

[545] Bei einer Umrechnung auf die anderen Parteien, wobei natürlich hier genau umgekehrt die Repräsentanz der Mitglieder im Verhältnis zu den Abgeordneten bezogen auf die Neuen Bundesländer gemeint ist, würden sich zu treffende „Umverteilungen zugunsten des Ostens" in hohen zweistellige Prozentsätzen ausdrücken.

[546] Auch die Bundestagsfraktion ist ein Spiegelbild dieses Wahlergebnisses für den Parteivorstand auf dem letzten Parteitag.

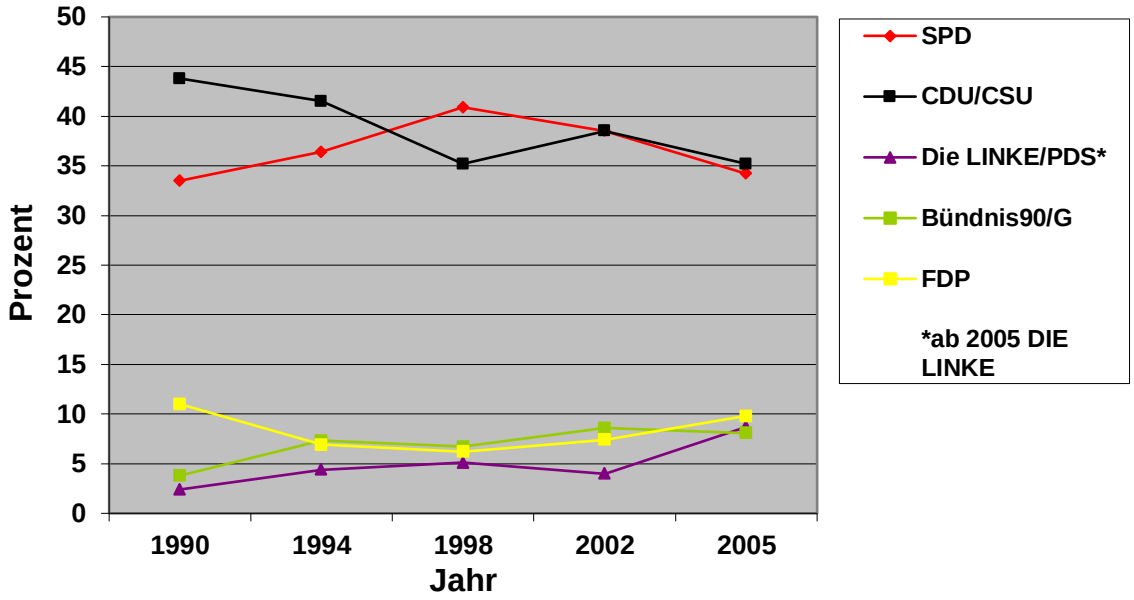
[547] Wie bereits erwähnt vertreten die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Meinung, dass die Abgeordneten, d.h. die Fraktion insgesamt an Parteitagsbeschlüsse, Wahlprogramme etc. genau gebunden sind/ist.

DIE GRÜNEN halten. Wenn nicht als Parteiorgan, so doch zumindest als politisches Sprachrohr der Partei, könnte man die PDS-Fraktion im Bundestag charakterisieren, was sicherlich nicht übertrieben ist. Die Fraktion hat es noch mehr als es bereits die Gruppe der PDS unter Führung von Gregor Gysi geschafft, als zumindest eines von mehreren, wenn nicht sogar als das Führungszentrum der Partei bezeichnet zu werden. Begründet liegt diese Aussage darin, dass ihre Bedeutung „auf ihrem faktischen Monopol, die Politik der PDS darzustellen, und, soweit sie in gesetzgeberische Aktivitäten einmündet, zu machen, über erhebliche finanzielle und logistische Ressourcen verfügen zu können, einen leichten Zugang zu den Medien sowie Kontakte zu Organisationen und Institutionen haben zu können“ (Neugebauer/Stöss 1996: 141), beruht. Gerade im Westen bietet die Fraktion die beste Möglichkeit die PDS „publik“ zu machen[548]; viele Wähler in den Alten Bundesländern haben die PDS noch nicht als gesamtdeutsche Partei realisiert. Dies ist nicht zuletzt auf die mitgliedsschwachen Landesverbände im Westen, die sich, mangels materieller Ressourcen, keine große Öffentlichkeitsarbeit leisten können bzw. sie nicht zu leisten im Stande sind.

Zur weiteren Einflussnahme im innenpolitischen Kontext sei auch nochmals auf 4.3.2 und die Koalitionskonstellationen unter 4.4 verwiesen. Zur Veranschaulichung, welche rein rechnerischen Möglichkeiten es seit 1990 gegeben hätte, folgt eine grafische Übersicht der Bundestagswahlergebnisse. Ihr Einfluss kann nur aufgrund der Parteineugründung bundesweit wirklich vergrößert werden.

[548] Schon wird in einigen auch konservativen Schriftenreihen bei den Rededuellen Schäuble vs. Gysi von einer Neuauflage der Diskussionen Strauß vs. Wehner gesprochen. Ohne im Weiteren überprüfen zu wollen, ob dieser Vergleich statthaft ist, ist diese Einschätzung doch zu einem gewissen Grad eine Wertschätzung an die beteiligten Personen (vgl. hierzu Schäuble 1994: 243).

Abb. 10: Bundestagswahlen 1990 bis 2005



Quelle: http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/sitzverteilung/1543

8.3.2 Einfluss auf die Außenpolitik

Der Einfluss der PDS auf die Außenpolitik war bis zur Neugründung der Linkspartei als nicht gegeben einzustufen. Natürlich hat die PDS wie unter 2.4 ausgeführt klare außenpolitische Vorstellungen, die aber zum großen Teil diametral zu denen der anderen Parteien im Deutschen Bundestag sind, so dass für deren Umsetzung keinerlei Mehrheit zu erringen war. Weder die kritische Haltung gegenüber den USA und der NATO noch die „neue Rolle der UN und der OECD“ waren und sind auch zukünftig nicht mehrheitsfähig, nicht einmal diskussionswürdig, wenn auch in Einzelaspekten, Teile der GRÜNEN und des linken SPD-Flügels ähnliche Kritikpunkte anbringen. In toto gibt es aber keine Realisierungsmöglichkeit der formulierten außenpolitischen Ziele. Diese im krassen Widerspruch zu den anderen Parteien stehende „Außenpolitik“ wird auch in Zukunft dazu führen, dass die LINKE damit wird leben müssen, hier keine „bundespolitischen Mitstreiter“ zur Verwirklichung des Ansatzes zu finden. Dies dürfte mit ein Grund sein, dass es Die LINKE eher in westdeutschen Länderparlamenten schaffen wird, Einfluss zu erlangen als auf bundespolitischer Ebene als Koalitionspartner ernst genommen zu werden.

9. Abschließende Bewertung der PDS vor dem Zusammenschluss mit der WASG zur Partei „Die LINKE“

9.1 Fragestellungen und untersuchte Teilbereiche

Will man in die Lage versetzt werden, eine Teilbeantwortung für die Zeitspanne der Existenz der PDS durchzuführen, um somit auch den Beitrag zur wissenschaftlichen Forschung auf diesem Gebiet beurteilen zu können, erscheint es dringend erforderlich, sich zuerst mit einzelnen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Aufgrund des Ansatzes die PDS in toto zu betrachten, d.h. sich nicht auf ein Partikel der Partei zu spezialisieren, entwickelte sich eine Systematik, die eine „Aufgliederung der Partei“ in verschiedene Analysebereiche notwendig erscheinen ließ. Aus der Vorgeschichte und Entstehung der PDS bis zur Wiedervereinigung und dem Bereich des gesamtdeutschen Parteiensystems nach der Wiedervereinigung lassen sich einerseits Rückschlüsse auf die Wurzeln der PDS und ihre Verortung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft ziehen, die in Zusammenhang mit der Betrachtung der Wahlkämpfe die Frage aufwerfen, ob oder inwieweit die PDS eine Regional- bzw. Milieupartei ist. Geht man in der Analyse der Wahlergebnisse weiter, so stellt sich zwangsläufig die Frage nach der differenten Wahrnehmung dieser Partei in Ost- und Westdeutschland und ob sich dieser Zustand, falls vorhanden, gewesen, einem Wandlungsprozeß unterworfen war. Gleichzeitig erfordert dies wieder die Suche nach Kriterien, an denen solche Differenzen und Wandlungen festgemacht werden können.

Unterzieht man die Flügel und die Fraktion der PDS einer genauen Untersuchung, so muss neben der Diskussion um die Einflussnahme der Kommunistischen Plattform und anderer Flügel bzw. Arbeitsgemeinschaften, auch die Frage nach wichtigen Personen innerhalb der PDS gestellt werden. Bei der Betrachtung der Person Gysi, muss geklärt werden, inwieweit Gysi wegen seines Engagements Karriere bei der PDS gemacht hat oder ob vielleicht sein Wirken für die Partei im politischen Überlebenskampf und beim Stimmenfang wichtiger war. D.h. es stellt sich die Frage nach der Innen-, aber auch nach der Außenwirkung des Fraktionsvorsitzenden. Da sogar der Bundesgeschäftsführer der PDS im Interview einräumte, dass auf alle Fälle im Westen die PDS oft mit Gysi gleichgesetzt wurde, erscheint die Untersuchung als gerechtfertigt.
Die Organisationsstruktur der Partei, die zwar flächendeckend theoretisch identisch war, aber doch bei näherer Betrachtung deutlich Unterschiede in ihrer praktischen Auswirkung aufzeigte, musste zu der Funktionalitätsprüfung der

Organisationsstruktur der PDS führen, die aber die Mitglieder in Stärke und Engagement nicht vernachlässigen durfte. Die Veränderungen innerhalb der PDS, die sowohl durch Beschlüsse der Parteitage und die Fortschreibung des Parteiprogramms initialisiert wurden, erlauben einerseits den bis 1994 erhobenen Vorwurf des Linksextremismus und des Linkspopulismus der gesamten Partei kritisch zu betrachten, als auch die Analyse auf ein mögliches gesamtdeutsches Wählerpotential zu lenken.

9.2 War die PDS eine Regional- bzw. Milieupartei ?

Ausgehend vom Anspruch der PDS, eine sozialistische Partei für Deutschland zu sein und damit für alle Sozialisten und ihre Sympathisanten eine Alternative zu anderen „linken“ Parteien darzustellen, muss die eingangs gestellte Frage verneint werden. In allen Gesprächen mit Mitgliedern und Mitarbeitern der Fraktion, des Bundesvorstandes oder einfachen Parteimitgliedern wurde immer wieder das Verständnis und der Anspruch der PDS hervorgehoben: die PDS ist und bleibt eine bundesdeutsche sozialistische Partei[549]. Rein theoretisch betrachtet wäre alles andere bereits ein Widerspruch in sich, ein unüberbrückbarer Antagonismus. Sich als Regionalpartei zu verstehen, würde sowohl im Widerspruch zum bundesdeutschen, aber auch zum sozialistischen Parteiverständnis der PDS stehen.

Die PDS betonte immer wieder die bereits ausführlich beschriebene gemeinsame politische Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland. Nur unter dieser Prämisse sei es möglich, die Partei zu bewahren, zu stärken und zu reformieren. Unter Zuhilfenahme der Spannungslinie „Arm-Reich“ oder 1990 noch umgedeutet „Ost-West“, begriff sich die PDS als Milieupartei, da alle „Verlierer der Einheit sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland“ durch die PDS repräsentiert werden sollten. So war in den Anfangsjahren sowohl theoretisch als auch praktisch der Fakt einer Milieupartei gegeben.
Auch hier setzte ein Wandel im Verständnis ein, der nicht zuletzt durch die politische Realität erzwungen wurde. Wie dargestellt, zeigte sich bei den Wähleranalysen eine deutliche Diskrepanz zwischen Mitgliedern der PDS (Milieu) und Wählern der PDS[550]. Nicht mehr das alte „SED-Klientel“ gehört zu

[549] Vgl. hierzu auch das Statut und das Programm der PDS. Zur Entwicklungsgeschichte dieses Anspruches, einhergehend mit den parteiinternen Diskussionen vgl. Kapitel 7. und 8.
[550] Zur prozentualen Beweisführung siehe Datenmaterial in Kapitel 9.

den Wählern der PDS, sondern vor allem Erstwähler und die „Intelligenz“, in Ost- wie in Westdeutschland zeichneten einen Kontrapunkt zu den Analysen der ersten Jahre[551].

Nicht nur aus „sozialistischer Überzeugung“, sondern unter wahlkampftaktischen Gesichtspunkten, war eine Wandlung in den Zielen der PDS zu konstatieren. Immer deutlicher wurden die Forderungen der PDS gesamtdeutsch, wenn eine „soziale, ökologische, ökonomische und geistige Erneuerung der Gesellschaft“ als das politische Ziel der Partei festgelegt wurde[552]. So unterschied die PDS nicht mehr im Abbau der Arbeitslosigkeit, der Erhöhung von Förderprogrammen, der Steuer-, der Rentenfrage u.v.a. nach Ost und West, sondern formulierte auch hier bundesdeutsch. „Mir ist die Rentnerin in Hamburg genauso wichtig wie die Rentnerin in Dresden“ formulierte Gregor Gysi nicht nur einmal im Deutschen Bundestag. Die Ostspezifika erschienen immer dann, wenn es um den Abbau von Differenzen in Zuschüssen, Gehältern, Renten o.ä. zwischen Ost- und Westdeutschland ging.

Zusammenfassend kann für diesen Punkt gesagt werden, dass die PDS als Regional- und Milieupartei entstanden ist. Die damit 1990 - 1993 verbundenen Analysen aller Parteienforscher, dass die PDS deshalb keine politische Überlebensfähigkeit hätte, hat sich nicht bestätigt. Es ist der PDS in einem langwierigen Prozess mit viel innerparteilicher Anstrengung, z.T. einhergehend mit persönlichen Zerwürfnissen, Austritten, Anfeindungen etc. gelungen, innerhalb der ersten 10 Jahre ihres Parteibestehens, sich vom Anspruch einer typischen Milieupartei hin zu einer sozialistischen Partei zu entwickeln, die in allen Bereichen der Gesellschaft ihr Klientel vertreten sieht[553]. Gleichzeitig ging mit dieser Entwicklung die Loslösung von der „Regionalpartei Ostdeutschland“ einher. Dies hatte einerseits die bereits beschriebene theoretische Basis bezogen auf den gesamtdeutschen sozialistischen Vertretungsanspruch. Andererseits war aber auch die Erkenntnis darin zu finden, dass nur mit einem bundesdeutschen Anspruch die Überlebensfähigkeit der PDS gesichert werden konnte. Unabhängig von allen bereits in früheren Kapiteln dargestellten kritischen Anmerkung hinsichtlich dieser Entwicklung und des Erscheinungsbildes ist

[551] Siehe Anm. 493 und Neugebauer 1994: 345.
[552] Vgl. Wahlprogramm 1997: 1.
[553] Nicht zuletzt deshalb wurde symbolisch und für die Medien spektakulär die Wahl des Frankfurter Millionärs Dehm in den Vorstand der PDS inszeniert. dass er nicht, so wie absichtlich unter die Presse gestreut, jahrelanger Manager von Kati Witt, dem ehemaligen DDR-Eislaufsymbol war, war außer für die Presse für niemanden von Bedeutung.

letztlich die Frage Regional- bzw. Milieupartei nach den gefundenen Untersuchungsergebnissen im Ergebnis der Entwicklung mit Nein[554] zu beantworten.

9.3 Gab es ein bundesdeutsches Wählerklientel für die PDS ?

Bei der abschließenden Behandlung dieser Frage muss vorab nochmals hervorgehoben werden, dass die Wahrnehmung der PDS durch die bundesdeutsche Gesellschaft einem deutlichen, wenn auch in manchen Teilen bis zum Schluss nicht abgeschlossenen Wandel unterworfen war. Wie dargestellt, lässt sich die PDS nicht mehr mit dem Begriff „Regional- und/oder Milieupartei“ beschreiben; gleichzeitig wäre eine Ableitung des Wählerklientels aus dieser Bezeichnung und aus der Mitgliederstruktur völlig falsch[555]. Die 1990 nahe zu 100% und 1994, wenn auch hier nur verkürzt ebenfalls angewandte, zu analysierende Strategie sich „sein Wählerklientel ostdeutsch orientiert“ zu erhalten und auf ein paar Stimmen im Westen zu hoffen, gehört der Vergangenheit an. Ohne die dargestellten Daten wiederholen zu wollen, sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert, dass gerade bei den 35 - 44 jährigen Frauen die PDS einen Stimmanteil von über 7% an den Gesamtstimmen errungen hat. Auch bei den Erstwählern, den „Intellektuellen“ lag die Zustimmung deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Zusammenfassend sei hier die Analyse von Neugebauer/Stöss ins Gedächtnis gerufen, die für die PDS im Verhältnis zu den anderen Parteien feststellten, dass

1. Die PDS-WählerInnen überdurchschnittlich jung sind.
2. Die Zustimmung bei den über sechzig Jahren alten Wählern abnimmt, was deutlich dem Vorurteil der erwarteten Wählerschaft (alte Parteigenossen, Mitgliederstruktur der PDS) widerspricht.
1. Der Anteil der Frauen als Wähler überwiegt.
2. Die PDS-Wähler sich auf Großstädte im Osten und Universitätsstädte im Westen
   konzentrieren.
5. Die Akzeptanz der PDS bei Wählern mit Hochschulstudium am höchsten ist.

[554] Hier sei nochmals mit allem Nachdruck auf die angesprochenen Randbemerkungen hingewiesen, die aber nichts an der Gesamtbewertung ändern.
[555] Siehe hierzu Datenmaterial Kap. 4 und Kap. 9.

Diese Ergebnisse, aber vor allem die Akzeptanz der Partei, einhergehend mit den sich Änderungen innerhalb der Partei[556], ergaben für die PDS eine mögliche Basis, die bundesdeutsch entwicklungsfähig erschien, wobei die Zuwachsrate West nicht beliebig steigerungsfähig und im Endergebnis auch nie zweistellig war[557]. Gerade das neue Programm der PDS bot die Möglichkeit, auch in den „Alten Bundesländern" mehr Zustimmung zur Partei bei Wahlen zu erlangen. Die beschriebene Verschiebung der PDS-Argumentation hin zu einer gesamtdeutschen Betrachtung, war ein weiterer Schritt zur Forcierung der „Normalisierung" und damit der Wählbarkeit im Westen. Die PDS wollte nicht, dies war das eindeutige Ergebnis der Befragung als Partei in zwei Flügel, wie es etwa bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fall ist, zerfallen und versuchte alles, um ein Auseinanderdriften in „Realos" und „Fundis" zu verhindern. Deshalb war die Lösung der PDS, über ihre Arbeitsgemeinschaften Nichtparteimitglieder in politische Arbeit einzubinden und sie, obwohl nicht Mitglied, wählbar zu machen, der effektivere, da für viele der transparentere Weg, um die Voraussetzungen für bundesdeutsches Wählerklientel zu schaffen.

Die Hoffnung einiger Mitglieder, es könnte nach dem Grünenparteitag in Bielefeld im Mai 1999 einen Massenaustritt der „Fundis" bei den Grünen, verbunden mit einem Masseneintritt bei der PDS geben, wurde von der PDS-Parteiführung weder geteilt, noch wäre dieses Ergebnis gerne in realita gesehen worden. Bis auf die Ablehnung des Kosovokrieges sah die PDS zu diesem Zeitpunkt keine essentiellen Gemeinsamkeiten mit den Grünen, so dass diese auch nicht in die Partei-Programm-Struktur gepasst hätten. Gleichzeitig wäre dann die mögliche Fraktionen- bzw. Flügelbildungsproblematik[558] deutlicher zu Tage getreten. Als Wähler waren diese von der Wandlung der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enttäuschten Parteimitglieder resp. das grüne Wählerklientel bei der PDS aber herzlich willkommen[559].

[556] Hiermit sind z.B. der neue Anspruch gesamtdeutsche sozialistische Partei, die Dominanz der sozialistischen Reformer um Gysi und Brie, das neu entwickelte und derzeit weiterentwickelte Programm, wie auch die Klärung vieler Personalfragen innerhalb der Partei u.a. gemeint.

[557] Eine völlige Kompensation von Ost-Stimmenverlusten wäre wahrscheinlich nicht durch die Erhöhung des West-Basis-Stimmenanteils zu leisten.

[558] Dies hob der Bundesgeschäftsführer der PDS ebenso deutlich hervor.

[559] Diese Aussage unterstrich Bartsch und zwar ohne Abstriche zu machen oder diese ihm angebotene Aussage abzuschwächen.

Die Akzeptanz[560] der Partei bei Erstwählern, Intellektuellen, aber auch vor allem bei Frauen, zeigte damals ein Entwicklungspotential für ein gesamtdeutsches Wählerklientel auf. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass sowohl Universitätsstädte[561], als auch Städte[562] mit „sozialen Brandherden“ als die geeignetesten Ausgangspunkte zur Umsetzung dieser Theorie angesehen wurden. Als Beispiel wie sich die Partei eine mögliche Entwicklung einer Wählerstruktur vorstellte, wird immer wieder auf die Unistadt Marburg verwiesen, wo neben direkt gewählten PDS-Studentenvertretern in den Unigremien, auch Vertreter der PDS in kommunalen Parlamenten seit Jahren existent waren und sich einer wachsenden Unterstützung gegenüber sahen.

So kann zusammenfassend für diese Fragestellung abschließend konstatiert werden, dass sich, nach der Entwicklung der PDS weg von einer regionalen Milieupartei hin zu einer erkennbar bundesdeutsch ausgerichteten sozialistischen Partei, ein gesamtdeutsches Wählerklientel nachweisen lassen konnte In Verbindung mit der neu angestoßenen Programmdiskussion, die darauf abzielte, die Partei nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch zu modernisieren, hatte es die PDS mehr als vielleicht offensichtlich erkennbar war, erreichen können, ein breiteres Wählerklientel für sich zu gewinnen.

[560] Auch hier sei wieder für die datenmäßige Unterlegung dieser Aussage auf die in Kap. 9 dargestellten Werte und Untersuchungen verwiesen.
[561] Obwohl wirklich alle Universitätsstädte gemeint sind, sieht die PDS natürlich zur Zeit schon noch erhebliche Schwierigkeiten in Bayern oder Baden-Württemberg, die gleichen Erfolge zu erzielen wie z.B. in Marburg.
[562] Hier wurden z.B. Städte in Ost- und Westdeutschland in Verbindung mit der Werftkrise, hoher Arbeitslosigkeit (vor allem Jugendarbeitslosigkeit) oder anderen sozialen Problemen genannt.

9.4 Wurde die PDS in Ost- und Westdeutschland verschieden wahrgenommen ?

Die vermittelte Wahrnehmung der PDS durch die westdeutschen Medien ist zum großen Teil in den ersten Jahren nicht differenziert erfolgt und hat deshalb in der Bevölkerung in den „Alten Bundesländern“ zu einem teilweise bis jetzt existenten Bild der PDS geführt, das im Gegensatz zur Wahrnehmung der PDS in den „Neuen Bundesländern" stand. Im Osten wurde die PDS seit ihrer Gründung als Partei mit politischen Zielen, mit inhaltlichen Positionen und mit formulierten Ansprüchen wahrgenommen. Dort war es ihr gelungen, über die „SED-Nachfolgeparteidiskussion“ schnell zu einer normalen politischen Arbeit zu finden und den Wählern konkrete Vorstellungen an die Hand zu geben. Im Westen wurde die PDS weniger als politische Partei, denn vielmehr als ein Phänomen der Wiedervereinigung angesehen, das sich schnell selbst entzaubern würde und damit ohne große Probleme in kürzester Zeit von der politischen Bühne verschwinden würde. Auf all die „Totengesänge“, die vor allem Moreau und Lang über Jahre hinweg anstimmten, ohne realisieren zu wollen, dass genau die gegenteilige Entwicklung eingetreten war, bin ich bereits an anderer Stelle eingegangen.

Die bereits zitierte und beschriebene „Roten-Socken-Kampagne“ des damaligen Bundesgeschäftsführers der CDU P. Hintze verdeutlicht auch im politischen Alltag die Existenz dieser Fehleinschätzung und die verschiedene Wahrnehmung der Partei PDS zur damaligen Zeit. War diese Kampagne vom politischen Kalkül her gesehen 1994 zum Teil erfolgreich gewesen, in dem die Ost-Landesverbände massive Einbußen, die West-Landesverbände aber, auf die diese Aktion abgestimmt war, Stimmenzuwächse erzielten, so mussten die CDU-Wahlkampfstrategen 1998 erkennen, dass mit ähnlichen Aktionen[563] kein Staat mehr zu gewinnen war.

Der Versuch der anderen politischen Parteien die PDS „als verschleierte Kommunisten“[564] o.ä. darzustellen, zeigte verschiedene Wirkungsweise auf die Wähler in Ost- und Westdeutschland und damit ihre differente Wahrnehmung solcher medienwirksamer Kampagnen, wie vorab beschrieben, noch einmal auf.

[563] Hier ist die durch die OST-Landesverbände der CDU schließlich gestoppte Wahlplakateaktion mit den zwischen der SPD und PDS verschränkten Händen gemeint, die bereits im Kap. 9 und Kap. 4 analysiert wurde.
[564] Vgl. hierzu Moreau/Lang 1994: 169.

Eine Auseinandersetzung mit dem Partei-/Wahlprogramm, den Personen und den Zielen fand in Westdeutschland nicht statt, da bereits eine negative Kategorisierung Platz gegriffen hatte.

Wie bereits an verschiedenen Faktoren festgemacht, deutete sich eine langsam beginnende Änderung an, die zumindest dahin führte, dass der oben angesprochene Versuch der grundsätzlichen Betrachtung der Partei als solche überhaupt unternommen wurde. Trotzdem muss in diesem Punkt festgestellt werden, dass es wie beschrieben eine unterschiedliche Wahrnehmung der PDS in Ost- und Westdeutschland gab. Hier galt der kurz nach der Einheit verulkte Satz, der das Zusammenwachsen von Ost und West beschreiben sollte: „Wir sind ein Volk - Wir auch". Auf ganz drastische Weise zeigte sich dies bei der „Berliner Wahl" am 10.10.1999. Die PDS wurde im Osten der Stadt mit über 40% stärkste Partei. Im Westen kam sie auf knapp 4,7 %, wobei angemerkt werden muss, dass dies für den Westen der Stadt noch immer eine Verdoppelung der Wählerstimmen bedeutete.

Es musste der PDS deshalb gelingen, aus diesem medialklischehaften Erscheinungsbild im Westen auszubrechen und sich als im Westen wählbare Partei, mit demokratischen, wenn auch sozialistischen Zielen darzustellen, um so die unterschiedliche Wahrnehmung der Partei immer weiter zurück zu drängen. Dies war für eine angestrebte effektive, politische Strategieumsetzung ein unabdingbares Muss. Auch die meiner Meinung nach falsche Politik der Parteiführung, die Parteitage bis 1999 immer in den „Neuen Bundesländern" durchzuführen, hatte bis dato zu einer verschiedenen, z.T. sogar falschen Wahrnehmung der Partei im Westen geführt. Mit der einfachen Symbolik, die Parteitage abwechselnd im Osten bzw. im Westen abzuhalten, brachte eine zusätzliche Publizitätswirkung[565] für die PDS mit sich.

[565] Dass der erste Parteitag im Westen in Münster ausgerechnet der chaotischste aller bisher abgehaltenen Parteitage, incl. der Ankündigung des Rücktritts von Gysi und Bisky war, kann kein Argument gegen weitere Parteitage im Westen sein, da diese Situation auch bei einem „Ostparteitag" eskaliert wäre.

9.5 Entsprach die Organisationsstruktur der PDS den Ansprüchen an ihre Funktionalität ?

Bei der Analyse der Organisationsstruktur[566] der PDS ist ein deutlicher Ost-West-Unterschied zu konstatieren. Diese Differenz liegt nicht im formalen Bereich, hier ist eine „parteienübliche“ Gliederung bis in die Kommunen, wie dargestellt, vorzufinden, die im Osten zusätzlich auch in praxi Anwendung fand und funktional war. Im Westen hingegen zeigte sich am Beispiel der Organisationsstruktur, resp. der Besetzung der Dienstposten mit geeignetem Personal die Gesamtproblematik der PDS. Basierend auf einem nachweisbar akuten Geldmangel der PDS[567] im allgemeinen und der West-Landesverbände im besonderen, war es der Partei aus rein finanziellen Gründen über Jahre hinweg nicht möglich, alle Posten mit hauptamtlichen Mitarbeitern zu besetzen. Gleichzeitig wollte der Bundesvorstand dies auch, aus Parteigesichtspunkten nachvollziehbaren Gründen nicht. Bei Besetzung aller Stellen, hätte man sich an viele Mitarbeiter langfristig gebunden, ohne gerade im Westen vorab eine genaue Kenntnis über die Person bezogen auf die berufliche Qualifikation und die persönliche Interessenslage zu haben[568]. Der zweite Punkt ist, dass die PDS erst nach ihrem Wahlerfolg 1998 damit begonnen hatte, eine Aus- und Weiterbildung junger Mitarbeiter zu planen und in Teilen bereits umzusetzen. Langfristig wollte man damit erreichen, einen Pool an qualifizierten, zukünftigen hauptamtlichen Mitarbeitern für die Partei zu bilden, mit dem es möglich sein sollte, bis auf die Kommunen[569] die Stellen der PDS zu besetzen.

So wollte die PDS mit diesen Maßnahmen und mit der Erstellung eines Personalentwicklungsprogramms nach Untersuchung durch eine Unternehmensberatung gleichzeitig mehrere Probleme lösen:

1. Qualifizierte hauptamtliche Mitarbeiter auf allen Ebenen für die Partei zur Verfügung haben.
2. Kontinuierliche Aus- und Weiterbildung von Nachwuchs vorantreiben.

---

[566] Zur ausführlichen Darstellung sei auf Kap. 5 verwiesen.

[567] Dieser wird ein bisschen durch den Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke gelindert, da die Partei nunmehr mit mehr Geldern aus dem „Parteientopf“ rechnen kann

[568] Bundesgeschäftsführer Bartsch äußerte sich, dass immer zuerst, wenn überhaupt, befristete Anstellungen erfolgten, um genau diese Kenntnisse über die einzelnen Personen zu erhalten. Man wollte damit verhindern, dass sich Mitarbeiter „einkauften“, die nur an einer Politkarriere bzw. an einer Karriere innerhalb der Partei interessiert seien, ohne aber die Ziele und Ideale der Partei mitzutragen.

[569] Dies wird vorab sicherlich in den westlichen Landesverbänden sehr differenziert zu betrachten sein. Vor allem in Bayern und Baden-Württemberg, wo die PDS selbst keine großen Entwicklungschancen für die Partei sieht, werden sicherlich noch länger einige Dienstposten „verwaist“ bleiben.

3. Flächendeckende Präsenz der PDS in allen Bundesländern sicherstellen.
4. Personalentwicklungsmaßnahmen kontinuierlich anpassen.

Nach Umsetzung dieser Zielvorstellungen konnte man in Teilen feststellen, dass die PDS in der Lage war, ihre Organisationsstruktur, die von der Planung her auf die Belange der Partei gut abgestimmt war, auch in Praxis bundesweit zur Geltung zu bringen. Bis dahin musste aber für die West-Landesverbände noch eindeutig festgestellt werden, dass die Organisationsstrukturen nur theoretisch den Ansprüchen an ihre Funktionalität genügten. In der Praxis traf mehr das zu, was ich bei den einzelnen Versuchen der Kontaktaufnahme mit den West-Landesverbänden aufgezeigt habe. Aufgrund des massiven Fehls an Mitarbeitern, aber auch an Mitgliedern, aus denen sich solche rekrutieren könnten, war die PDS nicht in der Lage, normalen Wünschen nach Zusendung von Informationsmaterial innerhalb eines halben Jahres nachzukommen, geschweige denn Fragebögen durch Mitarbeiter beantworten zu lassen. Diese negative Außenwirkung trug sicherlich nicht zu einer Attraktivitätssteigerung der PDS in den Alten Bundesländern bei und multiplizierte sich mit sich selbst. So kam es für die PDS im Westen sicherlich einerseits darauf an, ihre Organisationsstruktur durch hauptamtliche Mitarbeiter mit „Fleisch“ zu füllen, andererseits konnte dies aber ohne verstärkte Bemühungen um einen deutlichen Mitgliederzuwachs in den westlichen Landesverbänden nicht realisiert werden. Hier war mehr Anstrengung von Seiten der Parteiführung notwendig, als das „Vier-Punkte-Programm“ umzusetzen.

9.6 War die PDS eine linksextreme Partei mit linkspopulistischer Taktik?

Der „Kampfbegriff“[570] „linksextreme Partei“ mit dem Vorwurf einer „linkspopulistischen Taktik“ stammt aus den Zeiten kurz nach der Wiedervereinigung. Moreau stellte 1994 hierzu stellvertretend für viele folgende Schlussfolgerung seiner Untersuchung auf: „Eine Untersuchung der Programmatik, der Ideologie und der Politikangebote der PDS zeigt zwar innere Widersprüche. Dennoch weisen alle Indikatoren in dieselbe Richtung. Der Charakter der PDS erschließt sich vorrangig aus Theorie und Praxis ihrer Strategie. ... Die PDS ist sowohl eine links-extremistische als auch eine ost-populistische Partei. ... Fasst man alle genannten Faktoren zusammen, kann man die PDS als eine neo- und als eine postkommunistische Partei bezeichnen“ (Moreau/Lang 1994: 166ff.). Untermauert wurde dies durch die These Neugebauers, der erkannt zu haben glaubte, dass die „PDS als eine Partei des postkommunistischen Zeitalters erscheint. ... Unter dem Mäntelchen eines Kreuzzuges zur Errettung vor den globalen Gefahren tarnt sie sich“ (Neugebauer 1994: 345).

Immer wieder wurde damals von Politikwissenschaftlern sowie von Politikern mit diesen Klassifizierungen versucht, die PDS zu brandmarken. Dies hatte mehrere Teilergebnisse zur Folge, die sich folgendermaßen skizzieren lassen.
In der PDS hatte man sich darauf verständigt, diese Angriffe zu ignorieren und wie in Interviews immer wieder bestätigt wurde, als Kampfbegriff des politischen Gegners zu klassifizieren. Gleichzeitig kann an solchen Formulierungen der Vorsatz der Verunglimpfung eines politischen Gegners gut nachvollzogen werden. Weder der Adressat stimmte, noch kann aus der Programmatik und der Struktur der PDS dieser Vorwurf logisch analytisch abgeleitet werden. Zumindest spätestens 1999 waren die 1994 wiederum vor allem von Moreau ins Spiel gebrachten Untersuchungsgegenstände für die damals vorherrschende Argumentation nicht mehr stimmig. Weder die 1990 gehegten Kontakte zur DKP als auch die damals „zahlreichen persönlichen Verflechtungen der PDS mit Organisationen, deren linksextremer Charakter evident ist“ (Moreau/Lang: 168), waren in signifikanter Stärke nachweisbar und leisteten so keinen Beitrag mehr zur wissenschaftlichen Stützung dieses Vorwurfs. Diese gewählte Form der Auseinandersetzung hat es den politischen Gegnern der PDS nicht ermöglicht, ihr Ziel, das da „Verschwinden der PDS“ hieß, zu erreichen.

[570] So die Bewertung dieser externen Bezeichnung durch die PDS-Mitglieder.

Die Kommunistische Plattform als die PDS-Basis darzustellen war ebenso falsch wie hilflos, da weder die Mitgliederzahlen, noch die Anzahl ihrer Vertretungen in den Gremien bis hin zu inner- und außerparteilicher Einflussnahmemöglichkeiten darauf hinwiesen, dass die Kommunistische Plattform eine besondere Rolle spielte. Ganz im Gegenteil muss man sagen, dass die Rolle der Kommunistischen Plattform, wenn überhaupt sehr klein war und sie mit den anderen Arbeitsgemeinschaften als gleichgestellt angesehen werden konnte. Der Vorwurf, die PDS-Führung würde die Kommunistische Plattform „als taktisches Instrument einsetzen, um eine kommunistische Abspaltung aus den Reihen der PDS zu verhindern“ (Moreau/Lang 1994: 168), erscheint zumindest in der retrospektiven Betrachtung der Partei, ihrer Beschlüsse und Programmatik nicht haltbar zu sein.

Inwieweit die Nennung von Bundestagsabgeordneten in einigen Landesverfassungsschutzberichten juristisch unbedenklich war, sei einer anderen Überprüfung anheim gestellt. Die einzelnen Berichte waren seit 1996, im Gegensatz zu den Anfang der 90-er Jahre erstellten, auf diesem Gebiet zumeist sehr differenziert und stützten in Hauptteilen die getroffenen Formulierungen und Einschätzungen der Gesamtpartei PDS. Einzelne Personen, wie in manch anderer Partei auch, mochten nicht alle Kriterien erfüllen, was aber nicht zu einer pauschalen Be- und Verurteilung der PDS führen darf. Der Anspruch der PDS eine demokratische, sozialistische und bundesdeutsche Partei zu sein, war nicht mehr mit der „wissenschaftlichen Beurteilung“ des Jahres 1994 zu widerlegen, als der PDS vorgeworfen wurde, dass „ihre demokratische Attitüde mehr Schein als Sein“ (Moreau/Lang 1994: 170) sei.

Analysiert man die Ziele der PDS an den zur Verfügung stehenden Fakten, wie Programme, sowohl Partei- als auch Wahlkampfprogramme, Reden der Spitzenfunktionäre, Parteitagsbeschlüßen etc., so kann festgestellt werden, dass die PDS nahezu in toto nicht linksextrem(istisch) und schon gar nicht linkspopulistisch war.

9.7 Gab es eine gesamtdeutsche politische Zukunft für die PDS ?

„Die politische Zukunft der PDS kann nur gesamtdeutsch sein“ lautete die Botschaft von Lothar Bisky auf dem Berliner Parteitag der PDS im Januar 1999. Soweit die Erkenntnis der Parteiführung, aber die Frage stellte sich nach der Realisierbarkeit dieser Vorstellung. Welche

grundsätzlichen Voraussetzungen mussten erfüllt sein, um diese Forderung verwirklichen zu können? Auf der einen Seite müssen zuerst die Vorstellungen der PDS betrachtet werden, um sie anschließend an der Realität zu messen. So sah die Parteiführung zwei grundsätzlich notwendige Bedingungen, die erfüllt sein mussten.

1. Die Geschichtsdiskussion der Partei muss einerseits weitergeführt werden, aber auch unter dem Aspekt der Messbarkeit einem Zeitansatz unterliegen, der eine Beendigung in Aussicht stellt.

Was verbarg sich dahinter. Noch immer gab es innerhalb der Partei verschiedene Strömungen, wenn es um die Aufarbeitung der DDR- und damit auch der SED-Geschichte ging; wodurch aber die PDS in ihrer Gänze berührt war. Die Frage nach der legitimen Nachfolge der PDS gehört hierbei zu den am wenigsten beherrschenden Themen, da hier sehr frühzeitig ein großer Konsens innerhalb der Partei herbeigeführt werden konnte. Nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt, das Auseinanderbrechen der Partei zu verhindern[571], ist diese Frage sehr eindeutig geklärt worden. Viel schwieriger war es bei der Frage, inwieweit alte Kadermitglieder „normale“ Mitglieder der Partei werden bzw. bleiben konnten. Durch die Ausschlüsse der führenden SED-ZK-Mitglieder im Herbst 1989[572] wurde zwar eine gewisse Schärfe aus der Diskussion genommen, doch noch immer stellte sich die Frage wie geht die Partei mit Mitgliedern um, die durch die Gauck-Behörde als ehemalige STASI-Mitarbeiter überführt werden. Hier hat sich ein Prinzip eingebürgert, das als halboffiziell bezeichnet werden soll. Bei schwerwiegenden neuen Erkenntnissen erwartete die Partei, dass das Mitglied selbst die Partei verlässt. Bei kleineren Verfehlungen fiel dies unter eine Art Generalamnestie. Viel wichtiger war für die Partei noch immer die Frage, warum ist die DDR gescheitert? Gab es wie so oft behauptet wird, zuviel Sozialismus in der DDR? Oder war der Sozialismus kein Sozialismus? Diese und andere Fragen sollten in der PDS-Geschichtsdiskussion nachhaltig und für die Partei zukünftig verwendbar analysiert und in Ergebnisform bearbeitet werden.

[571] Hier sei an die Darstellung und Analyse der Parteitage in Kap.7.1 - 7.4 verwiesen.
[572] Vgl. Kap. 7.1.

2. Die PDS besitzt keine Biographie als gesamtdeutsche Partei wie andere bundesdeutsche Parteien.

Darunter verstand die PDS, dass sie die einzige Partei ist, die keine gesamtdeutschen Wurzeln nachweisen kann und somit viel stärker als alle anderen Parteien um eine gesamtdeutsche Akzeptanz kämpfen muss. Die PDS war die einzige im Deutschen Bundestag vertretene Partei außer der CSU, die aber nach wie vor einen Sonderstatus in dieser Beziehung[573] hat, die nach der Wiedervereinigung keinen Zusammenschluss mit einer anderen Partei im jeweils anderen Teil der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt hat. Sowohl die CDU, die SPD, die F.D.P. als auch DIE GRÜNEN fusionierten sehr schnell und ohne viele politische Vorurteile gegenüber der Historie der DDR-Blockparteien mit ihren „Schwesterparteien" im Osten. Die PDS hingegen, aus der SED entstanden, hatte verständlicherweise keine „Schwesterpartei" im Osten. Die möglichen Fusionspartner im Westen waren für die PDS mehr abschreckend als attraktiv, so dass diese Möglichkeit für die PDS letztendlich entfiel, obwohl die Einbeziehung der DKP von Teilen der PDS 1990 noch angedacht wurde. Dieser Gedanke wurde bald aufgrund der Unvereinbarkeit der politischen Ziele verworfen, da die DKP von einer gesamtdeutschen kommunistischen Partei träumte, dies aber der Intention zumindest der Parteiführung der PDS entgegenstand. Damit war von vornherein ein deutlicher Unterschied zwischen allen anderen Parteien und der PDS gegeben, der bis zum Schluss noch vorhanden war.
Diese beiden Tatsachen bezeichnete die PDS für sich als „schmerzvolle Erkenntnis" und sah sie auch derzeit als die größten zu lösenden Probleme seit ihrer Gründung und im weiteren Aufbau an. Trotz der Tatsache, dass die PDS ihre bundesdeutsche Parteikarriere als regionale Ostpartei, im Westen zusätzlich mit dem Makel der SED-Nachfolgepartei behaftet, beginnen musste, hat sie sich, wenn auch langsam, wie nachgewiesen, auch im Westen entwickelt. Ihre Themen der sozialen Gerechtigkeit, der Bildungs- und Ausbildungschance für die junge Generation, sowie die Sicherung der Renten, wurden zu bundesdeutschen Themen.

[573] Zum einen ist die CSU schon immer eine auf das Bundesland Bayern regional beschränkt agierende Partei. Zum anderen sollten die Versuche nicht vergessen werden, die die CSU gleich nach dem Fall der Mauer unternommen hatte, um sich in den Neuen Bundesländern zu etablieren. Begonnen hatten diese Aktivitäten mit dem Versuch sich über die Grenzen Bayerns in die Neuen Bundesländer auszudehnen, was letztlich am Widerstand der Schwesterpartei CDU scheiterte. Des Weiteren muss auch auf die massive Wahlunterstützung der CSU für DSU hingewiesen werden, die letztendlich erfolglos geblieben ist, was zum großen Teil aber auch an den Funktionären der DSU lag.

Der Alleinvertretungsanspruch auf die Ablehnung des Kosovokrieges wurde von den meisten Umfrageinstituten im April und Mai 1999 eher positiv, denn negativ für die Partei gesehen. So waren die 6%, die die PDS in diesen Monaten bei der traditionellen Sonntagsfrage erhalten hat, nicht verwunderlich, zeigten aber auch die wachsende Akzeptanz gesamtdeutsch auf einem Niveau über 6%. Die Vorhersagen für die Europawahl waren positiv, was aber vorsichtig bewertet werden musste, da es hier leicht zu Überlagerungen bei Antworten kommen konnte. Letztendlich haben sich die Vorhersagen als richtig herausgestellt.

Grundsätzlich sah sich die PDS auf ihrem Weg, den Anspruch Volkspartei in die bundesdeutsche Realität umzusetzen, bestätigt. Eine Entwicklung, die relativiert in diesem Prozentpunktebereich bestätigt werden konnte. Die PDS musste noch mehr gerade auch in den Alten Bundesländern versuchen, in den Unistädten[574], in Städten mit sozialen Brennpunktgebieten[575] und bei Frauen betreffenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen, die potentiellen Wähler von der Richtigkeit der Vorschläge der PDS und vor allem der Realisierbarkeit, d.h. der Umsetzbarkeit, zu überzeugen.

Mit ihrem Postulat Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, war sie in der Lage, ihre gesamtdeutsche politische Zukunft positiv zu gestalten. „Sie ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit schlechthin. Sie repräsentiert fast monopolistisch einen fundamentalen Wert, der im Zuge der Veränderung der Konfliktstruktur des bundesdeutschen Parteiensystems offenbar sträflich vernachlässigt wird“ (Neugebauer/Stöss 1996: 276).

[574] Akzeptanz bei dieser Wählerschaft siehe Kap. 9 und 4.

[575] Hohe (Jugend-) Arbeitslosigkeit, hoher Anteil an ausländischen Mitbewohner (doppelte Staatsbürgerschaft), Wohngebiete aus denen Rentner aufgrund steigender Mieten nach Renovierung aus ihren seit Jahrzehnten bewohnten Wohnungen „vertrieben“ werden, etc.

9.8 Wie wichtig war Gysi für die PDS ?

Wie bereits in der Darstellung der Ableitung der einzelnen Fragen zum Ausdruck gekommen ist, stellt sich bei weiterführender Analyse der PDS die Frage, inwieweit sie, die Partei, in ihrer Entwicklung von einzelnen Personen abhängig war, oder ob es vielleicht Personen in der Partei gibt, die aufgrund ihres Engagements Politkarriere gemacht haben. D.h. nur durch die Partei die Chance erhalten und selbige dann genutzt haben. Gleichzeitig muss untersucht werden, ob diese Wahrnehmung, von der Partei genauso gesehen wird wie von Außenstehenden, oder ob es hier Differenzen in den Analysen und Aussagen gibt. Die Tatsache, dass bei den gewählten Fragestellungen vorab die Antwort auf eine Person eingeengt wird, ist nur auf den ersten Blick unlogisch. Aus all den vorher aufgezeigten Untersuchungser-gebnissen und dem Anspruch der PDS geht hervor, dass sie politisch einen gesamtdeutschen Ansatz verfolgt hat. So muss auch die Frage erlaubt sein, welche Personen der Öffentlichkeit bekannt sind und inwieweit sie diese zuordnen kann. Dabei wird die Antwort in Bezug auf die PDS vereinfacht, da selbst der Bundesgeschäftsführer der PDS einräumte, dass „im Westen PDS oft mit Gysi gleichgesetzt wird und ansonsten niemand bekannt ist“. Gleichzeitig wurde diese These auch durch die monatlichen Politikerratings im SPIEGEL unterstützt, in dem die 20 Politiker aufgelistet werden, die in der Befragung als diejenigen eingestuft werden, denen man mehr politische Verantwortung zumessen möchte. Hier ist Gregor Gysi bisher der einzige Politiker der PDS, der dort jemals genannt wurde und auch regelmäßig aufgeführt wurde. Gleichzeitig ist in diesem Zusammenhang noch interessant, dass die Angabe „dieser Politiker ist mir nicht bekannt“, bei Gysi im Laufe der Zeit eine deutliche prozentuale Verringerung erfahren hat, die niedriger als bei manchen westdeutschen Politiker und Minister ist.

Bei Falter/Klein oder anderen Wahlforschern wird dieses Phänomen immer wieder hervorgehoben, da das politische Überleben oft in direktem Zusammenhang mit der durch den Wähler vorgenommenen positiven Einschätzung der „Attraktivität und Glaubwürdigkeit des Kandidaten Fischer“ und der Verbindung mit grüner Politik steht. Ob dies auch auf die Person Gysi anwendbar ist, soll gezeigt werden. Es wird in einer Art vergleichender Darstellung und Analyse immer die Sichtweise der Partei, soweit die Aussagen von Parteimitgliedern als Aussagen der Partei gewertet werden dürfen, und die

parteiexterne Sichtweise und Realität gegenübergestellt, um z.T. unterschiedliche Einschätzungen aufzeigen zu können.

Die Rolle der Person Gysi innerhalb der PDS war nach Ansicht „der Partei“ einem Wandel im Laufe der Zeit und in Bezug auf die Entwicklung der PDS seit ihrer Gründung unterlegen. So ist die Einschätzung des Bundesgeschäftsführer der PDS auf die Anfänge der PDS und der Rolle Gysis für diese Partei einfach auf den Nenner zu bringen: „Ohne Gysi keine PDS“ Diese Schlussfolgerung ist nachvollziehbar, wenn man sich noch einmal die beschriebenen Parteitage vor Augen führt, wo sowohl der Übergang von der SED zur SED-PDS und zur endgültigen Namensgebung PDS, verbunden mit Parteiausschlüssen, massenweisen Austritten und dem Versuch ein neues Programm, das aber einen Bezug zur Vergangenheit zulässt, zu konzipieren, die Partei jedes Mal an den Rand des Exitus führte. Hier war es vor allem Gysi, der durch seine Mitarbeit im Arbeitsausschuss die Führung der Partei bis zum Parteitag am 8. Dezember 1989 die Partei vor der von vielen geforderten Auflösung rettete und die Vorbereitungen für die entscheidende Fortsetzung des Parteitages am 16./17. Dezember 1989 ermöglichte, auf dem es dann zur Umbenennung der Partei in SED-PDS kam.

Gysi galt den Delegierten als Garant für einen Neuanfang, da er im Sinne der Altkader nicht mit SED-Machenschaften gleichgesetzt wurde. So trug er in dieser Phase als Vorsitzender entscheidend dazu bei, nicht nur die Auflösung zu verhindern, sondern die Weiterentwicklung der Partei anzukurbeln. Es gelang ihm, den DDR-Bürgern damals, den gelungenen Spagat der PDS zu vermitteln. Dies tat er, indem er einerseits die positiven Aspekte des Sozialismus hervorhob, andererseits die negativen Seiten nicht verschwieg, diese aber indirekt nicht als Fehler der Parteimitglieder oder des theoretischen Ansatzes geißelte, sondern das Scheitern des Sozialismus an der falschen praktischen Umsetzung festmachte. Sowohl bei den Volkskammerwahlen als auch bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen schaffte es die PDS in beeindruckender Art, sich als Interessenvertreterin der Bürger der DDR darzustellen und ihren Wahlkampfslogans „PDS - die neue - produktiv, progressiv, pro DDR“ und „Kein Anschluss unter dieser Nummer“[576] gerecht zu werden. Auch die zweite Einlassung Bartschs, dass es auch auf die rhetorische Begabung Gysis zurückzuführen sei, dass der Übergang von der SED zur PDS und die damit verbundene Akzeptanz innerhalb der DDR-Bürger resp.

[576] Mit diesem Slogan wurde gegen die geplante Vereinigung nach Art 23 des Grundgesetzes demonstriert.

der Bürger der Neuen Bundesländer so erreicht werden konnte, trifft sicherlich die Gesamteinschätzung sehr deutlich. So kann bei der Bewertung der Rolle und Funktion Gysis in dieser Zeit eine deutliche Übereinstimmung mit der reflektierten Außenwahrnehmung konstatiert werden: Ohne Gysi keine PDS.
Die weitere Rolle und Funktion Gysis wird innerhalb der Partei so eingeschätzt, dass in der Wahrnehmung der Partei im Westen nahezu noch immer die Formel gilt PDS=Gysi, vielleicht müsste man es sogar umdrehen und postulieren Gysi=PDS. Innerparteilich wird seine Rolle zwar nach wie vor als wichtig eingeschätzt, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass „er emotionale Schranken brechen könne". Seine Funktion wird aber nicht als überlebensnotwendig für die Partei angesehen, da man glaubt, bereits mehrere, nun auch politikerfahrene Frauen und Männer in der Fraktion und im Parteivorstand zu haben. Das Verständnis von Gysi bezogen auf die Partei wird von den Parteimitgliedern folgendermaßen eingeschätzt: Gysi ist ein überzeugter Parteisoldat, innerhalb der Partei sehr anerkannt und hat es der Partei ermöglicht erstens die „Wende" zu überstehen und zweitens die Wandlung konsequent fortzusetzen. Inwieweit stimmen diese Einschätzungen noch mit der Außenwahrnehmung überein? Es ist richtig, dass die PDS mit Lothar Bisky einen Parteivorsitzenden hat, der seine Aufgabe im Sinne der gesteckten Ziele durchaus erfolgreich bestreitet. Doch die Frage muss erlaubt sein, wer kennt außer in den Neuen Bundesländern Lothar Bisky?

Der Bundesgeschäftsführer der PDS Dietmar Bartsch hat sich in den letzten Jahren auch auf der Bonner und Berliner Bühne in zahlreichen Runden nach Wahlen in Szene gesetzt, doch war dies nur temporär. Ohne eine empirische Untersuchung durchgeführt zu haben, komme ich nur bei Sichtung der zur Verfügung stehenden Analysen der Umfrageinstitute auch hier zu der Frage: Wer kennt Dietmar Bartsch in den Alten Bundesländern?

Mit dem Namen Sarah Wagenknecht verbinden bundesweit einige die Assoziation mit „Kommunistischer Plattform", „Rosa Luxemburg" etc., nur sie ist innerhalb der PDS in keinem wichtigen Gremium vertreten. Außerdem wäre ein höherer Bekanntheitsgrad höchstens kontraproduktiv für die Interessen der PDS im Westen. So ist sehr wohl zu konstatieren, dass einige PDS-Funktionsträger in den Neuen Bundesländern einen hohen Bekanntheitsgrad erlangt haben, der die Singularität von Gysi weder

erfordert noch sinnvoll erscheinen lässt[577]. Im Westen hingegen war Gysi nach wie vor der einzige Vertreter der PDS, der im Wahlkampf Assoziationen mit PDS erzeugt und der vor allem aufgrund seiner Medienpräsenz PDS auch im Meinungsbild widerspiegelt. Gysi war, auch wenn es die Partei bis zu einem gewissen Grad gern anders beurteilen möchte, bei den verfolgten Zielen: die bundesdeutsche Präsenz, die Erhöhung des Stammwählerpotentials im Westen und die Weiterfortschreibung der Akzeptanz der Partei im Westen zu erreichen, der Stimmenfischer der PDS in dem Sinne, dass nur über die Identifikation seiner Person Wahlerfolge im Westen möglich waren.

Aber auch in der internen Bewertung der Rolle Gysis erliegt die PDS z.T. einer Fehleinschätzung. Wie im Kapitel 5. an einigen Stellen bei den verschiedenen Parteitagen nachgewiesen, war es immer wieder Gysi, der obwohl zeitweise schon nicht mehr als Parteivorsitzender agierend, die entscheidenden Voten des Parteitages herbeiführte, die notwendig waren, um Beschlüsse, die Weiterentwicklung der Partei betreffend, sicherzustellen. Als Beispiele seien nur der 3. Parteitag und die 2. Tagung des 4. Parteitages hervorgehoben, auf denen es Gysi gelang, die negative Stimmung der Delegierten durch seine Rede und der Darstellung der Ziele der Partei in eine Zustimmung zu den Leitanträgen der Parteispitze umzukehren. Seine Aussprüche „Befreiung von der linken Rechthaberei und Besserwisserei“ und „Kopf hoch, und nicht die Hände“, die für das interne Klima der PDS galten und die die Stellung gegenüber den anderen Parteien bezeichnen sollten, waren auf dem Schweriner Parteitag 1997 die „Parole für die nächsten Jahre“.

Als abschließender Beweis sei die bereits bei der Darstellung des Berliner Parteitages im Januar 1999 ins Feld geführte Rede. Trotz der programmatisch guten Rede von Lothar Bisky, die aber keinerlei Emotionen bei den Delegierten hervorrief und der, für das verbliebene alte Klientel durch Hans Modrow gehaltenen rückwärtsgewandten Rede, konnte die PDS den Eindruck gegenüber den Besuchern und den Medien nicht verschleiern, dass aufgrund der Vorfälle der vorangegangenen Monate, die Stimmung schlecht und die Verfassung der Partei kurz vor dem Auseinanderdriften war. Bis Sonntag 15:00 Uhr mussten die Delegierten auf die lang ersehnte Rede von Gysi warten. Die Standardfrage auf den Gängen war: Wann spricht Gysi?

[577] Bei den im Jahr 1999 stattgefundenen LTW in den Neuen Bundesländern hatte Gysi aber trotzdem wieder die Hauptlast der Wahlkampfveranstaltungen zu tragen.

In seiner knapp halbstündigen und damit nur ein Drittel so langen Rede wie die von Lothar Bisky, gelang ihm das, was sogar viele Parteifreunde nicht mehr erhofft hatten. Mit seiner Art zuerst schonungslos die Fehler der Partei offen zu legen, um daran anknüpfend die neuen Ziele und Vorstellungen zu propagieren, traf er den Nerv der Delegierten. Minutenlange „standing ovations“ nach seiner Rede zeigten einmal mehr, wer in dieser Partei in der Lage ist über die verschiedenen Flügel hinaus zu agieren und diese Flügel im entscheidenden Moment zusammenzuschweißen, wohl wissend, dass das nächste Problem unausweichlich auftreten kann. Diese Rede war die einzige, von der sich augenscheinlich alle angesprochen fühlten und die im letzten Moment auf diesem Parteitag das Zusammengehörigkeitsgefühl wieder erstarken ließ.

So kann abschließend gesagt werden, dass es aus Sicht der PDS sicherlich wünschenswert gewesen wäre, wenn es ihr gelungen wäre, sowohl parteiextern in Ost und West, als auch innerparteilich zu einem großen Teil nicht auf die Rolle und Funktion Gysis angewiesen zu sein, um so eine größere Breitenwirkung zu erzielen. In den Neuen Bundesländern scheint dies bis zu einem hohen Grad gelungen zu sein und auch für die innerparteilichen Strukturen und Abläufe stimmt dies mit Einschränkung. Für die Optimierung des gesamtdeutschen Erscheinungsbildes der Partei und für die Schaffung einer dauerhaften innerparteilichen Konsensstimmung zwischen den Flügeln war Gysi für die PDS unentbehrlich. Eine Tatsache, die in der Parteispitze der PDS nicht gerne als Reflexion der Außenwirkung wahrgenommen wurde, die aber in der Retrospektive als Fakt akzeptiert werden muss.

Bestätigt wird diese Einschätzung durch die Reaktionen nach der Rücktrittsankündigung Gysis auf dem Frühjahrsparteitag 2000. In den Sonntagsumfragen fiel die PDS wieder in Richtung 5% und teilweise leicht darunter. Die beiden neuen Führungskräfte hatten genau die beschriebenen Probleme, dass sie zwar im Osten bekannt und in der Partei akzeptiert waren, sie im Westen aber als unbekannt eingeordnet werden mussten. Dies hat sich bis zur Neugründung der Partei „Die Linke“ für die PDS im Westen nicht signifikant geändert.

10. Von der PDS zur Partei „Die Linke“

10.1 Die WASG als Fraktionspartner im Deutschen Bundestag

10.1.1 Entstehung und Geschichte der WASG als „westdeutsche“ Linkspartei

Die Gründung des Vereins Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit am 03. Juli 2004 läutete den Weg der Etablierung einer linkspolitischen Partei in den alten Bundesländern ein. Hauptinitiatoren waren Gewerkschafter und regierungskritische SPD-Mitglieder, die sich im November desselben Jahres darauf auf eine Parteigründung verständigten.
Nach der Urabstimmung im Dezember, bei der die meisten Mitglieder der Parteigründung zustimmten, kam es am 22. Januar 2005 in Göttingen zur offiziellen Parteigründung „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative, abgekürzt ASG, die nach einer Klage in WASG abgewandelt wurde.[578] Die WASG verstand sich als eine gesamtdeutsche Partei, wenngleich sie ob der Präsenz der PDS in Ostdeutschland wenige Mitglieder gewinnen konnten. Am mitgliederstärksten war sie in Bayern, Nordrhein-Westfalen und der Landesverband Saar.[579] Die Mitglieder kamen aus den verschiedensten, wenn auch meist linken, Bereichen, wie Parteien, Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen.

Den prominentesten Parteibeitritt konnte die WASG am 18. Juni 2005 durch Oskar Lafontaine verzeichnen, der anbot bei den vorgezogenen Bundestagswahlen am 22. September 2005 mit dem damaligen PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi eine Wahlplattform aus PDS und WASG anzuführen.
Nachdem die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005, als erster Wahlkampf, für die WASG sehr positiv verlief[580], das Ergebnis weit unter der Fünf-Prozent-Hürde lag, entschloss sich die Parteispitze, unter innerem Protest, „für eine Kandidatur einzelner WASG-Mitglieder auf den Landeslisten der PDS“ (http://de.wikipedia.org/wiki/WASG, S. 5f.). Die Gegner dieses Bündnisses sammelten sich als Strömung in der WASG im Leverkusener Kreis, die innerlich gespalten, kurze Zeit später in Splittergruppen zerfiel und einige Mitglieder aus der WASG austraten.
Das Projekt der Gründung einer gemeinsamen deutschen Linkspartei von führenden Politikern der PDS und der WASG wurde noch vor der Bundestagswahl forciert. Sie einigten sich darauf, bei Wahlen nur mit einer Liste

[578] Geklagt hatte das Weiterbildungsinstitut ASG-Bildungsforum wegen Namensgleichheit.
[579] http://de.wikipedia.org/wiki/WASG, S. 3.
[580] Die WASG erreichte 2,2 % der Wählerstimmen.

anzutreten, was von den Landesverbänden, außer in Berlin[581] weitestgehend umgesetzt wurde. Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg traten die Kandidaten beider Parteien als WASG/Linke an und konnten in einigen Wahlbezirken in Baden-Württemberg die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Zu den Landtagswahlen in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern hingegen erfolgte ein konkurrierender Wahlantritt von Linkspartei und WASG.

Auf den Parteitagen in Geseke am 18. und 19. November 2006 und insbesondere in Dortmund am 24. und 25. März 2007 wurde die Fusion mit der PDS vorangetrieben. In Dortmund tagte die WASG parallel zur PDS, wo sie nach kontroversen Diskussionen die Gründungsdokumente beschlossen und 87,7 % der Delegierten der WASG dem Verschmelzungsvertrag mit Wirkung zum 16. Juni 2007 zustimmten.

10.1.2 Die Organisationsstruktur

Die Organisationsstruktur der WASG ist analog derer anderen deutschen Parteien aufgebaut.[582] Die WASG gliedert sich in einen Bundesverband und einem Landesverband je Bundesland. Die Landesverbände untergliedern sich in Kreisverbände, die sich wiederum in Ortsverbände untergliedern können. Nach der Satzung der WASG ist die Namensbezeichnung Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) mit der jeweiligen Gebietsbezeichnung zu tragen. „Die Landes- und Kreisverbände regeln ihre Angelegenheiten durch eigene Satzungen, soweit die Satzung der nächst höheren Gebietsvereinigung hierüber keine Vorschriften enthält“ (Satzung der WASG § 8). Die Organe der WASG werden in der Satzung im § 9 festgehalten und entsprechen den Organen einer Bundespartei im Sinne des Parteiengesetzes. Dies sind der Parteitag, der Bundesvorstand, der Länderrat und der Bundesfinanzrat. „Der Parteitag ist das höchste Beschluss fassende Gremium der Partei“ (Satzung der WASG § 9) und findest mindestens alle zwei Jahre statt. Für die Einberufung eines Parteitages durch den Bundesvorstand gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Die Anzahl der Delegierten auf einem Parteitag beträgt 398, die prozentual der Mitgliederzahlen der einzelnen Landesverbände von diesen

[581] In Berlin eskalierte die Situation dahingehend, dass der Bundesvorstand den Landesvorstand seiner Ämter erhob, der seine Wiedereinsetzung wiederum einklagte.
[582] Die Parteiorgane sind geregelt im Parteiengesetz. Vgl. http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/pg_pdf.pdf

abgesandt werden. Grundlage für die Berechnung ist der letzte Jahresrechenschaftsbericht des jeweiligen Landesverbandes. Die Delegierten und Ersatzdelegierten sind auf Mitgliederversammlungen zu wählen.
Der Parteitag hat folgende Aufgaben:

- Entgegennahme und Erörterung von Tätigkeits-, Rechenschafts- und Rechnungsprüfungsberichten
- Entlastung des Vorstands und der Rechnungsprüfer
- Wahl des Vorstands und der Rechnungsprüfer
- Beschlussfassung von Programmgrundsätzen, Ordnungen, Satzungsänderungen u. a.[583]
- Beschluss über Auflösung und Verschmelzung der WASG

Der Bundesvorstand besteht bei der WASG aus vier geschäftsführenden und zwölf weiteren Vorstandsmitgliedern und wird vom Parteitag für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Seine Aufgaben sind die Partei zu leiten, was administrative, wie auch öffentlichkeitswirksame Belange der Partei impliziert.[584]
„Der Länderrat ist das oberste Beschluss fassende Gremium zwischen den Parteitagen“ (WASG-Satzung § 13). Dem Länderrat gehören der geschäftsführende Vorstand mit Stimmrecht, sowie zwei Delegierte pro Landesverband an, deren Amtszeit zwei Jahre beträgt. Das Tagungsintervall des Länderrats ist in der Regel halbjährlich und dient hauptsächlich dazu, Beschlüsse über Richtlinien der Politik zwischen den Parteitagen zu fassen. Als weiteres Parteiorgan berät der Bundesfinanzrat die Partei in allen Finanzfragen. Er setzt sich aus dem/der Bundesschatzmeister/in sowie den Landesschatz-meisterInnen zusammen und tagt in der Regel halbjährlich. Der Bundes-finanzrat, ist wie alle anderen Parteiorgane beschlussfähig, wenn und solange die Hälfte seiner Mitglieder, bzw. Delegierten anwesend sind.

Neben den Details über die Beschaffenheit und den Aufgaben der Parteiorgane wurden in der Satzung der WASG eine Besonderheiten verankert, die die innerparteiliche Demokratie in den Vordergrund rücken sollte, indem die Möglichkeit der Urabstimmung implementiert wurde.[585]

---

[583] Siehe eine genaue Auflistung § 10 Punkte 4., 5., 6. und 7.
[584] Sie zu den einzelnen Aufgaben des Bundesvorstandes § 12 der Satzung.
[585] Die ursprünglich ebenfalls vorgesehene Trennung von Amt und Mandat wurde auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen am 26. November 2006mit knapper Mehrheit abgelehnt. Vgl.: http://www.linkezeitung.de.

Innerhalb der WASG können verschiedene Strömungen und Flügel identifiziert werden. Insbesondere die schon kurz nach Parteigründung angestrebte Kooperation mit der PDS bei Landtags- und Bundestagswahlen führte zum Zusammenschluss von Fusionsgegnern. Der Leverkusener Kreis war die erste Gruppe, die sich gegen einen gemeinsamen Antritt bei der Bundestagswahl aussprach. Diese Gruppe zerfiel infolge interner Differenzen wenige Monate später wieder. Die Weichenstellung für die Verschmelzung mit der PDS auf dem Ludwigshafener Parteitag war der Ursprung für die Bildung des Netzwerks Linke Opposition, eine Gruppierung von einigen Mitgliedern der Landesvorstände hauptsächlich aus Nordrhein-Westfalen und Berlin. Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluss von Fusionsgegner, aus dem in Berlin eine neue Partei (Soziale Alternative für Gerechtigkeit (SAG)) und ein neuer Verein mit Kommunalparteiambitionen (Berliner Alternative für Solidarität und Gegenwehr (BASG)) entstanden sind. Weitere Strömungen innerhalb der WASG waren die Antikapitalistische Linke und die Sozialistische Linke (SL), wobei die SL sehr stark in den Gremien der WASG vertreten war und als Hauptströmung bezeichnet werden kann.[586]

10.1.3Die innenpolitische Programmatik

Die innenpolitische Programmatik der WASG lässt sich aus ihrem Gründungsprogramm vom 22.01.2005 herleiten. Hierbei zielt die WASG vor allem auf soziale Gerechtigkeit in Form von materieller Umverteilung, Bildungszugängen und Arbeitsverteilung, sowie auf den Erhalt des Sozialstaates und auf den Ausbau von Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten ab. In der **Wirtschafts- und Finanzpolitik** sei das Ziel ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm, mit dem öffentliche Einrichtungen gefördert und modernisiert werden, regionale kleine und mittlere Unternehmen neue Aufträge erhalten und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Die finanzielle Bereitstellung für ein solches Programm erfolge durch eine kurzfristig höhere Neuverschuldung, die durch die positiven Effekte der öffentlichen Ausgaben, wie zusätzliche Produktion und Beschäftigung gerechtfertigt und nach wenigen Jahren nicht mehr notwendig seien, da der Selbstfinanzierungseffekt eintrete.
Das von der WASG geforderte öffentliche Investitionsprogramm diene auch der Verbesserung der Standortbedingungen in Ostdeutschland und anderen strukturschwachen Regionen sowohl in infrastrukturellen und somit industriellen, wie auch in sozialen und kulturellen Bereichen.

[586] Vgl. auch http://www.sozialistische-linke.de.

Außerdem sollen zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor, insbesondere im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem, wie auch im Kulturbereich und in der Justiz und Polizei forciert werden, wie die Schaffung von Brücken in den ersten Arbeitsmarkt in Form von Beschäftigungs-möglichkeiten Arbeitsloser in unabhängigen, nicht profitorientierten Initiativen. Dies schaffe eine positive arbeitsmarktpolitische Entwicklung in strukturschwachen und von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen, bedinge aber die Ausweitung öffentlicher Investitionen und eine Stärkung der Massenkaufkraft. Ein realer Anstieg der öffentlichen Investitionen kann durch eine Umverteilung der Steuer- und Abgabebelastungen erreicht werden. Die WASG stehe für eine solidarische Steuerpolitik, die eine Reform der Einkommenssteuer und eine Umgestaltung der Steuergesetze impliziert und große, international tätige Unternehmen sowie besser verdienende in einen größere Verantwortung nehmen. Die WASG hält durch die Umgestaltung von Einkommens- Vermögens- Unternehmens- und Erbschaftssteuer Mehreinnahmen von über 80 Milliarden Euro jährlich für möglich.

Die **Arbeitsmarktpolitik** der WASG ist hauptsächlich auf die Stärkung der Massenkaufkraft ausgerichtet. Dies soll durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor aber auch durch Einkommensumverteilung erreicht werden. Lohnsteigerungen analog der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Preisniveaus seien in Tarifverträgen zu fixieren, die von Gewerkschaften durchgesetzt werden. Hierbei will die WASG „die Tarifautonomie und die Streikfähigkeit der Gewerkschaften stärken“ (Gründungsprogramm der WASG, S. 11). Im gleichen Zuge fordert die WASG den gesetzlichen Mindestlohn deutlich oberhalb des Existenzminimums.[587] Die Festsetzung der Mindestlöhne solle für alle Formen von Beschäftigungs-verhältnissen[588] gültig sein und auch auf die Anstellung ausländischer Arbeitnehmer Anwendung finden. Als weiteres nachfragesteigerndes Element vertritt die WASG, entgegen dem aktuellen Trend, das Modell der Arbeitszeitverkürzung, mit der Perspektive der 30-Stunden-Woche, um die Arbeitsbelastung zu begrenzen und zusätzlich Arbeitsplätze zu schaffen. Des Weiteren sollen Modelle, wie das Lebensarbeitszeitkonto oder die

[587] Die WASG fordert brutto 1500 Euro für eine Vollzeitbeschäftigung, bzw. 9 Euro brutto je Stunde. (Gründungsprogramm der WASG, S. 13).
[588] Hierbei geht es neben der unbefristeten Vollzeitbeschäftigung um Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Phasen der Weiterbildung und begrenzte Auszeiten. Siehe ebd., S. 13.

Möglichkeit der Wahrnehmung von Blockfreizeiten vermehrt eingesetzt werden, um den individuellen Ansprüchen der Arbeitnehmer Rechnung zu tragen.

Die **sozialen Sicherungssysteme** will die WASG solidarisch gestalten. Die Hartz-Gesetze werden abgelehnt und dem entgegen „die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gestaffelt nach Beitragsjahren und die Beibehaltung einer anschließenden Sozialhilfe“ (Gründungsprogramm der WASG, S. 14.) gefordert. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung müsse solidarisch, auch von Beamten und Selbständigen, finanziert werden. Für den Bedarfsfall bei Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder im Alter fordert die WASG eine gesetzliche Mindestsicherung, die dann geleistet werden soll, wenn die eigentlichen Ansprüche unzureichend sind.

In der gesetzlichen Rentenversicherung hält die WASG bei der gesetzlichen Rente[589] am Umlageverfahren sowie bei den Rentenbeiträgen an der paritätischen Finanzierung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern fest. Die Rentenversicherungsbeiträge seien bis zu einem Beitragssatz von 22 % als variabel zu betrachten, damit im Sinne der solidarischen Lastenverteilung zwischen den Generationen die Finanzierungsprobleme nicht einseitig auf die RentnerInnen abgewälzt werden. Die Kranken- und Pflegeversicherung soll in eine Bürgerversicherung umgestaltete werden, in deren Beitragszahlung alle Bevölkerungsgruppen und aller Einkommen einbezogen werden. Die WASG fordert hier die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie zusätzliche Abgaben von Personen mit hohem Einkommen und Vermögen. Vollzogene Einschnitte in das Gesundheitssystem seien zurückzunehmen und eine solidarisch finanzierte Grundversorgung zu schaffen.

In der **Gleichstellungspolitik** setzt sich die WASG für die Gleichstellung aller Menschen ein. Dazu gehören die Verbesserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung behinderter und chronisch kranker Menschen, die Gleichstellung von Mann und Frau insbesondere im Erwerbsleben, sowie die Integration von Menschen anderer ethnischer oder geographischer Herkunft und die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl.

[589] Die gesetzliche Rente stellt für die WASG das Hauptstandbein der Alterssicherung dar. Betriebliche oder private Altersvorsorge wird als Ergänzung betrachtet.

Die WASG fordert in der **Bildungspolitik** Chancengleichheit und hochwertige Bildung und Ausbildung für alle. Sie tritt für die Ausweitung von Ganztagesschulen und der Ganztagsbetreuung von Kindern aller sozialen Schichten ein. Des Weiteren plädiert sie für eine Bildungspolitik unter staatlicher Kontrolle und ihre Finanzierung aus Steuermitteln und den gebührenfreien Zugang zu Hochschulen. Unternehmen müssten eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen, sollten sie dies nicht tun, so seien sie in die finanzielle Verantwortung zu nehmen. Für die Beschäftigten setzt sich die WASG für die Umsetzung eines Weiterbildungsgesetzes unter finanzieller Beteiligung der Arbeitgeber ein. Der Zugang zu Informationen und Wissen sei zu demokratisieren. Die WASG fordert ein Informationsfreiheitsgesetz, in dem der Datenschutz und der freie Zugang auf Auskunft personenbezogener Daten geregelt sind. Informationen sowie Software müsse in öffentlichen Einrichtungen frei und unentgeltlich zugänglich sein, die Urheberrechte gestärkt und die Medienöffentlichkeit demokratischer gestaltet sowie die Pressefreiheit insbesondere der öffentlich-rechtlichen Medien gestärkt werden.

Die **Umweltpolitik** müsse nach der WASG im Sinne des ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Lebensweisen gestaltet werden. Hierzu seine Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien notwendig und vorrangig von der Wirtschaft umzusetzen. Es ginge um „eine gezielte und aktive Politik des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft“ (Gründungs-programm der WASG, S. 22), der durch ein Besteuerung des Ressourcenverbrauchs, eine ökologische Steuerreform und öffentliche Investitionen erreicht werden könne, um den Umbau sozial verträglich zu gestalten. Der Umweltschutz müsse durch staatliche Intervention, sei es durch die staatliche Unterstützung oder staatliche Förderprogramme von Forschungsprojekten, sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Sinne des ökologischen Umbaus, vorangetrieben werden.

Verkehrspolitisch sei der öffentliche Personennah- und Fernverkehr auszubauen und bei neuen Siedlungs- und Flächennutzungsplänen auf eine Reduzierung vermeidbaren Verkehrs zu achten. Die Ökologisierung der Landwirtschaft sei ebenfalls weiter zu forcieren und sozial verträglich zu gestalten, indem Subventionen schrittweise an ökologische Vorgaben gebunden sind. Durch die Ökologisierung der Landwirtschaft würde der Verbraucherschutz gestärkt. „Die WASG tritt zudem ein für die verstärkte staatliche Förderung von Umwelt- und

Verbraucherschutzorganisationen, ihre Forschung, Konsumguttests und Publikationen“ (ebd., S. 24).

Die WASG setzt sich gegen nicht medizinisch notwendige Tierversuche, für artgerechte Haltung und den Schutz der natürlichen Lebensräume der Tiere ein.

10.1.4Die außenpolitische Programmatik

Die außenpolitische Programmatik wird im Gründungsprogramm der WASG auf zwei Seiten abgehandelt. Inhalt ist vor allem die ökonomische, soziale und ökologische Regulierung des Weltmarktes sowie eine pazifistische Grundhaltung. Die WASG steht für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ein. Hierunter wird eine sinnvolle Arbeitsteilung ohne die Ausbeutung der Niedriglohnländer und gegen den Druck auf die Arbeitskräfte der Hochlohnländer gegen die Arbeitnehmer in den Niedriglohnländern konkurrieren zu müssen. Es geht der WASG um die Schaffung von sozialen und ökologischen Mindeststandards, wie sie von der International Labour Organisation (ILO) entwickelt wurden.[590] Weiter geht es der WASG um die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen die ökosozial orientierte Zölle und eine Devisenumsatzbesteuerung vorsehen. Die Entwicklungshilfe müsse in Höhe und Art ebenfalls modifiziert werden, wobei die Hilfe zur Selbsthilfe, der Wissens- und Technologietransfer, aber auch der Abbau von Zollschranken und Agrarsubventionen sowie die finanzielle Entlastung der hoch verschuldeten Entwicklungsländer im Vordergrund stehen.

Im Einklang damit steht die Forderung nach einer Reform internationaler Organisationen, wie der Welthandelsorganisation (WTO) und dem Internationalem Währungsfond (IWF) zugunsten der Entwicklungsländer sowie den, durch Abkommen wie GATS (Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) und TRIPS (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum) zu ermöglichenden weltweit uneingeschränkten Zugang zu Wissen und wissensbasierten Produkten.

Die Europapolitik der WASG ist auf ein solidarisches, soziales und demokratisches Europa ausgerichtet. Dies impliziert soziale und steuerliche Mindeststandards, die Demokratisierung der europäischen Zentralbank, die Besteuerung von Unternehmen am Ort der Produktion und an ihrem Sitz sowie den Ausbau der öffentlichen Produktion und der staatlichen Dienstleistungen. Des

[590] Vgl. http://www.ilo.org

Weiteren sollen auf europäischer Ebene die Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten und der europäischen Bevölkerung ausgebaut und Formen der Unternehmenskontrolle und der direkten Demokratie eingeführt werden.

Die WASG lehnt militärische Formen der Konfliktlösung wie „Out of area"-Einsätze ab. Ziele sind Frieden und Abrüstung und eine Außenpolitik als Friedenspolitik. Die Position der Vereinten Nationen müsse als international, völkerrechtlich legitimiertes Gremium gestärkt und die Dominanz einzelner Staaten geschwächt werden. Den Einsatz von Bundeswehr und NATO als Interventionsarmee, die Militarisierung der EU sowie die militärische Nutzung des Weltraums werden von der WASG abgelehnt und ein internationales Verbot des Einsatzes und der Produktion von Massenvernichtungswaffen gefordert.

10.1.5 Die politische Strategie

Die Gründung der WASG fand ein großes öffentliches Interesse, da sie in die Hochphase der Montagsdemonstrationen gegen die Agenda 2010 und das Hartz-IV-Gesetz fiel.[591] Sie ist nach eigenen Angaben „hervorgegangen aus dem Protest gegen die Politik von SPD und Bündnis 90" (http://www.wasg-mg.de/downloads/politischeperspektivenderwasg21.pdf).

In erster Linie geht es den Mitgliedern der WASG um einen parteilichen und innerparlamentarischen Widerstand gegen die Regierung Schröder/Fischer sowie die zunehmende politische Liberalisierung. Die WASG versteht sich als reine Oppositionspartei und Zentrum des gesellschaftlichen Widerstands gegen bestehende Politikverhältnisse, sowie als parlamentarisches Sprachrohr der von der aktuellen Politik Enttäuschten und Unzufriedenen. Regierungsbeteiligungen lehnt sie insoweit ab, solange diese Kompromisse bezüglich der eigenen Zielsetzung bedeuten. Darüber hinaus hat die WASG die Diskussion über linke Themen und linke Wählerpotentiale forciert und andere Parteien zum Umdenken eigener politischer Strategien bewegt, damit diese für den Wähler wieder attraktiv erscheinen.

Die Fusion mit der PDS zu einer linken Partei ist im Hinblick auf die eigenen Zielsetzungen kritisch zu betrachten und nur unter Vorrausetzung der Aufrechterhaltung dieser Ziele sinnvoll. Dieses sind:

- Die Unabhängigkeit der Politiker von der Wirtschaft

[591] Analog der Montagsmärsche 1989 (vgl. Kap. 2.1.1) wurden 2004 Demonstrationen gegen die Agenda 2010 und das Hartz-IV-Gesetz in ganz Deutschland initiiert.

- Die Teilhabe aller an wirtschaftlicher Prosperität und sozialen Errungenschaften
- „Ein keynesianisch begründetes Aktionsprogramm zur kurz- und mittelfristigen Stärkung der politischen Binnennachfrage“ (http://www.wasg-mg.de/downloads/politischeperspektivenderwasg21. pdf, S. 3).
- Ein öffentliches Beschäftigungsprogramm
- Der Erhalt der Grundsätze des Sozialstaates
- Die Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte
- Die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme
- Die Umsetzung von Chancengleichheit, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung
- Die Natur bewahren

Durch die Bildung einer Linkspartei werden linke Kräfte in Deutschland gebündelt, hierbei ist der bereits von der WSAG geknüpfte enge Kontakt und Dialog zu außerparlamentarischen linken Gruppen, wie den Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen, weiter zu festigen. Nur alles Ganzes könne eine Umsetzung der eigenen Programme erfolgen und eine Demokratie für eine gerechte, menschenwürdige und friedliche Gesellschaft geschaffen werden.[592]
Die vor der Bundestagswahl initiierte Kooperation zwischen WASG und PDS eröffnete der WASG die Chance in den Bundestag einzuziehen, die sich die Führungspersonen, auch gegen Widerstand aus den eigenen Reihen,[593] nicht entgehen lassen wollten. Durch den gemeinsamen Wahlantritt erhielte man eine „historische Chance“ zu Bildung einer gemeinsamen, politisch wirksamen Kraft links von der SPD.

10.2 Milieurelevanz

10.2.1 Auf Länderebene

Die Mitgliederstruktur der WASG ist sehr heterogen, aber dennoch eher links orientiert. Die Mitglieder stammen aus den verschiedensten Bereichen, wie Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, sozialen Organisationen und aus dem intellektuellen Spektrum, außerdem handelt es sich um Rentner oder bisherige

[592] Vgl. Gründungsprogramm der WASG, S. 2.
[593] Die Gegner (Leverkusener Kreis) eines gemeinsamen Wahlantritts befürchteten die Einverleibung der WASG durch die PDS, die ihrer Meinung nach nur durch die WASG Fuß fassen wollte, sowie die Aufgaben eigener politische Ziele.

Nicht- oder Protestwähler. Analog der Mitgliederstruktur stammt auch die Wählerschaft aus den verschiedensten sozialen Milieus. Wahlanalysen haben ergeben, dass die WASG insbesondere für die westliche Wählerschaft eine Alternative zur SPD bietet, oder ehemalige Nichtwähler zum Urnengang animiert.[594] Auch auf Bundesebene rekrutierte die als Linke.PDS angetretene Partei einen großen Teil ihrer Wähler aus dem Pool der Nichtwähler und von der SPD.[595] Wahlentscheidene Themen für die Neuwähler der LINKEN auf Bundesebene waren als erstes das Thema Soziale Gerechtigkeit und dann folgend die Arbeitsmarktpolitik. Sie wurde vor allem von Männern mit hohem sozialen Status und niedriger Kaufkraft gewählt, wobei die Indikatoren sozialer Status und Geschlecht nicht signifikant ist, wohingegen Personen mit niedriger Kaufkraft die Linke drei Mal so oft wie der Durchschnitt gewählt haben. Ebenso häufig haben Arbeitslose die Linken gewählt. Da es sich bei der bundesdeutschen Betrachtung um eine gesamtdeutsche Analyse handelt, ist eine Übertragung auf die Wähler der WASG auf die Landtagswahlen, in denen sie autonom angetreten sind, nicht ohne weiteres möglich. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund ihrer marginalen Bedeutung im Ausgang der Wahlen nur Datenmaterial für Baden-Württemberg vorhanden ist. Hier wurde die WASG überwiegend von der Altersgruppe der 45-59 jährigen gewählt, wohingehend ein kooperierendes linkes Bündnis vor allem von den über 60 jährigen und Rentnern gewählt wurde.

Die WASG spricht demnach mehr die Altersschicht an, die vor dem Renteneintritt steht. Hierbei handelt es sich vor allem um ehemalige Nichtwähler oder den, von den Sozialdemokraten enttäuschten. Einem bestimmten Milieu können diese Wähler nicht zugeordnet werden, da sie allen sozialen Schichten entstammen. Es kann aber konstatiert werden, dass sie politische eher links orientiert sind und in der WASG eine echte Alternative zum bisherigen Parteienspektrum sehen und die Fusion mit der PDS zu einer linken Partei keinen wesentlichen Einfluss auf ihre Parteiwahl hat bzw. hatte.

---

[594] So kamen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 50 000 der Wähler von der SPD und 60 000 aus dem Pool der Nichtwähler. Vgl.: http://www.wdr.de/themen/politik/nrw01/landtagswahl_2005
Die Wahlanalyse in Rheinland-Pfalz hat ergeben, dass eine Wählerwanderung von der SPD und den Nichtwählern erfolgte. Vgl.: http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid248/analysewanderung7.shtml

[595] Die Linke.PDS konnte im Westen 230 000 und im Osten 200 000 Wähler gewinnen, die vorher nicht gewählt hatten. In Ostdeutschland wechselten 380 000 Wähler von der SPD zur Linke.PDS, in Westdeutschland waren es 590 000. Durch den gemeinsamen Antritt von WASG und PDS konnte die Linke zudem einen Stimmenzuwachs im Westen von 3,7 % verzeichnen Siehe http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid246/analysewander ung0.shtml.

10.2.2 In Ostdeutschland

Die WASG war als politische Kraft in den Neuen Bundesländern so gut wie nicht vertreten. Die Kürze ihrer politischen Existenz lässt zwar keinen Blick auf alle Neuen Bundesländer zu, da von den, zwischen 1995 und heute gewählten Landtagen, die WASG nur in Mecklenburg-Vorpommern konkurrierend zur Linke.PDS antrat, aus dem Ergebnis lässt sich dieser Schluss dennoch ableiten.
4281 Wähler haben in Mecklenburg-Vorpommern der WASG ihre Stimme gegeben, was 0,5 % der Stimmen bedeutete.[596] Bei der Wahl des Landtages in Sachsen-Anhalt traten Vertreter der WASG auf der Liste der Linke.PDS an, die mit 24,1 % als zweitstärkste Kraft ins Landesparlament einzog.

10.2.3In Westdeutschland

In Berlin, wo die WASG ebenfalls konkurrierend zu Linke.PDS antrat, scheiterte sie, wenn nicht ganz so deutlich, an der 5-Prozent-Hürde. Hier erreichte der Berliner Landesverband 2,9 % der Stimmen. Der Berliner WASG, mit ihrer Spitzenkandidatin Lucy Redler, war damit zwar der Einzug in den Berliner Landtag verwehrt, ein Erfolg war dennoch, dass 14 Abgeordnete in sieben Bezirksverordnetenversammlungen einziehen konnten. Die erste Teilnahme der WASG an einer Landtagswahl war in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005. Entgegen der Absichten des Bundesvorstandes, den Parteiaufbau voranzutreiben, entschied sich der NRW-Landesverband für den Wahlantritt der konkurrierend zur PDS erfolgte. Das Ergebnis der Wahl wurde als Erfolg gewertet. Zwar erreichte die WASG nur 2,2 % der Wählerstimmen, wurde damit aber zur fünftstärksten Macht in NRW. Gewählt wurde die neu gegründete Partei vor allem von ehemaligen Nichtwählern und von ehemaligen SPD-Wählern. Fast ein Jahr später, am 26. März 2006 wurden zwei weitere westdeutsche Landtage gewählt.

In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg trat die WASG auf einer Liste mit Mitgliedern der Linkspartei zusammen an. In Rheinland-Pfalz erreichte die WASG/Linke 2,5 % der Stimmen und wurde damit zur fünftstärksten Kraft. In Baden-Württemberg wurde die WASG/Linke ebenfalls fünftstärkste Partei,

[596] Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern führt das Wahlergebnis auf die inneren Unruhen in der Partei zurück, die durch den Versuch der Bundespartei die Landesverbände an einen konkurrierenden Wahlantritt zu hindern, entstanden sind. Vgl. http://w-asg-mv.de/fileadmin/downloads/Rechenschaftsbericht.pdf

scheiterte aber auch hier mit 3,1 % an der Fünf-Prozent-Hürde. In einigen Wahlkreisen, wie Mannheim I (6,9 %), Freiburg II (6,9 %) und Pforzheim (5,5 %) konnte hingegen die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen werden. Der Landesverband hatte hier zwar ein besseres Ergebnis erwartet, sei aber grundsätzlich zufrieden, da es zeige, dass sich eine Linkspartei auch im Westen auf Dauer etablieren könne.[597]

Zu den Landtagswahlen in Bremen traten WASG und PDS bereits unter dem gemeinsamen Namen DIE LINKE an, unter dem sie mit 8,7 % der Stimmen auf Anhieb in die Bremische Bürgerschaft einzogen.[598] Diese Wahl bestätigt die Zielsetzung der Fusionspartner gemeinsam als linke Partei ihre politische Macht zu stärken, um in Entscheidungsprozesse auf parlamentarischer Ebene eingreifen zu können.

10.2.4 Auf Bundesebene

Nach dem schlechten Ergebnis der SPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, rief Bundeskanzler Gerhard Schröder vorzeitige Bundestagswahlen für den 22. September 2005 aus. Die WASG war zu dem Zeitpunkt für eine Bundestagswahl weder finanziell noch personell aufgestellt, um eine Chance zu haben. Deshalb wurde entschieden gemeinsam unter der Führung von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi anzutreten, wobei einzelne Mitglieder der WASG auf den Landeslisten der PDS kandidierten, die sich in Linkspartei.PDS umbenannten.

Oskar Lafontaine wurde Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen und Direktkandidat in Saarbrücken, wobei er mit seinem Beitritt in die WASG am 18. Juni 2005 eine starke Beitrittswelle in WASG und Linkspartei-PDS auslöste. Der Zusammenschluss von WASG und PDS ließ das Bündnis in den Wahlprognosen zur drittgrößten Kraft werden. Diese Vorhersage wurde nicht ganz bestätigt, da der Stimmanteil der FDP um 1,1 % höher lag. Die Linke zog mit 8,7 % der Stimmen als viertstärkste Kraft in den deutschen Bundestag ein und übertraf ihr Ergebnis von 2002 um 4,7 %.[599] Von den 13

[597] URL: http://www.swr.de/landtagswahl/bw.de, Internetauswertung vom 27. März 2006.
[598] DIE LINKE konnte im Vergleich zur Wahl von 2003 ihr Ergebnis auf knapp das fünffache steigern. http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/trends.pdf
[599] Vgl. http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/bundesergebnisse

Abgeordneten der Linken im deutschen Bundestag waren drei Mitglieder der WASG.[600]

10.3 Die Verhandlungen über den Zusammenschluss

10.3.1 Chronologischer Ablauf

Im Juni 2005 einigen sich PDS und WASG nach schwierigen Verhandlungen darauf, gemeinsam bei der Bundestagswahl anzutreten. Die Kandidaten der WASG sollen auf den Listen der PDS antreten. Neben Lafontaine tritt auch der PDS-"Frontmann" Gregor Gysi als Spitzenkandidat an. Eine Bedingung der WASG ist, dass sich die PDS zur Linkspartei umbenennt, was im Juli bei einem Sonderparteitag erfolgt. Bei der Bundestagswahl am 18. September kommt das Linksbündnis auf 8,7 Prozent der Stimmen - das ist der mit Abstand größte Zuwachs aller Parteien. Erfolgreich war das Bündnis aber vor allem im Osten, wo die Linke 25,3 Prozent der Stimmen holt. Im Westen erhält sie dagegen nur 4,9 Prozent. Gysi und Lafontaine werden Fraktionsvorsitzende. Im Dezember 2005 schließlich stellt die Linkspartei auf ihrem Dresdner Parteitag die Weichen für einen Zusammenschluss mit der WASG. In dem verabschiedeten Leitantrag wird der WASG ein fairer, solidarischer Einigungsprozess in Aussicht gestellt. Beide Parteien schließen einen Rahmenvertrag für die Vereinigung, konkurrierende Wahlantritte soll es nicht mehr geben.

Bei einer Urabstimmung der WASG im April 2006 stimmen 78,3 Prozent der teilnehmenden Mitglieder für ein Zusammengehen mit der Linkspartei. Wenige Wochen später stimmt auch der Bundesparteitag der Wahlalternative in Ludwigshafen für die Fusion. Im Juni 2006 stellen WASG und Linkspartei in Berlin ein Manifest zur Gründung einer gemeinsamen Partei vor. Den Weg zum Zusammenschluss begleiten kontroverse Debatten. Ein Teil der WASG ist skeptisch, ob die Vereinigung richtig ist. Strittig ist vor allem die Frage der Regierungsbeteiligung. So sind einige WASG-Mitglieder der Ansicht, die Linkspartei habe in der Regierung mit der SPD in Berlin sowie in Mecklenburg-Vorpommern unsoziale Beschlüsse mitgetragen. In beiden Ländern kommt es zum Bruch zwischen Bundesspitze und Landesverbänden.
Am 25. März 2007 beschließen WASG und Linkspartei auf einem Doppel-parteitag in Dortmund endgültig ihr Zusammengehen. 96,9 Prozent der Delegierten der ehemaligen PDS und 87,7 Prozent der WASG-Delegierten stimmen für den Verschmelzungsvertrag. Bei der Bremen-Wahl am 13. Mai 2007

[600] Dies sind: Hüseyin Aydin, Klaus Ernst und Werner Dreibus. Vgl. http://www.linksfraktion.de

kommt die Linkspartei auf 8,4 Prozent der Stimmen und zieht mit sieben Abgeordneten in die Bürgerschaft ein. Es ist das erste Mal, dass die Linke den Einzug in ein westdeutsches Landesparlament schafft. Im Mai stehen zudem die Ergebnisse der Ende März eingeleiteten Urabstimmungen fest. Das Ergebnis ist ein klares Ja zur Fusion. Bei der Linkspartei stimmen 96,9 Prozent für den Zusammenschluss, bei der WASG 83,9 Prozent. Am 16. Juni findet der Gründungsparteitag der neuen Gruppierung "Die Linke" statt.

10.3.2Der „Vereinigungsparteitag in Dortmund“

Die Delegierten von Linkspartei und WASG waren zu parallelen Veranstaltungen nach Dortmund gekommen, um dort darüber abzustimmen, ob sie jeweils mit der anderen Partei vereinigt werden wollen, was gleichzeitig die Auflösung der eigenen Partei bedeutete. Mit großer Mehrheit stimmten die Delegierten beider Parteien den jeweils vorgelegten Resolutionen zur Vereinigung und Parteineugründung zu. Der Parteitag der Linkspartei votierte am Sonntag in Dortmund mit 96,7 Prozent für den Fusionsvertrag. Die Delegierten der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) befürworteten den für Juni geplanten Zusammenschluss mit einer Mehrheit von 87,7 Prozent. Über die Verschmelzung mussten die Mitglieder abstimmen. Zuvor hatten die Chefs der gemeinsamen Linksfraktion im Bundestag, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, ihre Parteien auf den nur wenige hundert Meter voneinander entfernten Versammlungen aufgefordert, den Weg für eine neue Linke freizumachen. Die Fusion sollte Mitte Juni 2007 auf einem Vereinigungsparteitag in Berlin vollzogen werden.

Lafontaine sprach von einer historischen Entscheidung. Die neue Linke müsse die Schwachen in der Gesellschaft vertreten und für echte Demokratie eintreten. „Dieses Land ist nicht mehr demokratisch organisiert“, sagte er. Die große Koalition in Berlin ignoriere mit den Beschlüssen zur Gesundheitsreform, zur Rentenanpassung und zu den Kriegseinsätzen die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung. Eine zentrale politische Forderung müsse „der politische Massenstreik“ sein.

Gysi räumte beim Parteitag der Linkspartei ein, dass die Fusion auch die Aufgabe eines Teils der Identität seiner Partei bedeute. „Wir werden von einer ostdeutschen Partei zu einer bundesdeutschen Partei“. Dies ist um so bemerkenswerter, da sich die PDS immer sowohl mündlich als auch schriftlich

niedergelegt als gesamtdeutsche Partei angesehen hatte. Mit der WASG würden 12 000 neue Menschen vor allem aus den westdeutschen Bundesländern zu der vornehmlich in Ostdeutschland vertretenen Linkspartei stoßen. „Es gibt keinen Grund für Ängste“, sagte Gysi. Als Vorsitzender der neuen Partei sollte gemäß Absprache Linkspartei-Chef Lothar Bisky kandidieren. Die Linkspartei hatte bei den Bundestagswahlen im Herbst 2005 8,7 Prozent der Stimmen geholt. Vereinzelt gab es auch Kritik an der Fusion. Lucy Redler vom WASG-Landesverband Berlin warf ihrer Partei vor, sich „der PDS zu unterwerfen“. Vizekanzler Franz Müntefering kündigte an, die SPD wolle verstärkt versuchen, Wähler der Linkspartei für sich zu gewinnen. Die politische Linke und die linke Mitte hätten bei der Bundestagswahl 2005 mehr Stimmen geholt als die „Marktradikalen“, sagte er der „Bild am Sonntag“. „Unsere Aufgabe ist es nun, diese Stimmen alle zu den Sozialdemokraten zu ziehen, auch Wähler der PDS zu gewinnen. Das wird uns auch gelingen“, zeigte sich der SPD-Politiker überzeugt. Ein Bündnis mit der fusionierten linken Partei im Bund schloss er aus. Allein an dieser Äußerung kann man erkennen wie deutlich der SPD das „Problem“ einer bundesweit präsenten Linkspartei war und ist. Auch hier wird sich im Umgang mit der neuen Partei zeigen müssen, ob die SPD aus ihren Fehlern im Umgang mit der WASG und der PDS gelernt hat.

10.3.3 Die neue Partei

In Form einer Kurzdarstellung sei die „neue Partei“ incl. ihrer Inhalte charakterisiert, wobei dies nur der Abrundung gelten soll, da der Focus der Arbeit auf der PDS als Partei lag. So wie aber auch die SED als ihre „Basis“ dargestellt worden ist, so soll auch das „Ergebnis“ einer 18 jährigen Parteigeschichte vorgestellt werden, ohne weiter auf Zukunftsfähigkeit, Koalitionsmöglichkeiten und evtl. Regierungs-beteiligungen weiter einzugehen. Nicht überraschen dürften dabei die nahezu unveränderten Programminhalte, da aus zwei linken Parteien (Gruppierungen), die jeweils auf die alten bzw. neuen Bundesländer schwerpunktmäßig ausgerichtet waren eine gesamtdeutsche Linkspartei geworden ist.

DIE LINKE ist eine politische Partei in Deutschland, die am 16. Juni 2007 aus dem Zusammenschluss der Linkspartei.PDS und der WASG entstanden ist. Vorsitzende sind wie bereits erwähnt Lothar Bisky und Oskar Lafontaine. DIE LINKE sieht sich politisch links von den anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Ihre Ausrichtung bezeichnet sie als „demokratischen Sozialismus“. Der Partei gehören derzeit 70.943 Mitglieder an,

von denen 60.338 aus der Linkspartei.PDS und 8.944 aus der WASG stammen, weiterhin traten 1.661 Personen in den ersten 45 Tagen nach der Fusion in die Partei ein. Schon allein hier zeigt sich ein Grund für die mancherorts bei der WASG vor der Vereinigung vorherrschende Angst, von der PDS nur geschluckt und als Basis für Westdeutschland benutzt zu werden. Auf europäischer Ebene ist sie Mitglied der Europäischen Linken und wirkt im Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) mit. DIE LINKE strebt einen demokratischen Sozialismus an, den sie anders als die SPD definiert. Nach Aussage ihres Vorsitzenden Lothar Bisky stellt sie die sozialistisch begründete, „kapitalistische Modelle der BRD“ ablehnende „Systemfrage“ und spricht sich gegen den in ihren Reihen umstrittenen Begriff der „neoliberalen“ Politik aus. Sie stellt sich als „einzige linke Kraft“ im Bundestag dar. Die Verabschiedung eines Parteiprogramms ist für das Jahr 2008 geplant. Am 24. und 25. März 2007 wurde jedoch auf dem gemeinsamen Parteitag der Linkspartei und der WASG in Dortmund bereits ein programmatisches Gründungsdokument für die neue Partei verabschiedet. Dieses Dokument enthält einige Grundpositionen der Linken und Eckpunkte ihrer Politik. In diesem Dokument wird für eine „neue Politik“ geworben. Stichwortartig seien die einzelnen Vorstellungen zu den wichtigsten Politikbereichen vorgestellt. Sie sind aus den Websites der Bundestagsfraktion und der Landesverbände entnommen, zudem wurden die Zusammenfassungen in wikipedia genutzt.

Arbeitsmarktpolitik

Mit einem geforderten Mindestlohn von 8 Euro soll Arbeitnehmern eine aus ihrer Sicht vorenthaltene Selbstbestimmung ermöglicht werden. Die Situation heutiger Erwerbsarbeit beschreibt die Partei als in einem Spannungsfeld von Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung des Arbeitnehmers stehend, und sieht diese in Bedrohung und Verunsicherung durch soziale Unsicherheit, Massenarbeitslosigkeit, Ausbeutung und zunehmender Abhängigkeit stehend. Dabei nimmt sie die aus ihrer Sicht schwierige und ungerechte Arbeitssituation von Frauen wie auch von Migranten ins Blickfeld. Eine Verkürzung der Arbeitszeit soll Frauen und Männern gleichermaßen Raum für Familienarbeit, gesellschaftliches Engagement und für die eigene persönliche Entfaltung und Entwicklung verschaffen. Die Beschränkung der Macht der Finanzmärkte, der Abbau der Einkommens- und Vermögensunterschiede sind dabei Grundforderungen. Die Linke will den Staat dabei nicht aus der Verantwortung für die Daseinsvorsorge entlassen, sie tritt ein für Investitionen und Engagement der öffentlichen Hand. Der Ausbau, die Sicherung und Förderung sozialer und solidarischer Wirtschaftsformen und der Erhalt und Ausbau eines sicheren Sozialsystems stehen im Mittelpunkt ihrer politischen Handlungsorientierung.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird ein Kurswechsel angestrebt. So sollen beispielsweise die sozialen Sicherungssysteme erneuert und eine solidarische Entwicklung global ermöglicht werden. Die derzeitige Wirtschaftspolitik führe zu Niedrigstlohnkonkurrenz, Armutsmigration, Umweltzerstörung, bedrohlichem Klimawandel, schreiender Ungerechtigkeit und Elend für sehr viele Menschen. Man will durch sozialstaatliche Politik der „Unterordnung unter Marktzwänge“ entgegentreten. Ferner wird die allgemeine Forderung nach einer stärkeren Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität aufgestellt.

Die öffentlichen Investitionen und andere Ausgaben in Erziehung und Bildung, Forschung, Kultur, ökologischen Umbau und öffentliche Infrastruktur sollen um jährlich mindestens 40 Milliarden Euro angehoben werden. Mit dem Ziel, eine nach Parteiverständnis gerechtere Steuerpolitik zu betreiben, sollen Konzerne und andere profitable Unternehmen deutlich mehr Steuern zahlen. Darüber hinaus soll eine Vermögenssteuer erhoben und die Erbschaftssteuer auf große Erbschaften erhöht werden. So genannte Steuerschlupflöcher, die nach Meinung der Linken insbesondere Vermögende und Großverdiener begünstigen, sollen konsequent geschlossen werden. Veräußerungsgewinne beim Verkauf von Wertpapieren und

Immobilien will man ohne Spekulationsfristen besteuern. Der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer soll auf „mindestens fünfzig Prozent“ angehoben werden. Darüber hinaus möchte man durch europäische Regelungen die Kapitalflucht in Steueroasen eindämmen.

Umweltpolitik

Das Ziel ist die Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit. So soll beispielsweise ein Steuer- und Abgabensystem entwickelt werden, das umweltfreundliches Handeln fördert und die Umwelt schädigendes Verhalten belastet. Der „ökologische Umbau“ soll eingeleitet werden. Die Energieversorgung soll nach Ansicht der Linken ökologisch umgebaut werden. Vorrangiges Ziel ist eine Wende in der Energiepolitik, die man durch eine Dezentralisierung der Strukturen erreichen will. Die Überführung der Netze in die öffentliche Hand und die demokratische Kontrolle der Energiepolitik ist darüber hinaus ein Ziel. So sollen umweltfreundliche Neuentwicklungen mit geringerer Rücksicht auf Kapitalinteressen durch Subventionspolitik und Schaffung gesetzlicher Rahmen im stärkeren Maße verwirklicht werden. Auch die schnellstmögliche Nutzung wasserstoff-betriebener Motoren (Brennstoffzellen) soll diesem Ziel dienlich sein und steuerlich gefördert werden, wobei Wasserstoff freilich keine Primär-energiequelle, sondern ein durch Energieeinsatz künstlich zu erzeugender Energieträger ist. Der Atomausstieg soll gegenüber den Beschlüssen der Rot-Grünen Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder noch beschleunigt werden. Zudem wird der Export von Atomtechnik entschieden abgelehnt.

Sozialpolitik

Die LINKE wehrt sich gegen „Sozialabbau“ und fordert stattdessen „Sicherheit und Förderung aller Menschen“. Als Folge einer Politik, die sie als „Sozialabbau“ bezeichnet, befürchtet sie eine soziale Spaltung. Soziale Risiken sollen genügend abgesichert, ein gewisser Lebensstandard im Alter soll garantiert werden. Die Sozialpolitik soll zudem eine vernünftige Teilhabe an der Gesellschaft auch bei Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit gewährleisten und Armut verhindern. Darüber hinaus soll die Sozialpolitik die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt der Lebensweisen ermöglichen. Um diese Ziele zu erreichen, nennt sie als erstes die Rücknahme aller Gesetze der Hartz-Reformen, insbesondere der vierten Stufe. Stattdessen will man die sozialen Sicherungssysteme durch eine Stärkung ihrer solidarischen Elemente und durch eine Erneuerung der Selbstverwaltung demokratisieren. Im Steuer- und

Sozialrecht will man sich stärker am Individualprinzip und nicht mehr am Alleinernährermodell orientieren.

Außerdem setzt sich Die Linke für eine bedarfsorientierte und „repressionsfreie“ soziale Grundsicherung ein, die von Armut bedrohte Menschen beanspruchen dürfen sollen. Der Zwang zur Arbeitsaufnahme wird hingegen abgelehnt. Stattdessen wird über die Möglichkeit eines staatlich finanzierten bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert. Den Rentnern soll ein Leben „mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen“ ermöglicht werden, dabei setzt Die Linke auf eine aktive Mitgestaltung der Senioren. Auch Menschen mit Behinderung soll eine bessere Teilnahme an der Gesellschaft ermöglicht werden. Die allgemeine Forderung nach höheren Löhnen verbindet die Partei mit der Hoffnung auf steigende Renten und der Verhinderung von Altersarmut. Die gesetzliche Rentenversicherung soll in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die schrittweise Angehörige aller Berufsgruppen einbezogen werden. Beamte und Selbständige sollen demnach verpflichtet werden, in die Sozialkassen einzuzahlen, sie würden so auch entsprechende Ansprüche erwerben. Dabei kritisiert DIE LINKE das dreigliedrige Schulsystem, die zu geringe Anzahl an Lehrstellen und die „Entmündigung“ von jungen Erwachsenen unter 25 Jahren durch Hartz IV.

Im Gesundheitswesen plädiert DIE LINKE, ähnlich wie die SPD, für eine Bürgerversicherung. Demnach soll die gesamte Bevölkerung in der gesetzlichen Krankenversicherung erfasst werden, die alle medizinisch notwendigen Leistungen trägt. Sämtliche Einkommen sollen einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenzen deutlich angehoben und stufenweise abgeschafft werden. Die paritätische Finanzierung der Beiträge durch die Arbeitgeber soll wieder hergestellt werden. Ferner sei die Umstellung oder Ergänzung der Arbeitgeberbeiträge der sozialen Sicherungssysteme durch eine Wertschöpfungsabgabe zu überprüfen und zu diskutieren. Durch Strukturreformen soll eine hochwertige medizinische Versorgung für alle gewährleistet werden. Folgende Punkte sieht DIE LINKE dabei als besonders wichtig an:
Bessere Kooperation zwischen den Ärzten, Krankenhäusern und allen Leistungserbringern.
Förderung von Gesundheitszentren.
Begrenzung der Profite der Pharmakonzerne.

Einführung einer staatlich festgelegten Positivliste für verschreibungsfähige Arzneimittel.
Größeres Gewicht von Vorbeugung und Nachsorge.
Verbesserung von Arbeitsbedingungen.
Höhere Entlohnung für das medizinische und pflegerische Personal.
Gestärkte Rechte der Patienten.

Innenpolitik, Demokratieverständnis und Umsetzung

DIE LINKE sieht sich, wie Lothar Bisky am 16. Juni 2007 auf dem Gründungsparteitag der Linken erklärte, in der Tradition des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt und seiner Devise „Mehr Demokratie wagen“, mit der er die innenpolitische Stagnation der Nachkriegszeit überwinden wollte. Als Ausgangspunkt ihrer Politik nennt sie jedoch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, in welchem sie eine Aufforderung zum demokratischen Sozialismus erkennt. Sie stellt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus immer mehr Einschränkungen der Demokratie sowie den Abbau von Grund- und Freiheitsrechten fest. Kritik wird dabei gegenüber internationalen Organisationen und auch europäischen Institutionen geübt. Dem Verbreiten von Misstrauen und Verdächtigungen, insbesondere gegenüber Anhängern des islamischen Glaubens, soll eine „Kultur des Dialogs und der Zusammenarbeit“ entgegengesetzt werden.

Die Linke will eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Ordnung der Gesellschaften auf Grundlage demokratischer Entscheidungen aufbauen und auch die Bevölkerung an deren Entwicklung demokratisch mitentscheiden lassen. Man habe sich die „Demokratisierung der Demokratie“ auf die Fahnen geschrieben. Man strebt somit eine enge Verbindung von parlamentarischer und direkter Demokratie an, was durch Einführung von Volksbegehren und -entscheide ermöglicht werden soll. Die demokratische Mitwirkung soll zudem durch Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte sowie Bürger gestärkt werden. Zu dem Demokratisierungsprozess soll auch die Stärkung der individuellen Rechte gehören. Staatliches Handeln soll durch eine neue unabhängige Kontrollinstanz – diese Aufgabe übernehmen bisher die Gerichte – überprüfbar sein. Jeder einzelne soll nun (auch) so vor ungerechtfertigten Zugriffen des Staats geschützt werden. Dazu gehöre auch das Recht, selbst über die eigenen Daten und ihre Verwendung zu bestimmen (Informationelle Selbstbestimmung). An der strikten Trennung von Polizei und

Bundeswehr sowie von Polizei und Geheimdiensten wird entschieden festgehalten. Eine Grundgesetzänderung, die den Einsatz der Bundeswehr im Inland erlauben würde, lehnt sie ab.

Die Linke strebt die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an. Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften sowie Vertreter der Regionen und Verbraucher soll die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet werden. In Ergänzung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung sollen die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten gesichert und ausgebaut werden. Darüber hinaus soll der politische Streik und der Generalstreiks möglich gemacht werden.

Gleichstellung wird auf die Merkmale Herkunft, Geschlecht, sexuelle Identität, Behinderung, ethnische und religiöse Zugehörigkeit ausgeweitet. Allen in Deutschland und der Europäischen Union lebenden und arbeitenden Menschen stehen nach Wunsch der Linken die gleichen Rechte zu. Um dies zu gewährleisten, wird ein effektives und umfassendes Antidiskriminierungsgesetz gefordert, das über das bestehende hinausgeht und die Möglichkeit der Verbandsklage einschließt. Zudem will man das Wahlrecht auf alle in Deutschland lebenden Menschen ausweiten. Das Asylrecht soll außerdem wieder als ein Grundrecht wahrgenommen werden und dementsprechend verfahren werden. Die Linke wirbt für eine Harmonisierung des Asylrechts in Europa. Der Rechtsstaat soll nach sozialen und solidarischen Gesichtspunkten umgestaltet werden, was auf eine Veränderung des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft abzielen soll. Das Sozialstaatsgebot soll durch Festschreibung der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und des Gebots der staatlichen Absicherung der wichtigsten Lebensrisiken konkretisiert werden. Dazu gehöre es, auch für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu sorgen. Soziale Grundrechte sollen zur Durchsetzung des Sozialstaats zusätzlich in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Familienpolitik

Im Bereich der Familienpolitik geht DIE LINKE insbesondere auf die Geschlechtergerechtigkeit ein. Mann und Frau sollen, wie es das Grundgesetz vorsieht, gleichberechtigt sein. Dazu strebt man ein zusätzliches Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft an, was wohl über das bereits bestehende Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz hinausgehen soll. Auch sollen besondere Frauenförderungsprogramme eingeführt werden. Zudem wird die

allgemeine Forderung aufgestellt, dass beide Geschlechter für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Die Vereinbarung von Familie und Beruf soll durch den Ausbau von Ganztagseinrichtungen verbessert werden. Der § 218 StGB, welcher den Schwangerschaftsabbruch in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993, nach der wegen Art. 1 I GG, d. h. der Unantastbarkeit der Menschenwürde, der Staat verpflichtet ist, menschliches Leben, auch das ungeborene, grundsätzlich zu schützen, nur unter gewissen Voraussetzungen erlaubt, soll abgeschafft und die Abtreibung somit völlig legalisiert werden. Die Außerstrafestellung der bisher ebenfalls in § 218 StGB geregelten (Fremd-)Abtreibung gegen den Willen der Schwangeren ist mit dieser Forderung politisch nicht verbunden. Die Gewalt an Frauen soll öffentlich geächtet und entschieden verfolgt werden. Daher benötigen betroffene Frauen und Kinder nach Auffassung der Linken Rechtsschutz sowie ein funktionierendes Netz von Unterstützungs- und Beratungsstellen. Darüber hinaus strebt man die Anerkennung vielfältiger Formen des Zusammenlebens an und lehnt eine Beschränkung auf das „bürgerliche Familienbild“ ab. Die Linke will Paaren das Erziehen von Kindern erleichtern, egal in welcher Beziehungsform sie zusammenleben. Hier will man insbesondere dem Wunsch von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften nachkommen.

Forschungs- und Bildungspolitik, Presse

Um der Bildungsbenachteiligung in der Bundesrepublik Deutschland Einhalt zu gebieten, formuliert auch DIE LINKE das Ziel einer Bildungspolitik, die Chancengleichheit für alle, egal welcher sozialer Schicht sie entstammen, bietet. Dafür soll Bildung von der Kindertagesstätte bis hin zum Studium kostenlos sein. Sie will die vorschulische Bildung in den Vordergrund rücken, deren Bedeutung deutlich machen und diese in besonderer Weise fördern. Der anschließende gemeinsame Schulbesuch soll verlängert werden. Dafür will man eine integrative Gesamtschule schaffen, die die Schuljahre eins bis mindestens neun umfasst. Ferner formuliert DIE LINKE das Ziel, die individuelle Förderung jedes einzelnen in den Mittelpunkt zu rücken. Außerdem sollen die außerschulischen öffentlichen Bildungsangebote gestärkt werden. Hierzu zählt sie beispielsweise Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken, Kinder- und Jugendklubs sowie Sportstätten. Im Ausbildungsbereich will sich DIE LINKE für ein Grundrecht auf einen Ausbildungsplatz stark machen. Jeder Ausbildungsplatzsuchende soll gesetzlich eine Lehrstelle garantiert bekommen. Die Arbeitgeber sollen dafür insofern in Verantwortung genommen werden, dass zwecks Erreichung eines flächendeckenden und auswahlfähigen Ausbildungsplatzangebots eine

gesetzliche Umlagefinanzierung in Form einer Ausbildungsplatzabgabe eingeführt wird. Die Hochschulen sollen demokratisiert werden.

Die Partei sieht zur Zeit eine „profitorientierte Einflussnahme“ auf Universitäten und Hochschulen als gegeben an, diese soll zurückgedrängt und die öffentliche Finanzierung ausgebaut werden. Es wird eine drittelparitätische Selbstverwaltung angestrebt. Der Zugang zu allen Studienabschlüssen soll frei bleiben, und die Übergänge aus der beruflichen Bildung in die Hochschulen sollen erleichtert werden. Studiengebühren werden strikt abgelehnt. Darüber hinaus wird die mangelnde Finanzierung von Weiterbildung kritisiert. Ziel ist ein Bundesweiterbildungsgesetz. Durch eine schärfere Kartellgesetzgebung will sie einer „Monopolisierung“ im Medienbereich vorbeugen und auf diese Weise Pressefreiheit und Pressevielfalt wahren. Die Rechte der Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen sollen gestärkt werden; zugleich soll ein Ausgleich gefunden werden, damit die nichtkommerzielle Nutzung möglichst wenig einschränkt wird.

Förderung von Ostdeutschland

Nach Aussagen der LINKE soll im Bereich der Förderung der ostdeutschen Bundesländer ein weitreichender Umbruch erfolgen. Das Ziel ist es, die ihrer Meinung nach immer noch andauernde Spaltung zwischen Ost und West durch neue gesamtdeutsche Innovations-, Investitions- und Strukturpolitik zu überwinden. Zudem soll die Selbstorganisation im lokalen und regionalen Bereich sowie auf Bundesländerebene gefördert werden. Zu dem Konzept gehört auch die Förderung strukturschwacher Gebiete in Westdeutschland.

Außenpolitik

DIE LINKE thematisiert auf dem Feld der Außenpolitik drei Bereiche: Verteidigungspolitik, Weltwirtschaftspolitik, Demokratisierung der UNO und die Europäische Union. Sie stellt eine zunehmende Militarisierung der Welt fest. Weltweit seien die Rüstungsausgaben auf über eine Billionen Dollar gestiegen. Menschenrechte sollen verwirklicht werden und eine Abrüstungspolitik betrieben werden. Massenvernichtungswaffen sollen weltweit verboten werden, stattdessen soll durch soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Demokratie Stabilität und friedliche Zusammenarbeit garantiert werden. Auslandseinsätze der Bundeswehr werden – auch hinsichtlich friedenserhaltenden und -sichernden Maßnahmen – generell abgelehnt. Zudem will sie Militärbündnisse wie die NATO „überwinden“.

Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sollen die internationalen Finanzmärkte kontrolliert und reguliert werden. Sie will einen Stopp der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Überführung wichtiger Naturressourcen in Staatseigentum, eine umfassende Entschuldung armer Länder und die Anhebung der Entwicklungshilfe auf über 0,7 % des Bruttosozialprodukts der Industriestaaten. Dies will man durch eine dahingehende Politik in den Vereinten Nationen, der WTO und der Weltbank sowie durch bilaterale Verträge und europäischer Abkommen gegenüber Lateinamerika, Afrika und Asien erreichen.

Die UNO soll durch Aufwertung der Vollversammlung und Umbau des Sicherheitsrats demokratisiert und gestärkt werden. Ziel ist es, dadurch eine gerechtere Weltwirtschafts- und Sozialordnung gestalten zu können, um „eine Welt des Friedens und der Wahrung der Menschenrechte zu erreichen“. Darüber hinaus tritt Die Linke dafür ein, dass Verschleppungen, geheime Gefängnisse und Folter über die bisherigen Abkommen hinaus weltweit geächtet werden.
Der Europäischen Union sollen neue Ziele gesetzt werden. Unter anderem möchte DIE LINKE ein europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit und Umwelt verwirklichen, europaweit die Rechte der Arbeitnehmer stärken, eine Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen durchsetzen, sowie einer demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank erwirken. Außerdem wird von ihr eine Militarisierung der EU strikt abgelehnt und die Auflösung der US-Militärbasen in Europa gefordert. Darüber hinaus will sie sich für eine humane und demokratische europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik stark machen. So will DIE LINKE verhindern, dass Europa zu einer „Festung gegenüber Menschen aus ärmeren Teilen der Welt ausgebaut wird“. Sie bestätigt das Existenzrecht Israels.

Organisationsstruktur

Die Partei ist in den Bundesländern in Landesverbänden organisiert. Den 16 Landesverbänden sind jeweils die Kreisverbände ihres Bundeslandes zugeordnet. Unterhalb der Landesebene gibt es vorrangig in Ostdeutschland Gebietsverbände, die Kreis-, Regional- oder Bezirksverband heißen. Sie umfassen in der Regel einen oder mehrere Landkreise oder eine größere Stadt. Die unterste Einheit der Partei ist die Basisorganisation, die je nach Mitgliederdichte ein Wohngebiet, eine Stadt oder einen ganzen Landkreis umfassen kann. Neben diesen Gebietsverbänden existieren auf Bundesebene und teilweise auch auf Landes- und

Kreisebene thematische Zusammenschlüsse (Arbeitsgemeinschaften, Interessengemeinschaften). Das höchste Gremium der Partei auf Bundesebene ist der Bundesparteitag, zwischen seinen Tagungen der Parteivorstand, dessen Mitglieder vom Parteitag gewählt werden. Der Bundesausschuss nimmt eine Kontrollfunktion gegenüber dem Vorstand wahr, berät und schlichtet bei schwerwiegenden programmatischen Differenzen innerhalb des Vorstandes und zwischen verschiedenen Parteigliederungen. Er hat Initiativ- und Interventionsrecht bei Grundsatzentscheidungen.

Der Parteivorstand der Linken besteht aus 44 Mitgliedern, die paritätisch von den ehemaligen Parteien Linkspartei.PDS und WASG gewählt wurden. Lothar Bisky (83,6 %) und Oskar Lafontaine (87,9 %) wurden zu den Parteivorsitzenden gewählt. Zu dem Geschäftsführenden Vorstand gehören zwölf Personen, darunter die beiden Parteivorsitzenden, deren vier Stellvertreter, der Bundesgeschäftsführer, der Bundesschatzmeister und vier weitere Mitglieder, die auf der konstituierenden Sitzung des Parteivorstandes am 18. Juni 2007 gewählt wurden.

11. Abschließende Bewertung

11.1 Zusammenfassende Bewertung

Ziel dieser Arbeit war der Versuch die PDS als Partei insgesamt einer Darstellung und Analyse zu unterziehen. Die Parteiforschung PDS ist geprägt von einer zeitlichen Zweiteilung. So wurden bis 1994 viele Artikel, Bücher, Diplom- und Doktorarbeiten zur PDS unter den Fragestellungen „Linksextremistisch, SED-Nachfolgepartei, Partei der STASI, Postkommunisten etc.“ durchgeführt und waren sehr auf diesen Bereich fixiert. Hierbei ist auffällig, dass alle Forschungsergebnisse im Tenor der PDS keine Zukunft gaben, die Partei als eindeutig post- und/oder neokommunistisch klassifizierten und sie als ein sich schnell überlebendes Relikt aus DDR-Zeiten ansahen.

Erst Neugebauer/Stöß versuchten 1996 eine systematischere Analyse der PDS, wobei auch hier ein Gesamtuntersuchungsansatz noch nicht angestrebt wurde. Aber auch hier war noch der Tenor, dass die Chancen der PDS wieder in den Bundestag einzuziehen als nicht aussichtsreich eingestuft wurde, obwohl bereits im gleichen Buch festgestellt wurde, dass die Forschungsergebnisse des ersten Abschnittes z.T. keine Gültigkeit mehr hätten und es der PDS gelungen sei, in

politischen Bereichen wie der Frage der sozialen Gerechtigkeit nahezu eine Monopolstellung zu haben. Auch aus diesen Erkenntnissen, aus dem Studium der Veröffentlichung heraus, wurde dieser Globalansatz gewählt.

Um dem Anspruch der Gesamtbetrachtung gerecht zu werden, wählte ich als Ausgangspunkt einen Zeitpunkt, der vor der Existenz der SED-PDS lag, nämlich der Zeit der Montagsmärsche und der Runden Tische, um hieran aufzeigen zu können, inwieweit damalige Hauptakteure ihre politische Heimat bei der PDS fanden und inwieweit die PDS diese Bürgerbewegungen als ihre Wurzeln bezeichnen kann.

Obwohl die PDS gerade im Zeitraum des Übergangs von SED-PDS zu PDS die Zeit der Montagsmärsche und „Runden Tischen" als die Wurzel der PDS beschrieb und versuchte Verknüpfungen herzustellen, kann abschließend gesagt werden, dass nur insofern ein Zusammenhang bestand, dass der durch die Montagsmarschierer und die Bürgerbewegungen ausgelöste Sturz des Regimes, der SED-PDS überhaupt die Möglichkeit bot, politisch aktiv zu werden. Die versuchte Argumentation, die Montagsmarschierer hätten nur eine bessere DDR mit einem wirklichen Sozialismus, so wie die SED-PDS ihn im Nachhinein gefordert hatte, sollte eine Identität in Forderungen und Zielen vermitteln, die nicht logisch ist. Eine Veränderung der DDR, unabhängig von der fiktiven Frage der Realisierungsmöglichkeit einer solchen Variante zu diesem Zeitpunkt, hätte nicht zwangsläufig die Veränderung der SED nach sich ziehen müssen.

Der Vorwurf, dass die PDS eine Regional- bzw. Milieupartei ist, kann für die zurückliegenden ersten Jahre ihres Bestehens eindeutig verifiziert werden. Sowohl Selbst- wie Fremdeinschätzung waren in diesem Zeitfenster identisch und die Spannungslinien waren eindeutig OST-WEST und ARM-REICH. Im Laufe der Jahre musste diese Pauschalisierung aber einer differenzierteren Sichtweise weichen. Natürlich war die PDS immer im Osten verankert, immer wieder versuchte sie vor allem im Osten sich als Vertreterin der Interessen der Wähler darzustellen, was aber kein Wunder ist, da sie die einzig originäre Ostpartei war und als einzige Partei keinen Zusammenschluss mit einer Schwesterpartei im Westen vollzogen hat, so wie dies für alle anderen Parteien im Osten galt. So war sie die einzige Partei, die keine bundesdeutsche Basis hatte. Dies hat sich im Laufe der Jahre geändert.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Klassifizierung der PDS als Regionalpartei zum Zeitpunkt der Auflösung nicht mehr zulässig war, die als Milieupartei nur akzeptabel, wenn der Begriff kompatibel mit dem Ansatz der sozialen Gerechtigkeit und der Festlegung des Wählerpotentials auf ein Drittel der Gesellschaft(!) gemacht werden kann. Die Aussage wird durch die neue Programmatik, die Wahlprogramme und die Aussagen der führenden Politiker gestützt. Natürlich erkannte auch die PDS, dass nach wie vor die Hauptwähler im Osten leben, doch nur eine wirkliche Öffnung nach Westen, eine Ausweitung des dargestellten Modells Marburg bot ihr die Möglichkeit auf langfristige Überlebenschance. Dies ist verarbeitet worden und drückt sich in den vielfach beschriebenen einzelnen Faktoren aus. Hier musste ein Umdenken erfolgen, da ansonsten eine womöglich falsch angesetzte Analyse der PDS fatale Folgen für die Ergebnisinterpretation haben könnte.

Interessant war, dass sich bezogen auf die Organisationsstruktur der Partei, die bisher keiner weitergehenden Analyse unterzogen wurde, gezeigt werden konnte, dass sie zwar formal tauglich, in realita aufgrund finanzieller und personeller Engpässe aber nicht oder nur in teilweise sehr eingeschränkter Form funktionsfähig war. Dies hatte auch die PDS realisiert und versucht mit Hilfe einer externen Personal- und Unternehmensberatungsfirma diese Defizite durch gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen abzubauen. Die finanzielle Ressourcenproblematik wurde durch den Fraktionsstatus der Partei ein wenig abgeschwächt worden. Die aus Bundesmitteln mitfinanzierte Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützte hier in vielfältiger Form die Arbeit.

Die Frage eines bundesdeutschen Wählerklientels geht einerseits einher mit den oben vorgestellten Ergebnissen der Wandlung von der Regional- resp. Milieupartei zur gesamtdeutschen Partei und der Frage, ob die PDS in Ost- und Westdeutschland verschieden wahrgenommen wird. Die PDS wurde eindeutig verschieden wahrgenommen. Dies hatte mehrere Gründe, wobei die klischeehaft-mediale Darstellung der PDS im Westen zu einem großen Teil hierzu beitrug. Hier musste die PDS, falls sie dieses Defizit wie propagiert ausräumen will, gewaltige Anstrengungen unternehmen.

Die Wahlanalysen, gerade von Falter und Klein, zeigten aber einen positiven Trend für die PDS auf. Natürlich ist dies eine Bewegung von 2% auf 3% der Wähler in Westdeutschland, doch dies war für die PDS bereits ein großer Schritt. So muss auch die Neugestaltung des Parteiprogramms unter diesem taktischen

Gesichtspunkt gesehen werden, da hiermit die PDS für einen größeren Bevölkerungsteil im Westen wählbar werden sollte. Damit bereitete die PDS auch den Weg für sich und mögliche politische Partner, mittelfristig über eine Beteiligung an Regierungen in Form von Koalitionen[601] nachdenken zu können. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, dass sowohl die zitierten Vorwürfe des Linksextremismus als auch des linkspopulistischen neokommunistischen Ansatzes nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte. Sowohl in wissenschaftlichen Untersuchungen als auch in den einzelnen Verfassungsberichten wurde ein sehr differenziertes Bild der Partei gezeichnet, das sie in Masse von diesem Vorwurf freisprach.

Ebenso die Auseinandersetzung mit der Person Gysi zeigt unter anderen Aspekten noch einmal, die so noch nicht dargestellte Entwicklung der PDS in den knapp achtzehn Jahren ihres Bestehens auf. Gleichzeitig wird eine Verschiebung der Innen- und Außenwahrnehmung gewisser Bereiche deutlich. War die Einschätzung der Funktion, Aufgabe, Rolle und Wichtigkeit der Person Gysi für die PDS in den ersten Jahren deckungsgleich im Urteil der Partei und den Betrachtern, so hat sich in der Innenbetrachtung der PDS eine veränderte Wahrnehmung etabliert, wie dies bei einer Außenanalyse der Fall ist. Sah die PDS Gysi zwar noch als wichtigen Bestandteil der Partei, der in den ersten Jahren die Partei gerettet hat, so ist die Außenwahrnehmung eine völlig andere. Der Wunsch war hier der Vater des Gedanken bei der PDS, wenn argumentiert wurde, es gäbe nun mehrere gute und bekannte Parteimitglieder auf Bundesebene. Bei allen Umfragen, hier sei nochmals auf das SPIEGEL-Rating und die n-tv-emnid Umfragen verwiesen, zeigte sich, dass im Westen die PDS mit Gysi auf hohem Niveau gleichgesetzt wurde. Die Aussage der PDS stimmte weitgehend, da es der PDS gelungen ist, einige fähige Politiker aufzubauen.

Die WASG als westdeutsches Pendant einer linken Partei links von der SPD war für die PDS ein politisches Geschenk. Nicht auf die Mitgliederzahl bezogen, hier kann der Anteil der WASG-Mitglieder vernachlässigt werden, aber aufgrund der Strukturen und der Personen, die im Westen für die WASG antraten, allen voran Oskar Lafontaine. So hatte die Partei, wenn auch nur vorab in einer Fraktion und ansonsten in Zusammenarbeit „den Fuß“ endlich im Westen.

[601] Immerhin wurden am 23.10.2000 zum ersten Mal führende „Arbeitsmarkt- und Rentenpolitiker“ der PDS offiziell zu einem Gespräch von Arbeitsminister Riester empfangen.

Die Vereinigung zur Partei „DIE LINKE“ stellt für die PDS eigentlich den logischen Schlussstrich unter ihre Entwicklung. Aus der SED entstanden, entwickelte sie sich zur fünften Partei im vereinten deutschen Parteiensystem, wobei sie aufgrund ihrer geringen Akzeptanz im Westen immer um die Erreichung der notwendigen 5% bei den Bundestagswahlen hoffen musste, wenn sie sich nicht auf Dauer auf die evtl. zu erreichenden drei Direktmandate in den Neuen Bundesländer verlassen wollte. Durch die vereinbarte Zusammenarbeit mit der WASG auf Dauer stabilisiert, konnte sie sich anderen Zielen zuwenden, der Schaffung einer gesamtdeutsch anerkannten Linkspartei. Nach langen Verhandlungen ist ihr dies 2007 gelungen, so dass die PDS zwar formal aufgehört hat zu existieren, inhaltlich und personell aber gestärkt in der neuen Linkspartei „DIE LINKE“ weiterlebt.

11.2 Ausblick

Was bedeutet diese neue Linkspartei für das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland und für die anderen Parteien. Mit Gründung der „DIE LINKE“ ist erstmals eine Partei links von der SPD etabliert worden, die auf Dauer im Bundestag und voraussichtlich in vielen Länderparlamenten vertreten sein wird. So ergeben sich Koalitionsmöglichkeiten, die heute noch, z.T. nur aus wahltaktischen Gründen noch verneint werden. Rot-Rot-Grün das neue Schreckgespenst der CDU/CSU. Nachdem bereits Mitte der 90-er Jahre eine „Rote Socken Kampagne“ gegen die PDS gefahren wurde, wird sich die Führung sicherlich bald im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl eine neue Aktion überlegen müssen. Aber auch für die SPD wird es nur formal einfacher, nicht inhaltlich.

DIE LINKE könnte bei den nächsten Bundestagswahlen so stark sein, dass gegen sie nur in Form einer Großen Koalition weiter regiert werden könnte, sicherlich nicht die Wunschvorstellung der SPD. Nur die Hoffnung, dass es zu einer Mehrheit für SPD und Grüne oder SPD und F.D.P. reicht, wobei letztere sich bereits auf die CDU/CSU festgelegt hat, ist wohl als illusorisch zu betrachten. Dies ist bereits mit den Ergebnissen der Landtagswahlen 2008 in Hessen und Niedersachsen deutlich aufgezeigt worden. Auch wenn jetzt sowohl Steinmeier als auch Beck, eine mögliche Rot-Rot-Grüne Koalition als nicht akzeptabel abtun, gibt es andere wie z.B. den Spitzenkandidaten der SPD im Saarland, der sich dies zumindest für die übernächsten Bundestags-, aber jetzt schon für die Landtagswahlen vorstellen kann. So kann die Existenz der neuen Partei zur inneren Zerreisprobe für die SPD werden und kann ihr auf Dauer Mitglieder kosten, wenn sich „Linke“ innerhalb der Partei nicht mehr vertreten fühlen sollten und einen Wechsel ins Auge fassen.

Betrachtet man alle Möglichkeiten, die durch die Existenz der neuen Linkspartei entstanden sind, so wird es politisch gesehen in Deutschland interessanter werden als bisher, es werden Konstellationen und Koalitionen entstehen, die bisher vielleicht theoretisch gedacht, aber als nicht realistisch abgetan werden. So hat eine Partei, dadurch, dass sie sich aufgelöst hat mehr erreicht, als wenn sie weiter in ihrer bisherigen Form existiert hätte. Ein interessanter Aspekt wie ich finde, genauso interessant wie die PDS in toto war, wenn man sich die Mühe der genauen Analyse gemacht hat.

Literaturverzeichnis

- **Abbey,** William, 1993: „Two into One Germany 1989 - 1992“: A Bibliography of the ‘Wende’. University of London/Institute of Germanic Studies, London.
- **Adolphi,** Wolfram, 1997: „Bestandene Reifeprüfung - und nun erst recht ruft das Leben“. Acht Notizen zum Schweriner Parteitag der PDS, In: Utopie kreativ: Nr. 77, 5 - 10.
- **Ders.**, 1998: „Der Osten und das Ganze und: Das Schweigen der Frauen“. Elf Notizen zum Rostocker Parteitag der PDS, in: Utopie kreativ: Nr. 91/92, 7 - 13.
- **Adomeit,** Hannes, 1990: „Gorbachev and German Unification: Revision of Thinking, Realigment of Power“. US Information Agency Hg). Problems of Communism, Washington, USA.
- **Akademie für Politische Bildung Tutzing,** 2005: Akademie Report 4/2005, Tutzing.
- **Albrecht,** Ulrich, 1992: (Abwicklung, 1992). „Die Abwicklung der DDR“: Die „2+4-Verhandlungen - Ein Insiderbericht“, Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH Wiesbaden.
- **Alemann,** Ulrich v. , 1994.: „Müssen wir die Politik neu erfinden?“ Kommentare und Bericht. Aus Blätter für deutsche und internationale Politik, o.Ort, 10 - 15.
- **Ders**., 1995: „Parteien“, Reinbeck: Rowohlt-Verlag.
- **Altenhof,** Ralf; **Jesse,** Eckehard (Hg.), 1995: „Das wiedervereinigte Deutschland.: Zwischenbilanz und Perspektiven“, Düsseldorf: Droste Verlag.
- **Ammer**, Thomas, 1995: „Die Machthierarchie in der SED“, München.
- **Andersen,** Uwe; **Woyke,** Wichard, 1997: „Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland“, Opladen: Leske + Budrich Verlag.
- **Anonym**, 1990: „Eine faire Chance“. IAP-Dienst 19-20/90.
- **Armanski,** Gerhard; **Graf,** Ralph, 1996: „Die PDS - ostdeutsches Auslaufmodell?“; aus: Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Nr. 134 (Heft 2, 96), 15 - 18.
- **Ash,** Timothy G., 1993: „Im Namen Europas, Deutschland und der geteilte Kontinent“, München, Wien, 564.
- **Asmus,** Ronald, 1996: „Kein Kult der Zurückhaltung mehr“, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 11.04.96.
- **Augstein,** Rudolf, 1989: „Vereinigung der Sieger“, DER SPIEGEL, Hamburg: Spiegel-Verlag 50(89).
- **Ders.**, 1989: „Was man nicht sagen darf“, DER SPIEGEL, Hamburg: Spiegel-Verlag 51(89):18.
- **Ders.**, 1994: „Vom Mitgestalten“. Kommentar v. R. Augstein über die PDS, DER SPIEGEL, Hamburg: Spiegel-Verlag, 27:26.

- **Ders.**, 1994: „Den Kanzler jagen“, DER SPIEGEL, Hamburg: Spiegel-Verlag 4(94) 6 - 17.
- **Ders.**, 1990: „Das ist der große Eiertanz“, DER SPIEGEL, Hamburg: Spiegel-Verlag 47(90) 68 - 79.
- **Ders.**, 1990: „Jetzt geht es erst richtig los“, DER SPIEGEL, Hamburg: Spiegel-Verlag 49(90) 6- 16.
- **Autorenkollektiv**, 1978: „Geschichte der SED – Abriß“, Berlin: Dietz-Verlag.

- **Backes**, Uwe; **Jesse**, Eckhard, 1989: „Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland“, Köln.
- **Baker,** James A, 1990: „Baker: Viermächtestatus von Berlin muss beendet werden. Pressekonferenz des Außenministers in Berlin“. In: Amerika Dienst - Information und Dokumentation: Deutschlandpolitik. Nr. 25/90. 1-3.
- **Bechtel,** Michael, 1994: „Grundlagen der anstehenden Wahlen: Was steht zur Wahl?“ Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Das besondere Wahljahr, Bonn, 10 - 14.
- **Beck,** Martin, 1998: „Die PDS im Westen“, untersucht am Beispiel des Landesverbandes Rheinland Pfalz, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft. Mai 98.
- **Becker**, Winfried, 1987: „CDU und CSU 1945 – 1950. Vorläufer, Gründung und nationale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei“, Mainz.
- **Behnen,** Peter; **Pohle,** Albrecht; **Wöppel,** Julius, 1995: „Revolution in der DDR: Informationen - Materialien - Fragen“, Hannover, 1990.
- **Beinert,** Heinz: „Die PDS - Phönix oder Asche?“, Berlin, Aufbau Verlag.
- **Belloni,** Frank P.; **Beller,** Dennis C., 1978: „Faction Politics“, Santa Barbara, Oxford, Clio Press Ltd.
- **Bender,** Christoph, 1994: „Die ostdeutsche Jugend und die Einheit“, Die politische Meinung. Februar 94.
- **Benjamin,** Michael, 1996: „Die PDS und ihr linker Flügel“. Aus Anlass des Beitrages von Ronald Lötsch. In: Utopie kreativ, Heft 69/70(96), 146 - 151.
- **Bertelsmann Stiftung (Hg.)**, 1991: „Wirtschafts- und arbeitskulturelle Unterschiede in Deutschland: Zur Wirkung außerökonomischer Faktoren auf die Beschäftigung“, Verf.: Miegel, Meinhard, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- **Beyme von**, Klaus, 1984: „Parteiensystem“, in: Nohlen, Dieter (Hg.), „Wörterbuch Staat und Politik“, München, 1995.
- **Bielick,** Jan, 1994: „Die PDS - immer noch ein Auslaufmodell?“, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, 41(Heft 11, 94), 1008 - 1011.

- **Bisky,** Lothar, 1995: Niederschrift des Referats auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS, Berlin, 27. Jan. 95. Hg.: PDS.
- **Ders.**, 1996: Rede auf dem Magdeburger Parteitag der PDS am 27.01.1996: „Kommunen stärken, Gesellschaft von unten verändern“, abgedruckt in Disput/Pressedienst 5/6 v. Februar 96, Hg.: Parteivorstand der PDS.
- **Ders.**, 1991: Rede auf der 1. Tagung des 6. Parteitages am 16.01.1999 in Berlin: „Sozialistische Politik zur Jahrtausendwende - In einer globalisierten Welt, in einem sozialdemokratisch dominierten Europa, als Teil der Neuen Mehrheit in der Bundesrepublik“. Redeskript für Pressevertreter.
- **Ders.**, 1995: „Wut im Bauch“. Kampf um die PDS. 29. November bis 7. Dezember 1994. Erlebnisse - Dokument – Chronologie, Berlin: Dietz-Verlag.
- **Bisky,** Lothar; **Czerny,** Jochen; **Mayer,** Herbert (Hg.), 1996: **„**Die PDS - Herkunft und Selbstverständnis“. Eine politisch-historische Debatte, Berlin: Dietz-Verlag.
- **Bisky,** Lothar; **Gysi,** Gregor; **Modrow,** Hans, 1995: „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel“. In: Disput Heft ¾.
- **Bögeholz,** Hartwig, 1995: „Die Deutschen nach dem Krieg“: Eine Chronik, Reinbeck: Rowohlt Verlag, 712.
- **Bogisch,** Frank, 1997: „Die PDS ist ein ernsthafter politischer Partner“, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte; 44 (4/97), 357 - 359.
- **Bohl,** Friedrich, 1990: „Der Sozialismus in den Parteiprogrammen“, in: Bericht aus Bonn, 18 (90), 3.
- **Bortfeld,** Heinrich, 1992: „Von der SED zur PDS“: Wandlung zur Demokratie? Bonn/Berlin.
- **Ders.**, 1991: „Der zweite Parteitag der PDS - zweite Tagung“, in: Deutschland - Archiv, 24(91), 936 - 940.
- **Ders.**, 1993: „Dritter Parteitag der PDS - eine Trendwende?“, in: Deutschland - Archiv, 26(93), 279 -282.
- **Ders.**, 1993: „Wahlaussichten der PDS“. In: Die politische Meinung, 287(93), 63 - 67.
- **Ders.**, 1994: „Die Ostdeutschen und die PDS“., in: Deutschland - Archiv, 27(94), 1283 - 1287.
- **Ders.**, 1994: „Warum ist im Osten die PDS so stark?“, in: Das Parlament, 39(94).
- **Ders.**, 1995: „Pyrrhussieg der Reformer. 4. Parteitag der PDS in Berlin“, in: Deutschland - Archiv, 28(95), 228 - 232.
- **Bouvier,** Beatrix, 1997: „Keine Kopie des französischen Linksbündnisses. Kommunistische Plattform und PDS im Vergleich“, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte. Heft 9, 775 - 780.
- **Bracher,** Karl - Dietrich; u.a.(Hg.), 1996: „Die moderne Demokratie und ihr Recht“, 1.Bd. Tübingen: 151 - 178.

- **Brandt**, Hans-Jürgen, 1982: „Die Kandidatenaufstellung zu der Volkskammer der DDR. Entscheidungsprozesse und Auswahlkriterien“, Berlin.
- **Brenner,** Michael, 1991: „Die Entwicklung des Wahlrechts und der Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit im wiedervereinigten Deutschland“, Aus dem Archiv des öffentlichen Rechts, 116(4/91), 537 - 587.
- **Brie,** Michael, **Woderich,** Rudolf, 2000: „Die PDS im Parteiensystem“, Berlin: Dietz-Verlag.
- **Brie,** André, 1992: „Befreiung der Visionen“. Für eine sozialistische Erneuerung, Hamburg.
- **Ders.**, 1991: „Radikale Reformpolitik?“, in: Sozialismus, 12(91), 31 - 34.
- **Ders.**, 1991: „Zur Programmdiskussion der PDS“, in: Utopie kreativ, 16(91), 105 - 114.
- **Ders.**, 1994: „PDS ante portas“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8(94), 935 - 940.
- **Brie,** André; **Chrapa,** Michael, 1996: „Grundsatzkommission der PDS; Zentrales Wahlbüro der PDS; Wählerpotential der PDS“. Erkenntnisse, Tendenzen und Möglichkeiten, Studie, November 96.
- **Brie,** André; **Herzig,** Martin; **Koch,** Thomas (Hg.), 1995: „Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei?“ Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Berlin.
- **Brie,** André; et al, 1997: „Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus“, Berlin: Dietz-Verlag.
- **Brie,** André, 1995: „Das politische Projekt PDS - eine unmögliche Möglichkeit“, Köln: Papy Rossa.
- **Broszat**, Martin; **Weber**, Hermann, (Hg.) 1990: „SBZ-Handbuch“, München.
- **Bruyn,** Günther de, 1994: „Die Sehnsucht nach der schöneren DDR“, Bruyn über ostdeutsche Gefühle und die Rolle der PDS. In: DER SPIEGEL, Hamburg: Spiegel-Verlag, 30(94), 38 - 43.
- **Buchhaas**, Dorothee, 1981: „Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 150 – 1973“, Düsseldorf.
- **Bücker,** Doris, 1990: „Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages“, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin, Bonn 97(90), 829 - 832.
- **Bühl,** Walter, L, 1992: „Deutschland im sozioökonomischen Systemvergleich: Diagnose und Ent-wicklungsperspektiven“, Opladen: Leske + Budrich.
- **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, 1994: „Nur mit uns“. Programm zur Bundestagswahl 1994, Bornheim.

- **Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)**, 1986: Information zur politischen Bildung. 212: Politische Ideologien, Bonn, August 86.
- **Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)**, 1990: Information zur politischen Bildung. 229: Bundestagswahl 1990, Bonn, Okt. 90.
- **Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)**, 1991: Information zur politischen Bildung. 231: Geschichte der DDR, Bonn, Mai 91.
- **Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)**, 1991: Information zur politischen Bildung. 233: Die Teilung Deutschlands 1955 bis zur Einheit, Bonn, Dezember 91.
- **Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)**, 1990: Information zur politischen Bildung. „Zur Entwicklung des deutschen Parteiensystems", Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn 37-38(90), 22 - 26.
- **Busse,** Thomas; **Dürr**, Tobias, 2004: „Die große Transformation", In: Aus Politik und Zeitgeschichte (2004) S. 62 – 78, Berlin.

- **CDU,** Vorstand (Hg.), 1994: „Freiheit in Verantwortung": Das Grundsatzprogramm. Bonn.
- **CDU,** Bundesgeschäftstelle (Hg.), 1994: „Wir sichern Deutschlands Zukunft": Regierungsprogramm von CDU und CSU, Bonn.
- **Chambers,** Nesbitt, 1963: „Party Development and Party action", in: Journal of History and Theory 1(63).
- **Chrapa,** Michael, 1996: „Zum Werteprofil der ostdeutschen PDS-Anhängerschaft: Grundmerkmale, Vergleiche und politische Schlußfolgerungen", in: Utopie kreativ, Heft 69/96, 152 - 160.
- **Ders.**, 1997: „Auf ein neues!" Vorschläge und Meinungen aus einer repräsentativen Befragung der PDS-Mitglieder im Frühjahr 1997 zur Vorbereitung des Wahlkampfes 1998, August 97 (ohne Orts- und Verlagsangabe).
- **Ders.**, 2000: „Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderungen, Optionen", Berlin, Dietz-Verlag.
- **Claus,** Roland, 2004: „Die PDS und die anderen – Parlamentarische Arbeit zwischen Ausgrenzung, Wettbewerb und Kooperation", Berlin, Dietz-Verlag.
- **Coppik,** Manfred, 1991: „Traditionen und Perspektiven einer Partei des demokratischen Sozialismus", in: Utopie kreativ, Heft 16, 115 - 120.
- **CORNELSEN** Verlag (Hg.), 1991: „Was zusammengehört, wächst zusammen". Heft für den Gebrauch an Schulen, Düsseldorf.

- **Dahn,** Daniela, 1996: „Westwärts und nicht vergessen", Berlin (ohne Verlagsangabe).

- **Dambroth,** Rüdiger, 1998: „Parlamentarische Bündnisbestrebungen von SPD und PDS im Wahljahr 1998“. Aus: Politische Studien, 49, Nr. 360: 29 - 38.
- **Deinert,** Rolf-Günther, 1998: „Die PDS, die rechten Parteien und das Alibi der „Politikverdrossenheit“, die Beweggründe westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wähler auf dem empirischen Prüfstand“. Aus: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3(98), 422 - 441.
- **Decker,** Frank, 2005: „Vom Rechts- zum Linkspopulismus – und wieder zurück“, in: Berliner Republik 6 (2005) 4, 20 – 23.
- **Deinert,** Rolf-Günther, 1998: „Die PDS, die rechten Parteien und das Alibi der „Politikverdrossenheit“, die Beweggründe westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wähler auf dem empirischen Prüfstand“. Aus: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3(98), 422 - 441.
- **Dettling,** Warnfried, 2005: „Regierungswechsel? Gezeitenwechsel!“, in: Berliner Republik, 6(2005)4, 6 – 9.
- **Dettling,** Warnfried, 1992: „Vom Elend der Selbstthematisierung“. In: Hofmann/Perger(Hg.): „Die Kontroverse“, Frankfurt/Main, Eichborn Verlag.
- **Deutscher Bundestag** (Hg.), 1994: 12. WP: Drucksache 12/8536. Bonn.
- **Die Linke.PDS,** 2005: Das Wahlprogramm der PDS, Berlin, 2005.
- **Dietzel,** Horst, 2000: „Die Grundsatzprogramm-Debatte bei SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und PDS“, Dietz-Verlag, Berlin.
- **Dietzel,** Horst, 1996: „Klassentheorie und linke Politik heute“, in: Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Heft 25.
- **Dietzel,** Horst; **Gehrcke,** Wolfgang, **Hopfmann,** Arndt; **Werner,** Harald, 1992: „Brückenköpfe“, Bonn, Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger.
- **Ditmich,** Karl-Heinz, 1992: „Das Bild der Parteien im vereinten Deutschland“: Für welche Bevölkerungsgruppe setzen sie sich ein?. Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, 34-35/92: 26 - 35.
- **Dittberner**, Jürgen, 1987: „FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik“, Opladen.
- **DIW**, 1995: „Technologische Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft trotz einzelner Schwachstellen unterschätzt“. In: Wochenbericht 33, Berlin.
- **Döhnert,** Albrecht; **Rummel,** Paulus, 1990: „Die Leipziger Montagsdemonstrationen“. In: Leipzig im Oktober: Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR, Berlin, Wichern-Verlag, 147 - 158.
- **Dohnanyi,** Klaus v., 1990: „Briefe an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre“, München, Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur Nachfolger.
- **Dörre,** Karin, 1994: „Wie in der SED“. PDS-Vorstandsmitglied K. Dörre über die Parteispitze: In: DER SPIEGEL, Hamburg, Spiegel-Verlag 37(94) 23 - 25.

- **Dürr,** Tobias, 2005: „Bewegung und Beharrung: Das künftige Parteiensystem“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 32 – 33/2005 , Berlin.
- **Ders.,** 2004: „Die Arbeitslosen von Senftenberg“ In: Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, 25(2004), 21 – 32.
- **Ders., 2005**: „Völkischer Populismus links gewendet“, In: Die ZEIT v. 06.04.2005.
- **Dyson,** Kenneth, 2005: “Economic Policy Management. Catastrophic Equilibrium, Tipping Points and Crisis Interventions”, In: Green/Paterson: “Governance in Contemporary Germany”, Cambridge, 115 – 137.
- **Eckert**, Rainer, 1995: “Die Rolle der Massenorganisationen im Alltag der DDR-Bevölkerung, in: Materialien der Enquete-Kommission (Anm.5) Bd. II/2, S. 1243 – 1300.
- **Ehrhold,** Uwe, 1991: „Organisationsfragen - das leidige Thema. Vor der Statutenkonferenz der PDS“. In: Disput 2/91.
- **Eisenmann,** Peter; **Hirscher,** Gerhard, 1992: „Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland“, München, Bonn, aktuell-Verlag.
- **Eppelmann,** Rainer,1995: „Zur inneren Einheit Deutschlands im fünften Jahr nach der Vereinigung“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B40/B41(95) 8 - 12.
- **Eppler,** Erhard, 1994: „Das fossile Ärgernis. E. Eppler über die deutsche Wende, Kommunisten, Sozialdemokraten und das Höppner-Modell“. In: DER SPIEGEL, Hamburg, Spiegel-Verlag, 29(94) 33 - 35.
- **Fach,** Wolfgang, 1994: „Die richtige Dosis Parteilichkeit“. In: Gaus, Günter; u.a. (Hg.). Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 10. Bonn, Blätter Verlagsgesellschaft mbH, 1187 - 1193.
- **Falkner,** Thomas; 2000: „Parteienidentität zwischen Fremdzuweisung und Selbstintension“, Berlin, Dietz-Verlag.
- **Falkner,** Thomas; **Huber,** Dietmar, 1994: „Aufschwung PDS - Rote Socken - zurück zur Macht“, München, Droemersche Verlagsanstalt.
- **Falter,** Jürgen W.; **Klein,** Markus, 1994: „Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest“. Aus Politik und Zeitgeschichte v. 23.12.94.
- **Feick,** Jürgen; **Uhl,** Herbert, 1991: „Das vereinigte Deutschland“, Thema Politik aktuell, Stuttgart: 7 - 12.
- **Feist,** Ursula, 1994: „Nichtwähler 1994“. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn 51 - 52(94), 35 - 55.
- **Fenske**, Hans; 1994: „Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart“, Paderborn.
- **Fetscher,** Irving. 1994: „Ausgrenzen, spalten oder einbinden? Zum Umgang mit einer Nachfolgepartei“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 39. Jg., Heft 8/94, 940 - 943.

- **Fisher,** Stephen L., 1974: „The minor parties of the Federal Republic of Germany“, Den Haag.
- **Förtsch**, Eckhard, 1996: “Die SED”, Stuttgart.
- **Frölich**, Jürgen, 1994: „Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR“, Köln.

- **Gabriel,** Oscar; **Niedermayer,** Oskar; **Stöss,** Richard, 1997: „Parteiendemokratie in Deutschland“, Bonn, Opladen, Westdeutscher Verlag.
- **Gabriel**, Oscar; **Falter**, Jürgen (Hg.), 1996: „Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien“, Frankfurt a. M.
- **Gallo,** Max, 1996: „Das Europa der Deutschen“. In: DER SPIEGEL, Hamburg, Spiegel-Verlag; 51(96) 140 - 141.
- **Geißler,** Heiner, 1991: „Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im vereinten Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte. (24.03.91).
- **Ders.**, 1995: „Gefährlicher Sieg“. Die Bundestagswahl 1994 und ihre Folgen, Köln, Kiepenheuer & Witsch.
- **Genscher,** Hans Dieterich, 1990: „Erklärung der Bundesregierung zum Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland v. 20. September 1990“. In: Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Nr. 113 v. 21.09.1990, Bonn, 1185 - 1188.
- **Gerner,** Manfred, 1994: „Partei ohne Zukunft“, München, Tilsner Verlag.
- **Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung** (Hg.), 1997: „Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus“, Berlin, Dietz - Verlag.
- **Gillessen,** Günther, 1990: „Britische Ungereimtheiten“. In: Frankfurter Allgemeine v. 20.07.1990.
- **Görtemaker,** Manfred, 1996: „Zusammenbruch des SED-Regimes“, In: Der Weg zur Einheit: Deutschland seit Mitte der Achtziger Jahre. Information zur Politischen Bildung, Bonn. 250, 1/96. 16 - 24.
- **Ders.**, 1996: „Probleme der inneren Einigung“. In: Der Weg zur Einheit... a.a.O., 46 - 55.
- **Ders.**, 1996: „Veränderungen im Zeichen der Entspannung“. In: Der Weg zur Einheit... a.a.O., 9 - 16.
- **Gorbatschow,** Michail, 1995: (Erinnerungen 1995). „Erinnerungen“. Aus dem Russischen von Igor Petrowitsch Gorodetzki, Berlin: Siedler Verlag.
- **Ders.**, 1987: (Perestroika, 1987). „Perestroika“: Die zweite russische Revolution. Lizenzausgabe, München: Droemer Knaur Verlag.
- **Gransow,** Volker; **Jarausch,** Konrad H., 1991: „Die deutsche Vereinigung“: Dokumente zu Bürgerbewegungen, Annäherungen und Beitritt. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln.

- **Grewe**, Wilhelm.; 1951: „Parteienstaat – oder was sonst?“, in: Der Monat, 3 (1950/51) 36, S. 563 – 577.
- **Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS**: „Neu beginnen...“ . Thesen zur Programmdiskussion, (Hg.): PDS, ohne Datum.
- **Diess**., 1997: „Innere Verfaßtheit und Perspektiven der PDS“, Berlin.
- **Diess**., 1996: „Wählerpotential der PDS: Erkenntnisse, Tendenzen und Möglichkeiten“, Berlin.
- **Gysi,** Gregor, 1990: „SPD-PDS“. In: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, 54/90, 4, 27 - 37.
- **Ders.**, 1990: „Nachdenken über die Partei“. In: Marxistische Blätter, Nr. 3, 10 - 45.
- **Ders.**, 1994: Ingolstädter Manifest. „Wir - mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag“, Berlin, Dietz-Verlag.
- **Ders.**, 1995: „Das war`s. Noch lange nicht!“ Autobiographische Notizen, Düsseldorf, ECON-Verlag.
- **Gysi,** Gregor; **Modrow,** Hans (Hg.), 1992: „Wir brauchen einen dritten Weg“: Selbstverständnis und Programmatik der PDS, Hamburg, VSA-Verlag.
- **Gysi,** Gregor; **Heuer,** Jens; **Schumann,** Michael, 1992: „Zweigeteilt - Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit“, Hamburg, VSA-Verlag.
- **Gysi,** Gregor; **Falkner,** Thomas, 1992: „Sturm aufs Große Haus“. Der Untergang der SED, Berlin.

- **Habermas,** Jürgen, 1993: „Mehr Demut - weniger Illusionen“, in: Die ZEIT v. 17.12.1993.
- **Hacker,** Jens, 1990: „Michail Gorbatschow und die engere sozialistische Gemeinschaft“. Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament B 19 - 20/90, Bonn.
- **Ders.**, 1990: „Krisen- und Anpassungs-Strategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR“. Aus Politik und Zeitgeschichte, 09.11.1990.
- **Ders.**, 1994: „Deutsche Irrtümer“: Schönfärber und Helfershelfer der SED Diktatur im Westen. Um ein Nachwort erweiterte, durchgesehene Taschenbuchausgabe (auf der Grundlage der 3. Auflage), Frankfurt/Main/Berlin: Verlag Ullstein.
- **Harnisch,** Hanno; **Heider,** Hannelore, 1992: „Gregor Gysi: Einspruch!“ Gespräche, Briefe, Reden, Berlin.
- **Hartleb,** Florian, 2004: „Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand der Schill-Partei und PDS“, Wiesbaden.
- **Hartwich,** Hans Hermann, 1985: „Policy-Forschung und die Grundlagen der Politikwissenschaften“, Opladen.

- **Hättich,** Manfred, 1990: „Deutschland: Eine zu späte Nation“ Mainz und München, v. Hase & Köhler.
- **Hankel,** Wilhelm, 1993: „Die sieben Todsünden der Vereinigung“, Berlin, Siedler.
- **Haufe,** Gerda; **Bruckmeier,** Karl, 1993: „Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern“, Opladen.
- **Haug,** Frigga; **Schröter,** Ursula; **Schenk,** Christina, 1996: „Links und feministisch“. In: Controvers, Berlin.
- **Haungs**, Peter, 1983: „Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)“, Paderborn.
- **Hegel,** Georg, F.,W., 1963: „Wissenschaft der Logik“, Leipzig, o.V.
- **Hein**, Dieter, 1985: „Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945 – 1949“, Düsseldorf**.**
- **Heinecke,** Herbert, 1994: „Die Parteienlandschaft in den Neuen Bundesländern“. o.V.
- **Henkel,** Hans-Olaf, 1995: „Fünf Jahre deutsche Wirtschafts- und Währungsunion“: Aufschwung mit Schönheitsfehlern, in: Wirtschaftsdienst. Hamburg, 6/95: 293.
- **Hennis**, Wilhelm 1974: Die Rolle des Parlaments und die Parteiendemokratie“, in: Löwenthal, Richard; Schwarz, Hans-Peter: „Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Eine Bilanz“, Stuttgart.
- **Henzler,** Herbert; **Späth,** Lothar, 1993: „Sind die Deutschen noch zu retten?“ München, Kindler Verlag.
- **Herles,** Wolfgang, 1990: „Nationalrausch: Szenen aus dem gesamtdeutschen Machtkampf‘ München, Kindler Verlag.
- **Hermann,** Jürgen, 1994: „Das Wahljahr 1994“. Weltgeschehen, Analysen und Berichte zur Weltpolitik für Unterricht und Studium, Heft IV. St. Augustin. Verlag für Zeitarchivare GmbH, 9 - 39.
- **Hettlage,** Robert; **Lenz,** Karl (Hg.), 1995: „Deutschland nach der Wende: eine Bilanz“, München, Beck`sche Reihe, 1114.
- **Hirschner,** Gerhard, 1997: „Kooperationsformen der Oppositionsparteien“, Hanns Seidel Stiftung, München.
- **Hoff,** Peter; **Wendler,** Klaus, 1994: „Der Rote Verführer“. Gregor Gysis Wahltour ’94 - Beobachtungen und Bemerkungen, Frankfurter Oder Edition.
- **Hoffmann,** Christa, 1990: „Die Entwicklung in der DDR 1989/1990“. In: Information zur Politischen Bildung 231: Bundestagswahl 1990. Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.). 4. Quartal 1990, Bonn, 11 -19.
- **Hradil,** Stefan, 1995: „Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und Altlasten in Ostdeutschland“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Das Parlament B20.

- **Hübner**, Emil; **Oberreuther**, Heinrich (Hg.), 1992: „Parteien in Deutschland zwischen Kontinuität und Wandel“, München.
- **Hüllen van**, Rudolf, 1990: “Ideologie und Machtkampf bei den GRÜNEN. Untersuchung zur programmatischen und innerorganisatorischen Entwicklung einer deutschen „Bewegungspartei““, Bonn.
- **Huntington,** Samuel, 1968: „Political Orders in Changing societies“, Yale, Book Crafters Inc.

- **IG Metall** (Hg.), 1994: „Arbeitsplätze schaffen. Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Reformfähigkeit erweitern“, Frankfurt am Main.
- **Immerfall**, Stefan, 1994: „Parteienforschung in der Parteienkrise“. Politische Vierteljahresschrift, (1994) 3, S. 480 – 492.
- **Institut für Marxismus – Leninismus**, (Hg.), 1978: „Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Berlin.
- **Jung,** Matthias; **Roth,** Dieter, 1994: „Kohls knappster Sieg“. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994! Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, 51-52/94, 3 -15.
- **Kaack**, Heino, 1971: „Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems“, Opladen.
- **Kaack**, Heino; **Kaack**, Ursula, 1973/1974: „Parteien-Handbuch“, Meisenheim am Glan.
- **Kaase**, Max; **Klingenmann**, Hans-Dieter, (Hg.), 1994: „Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990“, Opladen.
- **Kaltefleiter,** Werner, **Lübcke,** Barbara, 1991: „Die Struktur der deutschen Wählerschaft nach der Vereinigung“. Nr. 1/91.
- **Kaufmann,** Franz-Xaver, 2005: “Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen“, Frankfurt/Main.
- **Keiderling**, Gerhard (Hg.), 1993: „Die Gruppe Ulbricht in Berlin. April bis Juni 1945. Von der Vorbereitung im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation“, Berlin.
- **Keller,** Dietmar; **Kirchner,** Matthias(Hg.), 1993: „Zwischen den Stühlen“. Pro und Kontra SED, Berlin.
- **Kiessler,** Richard; **Elbe,** Frank, 1993: „Ein runder Tisch mit scharfen Ecken“ - Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. 1. Aufl., Baden-Baden.
- **Kistler,** Ernst; **Kaufmann,** Dieter, **Pfaff,** Anita B., 1994: „Die Wiedervereinigung der deutschen Männer braucht keine Frauen“, Aus Politik und Zeitgeschichte. (05.02.1994).
- **Klönne,** Arno, 1994: „Auf Entzug: Politik im Wahljahr?“. Kommentare und Berichte aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, o. Ort, I/94: 7 - 10.
- **Knabe,** Hubertus, 1996: „Stille Verkehrung der Fronten“, FAZ Nr. 75 v. 28.03.96.

📖 **Kneuer,** Marianne, 1994: „Die ostdeutsche Jugend und die Einheit“. Die politische Meinung, 2/94.

📖 **Köcher,** Renate, 1994: „Auf der Woge der Euphorie“. Aus Politik und Zeitgeschichte, Dezember 94.

📖 **Köhler,** Jörg; **Harnisch,** Hanno, 1995: „Gregor Gysi. Freche Sprüche“, Berlin.

📖 **Land,** Rainer; **Possekel,** Ralf, 1995: „Orthodoxie und Modernität - Vom Sinn der Richtungskämpfe“, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, 42. Jg., H. 5: 415 - 424.

📖 **Lang,** Jürgen; **Moreau,** Patrick, 1994: „PDS – Das Erbe der Diktatur“, in: Monatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, 45. Jg., 9/94.

📖 **Lapp**, Jürgen, 1988: „Die befreundeten Parteien der SED. DDR - Blockparteien“, Köln.

📖 **Larrabee,** F. Stephan, 1931: „From Reunification to Reassociation: New Dimensions of the German Question“. The Institute for East-West Security Studies. The Two German States and European Security. New York, USA: St. Martin’s Press, Inc., 1989.

📖 **Lasswell,** Harold: „Factions“, New York.

📖 **Laubsch,** Michael, 1996: „Geschichtsbild und historische Aufarbeitung der PDS/Linke Liste im 12. Deutschen Bundestag“. Aus: Eckert, Rainer; Faulenbach, Bernd(Hg.): Halbherziger Revisionismus zum postkommunistischen Geschichtsbild, München, Olzog - Verlag.

📖 **LeGloannec,** Anne-Marie, 1989: „Francels German Problem“. The Institute for East-West Security Studies. The Two German States and European Security. New York, USA: St. Martin’s Press, Inc.

📖 **Lehmbruch,** Gerhard, 1986: „Interest groups, government, and the politics of protectionism“, in: Außenwirtschaft, 3/86.

📖 **Leicht,** Robert, 1990: (Frieden, 1990). „Den Frieden mit Deutschland gemacht: Gorbatschow und Kohl zogen einen Schlußstrich unter die Vergangenheit“. In: Die ZEIT: Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur. Nr. 30, 20. Juli 1990. Hamburg: 1 f.

📖 **Lenin,** W. I., 1955-1964: „Werke“, Berlin: Dietz-Verlag.

📖 **Linke Liste,** PDS (Hg.), 1990: „Für eine starke linke Opposition“, Potsdam: Märkische Verlags- und Druck Gesellschaft.

📖 **Linnenmann,** Rainer, 1994: „Die Parteien in den neuen Bundesländern“, Münster: Waxman-Verlag.

📖 **Lipset,** Martin Seymour; **Stein,** Rokkan, 1967: „Party Systems and Voter Alignments“, New York.

- **Longerich,** Peter, 1990: „Was ist es Deutschen Vaterland?“ Dokumente zur Frage der deutschen Einheit 1800-1990, München: Piper Verlag.
- **Lösche, Peter**, 2000: „Neuer Typs von Partei“, In: Brie, Michael, Woderich, Rudolf: „Die PDS im Parteiensystem“, Berlin: Dietz-Verlag.
- **Mackscheidt,** Klaus, 1993: „Steuer- und Abgabenerhöhung zur Finanzierung der Einheit – Risiken und Grenzen“, in: Finanzierung der deutschen Einheit: Grundlagen und Perspektiven. Dr. Langkau, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn: 55-62.
- **Mair,** Peter (Hg.), 1990: „The West European Party System“, Oxford.
- **Malycha**, Andreas, 1995: „Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ“, Bonn.
- **Mampel**, Siegfried, 1982: „Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar“, Frankfurt a. M.
- **Max,** Karl; **Engels,** Friedrich, 1955-1964: „Gesammelte Werke“, Berlin: Dietz-Verlag.
- **Mayr,** Walter, 1994: „Sieg der Bananenfresser“. Spiegelreporter W. Mayr über die rote Renaissance im deutschen Osten. Der Spiegel, Nachrichtenmagazin. Hamburg, 37: 77-90.
- **Meadows,** Donella; **Meadows**, Dennis, 1992: „Die neuen Grenzen des Wachstums“, Stuttgart.
- **Meier-Walser,** Reinhard, 1994: „Großbritannien auf der Suche nach einem Platz im ‚Herzen Europas‘“, in: Außenpolitik, 1/1994.
- **Mintzel,** Alf, 1998: „Die CSU-Hegemonie in Bayern - Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer“, Passau: Wissenschaftlicher Verlag Rothe.
- **Ders**., 1978: „Die CSU - Anatomie einer konservativen Partei“, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- **Misselwitz,** Hans-Jürgen, 1996: „Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen“, Bonn (ohne Verlagsangabe).
- **Mohler,** Peter Ph., 1992: „Auf dem Weg zur stabilen gesamtdeutschen Demokratie: Soziologische Betrachtungen zum Prozess der deutschen Einheit“, Bonn: Aus Politik und Zeitgeschichte 41/92: 37-45.
- **Moreau,** Patrick; **Lang,** Jürgen, 1992: „PDS“, Bonn: Bouvier-Verlag.
- **Ders.**, 1994: „Was will die PDS“, Frankfurt/Berlin: Ullstein-Verlag.
- **Ders.**, 1996: „Linksextremismus“, Bonn: Bouvier-Verlag.
- **Müller-Engsberg**, Helmut; **Schulz**, Marianne; **Wieglohs**, Jan, (Hg.), 1991: „Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin.

- **Müller-Rommel,** Ferdinand, 1982: „Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD“, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- **Neugebauer,** Gero, 1994: „1994 im Aufschwung. Die PDS. Eine Bilanz“, in: Gegenwartskunde 4/94.
- **Neugebauer,** Gero; **Reister,** Hugo (Friedrich-Ebert-Stiftung Hg.), 1996: „PDS und Gewerkschaften“.
- **Neugebauer,** Gero; **Stöss,** Richard, 1996: „Die PDS“, Opladen: Leske+Budrich.
- **Neugebauer,** Gero, 2000: „Zur Akzeptanz der PDS in der politischen Konkurrenz“, In: Brie, Michael, Woderich, Rudolf: „Die PDS im Parteiensystem“, Berlin: Dietz-Verlag.
- **Nickel,** Hildegard, 1995: „Frauen im Umbruch der Gesellschaft“. Aus Politik und Zeitgeschichte, 01.09.1995.
- **Niedermayer,** Oskar, 2000: „Grundzüge des deutschen Parteiensystem“, In: Brie, Michael, Woderich, Rudolf: „Die PDS im Parteiensystem“, Berlin: Dietz-Verlag.
- **Niedermayer**, Oskar; **Stöss**, Richard (Hg.), 1994: „Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern“, Opladen.
- **Noelle-Neumann,** Elisabeth, 1996: „Die Jahre der Einheit“, in: Die politische Meinung, 12/1993.
- **Oberreuter,** Heinrich: „Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie“, München, Landsberg a.L.: Olzog Verlag.
- **Oberreuter,** Heinrich; **Mintzel,** Alf, 1990: „Parteien in der Bundesrepublik Deutschland“, München: Olzog Verlag.
- **Oechelhaeuser,** Gisela, 1993: „Lothar Bisky: So tief bücke ich mich nicht!“, Berlin.
- **Olzog,** Günter, 1993: „Die politischen Parteien in Deutschland“, München.
- **Olzog,** Günter; **Liese,** Hans-J., 1996: „Die politischen Parteien in Deutschland“, München: Olzog-Verlag.
- **Otfried,** Arnold et al., 1995: „Von den Anfängen“, Berlin: Dietz-Verlag. **o. V.,** 1996: „Wozu haben wir den Kalten Krieg beendet?“. Die ZEIT, Hamburg: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co., ll (08.03.1996): 9-11.
- **PDS,** 1991: PDS-Dokumente-2, Juni 1990-Jan 1991, Hg.: Parteivorstand der PDS, Berliner Literaturbüro, Berlin, ohne Datum.
- **PDS,** 1991: PDS-Reden. Beschlüsse und Dokumente, 2. Parteitag, 2. Tagung, Berlin, 21. Bis 23. Juni 1991, Hg.: PDS, ohne Datum.
- **PDS,** 1998: Das Wahlprogramm der PDS, Berlin 1998.
- **PDS,** 2002: Das Wahlprogramm der PDS, Berlin 2002.

📖 **Pfahl-Traughber,** Armin, 1995: „Was ist aus den Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen der DDR geworden?“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Zeitschrift Das Parlament, B 40-41: 34-45.

📖 **Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus,** 1993: 1. Tagung 3. Parteitag 29. - 31. Januar 1993

📖 **Prützel-Thomas,** Monika, 1995: „Kein ‚Ausverkauf‘ der DDR: Anspruch und Wirklichkeit des Einigungsvertrages“, in: Altenhoff/Jesse (Hg.), „Das wiedervereinigte Deutschland“, Düsseldorf: 129.

📖 **Ranney,** Andrew; **Kendall,** William, 1956: „Democracy and the American Party System“, New York.

📖 **Raschke,** Joachim, 1994: „SPD und PDS: Selbstblockade oder Opposition?“, in: Gaus, Günter et all (Hg.), Blätter für deutsche und internationale Politik, 12. Bonn: Blätter Verlags Gesellschaft mbH: 1453-1464.

📖 **Ders.**, 1978: „Die politischen Parteien in Westeuropa“, Reinbeck.

📖 **Reich,** Jens G., 1991: „Bürgerbewegungen und das parlamentarische Netzwerk“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1: Bonn: Blätter Verlags Gesellschaft mbH: 43-50.

📖 **Roemheld,** Regine, 1983: „Minorisierung als Herrschaftssicherung“, Frankfurt/Main: Campus.

📖 **Rose,** Richard, 1980: „Do parties make a difference?“, London.

📖 **Rowbotham,** Sheila, 1993: „Nach dem Scherbengericht. Über das Verhältnis von Feminismus und Sozialismus“. Argument-Sonderband, AS 217, Hamburg.

📖 **Runge,** Irene; **Stelbrink,** Uwe, 1990: „Gregor Gysi: Ich bin Opposition“, Berlin.

📖 **Sabath,** Wolfgang, 1993: „Gregor Gysi“, Berlin.

📖 **Sartori,** Giovanni, 1971: „Proporzionalismo, frazionalismo e crisi die partiti“, in: Rivist Italiana di Scienza Politica, 3.

📖 **Ders**., 1976: “Parties Systems. A Framework for Analysis”, Cambridge.

📖 **Schäuble,** Wolfgang, (Hg.), 1991: „Der Vertrag – Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte“, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

📖 **Ders.**, 1993: „Die neue Mauer wächst, erst vereint, nun entzweit“, Der Spiegel, 3.

📖 **Ders.**, 1994: „Und der Zukunft zugewandt“, Berlin/München: Siedler Verlag.

📖 **Ders.**, 1995: „Danach ist man immer schlauer“, in: Zeitpunkte, Nr. 5.

📖 **Ders.**, 1995: „Auferstanden aus Ruinen“, Der Spiegel, 36.

📖 **Scheer,** Hermann, 1995: „Zurück zur Politik“, München.

- **Schönbohm**, Wulf, 1985: „Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950 – 1980“, Stuttgart.
- **Schöningh,** Ferdinand, 1990: „Realer Sozialismus“. P wie Politik. Die deutsche Frage. Ergänzungsheft, Paderborn, 1990.
- **Schmid,** Günter, 1994: „Übergänge in die Vollbeschäftigung. Formen und Finanzierung einer zukunftsgerechten Arbeitsmarktpolitik“. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Discussion Paper FS I 93 - 208.
- **Schmid,** Josef, 1984: „Die CDU“, Opladen: Leske+Buderich.
- **Schumpeter,** Joseph, 1987: „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, Tübingen, o.V..
- **Schütt,** Hans-Dieter, 1995: „Zu jung, um wahr zu sein?“ Gespräche mit Sahra Wagenknecht, Berlin.
- **Scott,** William Robert, 1986: „Grundlagen der Organisationstheorie“, Frankfurt/Main.
- **Seifert,** Jürgen, 1994: „Kräfteverhältnisse und Optionen im neuen Bundestag“, in: Gaus, Günter et al (Hg:), Blätter für deutsche und internationale Politik, 12., Bonn: Blätter Verlagsgesellschaft mbH: 1448-1452.
- **Ders.,** 1990: „Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46-47: 38-53.
- **SPD,** Vorstand (Hg.), 1994: „Politik. Das Regierungsprogramm `94“, Bonn.
- **SPD**, Vorstand (Hg.), 1990: „Regierungsprogramm 1990-1994: DER NEUE WEG“, Bonn.
- **SPIEGEL,** 1990: „Stahlkraft in der Szene“. Interview mit Antje Vollmer (Grüne) und Gregor Gysi (PDS) über die Chancen der Linken im einig Vaterland, 14: 56-59.
- **Dass.,** 1990: „Dann wird der Kampf heiß“, 21: 18-29.
- **Dass.,** 1990: „Durch die Hintertür“, 30: 51 f.
- **Dass.,** 1990: „Das wird wahnsinnig schwer“. Interview mit dem SPD Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine über den Wahlsieg und die Kosten der Einheit, 33: 22.
- **Dass.,** 1990: „Die reichste Partei Europas“, 34: 32-38.
- **Dass.,** 1990: „Kader mit Promis“, 40: 57-60.
- **Dass.,** 1990: „Alte Tapeten“, 44: 61-65.
- **Dass.,** 1994: „Angst vor den Bürgern“, 11: 40-49.
- **Dass.,** 1994: „Die Kader regieren mit“. Interview mit Gregor Gysi (PDS) und Werner Schulz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) über Ostalgie und Opposition, 13.
- **Dass.,** 1994: „Auferstanden aus Ruinen“, 26: 16-19.
- **Dass.,** 1994: „Regieren mit der PDS“, 27: 24-27.

- **Dass.,** 1994: „Das Gespenst der DDR“, 27: 27-33.
- **Dass.**, 1994: „Locker geläutert“, 28: 27 f.
- **Dass.,** 1994: „Gefährliche Erbschaft“, 32: 30-34.
- **Dass.,** 1994: „Falsche Freunde“, 33: 20-22.
- **Dass.,** 1994: „Sozialismus an sich...“, Emnid Umfrage für den Spiegel, 33: 111.
- **Dass.**, 1994: „Heiliger Ernst“, 34: 39f..
- **Dass.,** 1994: „Sargdeckel auf“, 40: 18-28.
- **Dass.,** 1994: „Wilde Sau“, 41: 23 f.
- **Der SPIEGEL,** 2007: „Neue Linke – Neue Chance“, Emnid-Umfrage für den Spiegel 14.
- **Spittmann,** Ilse, 1995: „Fünf Jahre danach – Wieviel Einheit brauchen wir?“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 15.09.
- **Dies.**, 1990: „Runderneuert – Die PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus“, in: Deutschlandarchiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, 23, 4: 508-511.
- **Statistisches Bundesamt,** 2007: Datenreport 2006. http://www.destatis.de
- **Steubl,** Dieter (Hg.): „Vereinigt was jetzt? – Eine kritische Analyse der Wiedervereinigung“, Hamburg, 1997.
- **Stöss,** Richard, 1984: „Sollen die Grünen verboten werden?“, in: Politische Vierteljahresschriften, 25: 4.
- **Sturm,** Richard, 1986: „Policy-Forschung“, in: v. Beyme (Hg.), Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. Opladen.
- **Sturm,** Eva; **Schmidt,** Eberhard, 1997: „Ein Kommentar zur Programmatik der PDS oder das Problem der Diskursunfähigkeit“, in: Utopie kreativ, H. 84: 81ff.
- **SZ,** 2007: „Gysi – Lafontaine, das neue Traumpaar der Linken ?“, SZ, 63. Jahrgang, 12. Woche.
- **SZ,** 2007: „Dortmund der Aufbruch ?“, SZ, 63. Jahrgang, 11. Woche.
- **SZ,** 2007: PDS/Die Linke klagt vor Bundesgerichtshof gegen Tornadoeinsatz, SZ, 63. Jahrgang, 16. Woche.
- **Templin,** Wolfgang, 1994: „An der Wand“. W. Templin über den Umgang mit der Vergangenheit. Der Spiegel, Nachrichtenmagazin. Hamburg, 39: 24.
- **Volkens,** Andrea, 2000: „Dritte Wege in Europa – Chancen für linkssozialistische Parteien?“, Berlin, Dietz-Verlag.
- **Diess.,** 2004: „Programmatische Strategien der Parteien im Bundestagswahlkampf 2002“, Berlin, Dietz-Verlag.

- **Wettig,** Gerhard, 1994: „Das Ende der DDR 1989/90 – Ergebnis geschichtlichen Zufalls?“ Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien, Nr. 59, Köln.
- **Wiesenthal,** Helmut, 2005: „Wirtschaftskonservatismus. Das Münchhausen-Dilemma der Reformpolitik“, In: Berliner Republik, 6 (2005) 4, 54 – 63.
- **Wilke,** Manfred, 1998: „Die Diktaturkader André Brie, Gregor Gysi, Lothar Bisky und das MfS“, Aus: Politische Studien, 49. Jg., Nr. 360, 39 - 69.
- **Windhoff-Héritier,** Andres, 1987: „Policy-Analyse“, Frankfurt.
- **Winters,** Peter Jochen, 1998: „Hat die PDS eine Zukunft?, in: Deutschland-Archiv, 3/31, 358 - 360.
- **Wittich,** Dietmar, 2000: „Mitgliedschaft und Wählerschaft der PDS zwischen Kontinuität und Veränderung“, Berlin, Dietz-Verlag, Wahlprogramme?“, Berlin.
- **Wolf,** Herbert, 1995: „Woher kommt und wohin geht die PDS?“, Berlin, Reihe controvers.

- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Die Funktion der kemalistischen Revolution bei der Integrationsfrage der Türkei in die Europäische Union, Reader zum Seminar, Berlin 2002
- **YAZICIOĞLU**, Ümit Europäische Studien zur Integration der Türkei, - Der Andere Verlag, Osnabrück 2002.
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Die Dynamik in der Europäischen Union, Auswirkungen auf politische, rechtliche sowie institutionelle Rahmenbedingungen, Osnabrück, Der Andere Verlag 2003, Zugl: FU-Berlin, Diss., 2003
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Die Bedeutung der Religion für eine europäische Identität in: Europäische Studien zur Integration der Türkei, Heft 1, Der Andere Verlag, Osnabrück 2002, s 9-38
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Stellen die Grundrechte der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten eine Quelle staatlicher Schutzpflichten dar? in: Europäische Studien zur Integration der Türkei, Heft 1, Der Andere Verlag, Osnabrück 2002, s 53-78
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Das Auseinanderfallen des integrationspolitischen Wollens und Könnens zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in: Europäische Studien zur Integration der Türkei, Heft 1, Der Andere Verlag, Osnabrück 2002, , s 121-138
- **YAZICIOĞLU,** Ümit Zuwanderung von Kurden: Ursachen und Asylrechtsprechung, die PKK und der Fall Öcalan - 1. Aufl. - Berlin: Köster, 2000
- **YAZICIOĞLU,** Ümit Das Asylgrundrecht und die türkisch-kurdische Zuwanderung / Ümit Yazicioglu. –Frankfurt am Main; Berlin; Bern; Bruxelles; New York; Oxford; Wien: Lange, 2000 (Europäische Hochschulschriften : Reihe 2, Rechtswissenschaft ; Bd. 2930) Zugl: Speyer. Dt. Hochsch. für Verwaltungswiss., **Diss., 1999**
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Die Bildung von Fraktionen im Parlament : verfassungsrechtliche, wahlrechtliche und geschäftsordnungsrechtliche Vorgaben, Ümit Yazicioglu. – 1. Aufl. – Berlin: Köster, 2000

- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Grundfragen des Abschiebeverfahrens im deutschen Rechts- und Verfassungssystem, in: Recht und Politik, Heft 3, 2002, S, 153-166
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Die Türkei-Politik der Europäischen Union, 1. Aufl., Der Andere Verlag, Osnabrück 2004
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Träger und Leistungen der Wohlfahrtspflege in: Europäische Studien zur Integration der Türkei, Heft 1, Der Andere Verlag, Osnabrück 2002, 39-52
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Rechtstellung des Abgeordneten in: Europäische Studien zur Integration der Türkei, Heft 1, Der Andere Verlag, Osnabrück 2002, s 139-160
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Der Zypernkonflikt in: Europäische Studien zur Integration der Türkei, Heft 1, Der Andere Verlag, Osnabrück 2002, s 161-184
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Die völkerrechtliche Verbürgung des Rechts auf Asyl, in READER für das PS 15067 - Das Asylgrundrecht des Grundgesetzes - am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin im Sommersemester 2002, S 20-41

- **YOIS Deutschland,** 2005: „Politiktest 2005, Wie zukunftsfähig sind die Deutschen“, Berlin, 2005.
- **Zariski,** Raphael, 1960: „Party Factions and Comparative Politics“, in: Midwest Journal of Political Science 1.
- **Zimmer,** Gabi, 1996: „Intensiver mit Kommunalpolitik beschäftigen!“ In: Disput, Heft 2.

Internetquellen

- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Kopftuchstreit , in: http://www.istanbulpost.net/03/09/05/kopftuch.htm
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Die aktuelle Debatte über den Terrorismus , in: Istanbul Post http://www.istanbulpost.net/03/11/04/yazicioglu.htm
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Die europäische Orientierung der Türkei, in: Istanbul Post http://www.istanbulpost.net/03/11/02/yazicioglu.htm.
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Ist ein EU-Beitritt der Türkei rechtlich einklagbar?, in: Istanbul Post http://www.istanbulpost.net/03/12/03/yazicioglu.htm.
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Europäische Identitätsbildung in der internationalen Diemension, http://www.istanbulpost.net/03/05/03/yazicioglu.htm

- http://www.verfassungsschutz-bw.de/rechts/files/r_parteien_2006-04.htm
- http://www.swr.de/landtagswahl/bw.de, Internetauswertung vom 27. März 2006.
- http://www.statistik.bremen.de/sixcms/media.php/13/trends.pdf

- http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/bundesergebnisse
- http://www.linksfraktion.de
- http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/sitzverteilung/1543.html
- https://www-ec.destatis.de
- http://de.wikipedia.org/wiki/WASG
- http://www.w-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050531.pdf
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: **Avrupa`daki Türkiye analiz´i, in: ZAMAN 07. Temmuz 2003, Seite 11** http://www.zaman.com.tr/2003/07/08/yorumlar/yorum2.htm
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Ist Terrorismus eine politische Faktor? http://www.istanbulpost.net/03/09/03/yazicioglu.htm
- **YAZICIOĞLU,** Ümit : Die europäisch-türkischen Beziehungen in: http://www.istanbulpost.net/03/04/01/yazicioglu.htm.
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Die rechtlichen Folgen des Angriffskrieges gegen Irak in: http://www.istanbulpost.net/03/04/01/yazicioglu.htm.

- **ZEITUNGEN**
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: **Avrupanin Türkiye Oyunu, in DEM, Sayi 13, Mayia 2002, S. 2**
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: **Die Folgen von Ämterpatronage, in DEM Sayi 13, Mayis 2002, S. 10.**
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Basörtüsüne yabanci anlamlar yüklenmemeli, in ZAMAN, 26.09.2003, S 13
- **YAZICIOĞLU,** Ümit: Türkiye nin AB ye girişini AB nin öncelıikleri belirleyecek in ZAMAN 27. Novemberr 2003 Seite 12

13. Anlage

13.1 Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1	Mitgliederentwicklung der PDS 1989-2006	62
Abb. 2	Anteil von Personen mit legitimierender Haltung zur sozialen Ungleichheit, 1980-2004	168
Abb. 3	Lohnstückkosten im internationalen Vergleich	176
Abb. 4	Bundestagswahlergebnisse (1990-2005) FDP, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke.PDS	238
Abb. 5	Landtagswahlen Brandenburg 1990 bis 2004	254
Abb. 6	Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern 1990 bis 2006	255
Abb. 7	Landtagswahlen Sachsen 1990 bis 2004	255
Abb. 8	Landtagswahlen Sachsen-Anhalt 1990 bis 2006	256
Abb. 9	Landtagswahlen Thüringen 1990 bis 2004	256
Abb.10	Bundestagswahlen 1990 bis 2005	264

13.2 Satzung

Satzung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der PDS

Beschlossen auf der 1. Tagung des 2. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 5. Oktober 1991, geändert von der 3. Tagung des 3. Landesparteitages am 25. Februar 1995 sowie der 1. Tagung des 4. Landesparteitages am 16./17. September 1995.

Der Landesverband Sachsen-Anhalt der PDS wirkt auf der Grundlage des Statuts der Partei des Demokratischen Sozialismus. Die Satzung des Landesverbandes regelt die Beziehungen zwischen den verschiedenen Organisationsebenen und -formen der Partei in Sachsen-Anhalt, soweit dazu im Statut der PDS keine Festlegungen erfolgt sind.

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

(1) Der Landesverband Sachsen-Anhalt der PDS ist die Organisation der Partei des Demokratischen Sozialismus im Bundesland Sachsen-Anhalt. Die Kurzbezeichnung lautet PDS Sachsen-Anhalt.
(2) Das Tätigkeitsgebiet des Landesverbandes erstreckt sich auf das Bundesland Sachsen-Anhalt.
(3) Sitz des Landesvorstandes ist Magdeburg.

§ 2
Allgemeine Gliederung des Landesverbandes

(1) Der Landesverband gliedert sich in Gebietsverbände (Kreis- oder ***Stadt***verbände) und Organisationen der Basis.
(2) Mitglieder und Gruppen des Landesverbandes haben das Recht, sich in Arbeits- und Interessengemeinschaften, Plattformen sowie anderen Organisationsformen der Basis eigenständig zusammenzuschließen. Sie werden als landesweite Organisationsformen entsprechend Absatz (1) anerkannt, wenn sie in mindestens einem Drittel der Gebietsverbände wirken oder wenn der Landesparteitag dies entscheidet.

§ 3 Die Gebietsverbände

(1) Organisationen der Basis bilden einen Gebietsverband (Kreis- oder Stadtverband). Innerhalb des Gebietsverbandes können sie sich zu Orts- oder Gemeindeverbänden zusammenschließen.
(2) Das höchste Organ des Gebietsverbandes ist die Mitgliedervollversammlung oder die Delegiertenversammlung. Über die Einberufung des höchsten Organs der Gliederungen, deren Organe sowie deren Aufgaben entscheiden die Gebietsverbände im Rahmen des Statuts der PDS und der Satzung des Landesverbandes eigenständig.

(3) Das höchste Organ ist beschlußfähig, wenn mindestens 2/3 aller Organisationen der Basis in der Mitgliedervollversammlung vertreten sind bzw. wenn die Mehrheit (50 % plus 1 Mandat) aller gewählten Delegierten anwesend sind.
(4) Die Gebietsverbände verfügen im Rahmen der Finanzordnung des Landesverbandes eigenverantwortlich über ihre materiellen und finanziellen Mittel. Mit dem Finanzplan des Landesverbandes wird ein Finanzausgleich zwischen den Gebietsverbänden beschlossen.
(5) Mehrere Gebietsverbände einer Region können zur Verbesserung der Zusammenarbeit lose Organisationsformen eingehen. Diese Formen haben koordinierende Funktion.

§ 4 Zusammenschlüsse

(1) Mitglieder und Organisationen der Basis des Landesverbandes haben das Recht, sich in regionalen und überregionalen Zusammenschlüssen zu vereinigen. Die Zusammenschlüsse können sich im Rahmen des Statutes auch über den Landesverband hinaus mit Zusammenschlüssen anderer Gliederungen der PDS verbinden. Zusammenschlüsse sind Sammlungen ideologischer und politischer Strömungen (Plattformen) und Sammlungen aufgrund spezieller sozialer und anderer Interessen (Arbeits- und Interessengemeinschaften, Initiativgruppen) oder zur zeitweiligen Arbeit an einem Projekt (Projektgruppen).
(2) Diese Zusammenschlüsse können einen eigenen Namen führen, im Namen oder ihrer Satzung muss eindeutig die Zugehörigkeit des Zusammenschlusses zur PDS ausgedrückt sein.
(3) Sie regeln ihre innere Arbeit selbst. Sie beteiligen sich an der Willensbildung des Landesverbandes innerhalb seiner Organe und Gremien sowie der Gliederungen des Landesverbandes und ihrer Organe und Gremien. Sie können sich eine eigene Satzung geben, die auf der Grundlage des Statuts der PDS und der Satzung des Landesverbandes steht.
(4) Die materiellen und finanziellen Grundlagen ihrer Tätigkeit sind entsprechend der Finanzordnung des Landesverbandes wie Basisorganisationen zu regeln sowie gegebenenfalls finanzielle Unterstützung über die Finanzpläne des Landes- sowie der Gebietsverbände zu sichern.

§ 5 SympathisantInnen

(1) SympathisantInnen haben das Recht, in Gliederungen und Zusammenschlüssen des Landesverbandes zu wirken und Mitgliederrechte wahrzunehmen. Über die Einschränkung ihrer Rechte entscheiden die jeweiligen Gliederungen und Zusammenschlüsse selbst.
(2) Die Mitgliederrechte beziehen sich nicht auf das Stimmrecht in Finanz- und Satzungsangelegenheiten des Landesverbandes, die Mitwirkung in Schieds- und Finanzrevisionskommissionen und das passive Wahlrecht zu Funktionen im Landesverband. SympathisantInnen können nicht an Urabstimmungen teilnehmen.

§ 6 Die Organe des Landesverbandes

Organe des Landesverbandes sind

* der Landesparteitag
* der Landesvorstand
* der Landesparteirat

* die Landesschiedskommission
* die Finanzrevisionskommission.

§ 7 Wahlen

(1) Jedes Mitglied des Landesverbandes hat das Recht, das aktive und passive Wahlrecht auszuüben.
(2) Organisierte Minderheiten haben das Recht, bei Wahlen Kandidaten zu nominieren. Sie werden bei Delegiertenschlüsseln gleichberechtigt berücksichtigt.
(3) Durch die Wahlordnung ist zu gewährleisten, dass Landesparteitag und Landesvorstand mit wenigstens 50 % Frauen besetzt sind und in den Organen des Landesverbandes die Interessenvertretung auch nichtorganisierter Minderheiten ermöglicht wird.
(4) Die Wahlen der Mitglieder der Vorstände, Schieds- und Finanzrevisionskommissionen sowie der Delegierten zu VertreterInnenversammlungen sind geheim.
(5) Vorstände und andere Organe der Partei können auch während der Wahlperiode von den Gremien, die sie gewählt haben, abgewählt werden.
Gewählte Mitglieder und Organe des Landesverbandes haben das Recht, gegenüber den Gremien, die sie gewählt haben, die Vertrauensfrage zu stellen.
(6) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit ihrer Durchführung angefochten werden.
(7) Über die Aufstellung der KandidatInnen der PDS zu Europa-, Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen entscheidet unter Beachtung des Statuts der PDS (XII, 7) die VertreterInnenversammlung der Gebietsebene, die territorial dem Wahlgebiet entspricht.
(8) Ein und dieselbe Wahlfunktion in der PDS oder ein und dasselbe parlamentarische Mandat durch die PDS, sofern hauptamtlich, soll nicht länger als 8 Jahre hintereinander von ein und derselben Person ausgeübt werden. Der Ablauf der jeweiligen Legislaturperiode ist dabei zu berücksichtigen.
Eine abermalige Wahl ist danach nur nach Ablauf einer vollen Wahl- bzw. Legislaturperiode möglich.

Die höchsten Organe des Landesverbandes und der Gebietsverbände können dieses Gebot für ihre Ebene im Einzelfall mit 2/3-Mehrheit der Mitglieder bzw. Delegierten aufheben.

Variante 2:
(8) Ein und dieselbe Wahlfunktion in der PDS oder ein und dasselbe parlamentarische Mandat durch die PDS, sofern hauptamtlich, wird nicht länger als 8 Jahre hintereinander von ein und derselben Person ausgeübt.
Der Ablauf der jeweiligen Legislaturperiode ist dabei zu berücksichtigen. Eine abermalige Wahl ist danach nur nach Ablauf einer vollen Wahl- bzw. Legislaturperiode möglich.

Variante 3:
(8) wird ersatzlos gestrichen.

§ 8 Öffentlichkeit und Kommunikation

(1) Die Beratungen der Organe und Gremien des Landesverbandes und seiner Gliederungen sowie weitere Veranstaltungen der PDS sind öffentlich. Diese Öffentlichkeit kann mit der Mehrheit von 3/4 der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder der jeweiligen Versammlung ausgeschlossen werden. Gäste haben Rede- und Antragsrecht im Rahmen der jeweiligen Geschäftsordnung.

(2) Die Organe des Landesverbandes und seiner Gliederungen haben eine Informationspflicht gegenüber den Mitgliedern und SympathisantInnen der PDS sowie der Öffentlichkeit. Ihre Tätigkeit ist öffentlich und transparent zu gestalten. Tagesordnung, Inhalt, Diskussion und Ergebnisse, Beschlüsse und Minderheitsvoten der Tagungen sind in geeigneter Form zu veröffentlichen.

(3) Jedes Mitglied des Landesverbandes hat das Recht auf die Veröffentlichung und die Achtung seiner Meinung. Die einem Mehrheitsbeschluß gegenüberstehenden Minderheiten haben das Recht, selbst entsprechend ihrer Meinung zu handeln und den Widerspruch öffentlich zu diskutieren.

(4) Der Landesvorstand unterhält ein Medium für die Information, Kommunikation und Meinungsäußerung der Mitglieder des Landesverbandes.

(5) Jedes Mitglied des Landesverbandes hat das Recht, sich mit Anträgen und Beschwerden an die von ihm unmittelbar und mittelbar gewählten Organe sowie deren Mitglieder zu wenden. Diese Anträge und Beschwerden sind durch die Empfänger innerhalb von höchstens drei Wochen, bei Organen spätestens auf der nächsten Tagung, zu behandeln und schriftlich zu beantworten.

§ 9 Landesparteitag

(1) Der Landesparteitag ist das höchste Organ des Landesverbandes. Er wird für zwei Jahre gewählt. Die Delegierten behalten das Mandat während der gesamten Wahlperiode unter Berücksichtigung des § 10 (2) dieser Satzung. Er tagt mindestens einmal jährlich.

(2) Der Landesparteitag beschließt über politische Grundsatzerklärungen und aktuelle Programmdokumente zur Landespolitik. Er behandelt Fragen der Arbeit, der Organisation und der Finanzen des Landesverbandes. Der Landesparteitag bezieht Stellung zur Tätigkeit der PDS-Abgeordneten. Er nimmt Berichte des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Finanzrevisionskommission entgegen.

(3) Der Landesparteitag beschließt die Satzung sowie die Finanzordnung und deren Änderungen mit 2/3-Mehrheit und über die Durchführung von Urabstimmungen.

(4) Der Landesparteitag wählt in geheimer Wahl

* die/den Landesvorsitzende/n
* drei stellvertretende Landesvorsitzende (50 % quotiert unter Berücksichtigung der/des Landesvorsitzenden)
* die/den Schatzmeister/in
* die/den Landesgeschäftsführer/in
* weitere Mitglieder des Landesvorstandes
* die Mitglieder der Landesschiedskommission

***** die Mitglieder der Finanzrevisionskommission
* die VertreterInnen des Landesverbandes im Bundesparteirat.

Anstelle der/des Vorsitzenden und der StellvertreterInnen kann der Landesparteitag auf Beschluß einen vierköpfigen Sprecherrat (50 % quotiert) wählen.

(5) Der Landesparteitag kann Kommissionen, Arbeits- oder Projektgruppen berufen, die die Organe des Landesverbandes in der Entscheidungsvorbereitung unterstützen und der Realisierung bestimmter Aufgaben dienen.

§ 10 Einberufung des Landesparteitages

(1) Die Einberufung des Landesparteitages erfolgt durch:
* den Landesvorstand nach Konsultation mit dem Landesparteirat
* ein Drittel der Gebietsverbände, ein Viertel der Delegierten des Landes-Parteitages bzw. ein Viertel der Organisationen der Basis. Kommt der Landesvorstand diesem Verlangen binnen vier Wochen nicht nach, so kann durch die, die die Einberufung fordern, ein Organisationskomitee zur Ein-Berufung des Landesparteitages gebildet werden.

(2) Der Schlüssel für die Wahl der Delegierten wird gemeinsam vom Landesvorstand und Landesparteirat beschlossen. Die stimmberechtigten Delegierten werden auf Mitgliedervollversammlungen oder Delegiertenkonferenzen der Gebietsverbände, der landesweit organisierten Arbeits- und Interessengemeinschaften, Plattformen oder anderer Organisationsformen der Basis geheim gewählt. Bei Delegiertenkonferenzen müssen die Delegierten unmittelbar von Organisationen der Basis geheim gewählt sein. Innerhalb der Wahlperiode kann Delegierten durch das delegierende Gremium das Mandat mit 2/3-Mehrheit entzogen werden. In geheimer Wahl ist ein neuer Delegierter zu bestimmen.
(3) Der Beschluß zur Einberufung des Landesparteitages und zur Wahl der Delegierten und seine Veröffentlichung erfolgen mindestens 10 Wochen vor Tagungstermin.
(4) Leitanträge an den Landesparteitag sind 4 Wochen vor Beginn einzureichen und durch den Landesvorstand zu veröffentlichen.

§ 11 Urabstimmung

(1) Der Landesparteitag kann zu wesentlichen Fragen der Tätigkeit und der Existenz des Landesverbandes eine Urabstimmung beschließen.
(2) Ein Viertel der Mitglieder des Landesverbandes oder mehr als die Hälfte der Delegierten- bzw. Mitgliedervollversammlungen von Gliederungen des Landesverbandes können die Durchführung einer Urabstimmung herbeiführen.

(3) Sollte der Landesparteitag Beschlüsse zur Verschmelzung des Landesverbandes der PDS oder zur Auflösung beschließen, ist dafür eine 3/4-Mehrheit notwendig. Der Beschluß ist erst durch eine 3/4-Mehrheit in einer Urabstimmung gültig.
(4) Der Landesvorstand ist nach Herbeiführung der Urabstimmung mit seiner Durchführung beauftragt. Die Aufsicht über die Urabstimmung obliegt der

Landesschiedskommission. Die zur Urabstimmung unterbreiteten Entscheidungen treten dann erst nach deren Annahme durch die Mehrheit der Mitglieder des Landesverbandes in Kraft.

§ 12 Der Landesvorstand

(1) Der Landesvorstand ist als Organ des Landesverbandes das höchste Leitungsgremium zwischen den Tagungen des Landesparteitages. Er ist dem Landesparteitag rechenschaftspflichtig und arbeitet auf der Grundlage der Beschlüsse, Festlegungen und Orientierungen des Parteitages. Er informiert den Landesparteitag über seine Tätigkeit und seine Beschlüsse. Empfehlungen des Landesparteirates sind für die Arbeit des Landesvorstandes entsprechend § 13 (4) verbindlich.
Der Landesvorstand vertritt die Gliederungen der PDS in allen Rechtsstreitigkeiten, die von Dritten gegen den Landesverband, seine Gebietsverbände oder deren Organisationen der Basis angestrengt werden.
(2) Der Landesvorstand Fasst Beschlüsse zu aktuellen Fragen der politischen und organisatorischen Tätigkeit des Landesverbandes und wirkt für ihre Umsetzung. Seine wichtigste Aufgabe ist, Rahmenbedingungen für das Wirken von Mitgliedern und SympathisantInnen in verschiedensten Formen der Organisation und Aktion zu schaffen, Kommunikation und Information sowie Öffentlichkeit herzustellen, letztlich die Politik- und Handlungsfähigkeit des PDS-Landesverbandes zu fördern.
(3) Der Landesvorstand wird von der/dem Vorsitzenden geleitet. Ihm gehören neben der/dem Landesvorsitzenden die StellvertreterInnen der/des Landesvorsitzenden bzw. die Mitglieder des Sprecherrates, der/die Geschäftsführer/in, der/die Schatzmeister/in sowie weitere vom Landesparteitag direkt gewählte Mitglieder an. Er besteht aus mindestens 26, höchstens 30 Mitgliedern. Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäfts- und Arbeitsordnung sowie Funktions- und Aufgabenverteilung und veröffentlicht diese im Wortlaut.
(4) Ist ein vom Landesparteitag direkt gewählter Funktionsträger zur Ausübung der Funktion nicht willens oder in der Lage, so kann der Landesvorstand bzw. die Landesschiedskommission eines seiner Mitglieder unter Berücksichtigung des § 13 (2) zum amtierenden Funktionsträger bestimmen. Der Landesvorstand bzw. die Landesschiedskommission kann den direkt gewählten FunktionsträgerInnen mit 2/3-Mehrheit das Vertrauen entziehen. Wird einem direkt gewählten Funktionsträger das Vertrauen entzogen oder tritt er/sie von seiner/ihrer Funktion zurück, so gilt die Mitgliedschaft im Landesvorstand zum selben Termin als beendet. In diesen Fällen ist eine Tagung des Landesparteitages einzuberufen.
(5) Zwischen den Vorstandstagungen wird die laufende Arbeit vom Geschäftsführenden Landesvorstand geleitet. Ihm gehören der/die Landesvorsitzende, die stellvertretenden Landesvorsitzenden, der/die Landesgeschäftsführer/in, der/die Landesschatzmeister/in und mindestens 6 weitere Vorstandsmitglieder an.
Der Geschäftsführende Landesvorstand ist beschlußfähig, wenn ***mindestens*** 7 seiner Mitglieder anwesend sind.
Der Geschäftsführende Landesvorstand ist nicht berechtigt, Beschlüsse im Namen des Vorstandes zu fassen. Er ist dem Landesvorstand rechenschaftspflichtig.
(6) Der Landesvorstand arbeitet eng mit der Landtagsfraktion der PDS, den Gebietsverbänden und landesweit organisierten Organisationsformen der Basis zusammen.

(7) Der Landesvorstand arbeitet mit den ihm zur Verfügung stehenden finanziellen und materiellen Mitteln auf der Grundlage des Finanzplanes und der Finanzordnung des Landesverbandes.
Der/die Schatzmeister/in erstattet jährlich öffentlich Bericht über Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und die Verwaltung des Parteivermögens.
Dem/der Schatzmeister/in obliegt die Aufsicht über die finanz- und vermögenspolitischen Entscheidungen.

§ 13 Der Landesparteirat

(1) Der Landesparteirat ist ein VertreterInnenorgan des Landesverbandes mit Kommunikations-, Konsultations- und Kontrollfunktion. Er repräsentiert die Interessen der Regionen sowie die Pluralität der vorhandenen innerparteilichen Strömungen. Er dient insbesondere der Meinungsbildung im Landesverband und unterstützt die innerparteiliche Kommunikation und Information.
Er versteht sich als Parteigremium, das auch Minderheitsauffassungen öffentlich macht.
(2) Der Landesparteirat unterstützt die Arbeit des Landesvorstandes und kann nötigenfalls Einspruch gegen dessen Tätigkeit erheben. Der Landesvorstand erstattet dem Landesparteirat zu seinen Tagungen Bericht über seine Tätigkeit.
(3) Der Landesvorstand konsultiert den Landesparteirat
* vor Beschlüssen zu schwerwiegenden politischen Entscheidungen
* bei wichtigen Veränderungen der innerparteilichen Organisation und des Aufbaus des Landesverbandes
* vor Entscheidungen zu außergewöhnlichen oder außerplanmäßigen finanziellen Belastungen.

(4) Der Einspruch des Landesparteirates gegen Beschlüsse des Landesvorstandes ist zu respektieren. Zu seiner Zurückweisung ist eine 2/3-Mehrheit des Landesvorstandes notwendig. Der Landesparteirat kann mit 2/3-Mehrheit an seinem Einspruch festhalten und dann eine Tagung des Landesparteitages einberufen.
(5) Alle im Landesverband bestehenden Gebietsverbände und landesweiten Zusammenschlüsse, die Landtagsfraktion und der Ältestenrat bestimmen in geheimer Wahl in Mitgliedervollversammlungen oder Delegiertenkonferenzen ein Mitglied für den Landesparteirat. Die Mitglieder des Landesparteirates werden für zwei Jahre gewählt.
(6) Bei Neubildung landesweiter Organisationsformen der Basis entsenden diese entsprechend Absatz (5) ein Mitglied in den Landesparteirat.
(7) Bei Auflösung von delegierenden Organisationsformen verlieren deren VertreterInnen ihr Mandat für den Landesparteirat.
(8) Als Mitglieder des Landesparteirates dürfen nicht gewählt werden:
- Mitglieder des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Finanzrevisionskommission
* hauptamtliche MitarbeiterInnen der PDS oder nachgeordneter Einrichtungen.

Variante 2:
(8) Als Mitglieder des Landesparteirates dürfen nicht gewählt werden:
* Mitglieder des Bundestages, des Bundesvorstandes und der Bundes-

schiedskommission der PDS
* Mitglieder des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Finanzrevisionskommission
* Vorsitzende oder SprecherInnen von Gebietsverbänden und Organisationsformen der Basis
* hauptamtliche MitarbeiterInnen der PDS oder nachgeordneter Einrichtungen.

(9) Der Landesparteirat wählt ***mindestens*** eine Sprecherin und einen Sprecher. Er gibt sich eine Geschäftsordnung. Er tagt mindestens einmal im Quartal. Für seine Tätigkeit sind finanzielle Mittel bereitzustellen.

(10) Die Beratungen des Landesparteirates sind öffentlich. Gäste haben Rede- und Antragsrecht. An Sitzungen des Landesparteirates nehmen der/die Vorsitzende des Landesvorstandes oder ein/e Stellvertreter/in sowie weitere Mitglieder des Landesvorstandes auf Verlangen des Landesparteirates teil.

§ 14 Landesschiedskommission

(1) Die Wahl der Landesschiedskommission erfolgt geheim auf dem Landesparteitag. Sie schlichtet und entscheidet Streitfälle im Landesverband zur Auslegung und Anwendung des Statuts der PDS und der Satzung des Landesverbandes auf Antrag von Mitgliedern, Gliederungen oder Organen. Sie ist im Landesverband die höchste Einspruchsinstanz für Mitglieder der PDS hinsichtlich der Tätigkeit und der Beschlüsse von Gremien und Organen der Partei. Sie arbeitet auf der Grundlage der Schiedsordnung der PDS.

(2) Die Landesschiedskommission ***besteht aus 5 - 7 Mitgliedern*** und wird für zwei Jahre gewählt. Ihre Mitglieder dürfen nicht Mitglieder des Bundes- oder Landesvorstandes, des Bundes- oder des Landesparteirates, eines Leitungsgremiums einer landesweiten Organisationsform oder der Landtagsfraktion der PDS sein und nicht in einem Dienstverhältnis mit der PDS stehen oder auf andere Weise regelmäßig Einkünfte von ihr beziehen.

(3) Gehört ein Mitglied der Landesschiedskommission einem Vorstand oder einer Fraktion im Verantwortungsbereich eines Gebietsverbandes an, so ist es von der Beteiligung an Schiedsverfahren aus dem betreffenden Gebietsverband auszuschließen.

(4) Für die Tätigkeit der Landesschiedskommission sind finanzielle Mittel bereitzustellen.

§ 15 Finanzrevisionskommission

(1) Der Landesparteitag wählt eine Finanzrevisionskommission. Die Mitglieder der Finanzrevisionskommission erfüllen die Aufgaben der RechnungsprüferInnen gemäß § 9, Abs. 5 Parteiengesetz. Ihnen obliegt die Prüfung der Finanztätigkeit des Landesvorstandes, seiner Geschäftsstelle und des gesamten Landesverbandes.
Sie prüft mindestens zweimal jährlich die Einnahmen und Ausgaben der Partei sowie den Umgang mit dem Parteivermögen.
Sie führt Stichproben- und Tiefenprüfungen durch und unterstützt die jährliche Finanz- und Vermögensprüfung gemäß §§ 23 - 31 des Parteiengesetzes.
Ihre Tätigkeit regelt sich entsprechend einer Ordnung, die Anlage dieser Satzung ist.
(2) Die Finanzrevisionskommission besteht aus mindestens 3 Mitgliedern und wird für zwei Jahre gewählt.
In die Finanzrevisionskommission dürfen nicht gewählt werden: Mitglieder des Landesvorstandes, eines Gebietsvorstandes, Angestellte der PDS oder von mit ihr verbundenen Unternehmen bzw. Institutionen sowie Mitglieder, die auf andere Weise regelmäßig Einkünfte von der Partei beziehen.
(3) In den Gliederungen regeln die höchsten Organe der Gliederungen auf der Grundlage dieser Satzung die Wahl der Finanzrevisionskommissionen selbst.

§ 16 Geschäftsstellen

(1) Der Landesvorstand und die geschäftsführenden Organe der Gliederungen des Landesverbandes können entsprechend ihrer politisch-organisatorischen Erfordernisse und ihres Finanzplanes Geschäftsstellen einrichten.
(2) Die Geschäftsstellen erfüllen organisatorische Aufgaben. Sie sind kein Organ der jeweiligen Gliederung.
(3) Die Geschäftsstellen werden durch einen/eine Leiter/in der Geschäftsstelle geleitet, der/die dem Organ, das die Geschäftsstelle eingerichtet hat, für deren Arbeit rechenschaftspflichtig ist. Die innere Organisation der Geschäftsstelle obliegt dem/der Leiter/in der Geschäftsstelle im Rahmen der Beschlüsse des Organes, dem die Geschäftsstelle zugeordnet ist.
Der/die Leiter/in der Geschäftsstelle darf nicht gleichzeitig Vorsitzende/r bzw. Sprecher/in der jeweiligen Gliederung sein, zu der die Geschäftsstelle gehört.
Die o. g. Organe sichern, dass für Leiter/innen der Geschäftsstellen § 7 (8) dieser Satzung sinngemäß gilt.

§ 17 Einreichung von Wahlvorschlägen

Die Einreichung von Wahlvorschlägen für Wahlen zu Volksvertretungen erfolgt auf der Grundlage der jeweils geltenden Wahlgesetze.

§ 18 Die finanziellen Mittel und das Vermögen des PDS-Landesverbandes

(1) Die materiellen und finanziellen Mittel des PDS-Landesverbandes werden durch die Vorstände der PDS auf allen Ebenen gemäß den Grundsätzen und Regelungen der Finanzordnung (Anlage zur Satzung) verwaltet.
(2) Die gewählten Vorstände haben über die Herkunft und die Verwendung der materiellen und finanziellen Mittel sowie über das Vermögen des PDS-Landesverbandes Rechenschaft abzulegen. Regelungen zum Umgang mit den materiellen und finanziellen Mitteln und dem Vermögen und zur Erarbeitung und Abrechnung des Jahresabschlußberichtes, der Vermögensrechnung und der Abrechnung des Jahresfinanzplanes sind in der Finanzordnung zu treffen.

§ 19 Inkrafttreten der Satzung

(1) Die Satzung tritt am Tage ihrer Beschlußfassung in Kraft.
(2) Der Landesparteitag kann den Beschluß fassen, den Entwurf der Satzung in die Urabstimmung zu bringen. In diesem Falle erfolgt ihr Inkrafttreten, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Landesverbandes ihre Zustimmung gegeben hat.

Entwurf

O r d n u n g

für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen der PDS
im Landesverband der PDS Sachsen-Anhalt

I. Allgemeines

(1) Grundlagen für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen (FRK) sind die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, Programm und Statut der PDS, die Finanzordnung sowie die Satzung, Finanzordnung und die Beschlüsse des Landesverbandes der PDS Sachsen-Anhalt, die Beschlüsse zur Finanzwirtschaft und zum Parteivermögen sowie die Buchhaltungsrichtlinie. Die FRK achten auf die Einhaltung der Festlegungen des Parteiengesetzes und des Handelsgesetzbuches.
(2) Die FRK sind gewählte Organe. Ihre Mitglieder erfüllen gemäß § 9 Abs. 5 des Parteiengesetzes die Aufgaben innerparteilicher Revisoren.
Sie sind in ihrer Tätigkeit keinen Weisungen der Vorstände unterworfen. Sie arbeiten selbständig und in voller Eigenverantwortung.
(3) Die FRK sind den Gremien, von denen sie gewählt wurden, für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig.

II. Bildung der Finanzrevisionskommissionen

(1) Die FRK sind auf Landesebene vom Landesparteitag, auf Gebietsebene von den entsprechenden Delegiertenkonferenzen bzw. Gesamtmitgliederversammlungen zu wählen.
Die Delegierten der Gebietsverbände können festlegen, dass für mehrere Gebietsverbände entsprechend dem Regionalisierungsprinzip innerhalb des Landesverbandes eine FRK gewählt wird. Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung.
(2) Die FRK sind

auf Landesebene mit mindestens 3 Mitgliedern,
auf Gebietsebene mit mindestens 2 Mitgliedern

zu wählen.
Die Mitglieder der FRK wählen aus ihrer Mitte die/den Vorsitzende/n und eine/n Stellvertreter/in.
(3) Scheiden während einer Wahlperiode Mitglieder aus der FRK aus, rücken entsprechend Wahlordnung des Landesparteitages die nächsten nichtgewählten KandidatInnen der Kandidatenliste nach.
(4) Die FRK wird für zwei Jahre gewählt.
In die FRK dürfen nicht gewählt werden: Mitglieder des Landesvorstandes, eines Gebietsvorstandes, Angestellte der PDS oder von mit ihr verbundenen Unternehmen bzw. Institutionen sowie Mitglieder, die auf andere Weise regelmäßig Einkünfte von der Partei beziehen.
(5) Die Mitglieder der FRK haben über Erkenntnisse aus ihrer Tätigkeit gegenüber Dritten Stillschweigen zu bewahren.

III. Zuständigkeit

(1) Die FRK erfüllen die Aufgaben einer parteiinternen Finanzkontrolle.
Dabei obliegt die Prüfung der Finanztätigkeit durch FRK folgenden Zuständigkeiten:
FRK auf Landesebene im Bereich des Landesvorstandes und seiner Geschäftsstelle sowie des gesamten Landesverbandes;
FRK auf Gebietsebene im Bereich des/der jeweiligen Kreis/Stadt-Vorstandes/Kreis/Stadt-Vorstände und seiner/ihrer Geschäftsstelle/n und in Basisorganisationen.
(2) Werden finanzielle Mittel oder materielle Werte einer Gliederung der Partei von einer anderen Gliederung zweckgebunden zur Verfügung gestellt, ist die FRK der abgebenden Gliederung berechtigt, die Verwendung der bereitgestellten Mittel zu prüfen.
(3) FRK können im Zuständigkeitsbereich anderer FRK tätig werden, wenn die zuständige Kommission darum ersucht oder das Gremium, von dem sie gewählt wurde bzw. deren Vorstand ein entsprechendes Ersuchen stellt.
(4) Prüfungen der FRK ersetzen nicht Prüfungen gemäß § 23 Parteiengesetz.

IV. Aufgaben und Arbeitsweise

(1) Die FRK prüfen den finanziellen Teil des Tätigkeitsberichtes der gewählten Vorstände an das Gremium, von dem sie gewählt wurden (§ 9 Abs. 5 Parteiengesetz). Über das Ergebnis sind die entsprechenden Wahlgremien zu informieren.

(2) Die FRK prüfen die Einhaltung und Richtigkeit der entsprechend der Finanzordnung jährlich von den gewählten Vorständen vorzunehmenden Rechenschaftslegungen auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft.

(3) Die FRK prüfen nach eigenem Ermessen, auf Antrag oder auf Vorschlag des Gremiums, von dem sie gewählt wurden, Schwerpunkte der Finanzarbeit mit dem Ziel:

* die einheitliche und konsequente Durchsetzung der Beschlüsse der Partei auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft;
* die ordnungsgemäße Verwendung der finanziellen und materiellen Mittel
* und die Einhaltung der Buchhaltungsrichtlinie zu unterstützen.

Dabei sind besonders zu beachten.

* Prüfungen zu den Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen entsprechend der Richtlinie für die Beitragskassierung der PDS.
* Kontrollen in Basisorganisationen zur Einhaltung der Richtlinie für die Beitragskassierung sollten dabei berücksichtigt werden.
* Prüfungen zu den Einnahmen aus Spenden unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Parteiengesetzes sowie der Spendenordnung. In die Kontrollen sind auch die Einnahmen der Partei aus staatlichen Zuwendungen einzubeziehen.
* Prüfungen zu den Ausgaben der Partei. Es sollte kontrolliert werden, ob die verausgabten Mittel geplant in der in Anspruch genommenen Höhe gerechtfertigt und ordnungsgemäß belegt sind.
* Prüfungen des Belegwesens, des Anlage- und Umlaufvermögens sowie des Umgangs mit dem Parteieigentum. Vierteljährlich sollten in den Geschäftsstellen unangemeldete Kassenprüfungen durchgeführt werden.

(5) Die FRK fertigen über die Ergebnisse ihrer Prüfungen Protokolle, die den geprüften Gliederungen der Partei und dem Landesschatzmeister bzw. den Verantwortlichen für Finanzen zuzustellen sind.
Die Entscheidung über die Erweiterung des Kreises der Empfänger von Protokollen treffen die FRK je nach Notwendigkeit.

(6) Hinweise der FRK im Ergebnis von Prüfungen sind von den betroffenen Gremien der Partei zu beachten; erteilte Auflagen zum Prüfungsgegenstand sind zu befolgen.

(7) Die gewählten Gebietsvorstände haben das Recht, beim Schatzmeister des Landesverbandes und der Landesvorstand beim Bundesschatzmeister gegen Auflagen der FRK innerhalb von 4 Wochen nach Eingang des Protokolls Einspruch einzulegen.
Soweit dieser die Rechtmäßigkeit des Einspruchs anerkennt, hat er diesen an die FRK seiner Ebene zur Nachprüfung weiterzuleiten.

V. Information

(1) Die FRK der Gebietsverbände bzw. des Landesverbandes informieren die FRK der nächst höheren Ebene über in Prüfungen festgestellte Mängel in der Finanzwirtschaft.
Solche sind insbesondere:

* Verstöße gegen gesetzliche Regelungen, die die Bestätigung der jährlichen Rechenschaftslegung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer (§ 23 Parteiengesetz) in Fragen stellen;
* Verstöße gegen Beschlüsse der Partei zum Umgang mit den finanziellen und materiellen Mitteln;
* Verstöße gegen die Buchhaltung.

(2) Die FRK des Landes übermittelt den FRK der Gebiete Erfahrungen und Ergebnisse aus der Prüfungstätigkeit.

VI. Schlußbestimmungen

Diese Ordnung tritt mit Beschluß des 4. Landesparteitages am 1995 in Kraft. Schlußfolgerungen aus dieser Ordnung für die Tätigkeit anderer Gremien sind in den entsprechenden Arbeitsdokumenten festzulegen.

Kommentar:

§ 2 (1)
§ 3 (1) und (5)

⇒ Die tatsächlich entstandenen Organisationsformen bestätigen die in der Satzung formulierte Struktur der Gliederungen des Landesverbandes.
Es geht hier vielmehr um eine Präzisierung:
a) dass die Gebietsverbände Kreis- und Stadtverbände sind,
b) dass innerhalb der Gebietsverbände Organisationsformen bestehen können, die durch Beschluß der Gebietsverbände entstehen und Beschlußrechte übertragen bekommen können,
c) dass auch zwischen den Gebietsverbänden Organisationsformen bestehen können, die koordinierend, jedoch nicht beschließende Gremien sind.

§ 6 und schlußfolgernd daraus

§ 9 (2) und (4)

§ 13 (8) und

§ 15

⇒ Laut Beschluß 3. Tagung des 3. LPT.
Die Finanzrevisionskommission ist formuliert als Organ des Landesverbandes, damit nicht Bestandteil eines anderen Organs, sondern gleichberechtigt neben Landesvorstand, Landesparteirat und Landesschiedskommission mit gleichen Rechten und gleicher Verantwortung gegenüber Landesverband und Landesparteitag.
Der Inhalt der Tätigkeit orientiert sich am Statut der PDS und wird ergänzt durch eine Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommission.

Im Zusammenhang mit dem "letzten" (hoffentlich) hausgemachten Finanzproblem ist die Satzung hinsichtlich klarerer Verantwortung des Schatzmeisters konkretisiert in § 12 (7).

§ 7

§ 16 (1) und (3)

⇒ Im Zusammenhang mit dem Grundproblem der Satzungsüberarbeitung entsprechend Beschluß der 2. Tagung des 3. LPT und den folgenden zahlreichen Änderungsanträgen wurde versucht, das gesamt Verhältnis von Wahlen in der PDS und zur Erlangung eines Listenplatzes zur Wahl in Kommunalvertretung oder Parlament zu überarbeiten.
So sind die Absätze 4 bis 7 bei § 7 entstanden.

⇒ Im Absatz 8 wird u. E. in Variante 1 der Intention des Beschlusses der 2. Tagung des 3. LPT am ehesten entsprochen, eine Begrenzung der Zeit der Ausübung von Amt/Mandat festzuschreiben, die jedoch nicht so rigoros ist, dass massive Eingriffe in das passive und aktive Wahlrecht erfolgen.
Die Ausnahme ist ganz bewußt an Einzelpersonen und an qualitative Mehrheiten gebunden.
Die Ausnahme gilt aber nicht nur für den Landesparteitag, sondern für alle Ebenen (Gliederungen).
Die Varianten 2 und 3 widerspiegeln u. E. die beiden Gegenpole in der Diskussion.

⇒ Im § 16 (3) ist die Anwendung dieser Regel auch an künftig berufene LeiterInnen der Geschäftsstellen formuliert.
Da es hier zu Irritationen kam, noch einmal zur Klarstellung:
- Es handelt sich, wenn beschlossen, um einen politischen Willensbildungsakt.
- Er greift in keiner Weise in bestehende Arbeitsrechtsverhältnisse oder Verträge ein, da er unbefristete Arbeitsverträge nicht aufhebt.
- Es geht um eine, bei künftiger Einstellung mögliche arbeitsrechtliche Variante, auf 8 Jahre befristete Arbeitsverträge abzuschließen bzw. nach 8 Jahren bei Berücksichtigung der Kündigungsfrist das Arbeitsrechtsverhältnis mittels Beschluss der jeweiligen Ebene zu beenden bzw. mit einer 2/3-Mehrheit das Arbeitsrechtsverhältnis weiterzuführen.

§ 8 (4)

⇒ Hier wurde der aktuelle Stand und vor allem die künftige Form der Kommunikation formuliert, um offener für neue Kommunikationsformen zu sein.

§ 11 (2)

⇒ Es handelt sich um eine exaktere Formulierung

§ 12

⇒ Wir sind für die Formulierung der Aufgaben des Landesvorstandes in der ursprünglichen Fassung entgegen vieler Meinungen, ein KreisvertreterInnengremium zu machen.
Wir denken, dass ein Landesvorstand genau das beschriebene Gremium sein muss, dass Landespolitik gemeinsam mit den Gliederungen, den Organen und Fraktionen machen muss.
Unsere Probleme liegen nicht an Formulierungen in der Satzung, sondern an ihrer Umsetzung in praktische Politik.
Die vorgenommenen Änderungen sind nur Konkretisierungen.

⇒ Den Beschluß der 3. Tagung des 3. LPT, basierend auf dem Antrag des KV Quedlinburg, Satzungsänderungen hinsichtlich der Gewährleistung einer 2/3-Mehrheit ehrenamtlicher Landesvorstandsmitglieder festzuschreiben, konnte die Satzungskommission zwar inhaltlich unterstützen, aber nicht in der Satzung formulieren.

a) Die Wahl ist u. E. mit demokratischen Mitteln nicht so zu gestalten, dass der Vorschlag realisierbar wäre.
b) Moralische Appelle können in keiner Satzung festgeschrieben werden.
c) Wir sind der Auffassung, dass nur eine Quotierung gelten sollte und das ist die Frauenquote.

§ 13 (8) und (9)

⇒ Der Vorschlag der Satzungskommission zielt darauf ab, nur noch die Personen im aktiven Wahlrecht für den Landesparteirat auszuschließen, bei denen tatsächlich Interessenkonflikte entstehen können.
Wir wollten alle formalen Gründe, die Wahlrechte ausschließen, beseitigen und damit die personellen Möglichkeiten des VertreterInnengremiums der Gliederungen verbessern.
Variante 2 ist die alte Fassung.

⇒ Auf Vorschlag des Landesparteirates ist das Wort mindestens eingesetzt worden, um die Möglichkeit der Wahl von mehr als 2 SprecherInnen zur Sicherung der ständigen Arbeitsfähigkeit festzuschreiben.

§ 14 (2)

⇒ Zur Angleichung an die Festlegungen über die Mitgliederzahl der anderen Organe des Landesverbandes wurde die Anzahl der Mitglieder in der Satzung auch für die Landesschiedskommission festgelegt.

13.3 Bundes- und Landesparteivorstände der Partei Die LINKE (Stand 02/08)

Vorsitzender
Lothar Bisky

Stellvertretende Vorsitzende
Oskar Lafontaine
Katja Kipping
Katina Schubert
Wolfgang Methling

Bundesgeschäftsführer
Dietmar Bartsch

Bundeschatzmeister
Karl Holluba

Mitglieder des Parteivorstands
Elke Breitenbach
Wolfgang Gehrcke
Angelika Gramkow
Rosi Hein
Kerstin Kaiser
Jan Korte
Caren Lay
Irene Müller
Kersten Naumann
Bodo Ramelow
Helmut Scholz
Sahra Wagenknecht
Sascha Wagener
Harald Werner

Landesverband	Vorsitzende/Sprecher	Mitglieder	Mitglieder pro 100.000 Einwohner
Baden-Württemberg	Christoph Cornides Franz Groll Elke Lison Bernd Riexinger Ursula Schorlepp Bernhard Strasdeit (alle geschäftsführender Vorstand)	2.007	19
Bayern	Eva Bulling-Schröter Harald Weinberg	1.865	15
Berlin	Klaus Lederer	9.761	287
Brandenburg	Thomas Nord	9.908	389
Bremen	Katharina Krieger Michael Lassowski Inga Nitz Klaus-Rainer Rupp	413	62
Hamburg	Zaman Masudi Christiane Schneider Berno Schuckart Herbert Schulz	900	51
Hessen	Ulrich Wilken Ulrike Eifler Marjana Schott Ferdinand Hareter	1.818	30
Mecklenburg-Vorpommern	Peter Ritter	6.543	386
Niedersachsen	Diether Dehm Kreszentia Flauger	2.242	28
Nordrhein-Westfalen	Ulrike Detjen Wolfgang Zimmermann	4.911	27
Rheinland-Pfalz	Heidi Racké Alexander Ulrich	1.235	30
Saarland	Rolf Linsler	1.199	115
Sachsen	Cornelia Ernst	14.342	337
Sachsen-Anhalt	Matthias Höhn	6.557	268
Schleswig-Holstein	Antje Jansen Lorenz Gösta-Beutin	793	28
Thüringen	Knut Korschewsky	7.531	326

Die 1990 - 1993 verbundenen Analysen aller Parteienforscher, dass die PDS keine politische Überlebensfähigkeit hätte, hat sich nicht bestätigt. Es ist der PDS in einem langwierigen Prozess mit viel innerparteilicher Anstrengung, z.T. einhergehend mit persönlichen Zerwürfnissen, Austritten, Anfeindungen etc. gelungen, innerhalb der ersten 10 Jahre ihres Parteibestehens, sich vom Anspruch einer typischen Milieupartei hin zu einer sozialistischen Partei zu entwickeln, die in allen Bereichen der Gesellschaft ihr Klientel vertreten sieht. Die Gründung des Vereins Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit am 03. Juli 2004 läutete den Weg der Etablierung einer linkspolitischen Partei in den alten Bundesländern ein. Die Mitglieder kamen aus den verschiedensten, wenn auch meist linken, Bereichen, wie Parteien, Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen. Den prominentesten Parteibeitritt konnte die WASG am 18. Juni 2005 durch Oskar Lafontaine verzeichnen, der anbot bei den vorgezogenen Bundestagswahlen am 22. September 2005 mit dem damaligen PDS Vorsitzenden Gregor Gysi eine Wahlplattform aus PDS und WASG anzuführen. DIE LINKE strebt einen demokratischen Sozialismus an, den sie anders als die SPD definiert. Nach Aussage ihres ehemaliger Vorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Lothar Bisky stellt sie die sozialistisch begründete, „kapitalistische Modelle der BRD“ ablehnende „Systemfrage“ und spricht sich gegen den in ihren Reihen umstrittenen Begriff der „neoliberalen“ Politik aus. Sie stellt sich zurzeit als „einzige linke Kraft“ im Bundestag dar

Prof. Dr. Dr. Ümit Yazıcıoğlu, Mag., geboren 1958 in Erzurum, Türkei, seit 2004 als Hochschullehrer tätig. Er ist Verwaltungs- und Politikwissenschaftler und lehrte seit 2002 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und seit 2007 ist er Der Direktor Des Europäischen Institut für Menschenrechte. Von 1996 bis 1997 war er Mitglied des Senats des DHfV-Speyers. Der Autor ist Parteienforscher und hat sich ferner intensiv mit Fragen über „künftige Rolle der Türkei in der Europäischen Union; Erwartungen, Konflikte, Asylrecht und Terrorismus“ befasst. Auf diesen Gebieten ist er ein hervorragender Experte. Seine Forschungsschwerpunkte sind, Asyl-, Europa-, Parlament-, Völker-, Menschenrechte sowie Internationale Beziehungen, Migration, Terrorismus und Parteienforschung.